

# Nordost- Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

**Zwangsmigrationen in  
Nordosteuropa  
im 20. Jahrhundert**

Nordost-Archiv N. F. 2005

---

Neue Folge Band XIV/2005

---

Nordost-Institut Lüneburg

## Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte  
Neue Folge

Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Geographisch wird dieser Raum annähernd begrenzt von der Ostsee und den Karpaten im Norden und Süden, von der Oder und Newa im Westen und Osten. Ethnisch umschließt er die Hauptsiedlungsgebiete der Polen, Litauer, Letten und Esten und beträchtliche Teile des Siedlungsgebietes der (Groß-, Weiß- und Klein-)Russen, über Jahrhunderte auch der Juden und Deutschen.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen die Deutschen, die einst, wie sonst nur noch die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, dass die deutsche so wenig wie die polnische oder estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.

Das Nordost-Archiv wird:

- die Deutschen stets als Element des Raumes sehen, den sie mit anderen geteilt haben. Den grundlegenden Bezugsrahmen bietet deshalb auf unterer Ebene die Landesgeschichte, auf höherer Ebene die Geschichte der Gesamtregion;
- dem Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen besondere Beachtung zuwenden. Neben den „objektiven“ Beziehungen, z.B. in Handel und Kultur, sind auch „subjektive“ Aspekte zu behandeln, insbesondere „das Bild vom Anderen“, die Vorstellungen, die die Gruppen wechselseitig voneinander ausgebildet, tradiert und verändert haben;
- die weite und anhaltende Verbreitung der Deutschen im nördlichen Ostmitteleuropa zu historischen Vergleichen nutzen;
- Autoren aus allen Ländern des nördlichen Ostmitteleuropa zusammenführen und dazu beitragen, dass überkommene nationalhistorische Sehweisen untereinander konfrontiert, aneinander abgearbeitet und womöglich miteinander ausgeglichen werden.

Aus der Zielsetzung der Zeitschrift ergibt sich, dass ihre Schwerpunkte in Zeiten liegen, in denen der deutsche Anteil an der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa besonders hoch gewesen ist: im späten Mittelalter, der frühen Neuzeit und den späteren Jahrhunderten bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Das Nordost-Archiv hält sich aber auch offen für Fragen der Zeitgeschichte und der Gegenwart, wenn sie die Deutschen und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn berühren.

Die jährlich erscheinenden Hefte gruppieren sich jeweils um einen gemeinsamen Gegenstand. Die Themen beziehen sich auf einzelne Orte, eine Landschaft oder Sachfragen, die die Gesamtregion betreffen, und schließen grundsätzlich alle Bereiche der historischen Wirklichkeit ein.

Das Thema des nächsten Heftes 2006:

### Die Aneignung fremder Vergangenheiten in Nordosteuropa am Beispiel plurikultureller Städte (20. Jahrhundert)

mit Beiträgen u. a. von:

Thomas Serrier: Tabula rasa und Palimpsest. Städte als Objekte und Zeugen neuer Identifizierungsangebote

Felix Ackermann: Goroden, Gardinas, Grodno, Garten, Hrodna: Stadt an der Memel

Daniel Baric: Von Fiume bis Rijeka

Karsten Brüggemann: Geteilte Geschichte in Estland? Ein Vergleich konkurrierender Erinnerungsschichten in Tallinn (Reval) und Narva

Catherine Gousseff: Vilnius – die „Anderen“ im Gedächtnis der Litauischen Hauptstadt

Ruth Leiserowitz: Tilsit – Die Rückkehr der Perspektiven. In memoriam Isaak Rutman

Peter Oliver Loew. Von Danzig nach Gdańsk. Die lokale Geschichtspolitik im Umgang mit narrativen Abkürzungen im langen 20. Jahrhundert

Olaf Mertelsmann: Tartu – Dorpat – Jur'ev

Katja Bernhardt/Jan Musekamp: 1945 – ein Bruch? Stadtplaner in Stettin und Szczecin

Alvydas Nikžentaitis: Kampf um die Erinnerung: Memel/Klaipėda im 20. Jahrhundert

Pierre de Trégomain: Sibiu – Hermannstadt – Nagyszeben: Vergangenheitsreformen

Robert Piotrowski: Das geschichtliche Erbe Landsbergs im geschichtlichen Erbe Gorzóws

Suzanne Pourchier-Plasseraud: Riga 1905–2005: Eine Stadt im Spannungsfeld widerstreitender Identitäten

Frithjof Benjamin Schenk: St. Petersburg – Petrograd – Leningrad

Alexander Sologubov: Kaliningrad, Mythos der Weltschöpfung

Ralf Tuchtenhagen: Von Helsingfors zu Helsinki. „Die Aneignung fremder Vergangenheiten“ in der Hauptstadt Finnlands

Nordost-Archiv  
Zeitschrift für Regionalgeschichte

Zwangsmigrationen in Nordosteuropa  
im 20. Jahrhundert

Neue Folge Band XIV/2005

Nordost-Institut Lüneburg  
2006

**Herausgeber:**

Institut für Kultur und Geschichte  
der Deutschen in Nordosteuropa  
– Nordost-Institut –  
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg  
Telefon (0 41 31) 40 05 90  
Telefax (0 41 31) 39 11 43  
E-Mail: sekretariat@ikgn.de  
<http://www.ikgn.de>

Verantwortlich für dieses Heft:  
PD Dr. Hans-Jürgen Bömelburg und Prof. Dr. Stefan Troebst

Redaktion:  
Dr. Konrad Maier

Gedruckt mit Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien (BKM)  
und des Niedersächsischen Ministeriums des Innern.

**Bezugsbedingungen:**

Nordost-Archiv erscheint einmal jährlich.  
Preis pro Heft € 17,50, Jahresabonnement € 15,00 zuzüglich Versandkosten.  
Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Satz: fio & flo, Thorn, Polen  
Herstellung: Stahlinger: Satz. GmbH Grünberg

ISSN 0029-1595

## Zwangsmigrationen in Nordosteuropa im 20. Jahrhundert

Hans-Jürgen Bömelburg (Lüneburg), Stefan Troebst (Leipzig): Editorial .....	9
--	---

### Abhandlungen

Theodore R. Weeks (Carbondale, USA): Concepts of Ethnic Separation in North-East Europe to World War I .....	15
---	----

Vėjas Gabriel Liulevičius (Knoxville, USA): Precursors and Pre- cedents: Forced Migration in Northeastern Europe during the First World War .....	32
---	----

Marek Stażewski (Gdańsk): Zwischen Freiwilligkeit und Ab- wanderungsdruck. Die Migration von Deutschen aus dem nach dem Ersten Weltkrieg Polen zuerkannten Teil Westpreußens	53
--	----

Matthias Schröder (Münster): Die Umsiedlung der Deutsch- balten im Kontext europäischer Zwangsmigrationen .....	91
--	----

Karsten Brüggemann (Hamburg): Von Migranten, Verbannten und Deportierten: Sibirien als Ort der estnischen Geschichte	113
---	-----

Arvydas Anušauskas (Vilnius): Zwangsmigrationen von Litau- ern 1939–1953 .....	140
---	-----

Małgorzata Ruchniewicz (Wrocław): Zwangsumsiedlungen von Polen aus den von der Weißrussischen Sowjetrepublik annek- tierten Territorien (1939–1959) .....	164
---	-----

Stefan Troebst (Leipzig), Anna Tutaj (Wałbrzych): Zerstritte- ne Gäste. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in Polen 1948–1998 .....	193
---	-----

Pavel Polian (Freiburg): Zwangsmigrationen in Nordosteuro- pa. Ein Überblick über Arbeiten in der russischen Historio- grafie .....	226
---	-----

### **Mitteilung**

Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland. Seminar der Baltic Academy mit der Gustav-Hei- nemann-Bildungsstätte Malente und dem Honorarkonsulat der Republik Lettland in Schleswig-Holstein vom 24. bis 26. März 2006 in Malente (Olga Kurilo) .....	285
---	-----

### **Rezensionen**

Auf der Flucht, hrsg. v. Erna Appelt u. Waltraud Heindl (Anja Wilhelmi) .....	293
--	-----

Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirt- schaftswunder, hrsg. v. Dagmar Kift. Ausstellungskatalog (Va- lentina Maria Stefanski) .....	295
--	-----

The Baltic Countries under Occupation. Soviet and Nazi Rule 1939–1991, hrsg. v. Anu Mai Köll (Karsten Brüggemann) ....	300
---	-----

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Netz-Quelle: Zwangs- migrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhun- derts. <a href="http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigratio-&lt;br/&gt;nen/intro.html">http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigratio- nen/intro.html</a> (Michael Schubert) .....	306
--	-----

Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tsche- chien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historiker- kommission hrsg. v. Christoph Cornelißen, Roman Holec und Jiří Pešek (Wolfgang Kessler) .....	311
---	-----

Axel Dornemann, Flucht und Vertreibung in Prosaliteratur und Erlebnisbericht seit 1945. Eine annotierte Bibliographie (Madlen Benthin) .....	313
--	-----

Exil Shanghai. Jüdisches Leben in der Emigration 1938–1947, hrsg. v. Georg Armbrüster, Michael Kohlstruck u. Sonja Mühlberger (Anne-Christin Saß) .....	320
Geschichtsdeutungen auf alten Karten. Archäologie und Geschichte, hrsg. v. Dagmar Unverhau (Karsten Brüggemann) .	324
Thomas Göthel, Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik (Sabine Bamberger-Stemmann) .....	328
Handbuch der Geschichte Weißrußlands, hrsg. v. Dietrich Beyrau u. Rainer Lindner (Kai Struve) .....	331
Martin Holz, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961 (Mathias Wagner) .....	334
International Obligations and National Debates: Minorities Around the Baltic Sea, Editor-in-Chief Sia Spiliopoulou Akermark, Co-editors Leena Huss, Stefan Oeter, Alastair Walker (Rudolf A. Mark) .....	340
Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, hrsg. v. Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul (Joachim Tauber) .....	345
Klaus Kellmann, Stalin. Eine Biographie (Joachim Tauber) ..	349
Litauen 1941 und 2001. Auf den Spuren des SS-Massenmörders Karl Jäger. Erlebnisberichte von Freiburger Schülern und Studenten, hrsg. v. Wolfram Wette u. Detlev Hoffmann (Ruth Leiserowitz) .....	351
Mažosios Lietuvos enciklopedija. Bd. II: Kas – Maž [Kleinlitauische Enzyklopädie] (Klaus Fuchs) .....	355
Jan Mlynarik, Fortgesetzte Vertreibung. Vorgänge im tschechischen Grenzgebiet 1945–1953. Mit einem Vorwort von Otfrid Pustejovsky (Andreas R. Hofmann) .....	361

Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945–1949. Aus dem Polnischen übersetzt von Stephan Niedermeier (Pascal Trees) .....	366
Franz Nuscheler, Internationale Migration. Flucht und Asyl (Insa Breyer) .....	371
Jan M. Piskorski, Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift. Aus dem Polnischen v. Andreas Warnecke (Klaus-Peter Friedrich) .....	375
E.G. Plesskaja-Zebol'd, Odesskie nemcy 1803–1920 [Die Deutschen in Odessa 1803–1920] (Rudolf A. Mark) .....	379
Post-Cold War Identity Politics. Northern and Baltic Experiences, hrsg. v. Marko Lehti u. David J. Smith (Karsten Brüggemann) .....	383
Riga im Prozeß der Modernisierung. Studien zum Wandel einer Ostseemetropole im 19. und frühen 20. Jahrhundert, hrsg. v. Eduard Mühle u. Norbert Angermann (Anja Wilhelmi) .....	389
Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961; Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. III: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953, hrsg. v. Manfred Wille (Wanja W. Ronge) .....	392
Tillmann Tegeler, Der litauische Partisanenkampf im Lichte sowjetischer Akten (Joachim Tauber) .....	399
Robert Traba, Wschodniopruskość. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec [Ostpreußentum. Regionale und nationale Identität in der politischen Kultur Deutschlands] (Hans Henning Hahn) .....	403
Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, hrsg. v. Carsten Goehrke u. Seraina Gilly (Rudolf A. Mark) .....	411



„Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. Bd. 2: Zentralpolen, bearb. v. Jerzy Kochanowski; Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien), bearb. v. Ingo Eser; Bd. 3: Wojewodschaft Posen, bearbeitet v. Stanisław Jankowiak; Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern), bearb. v. Katrin Steffen; Bd. 4: Wojewodschaften Pommerellen und Danzig (Westpreußen), bearb. v. Ingo Eser u. Witold Stankowski; Wojewodschaft Breslau (Niederschlesien), bearb. v. Claudia Kraft u. Stanisław Jankowiak (Hans-Jürgen Bömelburg) . . . . .	418
Thomas Urban, Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert (Markus Krzoska) . . . . .	422
The Vanished World of Lithuanian Jews, ed. by Alvydas Nikžentaitis and Darius Staliūnas; Estonia. Identity and Independence, ed. by Jean-Jacques Subrenat (Bradley D. Woodworth)	426
Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen, hrsg. v. Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej u. Stefan Troebst (Matthias Stickler) . . . . .	430
Vertriebene Eliten: Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Günther Schulz (Mathias Wagner) . . . . .	434
Mathias Wagner, „Wir waren alle Fremde“. Die Neuformierung dörflicher Gesellschaft in Masuren seit 1945; Richard Blanke, Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871 (Miloš Řezník) . . . . .	439
Henning von Wistinghausen, Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991–1995 (Ludwig Biewer)	446
Die Autoren der Abhandlungen . . . . .	451



## Editorial

Die vehementen innerdeutschen wie internationalen Diskussionen über eine europäische Kontextualisierung von Vertreibung, wie sie im politischen Raum und einer internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit geführt wurden und weiter werden, verdecken die erheblichen Lücken, die in der zeitgeschichtlichen Forschung zu politisch motivierten Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts klaffen. Um aber die Debatte über ethnopolitisch motivierte Zwangsmigration im „Zeitalter der Extreme“ überhaupt sinnvoll führen zu können, sind grundlegende Bestandsaufnahmen zahlreicher Vertreibungsgeschehen erst noch zu leisten. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Prozesse von Flucht, Zwangsumsiedlung und ethnischer Säuberung außerhalb des deutsch-polnisch-tschechischen Konfliktknotens, der in den letzten 15 Jahren auch in internationaler Kooperation intensiv bearbeitet wurde.

Zweitens müssen die Kenntnisse über diejenigen Zwangsmigrationen, die das eigene Kollektiv und die individuelle Spezialforschung weniger oder gar nicht betreffen, auch unter Fachhistorikern erst noch verbreitet und abgesichert werden. Die Geschichtswissenschaft ist weiterhin national organisiert, und im Zuge der europaweit um sich greifenden nationalen „Geschichtspolitik“ werden Forschungsanstrengungen und Mittel vielfach in die sicherlich legitime Auseinandersetzung mit Leid und Vertreibungserfahrungen des eigenen Kollektivs gelenkt. Auf der Strecke bleiben dabei leicht beziehungs geschichtliche Fragen, die supranationale Einordnung, der europäische Vergleich oder gar transnationale Fragestellungen. Deshalb werden in dem vorliegenden Band auch Zwangsmigrationen nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen vielfach zum ersten Mal in deutscher Sprache vorgestellt und in Überblicksartikeln der Forschungsstand etwa der russischen oder litauischen Historiografie vorgestellt.

Gleich Ostmittel- und Südosteuropa ist auch Nordosteuropa bzw. die Ostseeregion um die Mitte des 20. Jahrhunderts Schauplatz unterschiedlicher Fluchtbewegungen und Vertreibungsgeschehen gewesen, und auch hier haben Staatsbildungen, Kriege, Grenzverschiebungen, Nationalismen sowie andere ethnozentrische Ideologien solche Prozesse ausgelöst. Hinzu kommen als großregionale Spezifika die Funktion Nordosteuropas als Destination bzw. Fluchtpunkt von Zwangsmigrationen aus anderen Teilen Europas sowie die (sowjet-)russische Form der Verbannung und Deportation über Tausende von Kilo-

metern hinweg – mit dem Ziel der Entwurzelung und Dispersion ethnischer Großgruppen, gar des Ethnozids.

Das vorliegende Themenheft des „Nordost-Archivs“ geht auf einen Sektionsantrag mit dem Thema „Politisch motivierte Zwangsmigrationen in, aus und nach Nordosteuropa im 20. Jahrhundert“ zum Kieler Historikertag 2004 zurück. Ungeachtet der deutlichen Bezüge zum Motto des Historikertages – „Raum und Kommunikation“ – sowie zu dessen „Partnerregion“, nämlich den baltischen Ländern und Polen, fand der Antrag seinerzeit keine Berücksichtigung. Dies eröffnete jedoch die Möglichkeit, das Sektionskonzept auszuweiten und den ursprünglichen Kreis der anvisierten Themen deutlich zu vergrößern.

Der Titel des Hefts fokussiert den Leitbegriff „Raum“ in Gestalt der geschichtsregionalen Konzeption „Nordosteuropa“, wie sie seit den 70er Jahren vor allem in Deutschland ausgearbeitet worden ist. Diese erweitert ältere Konzeptionen wie „Ostseegeschichte“ und die Regionalbegriffe wie „Skandinavien“ oder „Nordeuropa“ zu einem integralen Ostseeraum, der neben den baltischen Staaten auch Russland, Litauen, Weißrussland, Polen und natürlich das nordöstliche Deutschland mit einschließt. Der geschichtsregionale Begriff „Nordosteuropa“ ist dabei strukturell unabhängig von Zwangsmigrationsprozessen, die lediglich in dem gewählten supranationalen Rahmen behandelt werden.

Die Anordnung der Beiträge folgt in erster Linie einem chronologischen Prinzip, wobei – soweit möglich – geografisch und thematisch aufeinander bezogene Beiträge nebeneinander stehen. In Nordosteuropa finden Konzepte ethnischer Segregation vor dem Ersten Weltkrieg in der Politik beider dort vertretenen Großmächte, dem Russländischen wie dem Deutschen Reich, erstmals Gehör und werden punktuell umgesetzt. Die zarische Politik gegenüber Juden und den kaukasischen Ethnien und die deutsche Politik von Massenabschiebungen und einer Ausnahmegesetzgebung in den preußischen Ostprovinzen können parallelisiert werden. Zugleich strahlte der integrale deutsche wie russische Nationalismus auf Nationalismen der Region aus und führte insbesondere in der polnischen Nationaldemokratie zur Formulierung klarer Segregationsrichtlinien gegenüber Juden und Deutschen (Theodore R. Weeks).

Der Erste Weltkrieg erlebte in Gestalt der deutschen Militärpolitik im östlichen Europa erste theoretische wie praktische Versuche, ethnische Segregation auch um den Preis von Zwangsmigrationen umzusetzen. Genannt werden kann das Projekt des „polnischen Grenz-

streifens“ – den Ansätzen einer solchen Politik in dem Militärbezirk „Oberost“ geht Vėjas Gabriel Liulevičius nach. Noch fassbarer sind Zwangsmigrationen als Mittel der zarischen Militärdoktrin, wo die Militärstatistiker eine angebliche „Geografie der Unzuverlässigkeit“ entwickelten, die im Ersten Weltkrieg in Massendeportationen solcherart stigmatisierter jüdischer und deutscher Bevölkerungsgruppen einmündete (Vėjas Gabriel Liulevičius und Pavel Polian).

Die staatliche Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg, in der Öffentlichkeit mit „Versailles“ und den Pariser Friedensverträgen verbunden, löste in der Großregion nur begrenzte Migrationen aus, deren Rubrizierung unter den Begriff Zwangsmigration zudem umstritten bleibt. Zu denken ist hier in erster Linie an die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus den Polen zugesprochenen großpolnischen und westpreußischen Territorien, die in der deutschen Publizistik oft als „Verdrängung“ bezeichnet wurde. Die vielfältigen Faktoren und komplexen Motive, die zu einer deutschen Abwanderung aus diesen Territorien führten, werden für den westpreußisch-pommerellischen Fall analysiert (Marek Stażewski).

Dagegen löste der nationalsozialistische Überfall auf Polen 1939 in Nordosteuropa eine Welle von nun vielfach kausal miteinander verknüpften Zwangsmigrationen aus. Neben der polnischen und jüdischen Bevölkerung, die bereits seit Oktober 1939 in das zunächst als „Polenreservat“ angesehene Generalgouvernement deportiert wurden, waren auch auslandsdeutsche Bevölkerungsgruppen davon betroffen: Die von deutscher und sowjetischer Führung vereinbarten Umsiedlungen deutscher Bevölkerungsgruppen verliefen in einer Grauzone von Freiwilligkeit, Druck aus den Reihen der „Volksgruppe“ und Ängsten vor der sowjetischen Machtübernahme, die sich klaren definitiven Beschreibungen entziehen und am Beispiel der Deutschbalten behandelt werden (Matthias Schröder). Gemeinsam war diesen Umsiedlungen „dorthin, wo andere vertrieben wurden“, eine erhebliche moralische Ambivalenz, eine Signatur, die für die ganze Reihe von Zwangsmigrationen 1939–1950 stehen kann.

Die baltischen Staaten waren von den radikalen Prozessen ethnischer Segregation und Deportation durch die deutschen wie sowjetischen Machthaber in Krieg und Nachkriegszeit besonders betroffen; Litauen, Lettland und Estland verloren einen erheblichen Teil der städtischen Bevölkerung wie der Intelligenz, das benachbarte Weißrussland erlitt durch den Holocaust und die Pazifizierungen die höchsten Bevölkerungsverluste unter allen europäischen Staaten. Bei dem Schwerpunkt „Zwangsmigrationen“ stellt die Ermordung der

Juden einen Grenzfall dar, der aber das hier entstehende Klima von Brutalität und Deportationen maßgeblich mit geprägt hat. In dem Heft versammelt sind drei Studien, in denen die Zwangsmigrationen und deren Bedeutung für die estnische (Karsten Brüggemann) und die litauische Gesellschaft (Arvydas Anušauskas) beschrieben und analysiert werden. Kaum bekannt in der deutschen Öffentlichkeit sind die Umsiedlungen polnischer Bevölkerungsgruppen aus Weißrussland nach 1945, die von der Propaganda vielfach als „Repatriierungen“ beschönigt wurden (Małgorzata Ruchniewicz).

Eine Leerstelle kann nur benannt werden: Leider konnte kein Beitrag eingeworben werden, der sich mit den umfangreichen Erfahrungen Finnlands mit eigenen Zwangsmigrationen (Karelier und Lappländer im Zweiten Weltkrieg, Umsiedlungen aus Hanko-Hangö und Porkkala/Porkala, finnische Gesetzgebung zum Lastenausgleich) beschäftigt.

Nordosteuropa wurde im und nach dem Zweiten Weltkrieg auch zu einer Zielregion von Emigranten und aus rassistischen und politischen Gründen Verfolgten. Zu denken ist hier insbesondere an die reiche skandinavische Tradition der Flüchtlingsaufnahme und Gewährung von Asyl. Weniger bekannt ist dagegen die auch quantitativ bedeutende Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Griechenland in der Volksrepublik Polen, die nach 1948 vielfach in Schlesien und Pommern an Orten angesiedelt wurden, aus denen zuvor die deutsche Bevölkerung vertrieben worden war (Stefan Troebst, Anna Tutaj).

Die umfangreichen Erfahrungen mit allen Formen von Zwangsmigrationen in der sowjetischen wie den postsowjetischen Gesellschaften sind in den letzten 15 Jahren in der russischen wie auch in anderen postsowjetischen Historiografien intensiv beforscht worden, zumal jetzt erstmals archivgestützte Studien auch in den zentralen Staatsarchiven möglich geworden sind. Den Abhandlungsteil beschließt deshalb eine Übersicht über russische Forschungen zu Zwangsmigrationen inklusive einer Bewertung der archivalischen Grundlagen und einer umfangreichen Bibliografie vielfach schwer zugänglicher Beiträge (Pavel Polian).

Insgesamt möchte diese Zusammenstellung von Studien zu Zwangsmigrationen einerseits den Forschungsstand zu weniger bekannten Migrationsprozessen in Nordosteuropa vorstellen, dessen kleinere Historiografien auch in der deutschen wissenschaftlichen Öffentlichkeit nicht angemessen zur Kenntnis genommen werden. Andererseits soll eine Zwischenbilanz der reichen Forschungslandschaft zu Zwangsmigrationsprozessen, die in den letzten 15 Jahren in Nordosteuropa

pa entstanden ist, gezogen werden. Bewusst verzichtet wurde dabei auf begriffliche Vereinheitlichungen der Migrationsprozesse, die in der einen Historiografie als Zwangsumsiedlung, anderswo als Vertreibung, Deportation, Verbannung oder Sondersiedlung bezeichnet werden. Terminologische Vereinheitlichungen helfen hier nicht weiter, sondern verdecken oft Zwangserfahrungen und langanhaltende innerhistoriografische Diskussionen. Für an einem stärker systematischen Zugriff Interessierte sei auf das in Entstehung befindliche Lexikon „Das Jahrhundert der Vertreibungen. Deportation, Zwangsausiedlung und ethnische Säuberung in Europa 1912–1999“ verwiesen.

Tragischerweise ist unser Kollege Rudolf Tempsch, Autor einer grundlegenden Untersuchung zur sudetendeutschen Einwanderung nach Schweden,<sup>1</sup> über seinem geplanten Themenheft-Beitrag „Sudetendeutsche politische Flüchtlinge und Vertriebene im europäischen Norden 1938–1955“ am 8. August 2005 in Göteborg nach kurzer und schwerer Krankheit verstorben. Ihm sei dieses Heft gewidmet.

Hans-Jürgen Bömelburg und Stefan Troebst,  
Lüneburg und Leipzig

---

<sup>1</sup> Rudolf Tempsch, *Från Centraleuropa till folkshemmet. Den sudettyska invandringen till Sverige 1938–1955*. Göteborg 1997 (Meddelanden från Ekonomisk-Historiska Institutionen vid Göteborgs Universitet. 73).





## ABHANDLUNGEN

### Concepts of Ethnic Separation in North-East Europe to World War I

by Theodore R. Weeks

It is generally acknowledged that during the 19th century concepts of modern nationalism developed not just in East-Central Europe, but throughout the European continent. Like so many other “-isms” of that century, nationalism derived in great part from the French Revolution and reactions to that event and the ensuing Napoleonic wars throughout Europe. But nationalism and “ethnicity” are not the same thing, though the two concepts certainly go together. In its most basic definition, ethnicity designates a group that is linked by common ancestry, coming from the Greek word “ethnos.” To be sure, 19<sup>th</sup> century nationalists used the terms “nation,” “tribe,” “race,” and “people” in rather imprecise and overlapping ways. The actual word “ethnicity” seldom crops up in their writings, though the concept of shared past and ancestors was seldom absent from their understanding of “nation” and “people.”

In this short essay I would like to examine the concept of ethnicity in the context of the late Russian Empire, in particular in its western regions from the Baltic provinces to present-day Ukraine. Obviously an exhaustive – or even adequate – portrait of the various national movements in this diverse region cannot be presented here. My goal here is far more modest: to provide a background to the forcible “un-mixing of peoples” that occurred in East-Central Europe beginning in the First World War and culminating (though not ending) in the mid-1940s. The basic question here will be: how did concepts of ethnicity/nation (the two terms cannot, I think, be differentiated in the national rhetoric of the time) develop in the pre-1914 period, how exclusive (or inclusive) were these terms, and what precursors, so to speak, of later forcible exiles and so-called “repatriations” to achieve ethnic/national homogeneity can we discern in the earlier period.

The concept of ethnicity and tribe is hardly a new one in world history. When the Sumerians referred to themselves as the “black-headed people,” they were thinking in ethnic terms. The Hebrew Bible is imbued with the Hebrew people’s self-perception as special and dis-

tinct from the other ethnicities living around them. Similar, Tacitus's *Germania* praises the German tribe for manly virtues, an explicit "turning around" of the normal Roman contempt for "barbarians." African slavery and rationales for its justification were also grounded on ethnic concepts. Thus the development of ethnic/national pride in the 19<sup>th</sup> century was not so much a new phenomenon as a building on earlier – some would say primeval – emotions and identities. There were, however, some significant changes in the definition of ethnicity/nation in this period. Whereas earlier concepts of ethnicity stressed one's lineage and birth (most famous perhaps the definition of a Jew as a person born of a Jewish mother), now ethnicity – or more properly the nation – tended to delineated in cultural and linguistic concepts. To be sure, in practice the two definitions often coincide – an Estonian's daughter generally speaks Estonian. Still, one may choose a culture or language while one can hardly choose one's own parents. In this way ethnicity – at least as understood and developed by many national patriots of the 19<sup>th</sup> century – could be an inclusive concept.

When considering the abstract category of ethnicity in the context of 19<sup>th</sup> century Central and Eastern Europe it should be born in mind that on the practical level ethnic/linguistic categories were often difficult to differentiate from estate (*Stand, soslovie*) or class. With the exception of Russians, Jews, and Poles, most ethnic groups in the region between (ethnic) "Germany" and "Russia" were peasant peoples in the year 1800. One of the most burning tasks of these national movements was to break down the equivalence of, say, Lithuanian or Ukrainian and "peasant." On a somewhat different level, national movements throughout the region wrestled with the presence of large numbers of Jews living in towns and dominating commercial and certain other middle-class professions. Thus national movements inevitably took on a social dimension: Estonian and Latvian peasants – as the events of the 1905 revolution were to show – often saw their German landlords not only as ethnically different, but as social exploiters.

The glorification of ethnic and linguistic difference found its most eloquent spokesman in the figure of Johann Gottfried Herder. Reacting against the hegemonic position of French culture in the late 18<sup>th</sup> century, Herder wrote enthusiastically not only about his own German language, but also explicitly emphasized the value and dignity of the Baltic and Slavic peoples living in the proximity of his native East Prussia. To be sure, Herder was a polymath and wrote

on subjects as diverse as world history, the “nature” of African and American peoples, and on the influence of climate on ethnic character, but his words on the Slavs could be – and were – applied to all nations as yet lacking a development, written high culture: “you, once diligent and happy peoples who have sunk so low, will at last awaken from your long and heavy slumber, will be freed from your enslaving chains.”<sup>1</sup> Herder’s works thus both introduced Baltic ethnicities to the German public and encouraged the development of their own culture as intrinsically valuable, representing a significant contribution to world culture as a whole.

Before we continue on to look at some specifics of the late Russian Empire, we need to pause and consider in the abstract different ways for governments to deal with ethnic difference. Fundamentally there are four possible directions for national policy: segregation, assimilation, integration, and expulsion.<sup>2</sup> Segregation would involve keeping different ethnicities apart. The Russian government’s Jewish policy which restricted most Jews’ residence in the empire to the so-called “Pale of Settlement” is one version of segregation; South Africa’s former policy of apartheid would be another. A policy of assimilation expects minority national groups to take on the culture and language of the dominant group with the loss of their original ethnicity and culture, at least over two or three generations. The predominant American attitude toward immigrants up to very recently was based on assimilation; another variety would be the experience of most western- and central-European Jews before World War I (it should be noted in this context that “assimilation” does not necessarily mean the total effacing of all difference). Integration is the most liberal – and probably rarest – policy toward ethnic minorities and aims to foster a feeling of shared loyalty to the state while retaining significant diversity in culture, language, and customs. One may argue – though this is a controversial topic – that integration has been the goal of American policy-makers in the last generation or two.

Finally, the most radical attitude toward ethnic difference is expulsion. Before the 20<sup>th</sup> century this policy was rarely adopted, probably more from practical than humanitarian reasons. As the papers

---

<sup>1</sup> Johann Gottfried Herder, *On World History: An Anthology*, ed. by Hans Adler and Ernest A. Menze. Armonk, NY 1997, p. 301.

<sup>2</sup> One further possibility by the early 20<sup>th</sup> century, in particular in light of contemporary colonial policies (e.g., the massacre of the Herero people in German Southwest Africa), would be physical extermination. However, in the context of the Russian Empire this kind of genocidal policy (the word “genocide” did not yet, of course, exist) was never considered.

in this volume will demonstrate, the forcible “unmixing of peoples” by deliberate government policy was a frequent event in 20<sup>th</sup>-century Europe.<sup>3</sup> One possible exception to this rule would be the expulsion of participants in the 1831 and 1863 uprisings – usually Polish by culture – into Siberian exile. However, such an argument suffers from serious weaknesses. First of all, exile to Siberia was used as a practical measure against all enemies of the tsarist regime, regardless of ethnicity. Secondly, expulsions from the western provinces to Siberia after the 1831 and 1863 uprisings affected almost exclusively the elite of that regime: peasants of Polish (or Lithuanian) ethnicity were almost totally untouched. Finally, many of the exiles were allowed to return after a decade or two. In the long run, a more serious threat to the Polish ethnicity in the western provinces was presented by the post-1863 laws forbidding the purchase of land there by Poles.<sup>4</sup>

### The Context of the Russian Empire

The development of the Estonian, Latvian, Lithuanian, Ukrainian, and even to a great extent Polish and Jewish national movements cannot be adequately understood without reference to the political realities of the Russian Empire.<sup>5</sup> It needs to be emphasized that the Russian Empire did not see itself as a Russian nation state, in particular before the Polish uprising of 1863. The distinction between Russian as a cultural-ethnic group and as a political-geographical entity is easily made with the two words “russkii” and “rossiiskii.” The Russian Empire was, of course, “Rossiiskaia” – not “Russkaia.” However, as always realities and consciousness were much more complicated. While these two terms did exist, very often – probably more often than not – Russian officials and writers preferred to use “russkii” (designating ethnic-cultural Russian-ness) except in specific phrases (such as “Rossiiskaia Imperiia”). This points to a contradiction within the

<sup>3</sup> On population transfers in the 20<sup>th</sup> century, see Michael Marrus, *The Unwanted: European Refugees in the 20<sup>th</sup> Century*. New York 1985; and Norman M. Naimark, *Fires of Hatred: Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*. Cambridge 2001.

<sup>4</sup> On the restrictive laws aimed at Poles in the western provinces (*Zapadniy krai*), see Theodore R. Weeks, *Nation and State in Late Imperial Russia: Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*. DeKalb 1996, esp. chapters 3 and 5; and Witold Rodkiewicz, *Russian Nationality Policy in the Western Provinces of the Empire (1863–1905)*. Lublin 1998.

<sup>5</sup> The best single work on the Russian Empire as multinational state is Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich: Entstehung. Geschichte. Zerfall*. München 1992.

empire – while it was not a nation-state and could not be one with its huge diversity of ethnic groups, at times it seemed to act like one. To take just one example, the great Russian historians of the late 19<sup>th</sup> century, Sergei Solov'ev and Vasilii Kliuchevskii, constructed their narrative as a national Russian history with little reference to the multinational nature of the Empire.<sup>6</sup>

Until at least the second half of the 19<sup>th</sup> century, St. Petersburg's attitude toward its non-Russian subjects can generally be termed traditional and passive. As long as local elites acknowledged Russian hegemony, they continued to occupy positions of power at the local level. So, for example, Baltic Germans continued to dominate the administration in Estland, Livland, and Kurland provinces. It mattered less at this point to Petersburg that non-Russians dominated in the local bureaucracy than that public order and a relatively efficient administration was maintained. The situation in the Baltic region was thus quite different from that in the western provinces (roughly present-day Ukraine, Belarus, Lithuania) and Kingdom of Poland, where after the November 1830 Insurrection – when the Poles demonstrated their untrustworthiness vis-à-vis the Russian center – St. Petersburg adopted a different policy, trying to limit the number of Poles in the bureaucracy, especially at its higher levels. Still, on the whole Polish social and economic dominance was not significantly lessened – especially in the Lithuanian and Belarusian areas – and the Polish presence even in the local bureaucracy remained strong until 1863.<sup>7</sup>

When we talk about “nationality policy” in the Russian Empire before the final decades of the 19<sup>th</sup> century, we are mainly referring to policies that affected elites directly and the broad masses only indirectly. After all, most Belarusian and Ukrainian peasants (who from the point of view of official Russia belonged to the Russian nation) were serfs before 1861. Like Lithuanian peasants, their landlords were often Polish by culture and Catholic by religion. Despite the extreme mistrust felt by St. Petersburg toward this group (especially after 1831), their continued domination of “Russian peasants” in

---

<sup>6</sup> On these two important historians, see Edward C. Thaden, *The Rise of Historicism in Russia*. New York 1999; and Robert F. Byrnes, V.O. Kliuchevskii, *Historian of Russia*. Bloomington 1995.

<sup>7</sup> On the insurrection of 1830-1831 see Robert F. Leslie, *Polish Politics and the Insurrection of November 1830*. London 1956; and *Powstanie listopadowe 1830-31. Geneza, uwarunkowania, bilans, porównania* [November Uprising 1830-31. Genesis, Conditions, Result, Comparisons], ed. by Jerzy Skowronek and Maria Żmigrodzka. Wrocław 1983.

the region was not significantly affected. As for Latvians and Estonians, while serfdom had officially been abolished in the provinces where they lived in the aftermath of the Napoleonic Wars, very often they continued to live in economic dependence to the German estate owners. The mixing of ethnic and social categories is reflected in the Estonian word *saks* which came to mean landowner or even “bourgeois,” but originally designated a German (Saxon). While some Russian nationalists (Yurii Samarin among them) found the domination of Germans the Baltic administration intolerable, they did not have significant influence in official circles – indeed, Nicholas I had Samarin imprisoned for circulating his *Letters from Riga* in the late 1840s.<sup>8</sup>

In national policy, as in many other areas of life in the Russian Empire, the 1860s were a watershed. The trauma of the 1863 Polish Insurrection, which occurred during a turbulent period of reform, including the emancipation of serfs, electrified both Russian society and the Russian government. After 1863 a more activist policy – often described as “russification” – was adopted toward non-Russians, both at the elite and popular levels.<sup>9</sup> One may point to three main reasons (at least) for this new policy direction: domestic order, international insecurity, and efforts toward centralization and “regularization” of the Russian state.<sup>10</sup> The 1863 uprising had frightened officials and the tsar himself, showing that non-Russian elites could pose a significant internal danger for the Russian state. For Russian officialdom, the lesson of 1863 was that Poles must be kept away from the levers of state power, in particular on the western borderlands. During the reign of Alexander III (1881–1894) this “lesson” was extended to the Baltic Germans, that is, Russian policy began to see the German dominance in local politics as a potential threat, and took measures to reduce it.

The international situation of the late 19<sup>th</sup> century further encouraged the Russian state in its “russifying” efforts. The unification of Germany in 1871 – on the heels of Prussia’s humiliating defeat of

---

<sup>8</sup> Peter K. Christoff, *An Introduction to Nineteenth-Century Russian Slavophilism*: Iu.F. Samarin. Boulder 1991, pp. 139-144.

<sup>9</sup> For a discussion of this term, see Theodore R. Weeks, *Russification: Word and Practice 1863–1914*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 148 (December 2004), no. 4, pp. 471-489; and *Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914*, ed. by Edward C. Thaden. Princeton 1981.

<sup>10</sup> On the latter factor (in broad perspective), see the stimulating and neglected work by George Yaney, *The Systemization of Russian Government. Social Evolution in the Domestic Administration of Imperial Russia, 1711–1905*. Urbana 1973.

France – upset the European balance of power that had existed since the Congress of Vienna. While some Russian statesmen (e.g., Sergei Witte) wished to continue the traditional Russian-German (or Prussian) friendship, geopolitics and economic rivalries increased tensions between the two powers. Thus German subjects of the Russian tsar – while still very prominent in the army, diplomatic corps, and elsewhere – fell under a shadow of suspicion: how would they act in case of war with Germany? At the same time, we should not forget that the period after 1871 to the beginning of World War I saw the extension of European empires overseas and a great increase in aggressive nationalist rhetoric and ideology. Russia (and non-Russian nationalities) was certainly not immune to the wave of chauvinism that swept the continent in this period.

Both domestic and international concerns also pushed the Russian Empire toward policies of greater centralization which to non-Russian elites often appeared as direct challenges to long-cherished practices and privileges. Such was the case with measures to diminish German power in the Baltic provinces and – less successfully – to lessen Finnish autonomy.<sup>11</sup> Besides these egregious examples, there was the more pervasive insistence on use of Russian as the *lingua franca* – at least – of communication throughout the empire. While local languages could be tolerated, scarce state resources should be concentrated, it was felt, on education in Russian, in particular at the secondary level and in universities. Given the suspicion felt by Russian bureaucrats toward any kind of private initiative in education (including in Russian), such policies could easily appear to non-Russians as an effort to assimilate them entirely.

This was not, however, the view from St. Petersburg. Except for the special cases of Belarusians and Ukrainians who were regarded as Russians speaking particular dialects (rather like Bavarians in Germany or Sicilians in Italy), the Russian government did not aim for total cultural assimilation, at least not in the foreseeable future. Rather, St. Petersburg hoped at best to produce loyal subjects who would use Russian in the shared economic and bureaucratic (administrative) spheres of the empire. If these non-Russians ended up, over generations, losing their original ethno-cultural identity, then so much the better (from St. Petersburg's point of view). But there were many far more pressing and immediate tasks facing the Russian government.

---

<sup>11</sup> See, for example, Tuomo Polvinen, *Imperial Borderland: Bobrikov and the Attempted Russification of Finland 1898–1904*. Durham 1995.

Looking back at our four theoretical categories of policy toward ethnic minorities (segregation, assimilation, integration, expulsion), we find some measure of all four in Russian policy. Segregation was the traditional approach: each ethnic group had its own place (both in the social order and geographically) and should be left there, indeed, should be discouraged from attempting significant social or geographical changes themselves. In the final decades of the 19<sup>th</sup> century, however, we witness a rather muddled mixture of assimilationist and integrationalist policies. For example, non-Russians were certainly encouraged to learn Russian and adopt Russian culture – probably the single most successful example of this kind of assimilation would be the Jews. While the vast majority of Russia’s Jews remained traditional and Yiddish-speaking, a very significant and growing percentage had by 1914 adopted the Russian language – the names of Vladimir Zhabotinskii and Lev Davidovich Bronstein (Trotsky) may suffice as examples.<sup>12</sup> At the same time, the distrust and disdain (to put it mildly) of tsarist officialdom toward the Jews – and especially those speaking good Russian – is very well known.<sup>13</sup> Certainly tsarist officials rarely felt comfortable with the idea of “Russian Jews,” but it would be a mistake to see in the mass emigration of Jews after 1881 a covert expulsion policy: often officials expressed misgivings about these departures and put obstacles in the way of would-be Jewish emigrants.

In the context of the Russian Empire, expulsion did not figure as a state policy. In the two significant instances of ethnic groups leaving the Empire in mass numbers (before the emigration wave of the late 19<sup>th</sup> century), Kalmyks to China and Muslims to the Ottoman Empire, official policy attempted to limit, not encourage, the exodus.<sup>14</sup> As for the Muslims, during the 19<sup>th</sup> century, as Russian power was extended south across the Caucasus and finally including Armenia and the region we know as Azerbaijan, many tens of thousands left their homes and fled across the border into the Ottoman Empire. While it seems certain that this exodus was at least in part caused

---

<sup>12</sup> See Benjamin Nathans, *Beyond the Pale: The Jewish Encounter with Late Imperial Russia*. Berkeley 2002. I do not mean to imply that Nathans sees the Jews of his study as specifically “assimilated.”

<sup>13</sup> See, for example, Irvin Michael Aronson, *The Attitudes of Russian Officials in the 1880s toward Jewish Assimilation and Emigration*, in: *Slavic Review* 34 (1975), no. 1, pp. 1-18; and Erich Haberer, *Jews and Revolution in Nineteenth Century Russia*. Cambridge 1995.

<sup>14</sup> On the Kalmyk encounter with the Russian Empire, see Michael Khodarkovsky, *Where Two Worlds Meet: The Russian State and the Kalmyk Nomads, 1600–1771*. Ithaca 1992.



by the hostile actions of Russian military and civil administrators, attacks on the part of Christian neighbors and a general reluctance to live under Christian rule seem also to have encouraged the Muslim departure. On the other hand, Russian officials did attempt to stymie the exodus for practical reasons. Thus one cannot designate this mass emigration of Muslims from the Russian Empire as a specific policy of expulsion.<sup>15</sup>

While the Muslim exodus can only with reservations be termed “expulsion” and Jewish mass emigration was more often hindered than actively encouraged by Russian officialdom, no other instances of Russian national policy in the late imperial period can reasonably be categorized as expulsion. Both practical issues and ideology explain this fact. The Russian government – unlike its Soviet successor – lacked the resources and will to round up and expel significant numbers of its subjects. Furthermore, the fundamentally conservative nature of the Russian Empire, combined with humanitarian considerations founded on Christian principles, militated against any such drastic policy.

### **Nationalist Movements**

The second half of the 19<sup>th</sup> century, as is well known, was a period of “national awakening” – to use a loaded and imprecise term – among many ethnic groups of East-Central Europe. From Czechs to Estonians, Ukrainians to Latvians, the consciousness of belonging to a separate cultural and ethnic entity – and the pride in this belonging – spread through the region and took on political (or, at the very least, proto-political) forms. While no national group on the western borderlands of the Russian Empire seriously demanded national independence before World War I – aside from the Poles who form in many ways the exception to the rule – by 1905 cultural-ethnic difference had been defined and institutions to spread national consciousness (press, publishing, clubs, organizations) were in place. The level of national consciousness varied greatly, and was almost certainly

---

<sup>15</sup> On the impact of the Russian Empire on Muslims, see *Muslim communities reemerge: historical perspectives on nationality, politics, and opposition in the former Soviet Union and Yugoslavia*, ed. by Andreas Kappeler, Gerhard Simon and Georg Brunner. Durham 1994; and Moshe Gammer, *Muslim Resistance to the Tsar: Shamil and the Conquest of Chechnia and Dagestan*. London 1994; and *Russia's Orient: Imperial Borderlands and Peoples, 1700–1917*, ed. by Daniel R. Brower and Edward J. Lazzarini. Bloomington 1997.

lower among the Lithuanians than Estonians, Poles, and Latvians.<sup>16</sup> In no case, however, do we see serious arguments for the creation of an ethnically homogeneous nation-state. Rather, patriots in each case defined their nation primarily in linguistic-cultural terms; their relations with neighboring ethnicities were cast in terms of assimilation or segregation.<sup>17</sup> The following brief discussion of the main influences and lines of development among the Baltic peoples and Poles aims to show the mainly defensive and “self-consolidating” nature of these nationalisms in the pre-1914 period.

Starting from the north, the Estonians were the smallest but in the early 20<sup>th</sup> century most nationally aware and organized of the three Baltic ethnicities.<sup>18</sup> Like Lithuanians and Latvians, they were a mainly peasant people before the 20<sup>th</sup> century; indeed the word “Estonian” came into broad usage in the 1860s and 1870s – previously these peasants had called themselves “country folk” (*maarahvas*).<sup>19</sup> One large influence on the development of Estonian ethnic-cultural identity was the Christian church, though less from the “official” Lutheran pastors (who tended to be German in culture) and more from the smaller but dynamic pietistic Herrnhuter movement. The Herrnhuter fraternities, while never enrolling more than ten percent of the rural population, were influential in spreading the idea of enlightenment ideas, especially that of human dignity of the peasantry, among Estonians.<sup>20</sup> This concept of peasant dignity was easily translated into a desire to uphold and develop the dignity of Estonian cultural-ethnic identity which in turn demanded that Estonians shed their hitherto exclusively peasant identity.<sup>21</sup> Estonian patriotic thinkers were also

<sup>16</sup> For a good synthesis and comparison of these national movements, see Edward C. Thaden, *Traditions Elites, Religion and Nation-Building in Finland, the Baltic Provinces and Lithuania, 1700–1914*, in: *Finland and Poland in the Russian Empire: A Comparative Study*, ed. by Michael Branch (et al.). London 1995, pp. 1-15.

<sup>17</sup> For a general treatment of the development of Baltic nationalisms and national identity, see Aleksander Loit, *Die nationalen Bewegungen im Baltikum*, and *Der Nationsbildungsprozess im Baltikum 1850–1914*, in: *Die Entstehung der Nationalbewegungen in Europa 1750–1918*, ed. by Heiner Timmermann. Berlin 1998, pp. 213-227 and 333-364.

<sup>18</sup> The Lithuanians do not, strictly speaking, belong with Latvians and Estonians as “Baltic” before 1914, but I follow her present-day designation for the sake of simplicity.

<sup>19</sup> Juhan Kahk, *Aufklärung und nationale Identität. Der Einfluß der progressiven Ideen auf die mentale Selbstfindung der Esten*, in *Aufklärung in den baltischen Provinzen Russlands*, ed. by Otto-Heinrich Elias. Köln 1996 (*Quellen und Studien zur baltischen Geschichte*. 15), pp. 43-56, here p. 43.

<sup>20</sup> *Ibidem*, pp. 50-55.

<sup>21</sup> On the importance of estate (*Stand*) identity in the development of Baltic national identity, see Reinhard Wittram, *Das ständische Gefüge und die Nationalität*, in: *Idem, Das Nationale als europäisches Problem*. Göttingen 1954, pp. 149-160.

directly affected by Herder's ideas, like Jakob Hurt who wrote in 1874 to a German colleague that "Die Nation ist für mich nicht ein politischer, sondern ein ethnographischer Begriff."<sup>22</sup> For Hurt and other Estonian nationalists, their most important task was to defend the national language and culture from Germanization.

By the early twentieth century, helped in part by a relatively benevolent attitude on the part of the Russian authorities (at least compared to policy toward Poles or Lithuanians), Estonians had created sophisticated cultural institutions ranging from schools and newspapers to singing clubs and institutions for economic self-help.<sup>23</sup> As the Estonian movement gained in strength and confidence, the cultural and economic hegemony of local Germans came increasingly under threat. However, to quote a contemporary Estonian nationalist, Estonians sought to achieve "die nationale, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung" and "eine freundliche Koexistenz in der gemeinsamen Heimat" and not "die endgültige Vernichtung der Deutschen."<sup>24</sup> To be sure, one can understand German feelings to the contrary, given the considerable level of anti-German violence (usually against property) during the 1905 revolution, but these attacks can be explained on economic rather than purely national grounds.<sup>25</sup> In any case, it is clear that after 1905 Estonians were able to work together with Russians and Germans – and not just in opposition to them – for example in the Tallinn city government.<sup>26</sup>

Latvians, while more numerous than Estonians, developed a national movement somewhat later.<sup>27</sup> As with Estonians, Latvians defined themselves mainly in opposition to German townspeople and estate owners. The linguistic-cultural program of the Young Latvian move-

---

<sup>22</sup> Quoted in: Ea Jansen, *Aufklärung und estnische nationale Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: *Aufklärung* (see note 19), pp. 64 f.

<sup>23</sup> See, for example, Toivo U. Raun, *Estonia and the Estonians*. 2<sup>nd</sup> ed., Stanford 2001.

<sup>24</sup> Anton Jürgenstein, quoted in: Toomas Karjahärm, *Das estnisch-deutsche Verhältnis und die Russische Revolution von 1905*, in: *Nordost-Archiv N.F. IV* (1995), H. 2, p. 436.

<sup>25</sup> See, for example, Gerd von Pistohlkors, *Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution: historische Studien zum Problem der politischen Einschätzung der deutschen Oberschicht in den Ostseeprovinzen Rußlands im Krisenjahr 1905*. Göttingen 1978.

<sup>26</sup> This is one of the conclusions of Bradley Woodworth, *Civil Society and Nationality in the Multiethnic Russian Empire: Tallinn/Reval, 1860–1914*. Ph.D. diss., Indiana University at Bloomington, 2003.

<sup>27</sup> For a general account, see Andrejs Plakans, *The Latvians: A Short History*. Stanford 1995. An interesting contemporary description is R. Peterson, *Latyshi [Latvians]*, in: A.I. Kastelianskii, ed., *Formy natsional'nago dvizheniia v sovremennykh gosudarstvakh: Avstro-Vengriia. Rossiia. Germaniia [Forms of National Movements in the Contemporary States: Austria-Hungary, Russia, Germany]*. St. Petersburg 1910, pp. 445-468.

ment, published in 1882, called for the use of Latvian in local schools including at the secondary level and in teachers' training institutes, the teaching of Latvian (as a second language) in Russian and German *Gymnasien*, and the right to use Latvian in correspondence with local officials. Another central goal of the Latvian movement was the creation and spread of Latvian literature – including translations of poems by Goethe, Heine, and Schiller, as well as the writing of Latvian songs, poetry, prose, and journalism.<sup>28</sup> Thus before 1905 the main element around which Latvian nationalism coalesced was culture. As to the north, the Latvian movement's conception of ethnic difference and the goal of the national movement were primarily defensive and aimed at the transformation of their hitherto primarily oral culture into a fully-fledged written literary culture.

The Lithuanian national movement took shape in very different circumstances than those of the Latvians and Estonians.<sup>29</sup> Indeed, the identity of Lithuanians as “Baltic” is a post-World War I construction. Before 1914 relatively few Lithuanians lived in the Baltic's immediate vicinity; their present and past was linked with Poland rather than the Baltic world of Sweden, Finland, and northern Germany. Lithuanians were also Catholic, which had distinct political connotations (because of the Polish connection) in the Russian Empire. Lithuanian peasants had participated actively in the 1863 anti-Russian uprising and though this was interpreted by the Russian officials as the work of fanatical (Polish) priests, one post-1863 measure aiming to cut Lithuanians off from Poles had a very significant dampening effect on the development of Lithuanian national culture.<sup>30</sup> This was, of course, the so-called “press prohibition” (*spaudos draudimas*) that forbade publishing in the Lithuanian language using Latin letters. Because literate Lithuanians refused to accept the Cyrillic alphabet, in effect Lithuanian publishing in the Russian Empire shut down

---

<sup>28</sup> Beata Johansone, Kultur als Grundlage der junglettischen Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Entstehung der Nationalbewegungen (see note 17), pp. 483-496.

<sup>29</sup> A. Bulat, Litovtsy [Lithuanians], in: Formy (see note 27), pp. 425-444; Manfred Hellmann, Die litauische Nationalbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ostforschung, 2 (1953), pp. 66-106; and Jerzy Ochmański, Litewski ruch narodowo-kulturalny w XIX wieku [The Lithuanian National-Cultural Movement in the 19<sup>th</sup> Century]. Białystok 1965.

<sup>30</sup> Theodore R. Weeks, Lithuanians, Poles and the Russian Imperial Government at the Turn of the Century, in: Journal of Baltic Studies 25 (Winter 1994), No. 4, pp. 289-304; idem, Russification and the Lithuanians, 1863–1905, in: Slavic Review 60 (Spring 2001), no. 1, pp. 96-114.

for two generations.<sup>31</sup> When the prohibition was rescinded in 1904, however, Lithuanian print culture rapidly developed, with dozens of periodicals, books, and brochures published in the next decade.

If Latvians and Estonians had as their main “ethnic competitor” the Germans, the Lithuanians defined themselves in opposition to the Poles. While Polish peasants did live in significant numbers in the region, for the Lithuanian national movement more important was the hegemonic Polish high culture in churches, on noble estates, and in cities such as Wilno (for Lithuanians, Vilnius).<sup>32</sup> Thus the major goal for Lithuanian nationalism before 1914 was to challenge this hegemony, obtain rights for Lithuanian in churches, and demand a place for Lithuanian in local schools (it should be remembered that Polish was also not allowed in education; in any case the number of schools was small). Lithuanian nationalists certainly exhibited more anti-Jewish rhetoric than their Latvian and Estonians, but this phenomenon simply reflects the far greater numbers and importance of Jews in provinces where ethnic Lithuanians resided.<sup>33</sup> In any case, Lithuanian national rhetoric concentrated far more on consolidating their own culture than in attacking any other ethnicity. Lithuanians, like Latvians and Estonian patriots, seemed to consider inevitable a long-term cohabitation with other national groups (in particular Poles and Jews) and directed their efforts towards strengthening their own culture, national identity, and social position.

Besides the “native” national movements in the region, one must consider the presence of strong Russian-national elements here. As is well known, during the reign of Alexander III a concerted policy of reducing German cultural and political privileges (or, to see matters from the German point of view, “rights”) was followed. The shutting down of Dorpat (now Tartu) university and its replacement by a Russian institution (complete with the use of a Russian name for the town, Jur’ev) may serve as emblematic of this policy. But few Russian nationalists claimed the Baltic provinces (as opposed to the Belarusian-Lithuanian western territory) as “eternal Russian lands.”

---

<sup>31</sup> *Raidžių draudimo metai* [Years of Banning Latin Characters], ed. by Darius Staliūnas. Vilnius 2004.

<sup>32</sup> For an example of this anti-Polish attitude, see Jonas Basanavičius, *Lenkai Lietuvoje* [The Poles in Lithuania]. Chicago 1903; and idem, *Apie lenkų kalbą Lietuvos bažnyčiose* [Polish Language in Lithuanian Churches]. Kaunas 1906.

<sup>33</sup> See the essays and documents collected in Liudas Truska and Vyngantas Vareikis, *Holokausto prielaidos: antisemitizmas Lietuvoje / The Preconditions for the Holocaust: Anti-Semitism in Lithuania*. Vilnius 2004.

Rather, they saw proper imperial (read: Russian nationalist) policy in the Baltic as drawing this region closer to the imperial center, but not – at least in the short run – carrying out a thorough-going program of cultural russification.

The situation in the Belarusian-Lithuanian (“northwest”) provinces, was quite different. The rhetoric of Russian nationalism insisted that this was “native Russian soil” that had been torn away violently from mother Russia by perfidious Poles. While nationalists such as Ivan Aksakov and Mikhail Katkov (not to mention local Russian administrators) never denied the presence of “aliens” such as Poles, Lithuanians, and Jews in these provinces, their rhetoric dismissed this population as “latecomers” whose presence did not undermine the essential Russianness of the land.<sup>34</sup> This rhetoric is also reflected in the inscription on the monument to Catherine II unveiled in Vilna/Vilnius/Wilno in 1902: “That which was torn away [i.e., this land] – Returned [to the Russian Empire by the Partitions of Poland].”<sup>35</sup>

There is a curious paradox in the rhetoric of Russian nationalists regarding the population of this region: on the one hand, they insisted on the fundamentally Russian character of the land but on the other they failed to articulate specific programs to expel non-Russians.<sup>36</sup> To be sure, the Russian nationalists (who, it should be remembered, dominated the Duma representation from this region after 1907) were vociferously in favor of restrictions on both Poles and Jews on the one hand, and for privileges to encourage Russian settlement here. No doubt in the long run they hoped that such policies would induce a steady strengthening of the Russian ethnicity in Vilna, Grodno (etc.) provinces (Kovno/Kaunas province, with its over 90% ethnic Lithuanian and Jewish population, was usually

<sup>34</sup> Aksakov’s and Katkov’s views on the western provinces are connected inextricably with their concepts of Polish-Russian relations. See, for example, Ivan Aksakov, *Pol’skii vopros i zapadno-russkoe delo* [The Polish Question and the West-Russian Situation]. Moscow 1886; and M.N. Katkov, 1863 god. *Sobranie statei po polskomu voprosu* [Collection of Articles about the Polish Question]. Moscow 1887.

<sup>35</sup> A. Vinogradov, *Pamiatnik imperatritse Ekateriny II v g. Vil’ne* [The Monument of Empress Catherine II in Wilna]. Vil’na 1902, p. 9. On the unveiling of the monument and the ensuing controversy, see Dariusz Szpoper, *Sukcesorzy Wielkiego Księstwa. Myśl polityczna i działalność konserwatystów polskich na ziemiach litewsko-białoruskich w latach 1904–1939* [The Heirs of the Grand Duchy. The Political Idea and Polish Conservative Activity in the Lithuanian and Belorussian Regions 1904–1939]. Gdańsk 1999, pp. 10-18.

<sup>36</sup> An example of such rhetoric is P.N. Batiushkov, *Belorussia i Litva* [Belorussia and Lithuania]. St. Petersburg 1890. While Polish influence is denounced, it seems to be taken for granted that a strong and consistent pro-Russian policy – but not specific expulsions or the like – will return to the region its “eternal Russian character”.

passed over in silence). Still, their failure to formulate an explicitly expulsionary rhetoric reflects, I think, a fundamental taboo of that time: forcible resettlement, like pressure to affect religious conversion, was seen as essentially immoral and unacceptable. Russian nationalists consistently argued that they aimed only to defend the down-trodden Russian nation from stronger and better-organized Polish (and Jewish) competitors.<sup>37</sup> However hypocritical such rhetoric was, the fact remains that Russian chauvinists of the pre-1914 shied away from an open call for ethnic-based expulsion.

Probably the most aggressive rhetoric among national movements in the region would be found among the Polish National Democrats (*Endecja*). Influenced by Herbert Spencer and often using pseudo-Darwinist rhetoric, the *Endeks* are best known for their uncompromisingly negative stance on the Jewish question. Indeed, they explicitly called for Poles to segregate themselves from Jews and hoped that Jews, thus deprived of their income, would be forced to emigrate. While not explicitly calling for the expulsion of Jews (there was, after all, no Polish state which could carry out such a program), such an expulsion was implicit in their rhetoric and program. As Brian Porter recently pointed out, the *Endeks* defined *naród* in terms of “patriotic rhetoric to enforce social discipline, the construction of high walls of inclusion and exclusion around the national community, and the insistence that international relations were based on conflict.”<sup>38</sup> In other words, rather than being based on cooperation and mutual respect, relations between different ethnicities – here “international” must be understood as “inter-ethnic” and not just referring to relations between states – were seen as necessarily antagonistic, with the stronger (or “fitter”) nation winning.

It is certainly not by chance the only rhetoric of expulsion exhibited by the nationalist groups we have considered came from the most antisemitic among them, the Polish *Endeks*. From the 1870s at latest, European antisemitism had taken on a racial tinge quite alien to the

---

<sup>37</sup> Russian nationalism remains an under-researched topic. Meanwhile, see: Robert Edelman, *Gentry Politics on the Eve of the Russian Revolution: The Nationalist Party 1907–1917*. New Brunswick 1980; Don C. Rawson, *Russian Rightists and the Revolution of 1905*. New York 1995; and the essays collected in Hans Rogger, *Jewish Policies and Right-Wing Politics in Imperial Russia*. Berkeley 1986). Two major journals of the Russian rightist / nationalist camp in the early 20<sup>th</sup> century are “*Mirnyi trud*” and “*Okrainy Rossii*”, both of which merit closer study and historical analysis.

<sup>38</sup> Brian Porter, *When Nationalism Began to Hate: Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland*. Oxford 2000, p. 200.

culturally-oriented national movements we have considered.<sup>39</sup> While the *Endeks* never fully embraced a racist arguments of western and central European antisemites, the Polish nationalists' constant emphasis on the harm Jews had done to Poland and the Polish nation certainly hampered any efforts for Polish-Jewish cooperation.

The Poles were numerically the largest "national minority" in the western borderlands of the Russian Empire and unlike the Baltic peoples, Belarusians and Ukrainians, also had a well-developed nobility and – to a lesser extent – middle classes. Andrzej Walicki has argued that already in the late 18<sup>th</sup> century Poles had developed a form of civic nationalism closer to the French than eastern European model.<sup>40</sup> Whether or not one accepts this argument, it cannot be denied that Poles – unlike the smaller Estonian, Latvian, or Lithuanian nations – already possessed a well developed and codified language, printed literary culture, historical tradition, and national identity before 1800. Thus the tasks of Polish nationalism in the 19<sup>th</sup> century were quite different from those of the Baltic nations. Where Estonians, Latvians, and Lithuanians needed to actually produce an agreed-upon common standard language, this was far less of an issue for Poles. Similarly, for all the persecutions of Poles under Russian and Prussian domination, rationally one could not truly fear an extinction of Polish culture – such an extinction seemed much more possible for Estonians or Lithuanians.

Why, then, did the most developed forms of aggressive nationalism and antisemitism develop among Poles and not in the Baltic? This question cannot be answered in a few words, but possibly the very fact that the Polish nation was more developed than its Baltic neighbors allowed Polish nationalists to take the next step towards formulating ideas (though of course not policies) of expulsion (more specifically, of advocating Jewish emigration).<sup>41</sup> As the essays here will show, ideas and policies of expulsion were developed and carried out in many parts of Europe in the generations after World War II.

---

<sup>39</sup> Leon Poliakov, *A History of Antisemitism*. Vol. 4: *Suicidal Europe, 1870–1903*. New York 1965; Robert Wistrich, *Antisemitism: The Longest Hatred*. New York 1992.

<sup>40</sup> Andrzej Walicki, *The Enlightenment and the Birth of Modern Nationhood: Polish Political Thought from Noble Republicanism to Tadeusz Kosciuszko*. South Bend, Ind. 1989. On this topic see also *Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych* [Ideas and Concepts of People in Polish Political Thinking after the Era of Partition], ed. by Andrzej Walicki and Janusz Gockowski. Warsaw 1977.

<sup>41</sup> For a more detailed consideration of Polish-Jewish relations and "what went wrong" in the 19<sup>th</sup> century, see Theodore R. Weeks, *From Assimilation to Antisemitism: The "Jewish Question" in Poland, 1850–1914* DeKalb 2006.



As we have seen, expulsion as one “solution” to difficult relations with another national-ethnic group was rarely advocated – or even formulated – before 1914. So where did these policies come from? I do not think it too fanciful to suggest that the ideas of antisemites for Jewish expulsion in order to achieve more ethnic homogeneity played some role here. To be sure, ideas and policies do not develop in an orderly, straight-line fashion. At best, I think, we can note similarities and possible influences. The terrible blood-letting of the First World War as well as the radical measures of expulsion, expropriation, and arrest employed by various powers (but especially the Russians) also provided models for future measures of ethnic cleansing.<sup>42</sup> An attempt, however, to seek a long genealogy for these measures in the nationalist ideologies of the 19<sup>th</sup> century is to my mind quite fruitless. In particular among the nationalities of the Russian Empire – with the partial exception of Poles and Russians – the existence of various distinct ethnic groups living together in one territory continued to be accepted as the norm and as an inevitable future reality all the way to 1914. It was only after the terrible events of 1914–1918 that individuals and governments began more seriously to advocate the forcible unmixing of peoples. In this way, too, World War I deprived Europe of its innocence.

edited by Mark Hatlie, Tübingen

---

<sup>42</sup> On this topic see, for example, Eric Lohr, *Nationalizing the Russian Empire: The Campaign against Enemy Aliens during World War I*. Cambridge, Mass. 2003; Peter Gattrell, *A Whole Empire Walking: Refugees in Russia during World War I*. Bloomington 1999; and Peter Holquist, *Making War, Forging Revolution: Russia's Continuum of Crisis 1914–1921*. Cambridge, Mass. 2002.

**Precursors and Precedents:  
Forced Migration in Northeastern Europe during the First  
World War**

by Vėjas Gabriel Liulevičius

In northeastern Europe and more generally throughout Europe as a whole, the First World War launched a series of expulsions, dislocations, and mass shifting of populations, which prepared the way for an era of displacements later through the twentieth century. This article explores aspects of forced migration in northeastern Europe. It considers first the deportations organized by the Russian army in occupied Germany (East Prussia in 1914/15) and within the Russian empire itself, especially in the process of withdrawing from the Northwestern Territories in the “Great Retreat” in the spring and summer of 1915. Next, Imperial German plans and policies are treated in projects focused on the occupied territories of Eastern Europe: the Polish border strip project and the military state established in Ober Ost (including parts of present-day Lithuania, Poland, Latvia, and Belarus). Finally, it is necessary to investigate the outlines of the forced migration experience and also the *Rezeptionsgeschichte* of this ordeal – how this historical phenomenon was received and assimilated by societies in northeastern Europe. Considering this theme of forced migrations in the context of the First World War in northeastern Europe shows the increasing routinization of the movement of populations as a thinkable policy option for government, as a modern state practice. Societies and individuals recognized this precisely in their growing apprehensions about this phenomenon. Thus, the forced migrations of the “Great War” were precursors and precedents of a phenomenon which would be central to the troubled history of northeastern Europe in the rest of the century.

From the perspective of general European history, contemporaries recognized that this era was one marked by what Lord Curzon called the “unmixing of peoples.”<sup>1</sup> The political philosopher Hannah Arendt came to identify the figure of the displaced person and stateless refugee as a quintessential symptom of the transformations in European politics. In tracing the evolution towards this, it is nec-

---

<sup>1</sup> Quoted in Michael R. Marrus, *The Unwanted: European Refugees in the Twentieth Century*. Oxford 1985, p. 41.

essary to seek to understand how the notion of moving of peoples became increasingly thinkable as a policy option. An important study of the modern refugee phenomenon states, “in 1918 huge masses of refugees appeared in Europe, victims of new-style nation states.”<sup>2</sup> But, in fact, the process of forced migration and flight had begun earlier (not only as a result of the conclusion of the fighting and the redrawing of new borders out of the wreckage of empires) during the war itself. The concept of the First World War as the first “total war,” though debated and qualified by historians, seeks to capture the quality of new intensity which this modern industrial war had as an all-encompassing struggle, apparently for existential stakes, pitting entire societies against one another, not merely armies in the battlefield. In the process of all-out mobilization for victory in the war, the lines between soldiers and civilians, between the battlefield and the homefront, grew increasingly indistinct and violence against non-combatant populations proliferated. On all the theaters of the war, a variety of forms of displacement, forced movement, and refugeedom resulted. As Stéphane Audoin-Rouzeau and Annette Becker conclude in a study of accelerating violence during the war, “invasions, occupations, exactions, expressions of racism, atrocities, reprisals, deportations, and the massacre of civilians accompanied the intensification of combat on the battlefields of the Great War. What happened between 1914 and 1918, including the concentration camps, was part and parcel of the process whereby the war became total in the twentieth century... The violence of war was rendered commonplace, and its range grew out of all proportion.”<sup>3</sup>

The very concept of “Zwangsmigration” or forced migration in fact covers a multitude of scenarios containing differences: expulsions ordered by occupiers or by one’s own authorities, evacuation, flight in response to threats, “voluntary” escape in the face of approaching devastation. In fact, distinguishing between these shadings in particular historical situations can be difficult.<sup>4</sup> Adding to the complexity of definitions is the fact that forced migration also can be (but need not always be) related to two other topics: “scorched earth policy” and the potential for genocide. Scorched earth policy denotes the willful

---

<sup>2</sup> Ibidem, p. 51.

<sup>3</sup> Stéphane Audoin-Rouzeau, Annette Becker, 14–18: Understanding the Great War, transl. by Catherine Temerson. New York 2002, p. 89.

<sup>4</sup> Ibidem, p. 85.

and thorough destruction of territory before it is ceded to an enemy, in order to deny the opponent its resources or advantages. Only desolate, devastated areas are to be left behind. This clearly is not a modern invention, as it is said to have been used by the Assyrians and the Romans due to the terror which it evoked (with symbolic finality in the case of the destruction of Carthage in 146 B.C.). Yet the mythologized classical reference for this tactic in popular historical memory is the Russian response to Napoleon's invasion of 1812, as Russian forces withdrew into the interior, denying the Emperor a decisive set battle, and leaving Moscow itself in flames. The heightened supply difficulties of an army increasingly reliant on foraging, combined with "General Winter," decimated otherwise victorious French and allied troops in the depths of Russia.

Thereafter, during the "long peace" of the nineteenth century on the European continent, the tactic was used in colonial warfare by Europeans. As Isabel Hull emphasizes, "Colonial history is much more central to European history than is often believed."<sup>5</sup> In Hull's interpretation, the colonial wars did not exist as a world apart from European experience, but rather were purer and less restricted expressions of the "military cultures" of European states. The practices employed in the colonies were then also put into use in Europe during World War I. The tactic used in the colonies was "hunger war": "the destruction of all dwellings, food stores, domestic animals, and planted fields."<sup>6</sup> Examples included campaigns in German East Africa, with significant mortality among the native population as a result, and the British campaign of "farm burnings" and "laying waste" during the 1899–1902 Boer War, in tandem with the internment of civilians in camps, intended to quell guerrilla warfare.<sup>7</sup>

Scorched earth policies were also used during World War I not only by the Russian forces. On the Western Front, this tactic was strikingly executed in the German army's withdrawal to the prepared positions of the Siegfried Line in Operation Alberich in spring 1917, leaving destroyed swathes of northern France behind. Earlier in the war, German forces had also used scorched earth tactics in the retreat from the offensive towards Warsaw in late fall 1914.<sup>8</sup> In all these cases,

---

<sup>5</sup> Isabel V. Hull, *Absolute Destruction: Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*. Ithaca 2005, p. 3.

<sup>6</sup> *Ibidem*, p. 155.

<sup>7</sup> *Ibidem*, p. 155, pp. 183 f.

<sup>8</sup> Imanuel Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszieldpolitik im Ersten Weltkrieg*. Lübeck 1960, p. 33.

scorched earth policies necessarily implied evacuation or expulsion of the populations living on the land now made uninhabitable. Especially in the context of total war, people would be seen as resources, which like crops or buildings should not fall to the enemy. Scholars have also observed that forced migration, when used as a form of “ethnic cleansing” also often is linked to the potential for genocide: “forced deportation often becomes genocidal... even when forced deportation is not genocidal in its intent, it is often genocidal in its effects,” due to the violence used in expulsions, which can tip over into genocide.<sup>9</sup> The cases of forced migration to be discussed here, in northeastern Europe during the First World War, did not realize this genocidal connection, but during the same time period, the 1915 deportations of Armenians in the Ottoman empire did, inaugurating a series of modern genocides.

Forced migration itself as a phenomenon likewise has an ancient history as a state practice, with a variety of possible intentions: assimilation, elimination, the creation of a uniform population, settlement, or punishment.<sup>10</sup> The Assyrians, also practitioners of scorched earth policy, likewise employed mass deportations as a way of integrating new subjects into their empire, and estimates of deportees over three centuries run into the millions. At other times, religious uniformity was to be created through forced migration. In 1492 in Spain, the Jews were expelled, with an estimated 150,000 fleeing. In France, the revocation of the Edict of Nantes by Louis XIV with the 1685 Edict of Fontainebleau led to the flight of an estimated 200,000 French protestants, the Huguenots. In the Ottoman empire, the institution of forced movement of populations, “*sürgün*,” served dual purposes: to punish groups suspected of disloyalty (Christian and Muslim alike) and to populate areas of strategic importance.<sup>11</sup> In the Russian empire since the seventeenth century, a system of “administrative exile” served similar purposes, and played a role in the settlement of Siberia, with “*katorga*” forced labor and forced settlers.<sup>12</sup>

In the modern period, forced migration again came to the fore, in the name of the interests of sovereign nation-states. European colonial

---

<sup>9</sup> Norman M. Naimark, *Fires of Hatred: Ethnic Cleansing in Twentieth Century Europe*. Cambridge 2001, p. 4.

<sup>10</sup> *Ausweisung und Deportation. Formen der Zwangsmigration in der Geschichte*, ed. by Andreas Gestrich, Gerhard Hirschfeld and Holger Sonnabend. Stuttgart 1995.

<sup>11</sup> Naimark, *Fires of Hatred* (see note 9), p. 30.

<sup>12</sup> Anne Applebaum, *Gulag: A History*. New York 2003, pp. XXIX-XXXIII.

rule made it one of its “standard practices.”<sup>13</sup> Indeed, “the internment of large numbers of civilians is a hallmark of colonial fighting.”<sup>14</sup> The institution of the “concentration camp” was inaugurated by Spanish authorities seeking to suppress revolt in Cuba in 1896. Deportations were used by the British in confining civilians in internment camps in the Boer War, and German colonial authorities deported African prisoners of war, leading to mass death among captured Nama.<sup>15</sup> Beyond the colonial context, fantasies of mass expulsion played in the imagination of anti-Semites, joined to genocidal impulses. Thus, in Russia, Konstantin Pobedonostsev, chief procurator of the Holy Synod, arrived at the formula that “one-third of the Jews would convert, one-third would emigrate, and one-third would perish.”<sup>16</sup> Within the territory of nineteenth-century Europe, wars had already unleashed expulsions and mass movement, as during and after the Franco-Prussian War of 1870/71. The Balkan Wars of 1912/13 were especially notorious for the ethnic cleansing they unleashed, before the experience was overshadowed by the First World War. In this context there also arose formal attempts to regularize the “unmixing” of populations, in the November 1913 Convention of Adrianople between Bulgaria and Turkey, and the Greek and Turkish agreement of May 1914, which were not put into effect because of the outbreak of World War I, but did presage similar developments to come.<sup>17</sup> During World War I, forced population movements (apart from those we examine here in northeastern Europe) also became common, part of the spreading totality of the conflict and its effects on civilians. These included: the punitive deportation of thousands of French and Belgians to Germany at the start of the war as collective punishment during the invasion and first stages of occupation; circa 60,000 Belgian workers deported to work in Germany; the notorious deportation of French women from areas close to the front during Easter 1916.<sup>18</sup> Finally, in the clearest case of the linkage of forced migration with the start of genocidal policies, in Ottoman Turkey, deportations of the persecuted Armenian minority began on April 25, 1915, in tandem with executions of notables.<sup>19</sup> Forced marches were organized,

---

<sup>13</sup> Hull, *Absolute Destruction* (see note 5), p. 131.

<sup>14</sup> *Ibidem*, p. 152.

<sup>15</sup> *Ibidem*, p. 79 and 85.

<sup>16</sup> Marrus, *The Unwanted* (see note 1), p. 29.

<sup>17</sup> Joseph B. Schechtman, *European Population Transfers 1939–1945*. New York, pp. 12 f.

<sup>18</sup> Audoin-Rouzeau, Becker, 14–18 (see note 3), pp. 63 f.

<sup>19</sup> *Ibidem*, pp. 64–69.

as two to three million Armenians were deported from eastern Anatolia and sent towards the Syrian desert. By some estimates, a third of Armenians were massacred, a third perished en route, and a third survived. It is estimated that half a million to one million died, killed outright or from exposure in the desert (some estimates run as high as 1.5 million dead).

To put the phenomenon in a theoretical frame, a final point concerns how forced population movements can be instrumentalized by modern states. James C. Scott's "Seeing Like a State" offers a valuable theoretical framework, centered around his concept of "authoritarian high modernism," which has wrought human tragedies and environmental catastrophes on an enormous scale in the last two centuries, forcing societies to conform to utopian blueprints and ideological schemes. Scott contends that "the modern state, through its officials, attempts with varying success to create a terrain and a population with precisely those standardized characteristics that will be easiest to monitor, count, assess, and manage. The utopian, immanent, and continually frustrated goal of the modern state is to reduce the chaotic, disorderly, constantly changing social reality beneath it to something more closely resembling the administrative grid of its observations."<sup>20</sup> This expresses the state's drive to achieve the "legibility" of populations and lands. In the most aggressive version of this state project, "authoritarian high modernism," three elements are fatefully combined: "the aspiration to the administrative ordering of nature and society" to make them legible to the state, "the unrestrained use of power of the modern state," and "a weakened or prostrate civil society that lacks the capacity to resist these plans... the leveled terrain on which to build (dis)utopias."<sup>21</sup> In particular, colonized or conquered territories, or ones which have just undergone a revolution, are then especially vulnerable to becoming "leveled terrain" for modernist projects.

### **Forced migration in the western territories of the Russian Empire**

In the opening stages of the First World War, Russian forces initiated a series of forced migrations in northeastern Europe, first of the

---

<sup>20</sup> James C. Scott, *Seeing Like A State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven 1998, p. 82.

<sup>21</sup> *Ibidem*, pp. 88 f.

enemy, then of the Russian empire's own subject populations. The population movement that was unleashed was of huge proportions, yet has only recently been studied systematically.<sup>22</sup>

From August 1914, Russian forces moved onto the territory of the *Kaiserreich* with the seizure of two-thirds of East Prussia and, far to the south, occupied the Habsburg lands of Galicia. In East Prussia, terrified civilian populations took flight before the advancing Russian armies, jamming the roads (their numbers were estimated at half a million).<sup>23</sup> The official German history of the war prepared by the Reichsarchiv conceded that prewar preparations had not been made to handle this emergency.<sup>24</sup> In short order, however, German forces under the command of Generals Paul von Hindenburg and Erich Ludendorff defeated the Russians at the battle of Tannenberg (August 26–30, 1914) and the Battle of the Masurian Lakes (Sept. 7–15, 1914). The men were celebrated as the saviors of East Prussia, but a second wave of invasion took place in October 1914 as Russian forces again moved back into Prussia. It is reckoned that some 350,000 Germans fled this renewed Russian advance, in a more systematically planned withdrawal, with refugees being shuttled westwards to safety, an administrative accomplishment of which Prussian bureaucrats were later proud. Russian troops were at long last finally expelled from Prussia in the Winter Battle of Masuria (Feb. 7–21, 1915).

The Russian invasion was a traumatic event, understood in frequently apocalyptic terms as an elemental onslaught of a foreign world. A contemporary account proclaimed that at the start of the invasion, the ordinary people of East Prussia “setzten ihr festes Vertrauen daran, dass die Russen Menschen, ja Christen und ein Kulturvolk sind. Das war Wahn. Sie sind es nicht.”<sup>25</sup> Stories of horror and violence proliferated, carried westwards by fleeing civilians. The incursion was encoded as an ethnic invasion, the assault of an entirely different Slavic world. The elite Cossack horsemen of the Tsarist forces were especially feared as cruel and depraved, and the cry “Kosaken kommen!” unleashed panic. Rumors circulated that Poles in East Prussia had been secretly issued red cards in advance of the

---

<sup>22</sup> Peter Gatrell, *A Whole Empire Walking: Refugees in Russia During World War I*. Bloomington 1999.

<sup>23</sup> *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*. Vol. 2: *Die Befreiung Ostpreussens*. Berlin 1925, p. 322 and 329 (with higher estimate, of 800,000).

<sup>24</sup> *Ibidem*, pp. 318–321.

<sup>25</sup> Hermann Braun, *Ostpreussen-Chronik. Kriegsbilder aus den beiden Russen-Einfällen 1914/1915*. München 1918, p. 101.



invasion, so that they would be spared.<sup>26</sup> Rumors of summary executions, mass arson, pillaging, rapes, and torture abounded. Yet after the invasion, these initial terrified stories of systematic massive atrocities as official policy were not validated by official studies and are met with skepticism today as a “myth of the harrowing of East Prussia.”<sup>27</sup> Fritz Gause, whose 1931 study investigated the events on the basis of archival collections that were later destroyed in the Second World War, concluded: “Die Russen haben sich in Ostpreussen in ganz verschiedener Weise verhalten,” with both disciplined units as well as cases where control had broken down.<sup>28</sup> Nonetheless, statistics collected after the invasion testified to a terrifying scene of chaos, civilian suffering, and destruction. Contemporary statistics cited some 1,500 civilian deaths, in many cases people suspected by Russian forces of spying, and the destruction of 39 cities and nearly two thousand villages. Brutalities apparently increased with defeat and retreat. The diary of an East Prussian girl reported (of the period shortly before her arrest and deportation), “Solange die Russen im Vorgehen waren, war unser Los noch erträglich.”<sup>29</sup>

The trauma of this invasion was then carefully cultivated and elaborated upon in German propaganda. Emphasizing this incursion seemed to support the government’s proclamation that this was a defensive war undertaken by a Germany surrounded by jealous enemies. It underwrote the internal truce of the *Burgfrieden*, especially cementing the antipathy of Social Democrats toward the Russian autocracy. In terms of worldwide public opinion, the dramatization of the invasion of East Prussia also served to divert attention from the brutalities of the German invasion of Belgium and northern France.

Part of civilian experience in East Prussia under Russian occupation was deportation, called in German by the resonant formulation of “Verschleppung.” Fritz Gause’s account of the occupation of East Prussia counted approximately 13,600 civilians deported from East Prussia by Russian forces.<sup>30</sup> Interestingly, some contemporary Russian official statistics ran far higher than this, with one source suggesting

---

<sup>26</sup> Ibidem, pp. 18 f.

<sup>27</sup> John Horne, Alan Kramer, *German Atrocities 1914: A History of Denial*. New Haven 2001, pp. 79 ff.; Dennis E. Showalter, *Tannenberg: Clash of Empires*. Hamden, Conn. 1991, pp. 159 f.

<sup>28</sup> Fritz Gause, *Geschichte des Preussenlandes*. Leer 1966, p. 78. See also Bruno Schumacher, *Geschichte Ost- und Westpreussens*. 6<sup>th</sup> ed., Würzburg 1977, pp. 291 f.

<sup>29</sup> *Gefangen in Sibirien. Tagebuch eines ostpreussischen Mädchens 1914–1920*, ed. by Karin Borck and Lothar Kölm. Osnabrück 2001, p. 27.

<sup>30</sup> Fritz Gause, *Die Russen in Ostpreussen 1914/15*. Königsberg i.Pr. 1931, p. 236.

50-100,000 deportees from East Prussia.<sup>31</sup> Reasons for the deportations could include suspicion of spying and the determination not to allow men of military age to be mobilized for the German army, but along with orderly arrests there were also confused scenarios of civilians being seized without goodbyes to family or the chance to gather possessions.<sup>32</sup> Deportees included not only men of military age but also women, children, and the old. It is estimated that they included around 4,000 women and more than 2,500 children.<sup>33</sup> The deportees were moved away from the front areas to the Russian interior under squalid conditions, most often by rail, and thence to Siberia and other locations beyond the Ural mountains. The deportees spent the war in camps and settlements under extremely difficult conditions. The German victory on the Eastern front ratified by the March 1918 Treaty of Brest Litovsk prepared the way for their return, and by the end of 1918 almost all the surviving deportees returned to Germany.<sup>34</sup> Statistics from 1919 on the deportees suggested that 1,440 had died in captivity and that the fate of another 3,855 was unknown (some 8,300 survivors returned to Germany).<sup>35</sup>

Though outside the scope of northeastern Europe, events in Russian-occupied Galicia from the start of the war to summer 1915 showed patterns of practice that were significant as well, “one of the saddest records of the military administration.”<sup>36</sup> Under Governor-General Bobrinskij, the military administration was marked by abuses of civilians, requisitions, and Russification policies in an area which was seen as “Galician Rus,” a Slavic territory “reclaimed” by the Tsar. The occupation regime was especially avid in persecution of Galician Jews, with expulsions, hostage-taking, and pogroms proliferating. In the varied ethnic landscape of Galicia, the Jews were considered suspect.<sup>37</sup> As a result of their expulsions, “Galicia thereby became the first major site of mass civilian displacement during the war.”<sup>38</sup>

After the eviction of Russian forces from East Prussia, the Eastern

---

<sup>31</sup> Eric Lohr, *Nationalizing the Russian Empire: The Campaign Against Enemy Aliens During World War I*. Cambridge, Mass. 2003, p. 215 (footnote 25).

<sup>32</sup> Gause, *Die Russen in Ostpreussen* (see note 30), p. 238.

<sup>33</sup> *Ibidem*, p. 243.

<sup>34</sup> *Ibidem*, p. 281.

<sup>35</sup> *Ibidem*, p. 282.

<sup>36</sup> Daniel W. Graf, “Military Rule Behind the Russian Front, 1914–1917: The Political Ramifications”, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 22 (1974), Heft 3, pp. 390-411, here p. 397.

<sup>37</sup> *Ibidem*, pp. 397 ff.

<sup>38</sup> Gatrell, *A Whole Empire Walking* (see note 22), p. 18.

front definitively passed over into the western territories of the Russian empire. In 1915, in an event celebrated by German propaganda as “Der grosse Vormarsch” and mourned by Russians as the “Great Retreat,” the disastrous setback for Russia was amplified as a “pattern of defeat was established early in the war.”<sup>39</sup> From April 1915, German forces moved forward to capture, by September 1915, a vast territory including Poland, Lithuania, southern Latvia, and western Ukraine, an area the size of France, with 14 provinces and a prewar population of over 35 million.<sup>40</sup> The front had been pushed 300 miles eastwards, with large displacements of populations.

Behind the Russian lines, the Tsarist army’s “rule was marked by arbitrariness, confusion, administrative abuses, and outright atrocities unmatched in the record of the wartime regime in Russia proper.”<sup>41</sup> The indispensable background to the Russian approach to the retreat had come at the start of the conflict, in a decision made “[i]ronically – perhaps characteristically – ... with little foresight.”<sup>42</sup> When Tsar Nicholas II on July 16, 1914 signed the “Regulations on the Field Administration of the Troops in Wartime”, the armed forces were given sweeping powers, overriding civilian officials, in extensive areas defined as theaters of operations (the Baltic provinces, Poland, Finland, and even Petrograd itself). As Russian forces were pushed backwards, the army’s control extended to areas ever further to the rear, a kind of internal conquest in reverse. The implications of this empowerment of the army, and how such power was employed, turned out to be profound. It “contributed enormously to the enervation of the Russian war effort, sapped the power of the Council of Ministers and the civil bureaucracy, and by exposing the millions of inhabitants of the theater of operations to the vicissitudes of the arbitrary and repressive misrule of the army, destroyed at one stroke Russia’s painfully slow evolution toward a society ruled by law and ultimately squandered what little good will the regime still enjoyed in the country,” steering toward the breakdown of Tsardom in 1917.<sup>43</sup> Army officials reacted to the reverses at the front with confusion and more or less organized attempts at scorched earth policy ordered by local commanders and the high command.

---

<sup>39</sup> Ibidem, p. 17.

<sup>40</sup> Ibidem, p. 31.

<sup>41</sup> Graf, “Military Rule” (see note 36), p. 395.

<sup>42</sup> Ibidem, p. 390.

<sup>43</sup> Ibidem, p. 392.

In the process of retreat, civilians were dragooned away in the determination to leave disordered, depopulated territories behind for the occupier. The flight of civilians could have a range of motivations, sometimes overlapping.<sup>44</sup> Movement was often ordered by the military authorities, leaving no choice. Extensive rumors circulated concerning alleged German atrocities or conscription, spurring fear of the invader. One Lithuanian observed: "Here various rumors circulate, each more terrible than the last. Some say that the Germans are taking young men into their army. The fear creates widened eyes. Thus it is not surprising that with such widened eyes one can sometimes see too much [i.e., things that are not there]. But in any event, one must flee."<sup>45</sup> Equally, civilians who had lost their farms and property whether through combat or by willful destruction might feel no other choice but to flee. Masses of refugees moved towards the Russian interior, some experiencing repeated displacement as the front ground forward. In the Northwestern Territories, infrastructure was destroyed, and industrial plant shipped eastwards. These actions often degenerated into chaos, as Šiauliai in the Lithuanian lowlands went up in flames, Vilnius was evacuated in disorganized ways, and the deconstruction of Riga's factories turned into a "comedy of errors," with much equipment rendered unusable.<sup>46</sup>

In the atmosphere of defeat, subjects of the empire were now scapegoated for the reverses. In particular, the Jewish minority was targeted.<sup>47</sup> The anti-Semitic animus of Chief of Staff General Nikolai Nikolaevich Ianuskevich, shared by many others in the military hierarchy, took as axiomatic the notion of a Jewish security threat (the relatedness of Yiddish and German presented as but one reason for suspicion). Even before the Great Retreat, Jews were massively expelled from Poland and other western territories. It is estimated that over half a million Jews had been displaced before the mass deportations of the Great Retreat.<sup>48</sup> Expulsions of Jews in areas close to the front were common, as was the taking of hostages from Jewish communities, who were threatened with reprisals for any suspected betrayal. In

---

<sup>44</sup> Gatrell, *A Whole Empire Walking* (see note 22), p. 15.

<sup>45</sup> Juozas Kudirka, *Kares baisenybes Lietuvoje: Pragyventu valandu atsiminimai* [The Terrors of War of Lithuania: Memories of Lived Hours]. Chicago 1916, p. 11.

<sup>46</sup> Graf, "Military Rule" (see note 36), p. 404.

<sup>47</sup> Mark Levene, "Frontiers of Genocide: Jews in the Eastern War Zones, 1914–1920 and 1941", in: *Minorities in Wartime: National and Racial Groupings in Europe, North America, and Australia during the Two World Wars*, ed. by Panikos Panayi. Oxford 1993, pp. 83–117.

<sup>48</sup> Gatrell, *A Whole Empire Walking* (see note 22), p. 18.

May 1915, Jews in the western parts of Kovno and Kurland provinces (approximately 200,000) were forced from their homes.<sup>49</sup> These expulsions were often accompanied by violence. Other ethnic groups considered suspect were also subjected to brutal treatment and expulsion, even though they were subjects of the empire. These groups included Poles, Gypsies, and subjects of German origins (a very diverse group ranging from Baltic German nobility to settler farmers), often accused of spying.

By the end of the disastrous year of 1915, Russian official statistics put the number of refugees at about 3.3 million.<sup>50</sup> These numbers continued to grow, and by 1917, the number of displaced persons in Russia likely was over six million, representing 5% of the total population.<sup>51</sup>

This tremendous upheaval was a part of a larger wartime campaign within the Tsar's empire as a whole first against "enemy aliens" and then increasingly against subjects of the empire considered to be unreliable on the basis of their ethnic origins. While all the other combatant countries in World War I also moved against the citizens of enemy nations, the Russian campaign took on distinctively different features and a dynamic all its own, outlined in an excellent study by Eric Lohr.<sup>52</sup> The state's campaign was spurred by Russian nationalist calls for throwing off alleged German dominance in Russia's economy and political life, the radicalizing role of the army, and economic motives for the nationalization of commerce, industry, and land (with an eye to the postwar future). The campaign focused first on citizens of the Central Powers (Germany, Austria-Hungary, and Turkey), then expanded to include different subjects of the Russian empire, whether naturalized or resident in Russia for centuries: ethnic Germans (numbering over two million), Poles, Jews, Crimean Tatars, Muslims in the Caucasus. As it evolved, the program "resulted in the forced migration of roughly a million civilians, the nationalization of a substantial portion of the imperial economy, and the transfer of extensive land holdings and rural properties from the targeted minorities to favored groups."<sup>53</sup> Even in areas far from the front lines, German settlers and farming colonies were seen as a symptom of an alleged German

---

<sup>49</sup> *Ibidem*, p. 22.

<sup>50</sup> *Ibidem*, p. 3.

<sup>51</sup> *Ibidem*.

<sup>52</sup> Lohr, *Nationalizing the Russian Empire* (see note 31).

<sup>53</sup> *Ibidem*, p. 1.

dominance, and were targeted for expropriation, potentially involving 350,000 people.<sup>54</sup> The campaign changed from “security-based measures applied to front areas to a nationwide program to nationalize the demographics of land ownership by permanently purging enemy aliens from the rural economy.”<sup>55</sup>

One sees here clearly attempted instrumentalization of forced migration. As Lohr points out concerning the mass deportations, “it would be a mistake to assume that they were merely an appendage to a scorched earth policy.”<sup>56</sup> Rather, planning included a view to the post-war future. The language used in these policies came to include the rhetoric of “total cleansing” of regions (“*polnoe ochishchenie*”), which had both a military meaning (in the sense of clearing or evacuation), as well as an increasing ethnic significance.<sup>57</sup> In the expropriation of lands from German colonists, plans championed by the army for the settling of these farms by Russian veterans, seen as a reliable population, further underlines this instrumentalization.<sup>58</sup> Despite the fact that the Russian government and army’s policies also found many internal critics during the war, the campaign acquired a powerful dynamic (and yet in fact failed to satisfy many of its Russian nationalist supporters).

The war itself produced a general “mobilization of ethnicity” in the Russian empire, breaking sharply with many earlier patterns.<sup>59</sup> Ethnicity took on new significance, as the state’s “policies of deportation and expropriation led to a major project to sort, define, and categorize individuals according to their ethnicity, immigrant status, or citizenship, and to determine whether entire population categories were to be considered members of the wartime community or internal enemies. Through this process, nationality and ethnicity were in a sense constituted and ascribed as a function of wartime practices.”<sup>60</sup> Beyond this, the policies undertaken during the war by the Russian state had portentous significance in Russian politics and society. They

---

<sup>54</sup> Dittmar Dahlmann, “Deportationen der deutschen Bevölkerungsgruppe in Rußland und in der Sowjetunion 1915 und 1941. Ein Vergleich”, in: *Ausweisung und Deportation* (see note 10), pp. 103-114; Lohr, *Nationalizing the Russian Empire* (see note 31), p. 107.

<sup>55</sup> Lohr, *Nationalizing the Russian Empire* (see note 31), pp. 105 ff.

<sup>56</sup> *Ibidem*, p. 133.

<sup>57</sup> *Ibidem*, p. 154.

<sup>58</sup> *Ibidem*, p. 170.

<sup>59</sup> Mark von Hagen, “The Great War and the Mobilization of Ethnicity,” in: *Post-Soviet Political Order: Conflict and State-Building*, ed. by Barnett R. Rubin and Jack Snyder. London 1998, pp. 34-57.

<sup>60</sup> Gatrell, *A Whole Empire Walking* (see note 22), p. 3.

embittered millions, discredited the state in the eyes of its subjects, and sharpened ethnic definitions and conflicts within the diverse empire, paradoxically producing the coalescence of new ethnic minority identities, especially among the refugee groups in the depths of exile, constituting themselves as diasporas.<sup>61</sup>

### Plans for forced migration in the *Kaiserreich*: the “Polish border strip” and Ober Ost

For their part, the German armies in the vast territories on the Eastern Front captured from 1915 now faced the task of establishing occupation regimes and imposing structures for order. No prewar planning had been done for this huge task. In August of 1915, the administration of Russian Poland was divided between Germany (Generalgouvernement Warschau) and Austria-Hungary, with a district administered from Lublin. The territories northwards, Lithuania, Kurland, eastern Poland, and Belarus, were placed under a strictly military administration, the Land Ober Ost. German policies now confronted a territory that had already been worked over by the ravages of the war and the mass population movements of Russia’s Great Retreat. This perspective, of surveying damaged and depopulated areas, would be decisive in shaping the policies pursued in this part of northeastern Europe, as evidenced in the Polish border strip project (polnischer Grenzstreifen) and the military state Ober Ost.

The Polish border strip project developed from the first stages of the war, presented as a natural imperative after the devastation visited by Russian armies on East Prussia. In his classic study of this project, Immanuel Geiss demonstrated how the evolution of the project proceeded on two levels at once: in the urgings of annexationists of many different stripes in pamphlets and memoranda, and in the deliberations of the imperial government, up to the office of the Chancellor.<sup>62</sup> Geiss concludes, “Die deutschen Pläne und Forderungen zur Annexion, und möglichst auch zur Germanisation, eines polnischen Grenzstreifens bildeten einen festen Bestandteil der deutschen Kriegsziele im 1. Weltkrieg.”<sup>63</sup> The plan, moreover, was presented as a modest and moderate defensive aim. Different variants of the plan called

---

<sup>61</sup> Ibidem, p. 13.

<sup>62</sup> Geiss, *Der polnische Grenzstreifen* (see note 8).

<sup>63</sup> Ibidem, p. 41.

for the annexation of a length of territory (its intended breadth depending on the appetite of the individual planner) along Germany's eastern border with Poland, as "strategic correction" of the frontier. Many versions of the plan also called for the area to become part of Germany without the populations inhabiting it, with Poles and Jews "evacuated," to be replaced by a transsettlement of ethnic Germans from Russia (numbering over two million) or elsewhere abroad.

In its dimensions of ethnic engineering, the Polish border strip plan was related to decades of earlier Prussian policy in the "Eastern Marches," as German nationalists had grown ever more concerned with the ethnic proportions between Germans and Poles in the borderlands. These earlier concerns had led to forced migration, as in Bismarck's expulsion of some 30,000 Poles and Jews from Germany in 1884/85, and legislation to expropriate Polish land from 1908. During the war itself, the Polish border strip plan was also necessarily tied up with the future of Poland, called the most complicated diplomatic issue of the war.<sup>64</sup> After 1917 and the increasing appeal to worldwide opinion of slogans of self-determination, a naked annexation of these territories and possible expulsion of populations seemed ever more impractical, but by this time the project, which had begun as a civilian initiative within the imperial and Prussian governments, passed under the patronage of the German High Command, now personified by the "heroes of East Prussia," Generals Hindenburg and Ludendorff, who had been elevated to this post in August 1916. In their view, the eastern occupied territories needed to be at the disposal of Germany in the case of the next war, for freedom of maneuver. Only the collapse of the German war effort in the west in fall of 1918 prevented the attempt to realize some form of the plan, however politically disastrous it would have proved.

It is instructive, in the different plans for the settlement of the territory, to observe the process by which recent experiences made the option of forced migration increasingly thinkable. Among those pressing plans on the government for the border strip idea was the Oberpräsident of East Prussia, von Batocki, whose memorandum of December 20, 1914, urged taking a border strip of 36,000 square kilometers, with a current population of two million, and went on to discuss "Umsiedlung" (transsettlement). It is the argumentation that he followed which is significant. His ideas for resettlement were couched in an argument about earlier experience of Russian population move-

---

<sup>64</sup> Ibidem, p. 29.



ment (presumably settlement of Siberia), and, in a curious fashion, linked with the recent German evacuation of East Prussia in 1914: “Wenn es Russland trotz der Mängel seiner Verwaltung in den letzten Jahren gelungen ist, ohne Schwierigkeiten und Härten jährlich eine nach Hunderttausenden zählende Bauernbevölkerung über Hunderte von Meilen zu verpflanzen, wenn in Ostpreußen im August 1914 weit über 100 000 Landsleute, ohne die Möglichkeit irgendeiner behördlichen Organisation bei der Flucht zu Wagen über Land mit Pferd und Vieh 30 bis 40 Meilen auf dem Hinwege und ebensoviel bei der sechs Wochen darauf erfolgenden Rückkehr zurückgelegt haben, ohne wesentlichen Schaden an der Person und an der lebendigen Habe zu erleiden, so ist das ein Beweis, daß bei richtiger Vorbereitung auch Umsiedlungen im großen Maßstabe ohne Schädigung der Landbevölkerung möglich sind. Daß diese bei der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung noch viel leichter sind, liegt auf der Hand.”<sup>65</sup> In a dialectic process, the barbarities of war had opened up new possibilities, which planners felt free to explore and urge.

In the occupied Northwestern Territories of the Russian empire, a German military colony was erected, called the Land Ober Ost.<sup>66</sup> Representing in many ways a “military utopia” (and growing in size with later conquests in the Baltic provinces), this territory took its name from Hindenburg’s title, the “Oberbefehlshaber Ost.” The population of the territory numbered around three million, with a tremendous ethnic diversity, including Lithuanians, Jews, Latvians, Estonians, Belarusians, Poles, Russians, Ukrainians, Baltic Germans, Tatars, and other smaller minorities. The occupation authorities combined an economically exploitative regime with attempts at ethnic manipulation, to create client nationalities for the future, dependent on German sponsorship. Throughout, in the propaganda of the Ober Ost state, the Russian scorched earth policies were deplored, and probably greatly exaggerated, to suggest both that the earlier owners of the territory had thus forfeited their claim to the land and that the German occupation regime had built up on a complete *tabula rasa*, making its achievements all the more significant and establishing title to the area for the future (matching James C. Scott’s theory of “authoritarian high modernism”). In his memoirs, Ludendorff announced,

---

<sup>65</sup> Quoted in: *Ibidem*, p. 76.

<sup>66</sup> Vejas Gabriel Liulevicius, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärrherrschaft im Ersten Weltkrieg*, transl. by Jürgen Bauer, Edith Nerke, and Fee Engemann. Hamburg 2002; Aba Strazas, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost, 1915–1917*. Wiesbaden 1993.

“Ich ... hatte den festen Entschluß, etwas Ganzes zu schaffen.”<sup>67</sup> An area of his special interest was German settlement.<sup>68</sup> Ludendorff recalled, “Wir hatten das Gefühl, auf fremder Erde für Deutschlands Zukunft zu arbeiten. Wir wollten namentlich in Kurland deutsches Siedlungsland gewinnen. Ich verbot den Verkauf von Grund und Boden, um hiermit die Grundlage für eine gesunde Boden- und Siedlungspolitik zu erhalten.”<sup>69</sup>

On April 27, 1916, Ludendorff issued orders for the collection of information throughout the area concerning the prospects for settlement. This included population statistics, religious affiliation of inhabitants, and land quality and ownership. Plans for settlement and blueprints for model colonies were worked on up to the collapse of the regime in fall 1918.<sup>70</sup> A kind of forced migration already came to exist in Ober Ost in the form of forced labor columns which were shuttled around the territory at the administration’s orders.<sup>71</sup> While the occupied territory was to improve the German food supply in a future war, Ludendorff also intimated that “Die erhoffte großzügige deutsche Siedlungstätigkeit und die Sammlung der Auslandsdeutschen in jenen weiten Ostgebieten, wie sie schon im Jahre 1915 der Reichskanzler für gewisse Grenzstreifen erstrebte, konnte uns in der Zukunft einen weiteren Menschenzuwachs bringen.”<sup>72</sup> In practice, the German victory on the Eastern Front ratified in the March 1918 Treaty of Brest Litovsk brought new problems for officials, as the front lines grew permeable for returning refugees. By and large, settlement plans remained without effect, but their plausibility seemed to have grown in their very articulation.

### **Forced migration during the First World War in northeastern Europe: from an emergency measure to routine**

Finally, it is important to consider the question of how northeastern European societies received the phenomenon of forced migration during World War I. Most obviously and directly affected were those

<sup>67</sup> Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*. Berlin 1919, p. 145.

<sup>68</sup> Robert Stupperich, “Siedlungspläne im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (Militärverwaltung Litauen und Kurland) während des Weltkrieges”, in: *Jomsburg* 5 (1941), pp. 348-367.

<sup>69</sup> Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen* (see note 67), p. 161.

<sup>70</sup> Liulevičius, *Kriegsland im Osten* (see note 66), pp. 122-126.

<sup>71</sup> *Ibidem*, pp. 100-104.

<sup>72</sup> Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen* (see note 67), p. 417.

millions who had been displaced and had experienced the agony firsthand. Peter Gatrell's study of the refugee phenomenon in Russia reminds us that the very category of the "refugee" was constructed by the circumstances of the war, and that historians need to be attentive to the voices and agency of the refugees themselves, rather than regarding them as a monolithic, passive problem.<sup>73</sup> Individual cases of refugees recorded in memoirs and biographies testify to both the traumas and creative responses to flight, sometimes including dramatic reinventions of the self.<sup>74</sup> In general, many refugees later felt that their difficult experience had not been written into the narrative of the war, which privileged the heroic suffering in the trenches (in ways this resembled the situation of former prisoners of war).<sup>75</sup> This submerging of the refugee experience was likely most complete in the wreckage of the Russian empire, where the First World War soon blended into the levels of violence of the revolutions of 1917 and the Russian Civil War, what Peter Holquist calls Russia's "continuum of crisis", 1914–1921.<sup>76</sup>

In Germany, the invasion of East Prussia was an important part of wartime propaganda and later memory of the conflict, presented as a trauma of violated national territory. A plethora of popular sources during the war and after recalled and reinforced the trauma. As but one example, the album of drawings entitled "Bilder aus Ostpreussen's Not" showed scenes of devastation and ruin.<sup>77</sup> After the First World War, the situation of East Prussia took on renewed significance for German nationalists as an amputated piece of national soil cut off by the "Polish Corridor." Constant propaganda denounced the Versailles Treaty and Germany's "bleeding borders," while celebrating East Prussia as once again a German outpost in the East. After 1945, the recollection of East Prussia in 1914 and 1915 in collective memory was overshadowed by comparison with events in World War II and the devastation wrought on those same territories by the advancing Red Army. The way in which the mem-

---

<sup>73</sup> Gatrell, *A Whole Empire Walking* (see note 22), pp. 11–14.

<sup>74</sup> Tom Reiss, *The Orientalist: Solving the Mystery of a Strange and Dangerous Life*. New York 2005; Tania Alexander, *Memories of a Lost World*. Bethesda, Maryland 1988; Modris Eksteins, *Walking Since Daybreak: A Story of Eastern Europe, World War II, and the Heart of Our Century*. Boston 1999, pp. 44–91.

<sup>75</sup> Alon Rachamimov, *POWs and the Great War: Captivity on the Eastern Front*. Oxford 2002.

<sup>76</sup> Peter Holquist, *Making War, Forging Revolution: Russia's Continuum of Crisis, 1914–1921*. Cambridge 2002.

<sup>77</sup> Bruno Bielefeldt, *Bilder aus Ostpreussens Not*. München 1915.

ories of both these invasions came to flow together is illustrated by Michael Freund's description of World War I in a popular history of Germany from the 1970s: "Kosakische Reiterregimenter standen, die Greuel von 1945 fast völlig vorwegnehmend, in ostpreussischen Städten."<sup>78</sup> An overlay of wars and forced migrations helps to explain the paucity of research and awareness concerning 1914/15 today.

In northeastern Europe as a whole, while the First World War raged, keen observers noted a proliferation of rumors that showed the impact which seeing forced migration was having on their societies, and the dawning suspicion that an age of deportations had arrived. As but one example, Lithuanian social activist Gabrielė Petkevičaitė-Bitė recorded these rumors in her diary. She noted that when the war began, local farmers were upset by whisperings that the retreating Russians aimed to empty the entire region of people (who would be resettled in Siberia), burning everything in the countryside to the torch, and leaving only "a Sahara" for the Germans.<sup>79</sup> Later, after the Germans established themselves, rumors now announced that the Germans, in turn, were planning similar policies, with deportations of civilians to Germany or scorched earth policies of their own, if they should have to retreat. Stories also circulated anticipating the conscription of young men and deportation of young women to Germany.<sup>80</sup> To ordinary people, these possibilities had become plausible.

After the war, the young "successor states" that emerged newly independent after the collapse of the Romanov and Habsburg empires, these memories took on a different significance. The recollection of the forced migrations of World War I, the experience of military occupation, and the sufferings of the war as a whole were often taken by nationalists as evidence that their own people's sufferings had bought independence and invalidated the role of outside Great Powers, Germany and Russia, which had shown their bankruptcy by underwriting ruthless strategies. Some of the former minority peoples of the Russian empire held to the intuition that the Russian scorched earth policy had been intended to clear the way for mass postwar Russian settlement and afterwards gave it a prominent place in their historiography.<sup>81</sup>

---

<sup>78</sup> Michael Freund, *Deutsche Geschichte*. München 1979.

<sup>79</sup> Gabrielė Petkevičaitė-Bitė, *Karo meto dienorastis* [Wartime Diary]. Vilnius 1966, p. 146.

<sup>80</sup> *Ibidem*, pp. 469, 452, 462, 564 ff., 487.

<sup>81</sup> Pranas Čepėnas, *Naujuju laiku Lietuvos istorija* [Modern History of Lithuania]. Vol. II, Chicago 1976, p. 20.

A final interesting theme related to reception concerns transnational empathy, the common compassion for refugees across boundaries of ethnicity. The Lithuanian activist Petkevičaitė-Bitė recorded her reaction to hearing of the East Prussian deportees: “Among the people talk spreads that Šiauliai is full of people, cows, and horses brought from Prussia ... the animals are being sold by the government for a pittance ... and the people are being transported to the wastes of Siberia ... a chill goes through one, thinking of such misfortunes ... I explain to the children: today Šiauliai must provide for the people torn from their farmsteads in Prussia, and tomorrow we may receive other kinds of refugees ... to push them away, not to share with such unfortunates even the last morsel would be not only a shame, but a great disgrace.”<sup>82</sup>

One of the East Prussian deportees, a young girl, recalled the polarized reactions of curious crowds that came to see them as they passed through Białystok: “Tiefes Mitleid, aber auch den häßlichsten Haß lasen wir auf den Gesichtern der Russen.”<sup>83</sup> A German painter accompanying troops on the Eastern Front displayed both fellow feeling and “compassion fatigue” in describing Polish refugees he encountered: “Wie oft sahen wir die fliehenden, ziehenden Gestalten und wie oft die Heimgekehrten vor den Brandstellen ihrer Hütten – sie gehören zum Land wie die zerschossenen Wälder, wie die von den zerwühlten Stellungen durchzogenen, zerstampften Felder, wie die Soldaten, die Geschütze und die Toten. Man gewöhnt sich an ihr Aussehen, man kann nicht immer bemitleiden und mitfühlen; man kann sich ihrer nicht annehmen; zuweilen muss man sogar hart gegen sie sein ...”<sup>84</sup> Clearly, witnessing forced migration could exhaust compassion as well, as it became increasingly routine.

The experience of forced migration during the war itself had also a kind of afterlife in the dislocations that continued after the war. Welcoming and settling returned refugees was one of the tasks implicit in the process of state-building which the new polities of northeastern Europe undertook. The realization of national projects earlier existing in “diplomatic cyberspace” now apparently became possible.<sup>85</sup> “Homelands,” however, were contested ideals and the border conflicts

---

<sup>82</sup> Petkevičaitė-Bitė, *Karo meto dienorastis* (see note 79), p. 68.

<sup>83</sup> *Gefangen in Sibirien* (see note 39), p. 31.

<sup>84</sup> Ludwig Dettmann, *Ostfront. Ein Denkmal des deutschen Kampfes in Bildern und Tagebuchblättern*. Berlin 1938, p. 148.

<sup>85</sup> Aviel Roshwald, *Ethnic Nationalism and the Fall of Empires: Central Europe, Russia, and the Middle East, 1914–1923*. London 2001.

that endured in the region testified to this.<sup>86</sup> Though the nation-state was held up as an ideal venue for self-determination, ethnic complexity did not disappear. After the Paris Settlement, it is estimated, 20-25 million ethnic minorities lived in the Balkans and Central Europe (whereas before 1914, they had numbered 60 million).<sup>87</sup> In the case of Lithuania, with some 350,000 refugees streaming back into the country after 1918, the process was an existential challenge for the new state's self-concept, as "this meant that every sixth citizen was a refugee."<sup>88</sup> The cases of many other of the young republics of the region were similar. Germany itself faced anxieties about the postwar refugees it now received in masses.<sup>89</sup> In the aftermath of the war, one venture would take on significance later: "population exchanges" ratified by the Convention of Lausanne of January 30, 1923 between Greece and Turkey, which had clashed in one of the aftershocks of the global war. These forced migrations were later praised as orderly and efficient, and influenced European thinking in the following decades.<sup>90</sup>

In conclusion, the First World War clearly did not see the invention of forced migration, but did unleash a wave of it in northeastern Europe and the continent more generally, conspicuously contributing to the routinization of such state practices. The longer term implications of this trend are reflected in the historiography. Geiss labels the Polish border strip plan as a "Vorstufe zur Lebensraumideologie des Nationalsozialismus."<sup>91</sup> Recent work in Russian history underlines how state practices (like forced migration) from the war carried over to the Bolshevik regime to follow.<sup>92</sup> The experiences of the First World War proved to be an omen of more to come for the region. Forced migration, diaspora, and expulsion continued to be central to northeastern Europe's experience of the 20<sup>th</sup> century, with consequences reverberating to the present.

edited by Mark Hatlie, Tübingen

<sup>86</sup> *Homelands: War, Population and Statehood in Eastern Europe and Russia 1918–1924*, ed. by Nick Baron and Peter Gatrell. London 2004.

<sup>87</sup> Schechtman, *European Population Transfers 1939–1945* (see note 17), p. 6.

<sup>88</sup> Tomas Balkelis, "Nation-Building and World War I Refugees in Lithuania, 1918–1924", in: *Journal of Baltic Studies XXXIV* (Winter 2003), No. 4, p. 434.

<sup>89</sup> Ari Sammartino, "Migration and Crisis in Germany, 1914–1922". Ph.D. diss., University of Michigan, 2004.

<sup>90</sup> Schechtman, *European Population Transfers 1939–1945* (see note 17), pp. 16-22.

<sup>91</sup> Geiss, *Der polnische Grenzstreifen* (see note 8), p. 150.

<sup>92</sup> Holquist, *Making War, Forging Revolution* (see note 76), p. 6 f.

## Zwischen Freiwilligkeit und Abwanderungsdruck. Die Migration von Deutschen aus dem nach dem Ersten Weltkrieg Polen zuerkannten Teil Westpreußens

von Marek Stażewski

Die Nachkriegsjahre nach 1918 bewirkten grundlegende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur in den Gebieten, die bis Anfang 1920 zur preußischen Provinz Westpreußen gehörten. Diese Umgestaltungen betrafen in erster Linie die Nationalitätenstruktur und vollzogen sich in relativ kurzer Zeit. Gegenstand dieser Untersuchung ist eine knappe Charakterisierung des für diese Veränderungen wesentlichsten Phänomens, nämlich der massenhaften Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Westpreußens, die kraft der Entscheidungen der Pariser Friedenskonferenz und wegen des Versailler Vertrages aufhörten, Territorium des Deutschen Reiches zu sein, und die nach dem Ersten Weltkrieg als „Pomorze“ (Pommerellen) in den wiederentstandenen polnischen Staat einbezogen wurden.<sup>1</sup>

Zwei Fragen waren in der älteren Forschung stets umstritten: das Ausmaß und die Hintergründe der Migration – jene Phänomene und Ereignisse, die dazu beitrugen, dass die Abwanderung der Deutschen aus dem ehemaligen Westpreußen begann, und die auf die Dimensionen, die Dynamik, den Verlauf und den Charakter dieser Migration einwirkten. Ihre Berücksichtigung, die Analyse und Interpretation der Bedeutung der verschiedenen Faktoren schafft die Basis für eine zumindest ungefähre Definition, in welchem Maße diese Migrations-

---

<sup>1</sup> Eine vollständigere Bearbeitung dieses Themas hat der Autor in folgender Publikation unternommen: Marek Stażewski, *Exodus. Migracja ludności niemieckiej z Pomorza do Rzeszy po I wojnie światowej* [Exodus. Die Migration der deutschen Bevölkerung aus Pommerellen ins Reich nach dem Ersten Weltkrieg]. Gdańsk 1998. Man sollte einleitend auch das vom Autor benutzte, bereits 1930 erschienene detaillierte Buch Hermann Rauschnings, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik*. Berlin 1930, erwähnen, das eine Neuauflage mit einem Vorwort Wolfgang Kesslers, aber unter dem geänderten Titel erfuhr: „Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Westpreußen und Polen 1919–1929. Essen 1988“. Der neue Titel ist irreführend, weil das Thema der Arbeit Rauschnings die breit verstandene polnische Politik ist, die übrigens deutlich tendenziös gefasst wird, während das Problem der Migration in der Darstellung zweitrangig ist. Nicht ausreichend berücksichtigt werden bei Rauschning für die Beschreibung der Migration so wichtige Phänomene wie deren Verlauf, Phasen und die Heterogenität der Rahmenbedingungen. Außerdem hat Rauschning, der sich eines ausführlichen, aber ebenfalls einseitigen Materials bediente, oft seine Informationsquellen nicht angegeben. Aus diesen Gründen kann man sein Buch nicht in Gänze als wissenschaftliche Publikation auffassen.

bewegung freiwilligen Charakter besaß und in welchem sie Zwangscharakter hatte. Das Problem ist nicht einfach zu lösen sowohl im Hinblick darauf, dass wir insgesamt über keine ausreichenden Daten verfügen, die auf die Hintergründe der Abwanderung von Individuen und Gruppen verweisen würden, sondern auch deshalb, weil es sich oft um eine Geflecht von Motivationen handelte. Zweifellos lässt sich nicht nur mit zwei Bezeichnungen operieren, die den Charakter der Migration beschreiben – sie für entweder freiwillig oder erzwungen zu halten. In der Realität gab es viele Situationen zwischen völliger Freiwilligkeit und einem keine Zweifel unterliegenden direkten Druck – dem Zwang zur Abwanderung gegen den eigenen Willen durch Gewaltanwendung (oder unter ausdrücklicher Gewaltandrohung). Nicht ohne Bedeutung für die Bewertung des Charakters der Migration sind auch solche Elemente wie die Umstände, unter denen die Entscheidung über eine Ausreise gefallen ist (die politische, wirtschaftliche, rechtliche und familiäre Lage), die Art und die Stärke des äußeren (administrativen, staatlichen) Drucks, der ausgeübt wurde, um zur Abwanderung zu bewegen oder sie zu verhindern, aber auch die Empfänglichkeit für sie. Die Tatsache, dass innerhalb einzelner sozialer Gruppen die einen Deutschen abwanderten, die anderen dagegen blieben, zeugt davon, dass die für die ganze Gruppe und all ihre Mitglieder gemeinsamen Bedingungen keine entscheidende Bedeutung hatten, es zählten auch die lokalen Verhältnisse, die Lage der einzelnen Personen und ihrer Familien, ja sogar Charaktereigenschaften und Überzeugungen. Das Bewusstsein einer solchen Vielschichtigkeit des Problems nötigt zu einem vorsichtigen Operieren mit den Begriffen Freiwilligkeit und Zwang, zu einem Anerkennen der Existenz vieler Zwischenzustände. Dies erlaubt es, übermäßige Vereinfachungen zu vermeiden, deren Folge eine Entstellung des Kerns des Problems ist.

Die deutsche Bevölkerung war ein Teil der Bevölkerung Pommerellens bereits seit dem Mittelalter. Die Anfänge der Besiedlung, die auf Zuwanderer aus den deutschen Ländern basierte, reichen bis ins 13. Jahrhundert zurück. Eine besonders intensive Phase mittelalterlicher Einwanderung deutscher Bevölkerung fiel ins 14. Jahrhundert. Bis ins 15. Jahrhundert dominierte die deutsche Bevölkerung an Zahl und Bedeutung die Gesellschaft der pommerellischen Städte und stellte auch auf dem Land eine bedeutende Population.<sup>2</sup> In der Frühen

---

<sup>2</sup> Die Schätzungen nach Marian Biskup, Gerard Labuda, *Dzieje zakonu krzyżackiego w Pru-*



Neuzeit, als sich Pommerellen als „königliches Preußen“ in den Grenzen des polnischen Staates befand, erhielt sich die sprachliche und kulturelle Besonderheit der deutschen Bevölkerung. Unter preußischer Herrschaft nach 1772 entstanden vorteilhafte Bedingungen nicht nur für die Bewahrung der Besonderheit, sondern auch für die Entwicklung dieser Gemeinschaften. Ihre ethnische, sprachliche und kulturelle Zugehörigkeit erleichterte den Prozess der Integration in die Gesellschaft des preußischen Staates. Auf die Stärkung deutscher Bevölkerungsstrukturen hatten die von König Friedrich II. unternommenen Bemühungen um die Ansiedlung von deutschen Kolonisten ebenso Einfluss wie die Tätigkeit der Ansiedlungskommission nach 1886, die bemüht war, auf parzellierten Gütern eine deutsche Bevölkerung anzusiedeln. Verbunden waren sie mit dem Zustrom neuer deutscher Siedler nach Pommerellen und der Schaffung geschlossener Siedlungszentren auch in Landesteilen, wo diese bis dahin fehlten. Die Zunahme der deutschen Bevölkerung rührte auch vom Zustrom von Beamten und Militärpersonen her. Die Politik der preußischen Behörden stärkte die sozialen und ökonomischen Positionen dieser ethnischen Gruppe und begünstigte dadurch Fortschritte bei Assimilierungsprozessen nichtdeutscher Bevölkerung, was generell den zahlenmäßigen Anstieg der deutschen auf Kosten der polnischen Bevölkerung förderte. Veränderungen der Nationalitätenstruktur als Ergebnis einer Assimilierung erfolgten in Pommerellen in ziemlich bedeutendem Maße in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, anschließend ließen sie nach. Dazu trug die Entwicklung eines Nationalbewusstseins sowohl unter der deutschen wie der polnischen Bevölkerung sowie das Anwachsen des Antagonismus zwischen beiden Gruppen bei.

Neben den für das Wachstum des deutschen Besitzstandes in diesem Gebiet günstigen Faktoren lassen sich auch solche Phänomene aufspüren, die diesen Anstieg begrenzten. Zu ihnen gehörten u.a. das alles in allem geringere natürliche Wachstum der deutschen gegenüber der polnischen Bevölkerung und ihr größerer Anteil an den nach außerhalb der Provinz Westpreußen gerichteten Migrationsbewegungen (Auswanderung nach Übersee, Massennmigrationen in andere Teile Deutschlands, vor allem westliche im Rahmen der so genannten Ostflucht). Hieraus resultierten für die deutsche Bevölkerung ungünstige Verschiebungen der Nationalitätenstruktur, die in manchen Land-

---

sach. Gospodarka – Społeczeństwo – Państwo – Ideologia [Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. Wirtschaft – Gesellschaft – Staat – Ideologie]. Gdańsk 1986, S. 338.

kreisen und Perioden bemerkbar waren. Auch im Maßstab der ganzen Provinz erfolgte im Laufe der zweiten Hälfte des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine Verringerung des Übergewichtes der deutschen Bevölkerung.<sup>3</sup>

Aus dem Jahre 1910 stammen die letzten vollständigen statistischen Daten, die ein annäherndes Bild der Nationalitätenstruktur Westpreußens vor den radikalen Veränderungen in der Nachkriegsperiode vermitteln.<sup>4</sup> Auf die ganze Provinz bezogen stellte die deutsche Bevölkerung 64,5% aller Einwohner, die polnische dagegen 34,2%, 1,1% bezeichneten sich als zweisprachig. Ein deutliches Übergewicht hatten die Deutschen im Regierungsbezirk Danzig mit einem Anteil von 71,7%, dagegen stellten sie im Regierungsbezirk Marienwerder 58,8% der Bevölkerung. Die deutsche Bevölkerung als dominierende Mehrheit bewohnte zwei geschlossene Gebiete der Provinz. Das eine – im südwestlichen Teil – bildeten die Landkreise Deutsch Krone (98,3% deutsche Bevölkerung), Schlochau (84,4%) und Flatow (73,2%). Das andere, deutlich größere Gebiet lag im östlichen und nordöstlichen Teil, wo in einigen Landkreisen fast nur Deutsche lebten, wie in den Landkreisen Elbing (99,9%), Elbing-Stadt (99,5%) und Danzig-Niederung (99,1%), in einigen Landkreisen stellten sie die erdrückende Mehrheit – im Landkreis Marien-

<sup>3</sup> Siehe u.a. Preußische Statistik. Bd. 48 A, Berlin 1879, S. 50; Deutsche und Polen der Provinz Westpreußen im Lichte der Statistik. Berlin 1916, S. VIII-XI; Historia Pomorza [Geschichte Pommerns]. Bd. 3, Tl. 1, Poznań 1993, S. 176; Stefan Kowal, Społeczeństwo Wielkopolski i Pomorza Nadwiślańskiego w latach 1871–1914. Przemiany demograficzne i społeczno-zawodowe [Die Gesellschaft Großpolens und Pommerellens in den Jahren 1871–1914. Demografische und gesellschaftlich-berufliche Veränderungen]. Poznań 1982, S. 223 ff.; Kazimierz Wajda, Migracje ludności wiejskiej Pomorza Wschodniego w latach 1850–1914 [Die Migrationen der dörflichen Bevölkerung des Preußenlands in den Jahren 1850–1914]. Wrocław 1969, S. 103–106, 194; Eugeniusz Romer, Polacy na kresach pomorskich i pojeziernych [Die Polen in den Grenzgebieten Pommerns, Pommerellens und Masuriens]. Lwów 1919, S. 67; Max Aschkewitz, Bevölkerungsgeschichte des Kreises Graudenz. Danzig 1943, S. 61–65; ders., Bevölkerungsgeschichte des Kreises Neumark. Danzig 1943, S. 29, 37 f.; ders., Bevölkerungsgeschichte des Kreises Schwetz. Danzig 1942, S. 54; ders., Bevölkerungsgeschichte der Kreise Konitz und Tuchel. Danzig 1942, S. 80; Elly Nadolny, Bevölkerungsgeschichte des Kreises Kulm. Danzig 1942, S. 28–34.

<sup>4</sup> Die Behandlung dieser Daten als ungefähr ist auch im Hinblick auf die Fragwürdigkeit des sprachlichen Kriteriums sowie die von den preußischen Behörden angewandten Manipulationen notwendig, die die Zahl der polnischen Bevölkerung verringern sollten. Deshalb sollte man die Angaben zur deutschen Bevölkerung als maximale und überhöhte behandeln. Zu dieser Frage siehe u.a. Ludwig Bernhard, Die Fehlerquellen in der Statistik der Nationalitäten, in: Paul Weber, Die Polen in Oberschlesien. Eine statistische Untersuchung. Berlin 1914, S. XVI–XIX; Helmut Glück, Die preußisch-polnische Sprachenpolitik. Eine Studie zur Theorie und Methodologie der Forschung über Sprachenpolitik, Sprachbewußtsein und Sozialgeschichte am Beispiel der preußisch-deutschen Politik gegenüber der polnischen Minderheit vor 1914. Hamburg 1979, S. 95.

burg (96,9%), Danzig-Stadt (96,5%), Danziger Höhe (88,6%), Rosenberg (Westpreußen) (92%) und Graudenz-Stadt (84,8%). Eine deutsche Mehrheit in diesem Teil Westpreußens hatten auch die Landkreise Dirschau (65,2%), Stuhm (57,3%), Marienwerder (62,1%), Graudenz (58,9%) und Thorn-Stadt (66%). In der Minderheit war die deutsche Bevölkerung in den Gebieten, die den mittleren und südöstlichen Teil der Provinz darstellten. Außer im Landkreis Neustadt (Westpreußen), in dem die Deutschen ungefähr die Hälfte der Bevölkerung stellten (50,2%), belief sich ihr Anteil in den übrigen Landkreisen wie folgt: Putzig 30%, Karthaus 27,6%, Berent 42,3%, Stargard 26,2%, Konitz 44%, Tuchel 33,2%, Schwetz 47,1%, Kulm 46,5%, Thorn 46,8%, Briesen 48,5%, Strasburg 34% und Löbau 20,5%.<sup>5</sup>

Die deutsche Bevölkerung dominierte entschieden sowohl zahlenmäßig als auch ökonomisch in den großen und mittleren Städten (mit Ausnahme von Kulm und Kulmsee) sowie in der Mehrzahl der kleineren Städte (in 31 von 44 Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern). In der Provinz stellten die Deutschen 82,7% der Stadtbevölkerung (im Regierungsbezirk Danzig 92,7%, im Regierungsbezirk Marienwerder 71,4%). Unter der ländlichen Bevölkerung war das deutsche Übergewicht nicht groß – in der ganzen Provinz betrug der Anteil der Deutschen 54,6%, im Regierungsbezirk Danzig 56,2%, im Regierungsbezirk Marienwerder 53,7%.<sup>6</sup>

Der antipolnische Charakter der in den letzten Jahrzehnten des 19. und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts von den preußischen Behörden betriebenen Politik trug zu einer Verschärfung des polnisch-deutschen Antagonismus bei und zog einen großen Teil der deutschen Bevölkerung in einen Konflikt mit der polnischen hinein. Dies führte auch zu einer noch deutlicher als bisher betriebenen Bevorzugung der deutschen Bevölkerung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Ausdruck dessen war die antipolnische Ausnahmegesetzgebung, die eine Stärkung des deutschen Besitzstandes in den erworbenen Gebieten auf Kosten des polnischen zum Ziel hatte und faktisch die Position der dort lebenden Deutschen stärkte. In den wenigen Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurde diese Gesetzgebung zwar nur in beschränktem Rahmen eingesetzt, aber sie ermunterte die polnische Nationalbewegung zu einer Verstärkung ihrer Abwehrmaßnahmen und verschärfte konfliktträchtige Beziehungen zwischen Polen und Deutschen. Die gewisse Milderung der Politik in Bezug

---

<sup>5</sup> Deutsche und Polen (wie Anm. 3), S. 2-11.

<sup>6</sup> Ebenda.

auf die polnische Bevölkerung, zu der der Ausbruch des Ersten Weltkriegs die deutschen Behörden bewegte, brachte weder eine Aufhebung der antipolnischen Gesetze noch eine grundsätzliche Änderung des Vorgehens der preußischen Behörden bei der Bevorzugung der deutschen Bevölkerung mit sich.

### Politische Prämissen und die erste Phase der Abwanderung

Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches und die innenpolitische Wende trugen im Herbst 1918 sowohl zu einer veränderten Perception des Reiches als auch zu einem Anstieg der Aktivität und des offensiven Charakters der polnischen Nationalbewegung im preußischen Teilungsgebiet bei. Unter den Bedingungen der Schwächung der staatlichen Strukturen Deutschlands bei gleichzeitiger Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates in den Gebieten Kongresspolens riefen die polnischen Unabhängigkeitsforderungen, die auch Länder des preußischen Teilungsgebietes umfassten, bei vielen Deutschen Ängste bezüglich des weiteren Schicksals derjenigen Regionen hervor, die die polnischen Ambitionen umfassten.<sup>7</sup> Dies setzte Bewusstseinsveränderungen bei den Bewohnern Westpreußens in Gang, die eine migrationsbegünstigende Basis schufen. Bei generell konstanter nationaler Identifikation, Gruppen- und territorialer Zugehörigkeit betrafen diese Veränderungen hauptsächlich solche Bewusstseins-elemente wie die Diagnose und Beurteilung der sich verändernden politischen, rechtlichen und ökonomischen Realität sowie die Möglichkeiten, aber auch die Bereitschaft, sich an diese anzupassen.

Eine in diesem Kontext wesentliche qualitative Änderung der Lage erfolgte nach dem Ausbruch des großpolnischen Aufstandes Ende Dezember 1918, der aus der deutschen Perspektive als Anfang der Realisierung polnischer territorialer Bestrebungen in Preußen erschien. Diese Ereignisse lösten ein Anwachsen der Ängste wegen des weiteren Schicksals der Provinz Westpreußen sowie auch massenhafte Migrationsbewegungen aus – Tausende deutscher Flüchtlinge verlie-

---

<sup>7</sup> Siehe u.a. Przemysław Hauser, *Niemieckie władze i społeczeństwo Prus Zachodnich wobec polskich dążeń rewindykacyjnych w okresie październik 1918 – czerwiec 1919 r.* [Die deutschen Behörden und die Gesellschaft Westpreußens gegenüber den polnischen Rückforderungsbestrebungen in der Zeit zwischen Oktober 1918 und Juni 1919], in: *Spółczesność polskie na ziemiach pod panowaniem pruskim w okresie I wojny światowej (1914–1918)* [Die polnische Gesellschaft in den Gebieten unter preußischer Besatzung im Ersten Weltkrieg (1914–1918)]. Toruń 1996, S. 85-107, hier S. 86.

ßen die von den polnischen Aufständischen beherrschten Gebiete und fanden u.a. auf dem Territorium Westpreußens Zuflucht. Die Verringerung der direkten Gefährdung dieser Provinz, nachdem die Offensive der aufständischen Truppen zum Halten gebracht und im Waffenstillstand von Trier eine Demarkationslinie vereinbart worden war, die Verstärkung der deutschen bewaffneten Formationen auf dem Gebiet der Provinz und die Erfolge bei der Bekämpfung der polnischen Bewegung trugen zwar dazu bei, die Ängste der deutschen Bevölkerung zu mindern, gleichzeitig erlaubten es jedoch andere Phänomene nicht, dass sich die Anspannung verringerte: Dabei handelte es sich um aufgebauschte Gerüchte und Informationen über die Gefahr einer polnischen Militäraktion sowie Befürchtungen über polnische Pläne, einen Aufstand auf dem Gebiet Westpreußens zu entfachen, aber auch die Informationen, die von der Friedenskonferenz durchdrangen und von der Möglichkeit zeugten, den territorialen Status quo in diesem Gebiet in Frage zu stellen.<sup>8</sup>

Als man den deutschen Unterhändlern am 7. Mai 1919 den Friedensvertragsentwurf präsentierte, wurde dies in der deutschen öffentlichen Meinung als ein Schock empfunden, der besonders stark für diejenigen Deutschen war, die die Gebiete bewohnten, die kraft des Vertrags vom Reich abgetrennt werden sollten. In eben dieser Zeit tauchten unter der deutschen Bevölkerung erste Anzeichen dafür auf, den Teil Westpreußens zu verlassen, der sich in den Grenzen Polens befinden sollte. Der Verkauf von Immobilien und Umzüge in „nicht bedrohte“ Gegenden, die eindeutig durch die Perspektive territorialer Veränderungen bedingt waren, hatten begrenzte Dimensionen, waren aber häufig genug, um als Phänomen in den Quellen bemerkt und notiert zu werden.<sup>9</sup>

Entscheidende Bedeutung hatten die Entscheidungen der deutschen Regierung und der Nationalversammlung über die Annahme der

---

<sup>8</sup> Ausführlicher zu diesem Thema, gestützt auf eine Inhaltsanalyse der Danziger Presse (Danziger Allgemeine Zeitung, Danziger Zeitung, Volkswacht, Westpreußisches Volksblatt) siehe: Marek Stażewski, *Kwestia „niebezpieczeństwa polskiego“ na łamach niemieckiej prasy w Gdańsku w pierwszej połowie 1919 r.* [Die Frage der „polnischen Gefahr“ in der deutschen Presse Danzigs in der ersten Hälfte des Jahres 1919], in: *Gdańsk i Pomorze w XX w. Księga ofiarowana Profesorowi Stanisławowi Mikosowi z okazji 70. rocznicy Jego urodzin* [Danzig und Pommern im 20. Jahrhundert. Festschrift für Professor Stanisław Mikos zum 70. Geburtstag], hrsg. v. Marek Andrzejewski. Gdańsk 1997, S. 120 ff.

<sup>9</sup> Deutscher Volksrat Nr. 1 vom 8. April 1919; Nr. 3 vom 22. April 1919; Westpreußisches Volksblatt Nr. 95 vom 26. April 1919; GStA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2231, S. 210; E. Hoffmann, *Kronika ziemi złotowskiej* [Chronik des Flatower Landes]. Bd. 2 (Manuskript in den Beständen der Bibliothek der Danziger PAN, Sign. MS. 5040), S. 281, 285.

endgültigen Friedensbedingungen sowie der Akt der Unterzeichnung des Vertrages in Versailles am 26. Juni 1919, der besagte, dass die Mehrheit (62%) des Gebiets Westpreußens direkt nach Abschluss des Ratifikationsprozesses in den Bestand des polnischen Staates eingehen sollte. In diesem Gebiet stellte die deutsche Bevölkerung etwa 42% der Einwohner. Der Rest des Gebietes der Provinz Westpreußen, den mehrheitlich die oben erwähnten Gebiete mit deutlichem deutschen Übergewicht stellten, sollte in den Grenzen Deutschlands verbleiben oder zur Freien Stadt Danzig werden. Der Vertragsabschluss bildete einen Impuls, der die erste größere Migrationswelle der deutschen Bevölkerung aus Pommerellen auslöste. Es wanderten vor allem jene ab, die den momentanen Emotionen nachgaben, die in der Atmosphäre der Unsicherheit und Bedrohung im Mai und Juni 1919 herrschten, und die von nationalistischen Kräften angeheizt wurde, um die deutsche Gemeinschaft zur Verteidigung der Ostprovinzen zu mobilisieren. Diese Gruppen waren für die antipolnische Propaganda empfänglich, die u.a. von der deutschen Presse betrieben wurde und die ein in schwarzen Farben gemaltes Bild von den Verhältnissen in Großpolen zeichnete. Sie begegneten der polnischen Umgebung mit Abneigung oder Feindseligkeit und empfanden die Perspektive, sich alsbald unter polnischer Herrschaft wiederzufinden, als ernsthafte Bedrohung ihrer Sicherheit und ihres Besitzes. Teilweise rührte dies aus mehr oder weniger begründeten Befürchtungen hinsichtlich einer Rache für frühere antipolnische Haltungen her.<sup>10</sup>

Auf den Verlauf und das Tempo der Abwanderung der Deutschen aus Pommerellen im Jahre 1919 hatte auch die Verzögerung Einfluss, mit welcher der Versailler Vertrag in Kraft trat, was sogar Hoffnungen darauf weckte, dass seine Beschlüsse letztlich nicht realisiert werden würden. Beruhigend wirkten zweifellos die Versicherungen der preußischen Behörden, dass man bis zum Inkrafttreten des Vertrages vor Ort bleiben und die Provinz vor dem Versuch einer eventuellen vorzeitigen Besetzung von Seiten Polens verteidigen werde. Die preußische Regierung hatte sich schon seit dem Frühjahr 1919, also von dem Moment an, als die ersten Signale auftauchten, dass eine Abwanderung von Deutschen aus Westpreußen einsetzte, entschieden einer solchen Migration entgegengestellt und vor allem Bemühungen

---

<sup>10</sup> Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens Nr. 32 vom 29. Oktober 1919, S. 409; GStA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2232, S. 55; Archiwum Państwowe Szczecin, Rejencja Szczecińska [Staatsarchiv Stettin, Regierungsbezirk Stettin], Nr. 9238 – Erklärung A. Großkopfs v. 29.1.1923.

unternommen, die in den bisherigen Stellen beschäftigten Beamten und Lehrer zu halten. Insbesondere an sie, aber auch an die übrigen Deutschen wurden Appelle gerichtet, an Ort und Stelle auszuharren.<sup>11</sup> Ihre Wirksamkeit schwächten jedoch die von den preußischen Behörden unternommenen Vorbereitungen für eine Evakuierung aus den Polen zuerkannten Gebieten, die gegen Ende des Jahres 1919 immer sichtbarer wurden.

Abwanderungen von Deutschen aus Pommerellen dauerten im gesamten Zeitraum vom Juli 1919 bis zum Januar 1920, also bis zum Moment der Eingliederung dieses Gebietes an Polen, an. Es veränderte sich die Migrationsintensität, es fehlen jedoch Daten zu einer Wiedergabe der Migrationsdynamik. Es ist nur bekannt, dass eine erste, durch die Nachrichten über die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgelöste Ausreisewelle im August und September 1919 ihren Höhepunkt erreichte und eine zweite Migrationswelle im Januar 1920 angesichts der sicheren und bevorstehenden Anschließung Pommerellens an Polen einsetzte.

Aus den Berichten der lokalen preußischen Behörden geht hervor, dass Angehörige unterschiedlicher deutscher Gesellschaftsschichten ausreisten. In den ersten Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages in Versailles überwogen demnach unter den Migranten wohlhabendere Kreise, die aus Angst vor Vermögensverlusten als Folge des im Vertrag Art. 256 vorgesehenen Rechts auf Liquidierung deutschen Eigentums umzogen. Es reisten einige Besitzer landwirtschaftlicher Höfe (darunter deutsche Siedler aus den nach 1886 von der Ansiedlungskommission geschaffenen Siedlungen, die in der polnischen Literatur häufig mit dem Namen „deutsche Kolonisten“ bezeichnet werden) nach dem Verkauf ihrer Immobilien sowie Kaufleute und Handwerker aus. Festgestellt wurde auch, dass einen bedeutenden Teil der Ausreisenden junge Menschen darstellten, die der Wehrpflicht unterlagen und befürchteten, in die polnische Armee eingezogen zu werden. Unter den Pommerellen verlassenden Gruppen wurden zudem Beamte, Lehrer, Pensionäre und Rentner genannt.<sup>12</sup>

Am besten bekannt ist die Migration staatlicher Beamter und Lehrer, weil sie überwiegend auf kontrollierte und bürokratisch geordnete Weise ablief. Sie erfolgte allmählich, sofern sich dies einrichten ließ,

<sup>11</sup> GStA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2231, S. 210.

<sup>12</sup> GStA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2232, S. 48-61; Archiwum Państwowe Szczecin, Rejencja Szczecińska, Nr. 13234, S. 29; Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 4, Nr. 49 [o.S.] – Schreiben des Regierungspräsidenten von Bromberg an den Landrat des Kreises Wirsitz vom 10.11.1919.

gebremst durch die deutschen Behörden. Der größere Teil derjenigen, die sich nicht dafür entschieden, an Ort und Stelle zu bleiben (was das deutsch-polnische Abkommen über die Beamten vom 9. November 1919 ermöglicht hatte), reiste unmittelbar vor der Übernahme PommereLLens durch Polen aus, bevor die deutschen Truppen dieses Gebiet verließen.<sup>13</sup>

In Bezug auf die Hintergründe der Migration von Deutschen aus Westpreußen im Jahre 1919 und im Januar 1920 kann keine Rede von einer wie auch immer gearteten Form des Zwangs von Seiten der deutschen Behörden sein. Es war eher andersherum: Die deutschen Behörden übten auf verschiedener Ebene mit vielfältigen Methoden Druck auf die deutsche Bevölkerung aus, um diese von einer Abwanderung abzuhalten. In dieselbe Richtung wirkten auch die deutschen Volksräte als gewählte Vertreter der deutschen Gesellschaft sowie viele deutsche politische, berufliche und gesellschaftliche Vereinigungen. Dagegen muss man als einen die Migration stimulierenden Faktor einen gewissen Druck von polnischer Seite berücksichtigen, der auf verschiedene Art und Weise und in unterschiedlicher Stärke zum Ausdruck kam. Er rührte hauptsächlich aus dem Bewusstsein der Existenz antideutscher Stimmungen unter großen Teilen der polnischen Bevölkerung in der Region her, besonders in Gebieten, wo Deutsche in einer mehrheitlich polnischen Umgebung lebten. Man sollte jedoch die Stärke dieses Drucks nicht überbewerten, wenn in deutschen Quellen dieser Zeit festgestellt wird, dass man unter der polnischen Bevölkerung insgesamt keine aggressiveren Verhaltensweisen den Deutschen gegenüber bemerkte.<sup>14</sup> Die Hintergründe für die Migration kann man auch schwerlich in den damaligen Erklärungen und Maßnahmen der polnischen Bewegung in Westpreußen entdecken, die die Stimmungen abzumildern suchte, um Bedingungen zu gewährleisten, die eine rasche Übernahme der Macht ermöglichten und eine Koexistenz von Polen und Deutschen sicherstellten. Daraus resultiert, dass nur in einem geringen Maße eine reale Bedrohung und somit Umstände, die man als situativen Zwang qualifizieren könnte, Hintergrund für die Ausreisen sein konnte. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung in der Phase bis Januar 1920 wurde eher durch die unsichere Lage, durch die Zukunft betreffende Ängste um die eigene Sicherheit und die der Familie nach der

---

<sup>13</sup> GStA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2240, S. 86; Rep. A 200, Nr. 39 – Bericht des Landrates des Kreises Löbau v. 9.9.1919; Ostdeutsche Tageszeitung Nr. 21 vom 25. Januar 1920.

<sup>14</sup> GStA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2232, S. 48-56.



Einsetzung polnischer Behörden, durch Ängste vor Schikanen und Unterdrückung sowie vor Besitzverlust verursacht.

Bis zum Januar 1920 handelte es sich bei den Abwanderungen um eine Form der Binnenmigration – sie erfolgte innerhalb der Grenzen des deutschen Staates. Sie wurde zudem mehrheitlich nicht in einem organisatorischen Rahmen registriert, der es erlaubte, sie zu erfassen. Das ist der Grund, warum wir über keine direkten Daten verfügen, die eine Bestimmung der Dimensionen sowie der Migrationsdynamik in diesem Zeitabschnitt ermöglichen. Schätzungen weisen darauf hin, dass bis zu dem Moment, als Pommerellen den polnischen Behörden überlassen wurde, aus diesem Gebiet etwa 126 500 Deutsche ausgereist sind, was 30-33% der in diesem Territorium Anfang 1919 lebenden deutschen Bevölkerung darstellte.<sup>15</sup>

### **Die Abwanderung aus dem polnischen Pommerellen seit 1920**

Die Änderung der staatlichen Zugehörigkeit änderte radikal die Bedingungen, unter denen die Migration der deutschen Bevölkerung stattfand. Das Phänomen verlor infolge der Errichtung der neuen polnisch-deutschen Grenze seinen bisherigen Binnencharakter und wurde zu einer grenzüberschreitenden Migration. Zu einem neuen Faktor, der auf die Abwanderung der Deutschen erheblichen Einfluss hatte, wurde die Tätigkeit der polnischen Behörden verschiedener Ebenen, es wuchs auch die Bedeutung der von der polnischen Bevölkerung Pommerellens eingenommenen Haltung.

Auch unter diesen neuen Bedingungen kann man die Stimmungen der deutschen Bevölkerung als einen der zentralen Faktoren anführen, die auf Ablauf und Ausmaße der Auswanderung Einfluss nahmen. Trotz allem hielten sich unter einem bedeutenden Teil der Deutschen in Pommerellen Hoffnungen auf eine Veränderung der politischen Lage in einer nicht allzu fernen Zukunft und eine Rückkehr dieses Gebietes in die Grenzen des Reiches. Diese Hoffnungen wurden von deutschen Stellen, die eine grundsätzliche Revisionspolitik gegenüber dem Versailler Vertrag verfolgten, absichtlich entfacht und

---

<sup>15</sup> Stażewski, Exodus (wie Anm. 1), S. 260-293; aus den Berechnungen Roman Lutmans, der diese Frage in den 1930er Jahren untersuchte, gehen bedeutend größere Dimensionen der Migration in dieser Phase hervor, nämlich ca. 195 000 Personen: Roman Lutman, Emigracja Niemców z Pomorza w okresie międzywojennym [Die Emigration der Deutschen aus Pommerellen in der Zwischenkriegszeit], in: Stan posiadania ziemi na Pomorzu [Besitzverhältnisse in Pommern]. Toruń 1933, S. 172-184, 333-348, hier S. 178.

in Gang gehalten. Ein Ausdruck dessen war die in unterschiedlicher Form geäußerte These von Polen als einem „Saisonstaat“. Diese Hoffnungen waren in den ersten Monaten des Jahres 1920 recht weit verbreitet, begannen sich aber rasch abzuschwächen.<sup>16</sup> Dazu trugen solche Tatsachen und Phänomene wie die effektive Übernahme Pommerellens durch die polnischen Behörden bei, die von einer enthusiastischen Zustimmung durch die lokale polnische Bevölkerung begleitet war; weiterhin die rasch fortschreitende Durchsetzung der polnischen Sprache im öffentlichen Leben des Gebiets, die Rigorosität des bis Anfang Juni 1920 geltenden Ausnahmezustands, sowie die in der nächsten Umgebung deutlich wahrnehmbaren Folgen der bisherigen Migration – die Abwanderung deutscher Nachbarn und Bekannter. Es gab auch Anzeichen für einen gegenteiligen Einfluss, etwa die mit der Zeit sichtbar werdende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes, die Schwierigkeiten beim Aufbau des neuen Verwaltungsapparates, aber auch die bereits im Frühjahr 1920 fassbare Enttäuschung der lokalen polnischen Bevölkerung über die neuen Verhältnisse. In den Sommermonaten 1920 wuchsen die Hoffnungen der Deutschen in Pommerellen auf eine Rückkehr zum Zustand vor dem Januar 1920 deutlich an, vor allem im Zusammenhang mit den polnischen militärischen Misserfolgen im Krieg gegen das sowjetische Russland.

Unmittelbar nach der Eingliederung Pommerellens nach Polen erlebte die Auswanderung eine deutliche Verlangsamung. In gewissen, schwer zu definierenden Ausmaßen fand in dieser Zeit eine illegale Auswanderung von Deutschen statt, die gemeinhin aus Angst vor der Einberufung in die polnische Armee unternommen wurde. Erst der Erlass entsprechender Regelungen durch die polnischen Behörden Ende Februar 1920 schuf die Möglichkeit einer legalen Auswanderung von Deutschen aus Pommerellen, die von einem deutschen Kommissar des Roten Kreuzes in Bromberg organisiert und beaufsichtigt wurde.<sup>17</sup> Der erste Sammeltransport fuhr am 31. März 1920 aus Pommerellen ab. Zur gleichen Zeit berief die deutsche Regierung mit Wirkung vom 1. April 1920 die noch kraft des Amtsabkommens vom 9.

---

<sup>16</sup> Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ambasada RP w Berlinie, Nr. 3869, S. 13; Centralne Archiwum Wojskowe w Warszawie, Teki Laudańskiego, sygn. I.440.12.4, S. 23, sygn. I.371.8.6. – Berichte des Bezirkskommissariates der Pommerellen-Front (für die Zeit 11.11.1919–1.3.1920) sowie des Chefs der Informationsabteilung des DOG Pomorze (vom 19.5.1920).

<sup>17</sup> Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 22, Nr. 156 [o.S.] – Vorschriften für Flüchtlinge v. 27.2.1920.

November 1919 in polnischem Dienst verbliebenen deutschen Staatsbeamten ab. Diese hielten sich mehrheitlich an die Aufforderung und reisten innerhalb der nächsten Monate gemeinsam mit ihren Familien aus, womit sie in dieser Zeit die dominierende Gruppe unter den Emigrierenden stellten. Aus dem Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen reisten damals wahrscheinlich mindestens 6 000 Beamte aus. Zusammen mit ihren Familienangehörigen belief sich diese Gruppe auf ca. 18 000-20 000 Personen.<sup>18</sup>

Dass diese Gruppe Pommerellen verließ, wurde hauptsächlich durch Maßnahmen der deutschen Regierung verursacht, die die Beamten als Karte im Verhandlungspoker mit Polen benutzte, deren Verbleib dazu benutzt werden sollte, von der polnischen Regierung Konzessionen in anderen aus deutscher Sicht wichtigen Angelegenheiten (vor allem in der Frage des Transits aus Deutschland nach Ostpreußen durch das polnische Pommerellen) zu erhalten. Die Überzeugung, dass die polnischen Stellen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sein würden, nur um die deutschen Beamten im Dienst zu behalten, erwies sich als falsch, aber die deutsche Regierung entschied sich in dieser Situation nicht nur dazu, sie abuberufen, was im Grunde genommen ihre Übersiedlung ins Reich bedeutete, sondern tat viel, um die vollständige Umsetzung ihrer Verordnung zu erzwingen. Die Lage, in der sich diese deutschen Beamten nun befanden, war eigentlich eine Zwangslage. Sie wurden von den deutschen Behörden vor die Wahl gestellt, entweder dem Befehl nachzukommen, aus Polen auszureisen, oder die Verbindungen mit dem deutschen Staatsdienst zu kappen, was für die Mehrheit von sowohl aus emotionalen wie aus materiellen Gründen inakzeptabel war.<sup>19</sup>

Die Ausreise der mehrere tausend Personen starken Gruppe von Beamten blieb im Widerspruch mit der Politik, den deutschen Besitzstand in den verlorenen Ostgebieten zu erhalten, aber die von der deutschen Regierung eingenommene starre Haltung erlaubte es ihr nicht, sich von der vorgebrachten Drohung zurückzuziehen. Die Abberufung der Beamten verursachten zudem in einem gewissen Maße Spekulationen, sie verschärfte die Funktionsprobleme der polni-

---

<sup>18</sup> Schätzung auf der Grundlage der Listen der deutschen Beamten, die 1920 emigrierten. – Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 4, Nr. 5432.

<sup>19</sup> Ausführlicher zum Thema der Umstände der Emigration der Beamten siehe: Marek Stażewski, *Problem pozostania urzędników niemieckich w Wielkopolsce i na Pomorzu w latach 1919–1920* [Das Problem des Verbleibs deutscher Beamter in Großpolen und Pommerellen in den Jahren 1919–1920], in: *Studia Historica Slavo-Germanica XXI*: 1996 (1997), S. 59-79.

schen staatlichen Strukturen im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet, was – so die Spekulation – für die Notwendigkeit spräche, die Versailler Beschlüsse zu revidieren.

Die Massenauswanderung der Beamten wirkte erheblich auf die Lage der in Pommerellen verbliebenen deutschen Bevölkerung zurück, weil diese außer der zahlenmäßigen Schwächung auch eines Teiles ihrer Führungsschicht und einer Gruppe beraubt wurde, die die Verbindungen mit dem deutschen Staat verkörperte und deren Anwesenheit den Prozess des Sich-Anpassens an die neue Realität abmildern konnte. Die Geschwindigkeit der Abwanderung hatte zusätzlich einen Einfluss auf die Stimmungen der verbliebenen Deutschen und verstärkte deren Ungewissheit und Bedrohungspsychose. Die Abwanderung der Beamten bedeutete überdies eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für viele Kaufleute, Handwerker oder Freiberufler, die sich in bedeutendem Maße von Dienstleistungen für die Beamtenschaft ernährt hatten. Diese wirtschaftlichen Konsequenzen wurden allmählich sichtbar und trugen zur weiteren Auswanderung von Kaufleuten, Handwerkern und Freiberuflern bei.

Der Verlauf des polnisch-russischen Krieges im Sommer 1920 trug in unmittelbarer Weise zu einem Anstieg der deutschen Migration bei. Erstens entschied sich angesichts der von den polnischen Behörden durchgeführten Mobilmachung ein Teil der Deutschen im Musterrungsalter dafür, illegal die deutsch-polnische Grenze zu überschreiten, um dem Dienst in der polnischen Armee zu entgehen. Den zahlenmäßigen Umfang dieser Gruppe kann man in Pommerellen auf einige tausend Personen schätzen. Am größten war die Gruppe von Flüchtlingen aus dem Kreis Soldau mit etwa 2 500 Personen. Eine gewisse Anzahl an Deutschen verließ ebenfalls illegal Pommerellen, weil sie Angst vor Repressionen wegen antipolnischer Haltungen zu einer Zeit hatte, als sich ein Teil der Wojewodschaft Pommerellen unter der Besatzung sowjetischer Truppen befand. Ein Teil dieser Flüchtlinge, vor allem aus den Kreisen Soldau und Strasburg, kehrte anschließend kraft der in Allenstein am 13. Oktober 1920 und in Marienwerder am 13. Dezember 1920 geschlossenen deutsch-polnischen Abkommen an ihre Wohnorte zurück.<sup>20</sup>

Eine dritte Gruppe, die im Zusammenhang mit der militärischen Lage ausreisen sollte, stellten Wehrpflichtige dar, die die Einberu-

---

<sup>20</sup> Archiwum Akt Nowych, Ambasada RP w Berlinie, Nr. 1218, S. 95 ff.; Archiwum Państwowe w Olsztynie – oddz. Nidzica, Rej. Olsztyńska I/ Nr. 213, S. 325-329; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Büro des Reichsministers, R. 28309k, S. 167-181.

fung in die polnische Armee vermeiden wollten und die die ihnen kraft eines Befehls des Ministers für Armeeangelegenheiten vom 19. Juni 1920 zustehende Möglichkeit nutzten, sich von der Einberufung zu befreien, indem sie vor der Einberufungskommission eine Erklärung abgaben, dass sie für Deutschland zu optieren und somit von der Möglichkeit der Wahl der deutschen Staatsbürgerschaft Gebrauch zu machen beabsichtigten. In Pommerellen wurde eine erhebliche Zahl von ihnen nach einer derartigen Erklärung veranlasst, auch die formale Deklaration einer Option für Deutschland abzugeben, und anschließend aufgerufen, das Territorium Polens innerhalb von zwölf Monaten, manchmal sogar innerhalb der nächsten Tage zu verlassen. Dieser Druck nahm in einigen Fällen die Form offizieller Verordnungen lokaler Organe der polnischen Behörden an.<sup>21</sup> Unter den im Sommer und Herbst 1920 herrschenden dramatischen Umständen unterlagen Deutsche, die sich in dieser Lage befanden, verhältnismäßig leicht der Pression polnischer Behörden und verließen kurz danach Polen. Die Maßnahmen einer Reihe lokaler Organe der polnischen Behörden in der Wojewodschaft Pommerellen, besonders der Kreis- und Gemeindeorgane, die Wehrpflichtigen durch Druck zum Optieren und dann zur Abwanderung zu zwingen, verletzten in vielen Fällen die im Versailler Vertrag enthaltenen Rechte der deutschen Bevölkerung auf freie Wahrnehmung des Optionsrechtes. Man sollte jedoch betonen, dass diese lokalen Maßnahmen nicht im Einklang mit der Politik der polnischen Regierung und ihren Verfügungen in dieser Frage standen. In der Politik einiger zentraler wie lokaler Behörden schoben sich nach 1920 Bestrebungen in den Vordergrund, den breit gefassten deutschen „Besitzstand“ zu reduzieren, während die Regierungsstellen den weiteren Kontext – vertragliche Verpflichtungen, den Wiederhall ihrer Maßnahmen in der internationalen Arena, die Beziehungen mit der Weimarer Republik – berücksichtigen mussten. Die Behörden niederen Ranges in Pommerellen nahmen darauf oft keine Rücksicht, was dazu führte, dass mitunter ihr Engagement und ihre Entscheidungen zu einer Politik der „Entdeutschung“ und zu Aktionen führten, die über die von den Zentralbehörden mehr oder weniger präzise gezogenen Linien hinausgingen und in unterschiedlichem Maße die Rechte der Deutschen anta-

---

<sup>21</sup> Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 22, Nr. 139 [o.S.] – Rundschreiben des pommerellischen Wojewoden v. 23.8.1920; Schreiben des Starosten von Tuchel v. 29.8.1920; Schreiben der Abteilung für Inneres des Ministeriums für das ehem. preußische Teilungsgebiet an den Wojewoden von Pommerellen v. 12.10.1920; Orędownik Starostwa i Powiatu Starogardzkiego (1920), Nr. 38 vom 2. September 1920.

steten. Solche Vertragsverletzungen, die vollendete Tatsachen schufen und teilweise unumkehrbar waren, brachten die polnische Regierung international in eine schwierige Lage und wurden deshalb von den zentralen Stellen nicht akzeptiert. Das änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass die Emigration eines bedeutenden Teiles der einberufenen deutschen Optanten, die eine Einziehung in die Armee vermeiden hatten, durch die polnischen Behörden erzwungen wurde und der Druck von Seiten ihrer Organe einen fundamentalen Ausreisegrund darstellte.

Wesentlichen Einfluss auf die Auswanderung von Deutschen aus dem ehemaligen preußischen Teilgebiet im Sommer 1920 hatten auch andere Faktoren. Einer von ihnen war der Anstieg antideutscher Stimmungen in der polnischen Gesellschaft, der durch die Polen und den Polen gegenüber feindlichen Haltungen eines bedeutenden Teiles der Deutschen hervorgerufen wurde, die sich während der sowjetischen Invasion ereignet hatten, aber auch auf Informationen über Ausschreitungen gegen Polen in den Plebiszitgebieten des südlichen Ostpreußens, im Ermland, in Masuren und im Weichselgebiet. Hierzu hinzufügen sollte man die Entschlossenheit der polnischen Behörden, Widerstandssymptomen gegen die neuen Verhältnisse von Seiten der deutschen Bevölkerung den Kampf anzusagen. Wichtig war zudem, dass Mitte Juli eine rechtliche Regelung einiger Probleme erfolgte, so die Übernahme deutschen Staatsbesitzes durch den polnischen Staat, wovon auch die Annullierung von deutschem Staatseigentum (Gesetz vom 14. Juli 1920)<sup>22</sup> sowie der Liquidierung der Eigentumsrechte deutscher Staatsbürger (Gesetz vom 15. Juli 1920)<sup>23</sup> betroffen waren. Das bedeutete zwar nicht, dass diese Entscheidungen sofort in Kraft gesetzt wurden, aber man muss berücksichtigen, dass sie einen

---

<sup>22</sup> Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej [Gesetzesblatt der Polnischen Republik] (1920), Nr. 62, Pos. 400. Die Frage der Annullierung entstand im Zusammenhang mit dem Polen in Art. 256 des Versailler Vertrags zuerkanntes Recht auf Übernahme des sich auf seinem Territorium befindenden deutschen Staatseigentums. Dies betraf auch Objekte, vor allem Bauernhöfe, über die die Preußische Ansiedlungskommission verfügt hatte. Im Falle vieler dieser Objekte wurden nach dem 11. November 1918 formale Eigentumsübertragungen zugunsten der deutschen Siedler durchgeführt, was die polnischen Behörden als ungültig erachteten, weil es im Widerspruch zu den Waffenstillstandsverpflichtungen Deutschlands stand. Das Gesetz vom 14. Juli 1920 schuf eine rechtliche Grundlage für die Annullierung dieser Eigentumsübertragungen und die Übertragung dieser Siedlungen an den polnischen Staatsschatz als Besitzer. Diese Siedlungen bezeichnete man als „Annullierungssiedlungen“.

<sup>23</sup> Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej (1920), Nr. 70, Pos. 467. Das Problem der Liquidierung resultierte aus den von Polen kraft des Versailler Vertrags (Art. 297) erworbenen Berechtigungen zur Übernahme bzw. Liquidierung des sich auf seinem Territorium befindenden Privatvermögens deutscher Staatsbürger, die nicht die polnische Staatsangehörigkeit erworben hatten.

starken Eindruck auf diejenigen Deutschen machten, die sich schon seit längerer Zeit wegen der im Versailler Vertrag Polen zuerkannten Rechte auf Liquidierung deutschen Besitzes und die reale Perspektive, materielle Verluste zu erleiden, bedroht fühlten und unsicher waren, eine angemessene Entschädigung zu erhalten. Manche Deutsche, darunter viele Kolonisten, nutzten die damals große Nachfrage nach landwirtschaftlichen Betrieben und entledigten sich in dieser Zeit ihres Eigentums eben aus der Angst vor dessen Verlust infolge der Liquidierung. Eine Konsequenz hieraus war in der Regel die Auswanderung nach Deutschland.

Die Daten zu den Dimensionen der Auswanderung im Jahre 1920 zeigen, dass die Migrationsdynamik mit den oben erwähnten Faktoren verbunden war. In der ersten Hälfte 1920 erreichte die Auswanderung im April und Mai ihren Höhepunkt (über 8 000 Personen monatlich), was vor allem mit den Massenausreisen der ins Reich abberufenen Staatsbeamten verbunden werden kann. Anschließend reduzierte sich die Auswanderung auf ein Niveau von unter 7 000 Personen im Juli und August, um im September auf fast 8 000 Personen anzuwachsen – ein Effekt der Kriegshandlungen, dem mit der Einberufung in die Armee sowie mit den anderen erwähnten Faktoren verbundenen Optionen. Nach den für Polen vorteilhaften militärischen Entscheidungen dauerte die Auswanderung ab Oktober 1920 an, aber bereits in kleinerem Rahmen (ca. 5 000 Personen monatlich und weniger). Die geschätzte Abwanderungshöhe im Jahre 1920 beträgt 38 700 bis 52 500 Personen.<sup>24</sup>

Die Verbesserung der militärischen und politischen Lage Polens bedeutete für die Deutschen eine Verringerung der Hoffnungen auf eine schnelle Rückkehr Pommerellens zum Reich, obwohl sich das Milieu der deutschen nationalistischen Aktivisten in Polen mit verschiedenen Maßnahmen bemühte, diese Hoffnungen aufrecht zu erhalten. Es fand eine schnelle Durchsetzung der polnischen Amts- und Verkehrssprache im Lande statt, Veränderungsprozesse, die sich sowohl als natürliche Konsequenz der Veränderung der staatlichen Zugehörigkeit dieses Gebietes vollzogen als auch Folgen absichtlicher Maßnahmen der polnischen Behörden, Organisationen und der polnischen Gesellschaft waren, welche danach strebten, dem Land so schnell wie möglich einen polnischen Charakter zu geben.

---

<sup>24</sup> Eine detaillierte Analyse der Zahlenangaben bei Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 192–195, 293.

Diese Bestrebungen hatten einen übergeordneten Charakter, und ihrer Verwirklichung sollte auch die Politik der sog. „Entdeutschung“ (odniemczanie) dienen, die als Realisierung verschiedenartiger Unternehmungen verstanden wurde, die eine Reduzierung des breit verstandenen deutschen Besitzstandes mit sich brachten. In dieser Situation verflochten sich die Polonisierung und die „Entdeutschung“ miteinander. Dies kam unter anderem zum Ausdruck im fortschreitenden Austausch deutscher Beamtenkader durch polnische, deutschen Rechts durch polnisches, im Ersetzen der deutschen Sprache im öffentlichen Leben durch das Polnische oder deutscher Symbole und Aufschriften durch polnische. Es hielt auch der starke Zustrom polnischer Bevölkerung in das Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen an, der in bedeutendem Maße die Lücken schloss, die infolge der Abwanderung der Deutschen entstanden waren. Dieser Zustrom erzeugte zwar Spannungen innerhalb der polnischen Gesellschaft, bewirkte aber zugleich, dass sich die Proportionen zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung rasch und immer mehr zu Ungunsten der Deutschen veränderten.<sup>25</sup> Die Zukunftsperspektiven für diese waren also nicht ermutigend und stellten ein Argument dar, das für eine Ausreise sprach. Es fehlte aber auch nicht an entgegengesetzten Argumenten wie Informationen über die schwierige ökonomische Lage im Reich, häufig fehlende Mittel, um sich in Deutschland neu einzurichten, die Angst vor dem Unbekannten, die Tatsache, dass man an der Heimat hing, familiäre Bindungen, aber auch der starke Druck von Seiten deutscher Organisationen, die eine freiwillige Emigration oft als eine Tat hinstellten, die Züge von Landesverrat trage.

Große und ständig wachsende Bedeutung sollte man zweifellos dem wirtschaftlichen Faktor einräumen. Die Erschwerung und Begrenzung der Kontakte mit dem deutschen Staatsgebiet und mit Danzig, der Verlust der privilegierten Position gegenüber der polnischen Konkurrenz, die nun nicht selten von den polnischen Behörden bevorzugt wurde, die Schwierigkeiten, Kredite, Ein- und Ausfuhrgenehmigungen zu bekommen, verbunden damit, dass die Reserven zur Neige

---

<sup>25</sup> Dieses Phänomen hat bisher noch keine erschöpfende Bearbeitung gefunden. Den Versuch einer Skizze hat Janusz Kutta in einem Aufsatz unternommen: Janusz Kutta, Ludność napływowa w Wielkopolsce i na Pomorzu w latach 1918–1926. Przyczynek do dziejów integracji społeczeństwa polskiego [Die zugewanderte Bevölkerung in Großpolen und Pommerellen in den Jahren 1918–1926. Ein Beitrag zur Geschichte der Integration der polnischen Gesellschaft], in: *Historia i współczesność* [Geschichte und Gegenwart]. Warszawa 1987, S. 93-111.



gingen, bedeuteten für diejenigen Deutschen, die im polnischen Teil Pommerellens eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübten, eine radikale Verschlechterung ihrer Lage.<sup>26</sup> Einige waren dieser nicht gewachsen, andere sahen an Ort und Stelle keine Perspektiven für eine Verbesserung. In beiden Fällen suchte man oft neue Chancen, indem man ins Reich abwanderte.

Die Lage anderer Gruppen von Deutschen, die ihre Existenz auf Arbeitseinkommen oder Sozialleistungen gründeten, bestimmten vor allem solche Phänomene wie wachsende Lebenshaltungskosten sowie eine erhebliche Arbeitslosigkeit. Letztere rührte in erheblichem Maße von Maßnahmen her, die eine Durchsetzung des Polnischen in der Verwaltung, im Schulwesen, im kulturellen Leben und in der Wirtschaft zum Ziel hatten und deren Folge es war, in verschiedenen Einrichtungen deutsche Beschäftigte zu entlassen und durch polnische zu ersetzen. Die Lage verschlechterten die abnehmenden Möglichkeiten, bei deutschen Arbeitgebern beschäftigt zu werden, weil diese angesichts der oben erwähnten Schwierigkeiten dazu gezwungen waren, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu begrenzen, Mitarbeiter zu entlassen oder sogar Geschäfte und damit für Deutsche zugängliche Arbeitsplätze aufzugeben. Sowohl die aktuelle wirtschaftliche Lage als auch das Fehlen von Voraussetzungen für Verbesserungen in naher Zukunft führten dazu, dass seit Mitte 1920 unter den Emigrierenden die Zahl derer deutlich zunahm, die durch eine Auswanderung ins Reich ihre schwierige materielle Lage zu verbessern suchten. Nach den Daten des Deutschen Roten Kreuzes stellten Deutsche, die materieller Hilfe bedurften, ungefähr 60% der Migranten.<sup>27</sup> Neben wirtschaftlichen kamen auch weitere Faktoren ins Spiel, unter denen man den Konsequenzen der behördlichen Polonisierung Pommerellens eine besondere Bedeutung zuschreiben sollte; die Tatsache, dass sich die Migranten aus Pommerellen Ende 1920/21 vor allem aus mittellosen Bevölkerungsgruppen zusammensetzten, zeigt jedoch, dass die Ausreise durch die sich verschlechternden Lebensbedingungen verursacht wurde.

---

<sup>26</sup> Siehe z.B. Centralne Archiwum Wojskowe w Warszawie, DOK VIII, I.371.8.6 [o.S.] – Bericht des DOG Pomorze v. 20.5.1920; Ostdeutsche Tageszeitung Nr. 99 vom 29. April 1920; Roman Wapiński, *Działalność Narodowej Partii Robotniczej na terenie województwa pomorskiego w latach 1920–1930* [Die Tätigkeit der Nationalen Arbeiterpartei auf dem Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen 1920–1930]. Gdańsk 1962, S. 38 f., 62-66.

<sup>27</sup> GStA PK Berlin, Rep. A 414, Nr. 23 [o.S.] – Sitzungsprotokoll des Zentralkomitees der Vereine vom Roten Kreuz v. 28.2.1921.

Der Massencharakter der deutschen Auswanderung aus Polen in der zweiten Jahreshälfte 1920 sowie Prognosen, die diese Migrations-szenarien fortschrieben, bewirkten, dass die deutschen Behörden in den ersten Monaten 1921 sich dafür entschieden, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Migration zu stoppen. Außer der weiterhin geltenden Richtlinie, den Besitzstand des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten möglichst zu bewahren, spielten hierbei die wachsenden Schwierigkeiten deutscher Behörden eine Rolle, den Zuwanderern Hilfe, insbesondere Unterkunft und Beschäftigung zu leisten.<sup>28</sup> Die von den zuständigen deutschen Behörden vorgenommene Analyse der Ursachen der Migration führte zu der Bewertung, dass sie zwar in einigen Fällen unvermeidlich sei, ihre Ausmaße jedoch deutlich über die politischen und ökonomischen Ursachen hinausgingen. Man erkannte, dass die Migration im Falle der mittellosen Gruppen ökonomischen Charakters war, weshalb keine Rede von einer Reduzierung der Hilfe sein dürfe. Andererseits stellte man fest, dass mitunter materielle Hilfe erteilt wurde, die auf falschen Angaben über angebliche Verfolgungen beruhte. In vielen Fällen begünstigte auch das Ausmaß und die relative Einfachheit, solche Hilfen zu erhalten (Erstattung der Umzugskosten, Beihilfen, Darlehen, Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche), die Entscheidung zur Auswanderung in Situationen, in denen ein Bleiben vor Ort möglich gewesen wäre.<sup>29</sup>

Deshalb entschied man sich auch dafür, den Zugang zu Hilfsleistungen zu erschweren. Man beschloss, dass die bisherigen Flüchtlingsfürsorgestellen eine schärfere Selektion für die Zuerkennung materieller Hilfen durchführen sollten. Ein Anrecht auf Hilfe sollten nur diejenigen haben, die beweisen konnten, dass sie tatsächlich zum Abzug aus den von Deutschland abgetrennten Gebieten gezwungen worden waren (bzw. nicht in diese Territorien zurückkehren konnten) und die sich zugleich in einer materiellen Notlage befanden.

---

<sup>28</sup> Marek Stażewski, *Rzesza w obliczu migracji po I wojnie światowej – niektóre aspekty kwestii napływu niemieckich imigrantów z ziem byłego zaboru pruskiego* [Das Deutsche Reich angesichts der Migrationen nach dem Ersten Weltkrieg – einige Aspekte der Frage des Zustroms deutscher Immigranten aus dem ehemaligen preußischen Teilungsgebiet], in: *Migracje polityczne i ekonomiczne w krajach nadbałtyckich w XIX i XX w.* [Politische und wirtschaftliche Migrationen in den Ostseeländern im 19. und 20. Jahrhundert], hrsg. v. Józef Borzyszkowski u. Mieczysław Wojciechowski. Toruń 1995, S. 102-106.

<sup>29</sup> GStA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2232, S. 278 f.; Rep. A 414, Nr. 23 [o.S.] – Sitzungsprotokoll v. 28.2.1921; Rep. 203, Nr. 383 [o.S.] – Schreiben des Oberpräsidenten von Ostpreußen v. 20.7.1921; Bundesarchiv Potsdam, 06.01., Nr. 199, S. 37-39a; Archiwum Akt Nowych, Amb. RP w Berlinie, Nr. 3869, S. 112 f.

Diejenigen, welche unter Zwang emigrierten, aber mit Hinblick auf ihre verhältnismäßig gute materielle Lage keine Unterstützung benötigten, sollten den Flüchtlingsstatus erhalten, der sie berechnete, nach der Ankunft im Reich Entschädigungen für die durch die Auswanderung erlittenen Verluste zu beantragen; die Entschädigungsfrage regelte das Gesetz vom 28. Juli 1921. Den Auswanderern, die nicht nachweisen konnten, dass Zwang die Ursache der Migration war, standen keine materiellen Hilfen zu; sie konnten auch weder die speziellen Auswandererzüge benutzen noch die Vermittlung des Fürsorgesystems bei der Wohnungs- und Arbeitssuche in Anspruch nehmen.

Die Einführung des Kriteriums Zwang – in den Quellen ist von „Verdrängung“ die Rede – sollte zu einer Reduzierung der Migration führen. Angewendet wurde es seit Anfang August 1921, als die Verifizierung der Anträge einsetzte, die Auswanderungswillige in Pommerellen und in Großpolen an die jeweiligen territorialen Deutschen Fürsorgekommissare richten mussten. Die Kommissare überprüften in Zusammenarbeit mit verschiedenen deutschen Organisationen (hauptsächlich mit den Filialen des Deutschtumsbundes), ob ein Auswanderungszwang sowie der Bedarf, materielle Hilfe zu bekommen, bestanden.<sup>30</sup> Gleichzeitig entschloss man sich, da das Gewicht ökonomischer Faktoren bei den Migrationsgründen erkannt wurde, materielle Hilfskonzepte für verschiedene Gruppen der deutschen Bevölkerung im ehemaligen preußischen Teilgebiet zu entwickeln, denen die Hilfen und die daraus resultierenden Verbesserungen ihrer materiellen Lage ermöglichen sollten, an Ort und Stelle zu bleiben. Dieses nach und nach seit 1921 entwickelte System umfasste sowohl soziale Unterstützungswege als auch finanzielle Leistungen für bedrohte wirtschaftliche Tätigkeiten in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft.<sup>31</sup>

Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist schwer einzuschätzen. Zu einem gewissen Grad hemmten sie zweifellos die Migrationsbestrebungen, weil sie die Interessierten zwangen, die Argumente für und gegen eine Ausreise ernsthafter abzuwägen. Die Daten über die Mi-

---

<sup>30</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Geheimakten Polen, R 30860, S. K038036; GStA PK Berlin, Rep. A 414, r 2 [o.S.] – Schreiben des Zentralkomitees der Preußischen Landesvereine vom Roten Kreuz v. 19 IX 1921; Schreiben des deutschen Generalkonsuls in Posen v. 17 XII 1921; Reichsgesetzblatt (1921), Nr. 82, 28 VII 1921, S. 1021-1031.

<sup>31</sup> Siehe auch Norbert Krekler, *Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik (Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen)*. Stuttgart 1973, S. 48-53.

grationsdynamik 1921 scheinen jedoch zu zeigen, dass ihre Wirkungen begrenzt waren. In den ersten Monaten wuchs die Zahl der Auswandernden von weniger als 4 000 im Januar auf ein Maximum von über 8 000 im März. Ab Mai 1921 gingen die Dimensionen auf ein Niveau von 2 000 bis 3 000 Personen monatlich zwar deutlich zurück, aber die Migrantenzahlen wuchsen bereits ab September wieder auf das Niveau von Anfang 1921 (4 000-5 000 Personen). Den Gesamtumfang der Emigration im Jahr 1921 kann man auf 24 000 bis 32 600 Personen schätzen.<sup>32</sup>

Eine entscheidende Bedeutung für die Migrationsdynamik in der zweiten Jahreshälfte 1921 sollte man erneut ökonomischen Faktoren zuschreiben. Der starke Anstieg der Lebenshaltungskosten seit Anfang August 1921, als die Aufhebung der bis dahin geltenden Beschränkungen des freien Handels mit Konsumartikeln erfolgte, aber auch die Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem ehemaligen preußischen Teilungsgebiet und dem Rest Polens, sind als Ursachen zu nennen. Dies bewirkte einen Rückgang der Realeinkommen und eine Verschlechterung der ökonomischen Lage eines bedeutenden Teiles sowohl der polnischen als auch der deutschen Bevölkerung.

Gewisse Bedeutung besaßen auch völkerrechtliche und juristische Umstellungsprozesse, die zeitgenössisch mit den Begriffen „Annullierung“ („anulacja“) und „Liquidierung“ („likwidacja“) gefasst wurden. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte 1921 fand die Umschreibung der Besitztitel für die – nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages – in den Grundbüchern zugunsten der Staatskasse zu annullierenden Siedlungen statt, und polnische Behörden händigten anschließend den deutschen Kolonisten die Aufforderung aus, die beschlagnahmten Höfe zu verlassen.<sup>33</sup> Eine geringere Rolle spielte zu diesem Zeitpunkt das dem polnischen Staat zugebilligte Recht auf Liquidierung des Eigentums deutscher Staatsbürger gegen Entschädigungszahlung, da die polnischen Behörden beabsichtigten die gesetzlichen Bestimmungen vom 14. und 15. Juli 1920 schrittweise auszuführen. Die Problemkreise der „Annullierung“ und „Liquidie-

<sup>32</sup> Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 194 f., 293.

<sup>33</sup> Archiwum Akt Nowych, Ministerium Spraw Zagranicznych, Nr. 4894, S. 1 ff.; Wiktor Sukiennicki, *Sprawa sukcesji przez Polskę uprawnień rentowych państwa pruskiego, wynikłych z jego akcji kolonizacyjnej na wschodzie. Przyczynek do wykładni art. 256 Traktatu Wersalskiego* [Die Frage des Erbes der Rentenansprüche des preußischen Staates, die aus seiner Kolonisierungsaktion im Osten resultieren, durch Polen. Ein Beitrag zur Auslegung von Art. 256 des Versailler Vertrags]. Warszawa 1931, S. 100; Friedrich Heidelck, *Die deutschen Ansiedlungen in Westpreußen und Posen in den ersten zwölf Jahren der polnischen Herrschaft*. Breslau 1934, S. 9-13.

“ sowie die Zukunft der Domänenpächter betrafen verhältnismäßig kleine Bevölkerungsgruppen, überlagerten sich aber mit anderen, deutscherseits als gegen das Deutschtum im ehemaligen preußischen Teilgebiet wahrgenommenen Maßnahmen und einer gegenüber den Deutschen kritischen, mitunter auch feindseligen Haltung der polnischen Gesellschaft. Die antideutsche Stimmung unter der polnischen Bevölkerung Pommerellens nahm in den ersten Monaten des Jahres 1921 zu und verschärfte sich als Folge der wachsenden Spannungen um die geplante Volksabstimmung in Oberschlesien, aber auch unter dem Einfluss von Informationen über Ausschreitungen gegenüber der polnischen Bevölkerung in den Gebieten, in denen 1920 ein Plebiszit stattgefunden hatte.<sup>34</sup> Dies schuf eine Atmosphäre, die unter den Deutschen Tendenzen zur Abwanderung begünstigte.

### **Auswanderungen unter dem Zeichen der Option**

Eine der Rahmenbedingungen für das Phänomen der Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Pommerellen war das Optionsrecht für eine deutsche oder polnische Staatsbürgerschaft, das nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages der Bevölkerung der vom Deutschen Reich abgetrennten östlichen Provinzen zustand (Art. 91, Stichtag 1. Januar 1908 mit Blick auf die preußischen Enteignungsgesetze) und bilateral in deutsch-polnischen Verhandlungen bis zum 10. Januar 1922 geklärt werden sollte. Die ersten – sich in einem ungeklärten Rechtsraum bewegenden – Optionen zugunsten Deutschlands rührten im Sommer und Herbst 1920 überwiegend aus der Absicht her, eine Einberufung in die polnische Armee zu vermeiden, aber im Laufe des Jahres 1921 gewann das Problem wegen des wachsenden Zeitdrucks an Bedeutung.

Die Regierung der Weimarer Republik strebte seit Anfang 1920 danach, mit Polen ein Abkommen in der Frage der Option abzuschließen, dies sollte aber nach den von ihr eingenommenen Grundsätzen ein Vertrag sein, der teilweise die Bestimmungen des Versailler Vertrags auf eine für die deutsche Seite vorteilhafte Weise veränderte. Im Detail ging es darum, den polnischen Behörden die Zustimmung

---

<sup>34</sup> GStA PK Berlin, Rep. 203, Nr. 383 [o.S.] – Schreiben des Oberpräsidenten von Ostpreußen v. 20.7.1921; Wapiński, *Działalność* (wie Anm. 26), S. 62-68, 117 ff., 132-135; siehe auch Marian Mroczo, *Związek Obrony Kresów Zachodnich 1921-1934. Powstanie i działalność* [Der Bund zur Verteidigung der Westmarken. 1921-1934. Entstehung und Tätigkeit]. Gdańsk 1977, S. 17-25.

abzurufen, zur Gruppe der zur Option Berechtigten auch die Deutschen zu zählen, die laut Versailler Vertrag ausgeschlossen waren, nämlich diejenigen, die erst nach dem 1. Januar 1908 in die Territorien gekommen waren, die nun zum polnischen Staat gehörten. Dies sollte Teile der deutschen Bevölkerung vor der drohenden Liquidierung ihres Besitzes als Eigentum deutscher Staatsbürger schützen.<sup>35</sup> Das im Vertrag vorgesehene, den polnischen Behörden zustehende Liquidierungsrecht betraf Optanten, die im Moment der Übernahme Pommerns durch Polen automatisch die polnische Staatsbürgerschaft erhielten, ausdrücklich nicht. Die deutsche Regierung rechnete damit, dass die polnische Seite in dieser Frage wegen der Interessen der im Reich lebenden Polen, die beabsichtigten, zugunsten der polnischen Staatsbürgerschaft zu optieren, zu Zugeständnissen geneigt sei.<sup>36</sup> Die polnischen Behörden wollten jedoch nicht auf das Liquidationsrecht in einem so weiten Bereich verzichten. Es hätte ihnen die Möglichkeit entzogen, eine Politik in den ehemaligen preußischen Teilungsgebieten zu verwirklichen, die in der polnischen Behördendokumentation wiederholt als Politik der „Entdeutschung“ bezeichnet wurde.<sup>37</sup> In einer solchen Lage kam es nicht zum Abschluss eines Abkommens, und beide Seiten erließen zu unterschiedlichen Zeitpunkten separate Ausführungsvorschriften zur Option – die polnische Verordnung wurde bereits am 13. Juli 1920 erlassen, die deutschen Behörden gaben die analoge Verordnung erst am 3. Dezember 1921 heraus.<sup>38</sup>

Dabei erkannte die deutsche Regierung Optionen nicht an, die auf der Basis der einseitigen polnischen Regulierung getätigt worden waren, jedoch trafen Deutsche, die im Laufe der Jahre 1920 und 1921 aus Polen ausreisten, mitunter in den deutschen Vertretungen auf Auffassungen, die eine Zustimmung zur Einreise ins Reich vom Optantenstatus abhängig machten.<sup>39</sup> Hintergrund war das deutsche Ziel, die deutsche Bevölkerung in Polen zu belassen, was im Laufe des Jah-

---

<sup>35</sup> Ralph Schattkowsky, *Deutsch-polnischer Minderheitenstreit nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 48 (1999), Nr. 4, S. 524-554, hier S. 532 f.

<sup>36</sup> Detailliert zum Thema Option in Verbindung mit der Reemigration von Polen aus dem Reichsgebiet siehe Mirosław Piotrowski, *Reemigracja Polaków z Niemiec 1918-1939* [Die Reemigration von Polen aus Deutschland 1918-1939]. Lublin 2000.

<sup>37</sup> Archiwum Państwowe Poznań, MbDP, Nr. 686, S. 100 – Abschrift eines vertraulichen Schreibens des polnischen Außenministeriums an das Ministerium für das ehemalige preußische Teilungsgebiet v. 19.3.1921.

<sup>38</sup> *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej* (1920), Nr. 57, Pos. 358; *Reichsgesetzblatt* (1921), Nr. 112, S. 1491.

<sup>39</sup> Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 4, Nr. 5163 [o.S.] – Schreiben des Starosten des Kreises Soldau v. 11.5.1921; Rep. 20, Nr. 81 [o.S.] – Schreiben der Starostei des Kreises Zempelburg v. 5.4.1921.

res 1921 durch eine intensive Überzeugungskampagne von Seiten der deutschen Behörden, ihren Vertretungen in Polen und den Organisationen der deutschen Minderheit unterstützt wurde. Diese sollte die deutsche Bevölkerung davon abhalten, für Deutschland zu optieren, da hiermit in der Praxis früher oder später eine Auswanderung nach Deutschland verbunden war.<sup>40</sup> In den in der Zeitschrift „Deutsche Nachrichten“, dem offiziellen Organ des Deutschtumsbundes, der wichtigsten politischen Vertretung der deutschen Minderheit in Polen, publizierten Texten wurden diese Fragen nicht zufällig miteinander verbunden. Dies rührte aus der Überzeugung her, dass die Nutzung des Optionsrechtes dazu beitrug, dass die Auswanderungszahlen hoch blieben. Auch Beobachtungen und Beurteilungen auf polnischer Seite bestätigten diese Einschätzung.<sup>41</sup>

Im Dezember 1921 und Anfang Januar 1922, also in den letzten Wochen und Tagen vor dem Verstreichen der Frist bis zum 10. Januar 1922, in der man vom Recht auf Wahl der Staatsbürgerschaft Gebrauch machen konnte, kam es zu einer Optionswelle, die zeitgenössisch mit der Bezeichnung „Optionsfieber“ oder gar „Options-epidemie“ versehen wurde.<sup>42</sup> In der Wojewodschaft Pommerellen fielen auf diese kurze Periode ca. 30% aller vor den polnischen Behörden abgegebenen, über 53 000 Optionserklärungen.<sup>43</sup> Die bei dieser Gelegenheit von den polnischen Behörden gesammelten Informationen über die Optionsgründe belegen, dass sich mehrheitlich diejenigen Deutschen für eine Option entschieden, die beabsichtigten, innerhalb eines Jahres nach Deutschland auszureisen, bzw. solche, die sich angesichts des Fristablaufs die Möglichkeit einer Auswanderung sichern wollten. Der Wille zur Ausreise war motiviert durch Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Reich, die Verbindung mit der in Deutschland lebenden Familie, aber auch mit der Absicht, dem polnischen Militärdienst und polnischen finanziellen Belastungen zu entgehen und die Zoll- und Transportbefreiungen zu nutzen,

---

<sup>40</sup> Schattkowsky, Deutsch-polnischer Minderheitenstreit (wie Anm. 35), S. 539 f.

<sup>41</sup> Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 4, Nr. 1544, S. 145-149, 193-227.

<sup>42</sup> Deutsche Nachrichten Nr. 72 vom 17. Dezember 1921.

<sup>43</sup> Berechnung vorgenommen auf der Basis der Optantenregister aus elf von 20 Kreisen – Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 4, Nr. 5222, 5223, 5226; Rep. 20, Nr. 69, 70; APG, sygn. I/1632, Nr. 18; sygn. I/1939, Nr. 24; Archiwum Państwowe w Toruniu, Akta m. Torunia, Nr. 561. Siehe auch Marek Stażewski, Opcja ludności niemieckiej w Wielkopolsce i na Pomorzu w latach dwudziestych [Die Option der deutschen Bevölkerung in Großpolen und Pommerellen in den 1920er Jahren], in: Przegląd Zachodni (1994), Nr. 1, S. 51.

die den Optanten zustanden, sowie die Hilfen des deutschen Staates in Anspruch zu nehmen.<sup>44</sup>

Wir verfügen nicht über ausreichendes Wissen, um festzustellen, welche Vorstellungen in der deutschen Bevölkerung über die Konsequenzen der Option existierten, besonders darüber, ob für die Betroffenen absehbar war, dass sie eine Ausreisepflicht bedeutete. Einerseits informierte man nämlich in der deutschen Antioptionspropaganda, dass die Optanten im Einklang mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags das Recht hätten, vor Ort zu bleiben, zugleich warnte man aber ausdrücklich, dass die Option den Verlust der polnischen Staatsbürgern zustehenden Rechte bedeute und der Ausländer jederzeit von den polnischen Behörden für „lästig“ erklärt und ohne Widerspruchsmöglichkeit aus Polen verwiesen werden könne.<sup>45</sup> Die Erfahrungen aus den Jahren 1920/21 hatten den Deutschen Pommerellens gezeigt, dass in der polnischen Gesellschaft vorhandene anti-deutsche Ressentiments sich vor allem gegen die Optanten richteten und sich oft in Forderungen ausdrückten, diese zu entlassen und sogar aus Polen auszuweisen. Ebenso ließ es die von den polnischen Behörden betriebene Politik einer Schwächung des Deutschtums geraten sein, diese Warnung ernst zu nehmen. Die massenhaften Optionen vor dem 10. Januar 1922 belegen, dass die deutsche Antioptionskampagne wirkungslos blieb, und zeigen, dass die Option häufig als Vorbereitung für eine Emigration behandelt wurde bzw. bessere Bedingungen für den Fall sichern sollte, dass eine Ausreise in der Zukunft unvermeidlich werden würde.

In der Geschichte der deutschen Migration aus Pommerellen bedeutet der 10. Januar 1922 wegen der Verbindung zwischen Option und Emigration eine Zäsur. Bis dahin wurde der Gesamtumfang der Auswanderung aus der Wojewodschaft Pommerellen festgestellt. Offen blieb, inwieweit dieses Optionsrecht zugunsten Deutschlands auch genutzt werden würde. Nach dem 10. Januar 1922 reiste ein bedeutender Teil der Optanten aus. Die Phase zwischen Januar 1922 und November 1925 ist auch die Zeit des deutsch-polnischen Streits über ein Verbleiben deutscher Optanten auf dem Gebiet des polnischen Staates, womit auch das Bleiberecht polnischer Optanten in Deutschland gekoppelt wurde: Das Problem entstand infolge unterschiedlicher Bestimmungen in dieser Frage im Versailler Vertrag sowie im so genannten „Minderheitenschutzvertrag“ für Polen. In Art. 91

---

<sup>44</sup> Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 4, Nr. 1544, S. 145-149, 193-227.

<sup>45</sup> Deutsche Nachrichten Nr. 64 vom 19. Dezember 1921.



des Friedensvertrags mit Deutschland hieß es, dass „es allen Personen, die von dem oben vorgesehenen Optionsrecht Gebrauch machen, frei steht, in den nächsten zwölf Monaten ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert haben“, dagegen befand sich in Art. 3 des von den Alliierten mit Polen geschlossenen Vertrages (dem „Minderheitenschutzvertrag“) in den analogen Beschlüssen zur Option ein Passus, der besagte, dass „Personen, die von dem oben vorgesehenen Optionsrecht Gebrauch machen, in den nächsten zwölf Monaten ihren Wohnsitz in den Staat verlegen müssen, für den sie optiert haben, sofern der Friedensvertrag mit Deutschland keine dem entgegenstehenden Entscheidungen enthält“.<sup>46</sup> Die polnische Regierung, die in dieser Frage die eindeutige Unterstützung der öffentlichen Meinung besaß, berief sich auf den Inhalt des Minderheitenschutzvertrages und beabsichtigte, die Frage gemäß den Grundlagen der Politik der „Entdeutschung“ zu lösen, also indem man die Ausreise der Optanten bewirkte. Sie stieß dabei auf den entschiedenen Widerstand der deutschen Seite, die sich nicht zu Unrecht auf die Höherrangigkeit der Bestimmungen des Versailler Vertrags berief.

Die polnischen Behörden unternahmen jedoch zunächst keine Schritte, um die Optanten zur Emigration zu zwingen. Im Jahre 1922 gab es hierfür auch keine rechtlichen Grundlagen. Bis zum 10. Januar 1923 besaßen die Optanten das durch die Vertragsvorschriften garantierte Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes, was von polnischer Seite nicht in Frage gestellt wurde. Im Zusammenhang mit den seit September 1922 in Dresden stattfindenden polnisch-deutschen Verhandlungen erklärte die polnische Regierung überdies ihre Bereitschaft, die Vollstreckung der Ausreisepflicht der Optanten vorübergehend auszusetzen, behielt sich aber das Recht vor, einzelne Personen auszuweisen, die als „lästige Ausländer“ angesehen wurden. Das Moratorium kollektiver Ausweisungen wurde in den Jahren 1923 und 1924 aufrecht erhalten.<sup>47</sup> Allerdings wurden polnischerseits Mittel eines indirekten Drucks eingesetzt: Eine Konsequenz des Verlustes der polnischen Staatsbürgerschaft infolge der Option war die Pflicht, die polnischen Ausweise umzutauschen, sowie die Notwendigkeit, sich unter bedeutenden Kosten und in einem mühsamen

---

<sup>46</sup> Zitiert nach: Powstanie II Rzeczypospolitej. Wybór dokumentów 1866–1925 [Die Entstehung der Zweiten Republik. Dokumentenauswahl 1866–1925], Red. v. Halina Janowska u. Tadeusz Jedruszczak. Warszawa 1981, Dok. Nr. 260, S. 507 f.; Dok. Nr. 259, S. 495 f.

<sup>47</sup> Archiwum Akt Nowych, Ambasada RP w Berlinie, Nr. 1108, S. 11, 52; Jerzy Krasuski, Stosunki polsko-niemieckie 1919–1932 [Die polnisch-deutschen Beziehungen 1919–1932]. Poznań 1975, S. 117–120.

Verfahren Aufenthaltsvisa zu besorgen. Die rigorose Vollstreckung der bürokratischen Vorschriften in Bezug auf die Ausstattung mit den erforderlichen Dokumenten, die Vergabe von lediglich kurzfristigen Visa sowie die Einführung eines speziellen Optantenregisters wurden nicht zu Unrecht von der deutschen Seite als Maßnahmen polnischer Stellen verstanden, die die Optanten von einem längeren Verbleiben in Polen abhalten sollten.<sup>48</sup> Die Maßnahmen trugen dazu bei, dass die Auswanderung der Optanten in den Jahren 1923 und 1924 andauerte.

Das Problem des Aufenthaltsrechtes der deutschen Optanten war ein Gegenstand der polnisch-deutschen Verhandlungen, die mit Unterbrechungen 1921–1924 stattfanden und zusammen mit anderen Fragen, die die Staatsbürgerschaft und die Option betrafen, erst dank des Urteils eines neutralen Schiedsrichters, des Vorsitzenden des Oberschlesischen Schiedsgerichtshofes Prof. Georges Kaeckenbeeck, in der am 30. August 1924 in Wien unterzeichneten „Konvention zwischen Polen und Deutschland über die Staatsbürgerschaft ehemaliger deutscher Staatsbürger“ entschieden wurde. Sie legte eine Ausreisepflicht der deutschen Optanten aus Polen, aber auch der polnischen aus Deutschland mit drei Fristen fest: die erste Gruppe (Optanten ohne Immobilienbesitz) bis zum 1. August 1925, die zweite Gruppe (Eigentümer von Immobilien im Grenzgebiet und in Festungsraysons) bis zum 1. November 1925 sowie eine Ausreise der verbliebenen Optanten bis zum 1. Juli 1926.<sup>49</sup> Nach den Daten der polnischen Behörden aus dem Jahre 1925 zählte die Gruppe der deutschen Optanten, die bis zu dieser Zeit noch auf dem Gebiet Polens geblieben war, insgesamt etwa 30 600 Personen, von denen 18 377 in Pommerellen lebten.<sup>50</sup> Die übrigen Deutschen, die zur Gruppe der Optanten gehörten und in der Wojewodschaft Pommerellen insgesamt etwa 110 000 Personen umfasst hatten, waren seit 1920 ausgewandert. Im Falle dieser Optanten entschied die Konvention rechtlich über die Endgültigkeit ihrer Emigration. Die Wiener Konvention schuf zwar auch die Möglichkeit, die Gültigkeit einzelner Optionsfälle zu überprüfen, aber die zuständigen deutschen Organe waren sich darüber im Klaren, dass es nicht möglich sein würde, in einer größeren Zahl von Fällen eine Annullierung der Option

---

<sup>48</sup> GStA PK Berlin, Rep. 77, Tit. 856, Nr. 596, S. 400.

<sup>49</sup> Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej (1925), Nr. 21, Pos. 148.

<sup>50</sup> Krasuski, Stosunki (wie Anm. 47), S. 130.

zu erreichen.<sup>51</sup> Die Realität bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung.

Die Wiener Konvention enthielt auch eine Vereinbarung zur Anerkennung von Fällen der so genannten „stillschweigenden Option“, bei der zur Option berechtigte Personen Polen mit der Absicht zu emigrieren verlassen hatten, ohne eine formale Erklärung über die Option abzugeben und bis zum Datum des Schlichterspruches am 10. Juli 1924 nicht zurückgekehrt waren. Auch in diesem Falle war davon eine erhebliche Anzahl von Deutschen betroffen, weshalb Vertreter der polnischen Regierung eine Anerkennung solcher „stillschweigenden Optionen“ schon in den früheren Verhandlungen zu erreichen gesucht hatten. In der Mehrzahl der Fälle bedeutete dies eine Besiegelung der Unumkehrbarkeit der zwischen dem 10. Januar 1920 und dem 10. Juli 1924 schon vollzogenen Auswanderung. Betroffene Personen konnten sich bis zum 28. Februar 1925 um die polnische Staatsbürgerschaft bemühen, so sie denn beweisen konnten, dass sie erstens vor dem 10. Juli 1924 bei den zuständigen polnischen Behörden Bemühungen unternommen hatten, um die Staatsbürgerschaft anerkennen zu lassen, sowie zweitens in der Zeit, in der sie die Staatsbürgerschaft zurückgefordert hatten, ein Elternteil seinen ständigen Wohnsitz in Polens hatte, oder drittens sie in dieser Zeit eine von ihnen oder ihren Eltern seit mindestens zehn Jahren bewohnte Immobilie besessen hatten.<sup>52</sup>

Die Daten, über die wir verfügen, zeigen, dass 1922 im Vergleich zum Vorjahr ein erheblicher Anstieg der Migration stattfand. Der Umfang der deutschen Emigration aus Pommerellen im gesamten Jahr 1922 kann nur näherungsweise mit 32 500 bis 46 300 Personen angegeben werden.<sup>53</sup> Diese Ausreisewelle beruhte in erster Linie auf den ablaufenden Fristen für die Optanten, die im Versailler Vertrag festgelegt worden waren (10. Januar 1923). Bis zum Fristende besaßen die Optanten Umsiedlungserleichterungen und zogen es vor, die Befreiungen von Zollgebühren und anderen Zahlungen zu nutzen. Dieses Motiv beschleunigte die Ausreise, der jedoch vielschichtige Ursachen zugrundelagen. Bei vielen Optanten besaß die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sie sich mit ihren Familien befanden, entscheidende Bedeutung. Dazu trugen sowohl die Verschlechterung

---

<sup>51</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Geheimakten Polen, R. 3073, S. K027542-K027543, K027547-K027550.

<sup>52</sup> *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej* (1925), Nr. 21, Pos. 148.

<sup>53</sup> Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 252 ff., 293.

der Wirtschaftslage – Inflation, Anstieg der Preise und der Lebenshaltungskosten<sup>54</sup> – als auch Phänomene bei, die vor allem die Deutschen betrafen: manchmal Entlassungen, die direkt oder indirekt mit der Umsetzung der „Entdeutschungspolitik“ verbunden waren, das Fehlen einer neuen Beschäftigungsperspektive, im Falle der deutschen Kaufleute und Handwerker in der Regel die Abnahme der für diese wichtigen deutschen Kundschaft bei einer Zunahme polnischer und jüdischer Konkurrenz. Überlagert wurden diese Faktoren von der Unsicherheit der Situation, der psychologisch weiterhin schwer zu akzeptierenden Änderung der eigenen Lage, die sie von privilegierten Vertretern eines herrschenden Volkes zu Angehörigen einer Minderheitengruppe machte.

Bedeutung besaß auch die Tatsache, dass seit dem Frühjahr 1922 Zwangsräumungen von Kolonisten aus Siedlungen, die aufgelöst werden sollten, von den polnischen Behörden durchgeführt wurden. Diese Vorgänge hielten mit Beschränkungen und Pausen bis zum September 1923 an, als dazu ein für Polen nachteiliges Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Den Haag fiel. Die Zwangsräumungen hatten keine Pflicht zur Auswanderung zur Folge, aber die von ihnen betroffenen Siedler standen infolge des Verlustes ihres bisherigen Lebensunterhalts und zumeist fehlender Mittel und Perspektiven, vor Ort neue Beschäftigung zu finden, vor einer Situation, in der die Emigration ein Ausweg sein konnte. Diese Gruppe konnte im Deutschen Reich mit Entschädigungen rechnen, erfüllte sie doch die Anforderungen, die aus der Anwendung des Kriteriums „Verdrängung“ herrührten. Die eindeutige Mehrheit der in Pommerellen „verdrängten“ ca. 1 100 Kolonisten emigrierte bis Mitte 1925 nach Deutschland, hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte 1922 und 1923. Im Falle der Kolonisten aus den Annullierungssiedlungen – insgesamt zusammen mit den Familien ca. 5.500 Personen<sup>55</sup> – kann man zweifellos von einem starken situativen Zwang sprechen, der durch die Maßnahmen der polnischen Behörden geschaffen wurde und die Entscheidung für eine Abwanderung auslöste. Im Hintergrund standen politisch-juristische Aspekte, dagegen verstärkten die ökonomischen Rahmenbedingungen die Konsequenzen.

---

<sup>54</sup> Wapiński, *Działalność* (wie Anm. 26), S. 62-68, 139 f.

<sup>55</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Deutsches Generalkonsulat Danzig, Nr. 123/4 [o.S.] – Schreiben des deutschen Konsulats in Thorn v. 15.5.1925; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Generalkonsulat Thorn, Nr. 133/1 [o.S.] – Geheimbericht v. 29.8.1925; Heidelck, *Die deutschen Ansiedlungen* (wie Anm. 33), S. 58; Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 206-209.

Seit Anfang 1923 ging die Migration von Deutschen aus Pommerellen ins Reich entschieden zurück, nur von kleineren Pendelausläufen unterbrochen. In der zweiten Jahreshälfte 1923 emigrierten nurmehr einige hundert Personen monatlich, wo noch während des Winters einige tausend ausgereist waren. Im Laufe des Jahres reisten zwischen 8 000 und 11 900 Personen aus.<sup>56</sup> Die Ursachen für diesen Rückgang waren vielschichtig. Die aus dem Reich für die in Pommerellen verbliebenen Deutschen gelieferte materielle Hilfe nahm zu, gleichzeitig waren deutsche Maßnahmen, die Hindernisse vor den potenziellen Abwanderern aufbauten, immer erfolgreicher. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage im Reich, Inflation und Arbeitslosigkeit sowie die angespannte politische Lage in Verbindung mit der Ruhrgebietsbesetzung und ihren wirtschaftlichen Folgen verstärkten die Befürchtungen, ob eine Auswanderung nicht eine Verschlechterung der eigenen Lage bedeutete. Die polnischen Behörden unternahmen angesichts der sich anbahnenden Verhandlungen in Sachen Staatsbürgerschaft und Option keine Schritte, die auf eine Abschiebung der noch verbliebenen Optanten abzielten. Sie beschränkten sich auf verhältnismäßig wenige Ausweisungen, die entweder in Vergeltung für Ausweisungen von Polen aus dem Reich (Anfang März 1924 eingestellt) angewandt wurden oder mit der individuellen „Lästigkeit“ eines Optanten als Ausländer begründet wurden. Im Jahre 1923 umfassten diese Ausweisungen in der Wojewodschaft Pommerellen insgesamt 238 Personen, 1924 204 Personen.<sup>57</sup>

1924 und in den ersten Monaten 1925 verharrte die Emigration auf vergleichsweise niedrigem Niveau, das einige hundert Personen monatlich nicht überstieg. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Reich begünstigte das Anhalten der Auswanderung 1924, weil die Ausführung einer früher wegen der Krise verschobenen Ausreise nun Sinn machte. Ähnliche Bedeutung kann man den in der Wiener Konvention enthaltenen Entscheidungen über die Optantenschicksale aus dem Herbst 1924 zuschreiben. Die deutsche Auswanderung war zum Teil auch die Folge der fortgesetzten Liquidierungen deutschen Eigentums, die 1924 eine größere Anzahl an Objekten umfasste als zuvor. Aus Pommerellen emigrierten deswegen wahrscheinlich

---

<sup>56</sup> Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 255 f., 289.

<sup>57</sup> Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 11 [Starostwo Powiatowe w Chojnicach (Kreisstarostei Konitz)], Nr. 167, S. 15; Nr. 278 Rundschreiben Nr. 10 des Wojewoden von Pommerellen v. 3.4.1924; Nr. 2941, S. 1-125; Nr. 2942, S. 205; Lutman, *Emigracja* (wie Anm. 15), S. 181.

einige hundert Deutsche.<sup>58</sup> Angesichts der Migration in den Jahren zuvor war das nicht viel, aber insgesamt auch nicht wenig, wenn man berücksichtigt, dass im ganzen Jahr 1924 zwischen 4 600 und 5 000 Personen ausreisten.<sup>59</sup>

Im Sommer 1925 stiegen die Migrantenzahlen erheblich an, als im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Wiener Konvention die Ausreise eines Großteils der noch in Pommerellen verbliebenen deutschen Optanten erfolgte. Die deutschen Behörden rechneten damit, dass es gelingen würde, eine Aussetzung der Realisierung dieser Beschlüsse zu bewirken, trugen bei unverändert harter polnischer Position aber dazu bei, dass die Ausreisen von Optanten aus Polen Ende Juli und Anfang August 1925 kumulierten. Die Ausreise dieser Optantengruppe hatte Zwangscharakter. In einigen Fällen wandten die polnischen Behörden gegenüber Optanten, die nicht innerhalb der gültigen Frist bis zum 1. August 1925 ausgereist waren, das Mittel der Ausweisung an. Auf diese Weise lieferte man aber lediglich 32 Personen an der Grenze ab. Zur Ausreise der Optanten, die an den nächsten Terminen (1. November 1925 und 1. Juli 1926) anstanden, kam es nicht mehr, weil die polnische Regierung sich in der die Konferenz von Locarno begleitenden Atmosphäre von außenpolitischen Rücksichten leiten ließ und die Entscheidung traf, die Ausführung der Ausreisepflicht der Optanten auszusetzen. Die Auswanderung 1925 betrug etwa 11 500 Personen<sup>60</sup> und beendete die Phase der Massenmigration von Deutschen aus Pommerellen.

In den nächsten Jahren erfolgten noch Ausreisen, aber ihre Zahl war deutlich geringer und ging weiter zurück. 1926 migrierten etwa 2 000 Personen, 1927 1 150, 1928 630, 1929 490 und 1931 270

---

<sup>58</sup> Die Angaben zur Liquidierung des deutschen Eigentums hauptsächlich auf der Basis von: Roman Dąbrowski, *Położenie ekonomiczne mniejszości niemieckiej w Polsce w okresie międzywojennego dwudziestolecia (1918–1939)* [Die wirtschaftliche Lage der deutschen Minderheit in Polen in der Zwischenkriegszeit (1918–1939)]. Szczecin 1977, S. 33 ff.; Wiktor Schramm, *Targ ziemią w województwach Poznańskim i Pomorskim w latach 1920–1925* [Der Handel mit Land in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen in den Jahren 1920–1925]. Toruń 1927, S. 246 f.; Heidelck, *Die deutschen Ansiedlungen (wie Anm. 33)*, S. 58; Franciszek Żmizdiński, *Realizacja reformy rolnej na Pomorzu 1920–1938* [Die Umsetzung der Bodenreform in Pommerellen 1920–1938]. Warszawa 1978, S. 66 f.

<sup>59</sup> Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 256 ff.

<sup>60</sup> Archiwum Państwowe Bydgoszcz, Rep. 4, Nr. 5377 [o.S.] – Listen der ausgewiesenen Personen; bis Oktober 1925 registrierten die polnischen Behörden die Ausreise von 11 350 Optanten; Przemysław Hauser, *Mniejszość niemiecka w województwie pomorskim w latach 1920–1939* [Die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Pommerellen 1920–1939]. Wrocław 1981, S. 23.

Personen.<sup>61</sup> In Bezug auf die Emigration des Jahres 1926 kann man von einem Übergangscharakter sprechen. Teilweise handelte es sich um eine „aufgeschobene“ Auswanderung von Optanten, die 1925 aus familiären oder wirtschaftlichen Gründen einen Aufschub der Ausreisepflicht erhalten hatten, unter den Migranten waren auch deutsche Staatsbürger, die von den Maßnahmen der polnischen Behörden zur Liquidierung deutschen Eigentums betroffen waren. Hiermit fand auch die Liquidierungsaktion ein Ende, denn die Pläne für 1926 wurden mehrheitlich nicht realisiert, 1927 setzte man die Liquidierung aus, um sie nach Abschluss des polnisch-deutschen Liquidationsabkommens vom 31. Oktober 1929 zu beenden.<sup>62</sup> Ab 1926 folgte die Emigration der deutschen Bevölkerung der Entwicklung der aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage sowie aus individuellen familiären Entscheidungen, während Ursachen, die in dem Übergang Pommerellen an Polen zu suchen sind, zurücktraten.

### **Dimensionen und Folgen der Migration**

Wesentliche Bedeutung für die Einschätzung der Migration hat die Frage nach ihren Dimensionen und ihrer Dynamik. Um den Umfang der Migration zu bestimmen, wurden Daten aus drei Quellengruppen analysiert: 1) die auf die fortlaufende Registrierung der Auswandernden gestützten deutschen Statistiken, 2) ähnliche polnische Materialien und die Bevölkerungsstatistiken, die hauptsächlich als Ergebnis der preußischen (1910) und polnischen Volkszählungen (1921, 1931) entstanden, sowie 3) die Zählung der deutschen Bevölkerung, die 1926 in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen von der Deutschen Vereinigung durchgeführt wurde.<sup>63</sup> Die aus diesen Materialien stammenden Daten wurden zusammengestellt und miteinander abgeglichen, während in der bisherigen Literatur einzelnen Quellen Vorrang gegeben wurde.

Die so auf indirektem Wege gewonnenen Werte können nur Näherungscharakter haben. Das bezieht sich vor allem auf die Migration im Zeitabschnitt 1919/20. Die Tatsache, dass die Migrationsstatistik ernsthafte Lücken enthält, verleiht den Daten aus den Volks-

---

<sup>61</sup> Lutman, *Emigracja* (wie Anm. 15), S. 175.

<sup>62</sup> Krasuski, *Stosunki* (wie Anm. 47), S. 314-343; Hauser, *Mniejszość niemiecka* (wie Anm. 60), S. 100.

<sup>63</sup> Eine detaillierte Behandlung und Analyse dieser Materialien bei Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 256 ff.

zählungen ihre Bedeutung, da sie es für bestimmte Zeitabschnitte erlauben, den Bevölkerungsverlust zu berechnen. Jedoch wurden alle Zählungen auf unterschiedliche Weise durchgeführt, waren von unterschiedlichen Prämissen gestützt und erbrachten verschiedene Daten, die nur begrenzt vergleichbar sind. Das betrifft vor allem die preußische Volkszählung von 1910, denn allein auf deren Grundlage kann der deutsche Bevölkerungsstand auf dem Gebiet Pommerellens Anfang 1919 bestimmt werden, bevor die Region im Januar 1920 Polen eingliedert wurde.

Darauf aufbauend wurden die mehr oder weniger genauen Angaben über die Dimensionen der Migration analysiert, die in den Zählungen ermittelte Zahl der Deutschen in der Wojewodschaft Pommerellen – unter Berücksichtigung von deren Spezifika und Fehlerquellen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung – berücksichtigt und dann diese Informationen der Ausgangssituation gegenübergestellt, um die Größe der deutschen Abwanderung 1919–1925 aus Pommerellen zu bestimmen.

Diese Berechnungsmethode ergab Zahlen in der Größe von 268 000–288 000 Migranten. Dieses Ergebnis weicht teilweise von den bisher in den polnischen Arbeiten wiedergegebenen Festlegungen Roman Lutmans ab, der von ca. 301 000 Personen ausging.<sup>64</sup> Man muss unterstreichen, dass es bei der vorhandenen Quellenbasis unmöglich ist, diese Größe genauer zu bestimmen. Die Tatsache, dass man sich Schätz- und Behelfsdaten unterschiedlichen Wertes und verschiedener Genauigkeit bedienen muss, führt dazu, dass die Fehlermargen wachsen.

Aus der erneuten Analyse geht auch eine andere Verteilung der zeitlichen Migrationsströme hervor, als dies die bisherige polnische Forschung annahm. Bis zum Moment der Übernahme Pommerellens durch die polnischen Behörden, d.h. bis zum Januar 1920, hatten ca. 44–47% derjenigen Deutschen dieses Gebiet verlassen, die in den Jahren 1919–1925 ausreisten, wohingegen Lutman diese Größe auf ungefähr 66% festlegte. Das rührte aus der Tatsache her, dass die von ihm angenommene Größe der deutschen Auswanderung in den Jahren 1920–1925 (etwa 111 000) zu niedrig war (um etwa 30 000). Schließlich emigrierten in den Jahren 1926–1931 aus Pommerellen nur noch etwa 5 000 Deutsche.

Die massenhafte Migration der deutschen Bevölkerung verursachte schnelle Veränderungen in der Nationalitätenstruktur Pommerellens,

---

<sup>64</sup> Lutman, *Emigracja* (wie Anm. 15), S. 175.



deren Bedeutung um so größer war, als besonders seit Januar 1920 parallel zur Auswanderung der deutschen Bevölkerung der Zustrom von Polen aus anderen Gebieten des polnischen Staates sowie aus dem Ausland (darunter aus dem Deutschen Reich) andauerte. Die Zahl der Deutschen verringerte sich bis zum Jahre 1926 in allen Kreisen der Wojewodschaft Pommerellen, obwohl der Umfang dieses Rückgangs verschieden war – am größten war er im Stadtkreis Thorn (92,6%), am geringsten im Kreis Soldau (20,6%), wobei aber in 16 von 20 Kreisen der Rückgang größer als 60% war (von 60,9% bis 83,1%).<sup>65</sup> Der Anteil der deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung verringerte sich in der Wojewodschaft Pommerellen von ca. 42,7% Anfang 1919 (auf der Basis von Berechnungen, die die Ergebnisse der Zählung von 1910 an die Nach-Versailles-Grenzen anpassen)<sup>66</sup> auf ca. 20,2% im Jahre 1921,<sup>67</sup> 12,8% Ende 1925<sup>68</sup> und 9,7% 1931.<sup>69</sup>

Unter den Regionen, in denen prozentual der größte deutsche Bevölkerungsrückgang erfolgte, waren sowohl solche, die vor dem Beginn der Migration ein deutliches Übergewicht an deutscher Bevölkerung besessen hatten, als auch Kreise mit deutlicher polnischer Mehrheit. Der Druck einer deutlichen und aktiven polnischen Mehrheit war zweifellos einer der Hauptfaktoren, der die deutsche Auswanderung stimulierte, aber wie aus den obigen Festlegungen hervorgeht, war er nicht überall entscheidend. Im Falle der Kreise mit deutscher Mehrheit, in denen der Rückgang am größten war, war entscheidend, dass die deutsche Bevölkerung komplett (in den Stadtkreisen) oder in einer bedeutenden Mehrheit eine städtische war. Die städtische Bevölkerung als ganze nahm die Folgen der ökonomischen Nachkriegsschwierigkeiten bedeutend schärfer wahr als die Landbevölkerung; darüber hinaus stützte sich ein bedeutender Teil der deutschen Städter (in geringerer Zahl auf dem Land) ökonomisch direkt oder indirekt auf die Tätigkeit verschiedener Behörden und staatlicher Institutionen. Im Moment der Übernahme Pommerellens durch Polen erfolgte der Verlust dieser Existenzgrundlage oder ihre ernstliche Gefährdung. Die Schwierigkeiten berührten auch die

---

<sup>65</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Geheimakten Polen, R 31012 Abhandlung: Das Deutschtum in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen, Tab. 1a.

<sup>66</sup> Archiwum Państwowe Poznań, MbDP, Nr. 223, S. 84; Paul Fischer, Das Deutschtum in den abgetretenen Gebieten von Posen und Westpreußen, in: Zeitschrift der Preußischen Statistischen Landesamtes 64 (1924), S. 139-148.

<sup>67</sup> Statystyka Polski [Statistik Polens]. Bd. 25, Warszawa 1927, S. 3, 87.

<sup>68</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Geheimakten Polen, R 31012, S. 4.

<sup>69</sup> Statystyka Polski. Seria C, H. 75, Warszawa 1938, S. 26.

deutsche Industrie, den Handel und das Handwerk. Schrumpfende Beschäftigungsmöglichkeiten und wachsende polnische Konkurrenz stellten wesentliche Gründe für die besonders große Emigration von deutschen Städtern ins Reich dar.

Die deutsche städtische Bevölkerung Pommerellens verringerte sich von 1910 bis 1926 um etwa 85%, wobei bereits bis 1921 dieser Rückgang über 76% betrug. Die Zahl der auf dem Lande lebenden Deutschen verringerte sich dagegen bis 1921 um etwa 47% und bis 1926 um etwa 64%. Ergebnis dieser ungleichgewichtigen Verringerung beider Gruppen war eine wesentliche Strukturveränderung der deutschen Bevölkerung Pommerellens. Während im Jahre 1910 von den Deutschen, die auf dem Gebiet der künftigen Woiwodschaft Pommerellen wohnten, etwa 38% zur Stadtbevölkerung zählten, waren dies 1921 nicht einmal mehr 22% und 1926 etwa 20%. Bis September 1921 migrierte annähernd die gleiche Zahl an Deutschen (bis zu etwa 123 000 Personen) aus den Städten und den Dörfern, aber zwischen September 1921 und 1926 gab es unter den deutschen Emigranten nur noch etwa 25% Stadtbewohner.<sup>70</sup>

Die Dimensionen der Migration der deutschen Bevölkerung hatten grundlegende Bedeutung für die Position der Deutschen als gesellschaftliche Gruppe im polnischen Pommerellen. Die tiefgreifenden Veränderungen in der sozialen und beruflichen, der demografischen und der Eigentumsstruktur der deutschen Bevölkerung, deren grundlegende Ursache auch in der Migration lag, beeinflussten die Struktur der deutschen Bevölkerung. Infolgedessen wies die deutsche Gesellschaft in Pommerellen (aber auch in den übrigen Teilen des ehemaligen preußischen Teilungsgebiets) spezifische Merkmale auf. Eines davon war der außergewöhnlich große Anteil von Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt aus Arbeit in Land- und Forstwirtschaft bestritt und der 1926 etwa 70,9% betrug.<sup>71</sup> Dies war nicht nur im Vergleich mit dem analogen Wert in Preußen viel (22,2%), sondern auch verglichen mit der Kennziffer in Bezug auf die Gesamtbevölkerung in den Woiwodschaften Pommerellen und Posen (57,7%). Gleichzeitig war unter den Deutschen der Anteil anderer sozialer und beruflicher Kategorien deutlich geringer. Besonders große Bedeutung hatte die Abwanderung der Gruppen, die bis dahin die organisatorischen

---

<sup>70</sup> Fischer, *Deutschtum* (wie Anm. 66), S. 142; *Statystyka Polski* (wie Anm. 67), S. 88 f.; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Geheimakten Polen, R 31012, S. 13.

<sup>71</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Geheimakten Polen, R 31012, S. 3.

Hauptrollen im Leben der deutschen Gesellschaft gespielt hatten: der Beamten, Lehrer, Geistlichen und der Vertreter freier Berufe.

Veränderungen unterlag auch die demografische Struktur der deutschen Bevölkerung. Einfluss hierauf hatten die mit dem Ersten Weltkrieg verbundenen Phänomene (Verluste an der Front, Rückgang der Geburtenrate, erhöhte Sterblichkeit infolge von Mangelernährung und Krankheiten), aber in hohem Maße war sie das Ergebnis der massenhaften Migration. Hieraus resultierte ein außergewöhnlich großes zahlenmäßiges Übergewicht der Frauen gegenüber den Männern, besonders deutlich unter der Stadtbevölkerung und in den Altersgruppen zwischen 21 und 50 Jahren, der ebenfalls von der Norm abweichende höhere Anteil von Personen in freien Berufen und von Verwitweten, der geringere Anteil von verheirateten Frauen und Männern, was auch Konsequenzen für den natürlichen Zuwachs der deutschen Bevölkerung besaß.<sup>72</sup> Sowohl die Überrepräsentanz von „Selbstständigen“ als auch gleichzeitig – übrigens in bedeutend höherem Maße – von arbeitenden Familienmitgliedern, die durchweg mit der Landwirtschaft und dem Dorf verbunden waren – sie arbeiteten bei „selbstständigen“ Verwandten –, ermöglichen die Feststellung, dass die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Mitglieder dieser Gesellschaft von fremden, vor allem polnischen, Arbeitgebern groß war – sie betraf 70% der insgesamt beschäftigten Deutschen.<sup>73</sup>

Die Migration von Deutschen ins Reich nach dem Ersten Weltkrieg verursachte große Veränderungen in Pommerellen. Ihre Ausmaße trugen dazu bei, dass dieses Gebiet im Polen der Zwischenkriegszeit hinsichtlich der Nationalitätenstruktur polnischer als viele andere Grenzregionen des polnischen Staates wurde. Die in diesem Gebiet nach 1925 verbliebenen Deutschen stellten aber eine gut organisierte Minderheitengruppe dar, die, u.a. dank der steigenden Hilfe aus dem Deutschen Reich, über ein bedeutendes ökonomisches Potenzial verfügte, was zum Teil die aus der Emigration herrührenden Verluste des deutschen Besitzstands milderte.

Die Analyse des Verlaufs und der Ursachen der Auswanderung der deutschen Bevölkerung aus den nach dem Ersten Weltkrieg vom Reich abgetrennten Territorien Westpreußens führt zu der Schlussfolgerung, dass man in Bezug auf dieses Phänomen keine eindeutige Bezeichnung verwenden kann, die ihm einen Zwangs- oder einen freiwilligen Charakter zuschreibt. Man sollte vor allem anerkennen, dass

---

<sup>72</sup> Stażewski, *Exodus* (wie Anm. 1), S. 301 ff.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 300 f.

die gesamte Migration sich aus einer Reihen von Phasen zusammensetzte, die differenziert charakterisiert werden müssen. In der ersten Phase bis zum Januar 1920, in der die Auswanderung, was die Gesamtzahl angeht, am größten war, gab es praktisch keinen Zwang im Sinne von Maßnahmen, die eine Migration wider den eigenen Willen verursacht hätten.

In den nächsten Phasen bis zum Jahre 1925 traten Elemente von Freiwilligkeit und Zwang sehr oft nebeneinander in unterschiedlicher Stärke auf, häufig auf eine sich überlagernde Art und Weise, die es schwer oder gar unmöglich macht, einen dominierenden Faktor zu benennen. Dies betrifft sowohl Einzelfälle als auch die Gruppenmigrationen größeren Stils. Dabei hatte Zwang als Migrationsursache in hohem Maße situativen, hauptsächlich ökonomischen Charakter, er rührte vor allem aus der materiellen Lage her und nicht aus politischen Maßnahmen, wenngleich auch sie eine bedeutende Rolle spielten. Wie der Fall der Abberufung der deutschen Staatsbeamten im Jahre 1920 zeigt, konnte der Migrationszwang eine unterschiedliche Gestalt annehmen und war ganz und gar nicht eine ausschließliche Spezialität der polnischen Behörden, obwohl natürlich die Umstände dazu führten, dass gerade die polnischen Behörden ein politisches Interesse daran hatten, die deutsche Auswanderung zu stimulieren.

Am deutlichsten sichtbar wurde dies im Jahre 1925 im Zusammenhang mit der erzwungenen Auswanderung eines großen Teiles der zu diesem Zeitpunkt noch in Pommerellen verbliebenen Optanten. Diese Migration von Teilen der deutschen Bevölkerung erzielte einen großen öffentlichen Widerhall infolge einer gezielten propagandistischen Auswertung einzelner Vorkommnisse. Die Zahl der damals zur Ausreise gezwungenen Optanten war jedoch im Verhältnis zu den Gesamtdimensionen der Abwanderung nicht hoch – etwa 4%. Seit dem Herbst 1925 spielte objektiv feststellbarer Zwang als Grund für die schwächer werdende Migrationsbewegung ins Reich eine entschieden geringere Rolle.

Aus dem Polnischen übersetzt von Markus Krzoska, Mainz

## Die Umsiedlung der Deutschbalten im Kontext europäischer Zwangsmigrationen

von Matthias Schröder

Die Erinnerung sei das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können, meinte Jean Paul<sup>1</sup> – ein Postulat, das Historiker bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung zeitgeschichtlicher Vorgänge stets begleitet, insbesondere beim Umgang mit Zeitzeugen. Die Erinnerung fällt nicht nur schwer, sie ist oftmals schmerzhaft, und noch heute bleiben deshalb Privatarchive und Nachlässe wichtiger Zeitzeugen unter Verschluss.<sup>2</sup> Als „Nestbeschmutzer“ galt über Jahrzehnte hinweg, wer an den Grundfesten deutschbaltischer Geschichtsschreibung rütteln wollte, die Historiografie verblieb vorwiegend im landsmannschaftlichen Zirkel. Ein besonderes Reizthema stellte dabei die Umsiedlung 1939/40 aus dem Baltikum in den „Reichsgau Wartheland“ dar, die der überwiegende Teil der direkt Betroffenen, aber auch die nachfolgende Generation, nach Ende des Krieges als „Rettung vor dem Bolschewismus“ verstanden wissen wollte. Als prägendes Ereignis beherrschten die Vorgänge rund um die Umsiedlung die deutschbaltische Erinnerungsliteratur in der Bundesrepublik, von der Belletristik<sup>3</sup> bis zu den Memoiren und Zeitzeugenberichten. Letztere verfassten vorwiegend die an der Umsiedlung unmittelbar Beteiligten aus der Volksgruppenführung und Politik.<sup>4</sup> Das wohl bekannteste Werk

---

<sup>1</sup> Jean Paul [Johann Paul Friedrich Richter], Aphorismen. Leipzig 1982.

<sup>2</sup> Dem Autor wurde die Akteneinsicht in ein Manuskript zum Thema „Die nationalsozialistische deutschbaltische Opposition um Erhard Kroeger in den 30er Jahren“, das zum Archivbestand des Philisterverbandes der ehemaligen Curonia Dorpat-Riga gehört, verweigert. Laut Schreiben vom 23. November 1995 gestattet der Altherrenverband der Curonia die Einsicht erst, wenn „der Philisterverband der Curonia Dorpat-Riga personell“ nicht mehr existiere. Auch die Auswertung von Aufzeichnungen und Tonbändern Erhard Kroegers, die sich in dessen Nachlass befinden, wurde bislang von privater Seite verwehrt.

<sup>3</sup> Als Beispiele seien genannt: Gertrud von den Brincken, Nächte. Kassel 1981 und Horst Kurberg, Einquartierung. Deutsche im Warthegau. Köln 1997. Einen ganz anderen Blick auf deutschbaltische Familiengeschichte wagt der Roman von Chris Kraus, Scherbentanz. Frankfurt a.M. 2002.

<sup>4</sup> Wolfgang Wachtsmuth, Wege, Umwege, Weggenossen. Lebenserinnerungen eines Balten 1876–1950. München 1954; Alfred Intelmann, Aufzeichnungen über das letzte Arbeitsjahr der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland und ihre Umsiedlung, bearb. v. Jürgen von Hehn. Essen 1984; Erich von Nolte, Die Umsiedlung der Deutschen aus Lettland 1939. Ein Überblick. München 1979; Jürgen Ernst Kroeger, So war es. Ein Bericht. Michelstadt 1989; Andreas Müller, Ein Balte erinnert sich. Erlebte Endzeiten 1939–45. o.O. 1988 sowie die Sammlung von Barbara Bielenstein-Bosse, Peter-Jochen Bosse, Auch wir verlie-

schrrieb Erhard Kroeger, damaliger Leiter der Umsiedlungsaktion und Führer der NS-Bewegung in Lettland.<sup>5</sup> Dabei beanspruchte Kroeger, „die historischen Tatsachen, die es erst ermöglichen, die historische Wahrheit zu ermitteln“,<sup>6</sup> aufzuzeichnen.

Kroegers Erinnerungsbericht war durchaus umstritten und löste eine lebhafte Diskussion aus, so beim 22. Baltischen Historikertreffen 1969. Baron Th. Freiherr von Dellingshausen stellte dort die Frage, inwieweit die Umsiedlung in die NS-Volkstumspolitik einzubeziehen und mit den anderen Bevölkerungsverschiebungen in Verbindung zu bringen sei. Dellingshausen hatte auf dem Historikertreffen aus einem Schreiben des deutschen Gesandten in Reval aus dem Jahr 1934 wie folgt zitiert: Es sei auf Dauer nicht sinnvoll, das Deutschtum „hier künstlich und zwar unter Aufwand verhältnismäßig größter Mittel auf einem unzeitgemäßen Niveau und in einer überlebten Gedankenwelt zu erhalten“. Dellingshausen schloss, dieses Dokument widerspreche der verbreiteten Meinung, dass ein Verlassen der Heimat vor 1939 nicht ernstlich erwogen worden sei.<sup>7</sup> Erhard Kroeger hatte sich hingegen in seiner Darstellung von 1967 noch als Retter der deutschbaltischen Volksgruppe stilisiert: „Es gab kein Schwanken und keine Überlegung, meine Aufgabe musste vor allem und unter allen Umständen darin liegen, die deutsche Volksgruppe in beiden Ländern nicht in die Hände der Bolschewiken fallen zu lassen“.<sup>8</sup> Widerspruch erntete Kroegers Erinnerungsbericht auch von Seiten

---

ßen das Land ... Die Umsiedlung der Deutschbalten 1939–1941. Michelstadt 1989. Für Estland: Hellmuth Weiss, Zur Umsiedlung der Deutschen aus Estland 1939–1941. Erinnerungsbericht mit einer Einleitung und Anmerkungen von Wilhelm Lenz, in: Zeitschrift für Ostforschung 39 (1990), S. 481–502.

<sup>5</sup> Erhard Kroeger, Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen. Tübingen 1967. Dazu die kritische Entgegnung: Hans von Rimscha, Die „Bewegung“ und die Umsiedlung. Zum Buch von Dr. Erhard Kroeger, in: Baltische Hefte 14 (1968), S. 264–282. Im Jahrbuch des baltischen Deutschtums 36 (1989) erschienen Auszüge aus „Familienbriefen“ aus der Zeit der Umsiedlung. Darunter befinden sich auch Briefe von Mary Kroeger, der Mutter Dr. Erhard Kroegers, dem NS-Führer und Leiter der Umsiedlung, an ihre Tochter Eva Kroeger.

<sup>6</sup> Kroeger, Auszug aus der alten Heimat (wie Anm. 5), S. 13.

<sup>7</sup> Zit. laut Bericht zum 22. Baltischen Historikertreffen in: Baltische Geschichtsforschung (Juni 1969), Nr. 6 (248), S. 9 ff. Der Tagungsbericht verweist darauf, dass „aus der Erinnerung heraus“ diskutiert worden sei und die Historiker sich beteiligten, weil „sie die Zeit persönlich erlebt und z. T. mitgestaltet hatten“, zit. S. 10.

<sup>8</sup> Kroeger, Auszug aus der alten Heimat (wie Anm. 5), S. 50 f. Vgl. auch das Interview der „Baltischen Briefe“ mit Kroeger, das die viel sagende Überschrift „Gefahr für Leib und Leben aller baltischen Landsleute“ trägt: Baltische Briefe Nr. 5 (Mai 1965), S. 3 f. sowie den Beitrag von Kroegers Mitarbeiter in der NS-„Bewegung“, Friedrich Buchardt, Im Interesse des Reiches. Zur politischen Vorgeschichte der Umsiedlung, in: Baltische Briefe Nr. 11 (1964), S. 19–22.

Hans von Rimschas, der auf die tendenziöse Darstellung verwies, besonders im Hinblick auf die Auseinandersetzung zwischen Kroegers NS-„Bewegung“ und der deutschbaltischen Volksgruppenführung.<sup>9</sup> Es verwundert umso mehr, dass die früh geäußerten Einwände gegen Kroegers Darstellung nicht in vollem Umfang in Gabriele von Mickwitz' erster Biografie zur Person Erhard Kroeger berücksichtigt wurden.<sup>10</sup> Mickwitz konstatierte stattdessen, „dass allein Kroeger durch sein politisches Wirken in der Heimat den Kontakt zu den damals Mächtigen des Deutschen Reiches geknüpft und erweitert hatte und nicht seine politischen Gegner, und dass dieses nun der ganzen Volksgruppe zugute kam“. Weiter heißt es, Kroeger habe die „lebensbedrohliche Lage“ seiner Landsleute erkannt und sich für diese „leidenschaftlich“ eingesetzt.<sup>11</sup>

Wer indes, wie der Osteuropahistoriker Manfred Hellmann<sup>12</sup> oder auch Wilhelm Lenz,<sup>13</sup> zu Beginn der 70er Jahre auf den Zusammenhang zwischen der Ansiedlung von Deutschbalten im Reichsgau Wartheland und der Vertreibung der dort ansässigen polnischen Bevölkerung hinwies, erntete eine Flut entrüsteter Leserbriefe.<sup>14</sup> Wie Claudia Kraft in Bezug auf die Vertreibungen nach 1945 feststellte, erzeuge „die Verabsolutierung deutschen Leidens“ und die „mangelnde Kontextualisierung des Vertreibungsgeschehens vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Vertreibungs- und Vernichtungspolitik“ ein Diskursklima, das die historische Beschäftigung mit dem Thema Vertreibung zu einem „verkrampften politisch-korrekten Drahtseilakt

---

<sup>9</sup> Rimscha, Die „Bewegung“ und die Umsiedlung (wie Anm. 5), S. 268-275.

<sup>10</sup> Gabriele von Mickwitz, Erhard Kroeger – ein deutsches Leben 1905–1987, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 42 (1995), S. 163-195.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 177. Diese Konzentration auf das eigene Schicksal und die Beschreibung der Konflikte innerhalb der deutschbaltischen Eliten vergisst, dass Kroeger als Führer der nationalsozialistischen „Bewegung“ in Lettland über beste Kontakte zur „Volksdeutschen Mittelstelle“ und zur SS verfügte, in der er bereits seit dem 23. Oktober 1938 im Rang eines Obersturmbannführers Mitglied war (Allgemeine SS-Mitgliedsnummer 357 243), vgl. SSO-Akte Kroeger, Erhard, Bundesarchiv Berlin.

<sup>12</sup> Manfred Hellmann, Kein Grund zur Dankbarkeit. Die Umsiedlung der Deutschbalten und das Schicksal der Baltischen Staaten – Bemerkungen zu einem Buch von Dietrich A. Loeber, in: Baltische Briefe Nr. 5/6 (Mai/Juni 1973), S. 1-4. Hellmann nahm hierbei Bezug auf Loebers Werk „Diktierter Option“ (vgl. Anm. 16).

<sup>13</sup> Wilhelm Lenz, Dort, wo andere vertrieben wurden, in: Baltische Briefe Nr. 10 (372) (Oktober 1979), S. 1 f.; Leserbriefe: Baltische Briefe Nr. 11 (373) (November 1979), S. 4.

<sup>14</sup> Arved von Taube, damaliger Vorsitzender der Carl-Schirren-Gesellschaft, widersprach Hellmann, der nicht wahrhaben wolle, dass die Umsiedlung „Zehntausenden von Deutschen das Leben gerettet hat“. Taube bediente sich hier sogar eines Zitates von SS-Brigadeführer Ulrich Greifelt. Vgl. Baltische Briefe Nr. 7 (Juli 1973), S. 2 f.

oder zu einem Affront gegenüber den ehemaligen Opfern der nationalsozialistischen Aggressionspolitik“ werden lasse.<sup>15</sup>

Selbst die bis heute überaus nützliche Dokumentensammlung<sup>16</sup> des Juristen Dietrich André Loeber war zunächst nicht als historisch-wissenschaftliche Studie zur Erforschung der Umsiedlungsproblematik gedacht, sondern war ein Auftragswerk der Baltischen Historischen Kommission im Kontext der Diskussion um das Bundeslastenausgleichsgesetz, das die Entschädigungsfrage regeln sollte.<sup>17</sup> Erst mit Hans-Erich Volkmann thematisierte zu Beginn der 1980er Jahre ein Historiker außerhalb der baltischen Geschichtsschreibung das Thema „Umsiedlung“.<sup>18</sup> Wenngleich Volkmanns Studie nicht erschöpfend war, gilt sie doch als Initialzündung für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung, eine Reihe weiterer Veröffentlichungen folgte.<sup>19</sup> Michael Garleffs Projekt „Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich“ setzte eine umfassendere Auseinandersetzung mit dem deutschbaltischen Verhältnis zur Weimarer Republik und insbesondere zum nationalsozialistischen Deutschland in Gang.<sup>20</sup> Dabei diskutierte vor allem Lars Bosse ausführlich die deutschbaltische Umsiedlung anhand der zentralen Frage der Motivation und lieferte zugleich eine kenntnisreiche Schilderung der Ansiedlung im Reichsgau Wartheland.<sup>21</sup> Vor allem der konkrete Verlauf der Umsiedlungsaktion

<sup>15</sup> Claudia Kraft, Was kann die zeithistorische Forschung zum öffentlichen Erinnerungsdiskurs über Flucht und Vertreibung beitragen?, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), H. 1: „Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive“, S. 42-48, zit. S. 43 f.

<sup>16</sup> Dietrich André Loeber, Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939-41. Neumünster 1972.

<sup>17</sup> Hierauf verweist Lars Bosse in seinem Beitrag „Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland“, in: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich, hrsg. v. Michael Garleff. Bd. 1, Köln 2001, S. 297-387 mit Anm. 12 und 58.

<sup>18</sup> Hans-Erich Volkmann, Zur Ansiedlung der Deutschbalten im „Warthegau“, in: Zeitschrift für Ostforschung 30 (1981), S. 527-558.

<sup>19</sup> Jürgen von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen. Das letzte Kapitel baltischdeutscher Geschichte. Marburg 1982; Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert. Baden-Baden 1987; Rex Rexheuser, Die Umsiedlung der Deutschbalten 1939. Versuch einer historischen Einordnung, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 36 (1989), S. 9-27.

<sup>20</sup> Auf dem 54. Baltischen Historikertreffen in Göttingen 2001 wurde das Forschungsprojekt schwerpunktmäßig diskutiert. Vgl. Baltische Briefe 54 (2001), Nr. 7/8, S. 11 ff. Mit Hartmut Rüß, Timm C. Richter und dem Autor dieses Aufsatzes war eine Forschungsgruppe aus Münster vertreten, die sich dem Thema aus militär- und zeitgeschichtlicher Perspektive näherte. Die Ergebnisse werden im für 2007 angekündigten zweiten Band von „Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich“, hrsg. v. Michael Garleff, vorgestellt.

<sup>21</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17). Zur Ansiedlung siehe auch Matthias Schröder, Die Umsiedlung der Deutschbalten in den ‚Warthegau‘ 1939/40 im Kontext nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik, in: Kontrapunkt. Vergangenheitsdiskurse und Gegenwarts-



wurde von Bosse sehr eingehend beschrieben. Hinsichtlich der Rolle Erhard Kroegers innerhalb der deutschbaltischen NS-Bewegung und seiner Rolle bei der Umsiedlung kann auf die aktuelle Studie des Verfassers verwiesen werden.<sup>22</sup>

## Die Genesis der Umsiedlung

Im März 1938 erklärte Hermann Göring, „dass sich das Deutsche Reich in jeder Hinsicht als Beschützer und Verteidiger aller Deutschen“ betrachte, „die Deutschen außerhalb der Reichsgrenze eingeschlossen.“<sup>23</sup> Das Verhältnis nationalsozialistischer Eliten zu den so genannten „Volksdeutschen“<sup>24</sup> war inspiriert durch die nationalsozialistische „Blut-und-Boden“-Ideologie, die eine umfassende demografische Umgestaltung des osteuropäischen Raumes vorsah. Bereits in Hitlers „Mein Kampf“ ist dies mit Verweis auf die lange Tradition „germanischer Eliten“ in Osteuropa nachzulesen: „Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. (...) Die Organisation eines russischen Staatsgebildes war nicht das Ergebnis der staatspolitischen Fähigkeiten des Slawentums in Russland, sondern vielmehr nur ein

---

verständnis, hrsg. v. Sabine Mecking u. Stefan Schröder. Essen 2005, S. 57-70. Vgl. weiter: Czesław Łuczak, Die Ansiedlung der deutschen Bevölkerung im besetzten Polen 1939–1945, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 13 (1978), S. 193-205, und Janusz Sobczak, Ethnic Germans as the Subject of the Nazi Resettlement campaign during the Second World War, in: *Polish Western Affairs* 8 (1967), H. 2, S. 63-95. Neue Erkenntnisse zum Kontext von Ansiedlung und NS-Vernichtungspolitik liefert Michael Alberti, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945*. Wiesbaden 2006 (Deutsches Historisches Institut Warschau – Quellen und Studien. 17).

<sup>22</sup> Matthias Schröder, *Deutschbaltische SS-Führer und Andrej Vlasov 1942–1945. ‚Rußland kann nur von Russen besiegt werden‘*. Erhard Kroeger, Friedrich Buchardt und die ‚Russische Befreiungsarmee‘. 2. Aufl., Paderborn 2003.

<sup>23</sup> Hermann Göring in: „Der Volksdeutsche“ vom 1. März 1938, zit. n. Pinkus, Fleischhauer, *Die Deutschen* (wie Anm. 19), S. 209.

<sup>24</sup> Die Bezeichnungen „Baltendeutsche“ und „Volksdeutsche“ entstammen nationalsozialistischer Terminologie. Der Begriff „volksdeutsch“ diente der Kennzeichnung aller im Ausland lebenden Personen deutscher Abstammung und implizierte eine überstaatliche Volksgemeinschaft „deutschen Blutes“. Der Ausdruck „Baltendeutsche“ wird hier und im Folgenden im direkten zeitgenössischen Kontext verwendet. In deutschbaltischen Kreisen wird die Bezeichnung „baltendeutsch“ heute in der Regel nicht mehr verwendet. Allerdings benutzten nicht nur nationalsozialistische Quellen und Darstellungen den Begriff „Baltendeutscher“, sondern auch zahlreiche Autoren der unmittelbaren Nachkriegszeit, deutschbaltische Autoren eingeschlossen.

wundervolles Beispiel für die staatenbildende Wirksamkeit des germanischen Elementes in einer minderwertigen Rasse.“<sup>25</sup>

Wenngleich die politische Situation im Baltikum der 1930er Jahre an dieser Stelle nicht ausführlich thematisiert werden kann,<sup>26</sup> muss vor allem eine Hinwendung der jüngeren deutschbaltischen Generation zum Nationalsozialismus konstatiert werden.<sup>27</sup> Den im Rahmen des Münchener Abkommens erreichten „Anschluss“ des Sudetengebietes und Hitlers Ausspruch, dies sei die letzte territoriale Forderung Deutschlands, hatte der Führer der nationalsozialistischen deutschbaltischen „Bewegung“ in Lettland, Dr. Erhard Kroeger,<sup>28</sup> dahingehend kommentiert, dass Hitler nirgends in der Welt die Unterdrückung deutscher Minderheiten dulden werde. Aus einer anderen Erklärung Hitlers wird vielmehr deutlich, dass auch in Lettland die Volksdeutschen auf die Unterstützung des Führers und des mächtigen Deutschen Reiches rechnen könnten. Auf der Jahresfeier des Herder-Institutes in Riga im Oktober 1938 stellte sich der Vertreter der „Volksdeutschen Mittelstelle“,<sup>29</sup> Dr. Hermann Behrends,

<sup>25</sup> Zitat aus Adolf Hitler, *Mein Kampf*. 479.-483. Aufl., München 1939, S. 742 f.

<sup>26</sup> Michael Garleff, *Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland*. Bonn/Bad Godesberg 1976 (Quellen und Studien zur Baltischen Geschichte. 2), sowie der Sammelband in Anm. 17. Weiter: Hans-Erich Volkmann, *Ökonomie und Machtpolitik. Lettland und Estland im politisch ökonomischen Kalkül des 3. Reiches*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976), S. 471-500; Falk Lange, *Lettland und seine baltischen Nachbarn in den Konzeptionen nationalsozialistischer Außenpolitik*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 46 (1997), S. 500-512; Jürgen von Hehn, *Lettland zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Geschichte des Lettländischen Staatsstreichs vom 15.5.1934*. München 1957.

<sup>27</sup> Vgl. Niels von Redecker, *Victor von zur Mühlen und die nationalsozialistische Bewegung im estländischen Deutschtum. Eine biographische Annäherung*, in: *Deutschbalten* (wie Anm. 17), S. 77-118, hier S. 89 ff., sowie die Beiträge von Jürgen von Hehn, *Zur Geschichte der deutschbaltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 26 (1977), S. 597-616 und Wilhelm Wrangell, *Die Vorgeschichte der Umsiedlung der Deutschen aus Estland*, in: *Baltische Hefte, Sonderdruck* 4 (1957/58), H. 3.

<sup>28</sup> Zur Person Erhard Kroegers sowie der deutschbaltischen NS-Bewegung in Lettland vgl. Schröder, *Deutschbaltische SS-Führer* (wie Anm. 22), S. 17-79.

<sup>29</sup> Die „Volksdeutsche Mittelstelle“ (VoMi) wurde Ende 1936 als Dienststelle der NSDAP im Auswärtigen Amt gegründet, die im Einvernehmen mit der SS und der NSDAP eine „aktive Volkstums-Politik“ im Ausland betreiben sollte. Siehe dazu Valdis O. Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933-1945*. London 1993. Die Leitung der VoMi hatte ab Februar 1937 SS-Gruppenführer Werner Lorenz inne und sicherte Himmlers Einfluss auf die „Volkstumsarbeit“. Zunehmend an Einfluss verlor hingegen der „Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)“ unter Dr. Hans Steinacher. Siehe dazu Valdis O. Lumans, *Werner Lorenz. Chef der „Volksdeutschen Mittelstelle“*, in: *Die SS. Elite unter dem Totenkopf*, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Paderborn 2000, S. 332-345, und Hans Steinacher: *Bundesleiter des VDA 1933-1937. Erinnerungen und Dokumente*, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen. Boppard a.R. 1970. Mit Kriegsbeginn unterstellte Himmler die „Volksdeutsche Mittelstelle“ seinem neu gegründeten Amt eines „Reichskommissars für die Festigung

hinter Kroeger und erklärte, er sei aufgrund einer persönlichen Vollmacht des Führers ermächtigt festzustellen, dass dem Ausspruch des Führers die weitestgehende Interpretation gegeben werden könne und dass überall auf der Welt die deutschen Minderheiten, ebenso wie die Sudetendeutschen, auf den starken Schutz des Führers rechnen könnten.<sup>30</sup>

In Parallelität zum Deutschen Reich hatte sich bereits vor der Umsiedlung in Lettland die Machtausübung innerhalb der „Deutschen Volksgemeinschaft“ von einer demokratisch legitimierten Exekutive hin zu den nationalsozialistischen Repräsentanten der „Bewegung“ verschoben. Erhard Kroeger repräsentierte als „Landesleiter“ die nationalsozialistische deutschbaltische „Bewegung“ und damit aus Sicht des Deutschen Reiches die künftige Führung der Volksgruppe in Lettland. Der lettische Außenminister Munters beklagte daher 1939 resigniert, dass eine Verständigung zwischen Letten und Deutschbalten „außerordentlich schwierig“ geworden sei, da die ältere deutschbaltische Generation „in Ressentiments“ verstrickt sei und nicht vergessen könne, in Lettland einst eine führende Rolle gespielt zu haben, während die jüngere „unter einer falsch verstandenen nationalsozialistischen Narkose“ stehe.<sup>31</sup> In Estland hingegen verfügten die Nationalsozialisten über eine zersplitterte Bewegung, deren Bedeutung daher insgesamt weniger zum Tragen kam, wie Niels von Redecker betont: „Wie gering die politische Bedeutung der estländischen – insbesondere im Vergleich mit der lettländischen – Bewegung geblieben war, zeigt sich daran, dass ihre Führer in den im Reich erscheinenden Schriften zur Bewegung unter den Deutschbalten nur am Rande oder gar nicht erwähnt wurden. Auch bei der Umsiedlung spielte sie keine so hervorragende Rolle wie Erhard Kroegers Bewegung.“<sup>32</sup>

Der überraschende Abschluss des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 23. August 1939 bedeutete für die deutschbaltischen Volksgruppen eine unerwartete außenpolitische Wende, beson-

---

deutschen Volkstums“. Im Juni 1941 wurde das „SS Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle“ gegründet. Geschäftsverteilungsplan des „Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums“ (RKF), Amt V/Finanzverwaltung, 1.8.1942, Bundesarchiv Berlin, SS-HO 3702, S. 12.

<sup>30</sup> Bericht des Deutschen Gesandten von Schack an das Auswärtige Amt vom 29.10.1938 über die Auseinandersetzung zwischen Kroeger und Esp, 3 Seiten, Politisches Archiv, Ausw. Amt/Hist. Ref., Po 9c, Bd. 2.

<sup>31</sup> Zit. nach Inesis Feldmanis, Die Deutschbalten: Ihre Einstellung zum Nationalsozialismus und ihr Verhältnis zum Staat Lettland (1933–39), in: Nordost-Archiv N.F. V (1996), H. 2, S. 363–386, hier S. 385 f.

<sup>32</sup> Redecker, Victor von zur Mühlen (wie Anm. 27), zit. S. 103.

ders hinsichtlich der sowjetischen Interessen im Baltikum. Bereits am 23. September 1939, kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen, reiste Alfred Intelmann als Präsident der Volksgemeinschaft in Lettland zusammen mit Erhard Kroeger nach Berlin. Während Intelmann unter Aufsicht zweier SD-Mitarbeiter über Königsberg und Elbing in Richtung Danzig fuhr, wurde Kroeger bereits in Königsberg von seinem Freund und Kontaktmann in Deutschland, Dr. Friedrich Buchardt,<sup>33</sup> erwartet. Ohne Wissen Intelmanns hatte Erhard Kroeger Buchardt kontaktiert, da er beabsichtigte, intern mit den Dienststellen der Waffen-SS und Wehrmacht über deutschbaltische Kriegsfreiwillige zu sprechen. Buchardt und Kroeger reisten separat zum Führerhauptquartier nach Zoppot und trafen dort mit Kontaktleuten der Volksdeutschen Mittelstelle zusammen.<sup>34</sup> Buchardt, der seit 1936 für SD-Dienststellen arbeitete, war von seinem Amtschef Otto Ohlendorf instruiert worden, Kroeger als „Landesleiter der nationalsozialistischen Bewegung in Lettland“ zum Führerhauptquartier zu bringen. Kroeger sollte dort von Himmler persönlich über die Folgen des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrages für die Deutschbalten informiert werden. Während Buchardt nach eigenen Angaben bereits in Berlin durch Otto Ohlendorf Kenntnis vom geheimen Zusatzprotokoll im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag erhalten und Kroeger unverzüglich informiert hatte, reiste Intelmann als offizieller Delegationsleiter ohne derartige Informationen nach Zoppot.

Am 25. September 1939 informierte Himmler Erhard Kroeger noch in der Nacht über die Geheimabsprachen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, die eine Aufteilung der Interessensphären und den deutschen Verzicht auf das Baltikum beinhalteten. Während dieses 90-minütigen Gesprächs schlug Kroeger dem Reichsführer-SS die Evakuierung und Umsiedlung der gesamten deutschbaltischen Volksgruppe in das Deutsche Reich vor.<sup>35</sup> Kroeger

<sup>33</sup> Eine ausführliche Biografie Friedrich Buchardts findet sich bei Schröder, *Deutschbaltische SS-Führer* (wie Anm. 22), S. 80-112. Siehe auch Timm C. Richter, Hartmut Rüß, Matthias Schröder, *Die Behandlung des Russischen Problems während der Zeit des NS-Regimes. Quellenkritische Untersuchung zu einem unveröffentlichten Manuskript Friedrich Buchardts*, in: *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*, hrsg. v. Michael Garleff, Bd. 2 (voraussichtlich Köln 2007).

<sup>34</sup> Vgl. zu den Ereignissen im Vorfeld der Umsiedlung den Bericht von Friedrich Buchardt, *Im Interesse des Reiches* (wie Anm. 8) sowie den Bericht Alfred Intelmanns (wie Anm. 4), S. 90 ff.

<sup>35</sup> In einem Interview der *Baltischen Briefe* mit Kroeger zu seiner Unterredung mit Himmler in Zoppot am 25. September 1939 erklärte Kroeger: „Es trifft zu, dass ich bei Himmler keine Voraussetzungen dafür vorfand, eine Gesamtumsiedlung der deutschen Volksgruppen in Lettland und Estland auch nur im entferntesten vorzusehen.“ Zit. aus „Gefahr für Leib

habe, wie Götz Aly schreibt, Himmler den Vorschlag zur Umsiedlung aller Deutschbalten unterbreitet und darauf verwiesen, dass „der allergrößte Teil des baltischen Deutschtums unter bolschewistischer Besatzung im höchsten Maße als bedroht angesehen werden müsse. (...) Keine Volkstumsführung könne es verantworten, einen Teil, wie groß oder klein auch immer, als ungefährdet zu bezeichnen und von der Ausreise auszuschließen.“<sup>36</sup> Erhard Kroeger beanspruchte nach dem Krieg, in seiner Unterredung mit Himmler die Initialzündung zur Umsiedlung aller Deutschbalten geliefert zu haben.<sup>37</sup> Gleichwohl sind Inhalt und Verlauf des Gesprächs in Zoppot bislang nur durch Kroeger und Buchardt überliefert, so dass Lars Bosse an der politischen Urheberschaft Kroegers zweifelt: „Dem heutigen Leser der Zeilen Kroegers drängt sich der Gedanke einer nachträglichen Rechtfertigung auf und das Bemühen, als wollte Kroeger versteckt sagen, dass er allein die Deutschbalten gerettet hätte.“<sup>38</sup>

Bereits am Morgen nach der gemeinsamen Besprechung teilte Himmler Kroeger mit, dass Hitler mit Kroegers Vorschlag einverstanden sei, Außenminister Ribbentrop werde sich unverzüglich um eine Einigung mit der Sowjetunion bemühen. Kroeger und Intelmann blieben bis Anfang Oktober 1939 in Berlin, um die Umsetzung der zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion am 28. September 1939 geschlossenen geheimen Vereinbarung zur Umsiedlung der Deutschen aus den baltischen Staaten vorzubereiten. Am 28. Oktober 1939 teilte Kroeger Intelmann mit, dass der Reichsführer-SS Himmler ihn in seiner Funktion als Landesleiter der „Bewegung“ zugleich als Vertreter aller Deutschen aus Lettland und Estland ansehe. Er sei daher zum SS-Standartenführer ernannt worden. Mit Befehl vom 3. November 1939 beauftragte Himmler in seiner neuen Eigenschaft als „Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums“ „den Führer der Volksdeutschen im Baltikum, SS-Standartenführer Dr. Kröger, der Leiter der Auswanderung

---

und Leben aller baltischen Landsleute“ (wie Anm. 8). Kroegers Darstellung wird durch die Tatsache gestützt, dass die Umsiedlungsaktion „alle Merkmale einer hektischen Improvisation“ trug, wie Rexheuser feststellt, und offensichtlich erst im September/Oktober 1939, in der letzten Phase der Vorbereitung des Deutsch-Sowjetischen Abkommens, erwogen worden ist. Vgl. Rexheuser, *Umsiedlung* (wie Anm. 19), hier zit. S. 19.

<sup>36</sup> Zit. Erhard Kroegers nach Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt a.M. 1999, S. 39. Aly konstatiert, Himmlers Entscheidung sei so gefallen, „wie Kroeger sie vorgeschlagen hatte“, ebenda.

<sup>37</sup> Weiss, *Zur Umsiedlung* (wie Anm. 4), S. 486 mit Anm. 6.

<sup>38</sup> Zit. Bosse, *Reichsgau Wartheland* (wie Anm. 17), S. 353 und 299.

der Deutschen aus Estland und Lettland ist, in Posen eine volksdeutsche Einwanderer-Beratungsstelle aufzumachen“.<sup>39</sup>

### Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland

Die generalstabsmäßig von den Volksgruppen organisierte Umsiedlung verlief nicht ohne Probleme. Dennoch schätzten viele Umsiedler im Rückblick den Verlauf als geordnet ein, ganz im Gegensatz zur Ansiedlung im Warthegau. Das recht idealisierte Bild vom sog. „Mutterland“, dem Deutschen Reich, wurde beim ersten Kontakt mit den nationalsozialistischen Behörden schnell zerstört. Das erste von 18 Schiffen verließ Estland am 18. Oktober 1939, das letzte Schiff Reval am 15. November 1939. Das erste Schiff mit Lettlanddeutschen stach am 7. November 1939 von Riga aus in See, nach ca. 100 Transporten wurde nur einen Monat später die Aussiedlung von rund 65 000 Menschen aus dem Baltikum beendet. Mit Erreichen des Warthegaus hörten offiziell die Volksgruppen und ihre Organisationen zu bestehen auf. Die Ansiedlung folgte einem Konzept für den Aufbau annektierter Ostgebiete, in dem der Warthegau ein Musterland mit einer agrarischen Struktur werden sollte. Wie Hans-Erich Volkmann betont, machte eine an diesem Vorhaben ausgerichtete Siedlung eine genaue Erfassung der Umsiedler nach Berufsgruppen notwendig. Diese habe ergeben, dass „die Umsiedler aus Est- und Lettland sich in vorteilhafter Weise mit dem anderen zur Ansiedlung im Warthegau vorgesehenen Auslandsdeutschtum, das überwiegend bäuerlicher Herkunft war, ergänzte.“<sup>40</sup>

Schon bei der Wohnungssuche traten allerdings große Probleme auf, vor allem, weil die aus den Städten Reval und Riga stammenden Umsiedler in der Stadt Posen oder anderen Städten bleiben und nicht in die ländlichen Gebiete ziehen wollten. Einem Bericht Erhard Kroegers aus dem Jahr 1940 zufolge verteilte sich die Ansiedlung der baltischen Umsiedler wie folgt: Insgesamt seien 51 000 Menschen im Warthegau und 11 000 im ‚Reichsgau Westpreußen‘ angesiedelt worden, davon in den größeren Städten „in Posen 29 000, Litzmannstadt

---

<sup>39</sup> Befehl des RKF Heinrich Himmler vom 3.11.1939, Institut für Zeitgeschichte München, MA 125/13, Blatt 7133.

<sup>40</sup> Volkmann, Ansiedlung (wie Anm. 18), S. 536.

zirka 8 800, Gotenhafen 2 800, Kalisch 2 000, Bromberg 1 800, Gnesen 1 700, Leslau 1 300.“<sup>41</sup>

Während der schleppenden Einbürgerung und der Wohnungssuche vergingen meist zwei Monate, bis eine passende Wohnung gefunden werden konnte. Den Umsiedlern wurden überwiegend Wohnungen vertriebener Juden und Polen angeboten. Da der Wohnraum häufig in ärmlichen Gebieten lag, erzeugte die Zuteilung Unmut und Unbehagen unter den Umsiedlern und die schlechte Wohnungsqualität führte zu einer Beschwerdeflut. 40-50% der Wohnungen wurden seitens der Einwandererberatungsstelle als schlecht eingestuft. Verärgert seien die Deutschbalten über die Tatsache gewesen, so Lars Bosse, dass es sich bei den überlassenen Wohnungen nicht um den versprochenen Naturalersatz gehandelt habe: „Das Wissen, an unrechtmäßigen Handlungen (...) beteiligt zu sein, und als Eindringling in noch wohnwarme Häuser zu kommen, war bei den Umsiedlern allgegenwärtig und ließ sich nicht verdrängen, wenn die Wohnungen noch möbliert waren und alle Anzeichen auf eine überhastete ‚Abreise‘ der Vermieter deuteten.“<sup>42</sup>

Jürgen Ernst Kroegers Erinnerungsbericht verdeutlicht dies exemplarisch: „Ein sehr sonderbares Gefühl befiel uns, als wir ‚unsere‘ neue Wohnung betraten. (...) Die Polen müssen sehr plötzlich aus der Wohnung geworfen worden sein. Auf dem Speisetisch stand Geschirr, in der Küche befanden sich in einer Schüssel geschälte Kartoffeln. Auch hingen Kleider in den Schränken (...) Ein Bekannter berichtete mir später, dass es mehrere so genannte ‚Räumkommandos‘ gibt, welche die Polen aus ihren Wohnungen hinauswerfen. Die Hinausgeworfenen werden in Sammeltransporten ins Generalgouvernement abgeschoben. Was aus ihnen wird, weiß kein Mensch.“<sup>43</sup>

Ein weiteres zentrales Problem der Umsiedler stellte die Arbeitsplatzsuche dar. Lediglich 22% der Deutschbalten waren in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Zudem glaubte man, nach freiwilliger Umsiedlung Anspruch auf freie Arbeitsplatzwahl zu haben, denn die massive Propaganda hatte die Erwartungen hoch geschraubt und gute berufliche Perspektiven versprochen. Gute Chancen gab es für Deutschbalten in der Verwaltung, in Schulen und der neu gegründeten „Reichsuniversität Posen“. Schwierigkeiten bereitete die

---

<sup>41</sup> Erhard Kroeger, Der Einsatz der Baltendeutschen in den Ostgauen, in: Deutsche Kultur im Osten. Volkspolitische Zeitschrift für die Ziele deutscher Arbeit im In- und Auslande 17 (1940), H. 3, S. 81 ff., hier S. 82.

<sup>42</sup> Zit. Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 317.

<sup>43</sup> Kroeger, So war es (wie Anm. 4), zit. S. 36 f.

Berufsanerkennung von Ärzten und Rechtsanwälten, und, oftmals aus politischen Gründen, die Integration von Journalisten und Künstlern. Häufig besser gestellt als vorher waren deutschbaltische Gutsbesitzer, die Höfe mit einer Durchschnittsfläche von 250 Hektar bewirtschafteten. Rund 2 000 baltische Gutsbesitzer bewirtschafteten 5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Warthegaus. Bis Mitte 1940 hatte rund die Hälfte aller Umsiedler eine Beschäftigung. Erhard Kroegers Bilanz aus dem Jahr 1940 dürfte indes, verglichen mit den Zahlen Lars Bosses, aus Gründen der Selbstdarstellung „nach oben geschönt“ sein. So hätten 3 000 landwirtschaftliche Betriebe im Warthegau treuhänderisch übernommen werden können, im Handwerk würden etwa 1 000, in Handel und Industrie etwa 3 000 Betriebe von Deutschbalten geführt. Weiter seien 500 Lehrer, 45 Dozenten und Hochschullehrer, 201 Ärzte, 190 Ingenieure eingestellt und über 2 000 „baltendeutsche Rücksiedler“ in der Reichspost übernommen worden.<sup>44</sup> Das Lohnniveau im Warthegau betrug jedoch nur 70% des alten Lohnes, so dass Bosse aufgrund von Untersuchungen zu Kaufkraft und Preisniveau konstatiert, dass sich die Lebensqualität für die meisten deutschbaltischen Umsiedler leicht verschlechtert habe, aber allgemein doch von einer guten Wiederherstellung der materiellen Grundlagen gesprochen werden konnte.<sup>45</sup>

Die vermögensrechtlichen Fragen der Umsiedlung bearbeitete die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m.b.H. (DUT), deren Aufsichtsrat Erhard Kroeger angehörte.<sup>46</sup> Die Berliner DUT kooperierte eng mit der Haupttreuhandstelle Ost (HTO), die Hermann Göring als dem Beauftragten für den Vierjahresplan nachgeordnet war und das gesamte requirierte jüdische und polnische Vermögen erfasste, verwaltete und einer „Verwertung“ zuführte.<sup>47</sup> Die Deutschbalten erhielten von allen Vertragsumsiedlern den höchsten Ausgleich für zurückgelassenes Vermögen. Vor allem bei der Übernahme von Handelsbetrieben profitierten deutschbaltische Umsiedler erheblich, wie Rosenkötter feststellt: „Insbesondere im Handelssektor führte der schnelle ‚Einsatz‘ der Baltendeutschen also zu einer erheblichen Beanspruchung der vorhandenen Betriebe, die prozentual wesentlich

---

<sup>44</sup> Kroeger, Einsatz der Baltendeutschen (wie Anm. 41), S. 82.

<sup>45</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 318 ff.

<sup>46</sup> Liste der DUT-Aufsichtsratsmitglieder vom 3.11.1939, Institut für Zeitgeschichte München, NO-2409.

<sup>47</sup> Jeanne Dingell, Zur Tätigkeit der Haupttreuhandstelle Ost. Treuhandstelle Posen 1939 bis 1945. Frankfurt a.M. 2003, und Bernhard Rosenkötter, Treuhandpolitik. Die ‚Haupttreuhandstelle Ost‘ und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945. Essen 2003.



höher lag als das Verhältnis, das sich aus einer rein summarischen Gegenüberstellung der Zahlen festgestellter polnischer Handelsgeschäfte einerseits und der Anzahl ‚geeigneter‘ Umsiedler andererseits ergab. So habe es die ausschließlich deutschbaltischen Umsiedlern vorbehaltene Praxis so genannter „ex-tunc“-Verkäufe gegeben: Diese Regelung umfasste eine Rückdatierung von Kaufverträgen und bewirkte, so Rosenkötter, „dass den Baltendeutschen – im Gegensatz zu den volksdeutschen Käufern – von der HTO [Haupttreuhandstelle Ost; M. S.] rückwirkend der gesamte Gewinn überlassen wurde, der während der kommissarischen Verwaltung erwirtschaftet worden war“.<sup>48</sup> Viele im Warthegau ansässige Volksdeutsche hätten sich bei der Verteilung des polnischen Vermögens benachteiligt gefühlt. Dies sei der materielle Hintergrund des Unmuts gewesen, der den Deutschbalten im Warthegau entgegenschlug und der sich in dem Vorwurf eines aus der Sicht der Gauverwaltung und der ansässigen Volksdeutschen unangemessenen „Herrenmenschentums“ geäußert habe.<sup>49</sup>

In Erhard Kroegers Arbeitsumfeld fiel ebenfalls die Zusammenarbeit mit sämtlichen Dienststellen der SS-Verwaltung im „Siedlungsgebiet Warthegau“.<sup>50</sup> Unverblümt äußerte er selbst sich zur Praxis des sog. Vermögensausgleiches von DUT und HTO sowie der Ansiedlung von Deutschbalten im Warthegau auf Kosten der ansässigen polnischen und jüdischen Bevölkerung und rechtfertigte die „ethnische Flurbereinigung“ 1976 auf einer Tagung der deutschbaltischen Carl-Schirren-Gesellschaft unter Berufung auf das Recht der Wiedergutmachung durch Faustrecht.<sup>51</sup>

Rex Rexheuser verwies darauf, dass auf deutschbaltischer Seite „in der Bedrängnis des Augenblicks“ nicht bemerkt worden sei, dass man „dort Rettung suchte, wo das Verhängnis seinen Ursprung hatte, dass der Täter das Opfer vor den Folgen der Tat schützen sollte.“ Dies gehöre zu den „düsteren Paradoxien, von denen die Geschichte dieser

---

<sup>48</sup> Rosenkötter, *Treuhandpolitik* (wie Anm. 47), insbesondere das Kapitel „Die Neuordnung des Handels... Die Einsetzung der Baltendeutschen“, S. 191-197, zit. S. 196 f.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 197.

<sup>50</sup> Willi A. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft 1930-1945*. Interna des Reichswirtschaftsministeriums. Düsseldorf 1983, S. 261 ff.

<sup>51</sup> Aussagen Kroegers wiedergegeben nach dem Tagungsbericht von Gert von Pistohlkors „Auf dem Prüfstand“, in: *Baltische Briefe* Nr. 11 (November 1976), S. 3 f. An anderer Stelle meinte Kroeger, die Deportationen und die Begünstigung des Anspruchsdenkens auf Kosten anderer seien mit dem Recht des Siegers erklärbar, dem bereits in der Antike der gesamte Besitz des Kriegsgegners verfallen gewesen sei; Kroeger, *Auszug* (wie Anm. 5), S. 188.

Jahre“ viele gekannt hätte.<sup>52</sup> Und weiter stellte Rexheuser fest, dass den Preis für die Rettung der Deutschbalten vor dem stalinistischen Regime letztlich die polnische Bevölkerung zu zahlen hatte. Außerdem habe den Balten, wie dem ganzen Volke, die Kraft gefehlt, sich allein aus der nationalsozialistischen Verstrickung zu lösen: „Die Befreiung wurde von außen verhängt und bezahlt mit der Zerstörung des Reiches und dem Zusammenbruch des deutschen Ostens, in den die Balten noch einmal als Flüchtlinge und Vertriebene mit hineingerissen worden sind. Auch dieser Preis war hoch, ein anderes Glied in der bitteren Reihe zeitgenössischer Paradoxe.“<sup>53</sup> Rexheusers Einschätzung weist der deutschbaltischen Volksgruppe innerhalb der Umsiedlung eine eher passive Rolle zu, die des Opfers, und charakterisiert den Vorgang der Umsiedlung entsprechend der tradierten Meinung als „Rettungsaktion“ vor dem Stalinismus. Obwohl ein Zusammenhang zwischen der Umsiedlung und der Vertreibung und Ermordung von Polen und Juden im Warthegau gesehen wird, verweist Rexheuser auf die Schicksalhaftigkeit der Ereignisse: „Insgeheim war es doch Nötigung, die erste in jener langen Reihe von Vertreibungen, die der neue Weltkrieg entfesselte. Auch in den zweiten Akt wurden die Deutschbalten ohne Absicht, aber sehenden Auges verwickelt. Das Dritte Reich siedelte sie in den neu gebildeten Gauen Wartheland und Danzig-Westpreußen an (...). Um Platz für die deutschen Umsiedler zu schaffen, deportierte man große Teile der polnischen Bevölkerung in das Generalgouvernement. Bei Kriegsende dann, als sich die Richtung der Gewalt umkehrte, teilten die Balten das Schicksal aller Deutschen im Osten. Die Vertreibung hat sie nach Westen gestoßen und weit verstreut über die deutschen Teilstaaten und die Welt.“<sup>54</sup>

Die bevölkerungspolitischen Verschiebungen stellten keineswegs unzusammenhängende oder gar paradoxe Vorgänge dar, ihnen war eine spezifische Logik eigen, wie besonders Götz Aly in aller Deutlichkeit betonte. Seine These, die Ansiedlung deutschbaltischer Volksgruppen im Warthegau hänge funktional mit der Vertreibung und Vernichtung von Polen und Juden zusammen,<sup>55</sup> sorgte für eine neue

<sup>52</sup> Rexheuser, Umsiedlung (wie Anm. 19), S. 15 f.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>54</sup> Rex Rexheuser, Die Deutschbalten. Ein Überblick über ihre Geschichte. Lüneburg 1991, zit. S. 18.

<sup>55</sup> Aly, Endlösung (wie Anm. 36), S. 397 f. Zu einem ähnlichen Urteil kommt auch Ute Schmidt in ihrer Fallstudie zum ‚Transfer‘ der Bessarabiendeutschen: „Während die Umsiedlung den betroffenen volksdeutschen Gruppen als ‚Rettungsaktion‘ erschien, diente sie dem NS-Regime vor allem als Instrument einer langfristig angelegten Raumplanung und Siedlungspolitik“. Zit. aus Ute Schmidt, Der ‚Reichskommissar für die Festigung

Dimension in der historiografischen, aber auch der moralischen Bewertung der deutschbaltischen Umsiedlung, entsprechend Manfred Hellmanns einstiger Forderung. Lars Bosse betonte ebenfalls den Zusammenhang zwischen Umsiedlung und Ansiedlung und verwies auf den Besiedlungsplan für das Reichsgau Wartheland, nach dem die „Germanisierung“ durch die Vertreibung der polnischen Bevölkerung und anschließende Ansiedlung „deutscher Siedler“ erfolgen sollte.<sup>56</sup> Michael Albertis Untersuchung zum „Reichsgau Wartheland“ verdeutlicht die Dynamisierung und Radikalisierung des Prozesses der „Germanisierung“. Auf die erste Phase der Ermordung und Verfolgung der polnischen Intelligenz sei die Vertreibung der polnischen und jüdischen Bevölkerung in das Gebiet des Generalgouvernements gefolgt. Dabei habe Hitler selbst am 17. Oktober 1939 festgestellt, dass die Durchführung der volkspolitischen Maßnahmen im besetzten Polen „keine gesetzliche Bindungen“ gestatte.<sup>57</sup> Die Strategie einer forcierten Vertreibung aller „Fremdvölkischen“ sei nach der Umsiedlung „volksdeutscher“ Gruppen den Ansiedlungsbedürfnissen gefolgt: „Juden waren vor allem im Rahmen des 1. Nahplans von den Umsiedlungen betroffen, als Wohnungen, Geschäfte und Werkstätten für die Baltendeutschen in den Städten benötigt wurden.“<sup>58</sup>

Unumstritten ist Götz Alys These unter deutschbaltischen „Betroffenen“ keineswegs, rührt sie doch an ein weiteres Thema verdrängter Geschichte, die aktive Beteiligung deutschbaltischer Nationalsozialisten an NS-Verbrechen. Aly betonte, erst der Zwang zur raschen „Rücksiedlung“ der Deutschen aus dem Baltikum im Herbst 1939 habe die Politik der „ethnischen Flurbereinigung“ im Sinne Hitlers in Polen derart überstürzt und improvisiert verlaufen lassen.<sup>59</sup> Der Gedanke einer Ansiedlung der Deutschbalten an den „Marken

---

deutschen Volkstums‘. Fallbeispiel Transfer der Bessarabiendeutschen, in: Das organisierte Chaos. ‚Ämterdarwinismus‘ und ‚Gesinnungsethik‘: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, hrsg. v. Gerhard Otto u. Johannes Houwink ten Cate. Berlin 1999, S. 199-230, hier S. 205.

<sup>56</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 297.

<sup>57</sup> Michael Alberti, „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“. Der Reichsgau Wartheland 1939–1941, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hrsg. v. Klaus-Michael Mallmann u. Bogdan Musial. Darmstadt 2004, S. 111-126, hier S. 115 mit Anm. 33.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 115 f.

<sup>59</sup> Aly, Endlösung (wie Anm. 36), S. 45. Hitler hatte dieses Ziel in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 erklärt: „(...) in dem Raum westlich der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie“ erfolge die „Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten, d.h. eine Lösung jener Minoritätenfragen“. Hitler verwies an dieser Stelle darauf, dass „in diesem Zusammenhang (...) der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems“ unternommen werden müsse. Reichstagsrede Hitlers vom 6.10.1939, zit. nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–45. Bd. 2, München 1963, S. 1391.

des Reiches“, wie Erhard Kroeger es gegenüber Heinrich Himmler vorgeschlagen hatte,<sup>60</sup> setzte die nationalsozialistische Exekutive hinsichtlich der Schaffung eines „Judenreservates“ im „Generalgouvernement“ unter enormen Handlungsdruck. Argumentiert man an dieser Stelle von den Folgen der Baltenumsiedlung her, so ist Aly zuzustimmen, der urteilt, dass „die kurzfristig beschlossene Umsiedlung der Baltendeutschen (...) die Versuche Heydrichs zur schnellen Vertreibung der Juden nachhaltig“ beeinflusst habe.<sup>61</sup>

Erhard Kroeger hatte dem Reichsführer-SS Himmler eine reibungslose Organisation der Umsiedlung mit Hinweis auf die Geschlossenheit der Volksgruppe versichert. Es bestand nun die Notwendigkeit, für die in wenigen Wochen „heimkehrenden“ Deutschbalten Platz zu schaffen. Dass der zum „Führer der Deutschen aus dem Baltikum“ avancierte Kroeger vom neuen Auftrag zur Besiedlung des „zurück gewonnenen deutschen Ostens“<sup>62</sup> erfüllt war, bezeugen zeitgenössische Zeugnisse. Auf einer Abschlusskundgebung im Rigauer Hafen stufte Kroeger die Umsiedlung als „Völkerwanderung von geschichtlichen Ausmaßen“ ein.<sup>63</sup> Die Verortung der Umsiedlung auf einer geschichtlichen Achse von der mittelalterlichen Besiedlung des Ostseeraumes durch „deutsche Ritter und Kaufleute“ hin zum „Heim-ins-Reich“-Ruf Hitlers zieht sich wie ein roter Faden durch Kroegers Publikationen.<sup>64</sup> Noch in den 60er Jahren äußerte er rückblickend, die entscheidende Voraussetzung für das „künftige Leben des baltischen Stammes“ habe 1939 in der geschlossenen Ansiedlung der deutschbaltischen Volksgruppe und deren „politische[m] Ordnungs- und Gestaltungsauftrag in einer osteuropäischen Landschaft“ bestanden.<sup>65</sup> Kroegers Aussage macht an dieser Stelle deutlich, dass sein Sendungsbewusstsein unter Rückgriff auf die Kolonisation des „wilden Ostens“ im Mittelalter mit Hitlers Vorstellung von der Schaffung eines „germanischen Siedlungsgürtels“ als „unbe-

<sup>60</sup> Kroeger, Auszug (wie Anm. 5), S. 53.

<sup>61</sup> Aly, Endlösung (wie Anm. 36), S. 45 f. Den direkten Zusammenhang zwischen „Umsiedlung“ und „Räumung“ des Warthegaus dokumentiert auch die chronologische Darstellung beider Vorgänge.

<sup>62</sup> Erhard Kroeger, Alfred Intelmann, Aufruf an die Deutsch-Balten in Lettland, „Rigasche Rundschau“, 9.10.1939. Zit. nach Loeber, Diktierter Option (wie Anm. 16), Dok. Nr. 129, S. 163.

<sup>63</sup> Kroegers Rede wurde in der Rigaschen Rundschau am 13. November 1939 abgedruckt. Zit. nach Nolte, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 35 ff.

<sup>64</sup> Vgl. Kroegers Vorwort zu Hans Krieg, Baltischer Aufbruch zum deutschen Osten. Berlin/Leipzig 1940, S. 7.

<sup>65</sup> Kroeger, Auszug (wie Anm. 5), S. 190.

zwingbarem Ostwall“ übereinstimmte. Am 30. April 1940 übergab der „baltendeutsche Führer“ dem Gauleiter des Warthelands Arthur Greiser auf einem Festakt „seine“ Volksgruppe zur „Übernahme in das Deutsche Reich“. <sup>66</sup>

Wenngleich Kroegers politisches Engagement keinesfalls repräsentativ für das Gros der deutschbaltischen Umsiedler war, gab es doch eine nicht unbedeutende Gruppe überzeugter deutschbaltischer Nationalsozialisten, vor allem in der jüngeren Generation. Nicht wenige Umsiedler versuchten zudem, sich über Mitgliedschaften in der NSDAP und ihrer Gliederungen eine bessere Position zu sichern: Überzeugung, Opportunismus und Berechnung seien die Gründe für den Eintritt in NS-Formationen gewesen, so Lars Bosse. Unter Verweis auf eine zeitgenössische Quelle beziffert Bosse den Anteil auf 38% aller Männer über 18 Jahre, die Mitglied in der SA, SS oder einer Parteiformation gewesen seien, reguläre NSDAP-Mitglieder sind hier nicht einberechnet. Dies widerspreche Äußerungen über einen sehr hohen Anteil deutschbaltischer Umsiedler. Hans-Erich Volkmann kommt hingegen unter Berufung auf dieselbe Quelle zu dem Schluss, dass „wenn es der Vorsatz des nationalsozialistischen Regimes war, das baltische Deutschtum sehr rasch seines spezifischen Eigenlebens als einer Oberschicht zu berauben, und zwar durch die Integration in die zahlreichen institutionellen Gliederungen der Partei, dann ist dieses Bemühen sicherlich im großen und ganzen gelungen.“ Es habe zudem eine große Zahl von Kriegsfreiwilligen gegeben. <sup>67</sup>

Den Umsiedlern, die sich nicht politisch für den Nationalsozialismus engagierten, fiel die mentale Eingewöhnung schwer und das landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl rangierte vor der deutschen Nationalität. Auch die Unterschiede unter den einzelnen umgesiedelten „volksdeutschen“ Gruppen, die wie etwa die umgesiedelten Rumäniendeutschen nur schlechte deutsche Sprachkenntnisse aufwiesen, erschwerte die Eingliederung. Integrativ mochte zunächst die evangelische Kirche wirken, die jedoch seit 1940 durch Gauleiter Greiser bekämpft wurde. <sup>68</sup> Der Gedanke, eine Schicksalsge-

---

<sup>66</sup> Zitate aus dem „Ostdeutschen Beobachter“ (Posen) (1940), Nr. 125 vom 6.5.1940: „Der entscheidende Schritt zum Leben. Baltendeutsche Abschlusskundgebung und Rechenschaftsbericht der Volksdeutschen Mittelstelle“, S. 3.

<sup>67</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 344, und Volkmann, Ansiedlung (wie Anm. 18), S. 550. Beide Autoren bedienen sich der Quelle: Heinrich Bosse, Deutsche Aussaat, in: Ostland-Kalender 56 (1941), S. 85. Siehe weiter: Schröder, Deutschbaltische SS-Führer (wie Anm. 22), S. 178 f.

<sup>68</sup> So durch das „13-Punkte-Programm“ zur Herstellung der ‚inneren Geschlossenheit‘ der

meinschaft zu sein, wirkte auch nach außen und verstärkte auf Seiten der „Reichsdeutschen“ den Eindruck, einer geschlossenen Clique gegenüberzustehen. Auf einer Großkundgebung in Litzmannstadt brüskierte Gauleiter Greiser 1940 die baltischen Umsiedler und wies deren baltische Forderungen zurück: Die Tatsache, dass man sich 700 Jahre unter fremdem Volkstum erhalten habe, rechtfertige keineswegs die heutigen Machtansprüche auf die Führung.<sup>69</sup> Die meisten deutschbaltischen Umsiedler empfanden sich deshalb als Fremde und nicht zurückgekehrt „Heim-ins-Reich“.

### Emigration oder Vertreibung? Zur Typologisierung der „Umsiedlung“

„Der Führer hat uns gerufen. Wir folgen!“ überschrieb Kroeger seinen gemeinsam mit Intelmann verfassten Aufruf an die Deutschbalten in Lettland.<sup>70</sup> Kroeger und die deutschbaltischen Nationalsozialisten begriffen das „Heim ins Reich“ als Chance, im Rahmen der folgenden „ethnischen Flurbereinigung“ in Osteuropa für sich und „ihre“ Volksgruppe führende Positionen zu erlangen. Die eingangs formulierte Propagandaformel ist indes kaum zur Typologisierung der Baltenumsiedlung in toto geeignet. Dennoch dokumentiert die Haltung Kroegers, dass die Geschichte der „diktierten Option“, wie Loeber die Umsiedlungsaktion kennzeichnete, nicht losgelöst betrachtet werden kann von der nationalsozialistischen Ideologie und ihren Verbrechen im Osten. Obwohl die Protagonisten von Himmler bis Kroeger tatsächlich die Umsiedlung einer geschlossenen Volksgruppe in den politisch-ideologischen Kontext einzuordnen wussten, kann dies nicht ohne weiteres auf die meisten Umsiedler übertragen werden.

Daher stellt sich die Frage nach dem Zwangscharakter der Umsiedlung 1939/40 und damit auch das terminologische Problem, ob die Umsiedlung überhaupt unter den Begriff einer „Zwangsmigration“ gefasst werden kann, von zwei Perspektiven, von „oben“ und von „unten“. Oder, um es anders zu formulieren: Die Typologisierung der Umsiedlung muss sowohl die äußeren, politischen Rahmenbedingun-

---

Kirche, das Greiser im Juli 1940 publizierte. Vgl. hierzu Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 338 ff.

<sup>69</sup> Volkman, Ansiedlung (wie Anm. 18), S. 535.

<sup>70</sup> Erhard Kroeger, Alfred Intelmann, Aufruf an die Deutsch-Balten in Lettland, veröffentlicht in Rigasche Rundschau vom 30.10.1939. Nachweis in: Loeber, Diktierte Option (wie Anm. 16), Dok. Nr. 130, S. 163 f.

gen als auch die „inneren“, psychologisch wirksamen Faktoren, die Beweggründe der Umsiedler, berücksichtigen.

Die deutschbaltische Umsiedlung fand vor dem formalen Hintergrund eines Vertragswerkes statt, dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Unstrittig ist, dass der ausgehandelte Geheimvertrag eine völkerrechtswidrige Aufteilung von Interessensphären vornahm, im Rahmen aggressiver Expansionspolitik und auf Kosten Polens. Zu dem Zeitpunkt, als deutschbaltische Politiker Einfluss nahmen auf den Fortgang der Ereignisse, konnten sie letztlich nur noch versuchen, die Folgen dieses Vertragswerkes in ihrem Sinne zu beeinflussen. Lars Bosse analysierte richtig, dass das Deutsche Reich „wohl auf die Gebiete, nicht aber auf die darin lebenden Deutschen verzichten wollte“, und verwies auf Äußerungen Himmlers aus den Jahren 1939 und 1940.<sup>71</sup> Von einem beabsichtigten dauerhaften „Verzicht“ kann dennoch keinesfalls die Rede sein, vielmehr von einer zeitlichen Verschiebung der militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Die spätere deutsche Besatzungspolitik mit der Bildung des Reichskommissariats „Ostland“ am 17. Juli 1941 verdeutlichte, dass die baltischen Staaten in den territorialen Planungen keinen Sonderstatus einnahmen. Nur wenige Tage zuvor hatte Hitler in kleinem Kreis geäußert, dass die deutsche Wehrhoheit sich bis zum Ural erstrecken solle, das gesamte „Baltenland“ werde deutsches Reichsgebiet.<sup>72</sup> Die Deutschbalten sollten nach einem Erlass des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ nicht für die Wiederbesiedlung der baltischen Staaten verwendet werden, Ausnahmen stellten Parteiveteranen und SS-Protégés dar.<sup>73</sup>

Zwei Tage nach dem Gespräch zwischen Kroeger und Himmler am 25. September 1939 in Zoppot empfing Außenminister von Ribbentrop in Moskau ein Telegramm Adolf Hitlers mit der Aufforderung, über die „Rücksiedlung der Deutschen aus Estland und Lettland“ zu verhandeln. Kroegers Unterredung mit Himmler sei, so Bosse, wohl

---

<sup>71</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 300. Vgl. ebenda, S. 354 die Himmler-Zitate in Anm. 38.

<sup>72</sup> Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und Bormann, 16.7.1941, nach Dietrich Eichholtz, Kriegsziele in der UdSSR, in: „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, hrsg. v. Babette Quinkert. Hamburg 2002, S. 19-43, hier S. 35. Siehe weiter Seppo Myllyniemi, Die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes für die Baltischen Republiken und Finnland, in: Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa“, hrsg. v. Bernd Wegner. München 1991, S. 75-92.

<sup>73</sup> Erlass RKFDV vom 19.8.1941, belegt in: Pinkus, Fleischhauer, Die Deutschen (wie Anm. 19), S. 234-238.

eine „Initialzündung bei der Entscheidungsfindung“ gewesen.<sup>74</sup> Die im Folgenden sehr überstürzt verlaufende Umsiedlung war sicherlich keine deutschbaltische Wunschoption, doch angesichts der Kriegssituation und der machtpolitischen Verhältnisse im Baltikum bot sie den Betroffenen Gelegenheit, in einem mehr oder minder geordneten Rahmen die Heimat zu verlassen, auf der Grundlage der zwischen dem Deutschen Reich und Estland bzw. Lettland geschlossenen Umsiedlungsverträge.<sup>75</sup> Die Klärung der vermögensrechtlichen Fragen spielte eine große Rolle bei allen Verhandlungen, so wie bereits in der Präambel des Umsiedlungsvertrages mit Lettland die Vermögensfrage im Mittelpunkt stand.<sup>76</sup>

Von den äußeren Faktoren her betrachtet kann die Umsiedlung 1939/40 nicht mit einer Deportation oder Vertreibung gleichgesetzt werden, die als Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet unter Zwang definiert ist. Hans Hecker formulierte: „Vertreibung hingegen ist eine von Staats wegen, von der Politik in Gang gesetzte Aktion“, im Falle von Flucht und Vertreibung liege der Zwangscharakter offen auf der Hand.<sup>77</sup> 1939 konnten sich Deutschbalten aber auch zum Verbleib in Lettland und Estland entscheiden, ein Beispiel hierfür war Paul Schiemann als prominenter Vertreter und exponierter Gegner des Nationalsozialismus.<sup>78</sup> Diese Möglichkeit stand 1939 auf rechtlich gesichertem Terrain, denn die Umsiedlungsverträge definierten den Personenkreis der Umsiedler als diejenigen Deutschbalten, die aus der „Staatsangehörigkeit Estlands scheiden wollen“ bzw. als solche, die „freiwillig ihren Beschluss be-

<sup>74</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 299 f.

<sup>75</sup> Verträge in: Loeber, Diktierte Option (wie Anm. 16), Dok. Nr. 250-309. Zum Komplex der deutsch-sowjetischen Verhandlungen Alan Bullock, Hitler und Stalin. Parallele Leben. Berlin 1999, S. 809 ff., und Hellmuth Hecker, Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges. Hamburg 1971, für Estland S. 15-22, für Lettland S. 61-77. Außerdem: Anordnung RKF Heinrich Himmler zur Aufgabenverteilung der Einwanderung der Volksdeutschen aus dem Baltikum vom 3.11.1939, Institut für Zeitgeschichte München, NO-5588.

<sup>76</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 301.

<sup>77</sup> Hans Hecker, Vertreibung und Verfolgung in der jüngeren deutschen Geschichte, in: Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Günther Schulz. München 2001, S. 17-40, zit. S. 24. Neue Erkenntnisse verspricht die Aufsatzsammlung „Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte“, hrsg. v. Dietmar Neutatz und Volker Zimmermann, Essen 2006.

<sup>78</sup> Paul Schiemann lebte nach 1933 in Wien und emigrierte nach dem deutschen Einmarsch in Österreich wieder in seine Heimat Lettland, 1944 starb er in Riga. Siehe dazu Helmut Kause, Der publizistische Widerstand Paul Schiemanns gegen den Nationalsozialismus in den deutschen Volksgruppen, in: Deutschbalten (wie Anm. 17), S. 197-216 und John Hiden, Defender of minorities. Paul Schiemann (1876–1944). London 2004.



kunden, für alle Zeiten aus der lettischen Staatsangehörigkeit auszuscheiden“.<sup>79</sup> Rimscha betonte, dass die deutschbaltischen Umsiedler heute zwar „amtlich und privat als ‚Heimat-Vertriebene‘“ gelten könnten. Um der „simplen geschichtlichen Wahrheit willen“ dürfe aber nicht verschwiegen werden, „dass wir Deutschbalten von unseren Heimatstaaten Lettland und Estland und von der dortigen Bevölkerung, den Letten und Esten, niemals vertrieben worden sind.“<sup>80</sup> Wenngleich viele Deutschbalten im Rückblick als Motivation nicht nur die Angst vor einer folgenden Sowjetisierung des Baltikums benannten, sondern auch die Furcht davor, bei einem Verbleib im Baltikum von den Letten und Esten nicht mehr als nationale Minderheit anerkannt zu werden,<sup>81</sup> war ein Zwangscharakter von staatlicher lettischer oder estnischer Seite nicht gegeben. Es gab für die deutschbaltische Bevölkerung eine Handlungsoption. Die Migration der Deutschbalten in den Warthegau kann daher nicht auf eine Stufe gestellt werden mit den Vertreibungen nach 1945 oder mit den euphemistisch als „Evakuierung“ bezeichneten Polen- und Judendeportationen.

Es stellt sich die Frage, ob aus dem Begriffsfeld der Migration, zu dem alle genannten Typen zählen, nicht der Begriff der Emigration Anwendung finden kann. In Abgrenzung zur „Flucht“, die sich auf starken Druck hin, in der Regel illegal, vollziehe, stelle die „Emigration“ eine vorbereitete Migration dar mit Genehmigung oder Duldung der Behörden der beteiligten Staaten, so Hecker.<sup>82</sup> Zudem habe die Emigration einen Beigeschmack der Unfreiwilligkeit und erfolge eher auf gesellschaftlichen Druck hin, ganz anders als die Auswanderung, die von der Bedeutung her positiv belegt sei. Andererseits lässt der Begriff der Emigration den Aspekt der vertraglichen Regelung der Umsiedlung außer Acht, nicht umsonst definieren Pinkus und Fleischhauer die Umsiedlung als „Vertragsumsiedlung“.<sup>83</sup> Die Überschrift des Kapitels trägt hier indes den missverständlichen Titel „Vertragliche Zwangsumsiedlung“. Dem kann nicht gefolgt werden, denn das Vertragswerk zur Umsiedlung sah nicht die Anwendung von Zwang vor.

---

<sup>79</sup> Umsiedlungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Estland vom 15.10.1939, Art. 2; Lettland: Umsiedlungsvertrag vom 30.10.1939, Art. 1, zit. n. Hecker, Umsiedlungsverträge (wie Anm. 75).

<sup>80</sup> Rimscha, Die „Bewegung“ und die Umsiedlung (wie Anm. 5), S. 278.

<sup>81</sup> Lumans, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 29), S. 160.

<sup>82</sup> Hecker, Vertreibung und Verfolgung (wie Anm. 77). Zur Definition auch im Folgenden vgl. dort S. 23 ff.

<sup>83</sup> Pinkus, Fleischhauer, Die Deutschen (wie Anm. 19), S. 232 f.

Dass die definatorische Abgrenzung der deutschbaltischen Umsiedlung bis heute von Betroffenen bzw. deren Nachkommen oftmals als „Rettungsaktion“ und als erzwungene Migration oder, stärker formuliert, als Vertreibung einer Bevölkerungsgruppe<sup>84</sup> verstanden wird, hängt vor allem mit der emotional besetzten Sicht auf die Vorgänge zusammen, der eingangs erwähnten Perspektive „von unten“.<sup>85</sup> Die Erinnerung vieler Umsiedler erfolgte aus einer Opferperspektive, eine statische Perspektive, die die Einordnung des Geschehens in den historischen Kontext erschwert. Bosse kann hier zugestimmt werden, wenn er für die Motive der Umsiedler und damit für deren individuelle Einordnung des Geschehens feststellt, dass „das Bewusstsein, freiwillig umgesiedelt zu sein, nicht bei allen vorhanden“ war, weil die Motive der Umsiedler überaus unterschiedlich und von einer starken Gruppendynamik geprägt waren.<sup>86</sup>

Anders verhielt sich die Situation nach der sowjetischen Annexion Lettlands und Estlands im Sommer 1940 und der folgenden Sowjetisierung. Die sog. „Nachumsiedlung“ von rund 16 000 Deutschbalten verlief wesentlich ungeordneter und trug den Charakter einer Flucht vor den einrückenden sowjetischen Truppen. Beim jetzigen Forschungsstand kann auch hier nicht pauschal von einer zwangsweisen, organisierten Vertreibung gesprochen werden, eine eingehende Untersuchung der deutschbaltischen Migration nach 1940 und deren Typologisierung bleibt nach wie vor ein Desiderat.<sup>87</sup> Insbesondere die Auswertung von Archivmaterial sowjetischer, lettischer und estnischer Provenienz scheint hier ebenso notwendig wie eine strukturierte Befragung der verbliebenen Zeitzeugen. Dietrich Loebers Urteil, die Umsiedlung aus Estland und Lettland 1939–1941 stelle sich als „Mittel einer imperialistischen Politik“ dar und erscheine in der Durchführung als „Aktion eines totalitär gelenkten Staates“, wirkt vor dem Hintergrund des jetzigen Forschungsstandes zumindest stark verkürzt und der Begriff der „diktierten Option“ ist zwar ein gelungenes Schlagwort, doch keine zutreffende Typologisierung der Umsiedlung der Deutschbalten.<sup>88</sup>

<sup>84</sup> Beispielhaft sei hier die Stellungnahme Klaus Ehrlichs genannt, der sich gegen Lars Bosse wendet: Vom Baltikum in den Warthegau, in: InfoBlatt Baltische Staaten. Mitteilungsblatt des Vereins „Informationszentrum Baltische Staaten e.V.“ (2001), H. 2, S. 41-44.

<sup>85</sup> Interessant ist der Beitrag von Lothar Dittmer und Sven Tetzlaff, „Treibgut der Geschichte“. Flucht und Vertreibung im Blick von Jugendlichen. Erfahrungen aus dem Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, in: Kontrapunkt (wie Anm. 21), S. 245-257.

<sup>86</sup> Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 349.

<sup>87</sup> Dies konstatiert auch Michael Garleff und verweist auf das Erscheinen des zweiten Bandes des Projektes „Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich“ (wie Anm. 17), S. 7.

<sup>88</sup> Loeber, Diktierte Option (wie Anm. 16), S. XIX.

## Von Migranten, Verbannten und Deportierten: Sibirien als Ort der estnischen Geschichte

von Karsten Brüggemann

„Ja Siber on kahtlemata sümbol  
eestlaste viimase poolsajandi mälus“  
Aivar Jürgenson<sup>1</sup>

„Sibirien“ ist eine Metapher, die in unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Kontexten aktiviert werden kann. Ihre Funktion ist dabei keinesfalls auf den russischen Kulturraum beschränkt, da es zweifellos auch eine Außensicht auf Sibirien gibt.<sup>2</sup> Sibiriens unfassbare Größe symbolisiert ursprüngliche Freiheit, doch diente das Land den russischen Zaren wie den Bolschewiki als Gefängnis. Es ist von unberührter Schönheit, aber barbarischem Klima. Es ist unermesslich reich an Bodenschätzen, doch sind seine Bewohner meist unverhältnismäßig arm. Sibirien ist das Hinterland Moskaus, es symbolisiert gleichzeitig Russlands Größe und Zukunft, aber auch seine oft despotische Vergangenheit. Wie kein anderes Projekt ist der Plan, die sibirischen Ströme zur Bewässerung der Steppe umzuleiten, Sinnbild der megalomanen sowjetischen Utopien geworden, die von der Bezwingung der Natur künden sollten. Zweifellos beherbergt Sibirien darüber hinaus eine kulturelle Vielfalt von zivilisatorischen Traditionen, die in der Perspektive des „sich selbst kolonialisierenden Staates“ Russland (Vasilij O. Ključevskij) oft verdrängt wurde und wird. Dabei ist Sibirien keineswegs nur Objekt der russischen Geschichte gewesen: *Cum gra-*

---

<sup>1</sup> „Und Sibirien ist zweifellos ein Symbol in der Erinnerung der Esten an das letzte halbe Jahrhundert.“ Aivar Jürgenson, Üks väikestest Eestidest: Siberi eesti sümbolid [Über eines der kleinen Estlands: Estnische Symbole Sibiriens], in: Aeg ja lugu. Esseed eesti kultuuri loost [Zeit und Geschichte. Essays zur estnischen Kulturgeschichte], hrsg. v. dems. Tallinn 2003 (Ajaloos Instituut. Scripta ethnologica. 5), S. 129-142, hier S. 130.

<sup>2</sup> Die meisten neueren Studien zum Mythos Sibirien beschränken sich auf die russische Innensicht. Vgl. „Between Heaven and Hell“. The Myth of Siberia in Russian Culture, hrsg. v. Galya Diment u. Yuri Slezkine. New York 1993; Mark Bassin, Imperial Visions: Nationalist Imagination and Geographical Expansion in the Russian Far East, 1840-1865. Cambridge 1999; ders., Imperialer Raum – Nationaler Raum: Sibirien auf der kognitiven Landkarte Rußlands im 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 378-403; Susi Frank, Sibirien: Peripherie und Anderes der russischen Kultur, in: „Mein Russland“. Literarische Konzeptualisierungen und kulturelle Projektionen. München 1997 (Wiener Slawistischer Almanach. Sonderband 44), S. 357-381.

*no salis* machte erst Sibirien den Moskauer Staat seit dem späten 16. Jahrhundert zum Vielvölkerreich – und verwandelte sich spätestens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einen Projektionsraum für die sich herausbildende *russische* Identität der Russen.

In seinem symbolischen Gehalt ist „Sibirien“ weit mehr als ein geografischer Begriff. Auf Vasilij N. Tatiščev (1686–1750) geht die virtuelle Grenzziehung am Ural zurück, der zufolge nicht nur Asien seine Westgrenze zugeteilt bekam, sondern auch Sibirien. Diese Gleichsetzung von Sibirien mit einem Teil Asiens schwingt bei vielen Vorstellungen von Sibirien mit. Gerade aus nicht-russischer Perspektive beginnt der metaphorische sibirische Raum (und damit Asien) zuweilen hinter der Wolga, er kann aber auch den gesamten geografischen Norden Russlands bis hin zum Weißen Meer meinen oder gleich an der Ostgrenze der heutigen Staaten Estland und Lettland anfangen. Denn, so lautet eine gewiss nicht marginale Auffassung, war Sibirien nicht immer schon, spätestens seit dem so genannten Mongolenjoch im Mittelalter, die Quelle Moskowiter Asiantums?

Es waren jedoch nicht nur die unwirtlichen Lebensbedingungen, die dieses negative Image „Sibiriens“ beförderten. Sibirien diente den Herrschern über Russland aufgrund seiner natürlichen Gegebenheiten als sicheres Gefängnis. Gleichzeitig war die sibirische Peripherie aber auch günstiger Fluchtort für Kriminelle oder politisch Verdächtige, und selbst als Verbannungsort diente sie in der Revolutionsfolklore der Bolschewiki als eine Art Schule des Lebens im Zirkelwesen der „Katorga i ssylka“ (Zwangsarbeit und Verbannung), wie 1921 kurzerhand eine Zeitschrift benannt wurde, die gleichsam zum „Erinnerungsort“ der „wahren“ Revolutionäre wurde – bis sie 1935 eingestellt wurde.<sup>3</sup> Zum Land der totalen Kontrolle über Gefängnisse, Lager und Verbannungsorte wurde Sibirien erst während des Stalinismus. Auch wenn bereits Aleksandr I. Solženicyns Bild vom „Archipel GULag“ die räumliche Dimension sibirischer Geschichte plastisch machte, sind die tatsächlichen Konsequenzen der Ausdehnung noch kaum untersucht worden. Obgleich die Effizienz der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft von Lagerinsassen und Verbannten mittlerweile angezweifelt wird,<sup>4</sup> stehen die beiden maßgeblichen Narrati-

<sup>3</sup> Siehe hierzu z.B. die Hamburger Dissertation von Sandra Dahlke, Emel’jan Jaroslavskij (1878–1943). Individuum und Herrschaft im Stalinismus. Phil. Diss., Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg 2005, S. 25–34, 41–45, 85–107.

<sup>4</sup> The Economics of Forced Labor. The Soviet Gulag, hrsg. v. Paul R. Gregory u. Valery Lazarev. Stanford 2003; Manfred Hildermeier, Die Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998, S. 528 ff.

ve über Sibirien im Gulag in engem funktionalen Zusammenhang: der Reichtum des Landes und das Gefängnis.

Dass Sibirien im Stalinismus buchstäblich zum Völkergefängnis wurde, verlangt noch nach einer integrativen Darstellung, denn die Schicksale der Nicht-Russen werden oft übersehen.<sup>5</sup> Andererseits verdrängen auch die „Völker der Sowjetunion“ in ihrer Abrechnung mit dem System Moskaus, dass vor allem Russen in Sibirien eingekerkert waren. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Perspektive der estnischen Geschichte auf Sibirien – oder was darunter jeweils verstanden wird. Den einen Blick in den Osten gibt es freilich auch hier nicht. Zu sehr wird die eine, die „nationale“ Sichtweise durch individuelle Erfahrungen gebrochen. Während heutzutage „Sibirien“ in erster Linie an das „Martyrium des Volkes“ unter der Sowjetherrschaft gemahnt, galt es im 19. Jahrhundert auch für einen Teil der Esten als ein reiches Land mit fruchtbarem Boden – ganz im Gegensatz zur kargen Heimat. Diesem Bild – und der estnischen Migration ins Innere Russlands während der späten Zarenzeit – ist ein einleitender Abschnitt gewidmet, bevor sich der Hauptteil mit der Mitte des 20. Jahrhunderts und dem Verständnis von Deportation und Verbannung zu Beginn des 21. Jahrhunderts auseinandersetzt.

Der Begriff von „Sibirien“ hat sich auch in Estland gewandelt. Es gab das „gute“ Sibirien, das den Auswanderern im 19./20. Jahrhundert als Land der Verheißung galt,<sup>6</sup> und es gab das unwirtliche Land, das „böse“ Sibirien, in das Tausende von Esten gegen ihren Willen in den 1940er Jahren verschleppt wurden. Als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Nordosten Estlands im Volksmund als *Eesti Siber*, als „estnisches Sibirien“ bezeichnet wurde, war dies eine Anspielung auf die Verschiebung der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung zugunsten des ostslavischen Elements, aber es bezeichnete auch einen verbreiteten Unwillen der Esten, dorthin zu ziehen.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Auch die neueste Darstellung gibt diesem Faktor wenig Raum: Anne Applebaum, *GULAG. A History*. New York 2003.

<sup>6</sup> Aivar Jürgenson hat in einem interessanten Beitrag darauf hingewiesen, dass die Umsiedler des späten 19. Jahrhunderts zunächst als Verräter kritisiert wurden, weil sie ihr Heimatland verließen. Erst später habe sich die „liberale“ Auffassung durchgesetzt, nach der die Auswanderer als Beleg dafür galten, wie wenig sich die Heimat um ihre Kinder kümmere. Aivar Jürgenson, *Väljarändamisest kodumaa mõiste taustal* [Über die Auswanderung im Kontext des Begriffs Heimatland], in: *Eestlane ja tema maa. Konverentsi „Kodumaa ja kodupaik: eestlase territoriaalne identiteet“* (16.–17. November 1999) materjale [Die Esten und ihr Land. Materialien zur Konferenz „Heimatland und Heimatort: Die territoriale Identität des Esten“ (16.–17. November 1999)], hrsg. v. dems. Tallinn 2000 (Ajaloos Instituut. Scripta ethnologica. 4), S. 49–64.

<sup>7</sup> Zudem wurde Ida-Virumaa seit Mitte der 1950er Jahre auch zur neuen Heimat für eini-

Für sie war (und ist) „Sibirien“ fremd und unwirtlich – eine Erfahrung, die dem kulturellen Gedächtnis der Nation mithin erst von der sowjetischen Okkupationsmacht eingepflanzt wurde.

Grundsätzlich lassen sich für die estnische Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts drei Perspektiven auf „Sibirien“ ausmachen: erstens die der während des Zweiten Weltkriegs nach Westen Geflohenen, zweitens die der in der Estnischen SSR Gebliebenen sowie drittens die derjenigen Menschen, die (oder deren engste Angehörige) tatsächlich Sibirien „erlebt“ haben. Aus nahe liegenden Gründen waren es vor allem die Emigranten, die – während des Kalten Krieges nicht ohne Resonanz – „Sibirien“ verteufelten und damit Moskau meinten, obgleich so gut wie keine Informationen über das Schicksal der Deportierten durch den Eisernen Vorhang drangen. Der antizipierte Horror „Sibirien“ begründete im Exil „a rather undifferentiated martyrological image of Siberia“, wie es Tiina Kirss ausgedrückt hat.<sup>8</sup> Diese ideologisierte Perspektive soll hier ausgespart werden. Nicht zu übersehen ist heutzutage jedoch eine gewisse Prominenz dieser Auffassung von Sibirien in der estnischen Öffentlichkeit, welche in Bezug auf dieses Thema von patriotischen Kräften und den Opferverbänden dominiert wird. Nicht übergangen werden darf jedoch in einem Beitrag über den Ort Sibiriens in der estnischen Geschichte eine weitere Perspektive, welche den estnischen Blick auf Russland insgesamt zu einem nicht unerheblichen Teil prägt: Das linguistisch-kulturelle Interesse der Esten nicht nur an den eigenen Landsleuten, die seit mehr als einem Jahrhundert verstreut in Sibirien siedeln, sondern auch an den finnougriischen Minderheiten in der Russischen Föderation, das zur Zeit wieder an Aktualität gewinnt.

Schließlich gehören die Deportationen von Esten nach Sibirien in den breiteren Kontext der Völkerverschiebungen im mittleren und östlichen Europa im 20. Jahrhundert. Auch wenn es aus der estnischen Perspektive manchmal so erscheinen mag, war das Schicksal der

---

ge der estnischen Sibirien-Heimkehrer, die nicht mehr in ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren durften. Tiina Jaago, „It was all just as I thought and felt‘: One Woman’s World in the Context of 20<sup>th</sup> Century Estonia, in: *She Who Remembers Survives. Interpreting Estonian Women’s Post-Soviet Life Stories*, hrsg. v. Tiina Kirss, Ene Kõresaar u. Marju Lauristin. Tartu 2004, S. 144-165, hier S. 159. Vgl. Olaf Mertelsmann, Die Herausbildung des Sonderstatus der Nordostregion innerhalb der Estnischen SSR, in: *Narva und die Ostseeregion. Beiträge der II. Internationalen Konferenz über die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Russland und der Ostseeregion (Narva, 1.-3. Mai 2003)*, hrsg. v. Karsten Brüggemann. Narva 2004 (*Studia humaniora et paedagogica Collegii Narovensis* 1), S. 105-121.

<sup>8</sup> Tiina Kirss, Introduction, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 13-18, hier S. 14.

Deportierten kein singuläres, gleichwohl jede einzelne persönliche Geschichte in ihrer Singularität unwiederholbar ist. Die Aufgabe, jedem einzelnen Leben gerecht zu werden, ohne die gesamte europäische Entwicklung aus den Augen zu verlieren, ist zwar kaum lösbar. Karl Schlögel zufolge müsse man zunächst die Größe dieser Aufgabe anerkennen – und dann „vor ihr kapitulieren können.“<sup>9</sup> Was sich allerdings für Schlögel als eine Wiederaufnahme eines vom Kalten Krieg verdrängten Forschungszweigs präsentiert, ist in den betroffenen Gesellschaften des ehemaligen sowjetischen Herrschaftsberreichs Teil eines historischen Erbes, das 50 Jahre lang nicht angerührt werden durfte. Heute, 15 Jahre nach der erneuten Unabhängigkeit, haben quantitative Forschungen und die Sammlung von Lebensberichten ihren Höhepunkt bereits hinter sich. Mit dem Schwinden der Erlebnisgeneration ergibt sich nun eine neue Phase der Untersuchung, die in Estland bislang nahezu ausschließlich in den Händen von Ethnologen lag. Die Historiker haben in Estland einiges nachzuholen.

### **Estnische Auswanderung nach Russland in der späten Zarenzeit: das gute Sibirien**

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts lebten über 110 000 Esten (11% aller Esten) außerhalb der eigenen ethnischen Grenzen in Russland,<sup>10</sup> wobei neben den grenznahen Gebieten, dem Petersburger und Pskover Gouvernement, dem nördlichen Teil des Gouvernements Livland und den Städten St. Petersburg und Riga die Krim, der Kaukasus, die Gouvernements Saratov und Samara sowie zuletzt Sibirien als wichtigste Ansiedlungsgebiete zu nennen sind. V.a. die russische Hauptstadt entwickelte sich zu einem estnischen Zentrum. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg lebten hier gut 25 000 Esten, und Petrograd wurde aufgrund zahlreicher Flüchtlinge mit 50 000 Esten 1917/18 zur zweitgrößten estnischen Stadt. Demgegenüber trägt die Auswande-

---

<sup>9</sup> Karl Schlögel, Nach der Rechthaberei. Umsiedlung und Vertreibung als europäisches Problem, in: Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen. Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen, hrsg. v. Dieter Bingen, Włodimierz Borodziej u. Stefan Troebst. Wiesbaden 2003 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. 18), S. 11-38, hier S. 13.

<sup>10</sup> A. Vassar, Uut maad otsimas. Agraarne ümberasumisliikumine Eestis kuni 1863. aastani [Auf der Suche nach neuem Land. Die agrarische Auswanderungsbewegung in Estland bis zum Jahr 1863]. Tallinn 1975, S. 215.

rung der Esten nach Russland insgesamt primär ruralen Charakter. Als Höhepunkt der estnischen Migration nach Sibirien gelten dabei jedoch erst die Jahre nach 1906.<sup>11</sup>

Üblicherweise wird der Beginn der Migrationsbewegung nach Osten mit den 1830er und 1840er Jahren angesetzt, als vor allem sozialökonomische Beweggründe den Gedanken an Auswanderung nahe legten, welche jedoch erst durch die Bauernreformen und die Passbestimmungen Mitte des Jahrhunderts legal möglich wurde.<sup>12</sup> Die Konversionsbewegung Ende der 1840er Jahre, als ca. 60 000 estnische Bauern – immerhin 17% der Bevölkerung des nördlichen Livland – in der Hoffnung, fruchtbare Böden in Russland zu erhalten, bereitwillig den Zarenglauben annahmen, zeigte den deutschbaltischen Grundherren das Potenzial der Unzufriedenen deutlich auf. Insgesamt sind während dieser ersten Phase der Migration bis zu den 1860er Jahren ungefähr 3 600 Esten nach Russland ausgewandert und gelangten bis nach Samara oder auf die Krim.<sup>13</sup>

Nach Sibirien gelangten zuerst Verbannte. Seit den 1820er Jahren entwickelte sich aus dem 220 km nordwestlich von Omsk gelegenen Dorf Ryžkovo eine Mutterkolonie für verbannte Letten, Esten, Ingrier und Finnen, die hier ihre lutherischen Gemeinden aufbauen sollten. Seit den 1860er Jahren wiederum durften die jeweiligen Völker eigene Dörfer gründen, so dass in der Nähe von Omsk die Ansiedlung Vana Viru (Staryj Revel') entstand, die bis heute besteht.<sup>14</sup> Weiter östlich in Sibirien wurde im Minusinskij Rayon am Enisej

<sup>11</sup> Zusammenfassend und mit statistischen Angaben: Toivo U. Raun, Estonian Emigration within the Russian Empire, 1860–1917, in: *Journal of Baltic Studies* 17 (1986), S. 350–363; Tiit Rosenberg, Eestlaste väljaränne 19. sajandil – 20. sajandi algul: taust ja võrdlusjooni naabritega [Emigration der Esten im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Hintergrund und Vergleiche mit den Nachbarn], in: *Eesti kultuur vöõrsil. Loode-Venemaa ja Siberi asundused* [Estnische Kultur in der Fremde. Nordwestrussische und sibirische Siedlungen], hrsg. v. Astrid Tuisk. Tartu 1998, S. 34–59.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu insgesamt: August Nigol, *Eesti asundused ja asupaigad Venemaal* [Estnische Siedlungen und Siedlungsorte in Russland]. Tartu 1918 (*Eesti Kirjanduse Seltsi Kodumaa tundmaõppimise Toimkonna toimetised*. 1); Vassar, *Uut maad otsimas* (wie Anm. 10); Viktor Maamägi, *Uut elu ehitamas. Eesti vähemusrahvus NSV Liidus (1917–1940)* [Beim Aufbau des neuen Lebens. Die estnische nationale Minderheit in der Sowjetunion (1917–1940)]. Tallinn 1980 (russ. als Viktor Maamjagi, *Ėstonskie poselency v SSSR [1917–1940 gg.]*. Tallin 1977).

<sup>13</sup> Raimo Raag, *Pilguheit Venemaa eesti asunduste kujunemisele* [Blick auf die Entwicklung estnischer Siedlungen in Russland], in: *Eesti kultuur vöõrsil* (wie Anm. 11), S. 15–33, hier S. 19.

<sup>14</sup> I.V. Lotkin, *Sovremennye ètničeskie processy u lattyšej i èstoncev Zapadnoj Sibiri* [Gegenwärtige ethnische Prozesse bei Letten und Esten in Westsibirien]. Moskva 1996, S. 17–24; Jüri Viikberg, *Vanematest eesti asundustest Siberis* [Zu den älteren estnischen Siedlungen in Sibirien], in: *Keel ja Kirjandus* (1988), Nr. 5, S. 284–288; Hill Kulu, *Eestlaste tagasiränne*



eine Kolonie für die härter Bestraften begründet. Ausgerechnet bei Minusinsk fanden sich übrigens auch einige estnische Deportierte der 1940er Jahre wieder.<sup>15</sup>

Mit dem Bau der Transsibirischen Eisenbahn öffnete sich Sibirien auch für die innerrussische Migration. Die estnischen Auswanderer, v.a. landlose Bauern oder verschuldete Hofeigentümer, zog es seit den späten 1880er Jahren in die Regionen Tobol'sk, Tomsk, Kansk, Enisej, Krasnojarsk und Vladivostok.<sup>16</sup> 1897 lebten in Sibirien gut 4 000 Esten, die Hälfte davon im Gouvernement Tobol'sk; schließlich erreichten estnische Einwanderer 1899 den Stillen Ozean, wo sie das Dorf Liivküla (Novaja Livonija) begründeten.<sup>17</sup> Auch wenn 1897 nach einem gescheiterten Versuch, sich im Raum Čeljabinsk anzusiedeln, 200 von 500 aus Tartu ausgewanderten Esten unverrichteter Dinge wieder heimkehrten, da sie keine freien Ländereien mehr vorfanden und administrativ abgewiesen wurden,<sup>18</sup> war die Haltung der zarischen Behörden den Zuwanderern aus dem Baltikum gegenüber grundsätzlich positiv. So schrieb Innenminister I.L. Goremykin, dass die Balten sich rasch an die schwierigsten Umstände gewöhnten und sich daher anböten als „Kolonisatoren von Gebieten, die als wenig geeignet für die Ansiedlung (*vodvorenje*) von Bauern aus anderen Gouvernements gelten“.<sup>19</sup> Goremykin war kein Einzelfall. Diese Wertschätzung des fleißigen Siedlers aus dem Baltikum seitens der russischen Administration lässt sich, wie noch zu zeigen sein wird, bis in die 1950er Jahre verfolgen und stellt damit ein klassisches positives Stereotyp dar: Die Balten arbeiten fleißig und effizient.

Nach der Russischen Revolution von 1905 und ihren Exzessen in Est- und Livland emigrierten von 1906 bis 1914 schließlich 18 000-20 000 Menschen aus den von Esten besiedelten Gebieten nach Russland, wovon mehr als 12 000 nach Sibirien und in den Fernen Osten zogen. Gut 10% von ihnen kehrten aber bald wieder zurück, wobei die schlecht ausgebaute Infrastruktur, fehlende medizinische Versor-

---

1940–1989. Lääne Siberist pärit eestlaste näitel [Rückwanderung der Esten 1940–1989. Das Beispiel der aus Westsibirien stammenden Esten]. Helsinki 1997.

<sup>15</sup> Raag, Pilguheit (wie Anm. 13), S. 20. Vgl. Erinnerungen von Deportierten aus dem Raum Minusinsk, in: Siberi lood. „Ära võeti vabadus, jäi järel mälestus...“ [Sibirische Geschichten. „Man nahm die Freiheit, aber es blieb die Erinnerung...“], hrsg. v. Villu Randoja. o.O. 2002.

<sup>16</sup> Raag, Pilguheit (wie Anm. 13), S. 20 f.

<sup>17</sup> Lotkin, Processy (wie Anm. 14), S. 27 f.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>19</sup> Zit. nach E.I. Muravskaja, Migracija pribaltijskogo krest'janstva vo vtoroj polovine XIX – načale XX vv. [Migration baltischer Bauern von der zweiten Hälfte des 19. bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Riga 1986, S. 93; Lotkin, Processy (wie Anm. 14), S. 30.

gung oder schlicht persönliches Unvermögen, sich eine neue Existenz aufzubauen, als ausschlaggebende Gründe hierfür genannt seien.<sup>20</sup> Während des Ersten Weltkriegs kam die freiwillige Abwanderung aus Estland zum Erliegen. Nach zeitgenössischen Angaben von August Nigol lebten 1917 ca. 40 000 Esten in Sibirien, d.h. 16% der insgesamt ca. 250 000 Esten, die außerhalb ihres traditionellen Siedlungsgebiets lebten.<sup>21</sup> Die vom estnisch-sowjetischen Friedensvertrag 1920 vorgesehene Option, die estnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, wurde von ca. 38 000 Esten wahrgenommen, die damals in Sowjet-Russland lebten.<sup>22</sup> Auch bis zu 85% der sibirischen Esten sollen bis Ende 1921 einen Ausreiseantrag gestellt haben, doch gibt ein offizieller Bericht über die Optanten an das estnische Außenministerium nur 21 728 Personen an. Nach Angaben Il'ja Lotkins, der sich auf Tallinner Akten beruft, sind von 1920–1922 13 860 Esten aus Sibirien ausgereist.<sup>23</sup> Das Schicksal der estnischen Siedler in Sibirien während der NĖP, der Zwangskollektivierung und der Terrorjahre bedarf noch weiterer Untersuchung; allein die Jahre des „Großen Terrors“ sollen nach Angaben von Jüri Viikberg über 10 000 sowjetischen Esten das Leben gekostet haben.<sup>24</sup>

Es ist bezeichnend für die Prägung des estnischen kulturellen Gedächtnisses durch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, wenn immer wieder verblüfft betont wird, dass all diese Esten „freiwillig“ nach Sibirien gegangen seien.<sup>25</sup> Diese Verwunderung des estnischen Betrachters von heute ist eindeutig durch den Leidenstopos präfiguriert, mit dem „Sibirien“ üblicherweise verbunden wird. Der positive Mythos Sibiriens als das Land der Freiheit und der unbegrenzten Möglichkeiten, das im Zuge seiner Kolonisation gerade für landlose Bauern aus dem Baltikum Attraktivität besaß, ist in Vergessenheit geraten. Entgegen diesem verbreiteten Stereotyp hat Aivar Jürgenson darauf

<sup>20</sup> Sirje Kivimäe, *Eesti talurahva ümberasumine 20. sajandi algul* [Umsiedlung estnischer Bauern zu Beginn des 20. Jahrhunderts], in: *Eesti ajaloo probleemid* [Probleme der Geschichte Estlands]. Tallinn 1981, S. 66-75; Lotkin, *Processy* (wie Anm. 14), S. 32 f.

<sup>21</sup> Nigol, *Eesti asundused* (wie Anm. 12), S. 9.

<sup>22</sup> Maamjagi, *Ėstonskie poselency* (wie Anm. 12), S. 211.

<sup>23</sup> Lotkin, *Processy* (wie Anm. 14), S. 38 ff.

<sup>24</sup> Hier zit. nach ebenda, S. 44. Bei der entsprechenden Arbeit von Jüri Viikberg, die von Lotkin nicht exakt benannt wird („Viikberg, 1989, 177, 178“), dürfte es sich um die in Tartu 1989 verteidigte Kandidatendissertation „Ėstonskie jazykovye ostrovki i Sibiri. Vozniknovenie, razvitie, kontakty“ [Estnische Sprachinseln in Sibirien. Entstehung, Entwicklung, Kontakte] handeln.

<sup>25</sup> So auch Raag, *Pilguheit* (wie Anm. 13), S. 20. Vgl. Raul Ranne, *Vabatahtlikult Siberisse* [Freiwillig nach Sibirien], in: *Eesti Ekspress* vom 2. November 2000, S. 29; Triin Saarma, *Vabatahtlikult Siberis* [Freiwillig in Sibirien], in: *Eesti Loodus* (2000), Nr. 12, S. 519 f.

hingewiesen, dass gerade die heutigen Nachfahren der estnischen Auswanderer als Beispiel für den positiven Mythos von Sibirien dienen können: Sibirien ist für sie mittlerweile zur Heimat geworden.<sup>26</sup>

### Die Deportationen von 1941 und 1949: das böse Sibirien

Das „schreckliche Jahr“ der ersten sowjetischen Okkupation 1940/41 wartete kurz vor seinem Ende mit einer unerwarteten Kulmination des Terrors auf: der Massendeportation vom 14. Juni 1941. Die nüchterne Statistik, soweit sie bislang bekannt ist, spricht von wenigstens 9 267 Bewohnern Estlands, die dieser konzertierten Aktion zum Opfer fielen, welche in allen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs von der UdSSR besetzten Gebieten Osteuropas gleichzeitig durchgeführt wurde.<sup>27</sup> Damit waren 5 000 Personen weniger von dieser Zwangsumsiedlung betroffen als die vom NKVD offenbar vorgesehenen 14 471 Opfer.<sup>28</sup> Von den Deportierten kehrten 4 264 zurück, so dass nach vorläufigen Schätzungen ungefähr die Hälfte ihr Leben verlor, darun-

<sup>26</sup> Jürgenson, Üks väikestest Eestidest (wie Anm. 1), S. 130 f. Siehe auch: Aivar Jürgenson, *Siberi eestlaste territoriaalsus ja identiteet* [Territorialität und Identität der sibirischen Esten]. Tallinn 2002 (TPÜ humanitaarteaduste dissertatsioonid. 7); Anu Korb, *Virulased*, a Multiethnic and Multicultural Community in Ryzhkov Village, West-Siberia, in: *Pro Ethnologia 15: Multiethnic Communities in the Past and Present*, Tartu 2004, S. 29-47, auch unter der URL <http://www.erm.ee/pdf/pro15/korb.pdf> (letzter Zugriff 22.8.2005), sowie die informative, von Astrid Tuisk betreute Internetdatenbank unter der URL: <http://www.folklore.ee/estonka> (letzter Zugriff 22.8.2005).

<sup>27</sup> Siehe Aleksandr Gur'janov, Überblick über die Deportationen der Bevölkerung der UdSSR in den Jahren 1930–1950, in: *Vertreibungen europäisch erinnern?* (wie Anm. 9), S. 138-143.

<sup>28</sup> Ich beziehe mich hier und im Folgenden auf die die bisherige Forschung zusammenfassenden Angaben von Aigi Rahi-Tamm (Universität Tartu) im sog. „Weißen Buch“, das 2005 von der 1992 vom *Riigikogu* eingesetzten „Staatlichen Kommission zur Untersuchung der Unterdrückungspolitik der Okkupationen“ („Okupatsioonide repressiivpoliitika uurimise riiklik komisjon“) herausgegeben worden ist. Aigi Rahi-Tamm, *Inimkaotused* [Menschenverluste], in: *Valge raamat. Eesti rahva kaotustest okupatsioonide läbi 1940–1991* [Das Weiße Buch. Zu den Verlusten des estnischen Volkes während der Okkupationen 1940–1991]. Tallinn 2005, S. 23-42, hier S. 25. Vgl. Enn Sarv, Peep Varju, *Ülevaade okupatsioonidest* [Überblick zu den Okkupationen], in: Ebenda, S. 9-22, hier S. 13. Im Internet unter: <http://www.just.ee/orb.aw/class=file/action=preview/id=12723/ValgeRaamat.pdf> (letzter Zugriff 22.8.2005). Siehe auch Aigi Rahi-Tamm, *Teise Maailmasõja järgsed massirepressioonid Eestis: allikad ja uurimiseis* [Massenrepressionen in Estland nach dem Zweiten Weltkrieg: Quellen und Forschungsstand]. Tartu 2004; dies., *On the Current State of Research into Soviet and Nazi Repressions in Estonia*, in: *Yearbook of the Museum of Occupation of Latvia 2002, Power Unleashed*. Riga 2003, S. 13-37, sowie unter der URL: [http://www.history.ee/register/doc/artikkel\\_1.html#1](http://www.history.ee/register/doc/artikkel_1.html#1) (letzter Zugriff 22.8.2005). Auf die mittlerweile zahlreich veröffentlichten Namenslisten der Repressionsopfer der Okkupationen wird hier nicht im Einzelnen verwiesen. Vgl. Anm. 35 sowie die Internetressourcen unter [www.okupatsioon.ee](http://www.okupatsioon.ee), [www.s-keskus.arhiiv.ee](http://www.s-keskus.arhiiv.ee), [www.historycommission.ee](http://www.historycommission.ee).

ter v.a. die noch am Tag der Deportation von ihren Familien getrennten Männer (ca. 3 000), die in Lagerhaft gerieten. Hier teilten sie das Schicksal der meisten der ca. 8 000 in diesem einen Jahr Verhafteten. Von ihnen war allerdings knapp ein Viertel noch vor der Deportation umgebracht worden. Die Mehrheit der estnischen Lagerhäftlinge (68%) wurde 1942 erschossen, oft auf der Grundlage von fabrizierten Verschwörungen innerhalb der Lager. Von den Lagerinsassen kehrten nur einige hundert nach Estland zurück.<sup>29</sup> Noch Anfang Juli 1941 folgte die Deportation der Bewohner der westlichen Inseln sowie die forcierte Evakuierung von sowjetischen Funktionsträgern und die Zwangsmobilisierung von weit über 30 000 jungen Männern in die Rote Armee, in deren 22. Territorialkorps bereits 5 573 Esten dienten, die 1940 aus der estnischen Armee „übernommen“ worden waren. Viele dieser Soldaten wurden noch 1941 aufgrund ihrer politischen „Unzuverlässigkeit“ in Arbeitsbataillone gesteckt, in denen nach unbestätigten Angaben bis zu 12 000 Esten gestorben sein sollen.

Am 1. September 1939 hatten auf dem Gebiet der Republik Estland ca. 1 130 000 Menschen gelebt, gut 170 000 im Ausland. Die Zahl der insgesamt 1939–1941 geflohenen, erschossenen, verhafteten, evakuierten oder zwangsmobilisierten Bürger Estlands beträgt nach neuesten Schätzungen bis zu 100 000 Personen (inkl. der „heim ins Reich“ umgesiedelten ca. 16 000 Deutschbalten), von denen gut die Hälfte umkam bzw. nicht mehr nach Estland zurückkehrte.<sup>30</sup> Diese Menschenverluste übertreffen die Anzahl der direkten Opfer des 14. Juni bei weitem, doch bleibt die Deportation das Symbol des ersten Jahres sowjetischer Herrschaft. Sie traf völlig unvorbereitete Menschen, darunter viele alte Leute und Mütter mit ihren Kindern. Über die „kleinen Toten“ der Transporte wurde nirgends Buch geführt, es ist, als ob sie nie existiert hätten.<sup>31</sup> Betroffen waren Angehörige der zuvor Verhafteten, Repräsentanten der estnischen Republik und ihre Verwandten sowie Menschen, die unter das Verdikt „sozial fremdes Element“ fielen. Sie waren in umfangreichen Listen festgehalten worden, die als Grundlage der Deportationen gedient hatten. Während man die Männer in Arbeitslager verfrachtete, gerieten Alte, Frauen und Kinder in die Verbannung. Sie gelangten vorzugsweise in die Gebiete Kirov an der Vjatka und Novosibirsk. Nordrussland und Sibi-

<sup>29</sup> Siehe neben Rahi-Tamm, *Inimkaotused* (wie Anm. 28), S. 25 auch dies., *One Among a Thousand: The Story of a Deportee's Destiny in the Eyes of a Historian*, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 78–88, hier S. 82 f.

<sup>30</sup> Rahi-Tamm, *Inimkaotused* (wie Anm. 28), S. 26; Sarv, Varju, Ülevaade (wie Anm. 28), S. 15.

<sup>31</sup> Rahi-Tamm, *One Among a Thousand* (wie Anm. 28), S. 82.

rien wurden für viele Esten nun zwangsweise zu einer neuen Heimat. Nach Kriegsende erließ Moskau eine Amnestie für minderjährige Verbannte, die davon jedoch nicht gezielt in Kenntnis gesetzt wurden. 850 Esten kehrten in den Jahren 1945–1948 nach Estland zurück, doch wurden 780 von ihnen zu einem späteren Zeitpunkt erneut deportiert.<sup>32</sup>

Die Deportationen hielten in kleinerem Maßstab während der Phase der Sowjetisierung nach 1944 an, so wurden im August 1945 gut 400 Personen großenteils deutscher Herkunft verschleppt. Dabei war die erneute Menschenjagd gut vorbereitet: Auf den während des Krieges angefertigten „schwarzen Listen“ regimefeindlicher Personen sollen über 45 000 Namen gestanden haben. Allein in den ersten Monaten wurden dementsprechend ca. 10 000 Menschen verhaftet, von denen gut die Hälfte ermordet wurde. Insgesamt wurden zu Lebzeiten Stalins ca. 30 000 Menschen verhaftet, von denen wohl ein Drittel umkam. 25 000–30 000 Menschen wurden in derselben Zeit in Straf- und Arbeitslager verfrachtet. Von ihnen kehrten ca. 11 000 nicht mehr zurück.<sup>33</sup> Als größte Einzelaktion gilt darunter die so genannte „Märzdeportation“ des Jahres 1949, die darauf zielte, für die Kollektivierung der Landwirtschaft im wahrsten Sinne den Boden zu „säubern“ und dem bewaffneten Widerstand der so genannten „Waldbrüder“ die Grundlage zu entziehen.<sup>34</sup> Im Zuge dieser Operation „Priboi“ wurden 20 702 Menschen nach Osten deportiert, zum allergrößten Teil Alte, Frauen und Kinder. Nach den heute vorliegenden Angaben starben ca. 3 000 von ihnen während des Transports bzw. in der Verbannung.<sup>35</sup>

Diese Aktion betraf in erheblichem Maße Verwandte der zuvor

<sup>32</sup> Ebenda, S. 81; vgl. Pille Kippar, *Küüditamise lood: Siber 1941* [Geschichten der Deportation: Sibirien 1941], in: *Mäetagused 27* (Tartu 2004), S. 187–211, hier S. 201 ff., auch unter der URL <http://www.folklore.ee/tagused/nr27/kippar.pdf> (letzter Zugriff 22.8.2005).

<sup>33</sup> Rahi-Tamm, *Inimkaotused* (wie Anm. 28), S. 28, 30.

<sup>34</sup> Zu den Waldbrüdern siehe Mart Laar, *The Armed Resistance Movement in Estonia from 1944 to 1956*, in: *The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States*, hrsg. v. Arvydas Anušauskas. Vilnius 2002, S. 209–241. Die Zahlenangaben schwanken zwischen 16 000 und 30 000 Menschen, die bis Mitte der 1950er Jahre aktiv gegen die Okkupationsmacht gekämpft haben sollen. Rahi-Tamm, *Inimkaotused* (wie Anm. 28), S. 29.

<sup>35</sup> Rahi-Tamm, *Inimkaotused* (wie Anm. 28), S. 29. Leo Õispuu nennt 21 251 Deportierte im Laufe des März 1949. *Küüditamine Eestist Venemaale: Märtsiküüditamine 1949* [Deportation von Estland nach Russland: Die Märzdeportation 1949], hrsg. v. Leo Õispuu. Tallinn 1999 (Represseeritud isikute registrid. 5), S. 10. Vgl. *Küüditamine Eestist Venemaale: Juuniküüditamine 1941 & küüditamised 1940–1953* [Deportation von Estland nach Russland: Die Juni-Deportation 1941 und Deportationen 1940–1953], hrsg. v. Leo Õispuu. Tallinn 2001 (Represseeritud isikute registrid. 6).

Arretierten und der „Waldbrüder“, aber auch die einst ökonomisch erfolgreichen Bauern, die zu „Kulaken“ gestempelt wurden; neuere Forschungen auf Bezirksebene haben allerdings herausarbeiten können, wie unterschiedlich die Kriterien waren, die vor Ort von den Repräsentanten des Regimes angelegt wurden. Energischen Maßnahmen einer gehorsamen Bürokratie standen andernorts langsame und unwillige Reaktionen seitens der ausführenden Organe gegenüber, und selbst die Begründungen für die Stigmatisierung eines Bauern als „Kulak“ variierten von Ort zu Ort: mal waren sie dezidiert politisch (NS-Kollaborateur), mal ökonomisch (Hofgröße), vielfach finden sich in den Akten auch nur stereotype Formulierungen.<sup>36</sup>

Die gut 20 000 estnischen Deportierten vom März 1949 wurden zu- meist in den Gebieten Krasnojarsk, Novosibirsk und Irkutsk angesiedelt. In den Jahren 1954–1960 kehrten insgesamt aus den Lagern und Verbannungsorten 27 835 Menschen zurück, manche andere erhielten die Rückkehrerlaubnis auch erst in den 1960er Jahren.<sup>37</sup> Genauere Angaben über die in Haft und Verbannung verstorbenen Personen sowie die Anzahl der neugeborenen Kinder fehlen. Grobe Schätzungen gehen davon aus, dass während des gesamten Zeitraums von 1940–1989 ca. 90 000 Menschen in Folge von Gewaltanwendung der Okkupationsmächte starben und weitere 90 000 Menschen das Land verließen. Dies entspräche 17,5% der Bevölkerung, ausgehend von deren Anzahl Anfang 1939. Hinzu kommt der nahezu komplette Verlust der deutschen, schwedischen und jüdischen nationalen Minderheiten durch Umsiedlung, Flucht und gezielte Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Besatzungsregimes.<sup>38</sup> Dass unter dem sowjetischen Terror in erster Linie die nationale politische und kulturelle Elite zu leiden hatte, muss nicht betont werden. Am Ende des Jahres

---

<sup>36</sup> Anu-Mai Kõll, *Tender Wolves. Identification and Persecution of Kulaks in Viljandimaa*, in: *The Sovietization of the Baltic States, 1940–1956*, hrsg. v. Olaf Mertelmann. Tartu 2003, S. 127–149; David Feest, *Die Sowjetisierung des estnischen Dorfes*. Köln/Weimar 2006 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 40).

<sup>37</sup> Rahi-Tamm, *Inimkaotused* (wie Anm. 28), S. 30.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 23. Die Zeit der deutschen Besatzung gehört nicht in den Kontext „Sibirien“. Für eine vollständige Vorstellung über die Menschenverluste und -verschiebungen in diesen Jahren seien die vorläufig festgestellten Zahlen hier genannt: Bislang stehen 7 798 direkte Opfer der Besatzungsbehörden fest, unter ihnen 929 Juden und 243 Zigeuner. In deutsche Lager und zum Arbeitsdienst in Deutschland wurden ca. 5 000 Esten geschickt, von ihnen sollen gut 1 000 umgekommen sein. Von den 20 000 Freiwilligen und 40 000–50 000 Mobilisierten in deutscher Uniform sind mindestens 10 000, wenn nicht sogar 20 000 während der Kampfhandlungen umgekommen. Die Anzahl der Flüchtlinge nach Westen schwankt in der Literatur von 70 000 bis 80 000 Menschen. Siehe Sarv, Varju, Ülevaade (wie Anm. 28), S. 15 ff.; Rahi-Tamm, *Inimkaotused* (wie Anm. 28), S. 26 ff.

1949 hatte das Land mit dem Estland von 1939 nichts mehr zu tun – das Jahrzehnt hinterließ eine quasi geköpfte Sozialstruktur. Denn wer aus dem Kreis der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten der Republik bis 1944 nicht geflohen war, der fand sich auf den Listen der sowjetischen Organe wieder und sah sich permanenter Gefahr ausgesetzt (auch wenn manche für den Wiederaufbau wichtige Fachleute der Unabhängigkeitszeit, wie z.B. die Architekten, aus Mangel an ideologisch sattelfestem „Ersatz“ zunächst weiter Verwendung fanden<sup>39</sup>. In diesem Sinne kam die Deportation vom März 1949 nicht so unerwartet wie 1941. Nichtsdestotrotz trägt dieser Hinweis dazu bei, sich die Atmosphäre in der Estnischen SSR nach Kriegsende vorzustellen. Wenn schon die Jahre des Päts-Regimes von 1934–1940 als die „schweigende Zeit“ in das historische Gedächtnis des Landes eingegangen sind, dann muss die Zeit des Stalinismus als die „bleierne Zeit“ bezeichnet werden, die in komplettem Widerspruch zur offiziellen Propaganda stand, welche ja vom glücklichen Aufbau kündete. Doch dies ist nicht Thema des vorliegenden Aufsatzes.

### Sibirien im Leben der Deportierten – Leben in der Verbannung

Schon die Überschrift dieses Abschnitts – Leben in der Verbannung – steht in einem eigentümlichen Widerspruch zu der allerorts in Estland geäußerten Überzeugung, Stalin habe einen „Genozid“ an den Esten vollbringen wollen.<sup>40</sup> Zuweilen wird sogar das Wort „Holocaust“ gewählt, um die Absichten Moskaus zu verdeutlichen.<sup>41</sup> Gerade für die Verbannten gilt aber, dass sie grundsätzlich nicht anders behandelt wurden als andere nationale Gruppen von Rechtlosen – inklusive der Russen. In den Erinnerungen der Deportierten wird zudem häufig darauf verwiesen, dass man ja genauso wie die lokale freie Bevölkerung gelebt habe. Meist wurden die Kinder bei ihren Müttern gelassen, die Neugeborenen ihnen nicht entrissen, fast immer scheint es mehrere estnische Verbannte an einem Ort gegeben zu haben, so dass ihnen ein gewisses „nationales“ Leben ermöglicht wurde, zumindest in späteren Jahren. Nach Untersuchungen von Alexander Satiev

---

<sup>39</sup> Am speziellen Fall des Architektenstreits um den Wiederaufbau Narvas behandelt bei Karsten Brüggemann, *Der Wiederaufbau Narvas nach 1944 und die Utopie der „sozialistischen Stadt“*, in: *Narva und die Ostseeregion* (wie Anm. 7), S. 81-103.

<sup>40</sup> Stellvertretend Sarv, Varju, Ülevaade (wie Anm. 28), S. 14, 18.

<sup>41</sup> Heino Noor, *Tervisele tekkitatud püsihahjud [Dauerschäden für die Gesundheit]*, in: *Valge raamat* (wie Anm. 28), S. 52-66, hier S. 53.

von der Universität Calgary überstieg in den 1950er Jahren die Anzahl der in Verbannung Geborenen die Zahl der Toten bei weitem, wobei sich seine Angaben auf alle nationalen Verbannten beziehen und keinen speziell baltischen oder gar estnischen Bezug haben.<sup>42</sup>

Die „Ratio“ der sowjetischen Regierung, wenn man es denn so nennen will, lag nicht in der Vernichtung einer Nation, sondern eher in einem gemischten Kalkül aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen. Einerseits musste das riesige Land wieder aufgebaut und andererseits die Opposition in den annektierten Gebieten ausgeschaltet werden. Die Verbannung und Strafarbeit (wobei die Verbannten für ihre Arbeit entlohnt wurden) galt daher primär einer Art politischen Umerziehung, deren Ideal im ideologisch verklärten Aufbau des Sozialismus im multinationalen Kollektiv eine Voraussetzung für die Verschmelzung der Völker in das „Sowjetvolk“ sah. Etwaige Todesfälle galten als notwendiges Opfer und kennzeichnen nur eine Kontinuität in der sowjetischen Politik: Eine ähnliche Einstellung dem individuellen menschlichen Leid gegenüber prägte auch die Phase der forcierten Industrialisierung des Landes in den 1930er Jahren. Assimilation war das Ziel, nicht Mord. Dass diese Politik in längerer Perspektive auf die Verdrängung, ja Vernichtung der estnischen Kultur hinausgelaufen wäre – ein prägendes Motiv für die Volksfronten der baltischen Sowjetrepubliken Ende der 1980er Jahre –, steht dabei im Zusammenhang mit der die Nation zumindest theoretisch negierenden Utopie der Bolschewiki, die letztlich auch das „Russische“ betraf. Sibirien sollte in dieser Perspektive die Rolle eines „melting pot“ spielen, um auch die Esten, Letten und Litauer für den Sozialismus zu begeistern und zu „echten“ Sowjetmenschen zu machen, „national“ nurmehr in der Form. Dieser primär kulturelle „Genozid“ wäre in dieser Perspektive kein angestrebter, sondern ein in Kauf genommener.

Ungeachtet dessen war die Deportation für die von ihr unmittelbar und mittelbar betroffenen Menschen eine Zeit der Lebensgefahr und stellte meist die eine große Zäsur des Lebens, die sich in den Erinnerungen der Überlebenden deutlich widerspiegelt.<sup>43</sup> Nicht nur

<sup>42</sup> Alexander Satiev, Soviet Ethnic Deportations: Intent versus Outcome (1935–44), Vortrag, gehalten auf dem VII. ICCEES World Congress, Berlin, 29. Juli 2005. Ich danke Alexander Satiev für die Übersendung dieses Manuskripts.

<sup>43</sup> Vgl. neben den Beiträgen in *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7) auch die folgenden Arbeiten: Ene Kõresaar, *The Notion of Rupture in Estonian Narrative Memory: On the Construction of Meaning in Autobiographical Texts on the Stalinist Experience*, in: *Ab Imperio* 5 (2004), Nr. 4, S. 313–339; Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), und



wurden sie jäh gewaltsam aus ihrem Alltag und ihrem sozialen Umfeld in eine unbekannte Zukunft in fremder Umgebung gerissen; als sie seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre sukzessive zurückkehren durften, hatte sich auch ihre Heimat grundlegend verändert, ganz abgesehen von den administrativen Reintegrationshindernissen. Eine Entfremdung, die für die Opfer der Deportationen im Juni 1941 umso krasser ausfallen musste, da sie die Phase der Sowjetisierung der Estnischen SSR nach 1944 nicht erlebt hatten.<sup>44</sup>

Die mittlerweile in Auswahl publizierte Lebensberichte dieser „verlorenen Generation“,<sup>45</sup> verfasst zumeist in den 1990er Jahren, so dass ihre Autoren 1941 im Schnitt kaum älter als 30 Jahre alt waren, bieten Einsicht in unterschiedlichste Schicksale. Nicht alle von ihnen sind buchstäblich nach Sibirien gebracht worden, doch ist „Sibirien“ zum *pars pro toto* für alle Lager- oder Verbannungsorte geworden. Grundsätzlich ist die Erfahrung der 1941 Deportierten von größeren Härten und Verlusten geprägt: Sie traf das Urteil vollkommen unvorbereitet, und ihre ersten Jahre in Sibirien fielen in die Zeit des Krieges, unter dem auch die „freie“ Sowjetbevölkerung stark zu leiden hatte. Trotz der individuellen Unterschiede im Schicksal der Autorinnen und Autoren gibt es einige immer wiederkehrende Topoi dieser Texte, unabhängig vom Zeitpunkt der Verschleppung. Der „Alptraum“ der Deportation,<sup>46</sup> die Enge in den Viehwaggons, die Toten während

---

Mall Hiimäe, Küüdituna Siberis [Als Deportierter in Sibirien], in: Eestlane ja tema maa (wie Anm. 6), S. 122-139.

<sup>44</sup> Zwei auch in deutscher Sprache erschienene literarische Auseinandersetzungen mit diesem Thema: Viivi Luik, *Seitsmes rahukevad*. Tallinn 1985 (dt. *Der siebte Friedensfrühling*. Hamburg 1991); Jaan Kross, *Väljakaevamised*. Tallinn 1990 (dt. *Ausgrabungen*. Frankfurt a.M. 1995).

<sup>45</sup> Das Sammeln von Erinnerungen begann noch während der Perestrojka, angeregt vom „Eesti Muinsuskaitse Selts“ („Estnischer Denkmalschutzverein“). Neben den lebensgeschichtlichen Interviews, die vom „Eesti Rahva Muuseum“ („Estnischen Nationalmuseum“) durchgeführt wurden, entwickelte sich eine umfangreiche Sammlung von frei verfassten Lebensgeschichten, organisiert von der „Ühendus Eesti elulood“ („Vereinigung estnische Lebensgeschichten“). Vgl. Rutt Hinrikus, Ene Kõresaar, *A Brief Overview of Life History Collection and Research in Estonia*, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 19-34; Texte in: *Naised kõnelevad* [Frauen sprechen], hrsg. v. Eve Annuk. Tartu 1997; *Eesti elulood. Kured läinud, kurjad ilmad* [Estnische Lebensgeschichten. Ziehen die Störche davon, gibt es böses Wetter], hrsg. v. Merle Karusoo. Tartu 1997; *Eesti elulood. Me tulime tagasi* [Estnische Lebensgeschichten. Wir kamen zurück], hrsg. v. Rutt Hinrikus. Tartu 1999; *Eesti rahva elulood* [Lebensgeschichten des estnischen Volkes], hrsg. v. Rutt Hinrikus. 3 Bde., Tallinn 2000–2003. Kürzlich erschien auch ein erster Band mit Erinnerungen in russischer Sprache: *Rasskaži o svoej žizni* [Erzähle von Deinem Leben], hrsg. v. Rutt Hinrikus u. Volita Paklar. Tallinn 2005.

<sup>46</sup> Über die Umstände der eigentlichen Vertreibung von Haus und Hof gibt es verschiedene Berichte. Mal ging es hektisch und aggressiv zu, mal ließ man den Menschen Zeit; mal gab der Este unter den Uniformierten gute Ratschläge, mal war es der Russe, der

des Transports zum Bestimmungsort – meist Alte und Kinder –, die Trennung von den Männern, der Hunger der ersten Monate und die Umstellungsschwierigkeiten in der neuen Umgebung – für die ein Ortsname wie Nedostupnyj („unzugänglich“) als sprechendes Beispiel genannt sei. Nur die wenigsten Esten sprachen ja Russisch oder waren Waldarbeit unter den klimatischen Bedingungen im hohen Norden gewöhnt. Vor allem 1941 und 1942 war die Sterblichkeit unter den Verbannten extrem hoch: Sie starben vor Kälte im harten Winter, sie starben vor Hunger und Hoffnungslosigkeit.<sup>47</sup>

Oft empfing die „freie“ lokale russische Bevölkerung die Neuankömmlinge aus dem Baltikum mit heftigem Misstrauen, da sie ihnen durchweg als „Banditen“ und „Faschisten“ angekündigt worden waren. Nur zu den Vertretern der anderen vertriebenen Völker war der Kontakt den Berichten zufolge meist von Beginn an freundlich.<sup>48</sup> Das Verhältnis zu den Russen, unter denen ja auch oft Verbannte waren, habe sich jedoch rasch entspannt. Während des Krieges verband die Familien die Trauer um die verstorbenen oder gefallenen Männer. In erster Linie jedoch seien die Esten aufgrund ihrer Arbeitsbereitschaft und -leistungen rasch respektiert worden. Gern wird als Beleg hierfür davon berichtet, wie sich die örtliche Administration später dagegen wehrte, die Abreiseerlaubnis auszustellen, da man die geschätzten Arbeitskräfte nicht verlieren wollte. Aigi Rahi-Tamm zufolge könne man Innovationen in der lokalen Tierzucht, Landwirtschaft, Fischerei und im Forstwesen Sibiriens mit den Deportierten aus dem „Westen“ in Verbindung setzen. Sie hätten ebenso die lokalen Bibliotheken offen gehalten wie die medizinische Versorgung gesichert. Die Wertschätzung den Esten gegenüber aufgrund ihrer Arbeit halte sich in den ehemaligen Verbannungsgebieten bis heute.<sup>49</sup>

Schließlich erreichten die Deportierten (in den Lagern wie in den Verbannungsorten) die ersten Briefe und Pakete aus der Heimat, womit sich allmählich, oft auch erst nach Stalins Tod, eine Normalisierung der Umstände ankündigte. Fremd blieben einige der lokalen Sitten,<sup>50</sup> doch man lebte sich ein. In vielen Lebenserzählungen fun-

---

wortlos Werkzeug und nützliche Haushaltsgegenstände nahm und in das Gepäck legte. Er hatte eben eine Vorstellung davon, wohin die Reise ging. Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), S. 192.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 192-196.

<sup>48</sup> Hiimäe, *Küüdituna* (wie Anm. 43), S. 123 f.

<sup>49</sup> Rahi-Tamm, *One Among a Thousand* (wie Anm. 28), S. 84 f.; Hiimäe, *Küüdituna* (wie Anm. 43), S. 124 f.

<sup>50</sup> Hiimäe, *Küüdituna* (wie Anm. 43), S. 125 ff., zählt einige der typischen, in den Erinnerungen wiederholt anzutreffenden Stereotype über die Russen auf (Trinken, Grölen,

giert die mitgebrachte Nähmaschine als lebensrettendes Gerät, da die Frauen für ihre Nachbarinnen Näharbeiten übernehmen konnten.<sup>51</sup> Oder eine gut ausgebildete und des Russischen mächtige Estin schrieb für ihre analphabetischen russischen Nachbarinnen Briefe an die Front.<sup>52</sup> Verhältnismäßig großen Raum nehmen in den Erzählungen die „positiven“ Aspekte der Zwangsumsiedlung ein, worunter auch die Bekanntschaft mit einer fremden Kultur und Landschaft gezählt wird. Hinzu kommen die persönlichen Erfahrungen wie die Erziehung der eigenen Kinder oder sogar die Geburt von neuen Kindern, hinzu gesellt sich oft auch eine neue Liebe. Zu diesen positiven Dingen gehören auch eine gewisse Freude an den Früchten harter Arbeit sowie eine demonstrative stoische Ruhe allen Fährnissen gegenüber – Eigenschaften, die Tiina Kirss zufolge innerhalb der estnischen Kultur sehr geschätzt sind: „physical and psychological struggles and weaknesses are rendered, if at all, through the texts’ silences.“<sup>53</sup> Für die (meist männlichen) Erinnerungen an die Straflager gilt diese Beobachtung jedoch nur bedingt, trotz oder gerade wegen der zurückhaltenden Sprache, in der diese Texte abgefasst sind.<sup>54</sup>

Die Mehrzahl der Autoren dieser Erinnerungen ist in der Estnischen Republik der Zwischenkriegszeit groß geworden, was sich an ihren Schilderungen etwa der harmonischen Kindheit in den 1930er Jahren ablesen lässt, die in der Erinnerung dieser Menschen gleichsam gekennzeichnet war von nationaler Symbolik. Freilich darf nicht übersehen werden, dass außerhalb des engen familiären Rahmens die Artikulation dieser Erlebnisse aus der Zeit vor 1940 und nach der Deportation in der Estnischen SSR nicht möglich war.<sup>55</sup> In die-

---

ungebetenes Eintreten, Essen auf dem Friedhof) und vermutet, die Esten hätten einige ihrer Vorurteile bereits aus der Heimat mitgebracht. Sie berücksichtigt nicht, dass diese Texte meist in den 1990er Jahren verfasst wurden, weshalb die Erfahrung mit den Russen nach der Rückkehr in die Estnische SSR u.U. prägender gewesen sein dürfte als die Zeit vor der Deportation. Persönlichen Kontakt mit Russen hatten die ländlichen Einwohner Estlands vor März 1949 nur selten.

<sup>51</sup> Rahi-Tamm, *One Among a Thousand* (wie Anm. 28), S. 81. Vgl. z.B. die Erinnerungen von Helbi Übius, in: *Siberi lood* (wie Anm. 15); Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), S. 201.

<sup>52</sup> Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), S. 200.

<sup>53</sup> Tiina Kirss, *Three Generations of Estonian Women: Selves, Lives, Texts*, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 112-143, hier S. 141.

<sup>54</sup> Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), S. 208 f., zufolge sind die Erzählungen der Männer sachlicher, faktenorientierter und analytischer, während die Frauen emotionaler schreiben und mehr auf die Beziehungen zu anderen Menschen achten.

<sup>55</sup> Terje Anepaio spricht von „sozial konstruiertem Vergessen“ in Anlehnung an D. Middleton und D. Edwards. Terje Anepaio, *Eesti mäletab!? Repressiooniteema retseptioon Eesti ühiskonnas* [Estland erinnert sich!? Die Rezeption des Repressionsthemas in der estnischen

sem privaten kleinen Kreis jedoch wurden diese Menschen zu den Gewährsleuten des „anderen“ Estland, das es nicht geben durfte: dem unabhängigen Staat und dem Estland in Sibirien.<sup>56</sup> Nicht überraschend ist es, dass zu den emotionalen Höhepunkten der Erinnerungen das Erlebnis der estnischen Kultur in der Fremde gehört, wenn die alten Lieder (oft mit neuem Text) gesungen und sozialistische Lieder parodiert wurden, wenn man sich in der Freizeit zusammensetzte und Erinnerungen austauschte oder Briefe und Zeitungen aus der Heimat vorlas. Großer Wert wurde auf die möglichst „estnische“ äußere Form bei Ritualen wie Hochzeiten oder Beerdigungen sowie die Einhaltung der Feiertage gelegt. Der traditionelle Johannestag wurde oft gemeinsam mit den Letten begangen, und in den späteren Jahren feierte man alle möglichen Feste, seien sie privat oder offiziell, gemeinsam mit lokalen Einwohnern.<sup>57</sup> Die Solidarität der Esten untereinander war allem Anschein nach sehr stark – und wichtig für das Überleben in der fremden Welt. Wahrscheinlich unter dem Einfluss der Zeit, in der die Erinnerungen abgefasst worden sind, steht die häufig anzutreffende kategorische Verneinung der Frage, ob es gemischte Paare gegeben hätte. „Estnische Mädchen heiraten keine Fremden“ – dass es demgegenüber trotzdem zahlreiche Ehen von Estinnen oder Esten mit Partnern russischer, ukrainischer, lettischer, deutscher, tatarischer oder kalmückischer Herkunft gab, gibt eine Vorstellung auch vom Grad der Eingewöhnung gerade jüngerer Menschen an das neue multikulturelle Umfeld. Erinnerung werden diese Mischehen dennoch als Normbruch, der offenbar mit dem Selbsterhaltungsinstinkt eines kleinen Volkes im Widerspruch steht.<sup>58</sup>

Geschimpft wird in diesen Texten nicht auf die Administration vor Ort in Sibirien, geschimpft wird nicht einmal auf die „Männer

---

Gesellschaft], in: *Mälu kui kultuuritegur: Etnoloogilisi perspektiive* [Erinnerung als Kulturfaktor: Ethnologische Perspektiven], hrsg. v. Ene Kõresaar u. Terje Anepaio. Tartu 2003, S. 206-230, hier S. 209. Vgl. dies., *Reception of the Topic of Repressions in the Estonian Society*, in: *Pro Ethnologia 14: Whose Culture?* Tartu 2002, S. 47-65, auch unter der URL <http://www.erm.ee/pdf/pro14/terje.pdf> (letzter Zugriff 22.8.2005); dies., *Boundaries in the Soviet society. The case of the repressed*, in: *Making and Breaking of Borders. Ethnological Interpretations, Predentations, Representations*, hrsg. v. Teppo Korhonen, Helena Ruotsala u. Eeva Uusitalo. Helsinki 2003 (Studia Fennica. Ethnologica. 7), S. 67-78.

<sup>56</sup> Ene Kõresaar, *Lapsepõlv kui ajaloopilt. Rahvuse ja riigi metafoorne kujutamine vanemate eestlaste lapsepõlvemälestustes* [Kindheit als Abbild der Geschichte. Metaphorische Herausbildung von Nation und Staat in den Kindheitserinnerungen älterer Esten], in: *Mälu kui kultuuritegur* (wie Anm. 55), S. 60-91, hier S. 69 f.

<sup>57</sup> Vgl. z.B. die Erinnerungen von Helbi Übius, in: *Siberi lood* (wie Anm. 15), S. 136, und *passim*.

<sup>58</sup> Hiimäe, *Küüdituna* (wie Anm. 43), S. 135.

in schwarz“ des NKVD, verachtet werden die (estnischen) Denunzianten in der Heimat, die oft mit Namen genannt werden.<sup>59</sup> Dies mag tatsächlich eine Spätfolge der so erschwerten Rückkehr nach Hause sein. Diese Rückkehr war nicht nur emotional schwer zu bewältigen, wenn das eigene, in Estland zurückgelassene Kind die Mutter nicht mehr erkannte,<sup>60</sup> oder die Mutter des vermeintlichen Denunzianten nur ein spöttisches „Ist die sibirische Prinzessin wieder da?“ äußerte.<sup>61</sup> Für Jugendliche, denen die „fremde“ Umgebung in Sibirien zur eigentlichen Heimat geworden war, die Estnisch nur mit Akzent beherrschten, war die Rückkehr der Familie nach Estland mit gewaltigen Identitätsproblemen verbunden.<sup>62</sup> Diese Rückkehr sah auch lange getrennte Familien vor neuen Zerreißproben, schon weil die Skepsis den Sibirien-Heimkehrern gegenüber groß war – und das nicht nur bei den Organen der Macht. Hinzu kamen die Beschränkungen in der Wahl des Wohnorts oder bei der Berufswahl. Öffnen konnten viele sich nur im Kontakt mit anderen Heimkehrern. Die Entfremdung der Lebenswelten war oft unüberwindlich.<sup>63</sup> Manche waren sogar bereit, nach Sibirien zurückzukehren.<sup>64</sup>

### Sibirische Erfahrungen und die heutige estnische Gesellschaft

In der Perspektive der von den Deportationen verschont gebliebenen bzw. der geflüchteten Esten werden die Schicksale der Verschleppten unter dem einen großen Narrativ des „sibirischen Märtyrertums“ subsumiert. Und auch die Deportierten selbst neigen zu solchen Stilisierungen, wenn sie über verstorbene Verwandte oder Bekannte schreiben, die infolge der Repression ums Leben gekommen sind.<sup>65</sup> Rutt Hinrikus, die Vorsitzende der „Ühendus Eesti elulood“ („Vere-

<sup>59</sup> Kirss, *Three Generations* (wie Anm. 53), S. 136, Anm. 23.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 130 f.

<sup>61</sup> Rahi-Tamm, *One Among a Thousand* (wie Anm. 28), S. 86.

<sup>62</sup> Hier treffen sich die Erfahrungen der in Sibirien aufgewachsenen jungen Generation mit denjenigen ihrer Landsleute, die in Westeuropa oder Nordamerika aufwuchsen: der rasche Verlust der Sprache. Vgl. die Erinnerungen von Ilse Kotter, die selbst in Sibirien war, während ihr Kind in den USA aufwuchs. Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), S. 197; Rajmo Raag [Raimo Raag], *Nacional'nyj identitet i kul'tura éstoncev, živuščich na zapade. 1944–1991* [Nationale Identität und Kultur der Esten, die im Westen leben. 1944–1991], in: *Samoopredelenie i nezavisimost' Éstonii* [Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Estlands], hrsg. v. A. Bertriko. Tallinn 2001, S. 197-215.

<sup>63</sup> Anepaio, *Eesti mäletab!*? (wie Anm. 55), S. 208.

<sup>64</sup> Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), S. 205.

<sup>65</sup> Vgl. z.B. die Geschichte von Silima Mann, aufgeschrieben von ihrer Tochter Helmes

nigung estnische Lebensgeschichten“), schrieb, dass es der estnischen Öffentlichkeit nicht auf Einzelheiten des Leids ankomme. Die Relevanz für das persönliche Schicksal, die z.B. das Jahr der Deportation, die genaue Strafe – ob Lager oder Verbannung – oder der jeweilige Ort der Strafabbüßung besaßen, falle nicht ins Gewicht: „One theme, one experience.“<sup>66</sup>

Ende der 1980er Jahre jedoch sah dies anders aus. Eine ganze Gesellschaft entdeckte ihre über Jahrzehnte unterdrückte Geschichte neu und wurde sich über das Ausmaß des Leids erst richtig bewusst, das der Stalinismus über sie gebracht hatte. Für die ehemaligen Deportierten brachte dies nicht nur die endgültige Rehabilitation, sondern auch zum ersten Mal in ihrem Leben ein öffentliches Forum, das sich für ihre Geschichte interessierte. Der Bruch in ihrer persönlichen Biografie geriet zum Symbol für den Bruch in der nationalen Geschichte. Dieser Bruch im Leben der Nation wurde mit Vehemenz der traditionellen Aufbruch-Rhetorik der sowjetischen Historiografie entgegengehalten.<sup>67</sup> Und die Opfer der Repressionen wurden zu Kronzeugen der nationalen Emanzipation von Moskauer Bevormundung. Schließlich wurde 1989 der Verband „Memento“ ins Leben gerufen, dessen vordringlichste Aufgabe es bis heute ist, die Erinnerung an den (sowjetischen) Terror wach zu halten. Das soziale Gedächtnis der Gesellschaft wurde damit aus einem privaten Stadium in ein öffentlich organisiertes überführt: Nun schrieben auch die Geschichtsbücher über die Deportationen. Die historische Forschung wurde koordiniert, Denkmäler errichtet und Leiden öffentlich kommemoriert. Schließlich wurden der 25. März und der 14. Juni zu staatlichen Gedenktagen erklärt.<sup>68</sup> Einher ging mit dieser institutionalisierten Erinnerung in der wiederentstandenen Republik zumindest zeitweilig eine ungeahnte Aufwertung des persönlichen Status der Repressionsopfer.

---

Tunga, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 262-267. Siehe dazu Kirss, *Three Generations* (wie Anm. 53).

<sup>66</sup> Rutt Hinrikus, *Deportation, Siberia, Suffering, Love. The Story of Heli*, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 62-77, hier S. 63. Zur „Ühendus Eesti elulood“ siehe <http://www2.kirmus.ee/elulood/en/onthe.html>.

<sup>67</sup> Karsten Brüggemann, *Von der Renationalisierung zur Demontage nationaler Helden Oder: „Wie schreibt man estnische Geschichte?“*, in: *Osteuropa* 51 (2001), S. 810-819; ders., *„Wir brauchen viele Geschichten“*. Estland und seine Geschichte auf dem Weg nach Europa?, in: *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas*, hrsg. v. Helmut Altrichter. München 2005 (Schriften des Historischen Kollegs. 61), S. 27-50.

<sup>68</sup> Anepaio, *Eesti mäletab!*? (wie Anm. 55), S. 210-214.

Doch die rückwärtsgewandte Gesellschaft verwandelte sich rasch. Mitte der 1990er Jahre setzten zwar die ethnologischen Sammlungen von Lebensgeschichten ein, doch blieben sie meist den Leidensgenossen und schließlich den Wissenschaftlern vorbehalten. Die Erinnerung wurde, wie Terje Anepaio dargelegt hat, reprivatisiert: „Es gibt kein gemeinsames Erinnern mehr wie vorher. Bei den Erinnerungsveranstaltungen stellen die Repressierten selbst zum großen Teil das Publikum, die folgenden Generationen sucht man vergebens.“<sup>69</sup> Hinzu kamen Konflikte über die materielle Lage der zumeist von ihrer Pension lebenden Rentner, Restitutionsfragen und ein allgemeines Gefühl, von der dynamischen Entwicklung des Landes übergangen zu werden. Ihr Leid interessierte nicht mehr. Aus ihrem lebensgeschichtlichen Kontext erklärt es sich aber auch, dass diese Menschen der neuen unabhängigen Republik, dem historischen Kontext ihrer Erinnerungsarbeit, kritisch gegenüberstehen, da sie zu denjenigen zählen, deren Bild von der Republik der Zwischenkriegszeit nostalgisch verklärt ist – was nicht zuletzt auf die sibirische Verbannung zurückzuführen ist. Die zu Beginn der Dekade durchaus politisch gewollte positive Beurteilung des autoritären Regimes von Konstantin Päts von 1934–1940 machte einer dominanten Zukunftsorientierung Platz, die mit den Idealen der Erlebnisgeneration nicht zu vereinbaren war. Karl Schlögel schrieb über die deutschen Vertriebenenverbände, sie seien zu „Clubs zur Pflege eines Deutschtums [geworden], das es längst schon nicht mehr gab“, in ihnen hätten sich Menschen gesammelt, „die in der Gegenwart noch immer nicht angekommen waren.“<sup>70</sup> Diese Beobachtung dürfte auch auf die estnischen Organisationen zutreffen. Schlögels weitere Ausführungen – „verkürzt und zugespitzt“ – könnten auch aus einer Beschreibung der estnischen Repressiertenverbände im Jahre 2005 stammen:

„Sie [die Vertriebenen; K. B.] waren oft misstrauisch gegen Leute von draußen, gegen Leute, die nicht zu ihnen und ihren Kreisen gehörten. Wer es nicht selbst mitgemacht hatte, konnte auch nicht mitreden über das, was Leid und Katastrophenerfahrung war. Darüber wussten nur sie alleine Bescheid. Es gab so etwas wie ein Monopol auf Leidenerfahrung – niemand außer ihnen kannte sich da besser aus. Sie hatten eine Art Alleinvertretungsanspruch in deutschen Angelegenheiten

<sup>69</sup> Ebenda, S. 214–219, Zitat S. 218.

<sup>70</sup> Schlögel, Nach der Rechthaberei (wie Anm. 9), S. 15.

gegenüber dem Osten aufgebaut, und niemand sollte ihnen da dreinreden.“<sup>71</sup>

Vor allem der letzte Punkt wird jedes Mal aktuell, wenn der große Nachbar im Osten seine propagandistischen Krallen zeigt und sich eine warnende Stimme aus dem Kreis der Repressierten erhebt, wie zuletzt geschehen in den Debatten um den 9. Mai 2005 oder um den estnisch-russischen Grenzvertrag. Zweifellos, und im Gegensatz etwa zur Bundesrepublik oder der DDR, verlief in Estland die Rekonstruktion der gesellschaftlichen Erinnerung an das Leid der Groß- bzw. Elterngeneration insgesamt erfolgreich, sie war eine der Triebfedern der Unabhängigkeitsbewegung. Allerdings um den Preis, dass heute nur mehr das kollektive Leiden „des Volkes“ erinnert wird. Auf Initiative des ehemaligen Präsidenten Lennart Meri startete zum 60. Jahrestag der Deportation von 1941 eine groß angelegte Aktion, in deren Zuge die Überlebenden mit Medaillen ausgezeichnet wurden. Gleichzeitig wurde ein Schülerwettbewerb ausgerufen, in dessen Rahmen die jüngste Generation die Geschichten der Groß- und Urgroßeltern aufzeichnen sollte und dessen Ergebnisse publiziert worden sind.<sup>72</sup>

So sind die Erfahrungen der Sibirienjahre mittlerweile eingeschrieben worden in das historische Gedächtnis der Gesellschaft, doch fehlt den immer noch zahlreichen Überlebenden und den in der Verbannung Geborenen der Resonanzboden für ihre persönlichen Schicksale. Die öffentliche Erinnerung an die Stalinsche Repressionspolitik, welche unter der allgemeinen Chiffre „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ abgespeichert ist, nimmt immer mehr rituellen Charakter an. Mehr als Daten im Gedenkkalender und Orte des öffentlichen Erinnerns haben die 1990er Jahre den Opfern der Repressionen nicht hinterlassen. Die Verarbeitung des persönlichen Traumas bleibt ohnehin, wie schon zur sowjetischen Zeit, Privatsache. Vielleicht ist es aber auch immer noch eine Frage der Distanz zwischen den in

---

<sup>71</sup> Ebenda. Vgl. Karl Cordell, *The Past, the Present, and Virtual Reality: A Comparative Assessment of the German *Landsmannschaften**, in: *Journal of Baltic Studies* 37 (2006), S. 22-47.

<sup>72</sup> *Vaikimise vāraval. Kooliõpilaste kogutud mälestusi küüditamisest. Vabariigi Presidendi ajaloomälestuste võistluse töid [Am Tor des Schweigens. Von Schülern gesammelte Erinnerungen an die Deportation. Arbeiten für den vom Präsidenten der Republik ausgerufenen Geschichtswettbewerb]*, hrsg. v. Krista Mõisnik u. Eneken Helme. Tallinn 2001. Vgl. Kippar, *Küüditamise lood* (wie Anm. 32), S. 189 f.



Estland Verbliebenen und den Deportierten, dass es keinen Dialog über das Leid gibt. Andererseits sind die von Rutt Hinrikus publizierten „Estonischen Lebensgeschichten“ offenbar ein kommerzieller Erfolg geworden – nicht zuletzt dank der äußerst intensiven Lektüre, die sie bieten – und strafen denjenigen Lügen, der ein zunehmendes Desinteresse der Gesellschaft an der leidvollen Vergangenheit konstatiert. Das Problem der unmittelbaren Kommunikation zwischen den Generationen kann man mit staatlichen Wettbewerben zwar nicht lösen, doch hat Meris Aktion den Dialog und das Interesse an dem persönlichen Schicksal belebt.<sup>73</sup> An der Rezeption der Deportiertenschicksale in der Öffentlichkeit wird sich gleichwohl wenig ändern. Der 65. Jahrestag der Junideportationen steht ins Haus, den Märzdeportationen wird 2009 gedacht werden. Auch die noch lebenden Opfer der Deportationen aus Estland werden sich darauf einstellen müssen, dass ihr Schicksal Gegenstand ritualisierter Erinnerungsbekanntnisse wird.

### Sibirien, Estland und das „Jahrhundert der Vertreibungen“

Sibirien ist Ort der estnischen Geschichte, es ist zu einem Erinnerungsort der Esten geworden: „a symbolic element of the memorial heritage of [the] community“ (Pierre Nora).<sup>74</sup> „Sibirien“ ist ein Symbol der unfreiwilligen Zugehörigkeit zur UdSSR, wie vielleicht sonst nur die demografischen Veränderungen in der nationalen Zusammensetzung des Landes. Sibirien ist die Metapher für die „victimisation“ of the Estonian nation,<sup>75</sup> aber auch für den Überlebenswillen eines kleinen Volkes. Es verweist auf eine Wunde in der Geschichte, die kaum zu heilen ist, da die persönlichen Verluste durch öffentliches Erinnern oder gar durch materielle Entschädigung nicht ungeschehen gemacht werden können. Die Vertreibung aus der Heimat war im Falle der meisten überlebenden Esten zeitweilig, die traumatische Erfahrung bleibt – wie bei den vielen anderen Vertriebenen, Ver-

---

<sup>73</sup> Anepaio, *Eesti mäletab!*? (wie Anm. 55), S. 224 ff.

<sup>74</sup> Pierre Nora, *From lieux de mémoire to realms of memory*, in: *Realms of Memory. Rethinking the French Past*. 3 Bde., hrsg. v. Lawrence D. Kritzman. New York 1996–1998, hier Bd. 1, New York 1996, S. XV–XXIV, hier S. XVII.

<sup>75</sup> Ene Kõresaar, *Private and Public, Individual and Collective in Linda's Life Story*, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 89–111, hier S. 108.

schleppten, Deportierten des 20. Jahrhunderts.<sup>76</sup> Die Rückkehrer aus Sibirien wiederum blieben bis Ende der 1980er Jahre Paria in ihren Heimatgesellschaften. Sie konnten mit ansehen, wie Menschen, die Ähnliches in den „richtigen“, den deutschen Lagern durchgemacht hatten (und nicht nach Sibirien geschickt wurden), Zeugnis über ihr Leid ablegen durften, ja mussten.<sup>77</sup> In der dichotomischen Welt der Sowjetunion gab es „richtige“ und „falsche“ Opfer. Die „falschen“, die in den eigenen Lagern gesessen hatten, mussten lernen zu schweigen.

Mit der Sowjetisierung verschwand Estland für den westlichen Blick hinter dem Eisernen Vorhang. Als es dahinter wieder hervorlugen konnte, galt die „Rückkehr nach Europa“ als das die Nation vereinigende Ziel. In der Selbstwahrnehmung war man ein halbes Jahrhundert vom Rest des Kontinents abgeschnitten gewesen, auch wenn das Land gerade in der alltäglichen sowjetischen Perspektive eher als „unser Westen“, als „unser Europa“ galt. Für ein estnisches Verständnis mag die Behauptung kühn sein, dass auch die Erfahrung von Deportation und Lagerhaft in Bezug auf das 20. Jahrhundert durchaus als europäisch bezeichnet werden kann. Damit verliert das nationale Leid zwar seine Singularität. Es bietet aber nichtsdestotrotz ebenso ein Bindeglied in andere Geschichtsräume in Mittel- und Osteuropa, trotz aller „gesamtsowjetischen“ Besonderheiten der baltischen Republiken. Auch unter diesem Aspekt erscheint es kurios, wenn bislang immer noch Vernichtungsquoten, -methoden und -ehrgeiz in West- und Osteuropa gegeneinander aufgerechnet werden. Die Erfahrung, Opfer zu sein, mussten auf diesem Kontinent viele machen. Von der Täterschaft ganz zu schweigen.

Es geht aber nicht nur um die direkten Opfer des Terrors, es geht, wenn wir den estnischen Komplex in einen weiteren europäischen Kontext einbetten wollen, auch um die – um es böse zu sagen – „Deportationsgewinnler“: um die in die Estnische SSR migrierten Sowjetbürger, alle auf der Suche nach etwas besseren Lebensbedingungen als in ihren noch stärker vom Krieg verheerten Gebieten, es geht aber auch um diejenigen Esten, die in Haus und Hof oder an der Arbeitsstelle den Platz der Deportierten eingenommen haben. Hier stehen estnische Wissenschaftler erst am Anfang, schon weil

---

<sup>76</sup> Siehe als Einstieg mit wichtigen Literaturverweisen den Band *Vertreibungen europäisch erinnern?* (wie Anm. 9).

<sup>77</sup> Vgl. die diesbezüglich höchstinteressante Geschichte von Minna, einer 1918 geborenen Frau, die als Frau eines Kommunisten in deutsche Haft geriet, in: *She Who Remembers Survives* (wie Anm. 7), S. 298-317, und in *Eesti rahva elulood* (wie Anm. 45), Bd. 1, S. 159-171; siehe auch Jaago, ‚It was all just as I thought and felt‘ (wie Anm. 7).

die sowjetische Zeit noch für viele von ihnen Alltag war. Zumindest der Einbezug der slavischen Migranten in die Forschungen über die Deportationen ist ein Desiderat, welches vielleicht im Rahmen eines gesamtbaltschen Projektes bearbeitet werden sollte.

Und Sibirien? Heute gibt es zahlreiche Sibirier, die ihre Wurzeln mit Estland verbinden, sei es als Nachkommen der Auswanderer zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sei es als Kind der im Osten gebliebenen Deportierten. Aber das Interesse an diesen Menschen ist in Estland heutzutage primär wissenschaftlich ausgerichtet, es geht um das Kulturerbe und die Sprache der sibirischen Esten, es geht um ihr Gedächtnis und um ihre Identität.

Damit stehen sie auf einer Stufe mit den finnougri-schen Völkern der Russischen Föderation, an denen nach wie vor in Estland großes Interesse herrscht, doch geht es hier nicht nur um linguistische Verwandtschaftsgrade, sondern auch um Politik. Getreu der These Rein Taageperas, das Verhalten Moskaus seinen kleinen finnougri-schen Minderheiten gegenüber sei ein Lackmustest für Russlands Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gerade weil von ihnen, im Gegensatz zu Kaukasiern oder Muslimen, keinerlei Gefahr für den Bestand der Föderation ausgehe,<sup>78</sup> werden von Seiten der estnischen Politik die Rechte der Mari oder Udmurten immer dann in Stellung gebracht, wenn die russische Regierung wieder einmal ihre rituelle Anklage gegen die „Verletzung der Menschenrechte der russischsprachigen Minderheit“ erhebt. So erhob sich mitten im Sommerloch 2005 einhelliges Geschrei in der estnischen Presse, als Kulturministerin Mailis Reps in einem russischen TV-Interview sich begeistert über die kulturelle Situation der Mari geäußert haben soll.<sup>79</sup> Dies geschah ausgerechnet kurz nachdem eine estnische wissenschaftliche Expedition mit allen bürokratischen Schikanen aus Mari-El' hinauskomplimentiert worden war.<sup>80</sup>

<sup>78</sup> Rein Taagepera, *The Finno-Ugric Republics and the Russian State*. London 1999.

<sup>79</sup> Hannes Krause, Mailis Reps kiitis Vene TV-s maride olukorda [Mailis Reps lobte die Situation der Mari im russischen Fernsehen], in: *Eesti Päevaleht* vom 18. August 2005; Ansip: Repsi avaldus on Eesti seisukohtadega vastuolus (BNS) [Ansip: Die Erklärung von Reps widerspricht den Standpunkten Estlands], in: *Postimees* vom 18. August 2005; Mart Laar, Ministri häbiväärne lihtsameelsus [Die schmachvolle Einfalt der Ministerin], in: *Ebenda*; Hannes Krause, Reps tunnistas Marimaal tehtud vigu [Reps erkennt die in Mari-El' gemachten Fehler an], in: *Eesti Päevaleht* vom 22. August 2005.

<sup>80</sup> Aleksei Günter, Marimaa saatis kultuuriuurijaid maalt välja [Mari-El' hat die Kulturforscher aus dem Land geworfen], in: *Postimees* vom 23. Juli 2005; Jaak Prozes, Eestlased saadeti Marimaalt segaste põhjendustega välja [Esten wurden mit konfusen Gründen aus Mari-El' verwiesen], in: *Eesti Päevaleht* vom 23. Juli 2005; Riin Alatalu, Venemaal süveneb paranoia külaliste suhtes [In Russland verstärkt sich die Paranoia in Bezug auf Gäste], in:

Auch die Erinnerung an die Stalinschen Verbrechen wird gegen die Russische Föderation instrumentalisiert, doch hat dies mittlerweile ebenfalls rituellen Charakter angenommen. Die offizielle Moskauer Renitenz anzuerkennen, dass es auch differierende Ansichten über die Geschichte des 20. Jahrhunderts gibt – deutlich geworden während der Auseinandersetzungen um den 9. Mai 2005<sup>81</sup> –, verhindert eine Debatte zwischen Tätern und Opfern. Eine Annäherung ist für die nächste Zukunft nicht zu erwarten, abgesehen von den engen Kontakten, die estnische Archive und Historiker mit „Memorial“ in den letzten Jahren aufgebaut haben. Für die estnische Geschichte dürfte Sibirien in naher Zukunft zu einem Gebiet werden, in das Esten ausgewandert sind, zu einem Ort der Emigration wie etwa Toronto oder Stockholm, gerade auch weil die Topoi „Flucht“ und „Deportation“ so eng mit den 1940er Jahren verbunden sind. Vom Standpunkt der Historiografie freilich mag man darüber streiten, ob eine national verengte Sicht auf „Esten in Sibirien“ überhaupt fruchtbare Perspektiven bietet.

Aus den 1960er Jahren stammt die folgende Anekdote, die noch im August 2005 in der estnischen Presse dafür herhalten musste, das Unverständnis des Westens den Balten gegenüber zu demonstrieren. In seinen Erinnerungen „Taglose Tage und nachtlose Nächte“ erwähnte der Emigrant Karl Eerme ein Gespräch mit einer älteren Dame während einer Weihnachtsveranstaltung in England nach dem Krieg: „Estland ist meine Heimat“, so versuchte der ehemalige „Ostarbeiter“ Eerme der Dame seine Herkunft zu erklären, „die Russen haben es besetzt.“ „Ach, besetzt? So, so: Estland? Nie gehört. Liegt das in Sibirien?“ fragte die Dame. „Nicht gerade in Sibirien“, antwortete Eerme, „aber wahrscheinlich machen die Russen daraus bald Sibirien.“ „Ja, vielleicht. Sibirien soll ja ein schönes Land sein. Kalt im Winter, warm im Sommer... Mit einem guten Klima, nicht so wie England mit all dem Nebel und Regen... Fahren Sie im Sommer dahin in Urlaub?“<sup>82</sup>

---

Postimees vom 17. August 2005; Mihhail Lotman, Potjomkini küla ja pott suveniire [Ein Potemkinsches Dorf und ein Topf voller Andenken], in: Eesti Päevaleht vom 19. August 2005; Hannes Krause, Põlisrahva olukord Marimaal halvneb [Die Situation der Ureinwohner in Mari-El' verschlechtert sich], in: Ebenda; Kristiina Ehin, Värsked muljed Marimaalt [Frische Eindrücke aus Mari-El'], in: Eesti Päevaleht vom 24. August 2005.

<sup>81</sup> Siehe den Band 1945. gads: 8. maijs – Atbrīvošanas diena? 9. maijs – Uzvaras diena? 1945: 8. Mai – Tag der Befreiung? 9. Mai – Tag des Sieges? 1945 god: 8 maja – Den' osvoboždenija? 9 maja – Den' Pobedy?, hrsg. v. Holger Böckmann u. Jānis Keruss. Rīga 2006.

<sup>82</sup> Karl Eerme, Pāevata pāevad ja ööta ööd [Taglose Tage und nachtlose Nächte]. Bd. I-II,

Nun gab es am Ende der Sowjetzeit einen begrenzten „Nostalgie-tourismus“ in die sibirischen Haft- und Verbannungsorte, doch wird sich aus Sibirien in nächster Zukunft kaum ein Traumurlaubsziel für Esten kreieren lassen, und das nicht nur wegen der russischen Visabestimmungen und hohen Reisekosten. Trotzdem wird es zumindest für eine Minderheit ein Faszinosum bleiben, sei es aus linguistischem, ethnologischem, historischem oder, nicht zuletzt, persönlich-familiärem Interesse.

---

Geislingen 1962–1963, hier zit. nach Rein Veski, *Eesti asja ajamisest* [Vom Betreiben der estnischen Sache], in: *Eesti Päevaleht* vom 8. August 2005.

## Zwangsmigrationen von Litauern 1939–1953

von Arvydas Anušauskas

Litauen erfuhr während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit die größten demografischen Verschiebungen im 20. Jahrhundert. Außer den ethnischen Litauern mussten fast alle bis dahin in Litauen lebenden nationalen Gruppen ihr Gemeinschaftsleben gänzlich neu konstituieren: Die Deutschen verließen infolge der Umsiedlungen der Litauendeutschen ihre Wohnorte oder hatten sich mit dem Schicksal einer verfolgten nationalen Minderheit abzugeben; die Juden versuchten nach dem Holocaust ihre Kultur zu bewahren und mussten sich als eine der kleinsten und stark assimilierten nationalen Gruppen an die neuen sowjetischen Lebensbedingungen gewöhnen; die Polen hatten sich, nachdem der aktivste und größte Teil, der in Ostlitauen lebte, in den polnischen Staat mit seinen neuen Grenzen umgesiedelt worden war, mit den veränderten Lebensbedingungen in der von Moskau beherrschten litauischen Sowjetrepublik abzufinden. Migration, Repatriierung, Emigration, Verhaftung und Verschickung in verschiedene Regionen der Sowjetunion trugen zur Veränderung der nationalen Zusammensetzung Litauens bei.

In der litauischen Historiografie wurden Fragen der demografischen Entwicklung und Migration zu unterschiedlichen Zeitpunkten behandelt. Schon innerhalb der sowjetlitauischen Historiografie erschienen Arbeiten von Stasis Vaitiekūnas, Liudas Truska und einigen weiteren Spezialisten, die auch die demografischen Veränderungen der 40er und 50er Jahre untersuchten.<sup>1</sup> Jedoch bot die offizielle sowjetische Statistik infolge der repressiven Politik des kommunistischen Regimes keinerlei Möglichkeiten, die quantitativen und qualitativen

---

<sup>1</sup> Stasis Vaitiekūnas, Lietuvos kaimo gyventojai und gyvenvietės [Litauens Dorfbewohner und Wohnorte]. Vilnius 1980; Liudas Truska, Visuomenės klasinės sudėties pakitimas Lietuvoje socializmo statybos metais (1940–1941 m.) [Die Veränderung der Gesellschaftsklassen während des Aufbaus des Sozialismus (1940–1941)], in: Lietuvos TSR Mokslų Akademijos darbai, A serija, (1965), T. 2 (19), S. 193–211; ders., Visuomenės klasinės sudėties pakitimas Lietuvoje socializmo statybos metais 1940–1941 [Die Veränderung der Gesellschaftsklassen während des Aufbaus des Sozialismus 1940–1941], in: Ebenda (1967), T. 2 (24), S. 91–106; ders., Tarybų Lietuvos gyventojų klasinės sudėties pakitimas socializmo statybos laikotarpiu (1940–1951 m.) [Die Veränderung der Klassenzugehörigkeit der sowjetlitauischen Einwohner während des Aufbaus des Sozialismus (1940–1951)], in: Spalio revoliucijos kelio. Moksl. konferencijos medžiaga (1967 02 08–09) [Auf dem Weg zur Oktoberrevolution. Material einer wissenschaftlichen Konferenz]. Vilnius 1967, S. 60–68.

Veränderungen der Einwohnerschaft Litauens intensiver zu bearbeiten. Der einzige Abschnitt, der (wenn auch nicht unter allen Aspekten) gründlicher erörtert werden durfte, war die nationalsozialistische Besatzungszeit. Kazimieras Rukšėnas veröffentlichte Angaben über die Verschleppung von Einwohnern zur Zwangsarbeit nach Deutschland.<sup>2</sup>

Die Politik des kommunistischen Regimes, die in die ersten Deportationen 1940/41 einmündete, wurde ansatzweise bereits in den Jahren der deutschen Besatzung untersucht. Ab 1942 erschien die vierbändige Darstellung „Lietuvių archyvas. Bolševizmo metai“ [Archiv der Litauer. Das bolschewistische Jahr],<sup>3</sup> die sich mit der sowjetischen Herrschaftszeit auseinandersetzte, in der umfangreiches empirisches Material publiziert, aber auch der nationalsozialistischen Herrschaft erhebliche antisemitische Zugeständnisse gemacht wurden. Die Arbeiten der litauischen Emigration nach 1944 (Adolfas Damušis, Petras Zundė und weitere) enthielten erste allgemeine Angaben zu den qualitativen Veränderungen der Einwohnerzahlen in den 1940er und 1950er Jahren.<sup>4</sup>

Als 1988 die Freigabe von geheimen Archivdokumenten begann, wurden erste statistische Angaben über die Deportationen veröffentlicht. In der Folge erschienen Forschungsarbeiten, die sich Spezialfragen der Zwangsmigration widmeten;<sup>5</sup> man begann Angaben zu den Deportierten zu sammeln und Namenslisten zu veröffentlichen. 1992 wurde die erste derartige Liste mit 25 600 Namen veröffentlicht, und in den Jahren 1998–2005 erschienen über 100 000 biografische Angaben zu Personen, die deportiert bzw. verhaftet worden waren oder unter dem kommunistischen Terror umgekommen waren.<sup>6</sup> In Polen erschien ebenfalls ein „Verzeichnis der Verfolgten“, der eine Stati-

<sup>2</sup> Kazimieras Rukšėnas, *I vergovę* [In die Sklaverei]. Vilnius 1966.

<sup>3</sup> Vytautas Radzevičius, *Pabaltijo tautų išnaikinimo planas* [Der Plan zur Vernichtung der baltischen Völker], in: *Lietuvių archyvas. Bolševizmo metai*. Bd. 1, Kaunas 1942, S. 36-55; Aleksandras Merkėlis, *Lietuvių išvežimas į SSRS* [Die Verbannung von Litauern in die UdSSR], in: *Ebenda*, Bd. 2, S. 15-50.

<sup>4</sup> Petras Zundė, *Lietuvos gyventojų dinamika ir struktūra* [Die Dynamik und Struktur der Einwohner Litauens], in: *Aidai* (1964), Nr. 10, S. 451-456; Adolfas Damušis, *Lietuvos gyventojų aukos ir nuostoliai Antrojo pasaulinio karo ir pokario metais* [Opfer und Verluste der litauischen Einwohner während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit]. Chicago 1988.

<sup>5</sup> Arvydas Anušauskas, *Lietuvių tautos sovietinis naikinimas* [Die sowjetische Vernichtung des litauischen Volkes]. Vilnius 1996; Eugenijus Grunskis, *Lietuvos gyventojų trėmimai 1940–1941, 1945–1953 metais* [Die Verbannungen der litauischen Einwohner 1940–1941, 1945–1953]. Vilnius 1996.

<sup>6</sup> *Lietuvių gyventojų genocidas* [Der Genozid am litauischen Volk]. Teil 1: 1939–1941, Vilnius 1999; Teil 2: 1944–1947, Bd. 1-3, Vilnius 1999–2005.

stik und biografische Angaben zu Polen enthielt, die verfolgt und 1944/45 aus Litauen in Lager zu speziellen Untersuchungen, die sog. „Filtrationslager“, verbracht worden waren.<sup>7</sup> Gleichfalls erschienen litauische Publikationen zu bisher nicht erforschten Migrationen (die Umsiedlungen ins „Großdeutsche Reich“ 1941 und die sog. „Repatriierung“ aus Litauen nach Polen 1944–1947).<sup>8</sup> Deutsche Forscher wie Arthur Hermann und Harry Stossun interessierten sich für die Litauendeutschen und deren Umsiedlung.<sup>9</sup> Über die „Repatriierung“ von Polen schrieben daneben polnische und russische Historiker (Jan Czerniakiewicz<sup>10</sup> und Alexej E. Gur’janov<sup>11</sup>), und es wurden allgemeine statistische Angaben zu den sowjetischen Repressionen aus polnischer Sicht publiziert.<sup>12</sup> Schließlich untersuchte Nastazija Kairiūkštytė sämtliche Migrationsströme, wobei sie die Gründe für die demografischen Veränderungen der 1940er und 1950er Jahre sowie den Verlauf der Migrationen aufzeigte und einige Besonderheiten der Migrationsbewegungen hervorhob.<sup>13</sup> In diesem Zusammenhang sollte man die Arbeiten des russischen Historikers Pavel Polian hervorheben, der versuchte, die Chronologie der Zwangsmigrationen in der UdSSR zu rekonstruieren und zu typologisieren.<sup>14</sup>

<sup>7</sup> Więźniowie łagrów w rejonie Workuty [Häftlinge der Lager im Gebiet Workuta]. Warszawa 2001 (Indeks represjonowanych. 10).

<sup>8</sup> Nastazija Kairiūkštytė, Lenkų repatriacija iš Lietuvos 1944–1947 m. [Die Repatriierung der Polen aus Litauen 1944–1947], in: Rytų Lietuva [Ostlitauen]. Vilnius 1992, S. 124–141; dies., Vokiečių atvežti rusai Lietuvoje II pasaulinio karo ir pirmaisiais pokario metais [Die Russen in Litauen während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren], in: Lietuvos istorijos metraštis [Jahrbuch für litauische Geschichte]. Vilnius 1992 [1994], S. 145–160.

<sup>9</sup> Harry Stossun, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer Deutschen Volksgruppe im Osten. Marburg a.d.L. 1993; Arthur Hermann, Litauendeutsche zwischen Litauen und Deutschland 1939–1960, in: Jahrestagung/Suvažiavimo darbai 1989/90 [1991], S. 65–80; Albert Unger, Deutsche aus Litauen. Arnsberg 1984.

<sup>10</sup> Jan Czerniakiewicz, Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944–1948 [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR 1944–1948]. Warszawa 1987.

<sup>11</sup> Repressii protiv poljakov i pol’skich graždan [Repressionen gegen Polen und polnische Bürger], hrsg. v. A.É. Gur’janov. Moskva 1997.

<sup>12</sup> Stanisław Ciesielski, Wojciech Materski, Andrzej Paczkowski, Represje sowieckie wobec Polaków i obywateli polskich [Repressionen gegen Polen und polnische Staatsbürger]. 2. Aufl., Warszawa 2002.

<sup>13</sup> Nastazija Kairiūkštytė, Lietuvos gyventojų dinamika ir jos įtaka gyventojų skaičiui, tautiniam pasiskirtymui 5–6-ajame dešimtmetyje [Die Dynamik der litauischen Einwohner und deren Einfluss auf die Einwohnerzahl und nationale Verteilung in den 1940er und 1950er Jahren], in: Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo instituto Darbai (1996), Nr. 1, S. 104–114.

<sup>14</sup> Pavel Poljan, Ne po svoej vole: Istorija i geografija prinuditel’nych migracij v SSSR [Unfreiwillig: Geschichte und Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR]. Moskva 2001. Vgl. auch den Aufsatz von Polian in diesem Band.



In der folgenden Darstellung wird versucht, zusammenfassend die Gründe, den Verlauf und das Ausmaß der Zwangsmigrationen 1939–1953 aus dem Gebiet des heutigen litauischen Staates darzustellen.<sup>15</sup> Die jeweiligen Bevölkerungsverluste entsprechen dem momentanen Stand der Forschung, können aber bei weiteren Detailforschungen Veränderungen unterliegen.

### Gründe und Verlauf der Zwangsmigration

Zwangsmigrationen als staatlich organisierte Zwangsumsiedlungen von Einwohnern in großem Maßstab setzten auf dem heutigen litauischen Territorium 1939 ein, als am 10. Oktober im Zuge der Unterzeichnung des „Vertrages über gegenseitige Hilfe“ zwischen der Republik Litauen und der UdSSR auch der Vertrag zur Übergabe von Vilnius und des umliegenden Gebietes an Litauen abgeschlossen wurde. Aufgrund dieses Dokumentes erhielt Litauen in etwa das Territorium, wie es im Friedensvertrag mit Sowjetrußland von 1920 vorgesehen gewesen war. Litauer blieben aber auch in dem von der UdSSR annektierten Gebiet (um Švenčioniai und Rudnia) zurück. Auf sie wurde als erste Bevölkerungsgruppe der Befehl Nr. 001223 des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR, Lavrentij Berija, vom 11. Oktober 1939 angewandt, in dem die Terrordoktrin gegenüber der Bevölkerung annektierter und zu annektierender Gebiete formuliert war.<sup>16</sup> Hier wurde festgelegt, welche Personengruppen vor allem zu verfolgen seien, wobei die soziale Stellung eine wesentliche Rolle spielte. Zu den Opfern gehörten in erster Linie: die Mitglieder der polnischen, litauischen, lettischen und estnischen nichtkommunistischen Organisationen, Gefängnispersonal, Polizisten, Gutsbesitzer, Fabrikanten, staatliche Bedienstete, Offiziere, Flüchtlinge aus Polen, Litauendeutsche, die auf den Umsiedlungslisten ins Deutsche Reich gestanden hatten und nicht ausgereist waren, sowie Familienangehörige aller dieser Gruppen. Es lassen sich folgende Etappen von Zwangsmigrationen unterscheiden:

---

<sup>15</sup> Die Darstellung stützt sich in erster Linie auf die Monografie des Autors zu dem Thema: *Anušauskas, Lietuvių tautos sovietinis naikinimas* (wie Anm. 5). Weiterführende Angaben und umfangreiche Quellenbelege finden sich dort.

<sup>16</sup> Obwohl sich im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) viele NKVD-Dokumente befinden, liegt das Original dieses Befehls im Archiv des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (ehemaliges zentrales KGB-Archiv der UdSSR).

1. Für den Zeitraum 1940/41 wurden sowohl Transporte von Personen nach Litauen als auch Abtransporte aus Litauen durch entsprechende Verträge zwischen der UdSSR und Deutschland geregelt, die häufig geheim waren. Betroffen waren vor allem Deutsche (Umsiedler ins Reich), Litauer (Deportierte), Polen (Deportierte) und Juden (Flüchtlinge, Deportierte);
2. Während der nationalsozialistischen Okkupation 1941–1944 wurden vor allem die jüdischen Einwohner Litauens ermordet. Zu Zwangsarbeiten außerhalb Litauens wurden vorwiegend Russen und Polen, seltener Litauer verbracht;
3. Während der Festigung des Sowjetregimes und des ersten Jahres des Partisanenkrieges 1944/45 betrafen die Zwangsmigrationen in Form von Internierung und Deportation (Abtransport in Filtrationslager) Litauer, Polen und Deutsche;
4. Während des Partisanenkrieges und der Sowjetisierung Litauens 1946–1953 richteten sich die Zwangsmigrationen fast ausschließlich gegen Litauer; die von indirektem Zwang begleitete sog. „Repatriierung“ in die Volksrepublik Polen 1945–1947 betraf Bürger polnischer Nationalität;
5. Während der Jahre 1953–1956 wurde die Bewegungsfreiheit von Rückkehrern aus Lagern innerhalb der UdSSR mittels administrativer Maßnahmen geregelt und eingeschränkt.

Die Durchsetzung der nationalsozialistischen und sowjetischen Politik sowie der Zweite Weltkrieg führten zu Massentötungen und Migrationen der Bevölkerung Litauens. Laut Nastazija Kairiūkšytė verminderte sich die Bevölkerung von 2,625 Millionen (Stichtag einer Volkszählung am 27. Mai 1942 – ohne die Bewohner des Memellandes) auf 2,39 Millionen (Anfang 1947), stieg dann auf 2,561 Millionen (Anfang 1951) und erreichte schließlich 2,673 Millionen (Anfang 1956).<sup>17</sup> Erst Mitte der 60er Jahre besaß Litauen wieder die Einwohnerzahl der Vorkriegszeit (die Angaben beziehen sich auf das gegenwärtige Territorium Litauens einschließlich des Memel- und des Wilnagebiets). Die Migrationsströme, die aus und nach Litauen führten, beruhten hauptsächlich auf folgenden Faktoren:

1. Verträge zwischen der UdSSR und Deutschland sowie der UdSSR und Polen; aus Litauen: im Frühjahr 1941 die Umsiedlung der Litauendeutschen (sowie ihrer litauischen Familienangehörigen) – 51 000 Personen, 1944–1947 die Repatriierung nach Polen (vor allem Polen, aber auch Litauer) – 140 000–197 000 Personen; nach

<sup>17</sup> Kairiūkšytė, Lietuvos gyventojų dinamika (wie Anm. 13).

- Litauen: im Frühjahr 1941 die Umsiedlungen aus dem Suwałki- und Memelgebiet – 20 700 Personen (12 000 Litauer, dazu Russen und Weißrussen);
2. Evakuierungen und Deportationen während des Krieges 1941–1945; aus Litauen: 1944 Evakuierung und Flucht der Memelländer nach Deutschland – 64 000–130 000 Deutsche, Memelländer und Kleinlitauer; Flucht nach Deutschland im Sommer und Herbst 1944 – 56 000–80 000 Litauer;<sup>18</sup> nach Litauen: 1943/44 von deutschen Truppen organisierte Verschleppungen (mit vielen Todesopfern) aus dem Frontgebiet – 123 000 Russen;
  3. Anforderungen zur Zwangsarbeit; aus Litauen: 1942–1944 Transporte ins Deutsche Reich – 66 000–75 000 Polen, Russen und Litauer; 1941–1953 Deportationen in die UdSSR – 130 000 Litauer, Polen, Juden, Deutsche; nach Litauen: 1945–1947 Repatriierung von DPs aus westeuropäischen Ländern – 39 000 Personen, 1954–1956 Rückkehr von Deportierten aus der Sowjetunion;
  4. Verhaftungen und Abtransporte aus Litauen während der Besatzung (zur Niederschlagung von Widerstand); aus Litauen: 1942–1944 in Konzentrationslager nach Deutschland – 10 000–29 500 Litauer und Polen; 1940/41 und 1944–1953 in die Lager der UdSSR ca. 150 000 Personen; nach Litauen: 1954–1956 Rückkehr politischer Gefangener aus sowjetischen Lagern – ca. 18 000 Personen, 1954–1956 Rückkehr der Deportierten.

Laut der Klassifizierung von Pavel Polian werden bei staatlich verordneten Migrationen direkte und indirekte Zwangsmaßnahmen angewandt. Im ersten Fall handelt es sich dann um „Zwangsmigrationen“ oder „Deportationen“, im zweiten Fall um verordnete Migrationen, bei denen der Staat Umstände und Faktoren der individuellen Entscheidung beeinflusst.<sup>19</sup> Einer derartigen Klassifizierung kann zugestimmt werden. Viele Personen verließen Litauen aufgrund von indirektem Zwang, obwohl es in den Repatriierungsverträgen zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich (1939/40) bzw. Polen (1944/45) hieß, dass die „Repatriierung“ eine freiwillige Entscheidung sei. Noch größere Migrationsströme wurden jedoch durch die Deportationen, also unmittelbare Zwangsmigrationen verursacht, deren einzelne Phasen im Folgenden charakterisiert werden.

<sup>18</sup> Später emigrierte dieser Personenkreis aus den deutschsprachigen Territorien in die USA (29 000 Personen), Kanada (7 700 Personen), nach Australien und Neuseeland (5 200 Personen), Südamerika (4 100 Personen), Großbritannien (3 000 Personen) und in weitere Staaten. Bis 1954 verließen 58 100 Litauer Deutschland und Österreich.

<sup>19</sup> Polian, *Ne po svoje vole* (wie Anm. 14), S. 11.

## Die Deportationen 1940/41

Im Juli 1940 wurde mit der Erfassung „antisowjetischer Elemente“ begonnen. Dabei wurden Verzeichnisse festzunehmender Litauer und Polen erstellt. Im Herbst 1940 erfolgten diese Maßnahmen dann bereits auf Grund eines Sonderbefehls, den der stellvertretende Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR, V. Merkulov, erlassen hatte. Anstelle einer einfachen Aufnahme in die Listen musste für jede zu erfassende Person ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Die Erfassung potenzieller Feinde des Besatzungsregimes hatte sich bereits durch den Befehl Nr. 001223 vom 11. Oktober 1939 immer stärker ausgeweitet. Am 28. November 1940 erließ Aleksandras Guzevičius den Befehl Nr. 0054 („Über Nachlässigkeiten in der Erfassung antisowjetischer und sozialfremder Elemente“), mit dessen Hilfe der erwähnte Befehl von 1939 den örtlichen Gegebenheiten angepasst wurde. In die Erfassung waren jetzt alle Personen einzubeziehen, die „auf Grund ihrer sozialen und politischen Vergangenheit, ihrer national-chauvinistischen Haltungen, religiösen Überzeugungen sowie moralischen und politischen Unzuverlässigkeit Feinde der sozialistischen Ordnung sind und deswegen (...) zu antisowjetischen Zwecken benutzt werden könnten“.<sup>20</sup> Piotr Gladkov kümmerte sich seit Juli 1940 persönlich um die Erstellung von Listen potenzieller Feinde des Besatzungsregimes.

Sein Untergebener, Oberleutnant Zajdenvurm, hatte bereits am 8. Januar 1940 festgelegt, dass 320 000 Personen – die Mitglieder aller Parteien und Organisationen – zu erfassen seien. Jeder siebente Litauer sollte so verzeichnet werden. Diese Verzeichnung sollte folgende Gruppen betreffen: ca. 16 000 Angehörige der ehemaligen nationalen Partei (*Lietuvių tautininkų sąjunga*), 80 000-100 000 Angehörige des früheren Schützenverbandes (*Šalių sąjunga*), 38 000-40 000 ehemalige Mitglieder der nationalen Jugendbewegung (*Jaunoji Lietuva*), 2 000 Nationalisten (die sog. „*Voldemarininkai*“) und 160 000 Mitglieder verschiedener katholischer Organisationen.<sup>21</sup> Obwohl diese Zahlen bisweilen nicht der wirklichen Mitgliederzahl entsprachen, zeigen sie deutlich den Willen der Mitarbeiter des NKVD, so viele Litauer wie

---

<sup>20</sup> Vytautas Radzevičius, *Pirmieji bolševikų žingsniai* [Die ersten Schritte der Bolschewiki], in: *Lietuvių archyvas* (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 20.

<sup>21</sup> Rapport des Leiters der 1. Unterabteilung der 2. Abteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit des NKVD Oberleutnant Zajdenvurm, in: *Lietuvos Vyriausybinių organizacijų archyvas* [Archiv der litauischen staatlichen Organisationen, LVOA], f. 1771, ap. 2, b. 225, l. 1.

möglich zu erfassen. Jede im unabhängigen Litauen oder im Polen in den Grenzen von 1939 politisch oder gesellschaftlich aktive Person wurde als Feind des Besatzungsregimes eingestuft. Die Erfassung sollte sich auf alle sozialen Gruppen, alle Berufe sowie Personen aller Volkszugehörigkeiten erstrecken.

Im Februar 1941 wurde das NKVD in die weiterhin unter dem gleichen Namen firmierende Behörde mit Berija an der Spitze und den NKGB mit Merkulov als dessen Leiter umstrukturiert. In den offiziellen Berichten des NKVD der UdSSR von August bis Oktober 1941 wurden 12 682 ins Innere der Sowjetunion verbrachte Litauer angegeben (ohne diejenigen, die festgenommen und in Lager verbracht worden waren, denn im Bericht von Gladkov war von 17 485 Personen die Rede, die entweder deportiert oder in Lagerhaft genommen worden waren). Das wahre Ausmaß der Deportationen wird durch die Publikation der Opferlisten deutlich,<sup>22</sup> in denen die biografischen Angaben der Verhafteten und Deportierten der Jahre 1940/41 enthalten sind: Namentlich bekannt sind 12 331 Deportierte, die an ihren Verbannungsorten ankamen, und 3 915 Personen, die zur gleichen Zeit von ihren Familien getrennt wurden und in Lager kamen. Bis heute ist das Schicksal von 1 329 Personen unbekannt.

Der Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der UdSSR verhinderte die Ausführung weiterer Deportationen. Bis zum 20. Juni 1941 waren weniger als 25% (1 363 Häftlinge) der in Litauen Inhaftierten in das Innere der UdSSR abtransportiert worden. Viele Häftlinge starben aufgrund der schweren Arbeit in den sowjetischen Lagern. Unter den noch nicht abtransportierten Personen nutzten mindestens 2 352 Häftlinge in Litauen die Verwirrung, die der Übergang von der einen zur nächsten Besatzung mit sich brachte, und kamen so frei. Angestellte und Offiziere von NKVD und NKGB töteten ca. 400 Häftlinge und verbrachten in den ersten Kriegstagen im Juni 1941 3 434 Häftlinge in das Innere der Sowjetunion.<sup>23</sup>

Insgesamt ca. 21 000 Bürger Litauens gerieten 1941 in sowjetische Lager und Verbannungsorte. Die Deportierten wurden zunächst nicht nach Nationalität unterschieden, alle zählten zur Kategorie „Verbannte aus Litauen“. Seit dem Juli 1941 änderte sich die nationale Zusammensetzung der Verbannten leicht: Die polnische Exilregierung in London und die Regierung der UdSSR schlossen am 30. Juli 1941 einen Vertrag, laut dem am 12. August eine Amnestie

<sup>22</sup> Lietuvos gyventojų genocidas (wie Anm. 6), Teil 1, S. 77-956.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 46-51.

Tabelle 1: Nationale Zusammensetzung der Verhafteten und Deportierten 1939–1941<sup>24</sup>

Nr.	Nationalität	Anteil an der Gesamtbevölkerung Litauens		Gesamtzahl der Opfer 1939–1941		Deportierte 1939 bis Mai 1941		Deportiert in sowjetische Lager 14.–18. Juni 1941		Verhaftet vor dem 6. Juni 1941		Lagerhäftlinge (Deportierte?)		Art der Verfolgung unbekannt		In den ersten Kriegstagen im Juni 1941 Umgekommen	
		in % <sup>a</sup>		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	Litauer	67,9		19 912	68,1	8 960	72,7	3 031	77,4	3 835	58,1	569	42,8	2 427	61,1	1 090	99,5
2	Russen	2,5 <sup>b</sup>		532	1,8	110	0,9	43	1,1	262	4,0	35	2,6	81	2,0	1	0,1
3	Polen	15,3		4 836	16,5	1 284	10,4	292	7,5	1 664	25,2	427	32,1	1 166	29,3	3	0,3
4	Weißrussen	0,4		155	0,5	10	0,1	4	0,1	93	1,4	13	1,0	35	0,9		
5	Juden	8,3 <sup>b</sup>		2 613	8,9	1 660	13,5	385	9,8	334	5,1	157	11,8	77	1,9		
6	Deutsche	3,4		86	0,3	19	0,2	6	0,2	52	0,8	1	0,1	8	0,2		
7	Andere Nationalitäten	2,2		148	0,5	17	0,1	51	1,3	58	0,9	14	1,1	7	0,2	1	0,1
8	Nationalität unbekannt			968	3,3	271	2,2	103	2,6	308	4,7	113	8,5	173	4,4	0	0,0
	Gesamtsumme	100,0		29 250	100,0	12 331	100,0	3 915	100,0	6 606	100,0	1 329	100,0	3 974	100,0	1 095	100,0

<sup>a</sup> Einschließlich der Bevölkerung des Memelgebietes lt. den Zahlen von 1925 und der Bevölkerung des Wilnagebietes (Zahlen von 1931), das 1939 an Litauen fiel.

<sup>b</sup> Die nationale Zusammensetzung desjenigen Teils des Wilnagebiets, das 1939 an Litauen fiel, war diesbezüglich: Juden 16,2%; Russen 6,1%; vgl. Statistikos biuletėnis (Kaunas) (1939), Nr. 10 (192), S. 1 ff.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 62.

für polnische Bürger verkündet wurde. Die polnischen und jüdischen Flüchtlinge aus dem ehemaligen Polen, die gemeinsam mit den Litauern festgenommen und deportiert worden waren, wurden nun freigelassen. So verringerte sich die Zahl der Polen und Juden unter den Verhafteten. An den Verbannungsorten starben 2 173 Personen bzw. 17,6% der Verbannten. In den 1950er und 1960er Jahren kehrten nach Litauen nur 4 969 Personen zurück, d.h. 40,3% aller Verbannten. Die offizielle Erfassung der Rückwanderung gab jedoch deutlich geringere Zahlen an als der Personenkreis der tatsächlich Zurückgekehrten: Über ein Drittel der Deportierten kehrte zwischen 1945 und 1954 illegal nach Litauen zurück.

Bei den Zielorten für die litauischen Deportierten in der Sowjetunion sind deutliche geografische Schwerpunkte erkennbar: 7 232 Deportierte kamen nach Bijsk und Barnaul in der Region Altaj. Doch damit hatten Transport und Aufteilung noch kein Ende. Schon im Juni 1942 wurde fast die Hälfte der Litauer aus der Region Altaj weiter in die Jakutische Autonome SSR verschickt. Die Namen von 2 795 dorthin verbrachten Litauern sind bekannt. Sie kamen auf die Insel Timt Arg (im Delta der Lena), auf die Halbinsel Bykov (an der Laptevsee), an die Mündung der Jana und an weitere Orte.

Noch weitaus schwerer war die Situation für die aus Litauen abtransportierten Häftlinge und diejenigen Männer, die durch Lagerhaft von den Familien getrennt worden waren. In den Lagern befanden sich 7 349 Einwohner Litauens – vor allem ethnische Litauer, aber auch Polen und Juden. Sie wurden in verschiedene Lager aufgeteilt: Karlag, Vorkutlag (in der Autonomen SSR der Komi), Sibltag (ab 1943 in Mariinsk im Gebiet Kemerovo), Seurallag (im Gebiet Sverdlovsk), Kraslag (im Krasnojarsker Gebiet, in der Stadt Rešiotai [in der Region Krasnojarsk, Bahnstation Rešety] sowie in das Lager Noril'sk). Zahlreiche Litauer wurden in den Lagern verurteilt. Insgesamt ergingen 1941–1944 Gerichtsurteile des NKVD an 96 006 Lagerinsassen, davon wurde 10 087-mal die Todesstrafe verhängt,<sup>25</sup> ca. 5 000 Litauer befanden sich unter den Verurteilten, an 568 wurde die Todesstrafe durch Erschießen vollstreckt. Ca. 1 400 Polen, die aus Litauen in Lager verbracht worden waren,<sup>26</sup> befanden sich unter den 43 000 Polen, die aus Lagern entlassen wurden.

---

<sup>25</sup> Bericht des GULAG Kommandanten, des Oberkommissars III. Ranges Nasedkin vom 17. August 1944 über die GULAG-Arbeit 1941–1944, in: Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (Staatsarchiv der Russländischen Föderation, GARF), f. 9414, op. 1, d. 68, l. 35.

<sup>26</sup> Bis zum Krieg bzw. zum Kriegsbeginn entwickelte sich die Zahl der Entlassenen anteilig zum Prozentsatz, den die Polen unter den Häftlingen ausmachten, d.h. etwa 20% der 1940/41 verhafteten und in Lager verbrachten Personen.

## Die Deportationen 1945-1952

Sofort nach Beginn der erneuten sowjetischen Besetzung und dem Aufflammen des litauischen aktiven und passiven Widerstandes versuchten die Leiter von NKVD/MVD, NKGB/MGB und der sowjetischen Staatsanwaltschaft die Notwendigkeit von Massendeportationen zu begründen und baten um die Erlaubnis, solche Verschickungen durchzuführen. Als einer der ersten äußerte sich dazu der provisorische Staatsanwalt der Litauischen SSR, Fiodor Girko: „In der derzeitigen Situation sind energische, entschiedene Maßnahmen notwendig – Maßnahmen zur Einschüchterung und zur rücksichtslosen Unterdrückung (...), die Familienmitglieder der aktiven Banditen sollten repressiert werden (...)“.<sup>27</sup>

Wie bereits 1941, begann man die „antisowjetischen Elemente“ zu registrieren. Am 4. Dezember 1944 kam Sergej Kruglov in die Litauische SSR, der gerade das „Problem“ der Tschetschenen, Inguschen und der Krimtataren gelöst hatte, und schlug vor, vorläufige „Maßnahmen der rücksichtslosen Unterdrückung“ anzuwenden. Er empfahl Berija, dass die „aktiven Teilnehmer der bewaffneten Gruppierungen, Vaterlandsverräter und Personen deutscher Nationalität verbannt werden“ sollten, doch da der Krieg noch anhielt, ließen sich Massendeportationen insbesondere in den westlichen Randgebieten der Sowjetunion nur mit großen logistischen Problemen organisieren.

Vor allem beabsichtigte man, die noch in Litauen lebenden Deutschen zu deportieren sowie alle Personen, die zu ihren Familien gehörten – Ehefrauen, Männer, Pflegekinder, Verwandte. Ebenfalls gerieten auf die Verbannungslisten Menschen, die Verwandte in Deutschland hatten, die Deutsch unterrichteten oder sich zum lutherischen Glauben bekannten.<sup>28</sup> Kurz vor Kriegsende, Mitte April 1945, begann man in 14 litauischen Kreisen die zu deportierenden Familien festzunehmen. Laut offiziellen Angaben kamen 854 Personen (219 Männer, 372 Frauen und 263 Kinder) nach Tadžikistan (in das Vachschatal). Tatsächlich wurden aber über 1 000 Personen deportiert (darunter 313 Kinder).<sup>29</sup>

<sup>27</sup> Schreiben von F. Girka an den Staatsanwalt der UdSSR Goršenin und an den Generalsekretär der KPL (b) Antanas Sniečkus vom 13. November 1944, in: LVOA, f. 1771, ap. 7, b. 92, l. 42.

<sup>28</sup> Vytautas Tarasonis, A. Bajoriūnas, Donatas Gediminskas, Lietuvos tremtiniai Tadžikijoje [Die litauischen Verbannten in Tadžikistan]. Vilnius 1992, S. 15.

<sup>29</sup> Nastazija Kairiūkštytė, Lietuvos vokiečiai – pirmieji pokario metų tremtiniai [Die Litauendeutschen – die ersten Verbannten der Nachkriegszeit], in: Lietuvos istorijos metraštis [Jahrbuch für litauische Geschichte]. Vilnius 1993, S. 98.



In der Sitzung des Büros des ZK der KP (b) Litauens vom 24. Mai 1945, die von Michail Suslov geleitet wurde, fiel die Entscheidung, Berija um Zustimmung für die Organisation von Massendeportationen zu bitten – 50-60 Familien aus jedem Kreis. Gestützt auf den Beschluss Nr. 326 des NKVD der UdSSR vom 16. Juni 1945 wurden 6 320 Personen (darunter keine Deutschen) in die Autonome Region der Komi, in die Gebiete Molotov (jetzt Perm') und Sverdlovsk abtransportiert.<sup>30</sup> Am 2. Februar 1946 wurden von den 907 zur Verbannung vorgeschlagenen Familien 573 ausgewählt (1 305 Erwachsene und 561 Kinder). Wie auch 1945 waren die Familien bereits ohne Eigentum, ihre Höfe waren zuvor konfisziert worden.

Als die Verbannungen schon vorbereitet worden waren, veröffentlichte am 15. Februar 1946 der sowjetlitauische Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, Generalmajor Juozas Bartašiūnas den ersten und letzten öffentlichen Beschluss: „Die Familien von Banditen und bourgeoisen nationalistischen Sympathisanten, die sich nicht den Institutionen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten ergeben, sind festzunehmen und zu verbannen (...)“<sup>31</sup> Der NKVD arbeitete so eng wie möglich mit der Staatsführung Sowjetlitauens und dem ZK der KP Litauens zusammen. Die einen kümmerten sich um die Vorbereitung und den Abtransport der zu Deportierenden, die anderen konfiszierten das zurückgelassene Hab und Gut und verteilten es.

Am 29. September 1947 nahm der Ministerrat der UdSSR einen Beschluss an, nach öffentlichen Amnestieaufrufen aus der Illegalität aufgetauchte Partisanen samt ihrer Familien in entlegene Regionen der UdSSR zu deportieren. In Umsetzung dieses Beschlusses unterzeichnete der sowjetische Minister für Staatssicherheit, Generaloberst Viktor Abakumov, am 16. Oktober 1947 eine Anweisung zur Deportation der genannten Familien. Im Dezember 1947 wurden 736 Familien (2 782 Personen) deportiert,<sup>32</sup> im Januar und Februar 1948 284 Familien (1 134 Personen). Bis zum 15. April 1948 erhöhte sich die Anzahl der deportierten Familien auf 1 022 (3 938 Personen).<sup>33</sup> Im er-

<sup>30</sup> Bericht des MGB der UdSSR über die Arbeit mit besonderen Deportierten im Jahr 1950, in: GARF, f. 9479, op. 1, d. 641, l. 367.

<sup>31</sup> GARF, f. 3, op. 1, d. 15/22, l. 3.

<sup>32</sup> Rapport des Generalmajors Kapralov vom 30. Januar 1948, in: GARF, op. 3, d. 41/135, T. 1, l. 21.

<sup>33</sup> Eugenijus Grunskis, Lietuvos gyventojų deportacijos [Deportationen von Bewohnern Litauens], in: 1941–1952 metų Lietuvos tremtiniai. Pirma knyga [Die Deportationen aus Litauen 1941–1952. Erster Band]. Vilnius 1993, S. 11.

sten Drittel des Jahres 1948 bis zum Beginn der großen Deportation wurden 12 304 Personen aus Litauen verbracht.

Die umfangreichsten Deportationen von Litauern zwischen Mai 1948 und 1951 fußten auf Beschlüssen des Ministerrates der UdSSR: dem Beschluss Nr. 447-160-ss vom 21. Februar 1948, dem Beschluss Nr. 390-138-ss vom 29. Januar 1949 und dem Beschluss Nr. 3309-1568-ss vom 5. September 1951.<sup>34</sup> Die ersten beiden Deportationswellen richteten sich offiziell gegen enttarnte Partisanen und sich im Untergrund versteckende Personen, gegen verurteilte Familien wie auch gegen Sympathisanten des Widerstandes (nach der kommunistischen Ideologie konnten nur „bourgeoise Elemente“ den antisowjetischen Widerstand unterstützen). Die Verbannung von 1951 zielte auf die Gegner der Kollektivierung ab, auf Bauern, die nicht auf ihre individuellen Höfe verzichten wollten, und „Kulaken, die gegen die Kolchosen agierten“.<sup>35</sup>

1948/49 fanden zwei große Operationen zur Deportation statt: Die erste trug den Decknamen „Vesna“ („Frühling“) und fand am 22. und 23. Mai 1948 statt, die zweite Operation „Priboj“ („Wellenschlag“) vom 25. bis 28. März 1949. Nach den Moskauer Plänen sollten die Verbannten nach der Operation „Vesna“ nach Jakutien gebracht werden (später wurde dieses Ziel in die Burjatisch-Mongolische Autonome SSR abgeändert) und in das Gebiet Krasnojarsk. Es sollten 12 134 Familien (48 000 Personen) deportiert werden. Dem Ministerium für Staatssicherheit und seinen Helfern gelang es, bis zum 23. Mai, 14 Uhr 10 665 Familien in Waggons zu pferchen – insgesamt 36 932 Personen (10 615 Kinder, 14 888 Frauen und 11 429 Männer). Als sich die Waggons in Richtung der Verbannungsorte bewegten, befanden sich darin 40 002 Personen.<sup>36</sup> 8 679 Mitglieder der zu verbannenden Familien konnten nicht festgenommen werden und blieben so in Litauen. Die Mitarbeiter der Ministerien für Staatssicherheit und Innere Angelegenheiten, die Soldaten und Stribai (so genannte „Volksverteidiger“ der sozialistischen Nachkriegsordnung auf dem Lande) schossen auf flüchtende Personen. Dabei fanden fünf Personen den Tod.<sup>37</sup>

<sup>34</sup> GARF, f. 9479, op. 1, d. 641, l. 367-368. Veröffentlicht in: Lietuvos gyventojų trėmimai 1940–1941, 1944–1953 metais sovietinės okupacinės valdžios dokumentuose. Dokumentų rinkinys [Die Verbannungen der litauischen Einwohner 1940–1941, 1944–1953 in den Dokumenten der sowjetischen Besatzungsmacht. Eine Dokumentenauswahl], hrsg. v. Antanas Tyla (u.a.). Vilnius 1995, S. 155, 303, 392.

<sup>35</sup> Grunskis, Lietuvos gyventojų deportacijos (wie Anm. 33), S. 18.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>37</sup> Bericht von A. Sniečkus an den Sekretär des ZK der KPdSU (b) A. Ždanov vom Juni 1948, in: Lietuvos gyventojų trėmimai (wie Anm. 34), S. 431 ff.

Für die zweite große Deportation, die zeitgleich mit Aktionen in Lettland und Estland stattfand, plante man vom 25. bis 28. März 1949 aus Litauen 8 500 Familien (25 500 Personen) zu deportieren. Bis zum 31. März 1949 wurden 8 765 Familien (28 981 Personen – 8 357 Kinder, 11 541 Frauen und 9 083 Männer) zwangsverschickt.<sup>38</sup> Im März 1949 versteckten sich 13 777 Personen vor der Deportation.<sup>39</sup> An deren Stelle wurden 5 235 Personen nach Zusatzlisten deportiert, die Parteiaktivisten sowie Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit erstellt hatten.<sup>40</sup> Vom 10. bis 20. April 1949 wurden Aktionen organisiert, um Familien aufzuspüren, die sich vor dem Abtransport versteckt hatten, und auf dem Bahnhof in Šiauliai wurden zwei Züge mit zu Deportierenden bereitgestellt. Diese Menschen bewertete der Stellvertreter des sowjetischen Ministers für Innere Angelegenheiten, V. Rjasnoj, als „besonders gefährliches Kontingent, für die Häftlingswaggons zur Verfügung gestellt werden müssten“. Zwangsverschickt wurden 2 927 Personen (680 Kinder, 926 Frauen und 1 321 Männer), die für das Bergwerkskombinat „Lenzoloto“<sup>41</sup> bestimmt waren. Überprüfungen ergaben, dass insgesamt 3 090 Personen in die Goldgruben geschickt wurden.<sup>42</sup>

Von Juni 1949 bis August 1952 organisierten die Behörden in Litauen einige größere und kleinere Verbannungsaktionen: am 6. Juni und 7. Juli 1949, am 14. April, am 1. und 2. sowie am 19. September 1950, am 31. März und 1. April, 19.–21. September, 2./3. Oktober und 30. November 1951 sowie am 23. Januar und 6. August 1952 (s. Anlage Nr. 2).<sup>43</sup>

1945–1952 wurden ca. 118 000 Personen aus Litauen deportiert.<sup>44</sup> Insgesamt wurden in der Sowjetunion 1946–1952 676 835 Personen

<sup>38</sup> Bericht des Obersten Efremov an den stellvertretenden Minister des Innern der UdSSR Generalleutnant V. Rjasnoj vom 3. April 1949, in: GARF, f. 9479, op. 1, d. 475, l. 157; Lietuvos gyventojų trėmimai (wie Anm. 34), S. 337 f. Nach verifizierten Angaben wurden 29 180 Personen verschickt (8 817 Familien). Siehe: Rapport des Generalmajors S. Kapralov vom 16. April 1949, in: Lietuvos Ypatingasis Archyvas [Litauisches Sonderarchiv, LYA], f. K-1, ap. 10, b. 30, l. 259.

<sup>39</sup> Grunskis, Lietuvos gyventojų trėmimai (wie Anm. 5), S. 18.

<sup>40</sup> Rapport des Obersten Zacharov vom 5. April 1945, in: Lietuvos gyventojų trėmimai (wie Anm. 34), S. 358 f.

<sup>41</sup> Schreiben von V. Rjasnoj an den Leiter des MVD-Verwaltungsbereichs Gebiet Irkutsk, M. Došlov, in: GARF, f. 9479, op. 1, b. 475, l. 198.

<sup>42</sup> Grunskis, Lietuvos gyventojų trėmimai (wie Anm. 5), S. 18.

<sup>43</sup> Rapport über die Deportationen zwischen August 1951 und dem 1. August 1952 vom 22. August 1952, in: LYA, f. K-1, ap. 3, b. 392, l. 194–195.

<sup>44</sup> In den Archiven der Republik Litauen finden sich Angaben über 113 000 Verbannte für den Zeitraum 1945–1952, vgl. Anušauskas, Lietuvių tautos sovietinis naikinimas (wie Anm. 5), S. 11–15.

verschickt, die in den Dokumenten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und des Staatssicherheitsministeriums als „Sondersiedler“ bezeichnet wurden.<sup>45</sup> In diesen Jahren war fast jeder sechste Deportierte der Sowjetunion ein Litauer, und in einigen Jahren stellten die Litauer sogar die Hälfte aller betroffenen Opfer: 1948 wurden in der gesamten UdSSR 89 261 Personen verschickt, darunter 43 940 Litauer (49,2%), 1951 wurden insgesamt 45 483 Personen verbannt, darunter 21 177 Litauer (46,5%).<sup>46</sup> Vier Fünftel aller Personen, die aus Litauen 1948–1951 verschickt wurden, kamen in die Gebiete Irkutsk und Krasnojarsk (in diesen Gebieten stellten Litauer 1953 ca. 42% und 26% aller angesiedelten Verbannten). Die meisten arbeiteten im Holzeinschlag und in der Holzverarbeitung.

In den Jahren 1945–1952 wurden über 32 000 litauische Kinder mit zwangsverschickt. Wie aus Dokumenten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der UdSSR hervorgeht, gab es die Anweisung, „alle Angehörigen der angegebenen Nationalitäten, darunter auch Kinder, zu verschicken.“<sup>47</sup> Betroffen waren die kaukasischen Völker und die Deutschen; da die Nationalität von Kindern nach derjenigen des Vaters bestimmt wurde, konnten auch Kleinkinder verschickt werden. Der Leiter der „Abteilung für Sondersiedlungen beim NKVD der UdSSR“ erklärte in seiner Antwort vom 6. Januar 1946 an den Leiter der „Abteilung für Sondersiedlungen beim NKVD des Gebietes Molotov“, betroffen seien „alle Kinder, die in Familien mit umgesiedelten Vätern und nichtumgesiedelten Müttern geboren wurden. Dagegen sind Kinder, die in Familien mit nichtumgesiedelten Vätern und umgesiedelten Müttern geboren wurden, nicht aufzunehmen“.<sup>48</sup> Als begonnen wurde, die Umsiedlungsordnung abzuändern, wurde die Politik gegen Litauer und andere „nicht vertrauenswürdige“ Völker (Tschetschenen, Letten, Esten u.a.) noch verschärft.<sup>49</sup>

Unter den Deportierten blieb zunächst die Sterblichkeit hoch: Noch 1945–1947 starben ca. 40% der neu Umgesiedelten, 1948 4%, 1949 3%, 1950 2%, 1951/52 1,2%, 1953–1955 1% und 1956/57 0,85%. Statistisch fassbar wird hier die allmähliche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Aufnahmeorten; natürlich sind all diese Zahlen

<sup>45</sup> Diese Zahlen sind nicht genau, denn einige Verbannungsopfer wurden nicht berücksichtigt.

<sup>46</sup> Rapport des Majors Turov vom 29. April 1953, in: GARF, f. 9479, op. 1, d. 641, l. 270.

<sup>47</sup> Bericht des Oberstleutnant V. Alidin über die „Kinder der Verschickten“ (russ.: vyselency) vom 13. März 1954, in: GARF, f. 9479, op. 1, d. 836, l. 217.

<sup>48</sup> GARF, f. 9479, op. 1, d. 388, l. 175.

<sup>49</sup> GARF, f. 9479, op. 1, d. 388, l. 176-177.

relativ, denn sie hingen vor allem von der Infrastruktur und evtl. Verwandten und Bekannten sowie administrativer Hilfen an den Aufnahmeorten ab. Nach litauischen Berechnungen starben von Januar bis März 1949 in Kasachstan Litauer häufiger als Ukrainer und Polen, die ebenfalls in die Region deportiert worden waren – wohl weil eine Infrastruktur zur Versorgung in der Region fehlte.<sup>50</sup>

Es lässt sich nur schwer feststellen, wie viele Menschen unter diesen schwierigen Bedingungen insgesamt starben. Die Sonderkommandanturen des Innenministeriums zählten nur den Verlust von Arbeitskräften. Todesfälle von Kindern wurden nicht immer erfasst. Aufgrund vorliegender Dokumente des Innen- und des Staatssicherheitsministeriums lässt sich feststellen, dass von den 118 000 „Sondersiedlern“ der Jahre 1945–1952 zum 1. Januar 1953 noch 98 286 lebten.<sup>51</sup> Die Anzahl der Deportierten verminderte sich aufgrund der hohen Sterblichkeit und der hohen Fluchtziffern. Ca. 5 000 Litauer flohen 1945–1952 aus den Ansiedlungsorten.

Doch auch später kamen noch Menschen um. Nach vorläufigen Ziffern starben 1953–1958 noch etwa 3 500 „Sondersiedler“. Darum ist es wichtig zu wissen, wie sich die Zahlen der Umgesiedelten bis zu ihrer Freilassung veränderten. 1954/55 wurden die Umgesiedelten nur allmählich freigelassen. 1954 kamen 735 Litauer frei, 1955 1 779 und 1956 15 879.<sup>52</sup> 1953 betrug der Anteil litauischer Bürger an der Gesamtzahl der „Sondersiedler“ der gesamten UdSSR nur 3,5%, aber 1957 belief sich ihr Anteil auf 29,2%, als andere Gruppen, insbesondere die Deutschen und die Kaukasusvölker, bereits entlassen worden waren. Zum 1. Juli 1957 waren noch 54 866 volljährige litauische Bürger unter den „Sondersiedlern“.<sup>53</sup> Inzwischen wurde festgestellt, dass von 155 796 litauischen Bürgern,<sup>54</sup> die von den Organisatoren und Ausführenden des sowjetischen Terrors in den Deportationslisten verzeichnet wurden, über 130 000 Personen in die Burjat-Mongolische ASSR, die ASSR der Komi, in die Region Krasnojarsk, die Gebiete Irkutsk, Tomsk, Molotov (jetzt Perm') sowie andere sibirische und nördliche Regionen verbracht wurden (s. Anlage Nr. 1).<sup>55</sup> Von die-

<sup>50</sup> Rapport über den Transport und die Zahl der Deportierten im 1. Quartal 1949, in: GARE, f. 9479, op. 1, d. 488, l. 39.

<sup>51</sup> Rapport des MGB der UdSSR über die Arbeit unter den Verschickten (russ.: vyselency), in: GARE, f. 9479, op. 1, d. 641, l. 11, 367; d. 642, l. 6.

<sup>52</sup> GARE, f. 9479, op. 1, d. 900, l. 178: Rapport über die Jahre 1955–1956. Hier wurden die Deportierten aus Litauen nicht mehr erwähnt, vgl. ebenda, d. 919, l. 64.

<sup>53</sup> GARE, f. 9479, op. 1, d. 641, l. 10; d. 900, l. 185; d. 949, l. 6, 10; d. 976, l. 192.

<sup>54</sup> Grunskis, Lietuvos gyventojų trėmimai (wie Anm. 5), S. 201.

<sup>55</sup> Nicht eingerechnet die Männer, die 1941 von den Familien getrennt und in Lager gebracht

sen starben aufgrund Krankheit, Hunger und schwerer Arbeit ca. 28 000 Menschen. Weitere 50 000 Personen konnten zunächst nicht nach Litauen zurückkehren oder kamen überhaupt nicht zurück. Nach Angaben der Allunionszählung von 1959 lebten in der UdSSR (außerhalb des litauischen Territoriums) 175 300 Litauer, von ihnen 108 600 in der RSFSR (im Gebiet Krasnojarsk 17 600, im Gebiet Irkutsk 15 600, in der Autonomen Republik Komi 8 300, im Gebiet Karaganda 5 000, in der Autonomen Republik Karelien 2 900 usw.) sowie in der Kazachischen Unionsrepublik 12 100.<sup>56</sup>

Die letzten Litauer wurden aus ihren Ansiedlungsorten aufgrund des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. Januar 1960 entlassen. In der Folge wurde der Ansiedlungszwang für Familienangehörige von Mitgliedern der Widerstandsbewegung (hierunter fielen bis zum 1. Januar 1959 insgesamt 3 632 Menschen) sowie für die letzten Verbannten von 1941, die „Mitglieder der bourgeoisen Regierungen und politischen Parteien“ (279 Menschen), aufgehoben. In dem Erlass wurde die Freilassung von Widerstandskämpfern gegen die Sowjetmacht (1 275 Personen) nicht erwähnt. Offiziell wurden sie erst Ende 1963 freigelassen. Der Strom der Rückkehrer war erheblich geringer als z.Zt. der Zwangsdeportationen, aber immerhin kehrte bis Ende 1956 etwa die Hälfte aller aus Litauen deportierten Personen zurück.

### Transportwege und -mechanismen

Der Abtransport von Häftlingen in den GULAG kann nicht mit einer normalen Verhaftung gleichgesetzt werden. Viele Häftlinge durften nicht auf eine Rückkehr nach Litauen hoffen. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges, zum 1. Februar 1945, hatte die Anzahl der Häftlinge in den zwölf Gefängnisanstalten in Litauen mit 16 591 Personen den höchsten Stand des gesamten Zeitraums 1944–1953 erreicht.<sup>57</sup> Die Häftlinge wurden in Schüben abtransportiert – von Gefängnis zu Gefängnis oder direkt in das vorgesehene Lager. Die größten Transporte fanden 1945 statt: vom 1.–10. Februar wurden 2 603 Häftlinge

---

wurden (sie sind anderen Gruppen zugeordnet). Archivadokumente und Namensverzeichnisse bestätigen, dass über 128 000 Personen deportiert wurden.

<sup>56</sup> 1959 metų visasąjunginio gyventojų surašymo duomenys [Angaben über die Allunionszählung 1959], in: Statistikos departamentas. Vilnius 1962, S. 4.

<sup>57</sup> Sammelbericht über die Zahl der in Gefängnissen des NKVD der UdSSR Inhaftierten für das Jahr 1945, in: GARE, f. 9413, op. 1, d. 63, l. 27-28.

abtransportiert, vom 10.–20. Februar 2 503, vom 20.–30. Juni 2 552, vom 1.–10. August 2 528 und vom 20.–30. November 2 436 Häftlinge. Es fanden 1945–1952 insgesamt 54 Zwangstransporte statt, bei denen aus Litauen jeweils 1 000 und mehr Häftlinge abtransportiert wurden (s. Anlage Nr. 3).

1945 gelangten die aus Litauen abtransportierten verhafteten Personen entweder in Sonderlager des NKVD zur Spezialuntersuchung („Filtration“) oder in die Lager des GULAG. In die Filtrationslager kamen Personen, die während militärischer Straf- und Suchaktionen oder aufgrund von Listen festgenommen worden waren. In den ersten Monaten der erneuten sowjetischen Besatzung 1944 waren unter ihnen vor allem Polen aus dem Wilnagebiet. Es gab keine Anklagen, die Opfer mussten als unentgeltliche Arbeitskräfte auf Sonderbaustellen des NKVD arbeiten. Falls sie überlebten, wurden sie nach ein bis drei Jahren freigelassen. 1945 wurden aus Litauen 6 533 Personen (vor allem Polen)<sup>58</sup> in solche Lager geschickt, wobei für den gesamten Zeitraum 10 948 Personen erfasst worden waren, die in die Sonderlager zur Spezialuntersuchung und Filtration kamen (s. Anlage Nr. 5). In die Lager des GULAG kamen auch Personen, gegen die keine Anklage vorlag, vor allem Dorfbewohner, die während militärischer Operationen unter dem Verdacht, den Widerstand zu unterstützen, festgenommen worden waren. Früher oder später wurden diese Personen in den „operativ-tschechistischen Abteilungen“ der Lager in Sonderverhandlungen des Innenministeriums oder des Staatssicherheitsministeriums der UdSSR zu 10 oder 25 Jahren Strafarbeit verurteilt.

Zum 1. Januar 1952 waren in allen sowjetischen Lagern und Strafkolonien insgesamt 47 124 litauische Bürger inhaftiert.<sup>59</sup> Bis 1958 kehrten etwa 19 000 Personen nach Litauen zurück, die wegen „besonders gefährlicher konterrevolutionärer Verbrechen“ verhaftet worden waren, also politische Gefangene darstellten. Einige Zehntausende politischer Häftlinge sind verschollen oder durften vor 1957 nicht nach Litauen zurückkehren. Darum migrierten diese ehemaligen Häftlinge in die Nachbarterritorien: nach Lettland und in das Kaliningrader Gebiet.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die vorrangigen Migrationsströme aus und nach Litauen von folgenden Faktoren abhingen: von den

<sup>58</sup> Undatierter Bericht von J. Bartašiusas an A. Leontiev, in: LYA, f. 3, b. 20/163, t. 2, l. 174.

<sup>59</sup> Die Zahl der in den Strafkolonien und Lagern des MVD Inhaftierten, in: GARF, f. 9414, op. 1, d. 1356, l. 4, 78, 110, 139.

Verträgen zwischen der UdSSR und Deutschland sowie zwischen der UdSSR und Polen (sie betrafen vor allem Deutsche, Polen und Litauer), den Kriegsumständen (hier waren Deutsche, Memelländer und Litauer betroffen), von den Aushebungen zur Zwangsarbeit (vorwiegend Litauer und Polen) und den Bedingungen der Besatzung (Litauer und Polen).

Litauen verlor während der Jahre 1939–1953 aufgrund von Deportationen und unter direktem oder indirektem Zwang durchgeführten Migrationen ca. 720 000 Menschen (fast ein Viertel seiner Bevölkerung). Unter den in sowjetische Lager Deportierten (ca. 275 000 Menschen) waren ca. 95% Litauer, 4% Polen und 1% Angehörige weiterer Nationalitäten. Unter den Zwangsmigranten (Umgesiedelte, Flüchtlinge, sog. „Repatrianten“ – ca. 444 000 Menschen) (vgl. Anlage 4) entfielen auf Deutsche und Memelländer sowie Polen jeweils ca. 40% und auf Litauer 20%. Wegen mangelnder Quellenangaben sind alle diese Zahlen als Näherungswerte zu betrachten und können im Zuge der weiteren Forschung Veränderungen unterliegen.

Aus dem Litauischen übersetzt von Ruth Leiserowitz, Berlin  
Redaktionell bearbeitet von Hans-Jürgen Bömelburg  
und Joachim Tauber, Lüneburg



**Anlage Nr. 1: Anzahl der aus Litauen Deportierten 1941–1953<sup>60</sup>**

Jahr	Anzahl
1941	14 381
1945	7 368
1946	2 082
1947	2 782
1948	41 158
1949	33 500
1950	1 335
1951	21 177
1952	2 934
1953	100
Gesamt	126 837
Angaben des Ministeriums für Innere Angelegenheiten	128 068

**Anlage Nr. 2: Übersicht der Direktiven zu Deportationen aus Litauen und die Anzahl der Opfer**

	Beschluss, Anordnung	Datum der Deportation	Zahlen in frühen Dokumenten des MVD und MGB	Zahlen in späteren Dokumenten des MVD und MGB	Ziel der Deportation
1.	Anordnung des ZK der KPdSU und RdVK, Nr. 1299-526 vom 16. Mai 1941	14.–18. Juni 1941	17 562 (4 923 von ihnen in Straflager zu deportieren)	12 562 (4 923 von ihnen in Straflager deportiert)	Region Altaj, Gebiet Novosibirsk, ASSR der Komi, Kazachstan, Region Krasnojarsk
2.	Anordnung des NKVD der Litauischen SSR, Nr. 4/0174 vom 18. April 1945	20. April – 3. Mai 1945	1 048	854 (Anzahl nicht zu den litauischen Deportierten hinzugefügt)	Gebiet Stalinabad (Tadžikische SSR)

<sup>60</sup> Anušauskas, Lietuvių tautos sovietinis naikinimas (wie Anm. 5), S. 330; leicht abweichende Angaben in: Lietuva 1940–1990. Okupuotos Lietuvos istorija [Litauen 1940–1990. Geschichte des besetzten Litauens]. Vilnius 2005, S. 292-304.

3.	Anordnung des NKVD der UdSSR, Nr. 328-1945 vom 16. Juni 1945	17. Juli – 3. September 1945	6 320	4 479	ASSR der Komi, Gebiete Molotov und Sverdlovsk
4.	wie zuvor	18.–21. Februar 1946	2 082	2 082	Gebiet Sverdlovsk
5.	Anordnung des Ministerrates der UdSSR vom 29. September 1947	Dezember 1947	2 782	2 782	Gebiete Tomsk, Tiumen, ASSR der Komi
6.	wie zuvor	Januar – Februar 1948	1 156	1 134	Gebiete Tomsk, Krasnojarsk
7.	Anordnung des Ministerrats der UdSSR Nr. 447-160 vom 21. Februar 1948	22.–27. Mai 1948 „Vesna“	40 002	39 482	Gebiete Krasnojarsk, Irkutsk, Burjat-Mongolische ASSR
8.	Anordnung des Ministerrates der UdSSR Nr. 390-138 vom 29. Januar 1949	25.–28. März 1949 „Priboj“	29 180	28 981	Gebiet Irkutsk, Region Krasnojarsk
9.	wie zuvor	10.–20. April 1949	3 090	2 927	Gebiet Irkutsk
10.	wie zuvor	6. Juni 1949	ca. 500		wie zuvor
11.	wie zuvor	7. Juli 1949	279		wie zuvor
12.	wie zuvor	14. April, 1.–2. und 19. September 1950,	1 355	761	Region Altaj, Chabarovsk
13.	Anordnung des Ministerrats der UdSSR Nr. 377-190 vom 13. Februar 1951, Anordnung des Ministerrates der UdSSR Nr. 667-339 vom 3. März 1951	31. März – 1. April 1951	433		Gebiete Irkutsk und Tomsk
14.	Anordnung des Ministerrats der UdSSR Nr. 3309-1568 vom 5. September 1951	19.–21. September 1951	3 807	2 987	Gebiet Irkutsk
15.	wie zuvor	2.–3. Oktober 1951 „Osen“	16 150	16 109	Krasnojarsk
16.	wie zuvor	31. Oktober 1951	335		wie zuvor

17.	Anordnung des Ministerrats der UdSSR Nr. 3309-1568 m. vom 5. September 1951	30. November 1951	452		Region Altaj
18.	wie zuvor	23. Januar 1952	2 195	1 844	Region Krasnojarsk
19.	wie zuvor	6.–7. Juli 1952	465		
20.	Entscheidung des außerordentlichen Treffens des MGB der UdSSR	5.–6. August 1952	359		Region Krasnojarsk
21.	wie zuvor	29. November 1952			Kazachstan, Region Krasnojarsk
22.	wie zuvor	26. Februar, 12. April, 12. September 1953	ca. 100		Gebiete Tomsk, Region Altaj, Krasnojarsk

### Anlage Nr. 3: Anzahl der in den Gulag abtransportierten Häftlinge<sup>61</sup>

Jahr	Anzahl
1941	7 349
1944	1 338
1945	31 661
1946	16 182
1947	19 324
1948	20 837
1949	14 948
1950	12 194
1951	12 763
1952	12 332
Gesamt	148 590

<sup>61</sup> Anušauskas, Lietuvių tautos sovietinis naikinimas (wie Anm. 5), S. 337.

**Anlage Nr. 4: Demografische Übersicht zu den Bevölkerungsverlusten Litauens 1940/41, 1944–1953<sup>62</sup>**

Jahr	1940/41	1944	1945	1946	1947	1948
Deportiert	22 100	1 338	38 691	18 264	22 106	61 995
Umgesiedelt, „repatriiert“ oder aus Litauen geflohen	51 142	213 000	71 900	99 300	9 029	

Jahr	1949	1950	1951	1952	1953	Gesamt
Deportiert	48 448	13 549	33 940	15 266		275 697
Umgesiedelt, „repatriiert“ oder aus Litauen geflohen						444 371

---

<sup>62</sup> Eigene Zusammenstellung des Autors.

Anlage Nr. 5: Allgemeine Angaben über das Schicksal der Verfolgten seit 1944 nach vorliegenden Personenlisten<sup>63</sup>

Lfd. Nr.	Art der Repression 1944–1947	Anzahl der Opfer	1944		1945		1946		1947		1948–1956		Genauere Daten unbekannt	
			N.	%	N.	%	N.	%	N.	%	N.	%	N.	%
1.	„Sondersiedler“, davon:	10 803	0	0	5 425	50,2	1 911	17,7	3 174	29,4			293	2,7
1.1	gestorben in der Verbannung	2 557	0	0	397	16,0	383	15,0	242	9,5	1 064	41,6	471	18,4
2.	festgenommen, davon:	48 950	8 331	17,0	21 321	43,5	10 269	21,0	6 232	12,7			2 797	5,7
2.1	verhaftet in Litauen, davon:	12 466	2 004	16,0	4 991	40,0	3 033	24,3	1 291	10,3			1 147	9,2
2.1.1	in Gefängnissen in Litauen gestorben	1 826	67	3,7	769	42,1	301	16,5	284	15,5	143	7,8	262	14,3
2.2	in Lager abtransportiert, davon:	31 770	40	0,1	8 868	27,9	4 150	13,1	5 979	18,8	12 600	39,7	133	0,4
2.2.1	in Lagern gestorben	3 984	7	0,2	517	13,1	624	15,7	769	19,3	145	43,8	322	8,1
3.	in Filtrationslager abtransportiert	10 948												
4.	getötete Partisanen	8 214	552	6,7	3 517	42,8	2 234	27,2	1 719	20,9	66	0,8	12	1,5
5.	getötete Zivilisten	2 079	649	31,2	986	47,4	255	12,3	113	5,4			76	3,7
6.	freiwillig in die Verbannung gegangen	247												
7.	in der Verbannung geboren	2 185												
8.	genaue Art der Repression unbekannt	1 934												
umgekommen durch Repressionen 1944–1956		18 938	1 275	6,9	6 186	33,1	3 797	20,3	3 127	16,7	3 018	16,2	1 535	8,2
Gesamtzahl der Opfer 1944–1956		85 360	9 532		31 249		14 669		11 238		66		3 292	

<sup>63</sup> Lietuvių gyventojų genocidas (wie Anm. 6), T. 2, Bd. 1-3 (Personenlisten).

## Zwangsumsiedlungen von Polen aus den von der Weißrussischen Sowjetrepublik annektierten Territorien (1939–1959)

von Małgorzata Ruchniewicz

Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ostpolen im September 1939 annektierte die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik [BSSR] die nordöstlichen Grenzgebiete der Zweiten Polnischen Republik (mit Ausnahme des Wilnaer Gebiets). Gemäß der administrativen Aufteilung der polnischen Territorien betraf diese Maßnahme die beiden Wojewodschaften Nowogródek (włsr. Navahrudak) und Polesien sowie Teile der Wojewodschaften Białystok, nämlich die Landkreise Grodno und Vaukavysk (poln. Wołkowysk), und Wilna, hier die Landkreise Braslav, Disna (poln. Dzisna), Molodečno (poln. Mołodeczno) und Ośmjany (poln. Oszmiana), Postavy und Vilejka.<sup>1</sup> Das bisherige Territorium der BSSR vergrößerte sich dadurch um ca. 100 000 km<sup>2</sup>. In den neu hinzugewonnenen Gebieten führte man mit den Bezirken Baranoviči, Białystok, Brest (poln. Brześć), Pinsk und Vilejka neue Verwaltungseinheiten ein, die insgesamt 101 Unterbezirke umfassten. Sowohl in der offiziellen Amtssprache, als auch im Propagandajargon (und in der sowjetischen Historiografie nach 1945) wurde dieser Gebietszuwachs als „westliches Weißrussland“ bezeichnet.

Laut vorsichtigen Schätzungen lebten dort zu Beginn des Zweiten Weltkrieges ca. 3,6 Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalität. Zu diesem Thema gibt die unsichere Quellenlage bis heute Anlass zu Kontroversen in der Historiografie. Die Polen bildeten unter der Bevölkerung dieser Territorien lediglich eine Minderheit. Im Blick auf die allgemeinen Volkszählungen von 1921 und 1931 ist ein überwiegend von Polen dicht besiedelter Gebietsstreifen erkennbar, der sich wie ein Keil durch die von Litauern und Weißrussen bevölkerten Territorien schob. Das Zentrum dieses ethnisch-polnischen Gebietsstreifens lag eindeutig in der Wilnaer Gegend, die 1939 von der Sowjetunion an Litauen angegliedert wurde. Innerhalb der BSSR in den Grenzen von nach 1939 gehörten folgende Landkrei-

---

<sup>1</sup> Bis Juni 1941 befanden sich auch der Raum Białystok und der Landkreis Łomża unter sowjetischer Besatzungsherrschaft. Nach Kriegsende wurden diese Territorien der VR Polen angegliedert. Im Folgenden wird auf diese Regionen nicht näher eingegangen.

se zu diesem Territorialstreifen: Lida, Ošmjany, Braslav, Ščučin (poln. Szczuczyn) und Voločyn (poln. Wołożyn) mit über 65% katholischer polnischsprachiger Bevölkerung. Benachbart im Norden lagen die Landkreise Vilejka, Postavy und Disna und im Westen die Landkreise Grodno und Vaukavysk, die einen polnisch-weißrussischen Charakter (über 40% Polen) trugen. Mit Ausnahme der Landkreise Stoubcy (poln. Stołpce, 52% Polen) und Slonim (41% Polen) besaßen die übrigen Landkreise der BSSR eine deutliche weißrussische Bevölkerungsmehrheit. In der bisherigen Wojewodschaft Polesien war der demografische Anteil der Polen gering (15%).

Eine authentische Interpretation der Volkszählungen ist jedoch aufgrund der oftmals unklaren nationalen Identität der Befragten sehr schwierig. Zahlreiche Historiker zweifeln heute an der polnischen Nationalität vieler Personen, die das Polnische offiziell zu ihrer Muttersprache erklärten. Die historische Forschung sucht in diesen Deklarationen nach Anzeichen für einen psychologischen Druck oder ein opportunistisches Kalkül. Als objektives Kriterium gilt eher das religiöse Bekenntnis. Vor diesem Hintergrund bejahen zahlreiche Historiker die landläufig verbreitete Wahrheit, dass sich ein Katholik in den nordöstlichen Grenzgebieten der Zweiten Polnischen Republik für einen Polen hielt bzw. von seiner Umgebung auch als solcher angesehen wurde.

In den ehemals polnischen Gebieten der heutigen Republik Weißrussland/Belarus existierte und existiert das Problem der weißrussischen katholischen Bevölkerung. Diese Thematik trennt bis heute polnische und weißrussische Historiker in ihrem Blick auf die gemeinsame Vergangenheit. Denn laut den von polnischer Seite vor 1939 durchgeführten demografischen Schätzungen waren bei Kriegsausbruch ca. 70 000 Weißrussen katholisch (5% der Angehörigen dieser Konfession).<sup>2</sup> Weißrussische Berechnungen gehen hingegen von weitaus höheren Zahlen aus (0,5 bis 1 Million Menschen).<sup>3</sup> Beide

---

<sup>2</sup> A. Krysiński, Liczba i rozmieszczenie ludności polskiej na Kresach Wschodnich [Zahlenmäßige Stärke und geografische Streuung der polnischen Bevölkerung in den Ostgebieten], in: Sprawy Narodowościowe 3 (1929), S. 439.

<sup>3</sup> Aleksandra Veraščagina, Aleksandr Gurko, *Historia konfesii u Belarusi. Minulae i cyčasnasc* [Zur Geschichte der Religionsbekenntnisse in Weißrussland in Vergangenheit und Gegenwart]. Minsk 2000, S. 31. Weißrussische Historiker erkennen die Glaubwürdigkeit von Zahlenstatistiken aus der Zarenzeit an, die von polnischer Seite bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts als unseriös zurückgewiesen wurden. Nach ihrer Ansicht begegnete die katholische bäuerliche Bevölkerung Weißrusslands der polnischen Sprache und Kultur lediglich im Gottesdienst oder bei Hofe, so dass dieser Bevölkerungsgruppe kaum eine Polonität zugeschrieben werden könne; siehe Ales' Smaljanczuk, *Uwagi na temat książki*

Sichtweisen beeinflussen die landläufige Einschätzung des polnischen Bevölkerungsanteils in diesen Territorien.

Die demografische Problematik spiegelt sicherlich auch das eher unterentwickelte nationale Identitätsgefühl der Bevölkerung der Region vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wider. Denn bei der allgemeinen Volkszählung von 1931 bezeichneten sich in Polesien über 700 000 Menschen als „Hiesige“. In Hinblick auf ihre Sprache, Kultur und Konfession werden diese Menschen von der historischen Forschung zumeist der weißrussischen Nationalität zugeordnet, obgleich sie eine derart eindeutige Selbstidentifikation vermieden.

**Tabelle 1: Nationalitätenstruktur 1939 (laut Schätzungen von Piotr Eberhardt)<sup>4</sup>**

Nationalität	Anzahl der Personen	Prozentualer Anteil
Weißrussen	2 016 700	56,1
Polen	1 096 400	30,5
Juden	316 300	8,8
Russen	79 100	2,2
Andere	86 300	2,4
Insgesamt	3 594 800	100

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte zu tiefgreifenden Veränderungen der bislang recht stabilen Bevölkerungsstrukturen in den nordöstlichen Grenzgebieten Polens. Die Veränderungen wurden durch äußeren Zwang ausgelöst – in Gestalt von unmittelbar angewendeter Gewalt oder situationsbedingtem Druck, dem die Bevölkerung in diesen Territorien ausgesetzt war. Infolgedessen mussten die Bewohner der nordöstlichen Grenzgebiete immer wieder offiziell ihre nationale Zugehörigkeit angeben und alle Konsequenzen dieser Deklaration in Kauf nehmen, einschließlich der Bedrohung ihrer bloßen Existenz. Zugleich betrieben die fremden Besatzungsmächte gegenüber der einheimischen Bevölkerung eine höchst ideologieab-

Piotra Eberhardta „Przemiany narodowościowe na Białorusi“ [Anmerkungen zum Buch von Piotr Eberhardt „Veränderungen in der Nationalitätenstruktur Weißrusslands“], in: *Przegląd Wschodni* 4 (1997) H. 3, S. 632-636.

<sup>4</sup> Piotr Eberhardt, *Przemiany narodowościowe na Białorusi* [Veränderungen der Nationalitätenstruktur Weißrusslands]. Warszawa 1994, S. 99.



hängige Politik: Während die UdSSR dabei eher vom marxistischen Klassenkampfgedanken und weniger von völkischen Idealen geleitet wurde, exekutierte das Dritte Reich die nationalsozialistische Rassenpolitik. Vor diesem Hintergrund kam es im Laufe des Krieges zu enormen Bevölkerungsverlusten, infolge derer die Juden fast völlig und die Polen in erheblichem Maße aus diesen Territorien verschwanden.

### **Unter sowjetischer Besatzungsherrschaft 1939–1941**

Die Rote Armee kündigte bei ihrem Einmarsch in Ostpolen die Befreiung der dort ansässigen Bevölkerung vom Joch der polnischen Regierungsgewalt und die Vereinigung der von Weißrussen und Ukrainern besiedelten Gebiete an. Das von dieser Botschaft hervorgerufene Echo unter den dort lebenden Völkern war nach Ansicht der polnischen Exilregierung, aber auch nach Meinung vieler gewöhnlicher Bürger ein Gradmesser der Loyalität gegenüber dem polnischen Staat. In dieser Zeit traten die Trennlinien unter den Nationalitäten im nordöstlichen Polen hervor, die bislang nach außen hin in friedlicher Koexistenz miteinander gelebt hatten. Infolge des zumeist geringen Wissens über die Lebenswirklichkeit in der Sowjetunion und aufgrund der ablehnenden Haltung zur Polonisierungspolitik des polnischen Staats, aber auch unter dem Einfluss der schwierigen materiellen Situation in den ländlichen Gebieten nahm die weißrussische Bevölkerung den Zusammenbruch der staatlichen Strukturen und den Einmarsch der Roten Armee eher mit positiven Gefühlen bzw. abwartend hin, während man sich zugleich günstige Veränderungen der persönlichen Lage erhoffte.

Für die meisten Aktivisten der weißrussischen Nationalbewegung bildete die von der Roten Armee bewirkte Vereinigung aller weißrussischen Gebiete ein großes historisches Ereignis, denn man glaubte an die offiziell propagierte freiheitliche Entwicklung in der neuen weißrussischen Sowjetrepublik. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der rasche Zerfall des polnischen Staates nicht nur bei der polnischen Bevölkerungsmehrheit, sondern auch unter den Minderheiten einen mehr oder minder großen Schock auslöste. Der gewaltsame Untergang des Staates machte fortan die politisch-kulturelle Einflussnahme Polens auf die weißrussische Bevölkerung weitgehend unmöglich. Deziert antikommunistische Haltungen waren unter der polnischen Bevölkerung weit verbreitet und verbanden sich oftmals mit der Furcht vor einer militärischen Bedrohung aus dem Osten. Die so-

wjetische Fremdherrschaft wurde von der polnischen Bevölkerung daher als Okkupation betrachtet. Dabei hielt man auch die rasch einsetzende Sowjetisierung (verbunden mit der Einführung des Weißrussischen) der öffentlichen Verwaltung und des Schulwesens sowie die radikale sozialistische Umgestaltung der Binnenwirtschaft trotz des offiziell deklarierten Klassencharakters für antipolnische Akte. Denn die fortan ihrer bisherigen politischen und ökonomisch-sozialen Bedeutung beraubten und teilweise auch staatlich verfolgten gesellschaftlichen Eliten im westlichen Weißrussland waren zumeist polnischer Nationalität. Die Polen sanken also vom Regierungsvolk zur nationalen Minderheit ab, aus der angeblich – wie die sowjetische Propaganda unermüdlich verkündete – die unterschiedlichsten feudalen Tyrannen hervorgegangen waren.

Die offiziellen Ansichten des Kremls über die ethnischen Verhältnisse im annektierten Ostpolen spiegelt eine Äußerung des sowjetischen Außenministers Molotov wider, der verkündete, dass in dieser Region (einschließlich der Westukraine) lediglich eine Million Polen lebten, also vier Mal weniger, als es in Wirklichkeit der Fall war.<sup>5</sup> Diese Propaganda sollte den angeblich kolonialen Charakter der Polonität im Osten unterstreichen und die Bedeutung der polnischen Bevölkerung in diesen Gebieten bagatellisieren. Die dahinter stehenden Absichten leuchteten auch den Verwaltungsbeamten ein, die ihre antipolnischen Ressentiments oftmals unverhohlen zeigten. Darüber hinaus war man sich darüber im Klaren, dass eine derartige Politik die existierenden Konflikte zwischen den Polen und den anderen, einstmals diskriminierten und nun favorisierten, Nationen verschärfe.

Die sowjetische Polenpolitik lief darauf hinaus, die besetzten Gebiete mit dem „alten“ Territorium der UdSSR vollständig zu integrieren. Dieses Ziel erforderte eine radikale Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In politischer Hinsicht beinhaltete die Sowjetisierung die Liquidierung der ehemaligen Staatsverwaltung sowie aller Institutionen, Organisationen und Verbände, die mit dem „reaktionären“ Polen verbunden waren. Dies führte zwangsläufig dazu, dass die bisherigen politischen und ökonomischen Eliten Polens ihre Einflussmöglichkeiten verloren. In der Folge kam es zu gezielten Inhaftierungen ganzer Gruppen, die dabei auch in ihrer physischen Existenz bedroht waren.

---

<sup>5</sup> Laut Angaben Molotovs lebten dort über 3 Millionen Weißrussen; vgl. Albin Głowacki, *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941* [Das Vorgehen der Sowjets gegenüber den Polen in den Ostgebieten Polens 1939–1941]. Łódź 1998, S. 71.

Am Prozess der Herausbildung der neuen Staatsgewalt durften Vertreter der polnischen Bevölkerung nur in eingeschränkter Form mitwirken, während Weißrussen und Juden, die vor dem Krieg diskriminiert worden waren, 1939/40 zu Nutznießern wurden.<sup>6</sup> Vor dem Hintergrund der militärischen Erfolge des Dritten Reiches an der Westfront und der Niederlage Frankreichs unterlag die antipolnische Bevölkerungspolitik Stalins im Sommer 1940 jedoch einer zeitweiligen Entschärfung. Insgesamt strebte die sowjetische Nationalitätenpolitik trotz der Begünstigung mancher weißrussischer und jüdischer Bevölkerungsgruppen langfristig deren nationale Entwurzelung und kulturelle Umwandlung in „Sowjetmenschen“ an. Eben diesem Ziel dienten sowohl die Repressionen zur Auflösung sozialer Hierarchien als auch die Propagandamaßnahmen zur ideologischen Umerziehung ganzer Gesellschaftsschichten. Auf diese Weise wurden die Konfessions- und Bildungspolitik zu wichtigen Feldern staatlichen Handelns. Gerade diese beiden Politikbereiche sollten nichtkommunistischen Einflüssen begegnen.<sup>7</sup>

Vor allem die radikalen ökonomischen Veränderungen wirkten sich negativ auf die materielle Lage der Bevölkerung aus. In zahlreichen Fällen wurde die Existenzgrundlage der Betroffenen direkt bedroht, wobei gerade bei den bisherigen Eliten deren exponierte Position einer Schwächung unterlag. Infolgedessen verringerten sich auch die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die unmittelbare soziale Umgebung erheblich. Im Zuge der Sowjetisierung des ländlichen Raumes konfiszierte das kommunistische Regime nicht nur den Großgrundbesitz, sondern auch territoriale „Überschüsse“ der größeren Bauernhöfe (mit über 10-15 ha Nutzungsfläche). Diese Vorgehensweise hatte abgesehen von den begleitenden Unterdrückungsmaßnahmen zur Folge, dass die bisherigen Führungsschichten der Dorfbevölkerung an Bedeutung verloren und dezimiert wurden. Was die polnischen

---

<sup>6</sup> Siehe näherhin Marek Wierzbicki, *Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką (1939–1941)* [Polen und Juden im sowjetischen Annexionsgebiet. Die polnisch-jüdischen Beziehungen in den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik unter sowjetischer Besatzung (1939–1941)]. Warszawa 2001; ders., *Polacy i Białorusini w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-białoruskie na ziemiach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką (1939–1941)* [Polen und Weißrussen im sowjetischen Annexionsgebiet. Die polnisch-weißrussischen Beziehungen in den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft (1939–1941)]. Warszawa 2000.

<sup>7</sup> Siehe zum Verhältnis zu den Kirchen bzw. Konfessionen in den okkupierten Gebieten bzw. zu den Veränderungen im einheimischen Schulwesen Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 603-610.

Großgrundbesitzer anbelangt, so kann man mit Krzysztof Jasiewicz vom Untergang einer alten politischen Nation sprechen.<sup>8</sup>

Indessen fungierte im urbanen Raum die Nationalisierung als Instrument wirtschaftlicher Umwälzungen und ging mit der Liquidierung aller privaten Wirtschaftsinitiativen einher. In Hinblick auf die Nationalitäten- und Berufsstruktur der Stadtbevölkerung machte sich die Nationalisierung insbesondere bei den Juden schmerzhaft bemerkbar, da sie deren bisherige Einkommensquellen ersatzlos versiegen ließ.<sup>9</sup> Im Vergleich dazu hatte die ethnisch polnische Stadtbevölkerung weitaus weniger unter der Sowjetisierung zu leiden. Nichtsdestotrotz trat eine spürbare Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen in den Städten ein. Die Ursachen für diese Entwicklung lagen in der schwierigen Versorgungslage und der Beseitigung bestehender Arbeitsplätze. Aber auch die Einführung des russischen Rubels als neuer Währung tat ein Übriges. Nicht zuletzt trug auch die rapide Verarmung der Polen im urbanen Raum dazu bei, dass die Polonität der Region immer stärker zurücktrat.

Schließlich erzwang die Besatzungsherrschaft weiträumige und irreversible Bevölkerungsverschiebungen, die sich unmittelbar in der demografischen Struktur widerspiegelten. Den sog. Bevölkerungstransfers fielen vor allem Polen, aber auch Juden und Weißrussen zum Opfer. Genaue Zahlenangaben zu den Zwangsmigrationen sind aufgrund der unsicheren und lückenhaften Quellenlage nur in manchen Fällen möglich. Truppeneinheiten der Weißrussischen Front der Roten Armee nahmen ca. 60 000 Soldaten der polnischen Armee gefangen und überstellten diese teilweise in eigens geschaffene Lager.<sup>10</sup> Nach Kriegsausbruch flohen Juden in die nun sowjetischen Territorien und versuchten insbesondere in den Städten einen Unterschlupf und Erwerbsmöglichkeiten zu finden. Die Flüchtlinge lebten in der Regel unter äußerst schwierigen Bedingungen, da sie zumeist weder

---

<sup>8</sup> Ebenda, S. 128 ff.; vgl. auch Krzysztof Jasiewicz, *Zagłada polskich Kresów. Ziemiaństwo polskie na Kresach Północno-Wschodnich Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką 1939–1941* [Die Auslöschung der östlichen Grenzgebiete Polens. Polnische Großgrundbesitzer im Nordosten unter sowjetischer Besatzungsherrschaft 1939–1941]. Warszawa 1997, S. 87–101.

<sup>9</sup> Wierzbicki, *Polacy i Żydzi* (wie Anm. 6), S. 144.

<sup>10</sup> *Agresja sowiecka na Polskę 17 września 1939 w świetle dokumentów* [Der sowjetische Angriff auf Polen vom 17. September 1939 im Spiegel von Dokumenten]. Bd. 3: *Działania wojsk Frontu Białoruskiego* [Die militärischen Aktivitäten der Weißrussischen Front], hrsg. v. Czesław Grzelak. Warszawa 1995, S. 17. Zur Lage der polnischen Kriegsgefangenen in sowjetischen Lagern im September und Oktober 1939 vgl. Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 169–188.

Arbeit noch Wohnraum finden konnten, lehnten jedoch häufig eine Arbeitssuche im Landesinneren ab. Die sowjetischen Behörden stufen die Flüchtlinge als Unsicherheitsfaktor ein, den es abzuschieben galt. Anfang 1940 hielten sich in der BSSR knapp 73 000 Flüchtlinge auf, von denen allein 66 000 jüdischer Herkunft waren.<sup>11</sup>

Die Inhaftierungs- und Deportationswelle 1939–1941 erfasste die ethnisch polnische Bevölkerung am stärksten, da diese von den Machthabern im Vergleich zu anderen Nationalitäten als größter Feind eingestuft wurde (vgl. Tabelle 2, Relation Polen-Juden, hiernach waren Juden am stärksten betroffen). Betroffen waren insbesondere folgende Schichten und Berufsgruppen: Großgrundbesitzer, Unternehmer, wohlhabende Landwirte, Angestellte der Staatsverwaltung, Polizisten, Gendarmen, Grenzschutzbeamte, Aktivisten politischer Parteien und sozialer Organisationen sowie Personen, die der Spionage oder konterrevolutionärer Auffassungen verdächtigt wurden.<sup>12</sup>

**Tabelle 2: Inhaftierte in den Westbezirken der BSSR (1939–1941) nach Nationalität<sup>13</sup>**

Jahr	Insgesamt	Polen	Weißrussen	Juden	Ukrainer
1939	8 593	5 256	2 422	661	254
1940	27 932	13 414	4 461	9 482	575
1941	1 671	940	488	190	53
Insgesamt	38 196	19 610	7 371	10 333	882

In den von der BSSR annektierten Territorien wurden bis Ausbruch des sowjetisch-deutschen Krieges ca. 4 000 Menschen gefangengenom-

<sup>11</sup> Aleksander Chackiewicz, *Aresztowania i deportacje społeczeństwa zachodnich obwodów Białorusi (1939–1941)* [Inhaftierungen und Deportationen unter der Bevölkerung in den Westbezirken Weißrusslands (1939–1941)], in: *Spółczesność białoruskie, litewskie i polskie na ziemiach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej w latach 1939–1941* [Weißrussen, Litauer und Polen in den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik 1939–1941], hrsg. v. Tomasz Strzembos u. Małgorzata Giżejewska. Warszawa 1995, S. 120–137, hier S. 132.

<sup>12</sup> Jędrzej Tucholski, *Wprowadzenie* [Einführung], in: Władimir Adamusko, Natalia Iwanowa, *Litości... Represje w obwodzie wilejskim w dokumentach 1939–1941* [Habt Mitleid!... Repressionen im Bezirk Wilna im Spiegel von Quellendokumenten 1939–1941]. Warszawa 1996, S. 6.

<sup>13</sup> O.A. Gorlanov, A.B. Roginskij, *Ob arestach w zapadnych oblastach Belorusii i Ukrainy v 1939–1941 gg.* [Verhaftungen in den Westbezirken Weißrusslands und der Ukraine 1939–1941], in: *Represii protiv poljakow i pol'skich graždan* [Repressionen gegen Polen und polnische Staatsbürger]. Moskva 1997, S. 77–113, hier S. 88.

men, darunter ca. 45% Polen und ca. 27% Juden.<sup>14</sup> Die überwiegende Mehrheit der Gefangenen gelangte nach der Verhängung einer Haftstrafe bzw. infolge einer „Revision“ der überfüllten Gefängnisse in innersowjetische Arbeitslager. Ein tragisches Schicksal traf hingegen knapp 4 000 Personen, die ohne Gerichtsurteil aufgrund des am 5. März 1940 gefassten Beschlusses des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR erschossen wurden. Der gleiche Beschluss stand auch hinter den brutalen Massenerschießungen der in Kriegsgefangenschaft befindlichen polnischen Offiziere in Katyn und anderswo. Weitere Todesopfer forderte die ad hoc durchgeführte Evakuierung von Haftanstalten unmittelbar nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion: Ein Teil der Gefangenen wurde sofort fusiliert, andere kamen beim Kräfte zehrenden Fußmarsch aus den Lagern ums Leben.<sup>15</sup>

Die Verhaftungswelle erfasste die gebildetsten und vermögendsten Gruppen der polnischen Gesellschaft. Auch Vertreter der lokalen Herrschaftseliten und entschiedene Gegner der kommunistischen Ideologie, die vermeintlich bzw. tatsächlich im Untergrund agierten, fielen den Inhaftierungen zum Opfer. Andere soziale Gruppen oder Nationalitäten waren von der Inhaftierung bedroht, wenn sie aus ihrer Unzufriedenheit über die Lebensbedingungen im „sowjetischen Paradies“ keinen Hehl machten. Auch ganze Familien waren von den Deportationen betroffen. Die Bevölkerung des westlichen Weißrusslands wurde von allen vier Deportationswellen 1940/41 erfasst. Diese Zwangsaussiedlungen erstreckten sich laut sowjetischen Quellen auf über 120 000 Menschen – bei ca. 327 000 Deportierten aus allen 1939 annektierten Gebieten.<sup>16</sup>

Die am 10. Februar 1940 durchgeführte Deportation von Militärsiedlern, Kolonisten und Förstern (einschließlich deren Familien) geschah aus politischen Motiven. Durch die Aktion sollte eine Bevölkerungsgruppe liquidiert werden, der man eine patriotische Grundeinstellung bzw. Sympathien für Polen unterstellte, die im Waffengebrauch geschult war und in der man ein potenzielles Milieu der Widerstandsbewegung sah. Zudem sollten auch Erwartungen der ortsansässigen weißrussischen Bevölkerung befriedigt werden. Deren Wohlwollen versuchte man vor allem dadurch zu gewinnen, dass man das von den deportierten Polen zurückgelassene Vermögen bzw. de-

<sup>14</sup> Ebenda, S. 97. Für 1941 beschränken sich die Angaben auf den Januar und den Februar.

<sup>15</sup> Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 648-651.

<sup>16</sup> Stanisław Ciesielski, Wojciech Materski, Andrzej Paczkowski, *Represje sowieckie wobec Polaków i obywateli polskich* [Repressionen der sowjetischen Staatsmacht gegen Polen und polnische Staatsbürger]. Warszawa 2002, S. 18.

ren Grundbesitz an Weißrussen verteilt. Daher erstreckte sich die Zwangsaussiedlung auch auf Zivilisten. Den Deportationen fielen in erster Linie Polen zum Opfer (ca. 40 000, 78% aller Deportierten). Dennoch blieben auch Weißrussen von diesen Maßnahmen nicht verschont.

Eine weitere, im April 1940 durchgeführte Massendeportation beruhte auf dem Prinzip der Kollektivverantwortung, die auf die Familien von Kriegsgefangenen und Inhaftierten ausgedehnt wurde. In den Westbezirken Weißrusslands waren davon insgesamt ca. 24 200 Personen betroffen, überwiegend Polen.<sup>17</sup> Die bereits im März 1940 gefällte Entscheidung über die Deportation von Flüchtlingen aus Zentral- und Westpolen (ca. 23 000 Personen) musste bis Ende Juni 1940 auf ihre Realisierung warten. Laut vorsichtigen Schätzungen erstreckte sich diese Aktion auf ca. 14 000 Menschen, darunter höchstwahrscheinlich über 80% Juden (genauere Angaben für die weißrussischen Territorien fehlen bislang).

Die letzte Deportation aus den Westbezirken der BSSR fand am 19./20. Juni 1941 statt und stand in Zusammenhang mit den zeitgleich durchgeführten Zwangsaussiedlungen aus Moldawien, Estland, Lettland und Litauen. Diese Umsiedlungsmaßnahme bildete den Schlusspunkt der vorangegangenen Deportationen, war aber auch eine Reaktion auf die antikommunistische Widerstandsbewegung in Ostmitteleuropa, die trotz der einschneidenden sowjetischen Repressionen immer noch agierte.<sup>18</sup> Sie erfasste laut Quellenangaben ca. 20 000-24 000 Menschen, wobei weitere 2 000 Personen verhaftet wurden.<sup>19</sup>

Die Inhaftierungs- und Deportationswelle der Jahre 1939-1941 führte in den Westbezirken der BSSR zu einem Bevölkerungsrückgang von ca. 110 000-120 000 Menschen, was 4% der Bevölkerung von 1939 (unter Berücksichtigung der Flüchtlinge) entspricht. Wenn ca. 70% der von den Repressionen betroffenen Personen der polnischen Nationalität angehörten, ist davon auszugehen, dass ca. 80 000 Polen (8% der Gesamtbevölkerung) verdrängt wurden. Rechnet man ferner weitere Menschenverluste hinzu (Ermordete und Kriegsgefangene des Jahres 1939 sowie geglückte Fluchtversuche in Richtung Westen bzw.

---

<sup>17</sup> Deportacje Polaków z północno-wschodnich ziem II Rzeczypospolitej 1940-1941 [Die Deportation der Polen aus den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik 1940-1941], hrsg. v. Bernadetta Groniek u. Grzegorz Jakubowski. Warszawa 2001 (Zachodnia Białoruś 17 IX 1939-22 VI 1941. 2), S. 37.

<sup>18</sup> Ciesielski, Materski, Paczkowski, Represje (wie Anm. 16), S. 15.

<sup>19</sup> Deportacje Polaków (wie Anm. 17), S. 232.

Litauen), dürfte dies den Anteil der polnischen Bevölkerung um weitere 1-2% senken. Das demografische Übergewicht der Weißrussen verstärkte sich nicht nur aufgrund der Zwangsaussiedlung der Polen, sondern auch durch den Zustrom von Sowjetbürgern weißrussischer Abstammung. Dennoch stieg die Zahl der Weißrussen nie auf ca. 80% der Gesamtbevölkerung, wie von einigen sowjetischen Historikern behauptet wurde.<sup>20</sup>

Die oben genannten allgemeinen Schätzungen lassen die „freiwillig“ zur Lagerarbeit in Sibirien angeworbenen sowie die von der Roten Armee gemusterten und zum Waffendienst herangezogenen Personen unberücksichtigt. Laut polnischen Angaben waren ca. 100 000-230 000 ehemalige Staatsbürger von diesen Aushebungen betroffen.<sup>21</sup> Wie viele von ihnen im westlichen Weißrussland lebten, bleibt aufgrund der unsicheren Quellenlage unklar.

Die sowjetische Unterdrückungspolitik in den okkupierten Territorien Ostpolens war scheinbar vor dem Hintergrund der Gesamtbevölkerung kein Massenphänomen – diese Auffassung verfestigte sich durch die polnische Exilhistoriografie und die Memoirenliteratur im historischen Bewusstsein der Polen. Wenn man jedoch die unterdrückten ethnischen Gruppen näher untersucht und die sich dabei ergebenden Parameter auf die Lage bestimmter Gruppen in diesen Gebieten bezieht, stellt man außerordentlich hohe Verluste fest. Denn die sowjetische Besatzungsmacht schwächte in den Jahren 1939–1941 die ethnisch polnische Bevölkerung vor allem dadurch, dass sie die Angehörigen der ehemaligen Staatsverwaltung, aber auch alte Sozialhierarchien und weite Teile der Führungsschichten (gesellschaftliche und politische Aktivisten, die sog. Intelligenz) zu vernichten suchte. Die übrigen Bevölkerungsgruppen unterlagen vielfältigen Einschüchterungsmaßnahmen, wobei wichtige traditionelle Bande innerhalb der Gesellschaft zerstört wurden. Nichtsdestotrotz konnten die Polen in den nordöstlichen Grenzgebieten ihre Widerstandskraft erhalten. Dabei einte sie das Ziel des staatlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg. Die Tätigkeit der zahlreichen Untergrundorganisationen während der deutschen bzw. sowjetischen Besatzungsherrschaft beweist, dass es bis zuletzt einen aktiven Widerstand gab. Die polnische Bevölkerung im Nordosten bestand vor allem aus Bauern. Solange ih-

---

<sup>20</sup> Siehe *Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija* [Große Sowjetische Enzyklopädie]. Bd. 4, Moskva 1950, S. 476; Jerzy Turonek, *Białoruś pod okupacją niemiecką* [Weißrussland unter deutscher Besatzungsherrschaft]. Warszawa 1993, S. 54.

<sup>21</sup> Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 406.



re materiellen Existenzgrundlagen nicht ganz entfielen (vor allem der bewirtschaftete Ackerboden), konnten die Landwirte die Fremdherrschaft trotz der Verluste überdauern. Obwohl sie zahlreiche Repressionen mit sich brachte, dauerte die sowjetische Besatzungsherrschaft nicht lange genug, um die polnische Bevölkerung zu entwurzeln. Die zu diesem Zweck in Gang gesetzte Indoktrinierung, die Verdrängung der polnischen Sprache aus den Schulen und die Eindämmung des gesellschaftlichen Einflusses der katholischen Kirche blieben in ihrer Wirkung begrenzt.

Die von sowjetischer Seite initiierten Repressionen im westlichen Weißrussland ließen jedoch in den Köpfen der Polen Lebenserfahrungen zurück, die nach 1944 große Teile der polnischen Bevölkerung in ihren politischen Richtungsentscheidungen vorprägte. Die sowjetische Okkupation setzte einen Entpolonisierungsprozess in Gang und schwächte auch andere dort lebende Völker deutlich. Das Fundament für die ungebremste Sowjetisierung dieser Großregion ab Mitte der 1940er Jahre war damit gelegt worden.

#### **Unter deutscher Besatzungsherrschaft 1941–1944**

Nach der Ende Juni 1941 erfolgten Eroberung der Region nahm das NS-Regime deren administrative Neuaufteilung vor. Infolge dessen wurden vom westlichen Weißrussland sechs Bezirke abgetrennt und an Ostpreußen, das „Generalkommissariat Litauen“ und das „Reichskommissariat Ukraine“ angegliedert. Die übrigen Territorien gehörten fortan einschließlich eines kleinen östlichen Teiles der BSSR zum „Generalkommissariat Weißruthenien“ und bildeten mit den ehemaligen baltischen Republiken eine größere Gebietseinheit, die man „Reichskommissariat Ostland“ nannte.

Die statistischen Erhebungen im Generalkommissariat Weißruthenien besitzen im Vergleich zu anderen besetzten Territorien weitaus schlechtere Qualität. Daher mangelt es bis heute an aussagekräftigen Quellen zur demografischen Entwicklung in dieser Region, vom Problem der Nationalitätenbeziehungen ganz zu schweigen. Von dem bis 1939 polnischen Territorium schloss man ca. 54 000 km<sup>2</sup> an das Generalkommissariat Weißruthenien an. In diesen Gebieten lebten Ende 1942 ca. 2,4 Millionen Menschen (ohne Juden).<sup>22</sup> Addiert man die de-

---

<sup>22</sup> Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (fortan: BA), R 90, Sign. 414: Die zahlenmäßige Stärke der Bevölkerung im Generalkommissariat Weißruthenien im Jahre 1942; ebenda, Sign. 390:

mografischen Schätzwerte aus dem ganzen westlichen Weißrussland, so kommt man für das Jahresende 1942 auf eine Gesamtzahl von ca. 3,1 Millionen Menschen. Im Vergleich zu 1939 bedeutet dies einen Bevölkerungsrückgang von mindestens 500 000 Personen.

Abgesehen von den Verlusten der Jahre 1939–1941 resultierte diese Entwicklung in erster Linie aus dem Völkermord an den Juden seit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen und dem „Transfer“ von Zehntausenden von Zwangsarbeitern ins Deutsche Reich. Zu den Verlusten unter der nichtjüdischen Zivilbevölkerung kam es vor allem infolge der deutschen Kampfhandlungen gegen die (zumeist kommunistisch gesinnte) Partisanenbewegung. Diese Unterdrückungsaktionen führten zu einer rücksichtslosen Pazifikation von Gebieten, die als Hinterland für die Militäreinheiten der Untergrundbewegung galten. In letzteren kamen vor allem Zivilisten ums Leben.

Die Zahl der Todesopfer der Partisanenkämpfe in den besetzten Territorien der BSSR betrug höchstwahrscheinlich weit über 300 000 Personen.<sup>23</sup> Wie hoch dabei der Anteil der gefallenen Polen war, kann heute nicht mehr ermittelt werden. Die neuen nationalsozialistischen Machthaber setzten jedenfalls das von der sowjetischen Besatzungsmacht begonnene Werk der Vernichtung der polnischen Eliten fort. In Massenerschießungen starben zahlreiche Vertreter der lokalen Intelligenz (in Slonim, Njasviž, Navahrudak und Vilejka).<sup>24</sup> Nach wissenschaftlichen Schätzungen kamen bei diesen Vernichtungsaktionen 1942/43 ca. 2 000–3 000 Menschen ums Leben.<sup>25</sup> Die Zahl der Verhaftungen dürfte indessen noch viel höher gelegen haben.

Seit 1943 kam es im Zuge der großangelegten Pazifikationen auch zu Deportationen zur Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Laut weißrussischen Angaben (auf der Basis von nach 1945 erstellten demografischen Bilanzen) belief sich die Zahl der Zwangsarbeiter aus der BSSR auf ca. 370 000–380 000 Personen.<sup>26</sup> Dabei muss letztlich of-

---

Liste der Bezirke im Generalkommissariat Weißruthenien v. 20.10.1942; „Ostland“ (1944), Nr. 8.

<sup>23</sup> Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–1944*. Hamburg 1998, S. 957. Vgl. auch allgemein Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*. Düsseldorf 1998 (Schriften des Bundesarchivs. 53).

<sup>24</sup> Antoni Galiński, *Eksterminacja inteligencji polskiej latem 1942 r. w Nowogródzkim* [Die Auslöschung der polnischen Intelligenz im Sommer 1942 im Bezirk Navahrudak], in: *Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu – Instytut Pamięci Narodowej* Nr. 33 (1991).

<sup>25</sup> Gerlach, *Kalkulierte Morde* (wie Anm. 23), S. 1062.

<sup>26</sup> *Prestuplenija nemecko-fašistskich okupantov v Belorussii* [Die Verbrechen der deutschen faschistischen Besatzungsmacht in Weißrussland]. Minsk 1965, S. 364.

fen bleiben, wie viele von ihnen aus dem westlichen Teil des Generalkommissariats Weißruthenien stammten, obgleich der Anteil laut einschlägigen Quellen sogar 50% betragen haben könnte.<sup>27</sup> Die Art der Rekrutierung weist darauf hin, dass wohl weitaus mehr Polen von diesen Deportationen betroffen waren, als es die damaligen Nationalitätenverhältnisse vermuten lassen. Denn höchstwahrscheinlich erhielten die Anwerbekommissionen bereits im Juli 1942 die Anweisung, in erster Linie Polen zur Zwangsarbeit nach Deutschland auszuweisen.<sup>28</sup>

Unter der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft kam es zu einer spürbaren Verschärfung des polnisch-weißrussischen Konflikts. An dieser Entwicklung wirkte das NS-Regime aktiv mit, da es – ähnlich wie zuvor die sowjetische Führung – die in den nordöstlichen Grenzgebieten Polens bereits existierenden nationalen Antagonismen vor Ort bewusst verschärfte, wobei insbesondere die Kooperationsbereitschaft weißrussischer Nationalisten ausgenützt wurde. Die dritte Kampfpartei bildeten kommunistische Partisanen, die gegen die polnische Untergrundbewegung und prodeutsch gesinnte Weißrussen kämpften. Die Verschmelzung von polnisch-sowjetischem und polnisch-weißrussischem Konflikt kam der sowjetischen Seite gelegen. Denn diese Überlagerung der Konflikte trug unmittelbar zur weiteren Schwächung der Polonität in der BSSR bei und ließ die Unterstützung für die prosovietischen Partisanen anwachsen. Die ideologische Kompromisslosigkeit der kommunistischen Partisanen kündigte bereits die weitere politische Entwicklung an, die sich nach der Niederlage der deutschen Truppen abzeichnete.

Eine Bilanz der Opfer der deutschen Besatzung, gerade wenn auch nach den Opfern unter den einzelnen Nationalitäten gefragt wird, ist bisher ein unrealistisches Unterfangen. Die Schwierigkeiten resultieren allein schon aus der Tatsache, dass die genaue Anzahl der Bewohner Weißrusslands unmittelbar vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Dunkeln bleibt. Die in der sowjetischen Historiografie konstatierte Zahl von 10,4 Millionen (darunter 4,8 Millionen aus dem westlichen Teil) Einwohnern wird allgemein als überhöht an-

---

<sup>27</sup> BA, R 93, Sign. 14: Bericht über die Tätigkeit der Zivilbehörden des Bezirks Glebokie [Glubokoe]; ebenda, Bericht über die Tätigkeit der Behörden des Bezirks Pinsk v. 09.09.1944; ebenda, Bericht über die Tätigkeit und Evakuierung des Bezirks Kobrin v. 21.08.1944; Staatsarchiv des Bezirks Grodno (fortan: SABG), Sign. 1214.

<sup>28</sup> Turonek, Białoruś (wie Anm. 20), S. 186; Archiwum Adama Bienia. Akta narodowościowe (1942–1944) [Das Adam Bień-Archiv. Akten zu einzelnen Nationalitäten (1942–1944)], bearb. v. Jan Brzeski u. Adam Roliński. Kraków 2001, S. 360.

gesehen.<sup>29</sup> Das eigentliche Ausmaß der Kriegsverluste wurde nämlich von den zuständigen Behörden nur oberflächlich dokumentiert. Daher ist zu vermuten, dass in diese Verluste zumindest teilweise auch Opfer der stalinistischen Diktatur einberechnet wurden.

Der während des Zweiten Weltkrieges eingetretene Bevölkerungsrückgang in der BSSR belief sich nach anfänglichen Schätzungen auf ca. 2,9 Millionen Menschen. Diese Zahl reduzierte man später auf ca. 2,2 Millionen (darunter ca. 1,5 Millionen Zivilisten).<sup>30</sup> Die vom NS-Regime erzwungenen demografischen Veränderungen erreichten bezüglich der jüdischen Bevölkerung ihr tragischstes Ausmaß. Nur wenige tausend Juden überlebten den Krieg. Als unmöglich erweist sich auch die genaue Ermittlung der ethnisch polnischen Verluste, die infolge der direkten Tereereinwirkung von deutscher, weißrussischer und sowjetischer Seite bzw. durch Deportationen zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich entstanden.

### Sowjetisierung und Migration der polnischen Bevölkerung 1944–1959

Die Nationalitätenstruktur der Region, die nach 1944 erneut der BSSR angegliedert wurde, unterlag in den Folgejahren tiefgreifenden Migrationsprozessen, die insbesondere von Übersiedlungen nach Polen bestimmt waren. Zugleich leiteten die kommunistischen Machthaber in Minsk Schritte gegenüber der polnischen Minderheit ein, die die Situation der in der BSSR zurückgebliebenen Polen negativ beeinflussten: die Abschaffung des polnischen Schulwesens, der Kampf mit der katholischen Kirche, die erneute Kollektivierung der Landwirtschaft und eine marxistisch-leninistische Indoktrinierung. Alle diese

<sup>29</sup> A. Rakow, *Naselenije BSSR [Die Bevölkerung der BSSR]*. Minsk 1969, S. 8; Eberhardt schätzt die 1939 vorhandene Bevölkerungsdichte derjenigen Gebiete, die 1941 das Territorium der BSSR bildeten, auf höchstens 9,1 Millionen Menschen; siehe Eberhardt, *Przemiany* (wie Anm. 4), S. 99.

<sup>30</sup> Eine glaubwürdige Differenzierung dieser demografischen Parameter fehlt jedoch, wobei auch deren Herkunft ungeklärt bleibt. Die Veröffentlichung minuziöser Zahlenangaben (z.B. 1409225 Ermordete) weckt begründete Zweifel. Ein Musterbeispiel für diese tendenziöse Art der Geschichtsaufarbeitung bildet der Sammelband mit einer Bilanz der Menschenverluste in Weißrussland, der zum 50. Jahrestag des Kriegsendes herausgegeben wurde. Demzufolge erlitten in den westlichen Regionen der BSSR knapp 700 000 Menschen (überwiegend Zivilisten) durch Gewaltanwendung seitens der NS-Besatzungsmacht den Tod; siehe *Pamiac Belarusi. Respublikanskaja kniga [Das Gedächtnis Weißrusslands. Ein Buch der Republik]*. Minsk 1995, S. 41-110, 124-144, 325-386.

Maßnahmen verstärkten zugleich die Dominanz der weißrussischen Bevölkerung.

Der Beschluss über die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus den an die BSSR angegliederten Gebieten Polens wurde von der sich neu formierenden kommunistischen Regierung in Warschau zusammen mit der vom Kreml diktierten neuen Ostgrenze Polens akzeptiert. Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung unterzeichnete diesbezüglich mit drei Sowjetrepubliken – Litauen, Weißrussland und der Ukraine – spezielle Abkommen über den Bevölkerungsaustausch. Das polnisch-weißrussische Abkommen wurde am 9. September 1944 unterzeichnet. Demnach genossen polnische und jüdische Bürger des ehemaligen polnischen Staates das Recht auf Übersiedlung nach Polen. Von den mit dieser Aktion (die damals „Evakuierung“ und später in der VR Polen „Repatriierung“ genannt wurde) unter den Vertragspartnern verbundenen Vorstellungen zeugt der in Aussicht genommene kurzfristige Termin für die Beendigung der Umsiedlungen: der 1. April 1945.<sup>31</sup> Die näheren Einzelheiten der Operation wurden im Folgenden in teilweise schwierigen Auseinandersetzungen mit ablehnend eingestellten Vertretern weißrussischer Behörden präzisiert. Diese waren für den Verlauf und die Tragweite der Umsiedlungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung.

Bei der Festlegung des Zeitraums, der für die Umsiedlungen zur Verfügung stand, blieben oftmals die objektiven Hindernisse unberücksichtigt, die sich vor dem Hintergrund des andauernden Krieges ergaben: Transportprobleme, zu wenig Zeit für die Erledigung von familiären Angelegenheiten (Abgabe der persönlichen Habseligkeiten, Zusammenführung der durch die Kriegswirren zerstreuten Familienmitglieder) und die witterungsbedingten Schwierigkeiten der Winterperiode. Darüber hinaus ignorierten die weißrussischen Behörden auch emotionale oder weltanschauliche Motive, die im Einzelfall hinter der Entscheidung für die Übersiedlung standen. Wie aus den anfänglichen Registrierungen hervorgeht, war die Notwendigkeit eines hastigen Entschlusses zur Übersiedlung für Hunderttausende von Polen unpopulär. Stattdessen hoffte man weiterhin auf die Wiederherstellung des territorialen Status quo der Zwischenkriegszeit. Während der sowjetischen bzw. deutschen Okkupation hielt die Londoner Exil-

---

<sup>31</sup> Siehe zu Hintergründen, Organisation und Verlauf der Zwangsaussiedlungen: Jan Czerniakiewicz, *Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944–1948* [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR 1944–1948]. Warszawa 1987; Anatoli F. Wielikij, *Na razzdrozy. Bielarusy i paliaki u czas pieresielienija (1944–1946 gg.)* [Am Scheideweg. Weißrussen und Polen zur Zeit der Umsiedlungen (1944–1946)]. Minsk 2005.

regierung diese Hoffnung durch ihren zivilen Verwaltungsapparat und die Aktivitäten der Kampfseinheiten des Untergrunds aufrecht. Die noch ausstehenden internationalen Beschlüsse über die zukünftigen Staatsgrenzen Polens lieferten einen zusätzlichen Nährboden für derartige Hoffnungen.

Im Gegensatz zur Ukraine fehlte zudem in der BSSR ein Motiv, das dort viele Polen zur Aussiedlung bewegte: die antipolnische Haltung lokaler Behörden und der nachbarlichen Umgebung. Denn trotz der polnisch-weißrussischen Auseinandersetzungen, die mancherorts zu blutigen Konflikten führten, wurde das Aggressionspotenzial innerhalb der weißrussischen Nationalbewegung niemals so groß wie bei ihrem ukrainischen Pendant. Die polnische Bevölkerung lebte neben bzw. mit ihren weißrussischen Nachbarn in halbwegs friedlicher Koexistenz. Gleichwohl befürchteten die Polen eine Wiederholung der Repressionen aus der Zeit der ersten sowjetischen Okkupation. Zugleich ängstigte man sich im Falle einer Umsiedlung vor der unbekanntem Zukunft eines Lebens auf einem fremden Boden, den die zwangsweise ausgesiedelten Deutschen zurückgelassen hatten.

Diese Erfahrungen und Befürchtungen blieben nicht ohne Folgen für den weiteren Verlauf der Umsiedlungen. Denn jeder Pole musste dabei für sich entscheiden, ob der persönliche Erhalt der Nationalität den Übersiedlungsbeschluss rechtfertigen konnte. Um es zugespitzt zu formulieren: Befand sich der Platz eines Polen stets im eigenen Land oder sollte man auch weiterhin in seiner angestammten Heimat bleiben, wenn diese territorial-völkerrechtlich der Sowjetunion angehörte? Darüber hinaus mussten Personen, die ihrer Nationalität bisher eher gleichgültig gegenüber gestanden und diese unreflektiert mit dem religiösen Bekenntnis gleichgesetzt hatten, nunmehr entscheiden, ob ihr katholischer Glaube und das Leben im Einflussgebiet polnischer Kultur sie dazu berechtigten, als Polen angesehen zu werden. Die von katholischen Bevölkerungsgruppen vorgenommene massenhafte Eintragung in die Übersiedlerlisten deutet darauf hin, dass sich jene im Zweifelsfall eher der polnischen und nicht der weißrussischen Nation zugehörig fühlten. Die Furcht vor den „Sowjets“ stellte wohl ein letztes, überzeugendes Argument für diese Entscheidung dar.

Abgesehen davon trat ein weiteres Dilemma zu Tage, das vorrangig Menschen mit ausgeprägter patriotischer Einstellung betraf: Sollten sie den Boden ihres Vaterlandes verlassen, da doch auf diese Weise der Annexion durch die UdSSR der Weg geebnet wurde? Die in der Region lebenden Polen waren mehrheitlich Bauern mit geringer Schul-

bildung, die sich mit ihrer Umgebung eng verbunden fühlten. Zugleich fehlten mächtige städtische Metropolen wie Wilna oder Lemberg. Schließlich waren die gesellschaftlichen Führungsschichten auf dem Land bereits während des Krieges verdrängt worden.

Mit Blick auf die Registrierung der umsiedlungswilligen und dazu berechtigten Personen fällt auf, dass in den Westbezirken der BSSR große Gruppen von Katholiken verblieben, die vor 1939 für Polen gehalten wurden, dieser Zugehörigkeit jedoch nicht durch die Registrierung Ausdruck verliehen, die ja noch keine Aussiedlung bedeutete. Diese Bevölkerungsgruppe umfasste ca. 200 000-300 000 Personen.<sup>32</sup> Die Motive solcher Verhaltensweisen und deren Einfluss auf die betreffenden Bevölkerungsteile bleiben im Dunkeln. Ihre Aufhellung fiel leichter, wenn zumindest glaubwürdige Schätzungen des Umfangs der polnischen Bevölkerung 1945/46 vorlägen. Derartige Quellenangaben existieren nur in selektiver Form und schließen sich zudem bezüglich der Nationalitätenstruktur und Bevölkerungsstärke teilweise gegenseitig aus. Zusammen mit den Gruppen, die trotz ihrer Registrierung aus den verschiedensten Gründen nicht in die VR Polen übersiedelten (300 000 Personen), kommt man zu einer Zahl von mindestens 600 000 Polen, die Ende der 1940er Jahre im westlichen Weißrussland verblieben.

Die heutige Interpretation der unterlassenen Registrierung stößt also auf erhebliche Schwierigkeiten. Dabei stellt sich die generelle Frage, ob sich die vor dem Krieg als Polen eingestuftten Bevölkerungsteile durch einen Verzicht auf die Registrierung zugleich von der eigenen nationalen Identität distanzieren. Eine derartige These wäre riskant, da die Registrierung nicht auf der Basis einer freiwilligen Deklaration erfolgte. Ein Grund für die unterlassene Eintragung in die Übersiedlerlisten lag in der Schwierigkeit, die in Anspruch genommene polnische Nationalität mit für die sowjetischen Behörden glaubwürdigen Dokumenten beweisen zu können. Bei der Untersuchung der Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber den ersten Etappen der Übersiedlungsaktion darf ferner der Einfluss der polnischen Untergrundbewegung nicht unterschätzt werden, die in einigen Gebieten des westlichen Weißrusslands Rückhalt genoss. Die weißrussischen Behörden sahen in diesem Einfluss die eigentliche Ursache für die ablehnende Haltung zur Registrierung, die zahlreiche

---

<sup>32</sup> Dieser Schätzwert ergibt sich, wenn man von den 1939 gezählten 1,1 Millionen Polen die Menschenverluste der Kriegsjahre (ca. 250 000-300 000) und die Zahl der registrierten Personen (ca. 535 000) abzieht.

Polen in den ersten Monaten des Bevölkerungstransfers an den Tag legten. Diesen Einfluss vermutete man auch bei den späteren Masseneintragungen in die Evakuierungslisten, die gleichsam als Plebiszit für Polen angesehen wurden. Die Untergrundbewegung, deren Entschlossenheit nicht zuletzt in den Attentaten auf sowjetische Funktionäre zum Ausdruck kam, ließ viele Polen in der BSSR auf eine grundlegende Veränderung der internationalen Lage hoffen. Nichtsdestotrotz dämonisierten die kommunistischen Machthaber in Minsk die Einflussmöglichkeiten der polnischen Untergrundorganisationen, die infolge der vorangegangenen Repressionen in ihrer Wirkungskraft geschwächt worden waren.<sup>33</sup> Ausschlaggebend für den persönlichen Entschluss zur Übersiedlung waren die Nachrichten über die politischen Entscheidungen auf internationaler Ebene, die sich auf die zukünftige territoriale Gestalt Polens bezogen und in Jalta und Potsdam gefallen waren.

Bis zum Frühjahr 1945 stieß der Ablauf der Übersiedlungen bei den weißrussischen Behörden nur auf relativ geringes Interesse. Die polnischen Beauftragten für Evakuierungsfragen konnten weitgehend selbstständig agieren. Folgende Faktoren trugen dazu bei, dass die Eintragung in die Übersiedlerlisten allmählich zu einem Massenphänomen wurde: die Bekanntgabe der alliierten Beschlüsse zur zukünftigen Ostgrenze Polens, die Verschlechterung der materiellen Verhältnisse unter sowjetischer Herrschaft, die Furcht vor massenhaften Repressionen und die mit dem Kriegsende verbundene Zäsur.

Die Zahl der Registrierten betrug Anfang Februar 1945 ca. 106 000 und stieg zwei Monate später auf ca. 385 000 Personen an. Diese Entwicklung rief erhebliche Unruhe bei den kommunistischen Machthabern in Minsk hervor. Daher lehnte man in der Folgezeit das Kriterium der nationalen Erklärung aussiedlungswilliger Personen ab, das bislang bei fehlenden Beweisen ausgereicht hatte. Wichtiger als Sprache und Kultur, Lebensstil und politische Auffassungen der Antragsteller wurden nun die persönlichen Ansichten einzelner weißrussischer Funktionäre hinsichtlich der nationalen Identität der Aussiedlungswilligen. Große Teile der polnischen Bevölkerung in ländlichen

---

<sup>33</sup> Rafał Wnuk, *Polska konspiracja antysowiecka na Kresach Wschodnich II RP w latach 1939–1941 i 1944–1952* [Die polnische antisowjetische Konspiration in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik 1939–1941 bzw. 1944–1952], in: *Tygiel narodów. Stosunki społeczne i etniczne na dawnych ziemiach wschodnich Rzeczypospolitej, 1939–1953* [Schmelztiegel der Nationen. Die ethnisch-sozialen Verhältnisse in den ehemaligen Ostgebieten Polens, 1939–1953], hrsg. v. Kazimierz Jasiewicz. Warszawa/Londyn 2002, S. 229–249.



Regionen wurden auf diese Weise – wie unter zarischer Herrschaft – als „katholisierte“ bzw. „polonisierte“ Weißrussen eingestuft, die zur älteren Identität zurückkehren sollten (Bezirke Molodečno und Polack).<sup>34</sup> Gleichzeitig herrschte unter den weißrussischen Funktionären die Überzeugung, dass Polen reaktionär und antisowjetisch eingestellt seien. Eine Zerschlagung der Untergrundbewegung hielt man für möglich, wenn es gelänge, sie von ihrem „Hinterland“ – der polnischen Zivilbevölkerung – zu trennen. Bezeichnenderweise dachten die Machthaber in Minsk nie daran, die Übersiedlung der polnischen Bevölkerung in die VR Polen zu beschleunigen. Stattdessen tauchten Projekte auf, die „Helfershelfer“ des Untergrunds ins sowjetische Landesinnere zu deportieren.<sup>35</sup>

Die weißrussischen Behörden zogen aber auch ökonomische Erwägungen in Betracht. Man sah es als notwendig an, die Abwanderung von Arbeitskräften aus den Westbezirken einzudämmen. Denn weder die Übersiedlung von Weißrussen aus Polen (knapp 29 000 gelangten zumeist in die östliche BSSR) noch die Repatriierung von weißrussischen Zwangsarbeitern aus Deutschland konnte die demografischen Lücken füllen. Die „von oben“ festgelegten Pläne zum wirtschaftlichen Wiederaufbau erfuhren in denjenigen Bezirken der BSSR keine Korrektur, in denen es zu Abwanderungen gekommen war. Ihre Realisierung bildete daher die Hauptaufgabe der zuständigen Behörden vor Ort.

Die drohenden Massenübersiedlungen nach Polen lösten an den Schaltstellen der Macht in Weißrussland Gegenreaktionen aus. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Weißrusslands befasste sich im Frühjahr 1945 zweimal mit diesem Problem. In diesem Zusammenhang warf man Partei- und Verwaltungsorganen auf Bezirksebene (vor allem in Grodno und Polack) vor, eine massenhafte Registrierung von „katholischen Weißrussen“ zugelassen zu haben.<sup>36</sup> Es hätten sich zahlreiche Personen allein deshalb in die Übersiedlerlisten eingetragen, um Steuerzahlungen und landwirtschaftliche Abgaben bzw. Arbeitsdienste zu vermeiden. Außerdem habe man auf diese Weise der Mobilisierung zu Erwerbsarbeit oder Armeedienst entgehen wollen. Die Machthaber in Minsk warfen den Bezirksfunk-

---

<sup>34</sup> Nationalarchiv der Republik Weißrussland (fortan: NARW), 788, 1, 12, Bl. 143: Bericht des Bezirksbeauftragten der Provisorischen Polnischen Regierung für Evakuierungsfragen in Ošmjany v.09.04.1945.

<sup>35</sup> SABG, 1171, 1, 25, Bl. 56 f.: Bericht über Terrorakte im Bezirk Grodno v.02.04.1945.

<sup>36</sup> NARW, 4p, 61, 157, Bl. 12: Protokoll Nr. 278 über die Sitzung des ZK-Büros der Kommunistischen Partei Weißrusslands v. 22.05.1945.

tionären ferner vor, die Errungenschaften der Sowjetunion an den Arbeitsplätzen nicht genügend propagiert zu haben. Mit den Nationalitätenproblemen beschäftigten sich ab April 1945 gemischte Kommissionen, die de facto aber von weißrussischen Funktionären dominiert wurden. Das Problem der „katholischen Weißrussen“ gelangte erneut auf die Tagesordnung, als man abermals eine Registrierung der aussiedlungswilligen Personen vornahm. Dabei zeigten sich der starke Wille zur Übersiedlung innerhalb der Bevölkerung und die Erfolglosigkeit der staatlichen Gegenmaßnahmen deutlich.<sup>37</sup> Aus den Übersiedlerlisten strich man daraufhin ca. 39 000 Personen, die als „Weißrussen“ angesehen wurden. Ihre Mehrheit stammte aus dem Bezirk Polack (36 000).<sup>38</sup> Wiederholt wiesen die Machthaber in Minsk auch im Bezirk Grodno auf die massenhafte Registrierung von „katholischen Weißrussen“ hin, deren nachträgliche Entfernung aus den Übersiedlerlisten jedoch keinen Niederschlag in den amtlichen Statistiken fand.

Seit dem Frühjahr 1945 brachen die weißrussischen Behörden ganz offen mit früheren Vereinbarungen über die Registrierung und Durchführung der Übersiedlungsaktionen. Dabei strich man „katholische Weißrussen“ aus den Übersiedlerlisten und verweigerte zugleich die Ausstellung von Bestätigungen in denjenigen Fällen, in denen persönliche Dokumente fehlten. Zur Minimierung weiterer Aussiedlungen gingen die kommunistischen Machthaber dazu über, die ausreisewillige Bevölkerung einzuschüchtern und die Tätigkeit der polnischen Evakuierungsbeauftragten infragezustellen.<sup>39</sup> Abgesehen davon tauchten logistische Probleme beim Transport der Übersiedler zu Verkehrsknotenpunkten auf. Laut Angaben des Evakuierungsbeauftragten des Ministerrats der BSSR gelang von den registrierten 535 284 Personen (darunter 529 173 Polen) bis zur offiziellen Beendigung der Evakuierungsaktion am 15. Juni 1946 lediglich 231 152 Personen (darunter 226 315 Polen) die Ausreise.

---

<sup>37</sup> NARW, 4p, 61, 237, Bl. 20 f.: Protokoll Nr. 318 über die Sitzung des ZK-Büros der Kommunistischen Partei Weißrusslands v. 08.01.1946.

<sup>38</sup> NARW, 788, 1, 23, Bl. 29: Statistische Erhebung über die nach Polen evakuierten, eine Ausreise ablehnenden bzw. aus den Listen aufgrund ihrer weißrussischen Nationalität gestrichenen Personen.

<sup>39</sup> Vgl. NARW, 788, 1, 12, Bl. 103: Schreiben des Provisorischen Beauftragten in Miory, J. Kozioł v. 25.04.1945.

**Tabelle 3: Für die Übersiedlung nach Polen registrierten Personen 1944–1946<sup>40</sup>**

Bezirk	Anzahl der Personen	Nationalität			
		Polen		Juden	
		Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen	Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen
Baranoviči	99 955	28 636	97 666	1 212	2 289
Brest	46 311	13 925	45 910	240	401
Grodno	192 869	59 854	191 562	696	1 297
Molodečno	101 241	25 275	100 354	844	887
Polack	73 077	19 381	72 443	275	634
Pinsk	21 841	6 321	21 238	338	603
Insgesamt	535 284	153 392	529 173	3 105	6 111

**Tabelle 4: Anzahl der nach Polen übergesiedelten Personen (Stand: 10.07.1946)<sup>41</sup>**

Bezirk	Anzahl der Personen	Nationalität			
		Polen		Juden	
		Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen	Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen
Baranoviči	49 778	14 843	47 991	887	1 787
Brest	33 064	9 888	32 807	150	257
Grodno	67 118	23 654	66 050	529	1 068
Molodečno	42 525	11 062	41 816	262	709
Polack	22 797	6 145	22 284	212	513
Pinsk	15 870	4 586	15 367	292	503
Insgesamt	231 152	70 178	226 315	2 333	4 837

Aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang die Anzahl derjenigen Personen, die laut der offiziellen weißrussischen Propaganda trotz einer Registrierung die Übersiedlung nach Polen ablehnten. Diese Personengruppe bildete die Mehrheit auf den sog. Evakuierungslisten (265 000 Personen) und lebte überwiegend in den Bezirken Grodno (47%), Molodečno (22%) und Baranoviči (19%).<sup>42</sup> Der auf den er-

<sup>40</sup> NARW, 788, 1, 23, Bl. 27: Erhebungen des Büros des Evakuierungsbeauftragten des Ministerrats der BSSR v. 10.07.1946.

<sup>41</sup> Ebenda, Bl. 28.

<sup>42</sup> NARW, 788, 1, 23, Bl. 29: Statistische Erhebung über die nach Polen evakuierten, eine Ausreise ablehnenden und aufgrund ihrer weißrussischen Nationalität aus den Listen gestrichenen Personen.

sten Blick freiwillige, doch letztendlich von den ungünstigen Begleitumständen erzwungene Verzicht auf die Übersiedlung resultierte aus verschiedenen Gründen: kurzfristige Veränderungen der Familiensituation (z.B. Krankheit oder Tod eines Familienmitglieds, Verhaftungen), Furcht vor der ungewissen Zukunft in Polen oder der Verlust der auf weißrussischem Boden erbrachten Lebensleistung. Darüber hinaus konnte auch die emotionale Verbundenheit mit dem bisherigen Wohnort oder die Hoffnung auf eine Revision der polnisch-weißrussischen Grenze ausschlaggebend für den Verzicht auf die Übersiedlung werden. In Einzelfällen mag auch der Wunsch eine Rolle gespielt haben, am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Weißrussland mitzuwirken. Ein Teil der Übersiedlungswilligen trat die Ausreise nach Polen aufgrund mangelnder Geldmittel nicht an. Die weißrussischen Behörden interpretierten hingegen deren Verbleib als Beweis, auch weiterhin unter sowjetischer Herrschaft leben zu wollen.<sup>43</sup>

Die seit 1944 andauernden Repressionen verstärkten sich seit 1947, als die Kollektivierung der Landwirtschaft beschleunigt und die Integration der Westbezirke abgeschlossen wurde. Zugleich kam es zu Massendeportationen von Gegnern der Kolchosbewegung und anderen „staatsfeindlichen“ Personen. Zu letzteren gehörten Kriegsveteranen der polnischen Armee unter General Władysław Anders, die 1947/48 in knapp 900 Fällen zu ihren Familien zurückgekehrt waren.<sup>44</sup> Die genaue Anzahl der Soldaten der Heimatarmee und anderer internierter oder inhaftierter Personen im westlichen Weißrussland lässt sich aufgrund der unsicheren Quellenlage nicht ermitteln. Fest steht lediglich, dass 1945 ca. 10 200 ethnische Polen als Gefangene aus den Westbezirken der BSSR (überwiegend aus Brest und Grodno) ins Innere der Sowjetunion verlegt wurden.<sup>45</sup> Rechnet man zu dieser Zahl die seit 1944 festgenommenen Polen hinzu, so liegt die

<sup>43</sup> NARW, 788, 2, 33a, Bl. 6: Bericht des regionalen Beauftragten für Evakuierungsfragen in Vaukavysk, Doroszkó, vom Juni 1946.

<sup>44</sup> SABG, 1171c, 1a, 59, Bl. 3-8: Dokumente über die Rückkehr der Soldaten – „Verräter von [General] Anders“; siehe auch *Spod Monte Cassino na Sybir. Deportacje byłych żołnierzy Polskich Sił Zbrojnych na Zachodzie z Białorusi, Litwy i Ukrainy w 1951 r.* [Von Monte Cassino nach Sibirien. Die Deportation von Veteranen der ehemaligen Polnischen Streitkräfte im Westen aus Weißrussland, Litauen und der Ukraine im Jahre 1951], hrsg. v. Władimir Adamuszko (u.a.). Warszawa 1998.

<sup>45</sup> N.E. Elisejeva, Katalog eszelonow z internirowannymi poliakami, otprawliennymi w głub SSSR [Verzeichnis der Züge mit den internierten, ins Landesinnere der UdSSR deportierten Polen], in: *Repressii protiv* (wie Anm. 13), S. 224 f.

Gesamtzahl der 1944/45 inhaftierten Polen in etwa auf dem Niveau der Jahre 1939–1941.<sup>46</sup>

Die Übersiedlungen nach Polen verringerten zwar die polnische Bevölkerung in der BSSR erheblich, konnten aber deren Existenz nicht gefährden. Denn die polnischen Siedlungen im westlichen Weißrussland blieben in ihrer äußeren Gestalt – wenn auch zahlenmäßig dezimiert – insgesamt erhalten. Diese demografische Kontinuität zeigte sich auch in den Volkszählungen der weißrussischen Behörden.<sup>47</sup> Negativen Einfluss auf das weitere Schicksal der polnischen Minderheit in Weißrussland hatte jedoch die Abwanderung der städtischen Bevölkerung (vor allem der Intelligenz), so dass der Weiterentwicklung der polnischen Kultur die Stütze fehlte. Die dort lebenden Polen mussten bereits seit 1939 ohne die Fürsorge des eigenen Staates auskommen. Geschwächt von der Unterdrückung durch zwei totalitäre Besatzungsmächte bemühten sie sich, ihre Identität ohne die Unterstützung irgendeiner Institution zu bewahren.

Die Zurückdrängung der polnischen Minderheit in der BSSR kam nach Kriegsende vor allem durch eine sprachliche (weniger ethnische) Assimilierung zum Ausdruck. Sie resultierte aus der diskriminierenden Bildungspolitik der Machthaber in Minsk und deren Kampf mit der katholischen Kirche. Denn obwohl die Polen in einigen Westbezirken Weißrusslands zahlreich vertreten waren, hatten sie dort keine Möglichkeit, sich in irgendeiner Form zu organisieren. Die wenigen polnischen Schulen, die nach den Übersiedlungen noch existierten, wurden 1948 geschlossen.<sup>48</sup> Die polnische Minderheit besaß offiziell keine Möglichkeit, ihre Kultur zu pflegen oder ihre Kinder in diesem Sinne zu erziehen. Daher blieb die katholische Kirche der einzige Zufluchtsort.<sup>49</sup> Diese Zusammenhänge erkannten auch die sowjeti-

---

<sup>46</sup> Nach einschlägigen Schätzungen kamen 1945–1955 in ganz Weißrussland ca. 50 000 Menschen ums Leben; vgl. *Vladimir I. Adamuška, Polityčnyja represii 20-50-tych hadov na Belarusi [Politische Repressionen in Weißrussland 1920–1950]. Minsk 1994.*

<sup>47</sup> *Piotr Eberhardt, Polska ludność kresowa. Rodowód, liczebność i rozmieszczenie [Die polnische Bevölkerung in den nordöstlichen Grenzgebieten. Abstammung, zahlenmäßige Stärke und geografische Streuung]. Warszawa 1998, S. 73-89.*

<sup>48</sup> *Zdzisław Julian Winnicki, Szkoły polskie na Białorusi w latach 1944–1946 – sytuacja na tle ogólnej sieci szkolnictwa [Polnische Schulen in Weißrussland 1944–1946 vor dem Hintergrund des allgemeinen Schulwesens], in: Ders., Szkice kresowe [Skizzen zu den nordöstlichen Grenzgebieten]. Wrocław 1995, S. 48-62, hier S. 53 ff.*

<sup>49</sup> *Zur Rolle der Kirche im Leben der polnischen Minderheit in der BSSR: Roman Dzwonkowski, Polacy na dawnych Kresach Wschodnich. Z problematyki narodowościowej i religijnej [Die Polen in den ehemaligen Ostgebieten. Zur Problematik von Nationalität und Religion]. Lublin 1994; ders., Polacy w kościele katolickim w ZSRR [Die Polen in der katholischen Kirche in der UdSSR]. Lublin 1993; Iwona Kabzińska, Wśród „kościelnych*

schen Aufsichtsbehörden, die katholische Priester beschuldigten, mit Staatsfeinden zu kooperieren und eine antisowjetische bzw. „weißpolnische“ Propaganda zu betreiben.<sup>50</sup> Ende der 1940er Jahre soll die Zahl der Katholiken in den Westbezirken der BSSR eine halbe Million Gläubige erreicht haben. Eine indirekte Bestätigung findet diese Angabe in der geschätzten Gesamtzahl der polnischen Bevölkerung, die nach Beendigung der Evakuierungsmaßnahmen in Weißrussland zurückblieb. Unter den Katholiken befanden sich angeblich knapp 264 000 Polen und 287 000 Weißrussen.<sup>51</sup> Dabei ist jedoch unklar, auf welche Weise man die Nationalität der Katholiken ermittelte. Die seelsorgerliche Betreuung dieser Gläubigen lag in den Händen von höchstens 100 Geistlichen, deren Anzahl kontinuierlich abnahm.

Mit dem Ende der Massenübersiedlungen im Sommer 1946 war somit das Problem derjenigen Polen, die in die VR Polen übersiedeln wollten, keineswegs gelöst. Das komplizierte, zentralisierte Prozedere bei individuellen Ausreisen machte es weißrussischen Bürgern unmöglich, ihr Land auf offiziellem Wege zu verlassen. Ende der 1940er Jahre geriet die heikle Lage von Familien, deren Mitglieder aus verschiedensten Gründen auf beiden Seiten der polnisch-weißrussischen Staatsgrenze lebten, auf die politische Tagesordnung. Dabei ging es nicht nur um Erwachsene (z.B. freigelassene Gefangene oder Veteranen der Roten Armee), sondern auch um Kinder, die in den 1940er Jahren von ihren Eltern getrennt worden waren.

In der VR Polen herrschte indessen aufgrund der „von oben“ verordneten Freundschaft mit der Sowjetunion öffentliches Stillschweigen zu der Tatsache, dass östlich des Bugs zahlreiche Landsleute zurückgeblieben waren, die vor Kriegsausbruch polnische Staatsbürger gewesen waren. Auch die zuständigen Staatsorgane (z.B. die polnische Botschaft in Moskau) ließen dieses Problem unbeachtet. Dennoch zeigten sich zahlreiche Einzelpersonen weiterhin lebhaft an dieser Thematik interessiert. Dies beweisen etliche, oftmals dramatische Briefe an einschlägige Behörden, in denen um Familienzusammenführung aus der UdSSR nach Polen gebeten wurde. Die Machthaber in Warschau befürchteten, dass die antisowjetische Grundstimmung im eigenen Lande durch polnische Bürger, deren engsten Ver-

---

Polaków“. Wyznaczniki tożsamości etnicznej (narodowej) Polaków na Białorusi [Unter „kirchlichen Polen“. Determinanten der ethnisch-nationalen Identität der Polen in Weißrussland]. Warszawa 1999.

<sup>50</sup> Kanfesii na Belarusi [Religionsbekenntnisse in Weißrussland], red. v. U. Nawicki. Minsk 1998, S. 246.

<sup>51</sup> Veraščagina, Gurko (wie Anm. 3), S. 33.

wandten die Übersiedlung aus dem Osten verweigert worden war, angefacht werden würde.<sup>52</sup> Bis 1955 verzichtete man jedoch darauf, bezüglich einer Fortsetzung der Übersiedlungen in Gespräche mit dem Kreml einzutreten. Ausnahmen bildeten der Anfang der 1950er Jahre durchgeführte Transfer von knapp 800 Kindern, deren Eltern in Polen lebten,<sup>53</sup> sowie die 1954 vollzogene Überstellung von knapp 450 amnestierten Gefangenen, die aus Gebieten westlich des Bug stammten und daher nicht als Sowjetbürger eingestuft wurden.<sup>54</sup>

Polen, die in der Sowjetunion lebten, besaßen bis Mitte der 1950er Jahre so gut wie keine Möglichkeit, in die VR Polen auszureisen. In offiziellen Verlautbarungen hieß es lediglich, dass diese Personen sich durch ihren Verzicht auf Übersiedlung nach Kriegsende (ohne Prüfung der individuellen Gründe) für die Sowjetunion als neues Vaterland entschieden hätten. Diese Konstellation änderte sich erst während der politischen Tauwetterperiode. So kam es 1955 zur Repatriierung von ca. 5 700 polnischen Staatsbürgern, die aus den Lagern im Landesinnern der Sowjetunion (Sibirien, Kasachstan, Ferner Osten) freigelassen bzw. als Gefangene überstellt worden waren.<sup>55</sup> Ein Teil dieser Personen stammte aus den von der BSSR annektierten Grenzgebieten.

Ende 1955 schlug die Warschauer Regierung Gespräche über die etwaige Übersiedlung von Polen vor, die bis 1939 polnische Staatsbürger gewesen und nach Kriegsende unverschuldet in der Sowjetunion zurückgeblieben waren. Obwohl ein bilaterales Abkommen nicht zu Stande kam, wurde die Erledigung der Ausreiseformalitäten für diesen Personenkreis erheblich vereinfacht. Infolgedessen siedelten 1956 ca. 28 000 Menschen (darunter ca. 10 000 aus dem westlichen Weißrussland) über.<sup>56</sup> Den Weg zu massenhaften Übersiedlungen nach Polen (verfälschend als „zweite Repatriierung“ bezeichnet) eröffnete erst das polnisch-sowjetische Abkommen vom 25. März 1957. Diese bilatera-

---

<sup>52</sup> Archiwum Akt Nowych [Archiv der Neuen Akten], KC PZPR [Zentralkomitee der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei], Sign. 295/XX/5, Bl. 4-8: Vermerk der Auslandsabteilung des ZK der Polnischen Arbeiterpartei über die eingehenden Anträge auf Repatriierung von Familien aus der UdSSR v. 05.12.1947.

<sup>53</sup> Małgorzata Ruchniewicz, Repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955–1959 [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR 1955–1959]. Warszawa 2000, S. 63-66.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 71-75; Powrót żołnierzy AK z sowieckich łagrów [Die Rückkehr der Soldaten der Heimatarmee aus den sowjetischen Lagern], bearb. v. Andrzej Paczkowski. Warszawa 1995.

<sup>55</sup> Ruchniewicz, Repatriacja (wie Anm. 53), S. 86-106.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 173.

le Vereinbarung erstreckte sich auf Polen und Juden, die bei Kriegsausbruch polnische Staatsbürger gewesen waren. Die juristischen Erleichterungen stießen innerhalb der polnischen Minderheit in der Sowjetunion auf enorme Resonanz, wobei die polnischen Umsiedler aus der BSSR die stärkste Gruppe bildeten: 1957 siedelten aus dieser Sowjetrepublik ca. 30 700 Personen über, 1958 waren es ca. 46 700 und 1959 ca. 13 300 Menschen. Insgesamt verließen ca. 100 600 Personen die BSSR, was 41% aller nach Polen Zurückkehrenden entsprach.<sup>57</sup> Nach offiziellen Angaben von 1959 (der ersten Volkszählung in der UdSSR seit Kriegsende) blieben im Westen der BSSR ca. 480 000 Polen zurück.<sup>58</sup> In der Forschung gilt diese Zahl eher als Minimalwert, da die Glaubwürdigkeit dieser Schätzungen zweifelhaft ist. Die Massenübersiedlungen der Polen führten also nicht zum Verschwinden der polnischen Minderheit in Weißrussland.

Die ab Mitte der 1950er Jahre einsetzende Welle von Übersiedlungen in die VR Polen war der Schlussakt der durch den Zweiten Weltkrieg ausgelösten Bevölkerungsverschiebungen im östlichen Europa. Da glaubwürdige weißrussische Quellen zu dieser Problematik fehlen, erscheint es im Nachhinein unmöglich, die genaue Anzahl der polnischen Heimkehrer aus den Westbezirken der BSSR festzustellen. Aus polnischen Quellen (insbesondere den Akten der Moskauer Botschaft) geht hervor, dass die Minsker Stellen Übersiedlungen von Polen wiederholt kritisch gegenüberstanden. Diese Haltung beeinflusste vor allem die amtliche Hilfe bei der Beschaffung der erforderlichen Dokumente: Zahlreiche Polen erhielten um 1950 in ihren Ausweispapieren den Vermerk, der weißrussischen Nationalität anzugehören, und die nachträgliche Korrektur dieses amtlichen Vermerks erwies sich als überaus schwierig. Die genaue Zahl derjenigen Polen, deren Ausreise von den weißrussischen Behörden abgelehnt wurde, bleibt weiterhin im Dunkeln. Denn anders als 1945/46 unterlagen die Übersiedlungen keiner Registrierungspflicht.

Motive für die Übersiedlungsentscheidung bildeten nicht nur die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, sondern die Hoffnung auf ein alltägliches Leben unter eigenen Landsleuten, größere Religionsfreiheit und polnischsprachigen Schulunterricht für die eigenen Kinder.<sup>59</sup> Einige staatliche Repräsentanten der VR Polen –

---

<sup>57</sup> Ebenda, S. 255.

<sup>58</sup> Eberhardt, *Polska ludność* (wie Anm. 47), S. 120.

<sup>59</sup> Diese Antworten ergab die Zeitzeugenbefragung, die die Verfasserin mit Umsiedlern aus Weißrussland durchführte.



zumeist der Botschafter und der Regierungsbeauftragte für die Repatriierung aus der UdSSR – intervenierten wiederholt im sowjetischen Innen- und Außenministerium, um befriedigende Lösungen für übersiedlungswillige Polen in Weißrussland zu erreichen. Der Botschafter in der Sowjetunion stattete der BSSR zu diesem Zweck im Dezember 1957 einen offiziellen Besuch ab. Seine Mitarbeiter begaben sich gleichzeitig zu bilateralen Gesprächen nach Molodečno, Grodno und Brest. Insgesamt verfügten die Machthaber in Warschau jedoch kaum über Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit den weißrussischen Behörden vor Ort. Auch mit den unmittelbar an einer Umsiedlung interessierten Polen waren klärende Gespräche kaum möglich, falls diesen die Reise nach Moskau untersagt worden war. Die sowjetische Politik lehnte die Einrichtung polnischer Außenvertretungen des „Büros für Fragen der Repatriierung aus der UdSSR“ in einzelnen Bezirken der BSSR bzw. anderen Sowjetrepubliken generell ab. Dieses Büro agierte infolgedessen nur bei der polnischen Botschaft in Moskau.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Umsiedlungen von Polen aus den von der BSSR annektierten Gebieten standen im Einklang mit gleichlautenden polnisch-sowjetischen Abkommen und waren grundsätzlich freiwilliger Natur. Die Übersiedlungen sollten also nicht dazu dienen, unerwünschte Bevölkerungsteile aus Gründen der ethnisch-nationalen Homogenität aus dem eigenen Land zu verdrängen, wie dies bei den Deutschen in Polen nach 1945 der Fall gewesen war. In den Westbezirken der BSSR fehlte seitens der staatlichen Machthaber und der weißrussischen Gesellschaft äußerer Druck, der die polnische Minderheit zu einer Umsiedlung bewegt hätte. Im Gegensatz dazu wurden in der Ukrainischen Sowjetrepublik nach 1945 wiederholt Todesdrohungen gegenüber Polen laut, wobei der Staat zugleich eine Entpolonisierung der Städte anstrebte. Nichtsdestotrotz kamen auch in der BSSR vor dem Hintergrund der weitverbreiteten Stimmungsmache gegen ein „reaktionäres“ Polen antipolnische Tendenzen zum Vorschein.

Die Freiwilligkeit der Entscheidung blieb jedoch im Grunde genommen Illusion. Denn das Verbleiben in der Weißrussischen Sowjetrepublik war für den einzelnen Polen nicht nur mit der Annahme einer fremden Staatsbürgerschaft verbunden. Vielmehr musste auch die ganze Familie das Leben in einem Herrschaftssystem hinnehmen, in dem es keine gesicherten individuellen Freiheiten gab. Zudem drohten stets vielfältige Unterdrückungsmaßnahmen seitens der staatlichen Behörden. Dadurch wurden die Polen der Möglichkeit beraubt,

ihre Identität und Kultur ungehindert zu pflegen bzw. ihren katholischen Glauben zu praktizieren. Denjenigen Polen, die 1946 mit der Übersiedlung noch gezögert hatten, fehlten ein Jahrzehnt später jegliche Illusionen über einen etwaigen Wandel der internationalen Lage zu ihren Gunsten. Denn inzwischen hatte eine neue Welle stalinistischen Terrors Weißrussland erfasst und der bisher bewirtschaftete Boden ging zumeist im Zuge der Kollektivierung endgültig verloren. Höchstwahrscheinlich erloschen bei vielen Polen erst zu diesem Zeitpunkt Mitte der 1950er Jahre die Hoffnungen auf eine Veränderung der Ostgrenze Polens, die in den ersten Nachkriegsjahren noch existiert hatten.

Die damals aus dem westlichen Weißrussland ausreisenden Polen verloren eine Heimat, was von heute noch lebenden Teilnehmern der Umsiedlung deutlich ausgesprochen wird. Die lebensweltliche Zäsur ließ unter den Betroffenen oft ein Gefühl bitteren Unrechts aufkommen, das durch die Integrationsschwierigkeiten in die polnische Nachkriegsgesellschaft verstärkt wurde. Verfestigt wurde dies durch die ostentative Gleichgültigkeit oder sogar Feindseligkeit der Behörden in der VR Polen. Daher blieb die Kultivierung regionaler Traditionen, aber auch die persönliche Erinnerung an die sowjetische Besatzungsherrschaft über den Familien- oder Bekanntenkreis hinaus unmöglich. Alle Übersiedler in die VR Polen erhielten in ihren neu ausgestellten Ausweisdokumenten den Vermerk „Geburtsort UdSSR“, und zwar unabhängig davon, ob die Betroffenen bereits im 19. Jahrhundert oder erst 1950 geboren waren. Im Sinne der Staatsdoktrin der VR Polen sollte fortan jegliche Erinnerung an die historischen Grenzgebiete im Nordosten des Landes und die dort noch lebende polnische Bevölkerung ausgelöscht werden.

Aus dem Polnischen übersetzt von Jan Obermeier, Warschau

**Zerstrittene Gäste.  
Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland  
in Polen 1948–1998**

von Stefan Troebst und Anna Tutaj

Nasza szkoła macedońska  
W polskim kraju dzisiaj jest.  
Uczymy się czytać pisać,  
Bardzo dobrze nam tu jest.  
Autor unbekannt (um 1950)<sup>1</sup>

In seinem heftige politische Diskussionen auslösenden Roman *Eleni* aus dem Jahr 1983 schreibt Nicholas Gage über Zgorzelec, den seit 1945 polnischen Stadtteil von Görlitz, dieser „war fast verlassen, bis griechische Exilierte dort angesiedelt wurden, um die Fabriken wieder in Schwung zu bringen.“<sup>2</sup> Norman Davies berichtet in seiner gemeinsam mit Roger Moorehouse verfassten Geschichte Breslaus vom Fall des im niederschlesischen Międzygórze, vormals Wölfelsgrund, lebenden Makedoniers aus Griechenland Petro Damovsky, der 1950 von der polnischen Staatssicherheit unter falschen Anschuldigungen als „titoistischer Provokateur“ und „makedonischer Nationalist“ verhaftet und verurteilt wurde.<sup>3</sup> Die Polen-Korrespondentin Annette Dittert hält in ihrem aktuellen Reisebuch *Palmen in Warschau* einen polnischen Gesprächspartner „zunächst für übergeschnappt“, der über seinen südostpolnischen Wohnsitz berichtete, „unser kleines ukraini-

---

<sup>1</sup> „Unsere makedonische Schule / steht heute in Polen. Wir lernen lesen und schreiben / Uns geht es sehr gut hier.“ Zit. nach Petre Nakovski, *Makedonski deca vo Polska (1948–1968)* (Politološka studija) [Makedonische Kinder in Polen (1948–1968)]. (Eine politologische Studie). Skopje 1987, S. 97.

<sup>2</sup> Nicholas Gage, *Eleni*, New York 1983. Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung von Gisela Stege. München 1987, S. 486.

<sup>3</sup> Norman Davies, Roger Moorehouse, *Microcosm. Portrait of a Central European City*. London 2002. Hier zit. nach der deutschen Übersetzung: *Die Blume Europas*. Breslau – Wrocław – Vratislavia. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt. München 2002, S. 567. Zum Fall von German Petrov Damovski – so der richtige Name – und weiterer vier im März 1950 in Zgorzelec verhafteter makedonischer „Tito-Agenten“ vgl. detailliert Risto Kirjazovski, *Makedonskata politička emigracija od Egejskiot del na Makedonija vo Istočnoevropskite zemji po Vtorata svetska vojna* [Die makedonische politische Emigration aus dem Ägäischen Teil Makedoniens in den Staaten Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg]. Skopje 1989, S. 236–243.

sches Krościenko war bis in die 70er Jahre fest in griechischer Hand.“<sup>4</sup> Und Jan Piskorski kolportiert den Ausruf „Unglaublich!“ aus dem Munde des deutsch-amerikanischen Historikers Fritz Sterns, als der in einem Göttinger Restaurant einen griechischen Kellner traf, der gleich ihm selbst in Breslau geboren, indes in „einer großen Kolonie polnischer Griechen“ in Police (Pölitz) bei Stettin aufgewachsen war.<sup>5</sup>

Alle vier Autoren berühren unterschiedliche Aspekte des gewaltigen Stroms an Flüchtlingen, der in den Jahren 1948 bis 1956 aus dem nordgriechischen Bürgerkriegsgebiet bzw. von Fluchtwischenstationen in Südosteuropa, Zentralasien und der Tschechoslowakei nach Polen, hier vor allem nach Niederschlesien, führte. Über 15 000 der insgesamt ca. 80 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland erhielten damals Asyl in der Volksrepublik Polen. Was ursprünglich als kurzfristiger Aufenthalt der vertriebenen, geflohenen und zwangsweise ausgebürgerten griechischen Staatsangehörigen – unter ihnen je zur Hälfte südslavische Makedonier und ethnische Griechen – gedacht war, erwies sich im Kalten Krieg als langjähriges Exil, in vielen Fällen gar als endgültige Umsiedlung.

Dass sich zwischen den Flüchtlingen vom Balkan und ihrer neuen Umwelt ein weitgehend friktionsarmes Zusammenleben entwickelte, lag vor allem daran, dass in den „wiedergewonnenen Gebieten“, in denen die Makedonier und Griechen angesiedelt wurden, auch ihre polnischen Nachbarn Zugezogene, nicht selten gleichfalls Vertriebene, also keine Eingessenen waren. Auch die sprachliche Nähe zwischen südslavischsprachigen Makedoniern und westslavischsprachigen Polen sowie der Umstand, dass überdies einige der griechischen Flüchtlinge slavische Sprachkenntnisse besaßen, erleichterten den Umgang miteinander. Hinzu kamen die beträchtlichen Bildungs- und Aufstiegschancen samt finanziellen Vorteilen, die den Bürgerkriegsflüchtlingen in Polen geboten wurden. Entsprechend gab ein relativ hoher Prozentsatz von ihnen Rückwanderungspläne zu einem frühen Zeitpunkt auf bzw. stellte sie wegen Ausbildung und Karriere zurück. So kommt es, dass in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien Polens bis heute prominente Vertreter griechische oder süd-

---

<sup>4</sup> Annette Dittert, *Palmen in Warschau. Notizen aus dem neuen Polen*. Köln 2004, S. 162 f. Zur graekophonen LPG „Neues Leben“ in Krościenko bei Ustrzyki Dolne vgl. Anm. 57.

<sup>5</sup> Jan Piskorski, *Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą?* [Polen und Deutsche. Muss die Vergangenheit ein Hindernis sein?]. Poznań 2004. Hier zit. nach der deutschen Übersetzung, die unter dem Titel „Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift“ erschienen ist (Osnabrück 2005, hier S. 9).

slawische Namen tragen, wie etwa die aus dem niederschlesischen Bielawa, vormals Langenbielau, gebürtige Schlagersängerin Eleni Tzoka geb. Milopolu („Eleni“), der Warschauer Opernsänger Paulos Raptis, der Breslauer Slavist Kole Simiczijew, der Maler Stathis Jeropoulos aus Łódź oder der Posener Lyriker Nikos Chadzinikolau.<sup>6</sup> Siedlungszentren der Makedonier und Griechen Polens sind heute wie vor 50 Jahren die Städte Niederschlesiens, hier vor allem Zgorzelec, Wrocław, Wałbrzych, Świdnica, Jelenia Góra, Legnica und Lubañ. Kleinere Gruppen leben außerdem in Zielona Góra, Police, Szczecin, Gdańsk, Łódź und Warschau.

Im Folgenden wird der Versuch einer Bestandsaufnahme von Ankunft, Akkulturation, Konflikten untereinander sowie Remigration der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in Polen unternommen. Dies geschieht auf der noch immer schmalen Basis polnischer wie makedonischer und griechischer Fachliteratur, die vor allem die Aufnahme der Kinder unter den Flüchtlingen samt dem Aufbau eines griechisch- wie makedonischsprachigen Bildungswesens sowie die Ansiedlung und regionale Verteilung der Erwachsenen thematisiert.<sup>7</sup> Der im Zuge des Tito-Stalin-Konflikts aufbrechende politisch-

---

<sup>6</sup> Ares Chadzinikolau, *Polsko-greckie związki społeczne, kulturalne i literackie w ciągu wieków* [Gesellschaftliche, kulturelle und literarische polnisch-griechische Verbindungen im Laufe der Jahrhunderte]. Poznań 2002, S. 59 ff.; Zbigniew Adrjański, *Kalejdoskop estradowy 1944–1989* [Kaleidoskop der Estrade 1944–1989]. Warszawa 2002, S. 129 u. 375.

<sup>7</sup> Grundlegend dazu Nakovski, *Makedonski deca* (wie Anm. 1); sowie Mieczysław Wojecki, *Uchodźcy polityczni z Grecji w Polsce 1948–1975* [Politische Flüchtlinge aus Griechenland in Polen 1948–1975]. Jelenia Góra 1989; ders., *Osadnictwo i adaptacja Greków do środowiska wałbrzyskiego* [Ansiedlung und Adaption der Griechen in die Region um Waldenburg], in: *Kronika Wałbrzyska* (1986); ders., *Osadnictwo ludności greckiej na ziemi lubuskiej* [Die Ansiedlung griechischer Bevölkerung um Zielona Góra], in: *Przegląd lubuski* 7 (1977), H. 2, S. 22-31; ders., *Adaptacja i stabilizacja ludności greckomacedońskiej na ziemiach zachodnich i północnych* [Adaption und Stabilisierung der griechisch-makedonischen Bevölkerung in den West- und Nordgebieten], in: *Studia i materiały. Wyzsza Szkoła Pedagogiczna w Zielonej Gorze* (1982), H. 4, S. 119-129; ders., *Środowisko uchodźców greckich w Świdnicy* [Das Milieu der griechischen Flüchtlinge in Schweidnitz], in: *Rocznik Świdnicki* (1987), S. 74-99; und Jacek Knopek, *O osadnictwie Greków i Macedończyków na Ziemiach Odzyskanych po II wojnie światowej* [Über die Ansiedlung von Griechen und Makedoniern in den Wiedergewonnenen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg], in: *Przemiany społeczne, kwestie narodowościowe i polonijne* [Gesellschaftliche Veränderungen, Probleme von Nationalitäten und Auslandspolen], hrsg. v. Andrzej Chodubski. Toruń 1994, S. 145-152. Wenig ergiebig ist die Memoirenliteratur. Vgl. dazu etwa Fanis Bistulas, *Z Grecji do Polski. Wspomnienia* [Aus Griechenland nach Polen. Erinnerungen]. Struga 2004; oder Thanasis Mitsopoulos, *Miname Ellines. Ta scholia ton ellinon politikon prosfygon stis sosialistikes chores* [Wir blieben Griechen. Das Schicksal der griechischen politischen Flüchtlinge in den sozialistischen Ländern]. Athen 1979. Zu Osteuropa insgesamt siehe die Überblicke von Kirjazovski, *Makedonskata politička emigracija* (wie Anm. 3); Riki van Boeschoten, „Unity and Brotherhood“? Macedonian Political Refugees in Eastern Europe, in: *Jahrbücher für Geschichte und Kul-*

ideologische Gegensatz zwischen Griechen und Makedoniern unter den Flüchtlingen in Polen, der auf eine bereits im nordgriechischen Bürgerkriegsgebiet selbst spürbare interethnische Spannung zurückging, ist bislang nicht umfassend untersucht worden. Und auch zur Politik der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) bezüglich der Bürgerkriegsflüchtlinge und ihren internen ethnopolitischen wie ideologischen Konfliktlinien gibt es keine systematische Untersuchung.

Für den kommunistischen polnischen Staat, die PVAP sowie die Gastgesellschaft insgesamt waren die permanenten Auseinandersetzungen unter den vom balkanischen Kriegsschauplatz evakuierten Kampfgenossen slavischer wie griechischer Zunge eine höchst unangenehme Überraschung, auf die man zunächst keine Antwort fand, vom Wendejahr 1956 an dann ambivalent reagierte. Nach außen versuchte die PVAP diese Spannungen durch die Sprachregelung *ludność grecko-macedońska* – „griechisch-makedonische Bevölkerung“ – zu kaschieren.<sup>8</sup> Dies war die terminologische Adaption des eigentlich „titoistischen“, da auf die „Völker Jugoslawiens“ gemünzten Slogans *Bratstvo i jedinstvo* – „Brüderlichkeit und Einigkeit“ –, der seitens der Sowjetunion und ihrer Satelliten auch nach dem Tito-Stalin-Bruch mit Blick auf das Verhältnis zwischen Makedoniern und Griechen gültig blieb.<sup>9</sup> Dieser propagandistischen Vorgabe zufolge war die regionale und „klassenmäßige“ Herkunft der Flüchtlinge der entscheidende Prägefaktor, nicht hingegen der sprachlich-ethnische Unterschied zwischen Südslaven und Hellenen samt konfligierenden nationalstaatlichen Programmen vom Typus „Vereinigtes Makedonien“ und „Großgriechenland“.

In Polen, so die Botschaft des Neologismus *ludność grecko-macedońska*, hatten Griechen und Makedonier zumindest nach außen als geschlossene ethnokulturelle Gruppe aufzutreten. Als günstiger Umstand für diese artifizielle Benennung erwies sich die Tatsache, dass die Makedonier unter den Flüchtlingen im Gegensatz zu den Griechen kein einheitliches Ethnonym benutzten. Sie bezeichneten sich

---

tur Südosteuropas 5 (2003), S. 189-202; und Stefan Troebst, Vogel des Südens, Vogel des Nordens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 213 vom 13. September 2003, S. 7.

<sup>8</sup> Zum Begriff vgl. Mieczysław Wojecki, *Ludność grecko-macedońska na Dolnym Śląsku* [Die griechische und makedonische Bevölkerung in Niederschlesien], in: *Śląski Kwartalnik Historyczny „Sobótka“* (1980), H. 1, S. 83-96; ders., *Adaptacja i stabilizacja* (wie Anm. 7); und ders., *Ludność grecko-macedońska w Polsce* [Die griechisch-makedonische Bevölkerung in Polen], in: *Czasopismo geograficzne* 46 (1975), H. 3, S. 313 f.

<sup>9</sup> Van Boeschoten, „Unity and Brotherhood“? (wie Anm. 7), S. 196.

entweder allgemein als „Unsrige“ (mak. *našenci, naški*) bzw. „Ägäer“ (mak. *egejci*, poln. *Egejczycy*) oder später spezifischer als „Ägäis-Polen“ (poln. *Egejscy Polacy*), seltener als „ägäisch-polnische Makedonier“ (poln. *Egejsko-Polsko-Macedończycy*),<sup>10</sup> kaum hingegen einfach als „Makedonier“ (mak. *makedonci*, poln. *Macedończycy*).

Zugleich stand der euphemistische Sammelbegriff *ludność grecko-macedońska* für die polnischerseits formal nie bestrittene Allzuständigkeit der exilierten Kommunistischen Partei Griechenlands (*Komunistiko Komma Elladas* – KKE) für die politischen und sozialen Belange der *gesamten* Bürgerkriegsemigration und damit für die kulturelle Hegemonie (und praktisch-alltägliche Dominanz) der griechischen Hälfte der Flüchtlinge über die makedonische. Selbst das hartnäckige Festhalten vieler griechischer Exilkommunisten an ihren stalinistischen Idealen auch über 1956 hinaus änderte daran bis in die Mitte der 80er Jahre hinein nur wenig. Die in Polen bereits 1950 über 3 123 Mitglieder verfügende KKE besaß hier überdies 24 regionale Untergliederungen, welche eine umfassende Kontrolle über die Flüchtlinge insgesamt sowie die Makedonier im Besonderen gewährleisteten.<sup>11</sup> Neben der KKE, deren Zentralkomitee ab 1949 in Budapest, dann bis 1968 in Bukarest und danach in Moskau, Leipzig und Berlin (Ost) ansässig war, waren in Polen noch zwei weitere exilkommunistische griechische Organisationen präsent. Dies war das 1948 gegründete griechische Komitee „Hilfe für das Kind“ (*Epitropi „Voithia pros to paidi“* – EVOP), das bis 1957 existierte, sowie das 1950 gegründete Zentralkomitee der politischen Flüchtlinge Griechenlands (*Kentriki Epitropi Politikon Prosfygon Elladas* – KEPPE), beide in Budapest ansässig.<sup>12</sup>

## Flucht aus dem Bürgerkriegsgebiet

Im Juli 1949 stellte das Jugoslawien Titos im Zuge des Schismas mit Moskau seine Unterstützung für die republikanische Seite im griechi-

<sup>10</sup> Wojecki, *Ludność grecko-macedońska na Dolnym Śląsku* (wie Anm. 8), S. 95. Vgl. auch Józef Łukaszewicz, *Egejscy Polacy [Ägäis-Polen]*, in: *Słowo Polskie* Nr. 300 vom 24./26. Dezember 1974.

<sup>11</sup> Kirjazovski, *Makedonskata politička emigracija* (wie Anm. 3), S. 68.

<sup>12</sup> Hauptaufgaben von KEPPE waren neben der Postzensur der Flüchtlinge deren statistische Erfassung sowie später ihre Repatriierung nach Griechenland. Vgl. dazu ebenda, S. 61 und 151-157, und *Verbotene Heimat. 30 Jahre*, hrsg. v. Zentralkomitee der Griechischen Politischen Emigranten KEPPE. Budapest 1979.

schen Bürgerkrieg ein und schloss die Grenze zum südlichen Nachbarn.<sup>13</sup> Der moderne, von *low intensity warfare* und hoher Beweglichkeit gekennzeichnete Partisanenkrieg, den die „Demokratische Armee Griechenlands“ (*Demokratikos Stratos Elladas* – DSE) 1946 gegen das royalistische Lager begonnen hatte, der in seiner Endphase primär im Nordwesten Griechenlands geführt und im Tod von 100 000 Zivilisten und Kombattanten sowie der internen Dislozierung von einer Million Menschen samt ersten Fluchtbewegungen nach Jugoslawien resultierte, war zu Ende.<sup>14</sup> In der Folge kam es zu einer neuerlichen Flüchtlingswoge, diesmal aus Griechenland in die angrenzenden „Volksdemokratien“ Albanien und Bulgarien.<sup>15</sup> Ihr Gros, bestehend aus zwei Dritteln griechischsprachiger Hellenen und einem Drittel slavophoner Makedonier, wurde anschließend in weitere Länder umgelenkt. Neben der UdSSR, hier vor allem der Usbekischen SSR, nahmen Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands bzw. die spätere DDR jeweils mehrere tausend Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland auf.<sup>16</sup> Gleich einem Kontrastmittel machten diese insgesamt ca. 80 000 Migranten aus Griechenland (davon ca. 10 000 in Jugoslawien) den Anfang 1949 gegründeten Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

<sup>13</sup> Milan Ristović, Jugoslawien und der Bürgerkrieg in Griechenland 1945–1950, in: *Thetis* 4 (1998), S. 283–291. Zur ambivalenten Haltung Stalins siehe Peter J. Stavrakis, *Moscow and Greek Communism, 1944–1949*, Ithaca/London 1998; Artiom A. Ulunian, *The Soviet Union and „the Greek Question“, 1946–53. Problems and Appraisals*, in: *The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943–53*, hrsg. v. Francesca Gori u. Silvio Pons. London 1996, S. 144–160; Matthias Esche, *Die Kommunistische Partei Griechenlands 1941–1949. Ein Beitrag zur Politik der KKE vom Beginn der Résistance bis zum Ende des Bürgerkriegs*. München/Wien 1982.

<sup>14</sup> Edgar O’Ballance, *The Greek Civil War 1944–1949*. London 1966; John O. Iatrides, *Civil War, 1945–1949. National and International Aspects*, in: *Greece in the 1940s. A Nation in Crisis*, hrsg. v. dems. Hanover/London 1981, S. 195–219 und 385–392; *The Greek Civil War, 1943–1950. Studies of Polarization*, hrsg. v. David H. Close. London/New York 1993.

<sup>15</sup> Zu den Flucht- und Vertreibungswellen siehe summarisch Stefan Troebst, *Vom Grammos-Gebirge nach Niederschlesien. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in Osteuropa und Zentralasien (1946–2002)*, in: *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen*, hrsg. v. Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej u. dems. Wiesbaden 2003, S. 158–166, sowie die nachstehende Tabelle 1, *Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in Ostmitteleuropa, der Sowjetunion und der SBZ/DDR 1949/50*.

<sup>16</sup> Zur regionalen Verteilung siehe „Fig. 5: Die ermittelten Ansiedlungsorte der griechischen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Sowjetunion“, in: Gerrit Ruwe, *Griechische Bürgerkriegsflüchtlinge. Vertreibung und Rückkehr*. Münster 1990, S. 25, und „Fig. 6: Die ermittelten Ansiedlungsorte der griechischen Bürgerkriegsflüchtlinge in den Staaten Mittel- und Osteuropas“, in: Ebenda, S. 27.



(RGW) bereits in seiner Geburtsstunde auf dem Röntgenschirm des Kalten Krieges sichtbar.

Etwa 28 000 aller Bürgerkriegsflüchtlinge waren – zumeist unbegleitete – Kinder und Jugendliche,<sup>17</sup> die nach dem Ende des Bürgerkriegs im sowjetischen Machtbereich sowie in Jugoslawien lebten. Nur ein Bruchteil konnte bis Oktober 1952 nach Griechenland zurückkehren, darunter 538 Flüchtlingskinder, die in Jugoslawien Aufnahme gefunden hatten,<sup>18</sup> und gleichfalls eine Ausnahme blieb die Erlaubnis der Regierung der ČSSR vom Dezember 1954 an 737 Griechen zur Rückkehr nach Griechenland – darunter 20 Kinder.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> Zu den Flüchtlingskindern aus dem Griechischen Bürgerkrieg siehe vor allem Lars Bærentzen, *The „Paidomazoma“ and the Queen’s Camps*, in: *Studies in the History of the Greek Civil War 1945–1949*, ed. by the same, John O. Iatrides and Ole Smith. Copenhagen 1987, S. 127–157; Nakovski, *Makedonski deca* (wie Anm. 1); A. Mando Dalianis-Karambatzakis, *Children in Turmoil during the Greek Civil War 1946–49, Today’s Adults. A longitudinal study on children confined with their mothers in prison*. Stockholm 1994; Eirini Lagani, *To „paidomazoma“ kai oi ellino-gioukoslavikes scheseis 1949–1953* [Die „Knabenlese“ und der griechisch-jugoslawische Konflikt 1949–1953]. Athens 1996; Eftihia Voutira, Aigli Brouskou, *„Borrowed Children“ in the Greek Civil War*, in: *Abandoned Children*, ed. by Catharine Panter-Brick and Malcolm T. Smith. Cambridge 1998, S. 92–110; Milan Ristović, *Dugi povratak kući. Deca izbeglice iz Grčke u Jugoslaviji 1948–1960* [Der lange Weg nach Hause. Flüchtlingskinder aus Griechenland in Jugoslawien 1948–1960]. Beograd 1998; Riki van Boeschoten, *The Impossible Return, Coping with Separation and the Reconstruction of Memory in the Wake of the Civil War*, in: *After the War Was Over: Reconstructing the Family, Nation, and State in Greece, 1943–1960*, ed. by Mark Mazower. Princeton 2000, S. 122–144; Keith S. Brown, *Macedonia’s Child-Grandfathers, The Transnational Politics of Memory, Exile and Return 1948–1998*. Washington DC 2003; Stefan Troebst, *Evacuation to a Cold Country, Child Refugees from the Greek Civil War in the German Democratic Republic, 1949–1989*, in: *Nationalities Papers* 32 (2004), H. 3, S. 675–691; und ders., *„Griechen ohne Heimat“ – Hellenische Bürgerkriegsflüchtlinge in der DDR 1949–1989*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 2 (2005), H. 2, S. 245–271.

<sup>18</sup> Lagani, *To „paidomazoma“* (wie Anm. 17), S. 94 f. Vgl. auch Howard Jones, *The Diplomacy of Restraint. The United States’ Efforts to Repatriate Greek Children Evacuated During the Civil War of 1946–49*, in: *Journal of Modern Greek Studies* 3 (1985), S. 65–85, hier S. 82; und ders., *„A New Kind of War“: America’s Global Strategy and the Truman Doctrine in Greece*. New York/Oxford 1989, S. 140–151 u. 285–288.

<sup>19</sup> Pavel Hradečný, *Die griechische Diaspora in der Tschechischen Republik. Die Entstehung und Anfangsentwicklung 1948–1956*, in: *Griechische Migration in Europa. Geschichte und Gegenwart*, hrsg. v. Evangelos Konstantinou. Frankfurt a.M. (u.a.) 2000, S. 95–117, hier S. 106 u. 114. Vgl. auch ders., *Řecká komunita v Československu. Její vznik a počáteční vývoj (1948–1954)* [Die griechische Gemeinschaft in der Tschechoslowakei. Ihre Entstehung und anfängliche Entwicklung (1948–1954)]. Praha 2000.

**Tabelle 1: Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in Osteuropa 1949/50<sup>20</sup>**

Aufnahmeland	Flüchtlinge insgesamt	Kinder und Jugendliche
Sowjetunion	11 980	Keine Angabe
Tschechoslowakei	11 941	3 500
Polen	11 458	3 500
Rumänien	9 100	4 256
Ungarn	7 253	3 000
Bulgarien	3 071	672
SBZ/DDR	1 128	1 128
Jugoslawien	Keine Angabe	1 857
Albanien	Keine Angabe	Keine Angabe
Insgesamt	55 881	17 913

### Polen als Fluchtziel

Die Bürgerkriegsflüchtlinge wurden nicht direkt aus Griechenland nach Polen transportiert, sondern kamen erst nach einem Aufenthalt von mehreren Wochen oder Monaten über Albanien, Bulgarien und Jugoslawien hierher. Dabei gab es zwei Wege: entweder per Bahntransport vom nordwestbulgarischen Flüchtlingsammelzentrum Berkovica aus über Jugoslawien oder Rumänien nach Ungarn und die Tschechoslowakei oder mit polnischen Schiffen von der albanischen Hafenstadt Durrës über Mittelmeer, Atlantik und Nordsee in die Ostsee.<sup>21</sup> Die Seeroute war dabei die bedeutsamere, denn 76% aller

<sup>20</sup> Quellen: Table 1: Total number of refugees according to ethnic origin and country of residence (1950) und Table 2: Child refugees according to ethnic origin and country of residence (1949–1950), in: van Boeschoten, „Unity and Brotherhood“, (wie Anm. 7), S. 192. Die Zahlenangabe für die Sowjetunion ist deutlich zu niedrig, da in den usbekischen Städten Taškent, Čirčik, Angren und Kokand zeitweise bis zu 30 000 Flüchtlinge, unter ihnen fast alle geflohenen Offiziere, Unteroffiziere und viele Mannschaften der DSE, angesiedelt wurden. Die Zahlen für Jugoslawien und Albanien können mit 10 000 bzw. 500 angesetzt werden.

<sup>21</sup> Siehe zu diesen beiden Routen die Karte „Kierunki napływu emigrantów greckich do Polski w latach 1949–1950“ [Richtungen des Zustroms griechischer Emigranten nach Polen in den Jahren 1949–1950] bei Mieczysław Wojecki, Ludność grecka w Polsce Ludowej [Die griechische Bevölkerung in Volkspolen], in: Przegląd Geograficzny 47 (1975), H. 4, S. 763–767, hier S. 765, sowie zur Landroute die Karte von Blagoja Markoski und Dimitra Karčicka

Makedonier und Griechen erreichten Polen auf diesem Weg und gingen in Szczecin oder Gdynia von Bord.<sup>22</sup> Nur in Ausnahmefällen wurden Flugzeuge zum Transport der Flüchtlinge eingesetzt. Der erste Bahntransport brachte Kinder am 27. Oktober 1948 nach Bad Landeck (Łądek Zdrój) in Niederschlesien.<sup>23</sup> Kranke und Verletzte wurden in der Regel in das Militärkrankenhaus Nr. 250 auf der Insel Wollin (Wolin) verbracht.<sup>24</sup> Anschließend kamen sie in den polnischen Teil von Görlitz, der damals noch Zgorzelice genannt wurde. Die Emigration der Bürgerkriegsflüchtlinge nach Polen erfolgte in drei Etappen. Tabelle 2 stellt die Zuwanderung von Flüchtlingen in Niederschlesien zwischen 1948 und 1956 dar.

**Tabelle 2: Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Griechenland nach Polen 1948–1956<sup>25</sup>**

	Zeitraum	Zahl der Emigranten	Altersgruppe
1.	1948–1949	3 200	Kinder
2.	1949–1950	9 282	Erwachsene
3.	1950–1956	800	Familienzusammenführung

Im Rahmen der Familienzusammenführung innerhalb der Volksdemokratien und der UdSSR sowie aufgrund natürlichen Bevölkerungswachstums wuchs die „griechisch-makedonische Bevölkerung“ in Polen bis 1955 auf 15 215 Personen an.<sup>26</sup> Dies war gleichsam der Scheitelpunkt, denn 1958 begann die Remigration zunächst der Makedonier, später dann der Griechen unter den Bürgerkriegsflüchtlingen.

„Evakuacija na decata i nivnoto prifak’anje vo istočnoevropskite zemji“ [Evakuierung der Kinder und ihre Aufnahme in den osteuropäischen Ländern] bei Fana Martinova-Buckova, *I nie sme deca na majkata zemja ...* [Auch wir sind Kinder des Mutterlandes ...]. Skopje 1998, S. 34.

<sup>22</sup> Wojecki, *Osadnictwo i adaptacja Greków* (wie Anm. 7), S. 102.

<sup>23</sup> Wojecki, *Ludność grecko-makedońska na Dolnym Śląsku* (wie Anm. 8), S. 84.

<sup>24</sup> Władysław Barcikowski, *Szpital grecki na wyspie Wolin* [Das griechische Krankenhaus auf der Insel Wollin]. Szczecin 1989.

<sup>25</sup> Quelle: Wojecki, *Ludność grecka w Polsce Ludowej* (wie Anm. 21), S. 764.

<sup>26</sup> Kazimierz Pudło, *Grecy i Macedończycy w Polsce 1948–1993. Imigracja, przemiany, zanikanie grupy* [Griechen und Makedonier in Polen 1948–1993. Immigration, Veränderungen, Schwinden der Gruppe], in: *Sprawy Narodowościowe* 4 (1995), H. 1 (6), S. 133–151, hier S. 137.

## Anfangsjahre im polnischen Exil

Gleich den Behörden in den anderen Volksdemokratien, der UdSSR und der SBZ/DDR gingen auch die polnischen zunächst von einem kurzen Aufenthalt der Bürgerkriegsflüchtlinge aus. Dies deshalb, weil eine zweite Runde des Bürgerkrieges nicht ausgeschlossen wurde, und von dieser erhoffte man sich einen Sieg der republikanischen Seite samt Remigration der ins Ausland Geflohenen. Der Beginn des Korea-Krieges im Sommer 1950 jedoch veränderte die weltpolitische Lage samt den sowjetischen Prioritäten – an eine Wiederaufnahme des Bürgerkrieges in Griechenland war nicht mehr zu denken. Entsprechend richtete man sich in Warschau, Prag, Budapest und andernorts auf einen längeren Aufenthalt der Bürgerkriegsflüchtlinge ein.

Die nach Polen gelangten Flüchtlinge kamen zu 96% aus Dörfern, d.h. waren in Landwirtschaft und Viehzucht tätig gewesen, während lediglich 3% Arbeiter waren, Vertreter der Intelligenz gar nur 1%. In der gesamten Gruppe stellten ethnische Makedonier mit 7 410 Personen die Mehrheit, danach kamen die Griechen mit 7 357 Personen und sowie eine kleine Gruppe Aromunen – auf Polnisch *kurowołosci* genannt (von südslavisch *kucovlasi* – „hinkende Walachen“) – mit 448 Personen. Offensichtlich kamen keine Albaner (Arvaniten, Çam u.a.), Türken, Pomaken, Roma, Gagausen oder sephardische Juden aus Nordgriechenland nach Polen. Die Flüchtlinge setzten sich 1955 nach Alter und Geschlecht wie folgt zusammen: 3 725 waren Kinder im Alter zwischen 4 bis 15 Jahren, 11 490 Erwachsene, darunter 8 043 Männer und nur 3 747 Frauen. 3 780 der Erwachsenen waren Invalide, Kranke und Alte.<sup>27</sup> Die große Mehrheit der erwachsenen Flüchtlinge – Männer wie Frauen –, etwa 71%, waren Kriegsteilnehmer.<sup>28</sup>

Die Flüchtlinge kamen aus unterschiedlichen Regionen Griechenlands – aus dem ägäischen Makedonien, vom Epirus, aus Thrakien und sogar vom Peloponnes<sup>29</sup> – und sprachen drei verschiedene Muttersprachen: Griechisch, Südslavisch und Aromunisch. Neben Anhängern der Republik, darunter mehrheitlich Kommunisten, gab es auch einige wenige Parteigänger der königstreu-konservativen Regie-

<sup>27</sup> Kazimierz Pudło, Uchodźcy polityczni z Grecji w Polsce (1948–1995) [Politische Flüchtlinge aus Griechenland in Polen (1948–1995)], in: Mniejszości narodowe w Polsce [Nationale Minderheiten in Polen], hrsg. v. Zbigniew Kurcz. Wrocław 1997, S. 149–152, hier S. 149.

<sup>28</sup> Wojecki, Osadnictwo i adaptacja (wie Anm. 7), S. 103.

<sup>29</sup> Wojecki, Środowisko uchodźców greckich w Świdnicy (wie Anm. 7), S. 83.

rung in Athen, die als Kriegsgefangene der DSE nach Polen gelangt waren.<sup>30</sup>

Die unmittelbare Koordination samt Finanzierung der Unterbringung der Bürgerkriegsflüchtlinge lag bei der Auslandsabteilung des Zentralkomitees der PVAP, die von Ostap Dłuski geleitet wurde. Die Fürsorge für die Kinder und Jugendlichen hingegen oblag dem Bildungsministerium. Zuständig für die „Akcja ‚G‘“ (Aktion „G“) – „G“ wie *grecy* bzw. Griechen – waren hier die stellvertretende Ministerin Zofia Dembińska sowie Wacław Kopczyński, der Generaldirektor von sechs eigens für die Flüchtlingskinder aus Griechenland eingerichteten niederschlesischen „Staatlichen Erziehungszentren“ (*Państwowe Ośrodki Wychowawcze* – POW). Für die Erwachsenen war seit 1950 überdies ein Büro für Sonderaktivitäten der Arbeiterfreizeit (*Biuro Akcji Specialnej Funduszu Wczasów Pracowniczych*) zuständig, das von 1953 bis 1958 von Władysław Horiański geleitet wurde,<sup>31</sup> den die Flüchtlinge „Koreański“ (Koreaner) nannten, da er zugleich für Flüchtlinge aus dem Korea-Krieg zuständig war.<sup>32</sup>

Als Repräsentanten der Makedonier und Griechen in Polen sowie als Bevollmächtigte bei allen Kontakten mit den polnischen Behörden traten die KKE sowie die von ihr am kurzen Zügel geführte „Gemeinde Demokratischer Politischer Flüchtlinge aus Griechenland“ (*Gmina Demokratycznych Uchodźców Politycznych z Grecji*) auf, die sich Mitte Juni 1950 auf einer Konferenz in Zgorzelec konstituiert hatte.<sup>33</sup> Der Sitz der „Gemeinde“ wurde 1952 nach Breslau verlegt, und 1953 wurde sie in „Bund der Politischen Flüchtlinge aus Griechenland in Polen ‚Nikos Belojannis‘“ (*Katastiko tis Enosis ton Politikon Prosfigon apo tin Ellada stin Polonia „Nikos Belojannis“/Związek*

<sup>30</sup> Wojecki, *Uchodźcy polityczni* (wie Anm. 7), S. 138. Nur wenig ist über die religiöse Ausrichtung und kirchliche Organisation der stark atheistisch beeinflussten Bürgerkriegsflüchtlinge bekannt. Die autokephale orthodoxe Kirche in Niederschlesien war bestrebt, im polnischen Teil von Zgorzelec eine Pfarrei für die „griechisch-makedonische Bevölkerung“ einzurichten. Durch die Bemühungen des 1953 nach Polen gekommenen griechischen Priesters Teodoros Tsaldikis gelang es, trotz Widerständen seitens polnischer Behörden wie griechischer Parteifunktionäre, griechisch-orthodoxe Gottesdienste in Hirschberg zu organisieren. Sporadisch fanden auch Gottesdienste in Breslau statt. Vgl. dazu Rościśław Żerelik, *Polski Autokefaliczny Kościół Prawosławny na Dolnym Śląsku po II wojnie światowej* [Die autokephale polnische Orthodoxe Kirche in Niederschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg], in: *Dolny Śląsk* 8 (2000), S. 74–86, hier S. 86.

<sup>31</sup> Mieczysław Wojecki, *Polacy i Grecy. Związki serdeczne* [Polen und Griechen. Herzliche Beziehungen]. Wolsztyn 1999, S. 44; Pudło, *Grecy i Macedończycy* (wie Anm. 26), S. 135; Wojecki, *Osadnictwo i adaptacja* (wie Anm. 7), S. 102.

<sup>32</sup> Wojecki, *Ludność grecko-makedońska na Dolnym Śląsku* (wie Anm. 8), S. 89.

<sup>33</sup> Pudło, *Grecy i Macedończycy* (wie Anm. 26), S. 145.

*Uchodźców Politycznych z Grecji w Polsce im. „Nikosa Belojannisa“*) umbenannt. Die Mitgliedschaft im Bund war für alle Flüchtlinge verpflichtend. Die Breslauer Zentrale koordinierte die Arbeit von 40 regionalen Abteilungen, darunter mit 26 die meisten in der damaligen Wojewodschaft Breslau. Als Hauptaufgabe sollte der Bund „unter den Griechen die nationale Volkskultur sowie fortschrittliche und patriotische Traditionen der griechischen Nation aufrechterhalten und stärken, die Flüchtlinge im Geist der Demokratie, des Patriotismus und Internationalismus erziehen, ihre Bereitschaft wecken, am gesellschaftlichen und politischen Leben des polnischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus in der Polnischen Volksrepublik und im Kampf um den Weltfrieden aktiv mitzuwirken“.<sup>34</sup> Das Presseorgan des Bundes war die griechischsprachige Zeitung *Dimokratis*, die von Juni 1950 bis Juni 1957 täglich, bis 1977 dann monatlich erschien.<sup>35</sup> Am 8. Dezember 1984, fünf Jahre vor der politischen Wende von 1989, wurde während eines Treffens von Delegierten auf Landesebene beschlossen, den Bund zu entpolitisieren und ihn in „Gesellschaft der Griechen in Polen“ (*Towarzystwo Greków w Polsce*) umzubenennen. Unter diesem Namen besteht die Organisation bis heute und besitzt neben ihrem Breslauer Hauptsitz Außenstellen in Zgorzelec, Łódź, Szczecin, Gdynia und Warschau.<sup>36</sup>

Die Haltung von Partei und Staat Polens gegenüber den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Griechenland war von paternalistischer Fürsorge bestimmt. Man bemühte sich intensiv darum, gute Bedingungen für deren Aufenthalt zu garantieren, und stellte Mittel zur Verfügung, die einen Lebensstandard ermöglichten, der deutlich über dem des damals Üblichen im Nachkriegspolen lag. Die Bevorzugung und Privilegierung dieser Gruppe ließ gelegentlich Unmut bei der örtlichen Bevölkerung, die mit den Makedoniern und Griechen zusammenlebte, aufkommen. Erhebliche Finanzmittel wurden auch für Kultur, Bildung, Sprachunterricht und patriotische Erziehung aufgewendet. Die polnische Seite wies den Flüchtlingen Wohnungen zu, garantierte über einen längeren Zeitraum kostenlose Verpflegung, ärztliche Versorgung, Hilfe bei der Suche nach einem neuen Wohnsitz, nach Ar-

<sup>34</sup> Christos Terzudis, *Trzydziestolecie pobytu uchodźców politycznych z Grecji i działalność ich związku im. Nikosa Belojannisa. Wybrane problemy* [Der 30. Jahrestag des Aufenthalts der politischen Flüchtlinge aus Griechenland und die Tätigkeit ihres Nikos Belojannis-Bundes. Ausgewählte Probleme], in: *Rocznik Dolnośląski* 7 (1980), S. 231-251, hier S. 236.

<sup>35</sup> Wojecki, *Uchodźcy polityczni* (wie Anm. 7), S. 149.

<sup>36</sup> Siehe die Seite „Grecy w Polsce“ [Griechen in Polen] auf der Website der Botschaft Griechenlands in Polen (URL <http://www.greece.pl/polski/grecypdn.htm>).

beitsplätzen, bei Umschulungen sowie der Organisation des Lebens unter den neuen Bedingungen. Kindern und Jugendlichen wurde eine kostenlose Schulbildung in der Muttersprache und Zugang zu allen Ebenen innerhalb des Schulwesens garantiert. Junge Emigranten, deren Eltern außerhalb Polens lebten oder in Polen mittellos waren, erhielten Stipendien oder Unterstützung.<sup>37</sup>

### Paidomazoma po polsku: „Knabenlese“ in Propaganda und Praxis

Beide Seiten im Griechischen Bürgerkrieg beschuldigten sich der massenhaften Entführung von Kindern und Jugendlichen aus dem Kriegsgebiet, um sie zwangsweise zu „Janitscharen“ der eigenen Sache umzuerziehen und militärisch auszubilden. Dabei verwendete man die Bezeichnung des frühneuzeitlichen osmanischen Instituts der „Knabenlese“ (*devşirme*) – auf Griechisch paidomazoma (*Kinderraub*). Vor allem die royalistische Seite beschuldigte die republikanische, systematisch Kinder und Jugendliche gegen den Willen ihrer Eltern und anderer Erziehungsberechtigter entführt und in den kommunistischen Machtbereich verschleppt zu haben. Ob und in welchem Umfang dem so war und wie sich dagegen das Kinderheimsystem der Königin Friederike in Griechenland ausnahm, ist noch immer Gegenstand historiografischer wie politischer Kontroversen.<sup>38</sup>

Anders als zu den Flüchtlingskindern in der DDR liegen zu denjenigen in Polen keine expliziten Hinweise auf militärische Schulung in Kinderheimen und Internaten vor. In einem resümierenden Bericht des genannten Ministerialbeamten Kopczyński vom 31. Juli 1959 an das ZK der PVAP über die Unterbringung und Erziehung der makedonischen und griechischen Kinder und Jugendlichen hieß es zwar, „[d]ie griechischen Kollegen wenden in der Erziehung Formen militärischer Partisanendisziplin an“,<sup>39</sup> doch war von Uniformen, Exerzieren u.a., wie etwa im benachbarten Sachsen üblich, nicht die Rede.<sup>40</sup> Auch gab es in polnischen Heimen, anders als in solchen

<sup>37</sup> Wojecki, *Uchodźcy polityczni* (wie Anm. 7), S. 163 ff.

<sup>38</sup> Vgl. dazu Barentzen, *The „Paidomazoma“* (wie Anm. 17); Lagani, *To „paidomazoma“* (wie Anm. 17); und Voutira, Brouskou, *„Borrowed Children“* (wie Anm. 17).

<sup>39</sup> Zit. bei Karol Fiedor, *Dzieci macedońskie w Polsce 1948–1968* [Makedonische Kinder in Polen 1948–1968]. Ms. o.D., Instytut Pamięci Narodowej, Główna Komisja Badania Zbrodni, Abt. Wrocław.

<sup>40</sup> Stefan Troebst, *Die „Griechenlandkinder-Aktion“ 1949/50. Die SED und die Aufnahme minderjähriger Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in der SBZ/DDR*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52 (2004), H. 8, S. 717–736, hier S. 732 f.

in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien, offensichtlich keine Rekrutierungen von Jugendlichen für die republikanische Bürgerkriegsarmee.<sup>41</sup> Im Gegenteil wurde unmittelbar nach Ende des Bürgerkrieges eine Gruppe von in Rumänien rekrutierter minderjähriger makedonischer Partisanen per Flugzeug aus Albanien nach Zgorzelec gebracht, wo sie im Kinderheim „Lazo Trpovski“ untergebracht wurden.<sup>42</sup>

Die ersten Flüchtlinge, die im Spätsommer 1948 direkt aus dem griechischen Bürgerkriegsgebiet nach Polen kamen, waren zunächst Gruppen makedonischer, dann auch griechischer Kinder. In den Jahren 1949 und 1950 wurden sodann vor allem Kriegsteilnehmer und die erwachsene Zivilbevölkerung evakuiert. Nach Angaben des Breslauer Zeithistorikers Kazimierz Pudło hat Polen zwischen September 1948 und Dezember 1951 insgesamt 14 525 Emigranten aus Griechenland politisches Asyl gewährt.<sup>43</sup> Ein anderer polnischer Niederschlesienexperte, Mieczysław Wojecki, gibt für August 1950, nachdem der letzte Flüchtlingstransport Polen erreicht hatte, 12 484 Personen als maximale Anzahl an. Zwischen 1950 und 1954 sind allerdings weitere 525 griechische Kinder nach Polen gekommen, davon 452 aus der Tschechoslowakei und Ungarn, und 1954 noch einmal 200 Personen im Rahmen der Familienzusammenführung aus der Tschechoslowakei. Wojecki schätzt die Zahl der Kinder, die sich im Zeitraum 1948–1955 in Polen aufhielten, auf 3 925. Die Eltern von mehr als der Hälfte der Kinder lebten in Polen, 620 waren Halb-, 113 Vollwaisen.<sup>44</sup>

Die Kindertransporte aus Griechenland wurden von Beginn an nach Niederschlesien gelenkt, wo die Unterbringung vor allem in Kurorten erfolgte, da dort die erforderliche Anzahl an Zimmern und Betten vorhanden war. Dies galt für Bad Landeck, wo vor allem griechische Kinder untergebracht wurden, weiter für Bad Salzbrunn (Szczawni Zdrój, damals Solice Zdrój), Wölfelsgrund (Międzygórze), Plagwitz (Płakowice) in der Nähe von Löwenberg (Lwówek) und Frankenberg (Bardo Śląskie) sowie für Zgorzelec, Bad Reinerz (Dusznice Zdrój) und Obornik (Oborniki Śląskie), wohin mehrheitlich makedonische Kinder kamen. An all diesen Orten wurden spezielle Internate geschaffen, die von 1949 an die besagte Bezeichnung Staatliche Erziehungszentren (POW) trugen. Der Aufenthalt der Kinder

<sup>41</sup> Zu diesen Rekrutierungen aus Kinderheimen siehe Martinova-Buckova, *I nie sme deca* (wie Anm. 21), S. 72–76.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 72 f.

<sup>43</sup> Pudło, *Grecy i Macedończycy* (wie Anm. 26), S. 135.

<sup>44</sup> Wojecki, *Ludność grecka w Polsce Ludowej* (wie Anm. 21), hier S. 764; ders., *Ludność grecko-macedońska na Dolnym Śląsku* (wie Anm. 8), S. 85.



und der erwachsenen Flüchtlinge sowie die Organisation der Einrichtungen wurden zunächst streng geheim gehalten. Die Tatsache, dass sich auf polnischem Boden Flüchtlinge aus Griechenland aufhielten, wurde in Polen selbst wie außerhalb des Landes nicht bekannt gemacht.<sup>45</sup> Die Angestellten der Internate mussten eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich dazu verpflichteten, sowohl über die Herkunft als auch über die Zahl der sich dort aufhaltenden Flüchtlinge Stillschweigen zu bewahren. Dies galt unter Androhung von Strafmaßnahmen auch für Personen, die für die Verbringung der Flüchtlinge nach Polen zuständig waren oder die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Organisation dieser Aktionen ausübten.<sup>46</sup>

**Tabelle 3: Die Unterbringung griechischer und makedonischer Kinder in Staatlichen Erziehungszentren (Angaben vom 30. August 1949)<sup>47</sup>**

	Ort	Zahl	Anmerkungen
1.	Bad Landeck	1 100	Erster Kindertransport aus Griechenland über Albanien und Jugoslawien 1948
2.	Bad Salzbrunn	800	Zweiter Kindertransport aus Bulgarien, Rumänien und direkt aus Griechenland 1949
3.	Wölfelsgrund	ca. 300	wie 2
4.	Plagwitz bei Löwenberg	ca. 500	wie 2
5.	Frankenberg	ca. 500	wie 2
	Insgesamt	3 200	

Kazimierz Pudło zitiert die handschriftliche autobiografische Aussage eines 14-jährigen makedonischen Waisenjungen aus dem Jahr 1953, die typisch für viele Lebensläufe makedonischer und griechischer Flüchtlingskinder ist: „Ich bin am 18. Dezember 1938 im Dorf Ezerec [griech. Petropoulaki] bei Kostur [griech. Kastoria] in Makedonien geboren. Mein Vater hieß Nikola und meine Mutter Benka (...). Zuhause in Griechenland kümmerten sie sich um unseren ein-

<sup>45</sup> Auch dies war in der benachbarten SBZ/DDR anders, wo die Flüchtlinge zwar nicht in der „antiimperialistischen“ Propaganda firmierten, jedoch regionale Medien über sie berichteten. Vgl. Troebst, Die „Griechenlandkinder-Aktion“ (wie Anm. 40), S. 723.

<sup>46</sup> Pudło, Uchodźcy polityczni (wie Anm. 26), S. 150.

<sup>47</sup> Bericht der Abteilung für Sonderschulwesen und Kinderfürsorge des polnischen Bildungsministeriums (Aktion „G“ – „Griechen“) 1971, zit. bei Wojecki, Ludność grecko-macedońska na Dolnym Śląsku (wie Anm. 8), S. 84.

einhalb Hektar großen Landbesitz. Ich habe zwei Brüder und eine Schwester. Der Kleinste ist in Ungarn, der andere in Polen und meine Schwester in der UdSSR. Ich bin Makedonier. Als ich fünf, sechs Jahre alt war, wurde ich Schäfer. Im März 1948 ging ich als Emigrant nach Albanien. Nach einem neunmonatigen Aufenthalt reiste ich nach Rumänien. Im April 1949 kam ich in Polen an, in Solice [Zdrój – Bad Salzbrunn]. Hier begann ich erstmals in die Schule zu gehen. Ich kam in die zweite Klasse. Jetzt bin ich in der siebten. (...) Ich interessiere mich für den Beruf des Ingenieurs [Korrektur im Original; S. T.]<sup>48</sup>

Was aus diesem Jungen geworden ist, ist unbekannt. Über einen seiner Schicksals- und Altersgenossen namens Stavros hat der US-amerikanische Griechenland-Ethnologe Loring Danforth auf einer Tagung im Jahr 2003 berichtet: Der musikalisch wie sprachlich hoch begabte Stavros erhielt während seiner Gymnasialzeit in Breslau Klavierunterricht und bereitete sich auf eine Ausbildung zum Konzertpianisten vor, als sein in Griechenland lebender Vater Mitte der 50er Jahre seine Rückkehr in das heimische Gebirgsdorf erwirkte. In den folgenden 20 Jahren war Stavros durchgängig das Objekt von Überwachung und zum Teil Misshandlung durch Polizei und Geheimdienst Griechenlands, da er als „Kommunist“ und „Slavenfreund“ verdächtigt wurde. Der Besuch eines polnischen Standes auf einer Industriemesse in Thessaloniki trug ihm gar eine Gefängnisstrafe ein. Im Interview mit Danforth unterteilte Stavros sein Leben in zwei fundamental verschiedene Abschnitte: Die in jeder Hinsicht aufregenden Jahre in Polen und die anschließenden bleiernen Jahrzehnte in Griechenland.<sup>49</sup>

## Heimalltag und Unterrichtswesen

Der Heimalltag war für die durch Krieg, Flucht, Vertreibung, Unterernährung und monatelange Reise traumatisierten und mehrheitlich

<sup>48</sup> Kazimiež Pudlo [Kazimierz Pudło], Nekoi refleksi za prestopot na decata od Egejska Makedonija vo Polska (1948–1968) [Einige Reflexionen zum Aufenthalt von Kindern aus Ägäisch-Makedonien in Polen (1948–1968)], in: Glasnik na Institutot za nacionalna istorija [Skopje] 30 (1986), H. 1-2, S. 193-209 (Quelle: G.K. Žyciorys, Archivum Kuratorium Oświaty i Wychowania we Wrocławiu, 15/1953, S. 20).

<sup>49</sup> Loring Danforth, „We Crossed a Lot of Borders“: Refugee Children from the Greek Civil War Who Returned to Greece. Vortrag auf dem internationalen Colloquium „The Child Refugees from Greece in Eastern and Central Europe after World War II“, Joseph Károlyi Foundation, Fehérvárcsurgó, Ungarn, 3.–4. Oktober 2003.

unter schweren Krankheiten leidenden Flüchtlingskinder bei allen Beschränkungen etwas fundamental Neues im positiven Sinne: Drei Voll- und zwei Zwischenmahlzeiten am Tag, medizinische Versorgung, pädagogische Betreuung, Heizung, Bettwäsche und Badewannen, vor allem aber der Unterricht in ihrer Muttersprache, wurde von ihnen als bislang ungekannte Erfahrung empfunden. In vielen autobiografischen Berichten figuriert daher der Tag ihrer Ankunft in den niederschlesischen Kurorten, an dem sie ihre über Monate getragenen, zerschlissenen, verschmutzten sowie von Läusen wimmelnden Lumpen endgültig ablegen durften und neue Kleidung erhielten, als Wendepunkt im eigenen Leben. „Through this process, which could be understood as a rite of passage“, so die niederländische Ethnologin Riki van Boeschoten, „they were reborn as extralocal, deterritorialised subjects.“<sup>50</sup>

Der Alltag in den Internaten war aber auch von zeitbedingten Konflikten geprägt: Während griechische Parteioffizielle, Lehrer und Erzieher auf dem spezifisch griechisch-nationalen Gehalt von Unterricht und Freizeit bestanden, suchten die makedonischen Lehrer, Erzieher und „Mütter“ (*majki*), d.h. ältere Mädchen, die für Gruppen von bis zu zwei Dutzend Kinder bereits auf der Flucht aus Griechenland Mutterfunktion übernommen hatten, mit der Unterstützung der zuständigen polnischen Parteifunktionäre, Verwaltungsbeamten und Pädagogen den makedonisch-nationalen Inhalt der Erziehung der slavischsprachigen Kinder zu gewährleisten. „Die griechischen Kollegen“, so hieß es in dem zitierten Bericht Kopczyńskis von 1959, „kümmern sich wenig um Kultur, Geschichte und Psyche der makedonischen Kinder.“<sup>51</sup> Hierin lag übrigens auch der Grund für den Konflikt der KKE mit dem eingangs erwähnten Makedonier Damovski, der gegen die Dominanz des Griechischen in der Erziehung und Schulbildung der makedonischen Flüchtlingskinder protestiert hatte.<sup>52</sup>

Vom Sommer 1949 an wurden sämtliche bereits in Polen befindlichen Flüchtlinge aus Griechenland, Kinder wie Erwachsene, in Zgorzelec zusammengezogen, wie nun auch alle Neuankommenden dorthin geschickt wurden. Am 1. September 1949 wurde dort ein landesweites POW gegründet, in das zwischen Dezember 1949 und Januar 1950 sämtliche Kinderheime in Niederschlesien sowie alle anderen

---

<sup>50</sup> Van Boeschoten, „Unity and Brotherhood“? (wie Anm. 7), S. 190.

<sup>51</sup> Zit. bei Fiedor, Dzieci macedońskie (wie Anm. 39).

<sup>52</sup> Davies, Moorehouse, Die Blume Europas (wie Anm. 3), S. 567.

Einrichtungen in Polen verlegt wurden.<sup>53</sup> Von nun an befand sich dort mit 7 000 Personen der zentrale Sammelpunkt der Bürgerkriegsflüchtlinge, darunter 2 675 Heimkinder und weitere 350 Kinder, die in Familien lebten. Entsprechend nannten die Flüchtlinge Zgorzelec „Kinderstadt“ (*Detski grad* bzw. *Paidopolis*). Am 31. März 1951 wurde die Flüchtlingsstadt Zgorzelec der bevorstehenden Übernahme der dortigen Kasernen durch das polnische Militär wegen aufgelöst und die Kinder in andere Einrichtungen verbracht. Die große Mehrheit kam in ein neues POW in Pölitz bei Stettin, der Rest in Heime in Plagwitz, Schreiberhau (Szklarska Poręba), Obernigk, Frankenberg, Bad Reinerz, Liegnitz, Herrnpotsch (Pracze Odrzańskie), Breslau und Zgorzelec, allesamt in Niederschlesien. Die Erwachsenen wurden auf die niederschlesischen Städte sowie auf Agrarbetriebe in der Region verteilt. Die Gründe für die Konzentration der Flüchtlinge 1949/50 in Zgorzelec liegen im Dunkeln. Denkbar, indes wenig wahrscheinlich ist ein Kalkül Warschaws dahingehend, dass im Zuge der laufenden Verhandlungen mit der Führung der neuen DDR mit einer Wiedervereinigung der Stadthälften von Görlitz unter sowjetischer Ägide gerechnet wurde. In einem solchen für die polnische Seite ungünstigen Fall wäre man immerhin die ebenso kostenintensiven wie streitsüchtigen Flüchtlinge vom Balkan losgeworden.

Für griechische und makedonische Kinder wurde Unterricht in Grundschulen organisiert. 1950 waren die jüngsten Kinder zunächst in Pölitz und Plagwitz untergebracht worden, wo sie in Staatlichen Erziehungsheimen lebten und Schulunterricht hatten. Sie wurden von griechischen und polnischen Lehrern unterrichtet. Außer den altersgemäßen allgemeinbildenden Fächern wurden Griechisch und Polnisch, aber auch griechische Nationalgeschichte und Geografie unterrichtet. Innerhalb des Schulwesens für die „griechisch-makedonische Bevölkerung“ in Polen bot der überwiegende Teil der Schulen zusätzlichen Unterricht in Griechisch an. Es gab allerdings nur in den Jahren zwischen 1959 und 1966 in Polen Schulen mit Griechisch als Unterrichtssprache. Anfangs fand aufgrund der Tatsache, dass die Behörden den Aufenthalt der Flüchtlinge geheim hielten, der Unterricht für griechische und makedonische Kinder nur in Internaten in Bad Landeck, Pölitz, Stettin, Zgorzelec und Bad Reinerz statt, in de-

---

<sup>53</sup> Zu einer Karte der Lozierung der Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet von Zgorzelec siehe das Kartenfaksimile „Państwowy Ośrodek Wychowaczy w Zgorzelcu“ [Staatliches Erziehungszentrum in Zgorzelec] bei Nakovski, *Makedonski deca* (wie Anm. 1), S. 106.

nen 3 200 Kinder untergebracht waren.<sup>54</sup> Ab 1954 konnten Griechen und Makedonier aufgrund eines positiven Bescheides des Bildungsministeriums in polnische Schulen aufgenommen werden.

Zum 1. September 1954 sollten in der Wojewodschaft Breslau 76 Schüler weiterführende Schulen besuchen, von denen 35 an Gymnasien und 41 an Berufsschulen verwiesen worden waren. In Breslau wurden fünf Personen zum Pädagogischen Gymnasium, neun zum Technikum für Metallarbeiten, zehn zum Technikum für Mechanik und Radiotechnik, sieben zum Technikum für Motorenbau und zehn zur Fachschule für Energiewesen delegiert. Die Berufsschüler sollten in Wohnheimen in Schulnähe untergebracht werden. Ihre Unterhaltskosten wurden von der Abteilung Bildung des Nationalrates der Wojewodschaft übernommen; Gymnasialschüler wurden in Kinderheimen untergebracht.<sup>55</sup>

Nach einer Empfehlung des polnischen Bildungsministeriums sollten für Personen, die zukünftig in Schulen für griechische und makedonische Kinder arbeiten sollten, Kurse organisiert werden, die auf den Griechischunterricht als Muttersprache vorbereiten und ein Unterrichtsprogramm ausarbeiten sollten. Im Herbst 1954 wurde damit begonnen, zusätzliche Unterrichtsstunden in griechischer und makedonischer Sprache in den staatlichen Kinderheimen in Breslau zu organisieren. Es gab wöchentlich zwei Unterrichtsstunden. Daran nahmen auch Schüler des Allgemeinbildenden Pädagogischen Gymnasiums und der Fachschule für Energiewesen teil. Auch in Waldenburg begannen am 1. September 1954 ein Griechischkurs und zwei Kurse für Makedonisch, anfangs für sieben Personen. In Zgorzelec wurden zwei Griechischkurse für jeweils 27 Schüler und vier Makedonischkurse für 26 Schüler organisiert, in Reichenbach für sieben griechische und 30 makedonische Schüler ein Griechisch- und zwei Makedonischkurse. Die Organisation von Bildungsmaßnahmen für die Flüchtlinge aus Griechenland wurde von Seiten der Regierung mit großem Wohlwollen betrachtet. Sie übte geradezu Druck auf den „Bund der Politischen Flüchtlinge aus Griechenland“ aus, um Kandidaten für das Lehramt zu erhalten, was im Hinblick auf das Fehlen qualifizierter Kräfte und die niedrigen Lehrergehälter allerdings Probleme auslöste. Am Unterricht nahmen auch Erwachsene teil. Das

---

<sup>54</sup> Cezary Żołędowski, *Powstanie i ewolucja szkolnictwa narodowościowego w PRL* [Entstehung und Entwicklung des nationalen Schulwesens in der Volksrepublik Polen], in: *Zeszyty Naukowe Instytutu Nauk Politycznych Uniwersytetu Warszawskiego* 16 (1989), S. 200.

<sup>55</sup> *Archiwum Państwowe we Wrocławiu*, KOS, Sign. XVII/88, S. 138.

griechische und makedonische Schulwesen wurde in zwei Formen organisiert, nämlich in griechisch- oder makedonischsprachigen Klassen sowie mittels zusätzlicher Unterrichtsstunden in der Muttersprache. Gemäß den Vorschriften fand der Unterricht für griechische und makedonische Kinder in den Klassen I und II ausschließlich in der Muttersprache mit Polnisch als zusätzlichem Unterrichtsfach in der zweiten Klasse statt. In der dritten Klasse fand der Unterricht in polnischen Klassen statt und Griechisch oder Makedonisch wurden in zusätzlichen Sprachkursen unterrichtet.

Im Oktober 1962 fand in Breslau eine landesweite Aussprache der Lehrer und der Elternkomitees griechischer Schulen statt, wobei der Sprachunterricht und die Einführung neuer Unterrichtsmethoden bewertet werden sollten.<sup>56</sup> Im Schuljahr 1961/62 wurden in den Schulen der Wojewodschaft Breslau in griechischen Klassen 609 Kinder unterrichtet, in Klassen mit Makedonisch als Unterrichtssprache 192. Aus dem umfassenden Bericht des Breslauer Kuratoriums für Schulwesen über die Situation an Schulen mit nichtpolnischer Unterrichtssprache geht hervor, dass im Schuljahr 1962/63 823 Schüler mit griechischer und makedonischer Nationalität in den Klassen selbst oder über Sprachkurse Unterricht in griechischer Sprache erhielten.<sup>57</sup> Im Schuljahr 1964/65 wurden in Niederschlesien 68 Griechischkurse für 1 090 Schüler organisiert. Darunter waren 1 004 griechische Schüler und 86 makedonische. Dort unterrichteten 14 ausgebildete griechische Lehrer und elf Lehrer, die in vom Bildungsministerium organisierten Kursen geschult worden waren.

Im Herbst 1952 nahm ein so genanntes Selbstständiges Referat zur Fürsorge ausländischer Kinder im Bildungsministerium seine Arbeit auf und übernahm die Aufsicht über das Schulwesen in nichtpolnischer Sprache. Nach 1956 wurde die Abteilung umgewandelt und die Fürsorge auf die Staatlichen Erziehungsheime konzentriert, die fortan für die Erziehung, den Unterricht und die Berufsausbildung zuständig sowie in der Betreuung von Kindern griechischer, makedonischer oder anderer Herkunft tätig waren, die in Polen Asylrecht besaßen. Auf Empfehlung des Selbständigen Referates wurde die Aufsicht über die griechischen und makedonischen Jugendlichen den Bildungsabteilungen der Nationalratspräsidien auf Wojewodschaftsebene übergeben. Sie waren für die Inspektion der Einrichtungen verantwortlich, in denen die griechischen und makedonischen Kinder untergebracht

---

<sup>56</sup> Archiwum Państwowe we Wrocławiu, KOS, Sign. XVII/92, S. 316.

<sup>57</sup> Archiwum Państwowe we Wrocławiu, KOS, Sign. XVII/92, S. 348 f.

werden sollten, für die Organisation von Auslandsreisen und die Reisen griechischer Jugendlicher, die Rekrutierung für die Mittelschulen, die Organisation von Ferienlagern, Kursen für Lehrer, das Ausarbeiten von Lehrplänen und die Konzeption der Schulbücher, die Ausstattung der Kinder mit Kleidung, Schuhen, Schulbüchern und anderen notwendigen Materialien für die Schule, schließlich für die Gesundheitsfürsorge und die Aufsicht über die Staatlichen Erziehungszentren. Dem Referat oblag auch die Organisation des Griechischunterrichts in den Erziehungszentren, Berufs- und Grundschulen.<sup>58</sup>

### **Der Weg in die kontrollierte Selbständigkeit**

1954 übernahm das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt die Betreuung der griechischen und makedonischen Flüchtlinge. Spätestens seit 1952, als die Chancen auf eine Rückkehr immer unwahrscheinlicher wurden, zielte man auf Selbstständigkeit bei weitgehender Integration in die polnische Gesellschaft. Die Flüchtlingshaushalte sollten finanziell unabhängig sein, materielle Unterstützung in Form von Kleidung, Decken, Bettwäsche usw. sollte dagegen weiterhin von polnischer Seite organisiert werden. In der Folgezeit wurden Gebäude, in denen Flüchtlinge lebten, den städtischen Verwaltungen unterstellt, was für die Emigranten die Übernahme allgemein üblicher Verpflichtungen wie kommunale Abgaben bedeutete. Seit 1950 wurde das Problem dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse thematisiert. Auf Empfehlung der KKE wurden 3 500 arbeitsfähige Personen in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften untergebracht. Personen mit schlechtem Gesundheitszustand sollten als Invaliden anerkannt werden. Etwa 2 800 Personen wurden in diesem Zusammenhang ärztlich untersucht, wobei ihnen im Falle faktischer Invalidität dieser Status auch zugesprochen wurde. Für diese Gruppe wurden in Niederschlesien spezielle Arbeitsgenossenschaften gegründet, die die Invaliden an entsprechende Arbeiten heranführen sollten. Arbeitsunfähige Personen wurden in einem Heim in Zgorzelec untergebracht. 1954 wurden dort 349 und 1955 399 Personen betreut. Die übrigen Invaliden nahmen an Kursen für eine berufliche Ausbildung teil.<sup>59</sup> 1950 wurde in Zgorzelec die Arbeitsgenossenschaft „Delta“ für Invaliden aus Griechenland gegründet, in der etwa 300 Personen Arbeit fanden.

---

<sup>58</sup> Wojecki, *Uchodźcy polityczni* (wie Anm. 7), S. 166.

<sup>59</sup> Wojecki, *Ludność grecko-makedońska na Dolnym Śląsku* (wie Anm. 8), S. 89.

Nach 1952 wurden Flüchtlinge aus Griechenland in niederschlesischen Dörfern in der Gegend von Zgorzelec, Lauban (Lubań), Liegnitz, Sommerfeld (Lubsko) und Sagan (Żagań) angesiedelt und in Arbeit gebracht. Ein Teil der Flüchtlinge, zunächst etwa 2 000 (1952) und insgesamt 3 000 (1953), fand in den Beskiden in der griechischsprachigen LPG „Nea Zoi“ (Neues Leben) in Krościenko bei Ustrzyki Dolne Arbeit. Auch in den umliegenden Dörfern Liskowate, Moczarz, Jureczkowa, Wojtkowa, Graziowa und Trzcianiec wurden griechische und makedonische LPG-Arbeiter angesiedelt.<sup>60</sup> Die verkehrstechnisch schwer erreichbare LPG diente der stalinistischen Führung der KKE nicht nur, wie noch zu sehen sein wird, als Konferenzort, sondern zugleich als Verbannungsort für missliebige Parteimitglieder, darunter vor allem Makedonier.<sup>61</sup> Dem Skopjoter Historiker aus Nordgriechenland Risto Kirjazovski zufolge wurden die Verbannten in „Brigaden der Abtrünnigen“ (*brigadi na otpadnici*) zur Zwangsarbeit im Kanalbau eingesetzt,<sup>62</sup> und dem Pariser Historiker griechischer Herkunft Ilios Yannakakis zufolge, der selbst Bürgerkriegsflüchtling in der Tschechoslowakei und KKE-Funktionär gewesen war, war Krościenko „ein Kolchosa-Lager, in dem vor allem slavomazedonische Oppositionelle gefangengehalten wurden. Die kommunistische Partei [Griechenlands] hatte eine Sicherheitstruppe zur Überwachung des Lagers aufgebaut. Die Bedingungen waren extrem: Vasilis Panos, der an der Spitze dieser Sicherheitspolizei stand, gab zu, dass zur Hinrichtung der Verurteilten keine Feuerwaffen eingesetzt wurden. Das Opfer wurde mit Stockschlägen schlichtweg zu Tode geprügelt.“<sup>63</sup>

Etwa 3 500 Flüchtlinge im arbeitsfähigen Alter wurden auf LPGs in Niederschlesien untergebracht, desgleichen in niederschlesischen Städten, so in Breslau 2 500, 1 200 in Liegnitz, in Waldenburg 700,

<sup>60</sup> Vgl. die Karte „Osadnictwo ludności greckiej i macedońskiej w Bieszczadach“ [Die Ansiedlung griechischer und makedonischer Bevölkerung im Bieszczady-Gebirge] bei Wojecki, *Uchodźcy polityczni* (wie Anm. 7), S. 52, sowie Maria Biernacka, *Greek Refugees in the Bieszczady Mountains. Processes of Adaption and Integration*, in: *Ethnologia Polonica* 7 (1981), S. 35-45; dies., *Osady uchodźców greckich w Bieszczadach* [Siedlungen griechischer Flüchtlinge im Bieszczady-Gebirge], in: *Etnografia Polska* 17 (1973), H. 1, S. 83-93; und Andrzej Maryański, *Mniejszość grecka w wojewódstwie Rzeszowskim* [Die griechische Minderheit in der Wojewodschaft Rzeszów], in: *Czasopismo geograficzne* 33 (1962), H. 3, S. 362 f.

<sup>61</sup> Kirjazovski, *Makedonskata politička emigracija* (wie Anm. 3), S. 186.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 250.

<sup>63</sup> Ilios Yannakakis, *Die griechischen Opfer des Kommunismus*, in: Stéphane Courtois (u.a.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Bd. 2: Das schwere Erbe der Ideologie*. München/Zürich 2004, S. 447-468 u. 521 f., hier S. 466.



in Hirschberg und Schweidnitz jeweils 300, in Freiburg in Schlesien (Świebodzicy) und Striegau (Strzegom) jeweils 50 sowie 26 in Frankenstein (Ząbkowice Śląskie).<sup>64</sup>

Das größte Zentrum der Bürgerkriegsemigration bildete bis 1953 die Flüchtlings- und Kinderstadt Zgorzelec, wo zeitgleich bis zu 9 000 Griechen und Makedonier lebten. Die Arbeitsfähigen unter ihnen fanden in Zgorzelecer Betrieben Arbeit. 2 500 Personen wohnten von 1950 bis 1952 in Breslau. Sie fanden Arbeit in der Waggonfabrik „Pafawag“ und in den Unternehmen „Fuma“, „Dolmel“, und „Archimedes“, bei Bauunternehmen und in Genossenschaften, z.B. in der Genossenschaft für Blinde „Dolsin“. In der Umgebung von Breslau siedelte sich eine große Gruppe von Griechen in Herrnprotsch an. In Waldenburg lebte eine Gruppe von 400 Flüchtlingen, die dort in der Glashütte „Karol“, in Bergwerken und Porzellanfabriken arbeiteten. In Schweidnitz gehörten 250 Personen zur Bürgerkriegsemigration, die hauptsächlich in der Fabrik für Industrieanlagen arbeiteten. Nach Hirschberg kamen erst 1954 400 Flüchtlinge. Fast die Hälfte aller Arbeitsfähigen arbeitete im Textilkombinat „Celwiskoza“. Eine etwa 300 Personen starke Gruppe von Griechen und Makedoniern wurde in der Nähe von Lauban angesiedelt und in LPGs angestellt. Kleinere Ansiedlungen gab es in Wüstegiersdorf (Głuszycy), Nimptsch (Niemcza), Langenbielau, Reichenbach und Liegnitz, zunächst etwa 900 Personen. Eine geringe Zahl von Flüchtlingen lebte auch in Reichenau (Bogatynia), Penzig (Pieńska), Jauer (Jawor), Schmiedeberg, Schwiebus (Świebodzicy) und Haynau.<sup>65</sup>

Bis 1956 konnten sich die politischen Flüchtlinge nur mit dem Einverständnis der KKE in Städten niederlassen, wie sie generell nicht über das Recht verfügten, ihren Wohnort selbst zu wählen. Die KKE entschied auch über einen Wechsel des Aufenthaltsortes. Die Flüchtlinge wurden dort angesiedelt, wo es Wohnungen und Arbeit gab. Erst nach 1956 konnten sie gemäß einer Direktive des polnischen Innenministeriums selbst darüber entscheiden, wo sie wohnen wollten.<sup>66</sup> Nach der Auflösung des Büros für Sonderaktivitäten der Arbeiterfreizeit übergab das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt die Flüchtlingsangelegenheiten den Präsidien der Nationalräte. Der genannte „Bund der politischen Flüchtlinge aus Griechenland

<sup>64</sup> Wojecki, *Osadnictwo i adaptacja* (wie Anm. 7), S. 106.

<sup>65</sup> Terzudis, *Trzydziestolecie pobytu uchodźców politycznych z Grecji* (wie Anm. 34), S. 234 f.

<sup>66</sup> Bistulas, *Z Grecji do Polski* (wie Anm. 7), S. 277.

in Polen“ erhielt allerdings weiterhin großzügige Dotationen vom Ministerium, das auch die Kosten für den Transfer der griechischen Bevölkerung zwischen den einzelnen Ostblockländern im Rahmen der Familienzusammenführung übernahm.

### „Morgenröte der Ägäis“: Makedonische Dissidenz in Niederschlesien

Im Zuge des Tito-Stalin-Konflikts waren zunächst sämtliche makedonische Organisationen im republikanischen Bürgerkriegslager wie in der Emigration aufgelöst worden. Im Februar 1951 wurde dann von der KKE auf einer mehrtägigen Tagung in Zgorzelec die Gründung einer neuen makedonischen Organisation innerhalb der KKE für sämtliche Volksdemokratien beschlossen – „Ilinden“, so benannt nach dem antiosmanischen Aufstand in Makedonien vom St. Elias-Tag (*Ilin den*), dem 22. Juli bzw. nach neuem Stil 3. August, im Jahr 1903.<sup>67</sup> Im April 1952 fand in der erwähnten LPG „Neues Leben“ in Krościenko der „Ilinden“-Gründungskongress statt. Als Sitz der neuen Organisation wurde Bukarest bestimmt, wo auch das ZK der KKE ansässig war.<sup>68</sup> Hauptaufgabe von „Ilinden“ war es, mittels Propagandamaterialien in makedonischer Sprache die Makedonier unter den Bürgerkriegsflüchtlingen auf stalinistischer und damit antititoistischer wie jugoslawienfeindlicher Generallinie zu halten.<sup>69</sup> Im Zuge der vom sowjetischen Parteichef Nikita S. Chruščev gegen den massiven, ja militanten Widerstand des harten stalinistischen Kerns der KKE-Führung um Nikos Zachariadis 1956 durchgesetzten Entstalinisierung der KKE<sup>70</sup> wurde „Ilinden“ bereits 1957 wieder aufgelöst

<sup>67</sup> Risto Kirjazovski, *Makedonski nacionalni institucii vo Egejskiot del na Makedonija (1941–1961)* [Makedonische nationale Institutionen im ägäischen Teil Makedoniens (1941–1961)]. Skopje 1987, S. 230 f.

<sup>68</sup> Vgl. ebenda, S. 232–238.

<sup>69</sup> Vgl. ebenda, S. 239–242.

<sup>70</sup> Dem Entstalinisierungsplenium der KKE im März 1956 in Bukarest, welches gegen massive Widerstände und nur unter stärkstem Druck der sowjetischen Führung Zachariadis absetzte, waren am 11. und 12. September 1955 die so genannten Ereignisse von Taschkent vorausgegangen: In der Hauptstadt der Usbekischen SSR, in der seit 1949 die Mehrheit der Offiziere und Unteroffiziere der DSE sowie auch Zachariadis selbst ansässig waren, lieferten sich damals Anhänger und Gegner des Noch-Parteichefs offene Straßenschlachten mit Eisenstangen, Steinen und Messern, bei denen 118 Personen, darunter drei Mitglieder des ZK der KKE, zum Teil schwer verletzt wurden. Vgl. Kirjazovski, *Makedonskata politička emigracija* (wie Anm. 3), S. 99–115, bes. S. 103, sowie Gavrilis Labatos, *Ellines politikoi proshfiges stin Taskendi 1949–1957* [Griechische politische Flüchtlinge in Taschkent

und 1958 durch eine weitgehend bedeutungslose Kommission für makedonische Angelegenheiten beim ZK der KKE ersetzt.<sup>71</sup>

In Polen führte die Beendigung der Anti-Tito-Kampagne von KPdSU und PVAP, desgleichen die Entmachtung der stalinistischen Zachariadis-Führung der KKE sowie generell das liberalere Klima von 1956 an zu einer Teilemanzipation der Makedonier unter den Bürgerkriegsflüchtlingen. Innerhalb des „Bundes politischer Flüchtlinge aus Griechenland in Polen“ kam es daher schon im Sommer 1956 zu einem heftigen Konflikt darüber, ob das besagte Organisationsblatt *Dimokeratis* eine Seite in makedonischer Sprache erhalten solle oder nicht. Dabei traten der 1950 als „Tito-Agent“ beschuldigte Breslauer Makedonier Vasil Martinovski sowie ein weiterer Makedonier, Vangel Adžiev, ebenfalls aus Breslau, als Wortführer auf. Wohl nicht zufällig kam Martinovski im August 1956 bei einem Autounfall ums Leben, dessen genaue Umstände bislang nicht aufgeklärt sind.<sup>72</sup>

Als das makedonische Anliegen von der *Dimokeratis*-Redaktion abgelehnt wurde, forderten Adžiev und andere makedonische Intellektuelle aus Niederschlesien auf einer Parteikonferenz der kommunistischen Bürgerkriegsflüchtlinge in Polen 1957 das Recht zur Gründung einer separaten Organisation der in Polen lebenden Makedonier unter der Ägide der PVAP.<sup>73</sup> Dieses Ansinnen wurde vom Siebten Plenum des ZK der KKE 1957 mit dem Hinweis darauf abgelehnt, dass dergestalt „die Einheit des griechischen und makedonischen Volkes“ bedroht würde<sup>74</sup> – „Brüderlichkeit und Einigkeit“ also auch *nach* Tito und Stalin.

In den Folgejahren eskalierten diese Spannungen, da mit Unterstützung der KKE und wohl mit Zustimmung der PVAP Emissäre der bulgarischen Partei- und Staatsführung sowie des in Sofija ansässigen Slavischen Komitees (*Slavjanski komitet*) die makedonischen Emigrationszentren Polens zu Agitationszwecken bereisten und an zahlreiche Makedonier Polens bulgarisches Propagandamaterial schickten. Dabei nahmen sie den traditionellen bulgarisch-nationalen Standpunkt in der Makedonische Frage ein, demzufolge es keine eigenständige Na-

---

1949–1957]. Athen 2001, und Dimitris Katsis, *Politikoi profigesi stin Taskendi* [Politische Flüchtlinge in Taškent]. Pella 2004.

<sup>71</sup> Kirjazovski, *Makedonski nacionalni institucii* (wie Anm. 67), S. 243–248. Diese Kommission bestand bis 1975.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 249–252.

<sup>73</sup> Vgl. dazu das Dokumentenkonvolut bei Kirjazovski, *Makedonskata politička emigracija* (wie Anm. 3), S. 205–208.

<sup>74</sup> Kirjazovski, *Makedonski nacionalni institucii* (wie Anm. 67), S. 253.

tion der Makedonier gebe, sondern die südslavischsprachigen Bewohner der seit 1913 auf Griechenland, Albanien, Jugoslawien und Bulgarien aufgeteilten, vormals osmanischen Region Makedonien sämtlich Bulgaren seien und folglich Bulgarisch sprächen. Diese Entwicklung wurde seitens etlicher makedonischer Aktivisten Niederschlesiens als Beleg für den ultimativen Bruch mit den vormaligen griechischen „Kampfgefährten“ aus Bürgerkriegstagen interpretiert.

Entsprechend gründeten am 3. Dezember 1960 Breslauer und Liegnitzer Makedonier, mehrheitlich Lehrer und andere Intellektuelle, mit Unterstützung aus Zgorzelec und Pölitz klandestin einen eigenen makedonischen Verein namens „Morgenröte der Ägäis“ (*Egejska zora*).<sup>75</sup> Im Programm der durch die polnischen Behörden nicht legalisierten Neugründung hieß es: „Die ‚Morgenröte der Ägäis‘ wird für die Erziehung der makedonischen Jugend im Geiste des proletarischen und sozialistischen Internationalismus kämpfen; sie wird für die makedonisch-nationale Bewußtwerdung der Jugend und allgemein der Makedonier in Polen kämpfen; sie wird für die Aufrechterhaltung der Autorität der Volksrepublik Makedonien [innerhalb Jugoslawiens; S. T.] unter den Makedoniern kämpfen; sie wird einen unermüdlichen Kampf gegen die [griechischen] Chauvinisten, welche die ‚Megali Idea‘ propagieren, führen; sie wird für die Schaffung einer makedonischen kulturellen Gesellschaft kämpfen, welche die makedonische Kultur unter den in Polen lebenden Makedoniern anleitet und entwickelt (...)“.<sup>76</sup>

Die 30 bis 50 Mitglieder des Vereins wurden gemäß der Tradition makedonischer Untergrundbewegungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts auf eine Flagge mit einer Eidesformel eingeschworen, gemäß der sie „die Geheimnisse der Organisation wahren sowie für die Einheit der makedonischen Flüchtlinge und gegen griechischen und bulgarischen Chauvinismus kämpfen“ würden. Der Eid endete mit

<sup>75</sup> Martinova-Buckova, *I nie sme deca* (wie Anm. 21), S. 62 f. Gründungsmitglieder waren Laki Poptolevski, Vangel Belčev, Vangel Dimakov, Vasil Fotinovski, Lambro Karanfilovski, Mičo Karanfilovski, Boris Sotirovski, Kostas Vragoterov u.a. Siehe dazu ebenda, S. 63; van Boeschoten, „Unity and Brotherhood“? (wie Anm. 7), S. 199; und Kostas Vragoterov, *Hronologija od životot i dejnosta na političkite emigranti od Egejskiot del na Makedonija vo NR Polska za godinite od 1950 do 1962* [Chronologie von Leben und Tätigkeit der politischen Emigranten aus dem ägäischen Teil Makedoniens in der VR Polen in den Jahren von 1950 bis 1962]. Ms., Skopje 1961, S. 162-165, zit. nach van Boeschoten, „Unity and Brotherhood“ (wie Anm. 7), S. 199.

<sup>76</sup> Arhiv na Makedonija (Skopje), fond br. 997, K-4/32 (Programa na „E. Zora“), hier zit. nach Martinova-Buckova, *I nie sme deca* (wie Anm. 21), S. 62.

der Parole „Es lebe das makedonische Volk! Es lebe die V[olks-]R[epublik] M[akedonien] – unsere sozialistische Heimat!“<sup>77</sup>

Die Aktivitäten der „Morgenröte der Ägäis“ bestanden primär in agitatorischer Arbeit wie dem Verteilen von Flugblättern und dem Kleben von Aufrufen. So zierte am 5. März 1961 ein Appell etliche Häuserwände von Zgorzelec, in welchem die Makedonier der Stadt in ihrer Muttersprache dazu aufgerufen wurden, „den großgriechischen und großbulgarischen Chauvinismus entschieden zu bekämpfen“. Der Aufruf endete mit der bereits zitierten Parole – diesmal jedoch mit bezeichnenden Ergänzungen: „Es lebe das makedonische Volk! Es lebe die Volksrepublik Makedonien, unser teures Vaterland! Es lebe die Volksrepublik Polen! Es lebe die rechtmäßige Regierung des Kongo! Es lebe das Werk Lumumbas!“<sup>78</sup> Der „internationalistische“ Einschlag sowie der Bezug auf die makedonische Teilrepublik Jugoslawiens deuten auf eine enge Orientierung an Belgrad, wenn nicht auf direkte Verbindungen zur „blockfreien“ jugoslawischen Auslandspropaganda und Diplomatie hin.

Am 5. Mai 1961 schickten die makedonischen Nationalkommunisten Niederschlesiens einen Protestbrief an das ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, denn die bulgarische Propaganda zeitigte in Polen insofern Wirkung, als einige makedonische Familien sich jetzt als Bulgaren deklarierten, ja in das Balkanland übersiedelten. Am 10. Juni desselben Jahres wurde ein ähnlicher Brief an den Ministerrat der Volksrepublik Bulgarien gerichtet.<sup>79</sup> Hierin hieß es mit Verweis auf die makedonische Minderheit in Südwestbulgarien, Regierung und Partei in Sofija täten besser daran, sich um ihre eigenen internen Minderheitenprobleme zu kümmern als sich in die interethnischen Beziehungen anderer Länder einzumischen.<sup>80</sup> Dies ging nun wohl auch der polnischen Bruderpartei zu weit, und im Herbst 1961 wurde die „Morgenröte der Ägäis“ von der Staatssicherheit aufgelöst. Ihre Gründer wurden verhaftet und emigrierten in der Folgezeit ins jugoslawische Makedonien.<sup>81</sup> Parallel zum Verbot des Breslauer Vereins gründeten jedoch Stettiner Makedonier im September 1961 den Verein „Makedonische Gemeinschaft“ (*Makedonska zaednica*), dem ca.

<sup>77</sup> Van Boeschoten, „Unity and Brotherhood“? (wie Anm. 7), S. 199. Eine Abbildung der Flagge bei Martinova-Buckova, *I nie sme deca* (wie Anm. 21), S. 62, den vollen Text der Eidesformel bei Kirjazovski, *Makedonski nacionalni institucii* (wie Anm. 67), S. 255.

<sup>78</sup> Kirjazovski, *Makedonski nacionalni institucii* (wie Anm. 67), S. 255.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 257 f.

<sup>80</sup> Kirjazovski, *Makedonskata politička emigracija* (wie Anm. 3), S. 215 f.

<sup>81</sup> Martinova-Buckova, *I nie sme deca* (wie Anm. 21), S. 62.

30 Personen angehörten, der aber ebenfalls nach kurzer Zeit Ende 1962 polnischerseits aufgelöst wurde.<sup>82</sup>

In der Folgezeit nahm der makedonisch-griechische Gegensatz in Polen kontinuierlich ab. Hauptgrund dafür waren indirekte Folgen der jugoslawisch-polnischen Wiederannäherung seit 1956, denn jetzt eröffnete Warschau den Makedoniern unter den Bürgerkriegsflüchtlingen die Möglichkeit zur Übersiedlung in die jugoslawische Teilrepublik Makedonien. Entsprechend verließen im Zeitraum 1958–1968 ca. 5 300 Makedonier, d.h. ein Drittel aller Bürgerkriegsflüchtlinge, Polen in Richtung Jugoslawien,<sup>83</sup> wo sie in Skopje, Kičevo, Tetovo, Gostivar und anderen Städten im islamisch-albanisch geprägten Westen der Teilrepublik angesiedelt wurden. Eine weitere Folge der Entspannung zwischen dem Jugoslawien Titos und dem Polen Władysław Gomułkas und später Edward Giereks war, dass Warschau von den 70er Jahren an in der hitzigen bulgarisch-jugoslawischen Kontroverse um Makedonien zunehmend den Standpunkt Belgrads und Skopjes vertrat.<sup>84</sup>

Ungeachtet der polnisch-jugoslawischen Annäherung blieb das Tabu makedonischer Organisationen in Polen bestehen. Erst im Wendejahr 1989 konnte der makedonische Danziger Mito Aleksovski eine „Gesellschaft der Makedonier in Polen“ (*Towarzystwo Macedończyków w Polsce/Društvo na makedoncite vo Polska*) gründen. Nach anfänglich intensiver, vor allem außenpolitischer Tätigkeit<sup>85</sup> schlofen die Organisationsaktivitäten indes bald ein.

### Akkulturation und Remigration

Die Tatsache, dass die griechischen und makedonischen Flüchtlinge bestrebt waren, sich in Städten anzusiedeln, führte zu einem raschen sozialen Aufstieg der jüngeren Generation. Die polnische Regierung

<sup>82</sup> Kirjazovski, Makedonski nacionalni institucii (wie Anm. 67), S. 259. Vorsitzender war Done Beglovski.

<sup>83</sup> Pudło, Grecy i Makedończycy (wie Anm. 26), S. 136 u. 149.

<sup>84</sup> Siehe exemplarisch die Darstellung der Geschichte der makedonischen Nationalbewegung in einem weit verbreiteten Hochschullehrbuch für polnische Geschichtsstudenten; Jerzy Skowronek, Mieczysław Tanty, Tadeusz Waliszewski, *Historia słowiań południowych i zachodnich* [Geschichte der Süd- und Westslaven]. Warszawa 1977. Zu den Reaktionen auf dieses Buch in Sofija und Skopje vgl. Stefan Troebst, *Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967–1982*. München 1983, S. 197 f.

<sup>85</sup> Siehe dazu What Europe Has Forgotten. The Struggle of the Aegean Macedonians. A Report by the Association of Macedonians in Poland. Asquith 1992.

hatte dafür günstige Bedingungen geschaffen. Bis 1956 wurden junge Griechen und Makedonier an Universitäten ohne Eingangsexamen aufgenommen, seit 1958 reichte während eines solchen Examins die Note „ausreichend“. Die überwiegende Mehrheit der mittleren und jüngeren Generation schloss zügig eine allgemeine und berufliche Ausbildung ab. Die beliebtesten Studiengänge waren technische Fächer, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Agrarwissenschaft, Philologie, Naturwissenschaften, Jura und Kunst.

Nach Angaben des „Bundes Politischer Flüchtlinge aus Griechenland“ besuchten Anfang der 70er Jahre in Niederschlesien 1 000 Schüler aus der Bürgerkriegsemigration die Grundschule und 300 eine Mittelschule.<sup>86</sup> In den Grundschulen fand zweimal wöchentlich Griechischunterricht statt, für die Jugendlichen, die bereits arbeiteten, Gymnasialschüler und für Studenten einmal pro Woche. Tabelle 4 zeigt die Anzahl der Schüler und die Orte, an denen der Griechischunterricht stattfand. In den Jahren 1956 bis 1959 wurden auf Anweisung des Bildungsministeriums von den staatlichen Schulbuchverlagen Fibeln und Lektüren in griechischer und makedonischer Sprache herausgegeben und für Gymnasien Lesebücher in griechischer Sprache gedruckt.

**Tabelle 4: Griechischunterricht in Polen 1971–1979<sup>87</sup>**

Schuljahr	Unterrichtsorte (Polen insgesamt)	Unterrichtsorte (Niederschlesien)	Zahl		
			Kinder	Jugendliche	Lehrer
1971/72	28	19	920	180	34
1972/73	28	19	850	150	24
1973/74	25	16	830	150	31
1974/75	23	13	645	120	30
1975/76	24	13	560	140	24
1976/77	19	9	450	150	19
1977/78	15	8	330	150	15
1978/79	14	8	250	180	14

<sup>86</sup> J. Dudek, Szkolnictwo średnie ogólnokształcące dla mniejszości narodowych na Dolnym Śląsku [Das allgemeinbildende Schulwesen für nationale Minderheiten in Niederschlesien], in: Śląski Kwartalnik Historyczny „Sobótka“ (1971), H. 1, S. 95 f.

<sup>87</sup> Quelle: Terzudis, Trzydziestolecie pobytu uchodźców politycznych z Grecji (wie Anm. 34), S. 240.

Bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurden griechische Künstlergruppen populär. Initiiert und finanziert wurden diese kulturellen Aktivitäten im Umfeld der Emigration durch Bemühungen der PVAP. Keine andere nationale Gruppe in Polen erhielt so hohe Zuwendungen für kulturelle Aktivitäten und Bildungsmaßnahmen wie die Flüchtlinge aus Griechenland. Mitte der 50er Jahre wurden etliche bald landesweit bekannte Folkloregruppen gegründet, die bis in die 60er und 70er Jahre und dann wieder Ende der 80er Jahre aktiv waren. Diese Form von Aktivitäten hat, mehr als andere, in hohem Maße für gemeinsame Treffen und Kontakte unter den Bürgerkriegsemigranten gesorgt. Im künstlerischen Bereich waren Musik- und Theatergruppen wie die Theatergruppe „Aristophanes“, die zwischen 1958 und 1967 agierte, sowie die Gesangs- und Tanzgruppen „Orpheus“ und „Parthenon“ am aktivsten. Festivals der Flüchtlingskultur wurden unter anderem zwischen 1953 und 1966 in Breslau, zwischen 1972 und 1974 in Schweidnitz und auch in Reichenbach und Wüstegiersdorf organisiert. In den Jahren 1959 bis 1965 wurden für die griechischen Flüchtlinge aus nahezu ganz Polen in Bad Salzbrunn bei Waldenburg folkloristische Freilichtveranstaltungen durchgeführt, in deren Rahmen auch das traditionelle Hammelbraten stattfand. An die 3 000 Personen reisten aus diesem Anlass in der Regel an.<sup>88</sup>

Ungeachtet fortschreitender Integration in die polnische Gesellschaft blieb für die erste Generation der Bürgerkriegsflüchtlinge die Remigration ein wichtiges Thema. Der griechische Staat hatte unter Berufung auf einen Verfassungsentscheid von 1952 allen politischen Flüchtlingen, die sich in Staaten des Ostblocks aufhielten, die Staatsangehörigkeit entzogen. Doch aufgrund eines weiteren Verfassungsentscheides von 1963 wurden diese Gruppen weiterhin als Bürger Griechenlands anerkannt. Als Ausländer waren sie in Polen dazu verpflichtet, im Besitz eines Personalausweises oder einer Daueraufenthaltsgenehmigung zu sein. Die Kinder griechischer oder makedonischer Eltern, die in Polen geboren waren, wurden seitens der polnischen Behörden als Bürger Griechenlands geführt – was in der Praxis zu erheblichen Problemen führte. Infolge einer Anordnung des polnischen Sejm vom 15. Februar 1962, die es ermöglichte, vor 1962 geborenen Kindern ausländischer Eltern die polnische Staatsangehörigkeit zu verleihen, musste in den Jahren 1967/68 eine Reihe solcher de facto-Staatsbürger Griechenlands aufgrund der Tatsache, dass

---

<sup>88</sup> Ebenda, S. 244.



sie in Polen geboren waren, dort auch Militärdienst leisten. Die Eltern wurden als Ausländer nicht zu den Vereidigungsfeierlichkeiten zugelassen, was zu erheblichen Spannungen führte. Der Protest aus den Reihen der Bürgerkriegsemigration, der an den Staatsrat gerichtet war, hatte zumindest die Regelung zur Folge, dass alle in Polen geborenen Bürger Griechenlands polnischerseits als staatenlos geführt wurden, während Kinder aus Mischehen die polnische Staatsangehörigkeit erhalten sollten. Aufgrund des Militärputsches vom 21. April 1967 in Griechenland und der daraus resultierenden Notwendigkeit, auf unabsehbare Zeit in Polen bleiben zu müssen, entschloss sich ein Teil der erwachsenen Griechen, die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen.<sup>89</sup>

Nach dem Ende der bis 1974 dauernden Diktatur der Obristenjunta in Athen machten sich die Griechen unter den Bürgerkriegsflüchtlingen in Polen erneut Hoffnungen auf baldige Remigration. 1975 lebten in Niederschlesien noch 4 600 mehrheitlich griechische Bürgerkriegsflüchtlinge, weitere 1 200 im übrigen Polen. Die wichtigsten Siedlungszentren waren nach wie vor Zgorzelec mit 30,2% und Breslau mit 27,4%, gefolgt von Schweidnitz mit 8,2% und Reichenbach mit 8,1%.<sup>90</sup> Allerdings sorgte die neue konservative Regierung von Konstantin Karamanlis durch bürokratische Maßnahmen dafür, dass die Rückwanderung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Staaten des RGW nur sehr schleppend vonstatten ging. Auch hielt die offene Frage der Anerkennung und Übertragbarkeit von Renten- und Pensionsansprüchen viele Flüchtlinge von einer Rückkehr ab. Dies traf auch und gerade auf Remigrationswillige aus Polen zu, so dass im ersten Halbjahr 1981 die Zahl der in ganz Polen lebenden Bürgerkriegsflüchtlinge weiterhin bei 5 792 lag.<sup>91</sup>

Erst der Wahlsieg von Andreas Papandreuos sozialistischer PASOK im Oktober 1981 sorgte für Änderung in Form des griechischen Repatriierungsgesetzes von 1982 und ermöglichte die bilateralen griechisch-polnischen Regierungsabkommen in den Jahren 1983 bis 1987.<sup>92</sup> Entsprechend remigrierten zwischen 1982 und 1991 fast alle der in Polen verbliebenen griechischsprachigen Bürgerkriegsflücht-

---

<sup>89</sup> Wojecki, Środowisko uchodźców greckich w Świdnicy (wie Anm. 7), S. 95; ders., Uchodźcy polityczni (wie Anm. 7), S. 161.

<sup>90</sup> Wojecki, Ludność grecko-macedońska na Dolnym Śląsku (wie Anm. 8), S. 95.

<sup>91</sup> So die griechische Zeitschrift „Exormisi“ vom 23. August 1981. Zit. bei Kirjazovski, Makedonskata politička emigracija (wie Anm. 3), S. 155 f.

<sup>92</sup> „Grecy w Polsce“ [Griechen in Polen]. Website der Botschaft Griechenlands in Polen (URL <http://www.greece.pl/polski/grecypdn.htm>).

linge nach Griechenland. Die verbliebenen makedonischsprachigen unter ihnen gerieten allerdings nicht in den Genuss der Rückkehroption in ihre nordgriechischen Herkunftsorte, da das besagte Repatriierungsgesetz nur für „ethnische Griechen“, nicht hingegen für „fremdethnische“ galt.

Mitte der 90er Jahre lebten in Niederschlesien noch ca. 600 Griechen und etwa 250 Makedonier.<sup>93</sup> Das aktivste Zentrum von Griechen in Niederschlesien befindet sich gegenwärtig in Zgorzelec. Seit 1998 finden dort wieder griechische Folklorefestivals statt, und die Außenstelle der „Gesellschaft der Griechen in Polen“ ist hier besonders aktiv. Nicht zufällig wurde daher in Zgorzelec im Mai 2004 eine Konferenz durchgeführt, die sich unter dem Thema „Griechen in Polen – in Geschichte, Wissenschaft, Kunst“ erstmals mit der Geschichte der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in Niederschlesien befasst hat.<sup>94</sup>

## Epilog

Während die in Polen verbliebenen Griechen ihre Heimat bereits seit der Mitte der 80er Jahre wieder bereisen konnten, war diese Möglichkeit den aus Nordgriechenland stammenden Makedoniern Polens seitens der Athener Behörden verwehrt geblieben. Erst der Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 hat den die polnische Staatsangehörigkeit Besitzenden in dieser Gruppe die Möglichkeit eröffnet, ihre – mehrheitlich verfallenen – Heimatdörfer erstmals seit 45 Jahren wieder zu besuchen. So hat der Kalte Krieg auch dort, wo er seinen „heißen“ Anfang genommen hat, nämlich im gebirgigen Norden Griechenlands, mittlerweile sein Ende gefunden.

Dies gilt allerdings nicht für diejenigen makedonischen Bürgerkriegsflüchtlinge, die aus ihrem polnischen Exil in den 60er Jahren in die jugoslawische Teilrepublik Makedonien übersiedelt sind. Ihnen

<sup>93</sup> Janusz Albin, *Mniejszościowe grupy etniczne na Dolnym Śląsku* [Gruppen ethnischer Minderheiten in Niederschlesien], in: *Dolny Śląsk* (1996), H. 2, S. 112.

<sup>94</sup> Siehe das Tagungsprogramm „Grecy w Polsce – poprzez historię, naukę, sztukę. Mniejszość grecka w Polsce. Konferencja Kola Naukowego Stosunków Międzynarodowych, 29-30 marzec 2004“ [Griechen in Polen – in Geschichte, Wissenschaft, Kunst. Die griechische Minderheit in Polen. Konferenz des Wissenschaftszirkels Internationale Beziehungen] unter URL <http://www.knsm.republika.pl/grecy.htm>. Im Oktober 2003 hatte bereits das besagte internationale Colloquium „The Child Refugees from Greece in Eastern and Central Europe after World War II“ im Károlyi-Schloss des ungarischen Fehérvárcsurgó, einem ehemaligen Heim für griechische und makedonische Flüchtlingskinder, stattgefunden.

wird griechischerseits weiterhin mehrheitlich der Besuch ihrer Geburtsorte verwehrt. Wie viele der makedonischen Flüchtlingskinder aus den Heimen im Riesengebirge und den „Kinderstädten“ Zgorzelec und Police zum Zeitpunkt des noch nicht terminierten EU-Beitritts Makedoniens noch am Leben sein werden, ist ungewiss. Die Trennlinie zwischen makedonischen und griechischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die der Gastgesellschaft Polen in den 50er und 60er Jahren nicht unbeträchtliche Probleme bereitete, ist auch ein halbes Jahrhundert nach Flucht und Vertreibung noch sichtbar.

Aus dem Polnischen übersetzt von Isabella Such, Lüneburg

# **Zwangsmigrationen in Nordosteuropa. Ein Überblick über Arbeiten in der russischen Historiografie**

von Pavel Polian

Wer sich mit Zwangsmigrationen in Nordosteuropa, speziell in der Sowjetunion, beschäftigt, sollte zwei Dinge im Auge behalten. Erstens ist die geografische Definition des als Nordosteuropa bezeichneten Raumes, unabhängig von der Frage, wie sinnvoll eine solche Definition an sich sein mag, völlig bedeutungslos für die Zwangsmigrationen. Dies hängt mit deren Natur zusammen, die in einem weiten, räumlich zerrissenen und schwer zu definierenden Raum stattfanden, zu dem Ansiedlungs- und Aussiedlungsgebiete sowie Deportationswege gehören. Außerdem wäre es falsch, ein einzelnes Gebiet aus dem gesamtstaatlichen Kontext zu reißen. Wer das tut, läuft Gefahr, die allgemeinen Ursachen und Mechanismen der Deportationspolitik und das wahre Ausmaß einzelner Operationen aus den Augen zu verlieren.

Zweitens geht es darum, deutlich zu machen, wie sehr die sowjetische Politik der Zwangsmigrationen in der Nachfolge des zarischen Russland steht. Weder die UdSSR noch ihre charismatischen Führer haben die Deportation erfunden. Die „beeindruckende“ Praxis der sowjetischen Deportationen hat eine ebenso „eindrucksvolle“ – eng mit der Judenpolitik des Russländischen Reiches verknüpfte – Vorgeschichte in der vorrevolutionären Zeit. Durch die Angliederung des Baltikums und eines Teils von Polen konnte sich das Russländische Reich rühmen, das Land mit der größten jüdischen Diaspora zu sein – und zwar für lange Zeit. Gleichzeitig wurde Russland zum Vermittler einer unbarmherzigen antisemitischen Politik. Zu ihr gehörte die Einrichtung eines Ansiedlungsrayons (*čerta osedlosti*) ebenso wie regelmäßig wiederkehrende Aussiedlungen der Juden, die mit allen Mitteln versuchten, die sie diskriminierenden Gesetze zu umgehen.

## **1. Zwangsmigrationen im zarischen Russländischen Reich**

Was den Grad der persönlichen Unfreiheit im Russländischen Reich vor 1861 anging, rangierten die Juden vor 1861 direkt nach den leibeigenen Bauern. Zum Ende des 19. Jahrhunderts nahmen Aussied-

lungen und Repressionen noch weiter zu und erzeugten so einen Druck, der sich in einer Massenauswanderung – hauptsächlich in die USA und, wenn möglich, nach Palästina – Bahn brach. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Massendeportation der Moskauer Juden nach Rostov am Don in den Jahren 1891 und 1892. Die in Moskau lebenden Juden gehörten Gruppen mit unterschiedlichem Rechtsstatus an: Ein *uneingeschränktes* Aufenthaltsrecht besaßen Kaufleute, diplomierte Ärzte, Ingenieure und Juristen sowie Soldaten im Ruhestand (sog. *nikolaevskie soldaty*). Handwerker, Apotheker, Pharmazeuten und Gesellen dagegen hatten ein *bedingtes* Aufenthaltsrecht: Sie durften nur solange in der Stadt leben, wie sie die in der Handwerksrolle angegebene Tätigkeit auch tatsächlich ausübten. Eine weitere Personengruppe – Prokuristen und Handlungsgehilfen – durfte sich nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der Moskauer Verwaltung in der Stadt aufhalten.<sup>1</sup>

Am 29. März 1891 erließ Alexander III. einen Ukaz, der jüdischen Handwerkern die Ansiedlung im Gebiet Moskau untersagte und die dort ansässigen Handwerker anwies, die Stadt zu verlassen. *De facto* wurde der Befehl auf weitere jüdische Gruppen ausgedehnt. Eine am 14. Juli erlassene geheime Anordnung setzte den Beginn der Ausiedlungen fest. Laut dieser Verordnung konnte die Ausweisung zwar auch verschoben werden, allerdings höchstens um ein Jahr. Aufenthaltsgenehmigungen gab es nur in seltenen Ausnahmefällen; ein solcher war zum Beispiel Isaak Levitan. Diejenigen Juden, die trotzdem blieben, zahlten den Preis der „inneren Migration“ (Vermel’), d.h. sie konvertierten zum Christentum und in der Regel zum lutherischen Bekenntnis.

Vom 14. August 1891 bis zum 14. Juli 1892 (durch die Möglichkeit der Aufenthaltsverlängerung ergaben sich unterschiedliche Abreisetermine) füllten Juden die Moskauer Bahnhöfe.<sup>2</sup> Viele reisten in den Ansiedlungsrayon, vor allem in das Gebiet des Königreichs Polen (hauptsächlich nach Warschau und Lodz) und in den Süden, nach Odessa. Vermel’ schätzt, dass 1891/92 etwa 38 000 Menschen aus Moskau ausgesiedelt wurden.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vermel’, *Moskovskoe izgnanie*, S. 20 f. – Die vollständigen bibliografischen Angaben sind dem alphabetisch geordneten Literaturverzeichnis im Anschluss an den vorliegenden Beitrag zu entnehmen (S. 256-284).

<sup>2</sup> Vermel’ weist auf eine eigentümliche Koinzidenz hin: Auf den Tag genau 400 Jahre früher, nämlich am 14. Juli 1492, hatte die Vertreibung der Juden aus Spanien ein Ende gefunden.

<sup>3</sup> Vermel’, *Moskovskoe izgnanie*, S. 44 f.

Die meisten aber reisten direkt ins Ausland, vor allem in deutsche Hafenstädte. So hatte das zunächst auf Moskau beschränkte, statistisch gesehen eher unbedeutende Ereignis enorme Folgen, löste es doch eine Massenauswanderung von Juden aus ganz Russland nach Nordamerika aus. Vermel' zufolge emigrierten 1891 42 145 Juden, im Jahr darauf waren es 76 417, obwohl die amerikanischen Häfen 1892 wegen drohender Seuchengefahr vorübergehend geschlossen waren!<sup>4</sup> 1895 erging ein weiterer Ausweisungsbefehl, diesmal an die jüdischen Untertanen Persiens (einige hundert Juden aus Herat und Meschhed, die sich vor allem im Bezirk Merv angesiedelt hatten). Bald darauf wurde die Ausweisung in eine „vorläufige Aufenthaltserlaubnis“ für das Gebiet Transkaspien umgewandelt. Nichtsdestoweniger wurden die Herater Juden 1910 fast vollständig als ausländische Juden aus dem Russländischen Reich verbannt.<sup>5</sup>

Übrigens erstreckten sich die Zwangsmigrationen im Zarenreich durchaus nicht nur auf Juden. So wurde noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Zuge des russisch-osmanischen Krieges im Schwarzmeergebiet die gesamte muslimische Bevölkerung (Tataren, Turkmenen, Nogaïen) aus dem Budžak-Gebiet zwischen Prut und Dnestr auf die Krim umgesiedelt.<sup>6</sup> Deportationen und – allgemeiner – Umsiedlungen wurden im Kaukasus als Mittel der Kriegsführung und zur Festschreibung vorläufiger oder endgültiger Kriegsergebnisse eingesetzt. Im Zuge von Kampfhandlungen oder unmittelbar mit diesen in Zusammenhang stehend wurden viele Berggaule (Sippenverbände) ins Flachland umgesiedelt oder zu größeren Verbänden organisiert. Alle Bergbewohner der Großen Kabarda beispielsweise wurden zu insgesamt 33 Großverbänden zusammengefasst. Sie lebten nun zu Tausenden oder auch Zehntausenden zusammen an Orten, die Russen ihnen im Flachland zugewiesen hatten.<sup>7</sup>

Nach der Gefangennahme Schamil's (1797–1871) 1859 und der siegreichen Beendigung des Kaukasus-Krieges im Osten plante die russländische Regierung, die gesamte tschetschenische Bergbevölkerung aus dem Kaukasus auszusiedeln. Teilweise wurde dieser Plan umgesetzt, allerdings ausschließlich im Hinblick auf den äußerst klei-

<sup>4</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>5</sup> Kupoveckij, *Evrei*, S. 57.

<sup>6</sup> Bugaj, *Gonov, Kavkaz*, S. 25.

<sup>7</sup> N.N. [Autor unbekannt], *Kavkaz v tečenie 25-letnego carstvovanija Gosudarja Imperatora 1855–1880* [Der Kaukasus während der 25jährigen Regierungszeit des Kaisers 1855–1880]. Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (GARF), f. 678, op. 1, d. 682, l. 1-54, Datierung: nicht vor 1880 nach einer mündlichen Mitteilung von T. Carevskaja.

nen Teil der „unversöhnlichen“ Tschetschenen. Nachdem das Russländische Reich auch im Westkaukasus siegreich war und teilweise aufgrund osmanischer Propaganda wanderten die unterlegenen Bergbewohner 1863 und 1864 massenhaft in das Osmanische Reich aus (sog. *muchadžiry*). Rund 418 000 Adygejer, Abasinen und Nogaier emigrierten damals in das Osmanische Reich; rund 90 000 wurden in die linksseitige Flussniederung des Kuban umgesiedelt – offensichtlich war die Deportation innerhalb des Russländischen Reiches die einzige Alternative zur Emigration. Etwa 20 000 muslimische Bergbewohner wurden 1866 auf administrativem Wege aus Zebelda (Abchasien) in das Osmanische Reich ausgewiesen, nachdem sie rebellierte und versucht hatten, Suchumi zu stürmen. Weitere 100 Familien wurden 1870 aus dem Zakatel'skij-Kreis in das Osmanische Reich umgesiedelt.<sup>8</sup> Auch heute noch leben Nachfahren dieser Emigranten in der Türkei und anderen Ländern des Nahen Ostens, in Westeuropa und in den USA.<sup>9</sup>

Die zarische Regierung deportierte aber nicht nur in das Osmanische Reich. So wurden Aufständische aus dem Unkrat'skoe *Naibstvo* (Gebiet eines Naib – Statthalters, Westdagestan) nach Sibirien, in innere Gouvernements Russlands oder auch in andere Gegenden Dagestans umgesiedelt.<sup>10</sup> Die Mitwirkenden des Aufstandes unter der Führung von Imam Ali-Beka im Jahr 1877 im Vedenskij-Kreis mussten zum Teil die Berge verlassen oder wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Auch später waren administrative Umsiedlungen im Kaukasus nicht selten: 1905/06 wurden rund 300 Osseten wegen regierungsfeindlicher Äußerungen umgesiedelt.<sup>11</sup> Als der tschetschenische Partisan Zelimchan Gušmazukaev im Ostkaukasus auftauchte, und seine Banden dort zwischen 1905 und 1911 auf Raubzug gingen, erwog die Regierung, die „bewusst kriminellen Personen und

<sup>8</sup> Nach einem Bericht eines nicht ermittelten Autors zur Geschichte der Eroberung und Verwaltung der Kaukasusregion, vgl. GARF, f. 677, op. 1, d. 511, l. 1-36. Datierung: nicht vor 1878.

<sup>9</sup> Eine kleine Gruppe von Adygejern, deren Vorfahren aus dem Kaukasus in das Kosovo umgesiedelt worden waren, emigrierte 1998 im Zuge der Kosovokrise nach Russland in das Adygejische Autonome Gebiet.

<sup>10</sup> Vgl. Anm. 8.

<sup>11</sup> Vsepoddanejšij otčet vremennogo general-gubernatora Terskoj oblasti i Nakaznogo atamana Terskogo kazač'ego vojska, general-lejtenanta Koljabakina na 1906 g. [Untertänigster Bericht des Generalgouverneurs des Terek-Gebietes und des vom Zaren designierten Atamanen des Heers der Terek-Kosaken, Generallieutenant Koljabakin, zum Jahr 1906], in: GARF, f. 601, op. 1, d. 926, l. 1-6, mitgeteilt von T. Carevskaja. Eine Insel nahe der Mündung des Terek ins Kaspische Meer trägt übrigens den Namen Čečen – sie war ein traditioneller Verbannungsort für Tschetschenen.

ihre Familien<sup>12</sup> oder wenigstens die „Angehörigen der Räuber in der männlichen Linie und deren Familien“<sup>13</sup> nach Ostsibirien zu deportieren. Tatsächlich wurden rund 3 000 Verwandte Zelimchans verbannt oder umgesiedelt; erst zu Beginn des Ersten Weltkriegs durften sie in ihre Heimat zurückkehren.<sup>14</sup>

Zwangsmigrationen (jüdische und nichtjüdische) ganz anderen Ausmaßes setzten mit dem Ersten Weltkrieg ein. Gerade Russland konnte sich ja „rühmen“, das Thema über viele Jahre hinweg wissenschaftlich und ideologisch analysiert zu haben. Zuständig war die „Militärstatistik“, die seit jeher zum Fächerkanon an der Generalstabs-Akademie gehört hatte. Schon allein deshalb, weil die Armee zuständig für die Durchführung des Wehrdienstes war, musste sie ein verstärktes Interesse an zuverlässigen Daten und Analysen zur Bevölkerungsgeografie des Reiches besitzen.

A. Makšeev, N.N. Obručev und insbesondere V.A. Zolotarev, führende russische Militärstatistiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts, entwickelten eine Doktrin, die man als „Geografie der Bedenklichkeit“<sup>15</sup> (*geografija neblagonadežnosti*) bezeichnen kann. Diese Doktrin ging von einer real existierenden Geografie einer „bedenklichen“, also staatsbedrohenden, und einer „unbedenklichen“ Bevölkerung aus. Zur letzten Gruppe zählte man vor allem die slavische Bevölkerung, zur ersten Juden, Deutsche, Polen und die Völker des Kaukasus, Mittelasiens u.a. Als insgesamt ungefährlich galten nur diejenigen Gebie-

<sup>12</sup> Donesenie Namestnika na Kavkaze general-ad'jutanta grafa Voroncova-Daškova predsedatelju Soveta ministrov P.A. Stolypinu ob ograblenii šajkov abreka Zelimchana 27 marta 1910 g. Kizljarskogo kaznačejstva ot 04.05.1910 [Bericht des Statthalters im Kaukasus, Generaladjutant Graf Voroncov Daškov an den Vorsitzenden des Ministerrates, P.A. Stolypin, über die Plünderung der Staatskasse durch die Banden des Abreken Zelimchan am 27. März 1910. Bericht vom 04.05.1910], in: GARF, f. 109. OODP, 1910 g., d. 111, č. 1, l. 75, mitgeteilt von T. Carevskaja. A. Avtorchanov sieht den Übergang von Individual- zu Familienverbannungen im Zusammenhang mit einem Machtwechsel im Vedenskij-Kreis: Oberst Dobrovol'skij, von Zelimchan ermordet, wurde durch Oberst Galaev abgelöst, der später ebenfalls von Zelimchan getötet werden sollte.

<sup>13</sup> Spravka 4-go Deloproizvodstva Departamenta Policii v Osobyj otdel Departamenta policii o bande abreka Zelimchana Gušmazukaeva ot 03.11.1911 [Auskunft des 4. Polizeidepartements für Schriftführung an das Sonderreferat des Polizeidepartements über die Bande des Abreken Zelimchan Gušmazukaev vom 03.11.1911], in: GARF, f. 102, OODP, 1910 g., d. 111, č. 2, l. 42-45, mitgeteilt von T. Carevskaja.

<sup>14</sup> In seinen Erinnerungen schreibt z.B. B. Gacaev, ein Neffe Zelimchans und Bolschewik, dass seine Familie nach Elec verbannt wurde. V bor'be za vlast' Sovetov. Vospominanija učastnikov revoljucionnyh boev v Čečeno-Ingušetii (1917–1920 gody) [Im Kampf um die Macht der Räte. Revolutionskämpfer in Tschetschenien-Inguschetien erinnern sich (1917–1920)]. Groznyj 1970.

<sup>15</sup> Vgl. Cholmkvist, Katastrofa. Ähnliche Vorstellungen kursierten auch in entsprechenden Kreisen im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn.



te, in denen die russische Bevölkerung mindestens 50% ausmachte. Zolotarev zufolge nahm die Sicherheit ab, je weiter man sich vom Zentrum weg hin zu den Rändern des Reiches bewegte. Wer die Militärakademie besuchte, bekam diese Theorie zu hören, hatte sie zu resümieren und studieren, und dies waren die künftigen Offiziere und Kommandeure der zarischen, der Weißen und der Roten Armee.

Die Militärstatistik beschränkte sich nicht auf Beschreibungen und Betrachtungen, sondern wollte sich auch als angewandte Wissenschaft verstanden wissen. So untersuchte sie verschiedene Gebiete auf ihren „Bedenklichkeitsgrad“ hin: Orte mit einem hohen Bedenklichkeitsquotienten wurden als solche registriert und kontrolliert. Für den Kriegsfall wurden Sondermaßnahmen empfohlen, die diese „Lage“ besonders in den grenznahen Gebieten „korrigieren“ sollten. Als besonders effektive Maßnahmen galten Geiselnahmen, die Konfiszierung oder Vernichtung von Eigentum und Vieh sowie die *Deportation nach Merkmalen der zivilen und ethnischen Zugehörigkeit*. Es wurden spezielle Strafkommandos gebildet, die Unmut und Revolten gegen die russische Kolonisierung der Reichsränder mit systematischer Grausamkeit im Keim erstickten. Besonders schlimm war die Situation in Mittelasien, wo nicht die Deportation, sondern der Mord an Zivilpersonen die äußerste Zwangsmaßnahme war.<sup>16</sup>

Im Grunde war schon die Deportation der Juden aus Moskau von 1891 nur eine konkrete Umsetzung der wissenschaftlich begründeten, militärstatistischen Theorie eines jüdischen Bevölkerungsüberschusses gewesen. Noch stärker trifft das für die Deportationen an der Westgrenze des Reiches während des Ersten Weltkriegs zu. Allein mit den Erfordernissen des Krieges, so bemerkt Peter Holmquist ganz richtig, lassen sich diese Maßnahmen nicht erklären: „Ihr Sinn tritt nur dann zutage, wenn wir die Theorie von der Möglichkeit, die Bevölkerungsstruktur durch das Hinzufügen oder Entfernen bestimmter Elemente zu verändern, ernst nehmen.“<sup>17</sup> Mehreren Schätzungen zufolge wurde im Westen des Reiches etwa eine Million Menschen deportiert, von denen die Hälfte Juden und ein Drittel Deutsche waren.<sup>18</sup>

Man mag über die Zielstrebigkeit und Sachlichkeit überrascht sein, mit der die Verwaltung Russlands die Deportationen durchführte. Sie

---

<sup>16</sup> Holmquist nennt Beispiele extremen Terrors in Mittelasien. Die Befolgung der Empfehlungen der Militärstatistiker im Siebenstromland führte zur Dezimierung der einheimische Bevölkerung auf 80-44%, vgl. Cholmkvist, *Katastrofa*, S. 35 ff.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 39 f.

<sup>18</sup> Volkov, *Dinamika*, S. 70-73; Lohr, *Enemy*.

erscheint aber völlig natürlich und verständlich vor dem Hintergrund der Ideen, die an der Generalstabs-Akademie vermittelt wurden. Bereits in der Nacht zum 18. Juli 1914 (nach altem Stil), d.h. noch vor der offiziellen Kriegserklärung, wurden Untertanen Deutschlands und Österreich-Ungarns<sup>19</sup> in Russland festgenommen und ausgesiedelt. Und nicht wenige: Es handelte sich um mindestens 330 000 Menschen, die schon seit Jahrzehnten in Petersburg, Moskau, Odessa und in Neurussland, in Wolhynien, Polen und im Baltikum gelebt hatten und jetzt in die fernen inneren Gebiete des Reiches geschickt wurden (vor allem in die Gouvernements Vjatka, Vologda und Orenburg, während Bewohner Sibiriens und des Primor'e-Gebiets in das Jakutsker Gebiet umgesiedelt wurden). In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 wurde das Umsiedlungsklima „rauer“: Jetzt erfolgten Deportationen in den transuralischen Teil des Gouvernements Perm', in das Turgajer Gebiet und das Gouvernement Enisej. Deportiert wurden nicht nur „der Spionage verdächtige Personen“, sondern alle Männer im wehrfähigen Alter (um zu verhindern, dass sie der Armee des Gegners beitraten), und nicht nur Deutsche, Österreicher und Ungarn, sondern auch Polen, Juden u.a. (ausgenommen waren Tschechen, Serben und Ruthenen, die man dazu verpflichtete, „nichts Schädliches“ gegen Russland „zu unternehmen“). Besonders grausam traf es die deutsche Bevölkerung Wolhyniens, die im Sommer 1915 fast vollständig nach Sibirien umgesiedelt wurde.<sup>20</sup> Übrigens hatten die Deportierten selbst die Kosten der Umsiedlung zu übernehmen. Wer mittellos war, wurde – wie die Strafgefangenen – per Schub befördert.

Der Internierung ging keine Untersuchung voraus; alle wurden gleichermaßen als „Zivilgefangene“ bezeichnet. Diese Willkür erreichte am 5. Januar 1915 ihren Höhepunkt, als der Stabschef und Oberbefehlshaber N.N. Januškevič<sup>21</sup> anordnete, einen einhundert Werst

<sup>19</sup> Ab Ende Oktober 1914 auch türkische Untertanen.

<sup>20</sup> Istorija rossijskich nemcev, t. 1, S. 500. Falsch ist die verbreitete Annahme, Nikolaj II. habe per Ukaz die Deportation all „seiner“ russlanddeutschen Kolonisten nach Westsibirien angeordnet. Auch wenn ein solcher Ukaz nicht existiert hat, gab es doch die Idee dazu und eine Vereinigung, die sie lautstark vertrat: die im August 1914 gegründete Gesellschaft „Za Rossiju“ (Für Russland); vgl. Nelipovič, Repressii.

<sup>21</sup> Nach dem Rücktritt des Großfürsten übernahm General M.V. Alekseev den Posten des Stabschefs und Oberbefehlshabers. P.G. Kurlov charakterisiert Januškevič folgendermaßen: „(...) immer freundlich, äußerst zuvorkommend, lauscht er aufmerksam den ihm vorgebrachten Berichten, gibt rasch angemessene Anweisungen und nimmt alle durch die aus seinem sanften Blick aufscheinende Klarheit des Verstandes für sich ein. In Zivilfragen war General Januškevič genauso unerfahren, wie sein kaiserlicher Principal“. Kurlov, Gibel', S. 176.

(über 100 km) breiten Streifen entlang der russländischen Ostseeküste von allen männlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Untertanen zwischen 17 und 60 zu räumen. Wer sich weigerte, wurde zu einem deutschen Spion erklärt. Erst einige Zeit später wurden diese Repressionen unter dem Druck der Öffentlichkeit vereinzelt gelockert; in der Regel profitierten davon aber nur Angehörige slavischer Völker.<sup>22</sup>

Auch mindestens 10 000 osmanische Untertanen – darunter zahlreiche Krimtataren – wurden ausgesiedelt. Ansiedlungsgebiete waren laut E. Nelipovič die Gouvernements Olonec, Voronež, Kaluga und Jaroslavl'; E. Lohr nennt die Gouvernements Rjazan', Kaluga, Voronež und Tambov und insbesondere den Bezirk Baku, wo ein Lager mit besonders abschreckenden Bedingungen für 5 000 Personen gebaut wurde.<sup>23</sup>

Die *inorodcy* (Nichtrossen, Angehörige ethnischer Minderheiten) wurden nicht nur ausgesiedelt, sondern auch erbarmungslos ausgebeutet: Am 25. Juni 1916 erließ die Regierung einen Ukaz über „die Heranziehung der männlichen fremdländischen Bevölkerung des Reiches zum Bau von Verteidigungsanlagen und militärischen Kommunikationswegen in Gegenden, wo die Armee tätig ist, sowie zu anderen für die Verteidigung des Staates wichtigen Arbeiten“. Der Ukaz rief Massenrevolten unter Usbeken, Kasachen, Turkmenen und Kirgisen hervor. Schließlich war es die Provisorische Regierung, die dieser nur als Deportation und Zwangsarbeit zu bezeichnenden Willkür ein Ende bereitete: Am 14. März stoppte sie die Heranziehung weiterer Männer und gab am 5. April den Befehl, die Zwangsarbeit stufenweise einzustellen und die ersten *inorodcy* zu entlassen.<sup>24</sup> Ungeachtet ihres Liberalismus solidarisierte sich die Provisorische Regierung in mancherlei Hinsicht mit der Politik des zarischen Kabinetts. Während ihrer historischen Sitzung am 20. März 1917, bei der konfessionelle und nationale Schranken fielen und insbesondere der Ansiedlungsrayon abgeschafft wurde, beauftragte sie das Innenministerium mit der Bildung einer Sonderkonferenz, die die geltenden Regelungen zur Erlangung der russländischen Untertanenschaft und die Umsiedlung

---

<sup>22</sup> Nelipovič, *Repressii*.

<sup>23</sup> Vgl. O namerenii carskogo pravitel'stva ešče v 1914 g. izgnat' turok-meschetincev v Turciju [Zur Absicht der zarischen Regierung, bereits 1914 die turkisierten Mescheten in die Türkei zu vertreiben], zit. nach: Bugaj, *Gonov, Kavkaz*, S. 54 ohne Quellenangabe.

<sup>24</sup> Žurnaly zasedanij Vremennogo pravitel'stva: V 4 tomach. Tom 1: Mart – oktjabr' 1917 goda [Sitzungsberichte der Provisorischen Regierung. In vier Bänden. Bd. 1: März – Oktober 1917], in: *Archiv novejšej Rossii* 7 (2001), S. 91.

„feindlicher“ Untertanen in entlegene Landesregionen überprüfen sollte.<sup>25</sup>

Auch die Juden hatten in dieser Zeit zu leiden. Zwischen 1914 und 1916 wurden 250 000 bis 350 000 Juden wegen angeblicher kollektiver Illoyalität aus Polen, Litauen und Weißrussland in die inneren Gouvernements umgesiedelt. Bis zur Abreise hatten sie 24 Stunden Zeit. Noch weniger Zeit benötigte die örtliche Bevölkerung, um ihre zurückgelassenen Häuser und Läden zu plündern. Es ist bizarr, dass die Tatsache der Aussiedlung die Soldaten nicht daran hinderte, den Juden ihr eigenes militärisches Versagen anzulasten. Den Anfang machte bereits Anfang August 1914 die jüdische und deutsche Bevölkerung aus Janowiec im Gouvernement Radom. Kurz darauf folgte die jüdische Bevölkerung der Orte Ryka (wahrscheinlich im selben Gouvernement), Myszeniec im Gouvernement Łomża und Nowaja Alesandrija im Gouvernement Lublin (zwei Aussiedlungen: 23. August und Anfang September 1914). Im Oktober wurden alle Juden aus den Orten Piaseczno, Grodzisk und Skierniewice (alle Gouvernement Warschau) ausgesiedelt. Aus Grodzisk wurden 4 000 Menschen vertrieben. Später durften sie zurückkehren, aber bereits im Januar 1915 wurden sie zusammen mit Juden aus 40 weiteren Siedlungen erneut ausgesiedelt. Dabei wurden, wie schon vorher in Sochaczew geschehen, Geiseln genommen und einige von ihnen gehängt. Im März 1915, kurz vor dem jüdischen Passahfest, wurden 500 Familien aus Radoszyce im Gouvernement Radom und aus der Gemeinde Mniów im Kreis Kielce ausgesiedelt. Die meisten der ausgesiedelten Juden zogen nach Warschau, wo sich insgesamt 80 000 Menschen versammelten. Wohin die Reise von dort aus gehen sollte, wussten sie nicht.

All diese vereinzelt ausgesiedelten aber „verblissen vor der ungeheuren Massenausiedlung aus den Gouvernements Kurland und Kowno [Kaunas]“, bemerkt Vermel', der dem Thema eine Reihe von Aufsätzen gewidmet hat. Angesichts des schnellen Vorrückens der deutschen Armee ordnete die russische Militärregierung die unverzügliche Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung vor Ort an. Für Kurland kam der Befehl am 30. April 1915, für Kaunas und Teile der Gouvernements Suwałki und Grodno am 3. Mai. Aus Kur-

---

<sup>25</sup> Ebenda, S. 150. Auf dieser Sitzung wurde dem Innenminister vorgeschlagen, über den Verbleib bulgarischer Gemüseanbau betreibender Untertanen in den Gouvernements Bessarabien und Cherson zu entscheiden. Interessanterweise wurde die am 22. März 1917 erörterte Frage, ob die Sekte der Skopcen aus Rumänien nach Russland zurückkehren dürfe, dem Justizministerium zur Begutachtung überlassen, ebenda, S. 168.

land wurden insgesamt rund 40 000 Menschen<sup>26</sup> ausgesiedelt, aus dem Gouvernement Kaunas zwischen 150 000 und 160 000. Einzelne Kreise der Gouvernements Poltava, Ekaterinoslav und das Taurische Gouvernement wurden zu neuen Ansiedlungsgebieten erklärt.

Gegen die Aussiedlung der Juden aus Kurland protestierte der baltische Generalgouverneur P.G. Kurlov. Er reiste ins Große Hauptquartier und konnte einen Widerruf der Anordnung erwirken. Während des deutschen Vormarsches lagen Aussiedlungsfragen in der Zuständigkeit der Truppenkommandeure, die weder den Wunsch noch die Zeit hatten, sich mit solchen Angelegenheiten zu befassen. Daher konnten auch zweitrangige Mitarbeiter der Polizei und sogar der Spionageabwehr die praktische Durchführung der Deportationen beeinflussen.<sup>27</sup> Dennoch ging die Aussiedlung der Juden im Juni 1915 weiter, jetzt bereits in den südwestlichen Gouvernements Podolien und Wolhynien. Dass von fast jeder jüdischen Familie ein Mitglied im Krieg kämpfte und jüdische Jugendliche – auch unter den aussiedelnden Familien – nach wie vor in die Armee eingezogen wurde, war unerheblich.

Wie viele Menschen wurden im Ersten Weltkrieg im Russischen Reich insgesamt zwangsumgesiedelt? Am zuverlässigsten erscheinen die auf Daten von Staatsorganen und des Tat'janin-Komitees beruhenden Schätzungen von E. Volkov: 7,4 Millionen, darunter 6,4 Millionen Flüchtlinge und 1 Million Deportierte, bis zum 1. Juli 1917.<sup>28</sup>

Aber es geht um mehr als Zahlen. Wie Peter Gatrell schreibt, bildeten die Flüchtlinge in Russland eine neue soziale Kategorie, einen neuen Stand, den die Umstände an den Rand der Gesellschaft – wenn nicht jenseits dieses Randes – gedrängt hatten. Es waren Menschen, die – vorübergehend, wie sie glaubten – alles verloren hatten: Obdach, Besitz, Arbeit und ihre gesellschaftliche Stellung. Ehrbare, selbstständige Bürger wurden über Nacht zu „wandernden Elementen“, zu heimatlosen Bettlern, die auf den Staat und private Initiativen von Nichtflüchtlingen angewiesen waren. Dies traf in noch stärkerem Maße auf die Deportierten zu.

---

<sup>26</sup> Povodom dlja repressij po vsej Kurljandskoj gubernii javilas' gibel' russkovo otrjada bliz mestečka Šavli, slučivšajasja jakoby iz-za evrejskogo špionaža [Die Ursachen für die Repression in dem gesamten Gouvernement Kurland lagen in der Zerschlagung einer russischen Abteilung in der Nähe der Stadt Schaulen, wofür die angebliche jüdische Spionage verantwortlich gemacht wurde], nach: Kurlov, Gibel', S. 214 f.

<sup>27</sup> Vgl. Kurlov, Gibel', S. 215 f., 181 f.

<sup>28</sup> Vgl. Volkov, Dinamika, S. 72 f. Peter Gatrell, A whole empire walking. Refugees in Russia during World War I. Bloomington, Ind. 1999, S. 211-215, stimmt dieser Einschätzung zu.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Umgang der zarischen Regierung mit den internierten „feindlichen Untertanen“ bereits die Schrecken der sowjetischen Deportationspolitik und Deportationspraxis vorwegnahm und teilweise vorprägte. Diese entstanden nicht im luftleeren Raum, sondern gründeten auf Mustern und Vorbildern. Es wäre deshalb falsch, Zwangsmigrationen ausschließlich als Spezifikum der UdSSR (oder der sozialistischen Gesellschaftsform) zu sehen. Die UdSSR war weder Erfinderin der Zwangsmigrationen noch besaß sie eine Monopolstellung auf diesem Gebiet. Sie setzte sie nur konsequent und zielstrebig in die Praxis um.

Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass sich die UdSSR und Zwangsmigrationen außerordentlich *organisch* miteinander verbinden, dass ihnen derselbe Geist zugrunde liegt. Gerade das hat die enorme Ausbreitung der Zwangsmigrationen und ihre *technische Umsetzung* in einer bisher ungekannten *Größenordnung* ermöglicht. In der UdSSR gab es eine spezifische Form der Deportationspolitik, die wesentlicher Bestandteil einer allgemein repressiven Politik und ein wichtiges Instrument repressiver Innenpolitik war. Die Deportation wurde als ein effektives, für den *Bau der Gesellschaft* essenzielles Werkzeug aufgefasst. Darüber hinaus galt dieses Mittel als „human“, da es einzelnen „sozial-bedenklichen“ Menschengruppen nicht das Recht auf Leben nahm, sondern ihnen „lediglich“ das Recht auf Freiheit versagte.

## 2. Westliche und sowjetische Veröffentlichungen zu Zwangsmigrationen in der UdSSR bis 1991

Zwangsmigrationen gehörten in der Sowjetunion von Anfang an bis weit in die 1980er Jahre zu den am stärksten tabuisierten Themen. Vor Chruschtschews Enthüllungen Mitte der 50er Jahre durften Deportationen und Deportierte in keinem gesellschaftlichen (geschweige denn staatlichen) Kontext erwähnt werden. Allein die Nennung der vertriebenen Völker war undenkbar. Wer zum Beispiel nichts von der Existenz der Inguschen oder Kalmücken in der Sowjetunion wusste, konnte dies nur herausfinden, indem er Nachschlagewerke (Enzyklopädien, administrative Karten) aus der Zeit vor und nach den Deportationen miteinander verglich. Auch noch nachdem die vertriebenen Völker teilweise rehabilitiert worden waren, durften keine „überflüssigen“ Informationen verbreitet werden, und so wurde in der Regel weiterhin geschwiegen. Neben offiziellen Darstellungen waren

sehr selten vage, rein faktische Hinweise erlaubt – in der Regel heitere Berichte über die Tätigkeit von Partei- und Staatsorganen in einer bestimmten Region zu einer bestimmten Zeit.

Ernsthaft und vernehmlich wurde erstmals im Westen über Zwangsmigrationen geredet. Dort erschienen erste aufsehenerregende, noch allgemein gehaltene Publikationen bemerkenswert früh. Die allerersten Erwähnungen der Deportationen stehen übrigens im direkten Zusammenhang mit antisowjetischer Propaganda. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass die erste Publikation zu diesem Thema die 1943 in Berlin erschienene Broschüre „Die Sowjetunion und die baltischen Staaten“ war. Die Broschüre besteht aus einer Einleitung, deren Verfasser anonym bleibt, sowie elf Beilagen, die überwiegend die sowjetischen Deportationen aus dem Baltikum im Juni 1941 behandeln. Neben einem Faksimile, der „Anweisung zur Durchführung der Aussiedlung des antisowjetischen Elementes aus Litauen, Lettland und Estland“ – wohl einer Fälschung<sup>29</sup> –, enthält sie weitere Dokumente, an deren Echtheit kein Zweifel besteht.

1951 erschien in Stockholm die Publikation „These names accuse: Nominal list of Latvians deported to Soviet Russia in 1940–41“.<sup>30</sup> Außer einer Liste mit den Namen der Deportierten enthält sie ein Vorwort, in dem die Beziehungen der Sowjetunion zu den baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit insbesondere vor, während und nach der Annexion beschrieben werden. Im Anhang finden sich Archivdokumente, von denen einige unmittelbar die Deportationen von 1941 betreffen. Zwei davon waren bereits in der erwähnten Berliner Publikation erschienen (darunter das als Fälschung einzustufende Dokument).<sup>31</sup> Die maschinengeschriebene, 547 Seiten umfassende

<sup>29</sup> Vgl. *Stalinskie deportacii*, S. 779-788.

<sup>30</sup> *These names accuse: Nominal list of Latvians deported to Soviet Russia in 1940–41*. Stockholm: Latvian National Fund in the Scandinavian Countries 1951 [60 u. 547 S.]; *These names accuse: Nominal list of Latvians deported to Soviet Russia in 1940–41*. 2nd edition with supplementary list, Stockholm 1982 [678 S.].

<sup>31</sup> Bei allen hier erwähnten Anhängen handelt es sich um Faksimiles. Neu ist Appendix Nummer 3. Er stellt einen Auszug aus einer Liste dar, auf der die am 13. und 14. Juni 1941 zu deportierenden Einwohner der Brīvības-Straße in Riga genannt werden. Angegeben sind der Nachname des Familienoberhaupts, Anmerkungen zu seiner Person (z.B. „ehemals Eigentümer“, „ehemals Händler“), die Aktennummer, die Zahl und Anschrift der zu deportierenden Personen (wobei zwischen Erwachsenen und Kindern bis 16 Jahre unterschieden wurde) sowie die Nummer der operativen Gruppe, die für die Aussiedlung zuständig war. Bei Appendix Nummer 5 handelt es sich um die englische Übersetzung des Auskunftsberichts über die Fahrzeiten der Militärzüge, in denen die lettischen Bürger im Juni 1941 deportiert wurden. Der Bericht nennt Zugnummer, Abfahrtstag (16.–27. [!] Juni), Abfahrts- und Zielbahnhof, Zugstrecke, Bahnhof und Tag, an dem der Zug die ehemalige sowjetisch-lettische Grenze passierte, die Zahl der Einsatzfahrzeuge und Num-

Namensliste der Deportierten wurde 1941 und 1942 während der deutschen Besetzung auf Grundlage einer freiwilligen Umfrage in der Bevölkerung erstellt und dem Internationalen Roten Kreuz in Genf übergeben. An der Erstellung waren das Lettische Rote Kreuz, das Lettische Statistik-Komitee und das Informationsbüro der lettischen karitativen Organisation „Tatutas palidziba“ beteiligt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, zählt die Liste rund 30 000 Namen.<sup>32</sup>

Der gleichen Thematik widmet sich Vello Salo Publikation „Population losses in Estonia. June 1940 – August 1941“.<sup>33</sup> Salo schätzt, dass insgesamt über 60 000 Menschen aus Estland deportiert oder für die Rote Armee rekrutiert wurden. Die Zahl der eigentlich Deportierten vom Juni 1941 beläuft sich auf 10 205 (dieser Zahl sind 400 bis 500 deportierte Juden, die nicht berücksichtigt wurden, hin-

---

mer der eskortierenden Truppenverbände (236. Regiment und 155. Sonderbataillon des NKVD) sowie eine Liste der verantwortlichen Personen. Appendix Nummer 6 ist ein Haftbefehl, der sich auf den früheren lettischen Kriegsminister General J. Balodis bezog (daraufhin deportiert) und am 31. Juli 1940 von V. Lacis, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident der prosovjjetischen „Volksregierung“, unterzeichnet worden war. Das Dokument ist eine simple handschriftliche Notiz in lettischer Sprache, die der Innenminister wohl selbst geschrieben hat. Appendix Nummer 7 enthält die letzte Seite einer insgesamt elf Seiten umfassenden Liste mit „gesellschafts-gefährdenden“ Personen, die am 26. Juni 1941 erschossen werden sollten. Den Befehl unterzeichnete die „Troika“ des lettischen NKVD: Volkskommissar Kapitän S. Šustin, der Vorsitzender des Militärgerichts für die Truppen des NKVD Soldatenkov, Militärjurist zweiten Ranges, sowie der Helfer des Militärprokurors für Sonderangelegenheiten Solncev, ebenfalls Militärjurist zweiten Ranges. Der Verurteilte – Nummer 78 auf der Liste – war ein gewisser Guno Jakovlevič Grinštejn, „des aktiven Antisowjetismus überführt“, als er „am Rigaer Güterbahnhof Arbeitern aufhetzte und provokative und verleumderische Verse von der baldigen Ankunft der Deutschen in Riga und der Zerschlagung der Russen verbreitete“. Bei Appendix Nummer 8 schließlich handelt es sich um eine nur schwer lesbare Bescheinigung vom 14. Juli 1946, die dem lettischstämmigen Bürger Z. P. Irēl'son, geb. 1881, am 14. Juli 1946 ausgestellt worden war. Irēl'son war demnach am 14. März 1941 von der Sonderkonferenz „als gesellschafts-gefährdendes Element“ zu fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Das Schreiben bescheinigte, dass er seine Strafe im Arbeitslager Storoževsk in der Autonomen Sowjetrepublik Komi abgebußt hatte, ein Stempel bescheinigt sogar die Aushändigung des Passes an den Freigelassenen. Die Neuauflage von 1982 enthält 15 Anhänge, darunter Fotografien von Erschießungsopfern und Satellitenaufnahmen von Lagern.

<sup>32</sup> Auf der Liste sind die Registrierungsnummern der Deportierten und verschiedene Deportiertengruppen aufgeführt. Die Gruppe 2 verweist auf eine Deportation am 13. und 14. Juni, Gruppe 3 auf Verhaftung und Versetzung aus dem Gefängnis, Gruppe 4 darauf, dass die Person in den letzten Tagen vor der deutschen Besetzung verschollen ist. Außerdem enthält sie Vor- und Nachname, Geburtsort und -datum und die letzte Adresse der Deportierten. Im Gegensatz zur Neuauflage von 1982 handelt es sich bei der 1951 erschienenen Liste noch um eine Faksimileausgabe.

<sup>33</sup> Vello Salo, *Population losses in Estonia. June 1940 – August 1941*. Vol. 1, Scarborough: Maarjamaa Publications 1989 (Studia Estonica Fennica Baltica. IV) [236 S.].



zuzurechnen).<sup>34</sup> Im Anhang befinden sich verschiedene Archivalien, darunter die erste Seite des „Protokolls der Sitzung der Kreis-Trojka zur Aussiedlung des antisowjetischen Elements aus dem Kreis Perumaa vom 7. Juni 1941“; den Vorsitz führte S. Kikas, der Chef der lokalen NKGB-Abteilung. Weitere Anhänge sind das Umfrageformular und die statistische Übersicht des ZEV, eine schon früher (1943) veröffentlichte Direktive Černyšovs an Serov und Abakumov vom 13. Juni 1941 (nur die Militärzüge aus Estland betreffende Auszüge) und schließlich eine „Weisung an die Militärzugführer zur Herausführung der Verhafteten aus dem Baltikum“.<sup>35</sup>

Die ersten Versuche, die sowjetischen Deportationen in ihrer Gesamtheit darzustellen, wurden jedoch in den USA unternommen. 1960, also drei Jahre, nachdem der Rehabilitierungsprozess eingesetzt hatte, erschien in den Vereinigten Staaten Robert Conquests „Soviet Deportations of Nationalities“. Der Autor sieht in den ethnischen Deportationen der Kriegsjahre die natürliche Fortsetzung der zarischen Kolonialpolitik, die durch die kompakte Struktur und große zusammenhängende Landmasse des Reiches begünstigt worden war. Conquest stützt sich auf ein schmales Quellenmaterial: offiziöse Quellen (administrative Karten und Enzyklopädien, die Volkszählungen von 1926, 1939 und 1959, die Enthüllungskampagne um Schamil, der als angloimperialistischer Agent „entlarvt“ wurde), Aussagen österreichischer Kriegsgefangener, die aus Kasachstan repatriiert wurden (wo sie mit Tschetschenen und möglicherweise auch anderen Nationalitäten zusammen gekommen waren) und einen Expeditionsbericht englischer Bergsteiger, die 1958 ins Elbrusgebiet gereist waren (wohin bereits die ersten Balkaren zurückgekehrt waren).<sup>36</sup> Vieles wurde bekannt durch die Geständnisse des desertierten Oberstleutnants Bur-

<sup>34</sup> Die Liste war von der am 4. September 1941 gegründeten Zentralstelle zur Erfassung der verschleppten Esten (ZEV) unter Vorsitz Elmar Tambeks zusammengestellt worden. Dazu war ein Umfragebogen mit 19 Punkten erarbeitet und unter der estnischen Bevölkerung verteilt worden. Neben dem Verzeichnis der Verschleppten (1944 zählte es 1341 maschinengeschriebene Seiten mit insgesamt 59 967 Namen) konnte auch eine Reihe von statistischen Übersichten zur Demografie erstellt werden (teilweise bei Salo). Von insgesamt fünf Kopien des Verzeichnisses gelangten zwei in den Westen, eine über den früheren estnischen Konsul in Finland, A. Varma, der sie Anfang der 1950er Jahre an die Botschaft der USA in Schweden zur Übergabe an das „Kersten Committee“ beim Kongress der USA weiterreichte. Im Nationalarchiv der USA liegt darüber hinaus die „Helsinki-Liste“ mit den Namen von 9 632 Verschleppten (Stand: Anfang 1943) als Mikrofilm vor, siehe dazu Salo, *Population losses* (wie Anm. 33), S. 8-13.

<sup>35</sup> Der Vergleich mit einer ähnlichen Anweisung in Bezug auf die Wolgadeutschen legt nahe, dass das Dokument authentisch ist, vgl. *Stalinskie deportacii*, S. 295-298.

<sup>36</sup> Vgl. R. Jones, *Climbing with the Russians*, in: *Geographical Magazine* (June 1959).

lickij, der an allen Deportationen (außer der der Balkaren)<sup>37</sup> beteiligt gewesen war, und die „Geheimrede“ Chruščëvs auf dem XX. Parteitag der KPdSU, bei der die Sowjetdeutschen und Krimtataren aber nicht einmal erwähnt worden waren.<sup>38</sup>

Auch wenn Conquest nur wenige Quellen vorlagen, gelang ihm die erste, realistische Chronologie und zahlenmäßige Erfassung der Deportationen und darüber hinaus eine erste – allerdings willkürliche – Einschätzung, wie viele Menschen im Zuge der Deportationen den Tod gefunden hatten. Er kam zu der nahe liegenden Einschätzung, die Georgier und Osseten im Kaukasus und die Ukrainer auf der Krim seien privilegierte Völker oder sogar die „Gewinner“ der Deportationen. Conquest stellte die Deportationen der „bestraften Völker“ in der UdSSR auch erstmals kartografisch (in Ansätzen und nicht exakt) dar.<sup>39</sup> 1972 erschien erstmals Martin Gilberts „Atlas der russischen Geschichte“, der eine Karte mit den groben Richtungsverläufen der ethnischen Deportationen enthielt – etwas genauer als Conquests Karte, aber immer noch sehr approximativ.<sup>40</sup>

Eine eindrückliche Beschreibung der Entkulakisierung und der ethnischen Deportationen ist Aleksandr Solženicyns Archipelag GULAG, der zwischen 1973 und 1975 veröffentlicht wurde. Im Grunde „entsandte“ jedes Deportationskontingent seine markantesten und „gefährlichsten“ Anführer und Vertreter in den „GULAG“ (und nahm so individuelle Gestalt an). Im zweiten Kapitel des ersten Teils „Die Geschichte unserer Kanalisation“ erzählt Solženicyn davon, wie hervorragend die große Mehrheit der Deportationsströme sich in den ihnen vorgegebenen Zeitrahmen – 1918 bis 1956 – einfügt. Auch wenn er dabei den „Kompetenzrahmen“ des GULAGS als strukturelle Unterabteilung des NKVD vielleicht etwas erweitert, übertreibt er doch weder in der Bedeutung, die er dem GULAG als Sammelbecken zumisst, noch in dem grundsätzlich repressiven Charakter der Organisation. Welchen Widerhall dieser epische „Versuch einer künstlerischen Bewältigung“ in der Welt einschließlich der UdSSR hatte, braucht man nicht zu erwähnen: Durch die Übersetzung des

<sup>37</sup> Veröffentlicht von der Zeitschrift „Life“ am 5. Juli 1954.

<sup>38</sup> Eine weitere Informationsquelle waren auch die sog. *nevozvraščency*, Angehörige deportierter Völker, die der Repatriierung nach dem Krieg entgangen waren. Besonders aktiv und gut organisiert war laut Conquest die Diaspora der Kalmücken. Sie wurde von Naminov angeführt, der sich immer wieder an internationale Organisationen und die westliche wie östliche Öffentlichkeit wandte.

<sup>39</sup> Robert Conquest, *Soviet deportations of nationalities*. London/New York 1960, S. 94.

<sup>40</sup> Martin Gilbert, *Atlas of Russian History*. 1. Aufl., London 1972.

„Archipels GULAG“ in zahlreiche Schriftsprachen hat das Thema Deportationen globale Aufmerksamkeit erhalten.

Besondere Erwähnung verdient weiterhin Aleksandr Nekričs 1978/79 erschienenes Buch „Nakazannye narody“ (Bestrafte Völker), das bereits in der ersten Hälfte der 70er Jahre entstand, als der Autor noch in der UdSSR lebte. Die ersten ethnischen Deportationen in der Sowjetunion werden hier als umfassendes, wenig erforschtes und – wir betonen – wissenschaftliches Problem betrachtet. Die einzelnen Kapitel befassen sich mit den Deportationen von der Krim, aus Kalmückien und dem Nordkaukasus, mit dem Status des „Sondersiedlers“ und mit der Heimkehr (oder Nichtheimkehr) der Deportierten. Als Faktengrundlage dienten Nekrič einige wenige sowjetische und ausländische Publikationen über den Zweiten Weltkrieg (erinnern wir uns, dass die Archive damals auch für die Mehrheit der Parteihistoriker unzugänglich waren),<sup>41</sup> weiterhin Arbeiten zur Geschichte des Parteaufbaus in den nationalen Randgebieten der UdSSR während des Krieges und in der Nachkriegszeit, die mitunter sehr wertvolle Einzelheiten für die Problematik der bestraften Völker enthalten, und schließlich mündliche Zeugnisse von Vertretern der unterdrückten Völker selbst.

Als „Pioniere“ und Wegbereiter nennt Nekrič A.Ch. Dzukaev (er schrieb über die Tschetschenen) und Ch.I. Chutuev (Balkaren), außerdem Č.S. Kulaev (Karatschaier), D.-C.D. Nodinachanov und M.L. Kičinov (Kalmücken), V.I. Fil'kin und M.K. Džugur'janec (Tschetschenen und Inguschen) sowie R.I. Muzafarov (Krimtataren). Ihre Werke, die sich in der Regel mit der Geschichte einzelner Regionen in der Sowjetzeit befassen, enthalten wissenswerte Details zu den deportierten Völkern und – soviel muss ihnen zugestanden werden – mehr als nur angedeutete Hinweise auf die Deportationen selbst. Dennoch kann von einer sowjetischen wissenschaftlichen Geschichtsschreibung zum Thema Deportationen keine Rede sein. Es bleibt, noch einmal die Verdienste Conquests und Nekričs hervorzuheben, die die Problematik der „bestraften Völker“ zu einem eigenständigen Forschungsfeld erhoben und die ersten – und deshalb besonders schweren – Schritte unternahmen.

---

<sup>41</sup> Nekrič, *Nakazannye narody*. Schon aus diesem Grund erscheint es verfehlt, Nekrič Unkenntnis der Archivquellen vorzuwerfen; siehe Bugaj, *Gonov, Kavkaz*, S. 25 f.

### 3. Forschungen seit 1990 in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

In der UdSSR erschienen die ersten wissenschaftlichen Publikationen zum Thema erst in den späten 1980er Jahren zur Zeit der Perestrojka. Besondere Bedeutung besaß der Runde Tisch zur Problematik der sowjetischen Deportationen, der 1988 innerhalb der Moskauer Filiale der Geografischen Gesellschaft der UdSSR von dem Verfasser dieses Beitrags gegründet wurde.

Die sukzessive Öffnung der betreffenden Bestände in zentralen und regionalen Archiven Russlands und anderer Staaten der GUS verstärkte das Interesse an diesem Thema und ermöglichte seit den 1990er Jahren zahlreiche Publikationen. Die im Anhang beigefügte Bibliografie ist nicht vollständig; zu nennen wären Publikationen weiterer Historiker, Archivare und Ethnografen und die Erinnerungen der Deportierten. Durch ihre gemeinsamen Anstrengungen wurden Hunderte, wenn nicht Tausende überaus wichtige Dokumente der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich. Eine kritische Auseinandersetzung mit einigen Texten hinterlässt jedoch einen schalen Nachgeschmack – manche Veröffentlichungen enthalten zahlreiche Druckfehler und andere Mängel in den Texten, den Datierungen und den Beschreibungen der Quellen. Viele Fehler und Errata wurden auch in andere Veröffentlichungen übernommen, was auf die Verwendung einer gemeinsamen Quelle schließen lässt (häufig frühe Publikationen, sogar Zeitungstexte) von N.F. Bugaj, V.N. Zemskov und I. Kičichin). Die meisten Texte beschränken sich auf Archivverweise, aber leider gehört auch das nicht zum Standard.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Quellenpublikationen zum Thema der *bestraften* Völker kurz charakterisiert werden: Interessanterweise gehen die ersten dieser Publikationen auf die Initiative von Moskauer Ethnografen zurück. Anfang der 1990er Jahre bereiteten sie eine einmalige zweiteilige Publikation mit dem Titel „Deportationen sowjetischer Völker. 1930er bis 1950er Jahre“ (*Deportacii sovetskich narodov. 1930–1950-e gg.*) vor. Der erste Teil trägt den Untertitel: „Dokumente des Zentralen Staatsarchives der Oktoberrevolution, der höchsten Staatsorgane und der Regierungsorgane (im Folgenden: CGAOR) der UdSSR“<sup>42</sup> und behandelt verschiedene Deportationskampagnen. Der zweite widmet sich ausschließlich

---

<sup>42</sup> Dokumental'nye istočniki Central'nogo Oktjabr'skoj revoljucii vyščych organov gosudarstvennoj vlasti i organov gosudarstvennogo upravlenija (CGAOR), Sovremennij Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii.

der „Deportation der Deutschen“ (September 1941 bis Februar 1942). Beide Sammelbände wurden von dem Historiker O.L. Milov herausgegeben. Teil 1 erschien 1992, Teil 2, obgleich 1993 fertiggestellt, erst 1995, da sich nicht gleich ein Sponsor fand. Beide Teile wurden im Rotationsverfahren und in verschwindend kleiner Auflage gedruckt (je 200 bzw. 300 Exemplare), so dass es sich heute um bibliografische Unikate handelt. Einmalig sind die Bände auch in anderer Hinsicht: Dem Leser liegen die Dokumententexte einschließlich Anmerkungen, Datierungen und sogar Seitenbezügen zum Faksimile des Originals vor.<sup>43</sup> Erstmals veröffentlicht wurde eine „Karte mit den administrativen Zentren der Republiken, Kreise und Gebiete, die Orte der Sondersiedlungen waren, mit Angabe der Zahl der dort angesiedelten Sondersiedler“.<sup>44</sup>

Den Deutschen wurden weitere Publikationen gewidmet. Die erste unter ihnen ist die zweibändige, 1993/94 von V.A. Auman und V.G. Čebotareva herausgegebene „Geschichte der Russlanddeutschen in Dokumenten“.<sup>45</sup> Der erste Band dokumentiert die Zeit von 1763 bis 1992 und enthält die erste bedeutende Dokumentensammlung zur Deportation und Rehabilitierung (oder Nichtrehabilitierung) der sowjetischen Deutschen. Die Dokumente stammen aus dem Bestand des Staatskomitees für Verteidigung (Gosudarstvennyj komitet oborony, GKO) des Russländischen Staatsarchivs für sozial-politische Geschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii, RGASPI) und waren danach Grundlage zahlreicher weiterer Publikationen.<sup>46</sup> Einige interessante Dokumente enthält die 1996 vom Internationalen Verband Deutscher Kultur veröffentlichte „Geschichte der deutschen Wolgarepublik in Ereignissen, Fakten und Dokumenten“ von A.A. German entnommen.<sup>47</sup> Sehr wertvoll ist auch N.F. Bugaevs 1998 publizierte Dokumentensammlung „Die Deut-

---

<sup>43</sup> Der Herausgeber hielt sich an folgende Prinzipien: Die Dokumente wurden vollständig veröffentlicht (mit Ausnahme agenturartiger Angaben; wo sich diese im Text befanden, ist leider nicht zu ersehen); sofern Überschriften und Datierungen fehlten, wurden diese vom Herausgeber ergänzt; Faksimilestempel und Markierungszeichen sowie Anmerkungen wurden vermerkt, Rechtschreibfehler des Originals wurden korrigiert.

<sup>44</sup> GARF, f. 9479, op. 1, d. 641, l. 400. Diese Karte wurde später gerne nachgedruckt (Sabbó, Nevozmožno Mol'čat' u.a.) oder sogar zur Einbandgestaltung verwendet, vgl. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu.

<sup>45</sup> Istorija rossijskich nemcev, t. 1 und 2.

<sup>46</sup> Vgl. z.B. die ausgewählten Dokumente zur „Arbeitsarmee“ in: German, Kuročkin, Nemcy, S. 158-164.

<sup>47</sup> German, Istorija.

schen sind für die Bildung von Arbeitskolonnen zu mobilisieren. I. Stalin“.<sup>48</sup>

1996 erschien die erste und lange Zeit auch einzige Publikation von Dokumenten zur Deportation der Deutschen in deutscher Sprache „Deportation. Sondersiedlung. Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956“, erstellt und herausgegeben von A. Eisfeld und V. Herdt.<sup>49</sup> Der Sammelband stützt sich hauptsächlich auf Sekundärquellen, präsentiert aber neben zahlreichen Wiederveröffentlichungen Dokumente aus regionalen Archiven Russlands, insbesondere aus dem Staatsarchiv des Altai-Gebiets. Leider ist der Aufbau wenig überzeugend: Der erste, 413 Dokumente umfassende Abschnitt behandelt das Schicksal der Russlanddeutschen von 1936 bis 1991 allgemein; der zweite, aus 25 Dokumenten bestehende Abschnitt geht näher auf die Geschichte der Deutschen aus dem nördlichen Ostpreußen in den Jahren 1945 bis 1948 ein, als sie nach dem Krieg in die sowjetische Besatzungszone nach Deutschland deportiert wurden. Der im Titel genannte Zeitrahmen ist manchmal irreführend: Tatsächlich erfassen die aufgenommenen Dokumente den Zeitraum von 1936 bis 1974 (wenn die Datierungen der Dokumente zugrunde gelegt werden, sogar bis 1991). Außerdem enthält der Sammelband tatsächlich weniger Dokumente als angegeben: Neben vollwertigen Dokumenten stellten die Herausgeber kurze (nur wenige Zeilen umfassende) Auszüge und „nackte“ Überschriften von Dokumenten, die ihnen aus der Literatur bekannt waren, ihnen aber wohl nicht vorlagen.<sup>50</sup>

Als ungewöhnlich wertvoll erwies sich V.I. Pasats 800 Seiten umfassende Monografie „Schwere Zeiten für Moldawien: die 1940er und 1950er Jahre“, erschienen 1994 im Verlag Terra. Sie gilt nicht so sehr dem Volk der Moldawier als vielmehr einer Region, nämlich dem Territorium der vormaligen Sowjetrepublik Moldau, die am 2. August 1940 gegründet wurde.<sup>51</sup> Pasats Darstellung besticht durch the-

<sup>48</sup> Bugaj, Mobilizovat' Nemcev.

<sup>49</sup> Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, hrsg. v. A. Eisfeld u. V. Herdt. Köln 1996 (Der Göttinger Arbeitskreis. 453); 2004 erschien Vom Kaukasus nach Kasachstan. Deutsche Dörfer und Schicksale in Erinnerungen und Bildern, hrsg. v. Edgar Reitenbach. Duisburg 2004. Es stellt den Versuch dar, alle Dokumente zu einer der Operationen zur Deportation der Deutschen aus Transkaukasien im Herbst 1941 in einem Band zu versammeln.

<sup>50</sup> Unter weiteren befremdlich anmutenden Besonderheiten des Sammelbandes findet sich eine Vielzahl von Verweisen ohne Angabe der Signaturen auf die Sammlung von N.F. Bugaj und das unveröffentlichte Manuskript „Chronik der Repression“ von A. Kičichin.

<sup>51</sup> Also kurz nach der Annexion der rumänischen Provinz Moldau am 27./28. Juni 1940 durch die UdSSR.

matische Ausführlichkeit und Vollständigkeit, durch die Vielfalt der herangezogenen Primärquellen und herausgeberische Umsicht. Der konsequent chronologisch aufgebaute Sammelband umfasst über 300 durchweg erstmals veröffentlichte (ein einmaliger Fall!) Dokumente. Einmalig ist auch die Herkunft der Dokumente: neben Quellen aus dem GARF, dem RGASPI, dem Russländischen Staatsarchiv für Wirtschaft (Rossijskij gosudarstvennyj archiv ékonomiki, im Folgenden: RGAÉ) gibt es Dokumente aus dem Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (Archiv prezidenta Rossijskoj Federacii, im Folgenden: APRF), dem Archiv des moldauischen Verteidigungsministeriums und anderen, der Forschung nicht offenstehenden Archiven.

Ebenfalls 1994 erschien in Kiev Ivan Bilas' zweibändiges Standardwerk „Das Repressions- und Strafsystem in der Ukraine von 1917 bis 1953“. Der erste Band enthält eine Monografie des Autors (in ukrainischer Sprache), der zweite Materialien und Dokumente.<sup>52</sup> Die Dokumente wurden in der Sprache des Originals, also auf Russisch gedruckt; Archivquellen sind angegeben, es gibt keine Kommentare. Eine gute Ergänzung zu Bilas' Publikation ist das dreibändige Werk „Deportationen: die Westgebiete der Ukraine vom Ende der 30er bis zum Beginn der 50er Jahre. Dokumente und Materialien“ von Ju. Slivka.<sup>53</sup> Der erste Band wird von Slivkas Aufsatz „Ursprung und Folgen der nationalen Tragödie“ eingeleitet. Die Dokumente liegen in den Originalsprachen, die Überschriften auf Ukrainisch vor; auch hier fehlen Kommentare.

Eine wertvolle Quelle ist zweifelsohne die Dokumentensammlung „Die Deportationen polnischer Bürger aus der Westukraine und Westweißrussland von 1940“, die 2003 gemeinsam vom FSB der RF, dem polnischen Innenministerium und der polnischen Regierung sowie dem Institut des nationalen Gedenkens herausgegeben wurde.<sup>54</sup> Der Sammelband enthält insgesamt 172 Dokumente einschließlich Legende und Anmerkungen, die mitunter einmalige Informationen enthalten.

Unter den zahllosen Publikationen von N.F. Bugaj ist die monografische Quellensammlung „Die Deportationen der Krimvölker“ hervorzuheben.<sup>55</sup> Es handelt sich um eine gut strukturierte Darstellung mit reichem Quellenmaterial. Die Quellen sind in der Regel angege-

---

<sup>52</sup> Bilas, Represyvno-karal'na systema.

<sup>53</sup> Deportacii: zachidni zemli Ukraïiny.

<sup>54</sup> Deportacija pol'skich graždan.

<sup>55</sup> Bugaj, Deportacija narodov Kryma.

ben, doch leider sind auch in dieser bereits im 21. Jahrhundert erschienen Veröffentlichung nicht selten vage Angaben (vom Typ „GARF, Dokumentensammlung“) oder Verweise auf frühere Arbeiten des Autors, in denen die Angaben dann fehlen, zu finden.<sup>56</sup> In dieselbe Reihe gehört eine Monografie von N.F. Bugaj und A.N. Koconis zur Deportation der griechischen Bevölkerung in der UdSSR.<sup>57</sup> Streng genommen handelt es sich hierbei um keine Quellensammlung: Die insgesamt 71 angeführten Dokumente sind als Anhang zu verstehen, der nichtsdestoweniger fast zwei Drittel des Buchumfangs ausmacht. Die Dokumente sind in der Regel mit Quellenangaben versehen.

Einige wichtige Quellensammlungen sind den Völkern des Baltikums gewidmet und auch im Baltikum selbst erschienen. So wurde 1996 das großformatige zweibändige Werk „Es ist unmöglich zu schweigen“ von Gil'da Sabbo herausgegeben. Es behandelt sowjetische Repressionen im Allgemeinen und Deportationen im Besonderen. Das Werk versammelt Archivquellen sowie Erinnerungen von Menschen, die Opfer von Repressionen wurden. Die Herausgeber wählten den ungewöhnlichen Weg der Faksimiliewiedergabe für die meisten Dokumente. Die Quellen stammen aus Archiven in Moskau (GARF, RGASPI, RGANI, RGAÉ) und Tallinn (Eesti Riigiarhiiv, ERA).

Nicht weniger wichtig ist die Quellensammlung „Die Politik der Besatzungsmächte in Lettland 1939–1991“. Sie wurde 1999 anlässlich des 50. Jahrestages der Deportation von Pelkaus herausgegeben.<sup>58</sup> Der Titel macht bereits deutlich, welche politischen Zielsetzungen mit der Sammlung, deren Vorwort Präsident G. Ulmanis verfasste, verbunden waren. Deportationen sind das Thema zweier Kapitel – „Die erste Phase der sowjetische Besatzung“ und „Massenterror und Deportationen in den Nachkriegsjahren“. Die Sammlung fasst 300 durchgehend nummerierte Dokumente zusammen. Die meisten der für unser Thema relevanten Dokumente stammen aus dem GARF, eine nicht unerhebliche Zahl jedoch aus dem Lettischen Staatsarchiv (Latvijas valsts arhīvs, LVA).

Erstaunlicherweise ist bisher keine Monografie zur Deportation der Vajnachern erschienen, wenn man „Chajbach: Die Ermittlung geht weiter“ nicht mitrechnet. Dieses Werk von S. Gaev, M. Chadisov

<sup>56</sup> Das Werk weist weitere Nachlässigkeiten auf (z.B. in der Bezeichnung der benutzten Archive).

<sup>57</sup> Bugaj, Koconis, Objazat'.

<sup>58</sup> Politika okkupacionnych vlastej.



und T. Čagaeva schildert die Ereignisse im tschetschenischen Bergland, die nur einen, wenn auch den tragischsten Teil der Operation „Heuschrecke“ darstellten.<sup>59</sup> Die gesamte Operation wird zum einen in allgemeineren Monografien (N.F. Bugaj, A.M. Gonov, P.M. Poljan), zum anderen in einzelnen Zeitschriftenartikeln von denselben Autoren sowie S.S. Košurko und V.P. Sidorenko abgehandelt, denen die Wissenschaft die ersten Dokumente aus dem RGVA zu verdanken hat.<sup>60</sup>

Zahlreiche Dokumente zu ethnischen Deportationen lassen sich darüber hinaus in thematisch allgemeiner gefassten Sammelbänden finden. Dazu gehören Publikationen über die Stalinschen Repressionen und den Zweiten Weltkrieg. Hier verdient die von E.A. Zajcev erstellte „Sammlung von Gesetzen und Bestimmungen zu Repressionen und zur Rehabilitation von Opfern politischer Repression“ besondere Beachtung. Die vom Obersten Sowjet der Russischen Föderation herausgegebene Sammlung erschien 1993 beim Verlag Respublika in einer bemerkenswerten Auflage von 53 000 Exemplaren.<sup>61</sup> Viele Dokumente werden in Auszügen präsentiert und Quellen werden nur vereinzelt angeführt. Ihr Wert als Quellenpublikation ist damit sehr eingeschränkt. Dafür entwirft sie in gelungener Weise den historisch-juristischen Hintergrund, vor dem sich die von uns untersuchte sowjetische Deportationspolitik entwickelte.

Ein Nachfolger dieser Publikationslinie und das vielleicht grundlegendste Werk dieser Art ist die von G.F. Vesnovskaja herausgegebene zweiteilige „Sammlung von Gesetzen und Bestimmungen zu Repressionen und zur Rehabilitation von Opfern politischer Repression“. Das Werk erschien im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft der Russländischen Föderation in Kursk in einer Auflage von 10 000 Exemplaren.<sup>62</sup> Wie im Vorwort deutlich wird, wurde die Publikation durch den Präsidentenerlass Nr. 658 vom 23. Juni 1992 ermöglicht:

---

<sup>59</sup> Gaev, Chadisov, Čagaeva, Chajbach.

<sup>60</sup> Sidorenko, *Dlja Vyselenija*, eine thematisch wichtige Publikation, ist, was die Editionstechnik betrifft, leider unzureichend. Eine Autopsie einiger von ihm erstmals veröffentlichten Texte vor Ort ergab, dass dem Leser nicht die Originaltexte, sondern eine Art Digest präsentiert werden. Dies ist umso bedauerlicher, als der Autor offensichtlich ein profund-er Kenner der NKVD-Tätigkeiten im Nordkaukasus während des Zweiten Weltkrieges ist; dieser Frage hat er beide Dissertationen und eine weitere Monografie gewidmet, siehe Sidorenko, *Vojska*.

<sup>61</sup> *Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov* (1993).

<sup>62</sup> *Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov* (1999). An der Erstellung waren neben G.F. Vesnovskaja V.S. Kulagin und V.A. Ščepakov beteiligt. Dieser Sammlung war eine ähnliche einbändige Publikation der Militärischen Oberstaatsanwaltschaft von 1976 vorgegangen (*Sbornik osnovnych zakonodatel'nych i normativnych aktov*, 1976).

„Zur Aufhebung einschränkender Vermerke in Gesetzen und anderen hoheitlichen Akten, die zur Grundlage für Massenrepressionen und Eingriffe in Menschenrechte wurden.“ Ein schwerer Mangel der Publikation ist das völlige Fehlen von Quellenangaben.

Umso seriöser und informativer ist die mehrbändige Publikation „Staatssicherheitsorgane der UdSSR im Zweiten Weltkrieg“, mit deren Herausgabe bereits 1995 begonnen wurde.<sup>63</sup> Die drei bislang erschienenen Bände (jeder Band besteht aus zwei Büchern) erfassen den Zeitraum vom November 1938 bis zum 31. Dezember 1942, in den mehrere große Deportationen fallen: so die Deportation der Polen von 1940/41 und die der Deutschen oder Deutschfinnen von 1941/42. Die Quellengrundlage bilden Dokumente der Staatssicherheitsorgane, die in anderen Veröffentlichungen nur schwach vertreten sind (in einem Fall gibt es sogar die Möglichkeit, zwei verschiedene Versionen desselben Dokumentes zu vergleichen). Besonders gelungen sind hier die Darstellungen der Deportation der Deutschen und die der Polen. Der Text ist darüber hinaus gut aufbereitet und mit interessanten Anmerkungen versehen.

Hervorzuheben ist ein weiterer Sammelband: „Katyn‘. März 1940 – September 2000: Erschießung. Die Schicksale der Überlebenden. Das Echo von Katyn‘. Dokumente“ (2001). Dabei handelt es sich um das gelungene Ergebnis einer mehrjährigen Zusammenarbeit russländischer und polnischer Historiker. Die allgemeine Problematik der polnischen Deportationen wurde organisch in den Stoff eingearbeitet. Eine Reihe von Dokumenten wird als Faksimile präsentiert. Von allen untersuchten Sekundärquellen ist die von N.S. Lebedeva herausgegebene Publikation vielleicht die gelungenste im Hinblick auf Vollständigkeit, thematische Tiefe und Aufbereitung der Quellen.

Sehr nützlich zur Orientierung sind die Memorial-Sammelbände zu einzelnen Aspekten der Repressionen gegen Polen und Deutsche, die 1998 und 1999 von Historikern der Gesellschaft veröffentlicht wurden. Den Deportationen wird viel Platz eingeräumt. Allerdings handelt es sich überwiegend um Übersichtsartikel.<sup>64</sup> Eine Reihe von Publikationen untersucht die Folgen der Deportationen: das Leben der Sondersiedler, den Ablauf der Rehabilitierung, ethnische Konflikte in den Gebieten, aus denen deportiert wurde. Darunter befindet sich V.I. Kozlovs zweibändige Monografie „Rehabilitierung. Wie es

---

<sup>63</sup> *Organy gosudarstvennoj bezopasnosti. Dem Redaktionskollegium stand von Amts wegen der Vorsitzende der Nachfolgeorganisationen des KGB vor.*

<sup>64</sup> *Repressii protiv poljakov, 1997.*

war“ – eine Beschreibung von Massenunruhen in der Nachkriegszeit, an denen auch die unterdrückten Völker in ihren neuen Siedlungsgebieten beteiligt waren. Zu erwähnen sind außerdem die Arbeiten von A.G. Osipov zur ethnischen Diskriminierung der meschetischen Türken in der Region Krasnodar, die Publikationen von A.G. Zdravomislov und insbesondere eine Abhandlung A.A. Cucievs über den Konflikt zwischen Osseten und Inguschen.

Etwas abseits der übrigen Literatur steht das dreibändige Werk „So war es“ der Journalistin S. Alieva (einer gebürtigen Karačaierin).<sup>65</sup> Archivdokumente werden, wenn überhaupt, nur in Auszügen oder in Form von journalistischer Nacherzählung ohne den geringsten Anspruch auf Wissenschaftlichkeit angeführt. Dafür hat die Autorin in mühsamer Kleinarbeit zusammengetragen, was allen anderen erwähnten Publikationen fehlt: die Stimmen der Deportierten selbst, ihre Erinnerungen, Erzählungen, Gedichte, Dokumente aus Familienarchiven. Daraus ergibt sich eine grundlegend andere Perspektive: Hier werden die Repressionen nicht aus Sicht der Henker geschildert, wie in den meisten Dokumenten der Staatsarchive der Fall, sondern aus Sicht der Opfer. Das Material wurde in mühsamer Kleinarbeit zusammengetragen (vieles wurde erst auf Alievas Bitte speziell für diese Publikation geschrieben) und nach den einzelnen „bestraften Völkern“ geordnet. Leider lässt der belletristische Charakter derartiger Texte kaum Gelegenheit für eine Verwendung in einem wissenschaftlichen Kontext.

#### 4. Quelleneditionen und aktueller Forschungsstand

So hat sich in den letzten 15 Jahren eine beachtliche Menge empirischen Materials zu Zwangsmigrationen angesammelt. Das Thema wurde unter verschiedensten Aspekten – juristischen, ethnischen, statistischen, organisatorischen, volkswirtschaftlichen u.a. – beleuchtet. In der Regel bedürfen die Publikationen jedoch einer sorgfältigen Text- und Quellenüberprüfung sowie inhaltlicher Kommentierung und historischer Interpretation.

Nur wenige Herausgeber haben eine – zumindest teilweise – historisch-kritische Edition der Quellen vorgenommen. Zu diesen gehören Bilas, Bugaj (seit Ende der 1990er Jahre) und Slivka. Sehr positiv he-

---

<sup>65</sup> Tak éto bylo.

ben sich die Publikationen von Milova und Lebedeva und insbesondere von Pasat heraus. Letzterer hat vielleicht als einziger historisch-kritische Anmerkungen beigefügt. Zwei der insgesamt sieben Bände umfassenden „Geschichte des stalinschen GULAGs“ haben Deportationen zum Gegenstand: „Massenrepressionen in der UdSSR“ (hrsg. v. I.A. Zjuzina) und „Sondersiedler in der UdSSR“ (T.B. Carevskaja). Diese Veröffentlichungen beinhalten neben Quellenangaben und einer umfangreichen Legende auch einen sorgfältigen Kommentar zu fast jedem Dokument.<sup>66</sup>

Im Herbst 2005 fasste eine weitere Dokumentensammlung „Die stalinschen Deportationen“ zusammen. Die Herausgeber (P.M. Poljan und N.L. Pobol') legten der Quellenedition Poljans Vorstellungen von einer räumlich-zeitlichen Logik der Deportationspolitik eines totalitären Staates und von der Gliederung der Deportationen in Kampagnen und Operationen zugrunde. Vor allem der letzte Gedanke bestimmte die Anordnung des Quellenmaterials. Es bleibt zu hoffen, dass mit Erscheinen dieser Standardwerke Wissenschaftlichkeit und politische Unvoreingenommenheit auch für zukünftige Quellenpublikationen zur Regel werden.<sup>67</sup>

Seltener wurden Versuche unternommen, empirisches Material in Monografien publik zu machen. Unter den auf Russisch erschienenen Arbeiten sind folgende hervorzuheben: N.F. Bugajs „Von Berija bis Stalin“ zum Thema der deportierten Völker (1995);<sup>68</sup> I.A. Ivnickijs „Kollektivierung und Entkulakisierung“ (1996) zur Verbannung der „Kulaken“<sup>69</sup> sowie Poljans „Gegen ihren Willen. Geschichte und Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR“ (2001)<sup>70</sup> und Zemskovs „Sondersiedler in der UdSSR“ (2003);<sup>71</sup> die beiden letztgenannten fassen die Ergebnisse zahlreicher Aufsätze der Autoren zum jeweiligen Thema zusammen. Sowohl bei Bugaj als auch bei Zemskov ist eine Tendenz zur unkritischen Hinnahme der stalinschen Repressionslogik – wenn auch nicht zu ihrer Rechtfertigung – zu spüren. In dieser Hinsicht sind die Publikationen von Ivnickij und Poljan – diese am

<sup>66</sup> Bilas, Represyivno-karal'na sistema; Bugaj, Deportacii: zachidni zemli Ukraïny; Deportacija narodov SSSR; Katyn'. Mart 1940 g. – sentjabr' 2000 g.; Pasat, Trudnye stranicy istorii Moldovy; Istorija stalinskogo GULAGa; Istorija stalinskogo GULAGa, Tom 5: Specpereseleny v SSSR.

<sup>67</sup> Stalinskie deportacii.

<sup>68</sup> Bugaj, L. Berija – I. Stalinu.

<sup>69</sup> Ivnickij, Kollektivizacija i paskulačivanie.

<sup>70</sup> Poljan, Ne po svoej vole.

<sup>71</sup> Zemskov, Specposeleny v SSSR.

Beispiel der Kulakenverbannung, jene im Hinblick auf sowjetische Deportationen allgemein – kritischer.<sup>72</sup>

Gleichzeitig lässt sich bei einigen nichtrussischen Autoren, besonders bei Kollegen aus Polen, der Westukraine und dem Baltikum, eine ebenso deutliche, aber ganz andere, ja Zemskov und Bugaj entgegengesetzte politische Tendenz beobachten – die Neigung anzuklagen und dadurch auf jegliche Analyse zu verzichten. Einige von ihnen sehen die Völkerdeportationen ausschließlich als Bestandteil einer totalen sowjetischen Unterdrückungsmaschinerie, die ihre und nur ihre Länder im Namen der „Sowjetisierung“ – sie reden lieber von „sowjetischer Besatzung“ – vernichtet. Auf Schritt und Tritt ist in diesen Werken, insbesondere in Bezug auf die baltischen Völker von „Völkermord“ die Rede. Der Begriff wird dabei verzerrt und entwertet, vor allem wenn seine Verwendung mit einem Vergessen oder Ignorieren des tatsächlichen Genozids, der sich 1941–1944 im Baltikum abspielte, einhergeht.

Vor dem Hintergrund der stalinschen Repressionen im Allgemeinen und den Straflagern im Besonderen ist das Forschungsinteresse an der Problematik der Zwangsmigrationen im Westen gesunken. Nur wenige Historiker widmeten dem Thema eine Monografie oder auch nur eine Aufsatzreihe. Die Analyse neu zugänglicher Dokumente aus der UdSSR parallel zu einem traditionellen Festhalten an literarischen Quellen (vor allem biografischen Texten) ermöglichte ihnen eher allgemeine Einschätzungen und Schlussfolgerungen als ihren Kollegen aus Russland und der Ukraine.

Wichtige Beiträge zur Erforschung der Geschichte der Kollektivierung und Kulakenverbannung leisteten S. Viola (Kanada) und S. Merl (Deutschland).<sup>73</sup> Deutsche Historiker untersuchten die Deportationen der Wolgadeutschen (A. Eisfeld, V. Herdt, V. Krieger und D. Dahlmann).<sup>74</sup> Durch ein hohes Niveau an kritischer Aufbereitung

---

<sup>72</sup> Das gleiche kann von V. Berdinskichs umfangreicher Publikation *Specposelency* gesagt werden. Allerdings wiederholt diese im Großen und Ganzen die Ergebnisse früherer Publikationen. Interessant ist dieses Werk durch seine empirisch-regionalen Bezüge.

<sup>73</sup> Lynne Viola, *The tragedy of the Soviet Countryside*. Bd. 1: *The war against the peasantry, 1927–1930*. New Haven 2005; Stephan Merl, *Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems, 1930–1941*. Berlin 1990.

<sup>74</sup> *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee* (wie Anm. 49); Krieger, *V načale puti; Krieger, Osobnosti kadrovoj politiki; Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945*, hrsg. v. Dittmar Dahlmann. Essen 1999; Dittmar Dahlmann, „Operation erfolgreich durchgeführt“. Die Deportationen der Wolgadeutschen 1941, in: *Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung*, hrsg. v. Robert Streibel. Wien 1994, S. 201–226.

verschiedenartigster Quellen zeichnen sich die Aufsätze der amerikanischen Forscher M. Gelb (zu den Deportationen der Koreaner, Finnen und anderer nationaler Minderheiten) und P. Holmquist aus (zur Deportationspolitik des zarischen Russlands während des Ersten Weltkriegs und des bolschewistischen Russlands in den ersten Jahren der Sowjetmacht).<sup>75</sup> J.O. Pohl räumt im Rahmen einer Monografie zum sowjetischen Strafsystem den Deportierten viel Raum ein.<sup>76</sup> Untersuchungen der Deportation der Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren im weiteren Kontext ethnischer Säuberungen im Europa des 20. Jahrhunderts – z.B. von B. Williams (Autor eines Standardwerks zur Geschichte der Krimtataren),<sup>77</sup> N.M. Naimark und T. Martin (stellenweise mit interessantem Tatsachenmaterial aus russländischen Archiven) – ergaben neue interessante Gesichtspunkte.<sup>78</sup>

Den Versuch einer chronologischen Darstellung der sowjetischen Deportationen unternahm der französische Historiker Jean-Jacques Marie in seiner Monografie „Les peuples déportés d’Union soviétique“ (1995). Das System der Sondersiedlungen bezeichnet er als „zweiten GULAG“. Es handelt sich um eine herkömmliche kompilatorische Arbeit ohne Anspruch auf Neuheit der Quellen oder Neuheit der gedanklichen Verarbeitung. Ihre Schwäche liegt außerdem in einer alles vereinfachenden Oberflächlichkeit und in ihrer außerordentlich dünnen Quellengrundlage. Vertreten sind neben frühen Publikationen von Bugaj, S. Kim und V.N. Zemskov; die neuesten zitierten westlichen Quellen stammen von 1993/94, die neuesten postsowjetischen Publikationen von 1991/92! Dennoch wird die Chronologie der wichtigsten ethnischen Deportationen richtig wiedergegeben; sie ist konsequent und enthält keine groben Fehler.<sup>79</sup> Sehr kurz wird die Situation der Sondersiedler, ihre Halbrehabilitierung und Halb-

<sup>75</sup> Michael Gelb, An Early Soviet Ethnic Deportation: The Far-Eastern Koreans, in: *The Russian Review* 54 (1985), S. 389-412; ders., The Western Finnic Minorities and the Origins of the Stalinist Nationalities Deportations, in: *Nationalities Papers* 24 (1996), Nr. 2, S. 237-267; Peter Holmquist, Making war, forging revolution. Russia’s continuum of crisis, 1914–1921. Cambridge, Mass. 2002.

<sup>76</sup> J. Otto Pohl, *The Stalinist penal system. A history of Soviet repression and terror, 1930–1953.* Jefferson/London 1997.

<sup>77</sup> Brian Glyn Williams, *The Crimean Tatars. The diaspora experience and the forging of a nation Crimean.* Leiden 2001.

<sup>78</sup> Norman M. Naimark, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in the Twentieth Century Europe,* Cambridge, Mass./London 2001; Terry Dean Martin, *The affirmative action empire. Nations and nationalism in the Soviet Union, 1923–1939.* Ithaca 2001.

<sup>79</sup> Ungenauigkeiten sind dem Autor dennoch unterlaufen: Er gibt für die ersten Deportationen der finnischen Bevölkerung den Zeitraum von 1932 bis 1934 an; Jean-Jacques Marie, *Les peuples déportés d’Union soviétique,* Bruxelles 1995, S. 21.

repatriierung betrachtet. Das abschließende Kapitel enthält eine angemessene Beurteilung der bewaffneten ethnischen Konflikte in der postsowjetischen Ära im postsowjetischen Raum.

## 5. Forschungsfragen

Die Deportationen der letzten Kriegsmonate und der Arbeitseinsatz deutscher „internierter“ und „mobilisierter“ (oder „arrestierter“) Zivilisten nichtrussischer Staatsangehörigkeit in der Sowjetunion war lange nicht untersucht worden. In Analogie zu den *Ostarbeitern* im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich bezeichnen wir sie als *vestarbjtery*. Als in Russland 1994 die ersten Aufsätze zum Thema veröffentlicht wurden (V.B. Konasov und A.V. Terešuk, P.N. Knyševskij, M.I. Semirjaga), waren im Westen schon Abhandlungen herausgekommen, die sich direkt oder indirekt mit diesen Fragen befassten (Monografien von G. Weber und Mitverfassern, S. Karner u.a.).<sup>80</sup> Ein Versuch, diese spezifischen Deportationen zusammenfassend abzuhandeln, wurde vom Autor dieses Beitrags selbst unternommen.<sup>81</sup>

Bisher unerwähnt blieben zwei weitere Forschungskomplexe, die in den letzten Jahren in der russländischen und nichtrussländischen Forschung diskutiert wurden. In dem einen Fall geht es um die Frage, ob 1953 eine jüdische Deportation stattgefunden habe, im anderen um die Erforschung der Sondersiedlung, d.h. der konkreten Umstände der Deportation (Ansiedlungsort, Tagesablauf und Lebensbedingungen der Deportierten). Während die erste Frage in der letzten Zeit in den Hintergrund zu treten scheint, nimmt das Interesse an der zweiten offensichtlich weiter zu.

Man weiß inzwischen, dass eine totale Deportation der Juden aus den zentralen und westlichen Gebieten der UdSSR *de facto* nicht stattgefunden hat. Auch wenn es für die Vorbereitung einer solchen Operation keine eindeutigen Zeugnisse gibt,<sup>82</sup> sind doch Dokumente, die indirekt auf ein derartiges Vorhaben hinweisen, in einer Zahl aufgetaucht, die eine Zusammenstellung und Systematisierung recht-

---

<sup>80</sup> Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945–1949, hrsg. v. Georg Weber (u.a.). 3 Bde., Köln (u.a.) 1995; Stefan Karner, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956. Wien (u.a.) 1995.

<sup>81</sup> Poljan, „Vestarbjtery“; Poljan, Ne po svoej vole.

<sup>82</sup> Eine typische Auswahl sehr glaubwürdiger Dokumente findet sich beispielsweise bei Z. Bar-Sella, T. Šrajman, Ja. Toporovskij, Poslednjaja tajna režima [Das letzte Geheimnis des Sowjetregimes], in: Okna (Jerusalim) 7.–13.12.1995, S. 4 ff.

fertigt.<sup>83</sup> Da praktisch kein Archivadokument ein entsprechendes Vorhaben direkt (oder auch nur indirekt) bestätigt, kann sowohl die Deportation als auch die Vorbereitung einer solchen nur im Konjunktiv erörtert werden.<sup>84</sup>

Was die Erforschung der Sondersiedlungen anbelangt, so basiert sie in größerem Umfang auf der Analyse der Kollektivierung und Kulakenverbannung im Rahmen der „Entkulakisierung“ (V.P. Danilov, N.A. Ivnickij, S.A. Krasil'nikov) als auf der Analyse der Deportationen selbst. Eine wichtige Quelle für die Erforschung dieses Themas sind die regionalen Archive der Ansiedlungsgebiete. Übrigens hat Westsibirien, was den „Erschließungsgrad“ dieser Archive angeht, die Führung übernommen (dank Krasil'nikov, Mokšeev u.a.). Ernste Konkurrenz droht der Region in letzter Zeit durch den Ural. Von dort lieferten S.A. Krasil'nikov<sup>85</sup> und A.B. Suslov<sup>86</sup> mit ihren neuesten Monografien vorbildliche Arbeiten. Beide Werke bestechen vor allem durch ihren Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen Aspekten der Deportationen und der Zwangsarbeit.

So ist Krasil'nikovs Versuch, die Ausgabenstrukturen während der „Hochzeiten“ der Deportation unter Stolypin und Stalin zu vergleichen, äußerst aufschlussreich. Unter beiden verbleibt ein Drittel nicht gedeckter Kosten, wobei Stalins Drittel wesentlich schwerer wiegt. Laut Krasil'nikov war die repressive Kolonisierung Sibiriens durch das zarische Russland ein Fiasko und die sowjetische Deportationspolitik die Fortsetzung dieses Fiaskos. Die Besonderheit der sowjetischen Deportationspolitik sieht er darin, dass repressive und wirtschaftliche Aufgaben nun innerhalb der OGPU und ihrer Nachfolgeorganisationen zusammenliefen, und diese versuchten, ihre zahlreichen „Archipels“, wo neben anderen Deportierten auch Sondersiedler, d.h. Arbeitskräfte ohne Lohn und Rechte, lebten, optimal zu organisieren.

In dieser besonderen, alles durchdringenden Rolle, die die Staatsicherheit im Staat spielte, lagen durchaus Chancen wirtschaftlichen Erfolgs. Alles hing an der Art der Wirtschaftsprojekte, mit denen OGPU-NKVD betraut wurde: Als die Entkulakisierung Anfang der 1930er Jahre über das Land hereinbrach, waren solche Projekte vor

<sup>83</sup> Vgl. Kostyrčenko, V plenu; ders., *Tajnaja politika*, S. 671-685. Siehe auch: Ljuks, *Evrejskij vopros*, S. 54 f.; Madievskij, 1999, 2000.

<sup>84</sup> Mit diesen Worten ist auch die Diskussion zur „Deportation der Juden“ in der *Jerusalemmer Zeitschrift „Novyj vek“* (2 [2002], 1 [2003]) abschließend zu kommentieren.

<sup>85</sup> Krasil'nikov, *Serp i molot*.

<sup>86</sup> Suslov, *Speckontingent*.



allem die geografisch weit verbreitete Waldnutzung, der Abbau einiger Bodenschätze sowie die Gewinnung agrarischen Neulands (Narymskij Sever). Außerdem erzielten die vorschriftswidrigen, aus Sondersiedlern bestehenden Genossenschaften häufig bessere Resultate als die Kolchosen der alteingesessenen Bevölkerung. Hinter ihnen stand schließlich eine mächtige Organisation wie die OGPU/NKVD, die unvergleichlich bessere Möglichkeiten als das Volkskommissariat für Landwirtschaft hatte, „ihre“ Genossenschaften zu privilegieren (Verlängerung der Darlehen, Schuldabschreibung, Aufschub der Steuerzahlungen und Arbeitsleistung). Daraus folgt aber noch nicht, dass Zwangsarbeit effektiver als freiwillige Arbeit ist. Der Staat hatte vor allem Vollständigkeit und Schnelligkeit, aber weniger Effektivität im Sinn.

Auch wenn es also eine regelrechte Publikationswelle zum Thema Deportationen und sowjetischen Deportationspolitik gab, darf ihre Bedeutung nicht überschätzt werden. Sie war chaotisch und hinterließ zahlreiche „weiße“ oder „graue“ Flecken. Allerdings scheinen diese Flecken schon so genau lokalisiert zu sein, dass sich der Versuch lohnt, sie auszufüllen. Sie liegen überwiegend in der ersten Hälfte der 1930er Jahre, in der Zeit des Zweiten Weltkriegs (vor allem militärische Deportationen), in den frühen 1950er Jahren und in der Zeit nach Stalins Tod. Dieser stellte nämlich nicht, wie es vielleicht scheinen mag, eine Schwelle von einer Ära zur anderen dar. Weder das physische Verschwinden des Diktators noch Chruščevs Enthüllungen zum Personenkult befreiten die Gesellschaft von Gewalt und Schrecken oder die Parteiführer und Tschekisten von Machtklischees wie dem der „aktiven“ Deportationspolitik. Denn zu Zwangsumsiedlungen (im Grunde auch ethnischen) ist es noch lange Zeit immer wieder gekommen, wenn auch sehr viel seltener als in den vorangegangenen 25 Jahren. Ein eindrucksvolles Beispiel ist Novaja Zemlja: Als dort Mitte der 1950er Jahre ein Atomtestgelände entstand, wurden die dort lebenden Deutschen aufs Festland, in die Gegend um Nar’jan-Mar deportiert. Dennoch hat sich einiges nach dem Tod Stalins geändert. Das „ökonomische Interesse“ musste nicht mehr hinter dem politischen versteckt werden. Das führte zu einer Dezentralisierung der Entscheidungsinstanzen. Jetzt konnte eine Umsiedlungsinitiative also unter keinen Umständen mehr von Organen der Union, sondern nur noch von denen der Republiken erwartet werden.

Ein wenig erforschetes und schlecht dokumentiertes Beispiel ist die Mitte der 1960er Jahre erfolgte Zwangsumsiedlung der Bergtadschi-

ken ins Flachland.<sup>87</sup> Die Wurzel des Problems lag darin, dass Tadschikistans Agrarwirtschaft durch eine arbeitsintensive Baumwollmonokultur, die in den bewässerten Tälern angebaut wurde, gestärkt werden sollte. Dem Arbeitskräftemangel sollte durch Einsatz „lokaler Ressourcen“ – Jagnobi und anderer in den Bergen lebenden Tadschiken – abgeholfen werden, wozu diese „freiwillig“ ins Flachland umsiedeln und sich dort akklimatisieren sollten. Als sie, an Berge und Viehzucht gewohnt, dem Aufruf zur Umsiedlung nicht nachkamen, musste das Prinzip der „Freiwilligkeit“ aufgegeben werden. Nach welchen Kriterien die umzusiedelnden Kišlaks ausgesucht wurden, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, dass Einheiten der Miliz die Dörfer aufsuchten, Häuser und Bewässerungsgräben zerstörten, die Menschen und ihre Habseligkeiten auf Wagen verluden, ins Flachland transportierten und in Barackensiedlungen unterbrachten. Dorthin geschickt wurden auch – wie 30 Jahre zuvor im Krieg – demobilisierte Soldaten der Sowjetarmee. Unter den Bergbewohnern, die an gutes Wasser gewöhnt waren, brachen bald Epidemien aus: Ruhr, Diphtherie und Tuberkulose. Im Hochgebirge hatten sie keine Immunität gegen diese Krankheitserreger entwickelt. Die Sterblichkeit stieg sprunghaft an.<sup>88</sup>

Die Deportationen sind im 20. Jahrhundert zu einem wichtigen Forschungsgegenstand der russländischen Historiografie geworden; ihre Erforschung geht auch im 21. Jahrhundert weiter.

Aus dem Russischen übersetzt von Corinna Löffler, Hamburg

### Verzeichnis neuerer Literatur in russischer Sprache

Ž.B. Abylchožajev, M.K. Kozybaev, M.B. Tatimov, Kazachstanskaja traedija [Die kasachische Tragödie], in: Voprosy istorii 7 (1989), S. 53-71.

G.M. Adibekov, Specpereselency – žertvy „splošnoj kollektivizacii“ [Sondersiedler – Opfer der „forcierten Kollektivierung“], in: Istoričeskij archiv 4 (1994), S. 145-180.

<sup>87</sup> Nach einem anonym veröffentlichten Artikel von B.I. Silkin (1978; berichtet von A. Čerkasov, der folgende Quelle nennt: Archiv Samizdata, Nr. 3199). Der Verfasser dieses Beitrags hörte während einer Reise nach Tadschikistan im Sommer 1980 mehrmals von dieser Umsiedlung.

<sup>88</sup> Ähnliches ereignete sich auch in anderen Bergregionen, vor allem in Dagestan.

- Ja. Ajzenštadt, O podgotovke Stalinym genocida evreev: Juridičeskoe issledovanie etapov prestupnoj podgotovki Stalinym genocida evreev [Wie Stalin den Genozid an den Juden vorbereitete: Eine juristische Untersuchung der Etappen der kriminellen Vorbereitung des Genozids an den Juden durch Stalin]. Ierusalim 1994 [103 S.].
- L.M. Alekseeva, Istorija inakomyslija v SSSR. Novejšij period [Geschichte des Andersdenkens in der UdSSR. Neueste Entwicklungen]. Moskva 1992 [352 S.].
- E.M. Andreev, L.E. Darskij, T.L. Char'kova, Istorija naselenija SSSR. 1920–1959 gg. [Geschichte der Bevölkerung der UdSSR. 1920–1959], in: Ėkspres-informacija [Express-Information]. Moskva 1990 (Istorija statistiki. 3-5, 1) [200 S.].
- A. Artizov, V. Kočetov, I. Kurilov, S. Mel'čin, L. Moškov, Ju. Murin, Ju. Sigačev, A. Stepanov, R. Usikov, I.V. Ševčuk, Iz istorii Belikoj Otečestvennoj vojny [Aus der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges], in: Izvestija CK KPSS 9 (1990), S. 193-215.
- V.A. Auman, V.G. Cebotareva, Gordiev uzal nemeckich nacional'nych problem [Der gordische Knoten deutscher Nationalitätenprobleme], in: Istorija rossijskich nemcev v dokumentach [Geschichte der Russlanddeutschen in Dokumenten]. Bd. 1, Moskva 1993, S. 3-10.
- A. Avtorchanov, Memuary [Memoiren]. Frankfurt a.M. 1983 [764 S.].
- K.G. Azamatov, M.O. Temiržanov, B.B. Tembukuev, A.I. Tetuev, I.M. Čečenov, Čerekskaja tragedija [Die Tragödie in der Čerekschlucht]. Načik 1994 [201 S.].
- L. Baratašvili, K. Baratašvili, My – meschi [Wir sind Mescheten], in: Literaturnaja Gruzija 8-11 (1988), Nr. 8, S. 85-132; Nr. 9, S. 98-146; Nr. 10, S. 91-115; Nr. 11, S. 150-181.
- M. Baratašvili, Pravovoe položenie meschov-repatriantov v Gruzii [Die Rechtsstellung der repatriierten Mescheten in Georgien]. Tbilisi 1998.
- Gul'nara Bekirova, Krymskotatarskaja problema v SSSR (1944–1991) [Das Problem der Krimtataren in der UdSSR (1944–1991)]. Simferopol' 2004 [332 S.].
- Belaja kniga: O deportacii korejskogo naselenija Rossii v 30-40-e gody [Weißbuch: Die Deportation der koreanischen Bevölkerung Russlands in den 30er und 40er Jahren]. Kn. 1, Moskva 1992 [204 S.].
- N. Belicer, O. Bodruk, Krym kak region potencial'nogo konflikta [Die Krim als mögliche Konfliktregion], in: Ėtničeskie i regional'nye konflikty v Evrazii [Ethnische und regionale Konflikte in

- Eurasien]. Kn. 2: Rossija, Ukraina, Belorussija [Russland, Ukraine, Weißrussland], Moskva 1997, S. 83-113.
- L. Belkovec, Specposelenie nemcev v Zapadnoj Sibiri (1941–1955 gg.) [Die Sondersiedlung der Deutschen nach Westsibirien (1941–1955)], in: *Repressii protiv rossijskich nemcev 1990*, S. 158-179.
- V.S. Belozеров, Ėtnodemografičeskie processy na Severnom Kavkaze [Ethnisch-demografische Prozesse im Nordkaukasus]. Stavropol' 2000 [156 S.].
- Viktor Berdinskich, Specpocelency. Političeskaja ssylka narodov Sovetskoj Rossii [Sondersiedlung. Die politische Verbannung der Völker Sowjetrusslands]. Moskva 2005 [766 S.].
- Ivan H. Bilas, Represyvno-karal'na systema v Ukraïni: 1917–1953. Suspil'no-politycnyj ta istoryko-pravovyj analiz. U dvoch knyhad [Das Repressions- und Strafsystem in der Ukraine von 1917 bis 1953. Eine gesellschaftspolitische und historisch-rechtliche Analyse]. Kyïv 1994 [424, 684 S.].
- Ch. Bokov, Ėcho nevozvratnogo prošlogo [Echo der unwiederbringlichen Vergangenheit], in: Moskva 1 (1989), S. 160-167.
- Ja.B. Brojdo, V.Ju. Prochorov, Turki-meschetincy [Turkisierte Mescheten], in: *Narody Rossii: Ėnciklopedija* [Die Völker Russlands. Enzyklopädie]. Moskva 1994, S. 342 f.
- V. Brul', Deportirovannye narody v Sibiri (1935–1965 gg.): Sravnitel'nyj analiz [Deportierte Völker in Sibirien (1935–1965): Eine vergleichende Analyse], in: *Repressii protiv rossijskich nemcev 1999*, S. 95-117.
- N.F. Bugaj, K voprosu o deportacijach narodov SSSR v 30–40-ch godach [Zur Frage der Deportationen sowjetischer Völker in den 30er und 40er Jahren], in: *Istorija SSSR* 6 (1989), S. 135-143.
- N.F. Bugaj, Deportacija [Deportation], in: *Političeskij sobesednik* (Minsk) 6 (1990), S. 39 ff.
- N.F. Bugaj, Deportacija narodov s Ukrainy (30–50-e gody) [Die Völkerdeportation aus der Ukraine (30er bis 50er Jahre)], in: *Ukrainskij istoričeskij žurnal* (Kiev) 10 (1990), S. 32-45; 11 (1990), S. 20-25.
- N.F. Bugaj, O deportacii kalmyckogo naroda [Zur Deportation des kalmückischen Volkes], in: *Teačín-Gerl (Ėlista)* 3 (1990), S. 20-30.
- N.F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov [Die Wahrheit über die Deportation des tschetschenischen und des inguschetischen Volkes], in: *Voprosy istorii* 7 (1990), S. 32-44.
- N.F. Bugaj, „Vyselenie proizvesti po prikazu tov. Berii...“ [„Die Aussiedlung ist auf Befehl des Genossen Berija zu vollziehen...“], in: *Istoričeskie nauki v Moldove* 1 (1991), S. 64-68.

- N.F. Bugaj, Deportacionnye i migracionnye processy v Central'nom Černozem'e: 40-e gody [Deportations- und Migrationsprozesse im Zentralen Schwarzerdegebiet: 40er Jahre], in: Istorija zaselenija i social'no-ekonomičeskogo razvitija Černozem'ja (Voronež) (1991), S. 17-20.
- N.F. Bugaj, Deportacija. Berija dokladyvaet Stalinu [Deportation. Berija erstattet Stalin Bericht], in: Kommunist 3 (1991), S. 123-128.
- N.F. Bugaj, Konec 30-ch–40-e gody. Evropejskij Sever: deportacija narodov [Ende der 30er bis 40er Jahre. Der Europäische Norden: Völkerdeportation], in: Trudy in-ta jazyka, literatury i istorii Komi naučnogo centra AN SSSR (Syktyvkar) vyp. 52 (1991), S. 84-97.
- N.F. Bugaj, „Nastojaščim dokladyvaem, na osnove ukazanij deportirujutsja...“: O pereselenii narodov v Baškiriju v 40–50-e gody [„Nachfolgend melden wir: Auf Anordnung werden deportiert...“: Die Völkerumsiedlung nach Baschkirien in den 40er und 50er Jahren], in: Stranicy baškirskoj istorii: novye fakty, vzgljady, ocenki [Elemente der baschkirischen Geschichte: neue Tatsachen, Ansichten, Einschätzungen]. Ufa 1991, S. 69-77.
- N.F. Bugaj, Operacija „Ulusy“ [Operation „Ulusy“]. Ėlista 1991 [88 S.].
- N.F. Bugaj, „Pogruženy v ešelony i otpravleny k mestam poselenij...“: L. Berija – I. Stalinu [„In Militärzüge verladen und auf den Weg geschickt...“: Von Berija bis Stalin], in: Istorija SSSR 1 (1991), S. 143-160.
- N.F. Bugaj, Sever v politike pereselenija narodov [Der Norden in der Politik der Völkerumsiedlung], in: Sever (Petrozavodsk) 4 (1991), S. 92-98.
- N.F. Bugaj, Šli poezda na vostok [Die Züge fahren in den Osten], in: Političeskij sobesednik (Minsk) 5 (1991), S. 33, 61 ff.
- N.F. Bugaj, 40-e gody: „Avtonomiju nemcev Povolz'ja likvidirovat...“ [40er Jahre: „Die Autonomie der Wolgadeutschen ist zu beseitigen...“], in: Istorija SSSR 2 (1991), S. 172-180.
- N.F. Bugaj, Deportacija krymskich tatar v 1944 g. [Die Deportation der Krimtataren von 1944], in: Ukrainskij istoričeskij žurnal (Kiev) 16 (1992), S. 29-44.
- N.F. Bugaj, Iz istorii deportacij i trudoustrojstva korejcev v Kazachstane i Uzbekistane [Zur Geschichte der Deportationen und Zwangsarbeit der Koreaner in Kasachstan und Usbekistan], in: Informacionnyj vestnik Evrazijskoj asociacii korejcev „Koren“ (Moskva) 2 (1992), S. 54-94.
- N.F. Bugaj, Ingermanlandcy: pod grifom „sekretno“ [Ingermanländer: Vermerk: „geheim“], in: Sever 3 (1992), S. 123-128.

- N.F. Bugaj, „Korejskij vopros“ na Dal’nem Vostoke i deportacii 1937 g. [Die „koreanische Frage“ im Fernen Osten und die Deportation von 1937], in: Problemy Dal’nego Vostoka 4 (1992), S. 152-161.
- N.F. Bugaj, O vyselenii korejcev iz Dal’nevostočnogo kraja [Die Aussiedlung der Koreaner aus der Fernöstlichen Region], in: Otečestvennye archivy 6 (1992), S. 141-168.
- N.F. Bugaj, „Po svedenijam NKVD byli pereseleny...“ [„Nach Informationen des NKVD wurden umgesiedelt...“]. Kiev 1992 [48 S.].
- N.F. Bugaj, 20–40-e gody: deportacija naselenija s territorii Evropejskoj Rossii [20er bis 40er Jahre: Die Deportation der Bevölkerung vom Territorium des Europäischen Russlands], in: Otečestvennaja istorija 4 (1992), S. 37-49.
- N.F. Bugaj, 40–50-e gody: posledstvija deportacii narodov: Svidetel’stvujut archivy NKVD – MVD SSSR [40er und 50er Jahre: Die Folgen der Völkerdeportation: Es berichten die Archive des NKVD-MVD der UdSSR], in: Istorija SSSR 1(1992), S. 122-143.
- N.F. Bugaj, Vlast’ satany: O deportacijach narodov iz Pribaltiki v 40–50-e gody [Die Macht Satans: Die Völkerdeportationen aus dem Baltikum in den 40er und 50er Jahren], in: Molodaja gwardija 4 (1993), S. 40-48.
- N.F. Bugaj, O pereselenii i deportacijach evrejskogo naselenija v SSSR [Die Umsiedlungen und Deportationen der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR], in: Otečestvennaja istorija 2 (1993), S. 175-185.
- N.F. Bugaj, 20–50-e gody: prinuditel’nye pereselenija narodov [Zwangsumsiedlungen der Völker von 1920 bis Ende der 1950er Jahre], in: Obozrevatel’ 11 (1993), S. 122-127.
- N.F. Bugaj, 40-e gody: deportirovannye i mobilizovannye nemcy na Dal’nem Vostoke [Deportation und Mobilisierung der Deutschen im Fernen Osten in den 1940er Jahren], in: Problemy Dal’nego Vostoka 2 (1993), S. 172-177.
- N.F. Bugaj, Vyselenie sovetskich korejcev s Dal’nego Vostoka [Die Aussiedlung sowjetischer Koreaner aus dem Fernen Osten], in: Voprosy istorii 5 (1994), S. 141-148.
- N.F. Bugaj, O deportacijach irancev iz Azerbajdžana i Kazachstana [Die Deportation der Iraner aus Aserbaidžan und Kasachstan], in: Vostok 6 (1994), S. 146-154.
- N.F. Bugaj, Repressirovannye narody: kazaki [Unterdrückte Völker: Die Kasachen], in: Špion 1 (1994), S. 38-68.
- N.F. Bugaj, Turki iz Meschetii: dolgij put’ r rehabilitacii (1944–1994) [Türken aus Meschetien: der lange Weg ihrer Rehabilitierung (1944–1994)]. Moskva 1994 [162 S.].

- N.F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu: „Soglasno Vašemu ukazanju...“ [Von Berija bis Stalin: „Ihrem Befehl gemäß...“]. Moskva 1995 [320 S.].
- N.F. Bugaj, „Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny...“ I. Stalin: Sb. dokumentov (1940-e gody) [„Die Deutschen sind für die Bildung von Arbeitskolonnen zu mobilisieren...“ I. Stalin: Dokumentensammlung (1940er Jahre)]. Moskva 1998 [350 S.].
- N.F. Bugaj, Social'naja naturalizacija i étničeskaja mobilizacija (opyt korejcev v Rossii) [Soziale Naturalisierung und ethnische Mobilisierung am Beispiel der Koreaner in Russland], hrsg. v. M.N. Guboglo. Moskva 1998 [340 S.].
- N.F. Bugaj, Avtnomija nemcev Povolž'ja: problemy destruktivirovanija i social'noj naturalizacii [Die Autonomie der Wolgadeutschen: Probleme der Destrukturierung und sozialen Naturalisierung], in: Repressii protiv rossijskich nemcev 1999, S. 84-94.
- N.F. Bugaj, Rossijskie korejcy: novyj povorot istorii. 90-e gody. [Russländische Koreaner: Eine Wende in ihrer Geschichte in den 1990er Jahren]. Moskva 2000 [112 S.].
- N.F. Bugaj, Deportacija narodov Kryma: Dokumenty, fakty, komentarii [Die Deportation der Krimvölker: Dokumente, Fakten, Kommentare]. Moskau 2002 [240 S.].
- N.F. Bugaj, T.M. Broev, R.M. Broev, Sovetskie kurdy: vremja peremen [Sowjetische Kurden. Zeit des Wechsels]. Moskva 1993 [192 S.].
- N.F. Bugaj, Charuki Vada, Iz istorii deportacii „russkich korejcev“ [Geschichte der Deportation der „russischen Koreaner“], in: Družba narodov 7 (1992), S. 218-224.
- N.F. Bugaj, A.M. Gonov, Kavkaz: narody v ešelonach (20–60-e gody) [Der Kaukasus: Völker in Militärzügen (1920er–1960er Jahre)]. Moskva 1998 [368 S.].
- N.F. Bugaj, A.N. Koconis, „Objazat' NKVD SSSR...vyselit' grekov“ [„Der NKVD der UdSSR ist anzuhalten...die Griechen auszusiedeln“]. Moskva 1999 [159 S.].
- D. Bukalov, Ostarbajtery Donbassa [Ostarbeiter des Donezbeckens], in: Kornj travy: Sb. statej molodych istorikov [Kräuterwurzeln: Sammelband mit Artikeln junger Historiker]. Moskva 1996, S. 155-159.
- V. Buldakov, Rec. na kn.: P. Poljan, Ne po svoej vole: Istorija i geografi-ja prinuditel'nych migracij v SSSR. Moskva 2001 [Rezension: P. Poljan, Gegen ihren Willen: Geschichte und Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR. Moskau 2001], in: Pro et contra (2002), S. 179-184.
- L. Burgart, Sud'ba čeloveka – sud'ba naroda. Ličnye dela nemcev-

- specpereselencev kak istočnik po probleme deportacii i režima specposelenija [Das Schicksal eines Menschen – das Schicksal eines Volkes. Personalakten deutscher Sondersiedler als Quelle zum Problem der Deportation und des Ablaufs der Sondersiedlung], in: *Repressii protiv rossijskich nemcev 1999*, S. 180-187.
- V.V. Caplin, Statistika žertv stalinizma v 30-e gody [Eine Statistik zu den Opfern des Stalinismus in den 1930er Jahren], in: *Voprosy istorii* 4 (1989), S. 175-181.
- V. Čebrikov, O vyselenii v 40–50-ch godach nekotorych kategorij graždan iz zapadnyh rajonov SSSR [Die Aussiedlung einiger Kategorien von Bürgern aus den westlichen Gebieten der UdSSR in den 1940er und 1950er Jahren], in: *Istočnik* 1 (1996), S. 137 ff.
- T. Čebykina, Deportacija nemeckogo naselenija iz evropejskoj časti SSSR v Zapadnuju Sibir' (1941–1945) [Die Deportation der deutschen Bevölkerung aus dem europäischen Teil der UdSSR nach Westsibirien (1941–1945)], in: *Repressii protiv rossijskich nemcev 1999*, S. 118-127.
- T. Černova, Problema političeskich repressij v otnošenii nemeckogo naselenija v SSSR (obzor otečestvennoj literatury) [Das Problem der politischen Repressionen gegen die deutsche Bevölkerung in der UdSSR (Ein Überblick über die russländische Literatur)], in: *Repressii protiv rossijskich nemcev 1999*, S. 261-278.
- S.M. Červonnaja, Krymsko-tatarskoe nacional'noe dviženie (1991–1993) [Die Nationalbewegung der Krimtataren (1991–1993)]. Moskva 1994 (Issledovanija po prikladnoj i neotložnoj étnologii. 57) [24 S.].
- S.M. Červonnaja, Vozvraščenie i integracija krymskich tatar v Krymu: 1990-e gody [Die Rückkehr und Integration der Krimtataren auf die Krim in den 1990er Jahren], in: *Vynuždennye migranty: integracija i vozvraščenie* [Zwangsmigranten: Integration und Rückkehr]. Moskva 1997, S. 145-182.
- P. Cholmkvist, Rossijskaja katastrofa (1914–1921) v evropejskom kontekste. Total'naja mobilizacija i „politika naselenija“ [Die Katastrophe Russlands (1914–1921) im europäischen Kontext. Totalmobilmachung und „Bevölkerungspolitik“], in: *Rossija* 21 (1998), H. 11/12, S. 26-54.
- O.A. Chrebtovič-Buteneva, Perelom (1939–1942) [Wendepunkt (1939–1942)]. Pariž 1984 (Vserossijskaja memuarnaja biblioteka. 3: Naše nedavnee) [229 S.].
- A.A. Cuciev, Osetino-ingušskij konflikt (1992–...): ego predystorija



- i faktory razvitija [Der Konflikt zwischen Osseten und Inguschen (1992–...): Vorgeschichte und Faktoren seiner Entwicklung]. Moskva 1998 (Istoriko-sociologičeskij očerk) [200 S.].
- V.P. Danilov, N.A. Ivnickij, O derevne nakanune i v chode splošnoj kollektivizacii [Das Dorf vor und im Verlauf der forcierten Kollektivierung], in: Dokumenty svidetel'stvujut: Iz istorii derevni nakanune i v chode kollektivizacii 1927–1932 gg. [Dokumente sagen aus: Aus der Geschichte des Dorfes zu Anfang und im Verlauf der Kollektivierung 1927–1932]. Moskva 1989, S. 9-50.
- V.P. Danilov, S.A. Krasil'nikov, Predislovie [Vorwort], in: Specpereselency v Zapadnoj Sibiri (1993), S. 3-9.
- I. Dement'eva, I. Medovoj, Kazn' v kolchoze imeni Berii [Hinrichtung in einer Kolchose namens Berija], in: Obščaja gazeta 8 (25 fevralja – 3 marta 1999), S. 15.
- Deportacii: zachidni zemli Ukraïiny kinca 30-ch – počatku 50-ch rr. Dokumenty, materialy, spogady. U tr'och tomach. T. 1: 1939–1945 rr. [Deportationen aus den westlichen Territorien der Ukraine Ende der 30er bis Anfang der 50er Jahre. Dokumente, Materialien, Meinungen. In drei Bänden. Bd. 1: 1939–1945], red. v. Jurij Slivka. Kiïv 1996 [752 S.].
- Deportacija narodov SSSR (1930–1950-e gody) [Völkerdeportation in der UdSSR (1930–1950er Jahre)]. Čast' 1: Dokumental'nye istočniki Central'nogo gosudarstvennogo archiva Oktjabr'skoj Revolucii, vyščich organov gosudarstvennoj vlasti i organov gosudarstvennogo upravljenja (CGAOR) SSSR [Dokumente des Zentralen Staatsarchives der Oktoberrevolution und der höchsten Staatsorgane]. Materialy k serii: Narody i kul'tury. Vypusk XII, Sostavitel': O.L. Milova, Predislovie: T.F. Pavlova. Moskva 1992 [353 S.].
- Deportacija narodov SSSR (1930–1950-e gody) [Völkerdeportation in der UdSSR (1930–1950er Jahre)]. Čast' 2: Deportacija nemcev (sentjabr' 1941 – fevral' 1942 g.) [Die Deportation der Deutschen (September 1941 – Februar 1941)]. Materialy k serii: Narody i kul'tury. Sostavitel': O.L. Milova. Moskva 1995 [248 S.].
- Deportacii pol'skich graždan iz Zapadnoj Ukrainy i Zapadnoj Belorussii v 1940 gody [Die Deportation polnischer Bürger aus der Westukraine und aus Westweißrusslands von 1940], sostaviteli: V. Vinogradov, S. Gajnoviček, B. Gronek, M. Maevskij, V. Makarov, N. Peremyšlennikova, M. Slon'-Novaček, A. Tuchol'skij, V. Christoforov. Varšava/Moskva 2003 [752 S.].
- I.A. Dugas, F.Ja. Čeron, Vyčerknutyje iz pamjati: Sovetskie voenno-

- plennye meždu Gitlerom i Staliny m [Aus dem Gedächtnis gelöscht: Sowjetische Kriegsgefangene zwischen Hitler und Stalin], in: Issledovanija novejšej ruskoi istorii [Forschungen zur neuesten russischen Geschichte]. Tom 11, Pariž 1994 [433 S.].
- A. Dugin, Stalinizm: Legendy i fakty [Stalinismus: Legenden und Fakten], in: Slovo 7 (1990), S. 22-26.
- A.N. Dugin, Govorjat archivy: neizvestnye stranicy GULAGa [Die Archive sprechen: unbekannte Seiten des GULAG], in: Social'no-političeskie nauki 7 (1990), S. 90-101.
- A.N. Dugin, Neizvestnyj GULAG: Dokumenty i fakty [Der unbekannte GULAG: Dokumente und Fakten]. Moskva 1999 [104 S.].
- A.N. Dugin, A.Ja. Malygin, Solženicy n, Rybakov: tehnologija lžy [Solženicy n und Rybakov: die Technik des Lügens], in: Voenno-istoričeskij žurnal 7 (1991), S. 68-73.
- D. Ėdiev, Demografičeskie poteri deportirovannykh narodov SSSR [Demografische Verluste unter den deportierten Völkern der UdSSR]. Stavropol' 2003 [336 S.].
- Ė. Ėrkenov, Čečency i ingušy: Paket dokumentov №1 [Tschetschenen und Inguschen. Dokumentensammlung. 1], in: Špion 1 (1993), S. 16-33.
- [Ė. Ėrkenov], Čečency i ingušy: Paket dokumentov №2 [Tschetschenen und Inguschen. Dokumentensammlung. 2], in: Špion 2 (1993), S. 53-72.
- Ja. Ėtinger, Ėto nevozmožno zabyt': Vospominanija [Das kann man nicht vergessen. Erinnerungen]. Moskva 2001 [270 S.].
- Ėtnokul'turnye vzaimodejstvija v Sibiri: Gosudarstvennaja politika (1920–1980-e gody): Dokumenty i materialy [Ethnokulturelle Wechselwirkungen in Sibirien: Staatspolitik (1920er bis 1980er Jahre): Dokumente und Materialien], sost. S.A. Krasil'nikov, I.V. Nam, N.I. Naumova, L.S. Paščenko, L.I. Pystina, S.N. Ušakova. Novosibirsk 2003 [348 S.].
- S.G. Filippov, Dejatel'nost' organov VKP(b) v zapadnykh oblastjach Ukrainy i Belorussii v 1939–1941 gg. [Die Tätigkeit der Organe der VKP(b) in den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrusslands von 1939 bis 1941], in: Repressii protiv poljakov 1997, S. 44-76.
- S. Gaev, M. Chadisov, T. Čagaeva, Chajbach: sledstvie prodolžaetsja [Chajbach: Die Untersuchung geht weiter]. Groznyj 1994 [352 S.].
- D. Gakaev, Očerki političeskoj istorii Čečni (XX vek) [Studien zur

- politischen Geschichte Tschetscheniens (20. Jahrhundert)]. 2 č[ast-jach], Moskva 1997 [474 S.].
- V.L. Genis, Raskazačivanie v Sovetskoj Rossii [Entkosakisierung in Sowjetrussland], in: Voprosy istorii 1 (1994), S. 42-55.
- V.L. Genis, Deportacija russkich iz Turkestana v 1921 godu: „Delo Safarova“ [Die Deportation der Russen aus Turkestan von 1921: „Der Fall Safarov“], in: Voprosy istorii 1 (1998), S. 44-58.
- A.A. German, Istorija Respubliki Nemcev Povolž'ja v sobytijach, faktach, dokumentach [Geschichte der Republik der Wolgadeutschen in Ereignissen, Fakten, Dokumenten]. Moskva 1996 (Istorija i étnografija rossijskich nemcev) [270 S.].
- A.A. German, A.N. Kuročkin, Nemcy SSSR v „Trudovoj armii“ (1941–1945) [Die Deutschen der UdSSR in der „Arbeitsarmee“ (1941–1945)]. 2-e izd., Moskva 2000 [208 S.].
- L.A. Gil'di, Rasstrely, ssylki, mučen'ja [Erschießungen, Verbannungen, Qualen]. Sankt-Peterburg 1996 [312 S.].
- L.A. Gil'di, Sud'ba „social'no-opasnogo“ naroda. Zasekrečennyj genocid finnov v Rossii i ego posledstvija [Das Schicksal eines „sozialgefährlichen“ Volkes. Der geheime Genozid an den Finnen in Russland und seine Folgen]. Sankt-Peterburg 2003 [504 S.].
- L.I. Gincberg, Po stranicam „osobych papok“ Politbjuro CK VKP(b) i „komissii Andreeva“ [Ein Blick in die „Sonderakten“ des Politbüros des ZKs der Kommunistischen Allunionspartei (ZK VKP(b) und die „Andreev-Kommission“], in: Voprosy istorii 8 (1996), S. 16-30.
- L.I. Gincberg, Massovyje deportacii krest'jan v 1930–1931 gg. i uslovi-ja ich suščestvovanija v severnych krajach (po materialam „osobych papok“ Politbjuro CK VKP(b) i „komissii Andreeva“) [Die Massendeportationen von Christen in den Jahren 1930–1931 und ihre Lebensbedingungen in den Nordgebieten (Zu den „Sonderakten des Politbüros des ZKs der Kommunistischen Allunionspartei und der „Andreev-Kommission“)], in: Otečestvennaja istorija 2 (1998), S. 190-196.
- A.M. Gonov, Severnyj Kavkaz: rehabilitacija repressirovannyh narodov (20–90-e gody XX veka) [Nordkaukasus: die Rehabilitierung unterdrückter Völker (1920er–1990er Jahre). Nal'čik 1998 [106 S.].
- GULAG: Glavnoe upravlenie lagerej. 1918–1969, hrsg. v. A.I. Koku-rin, N.V. Petrov. Moskva 2000 (Rossija. XX vek. Dokumenty) (2-e izd. 2002) [888 S.].
- A.É. Gur'janov, Pol'skie specpereselency v SSSR v 1940–1941 gg. [Polnische Sondersiedler in der UdSSR 1940–1941], in: Repressii protiv poljakov 1997, S. 114-136.

- A.Ě. Gur'janov, Masštaby deportacii naselenija v glub' SSSR v mae – ijune 1941 g. [Das Ausmaß der Bevölkerungsdeportation ins Innere der UdSSR im Mai und Juni 1941], in: *Repressii protiv poljakov 1997*, S. 137-175.
- A.Ě. Gur'janov, Vvedenie [Einleitung], in: *Indeks repressirovannyh. Vyp. XIV: Pol'skie pereselency v Archangel'skoj oblasti [Verzeichnis der Verfolgten. Tl. 14: Polnische Umsiedler im Bezirk Archangel'sk]. Č. 1*, hrsg. v. Ě. Rybarska, A. Gur'janov, A. Račinskij, T. Lozinskaja. Warszawa 2003 [815 S.].
- Ch.M. Ibragimbejli, Skazat' pravdu o tragedii narodov [Die Wahrheit über die Tragödie der Völker], in: *Političeskoe obrazovanie 4 (1989)*, S. 58-63.
- Identičnost' i konflikt v postsovetskich gosudarstvach [Identität und Konflikt in den postsowjetischen Staaten], pod redakcii M.B. Ollkott, V. Tiškova, A. Malašenko. Moskva 1997 [491 S.].
- T. Illarionova, Rabilitacija: trudnyj put' iz tupika: Problemy rossijskich nemcev v sovetsko-zapadno germanskich peregovorach 1957–1958 gg. [Rehabilitation: Der schwierige Weg aus einer verfahrenen Situation: Die Probleme der Russlanddeutschen in den sowjetisch-westdeutschen Verhandlungen 1957–1958], in: *Repressii protiv rossijskich nemcev 1999*, S. 237-252.
- V.A. Ioncev, Deportacija narodov [Völkerdeportation], in: *Narodonaselenie: Ěnciklopedičeskij slovar' [Landesbevölkerung: Enzyklopädisches Verzeichnis]*. Moskva 1994, S. 124 f.
- Iosif Stalin – Lavrentiju Berija: „Ich nado deportirovat'...“. Dokumenty, fakty, komentarii [Iosif Stalin an Lavrentij Berija: „Sie müssen deportiert werden...“. Dokumente, Fakten, Kommentare], sostavitel': N.F. Bugaj. Moskva 1992 [286 S.].
- Istorija rossijskich nemcev v dokumentach. Tom 1: 1763–1992 gg. [Die Geschichte der Russlanddeutschen in Dokumenten. Band 1: 1763–1992], sostaviteli: V.A. Auman, V.G. Čebotareva. Moskva 1993 [448 S.].
- Istorija rossijskich nemcev v dokumentach. Tom 2: Obščestvenno-političeskoe dviženie za vosstanovlenie nacional'noj gosudarstvennosti (1965–1992 gg.) [Die Geschichte der Russlanddeutschen in Dokumenten. Band 2: Die gesellschaftspolitische Bewegung für die Wiedererrichtung einer Nationalstaatlichkeit (1965–1992)], sostaviteli: V.A. Auman, V.G. Čebotareva. Moskva 1994 [510 S.].
- Istorija stalinskogo GULAGa v 6 tomach. Tom 1: Massovye represii v SSSR [Geschichte des Stalinschen GULAGs in 6 Bänden.

- Band 1: Massenrepressionen in der UdSSR], otvetstvennye redaktery: N. Vert, S.V. Mironenko, otvetstvennyj sostavitel': I.A. Zjuzina. Moskva 2004 [728 S.].
- Istorija stalinskogo GULAGa v 6 tomach. Tom 5: Specpereselency v SSSR [Geschichte des Stalinschen GULAGs in 6 Bänden. Band 5: Sondersiedler in der UdSSR], otvetstvennyj redakter i sostavitel': T.V. Carevskaja. Moskva 2004 [824 S.].
- V.A. Isupov, Demografičeskaja sfera v epochu stalinizma [Demografie zur Zeit Stalins], in: Aktual'nye problemy istorii sovetskoj Sibiri [Aktuelle Probleme der Geschichte Sowjetisch-Sibiriens]. Novosibirsk 1990, S. 180-201.
- V.A. Ivanov, Operacija „Byvšie ljudi“ v Leningrade (fevral'–mart 1935 g.) [Die Operation „Verlorene Menschen“ in Leningrad (Februar–März 1935)], in: Novyj časovoj. Russkij voenno-političeskij žurnal 6/7 (1998), S. 118-130.
- G.M. Ivanova, GULAG v sisteme totalitarnogo gosudarstva [Der GULAG im System eines totalitären Staates]. Moskva 1997 [228 S.].
- N.A. Ivnickij, Kollektivizacija i paskulačivanie: načalo 30-ch gg. [Kollektivierung und Entkulakisierung: Anfang der 1930er Jahre]. Moskva 1997 [288 S.].
- Iz istorii raskulačivanija v Karelii. 1930–1931 [Zur Geschichte der Entkulakisierung in Karelien. 1930–1931]. Petrozavodsk 1991 [295 S.].
- K 50-letiju Pobedy v Velikoj Otečestvennoj vojne 1941–1945 gg.: Sbornik statej [Zum 50. Jahrestag des Sieges des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945: Aufsatzsammlung]. Moskva 1995 [128 S.].
- V.M. Kabuzan, Russkie v mire: Dinamika čislennosti i rasselenija (1719–1989). Formirovanie ètničeskich i političeskich granic russkogo naroda [Die Russen in der Welt: Die Dynamik von Bevölkerungszahlen und Siedlung (1719–1989). Die Bildung ethnischer und politischer Grenzen des russischen Volks]. Sankt-Peterburg 1996 [352 S.].
- S. Kašurko, Krovavoe zarevo Chajbacha [Der blutige Feuerschein von Chajbach], in: Doš [Das Wort, erscheint vierteljährlich] (November 2003), S. 4-11.
- Katyn'. Mart 1940 g. – sentjabr' 2000 g.: Rasstrel. Sud'by živych. Ècho Katyni: Dokumenty [Katyn März 1940 – September 2000: Erschießung. Die Schicksale der Überlebenden. Das Echo Katyns: Dokumente], otv. sost. N.S. Lebedeva. Moskva 2001 [688 S.].
- O.N. Ken, A.I. Rupasov, Politbjuro CK VKP (b) i otnošenija SSSR

- s zapadnymi sosednimi gosudarstvami (konec 1920–1930-ch gg.): Problemy. Dokumenty. Opyt komentarija [Das Politbüro des ZKs der Kommunistischen Allunionspartei und die Beziehungen der UdSSR zu ihren westlichen Nachbarstaaten (Ende 1920–1930er Jahre): Probleme. Dokumente. Versuch eines Kommentars]. Sankt-Peterburg 2000 [704 S.].
- G.N. Kim, Social'no-kul'turnoe razvitie korejcev Kazachstana: Naučno-analitičeskij obzor [Die soziokulturelle Entwicklung der Koreaner in Kasachstan: Ein wissenschaftlicher Überblick]. Alma-Ata 1989 [60 S.].
- S. Kim, Ispoved' soren saram-sovetskogo čeloveka [Geständnis von Soren Saram, einem Sowjetmenschen], in: Družba narodov 4 (1989[a]), S. 168-195.
- V. Kirillov, Sovetskie nemcy v Tagillage [Sowjetische Deutsche in Tagillag], in: Repressii protiv rossijskich nemcev 1999, S. 146-148.
- È Kiuru, Rossijskie finny do sich por ne reabilitirovany [Die Russlandfinnen wurden immer noch nicht rehabilitiert], in: Izvestija vom 25. Februar 1992.
- V. Kivereckij, Po pros'be russkich [Auf Bitte der Russen], in: Moskovskie novosti vom 20.–26. Februar 2004, S. 5.
- A.N. Kičichin, Sovetskie nemcy: otkuda, kuda i počemu? [Die Sowjetdeutschen: woher, wohin und wozu?], in: Voенно-istoričeskij žurnal 9 (1990), S. 26 ff.
- A.N. Kičichin, Perečen' zakonodatel'nych i normativnych aktov, primenjavšichsja v 1936–1991 gg. organami vlasti i upravlenija, a takže CK KPSS, v otnošenii sovetskich nemcev [Verzeichnis der Gesetze und Bestimmungen, die von 1936 bis 1991 von den Regierungs- und Verwaltungsorganen sowie dem ZK der KPdSU zu den Sowjetdeutschen erlassen wurden], in: Neues Leben (Moskva) vom 14. August 1991, S. 6.
- P. Knyševskij, Dobyča: Tajny germanskich reparacij [Kriegsbeute: Geheimnisse der deutschen Reparationen]. Moskva 1994 [144 S.].
- P.N. Knyševskij, Gosudarstvennyj komitet oborony: metody mobilizacii trudovyh resursov [Staatliches Verteidigungskomitee: Methoden der Mobilisierung von Arbeitskräften], in: Voprosy istorii 2 (1994), S. 53-65.
- A.N. Koconis, Deportacija grekov Severnogo Kavkaza v 30–50-e gody [Die Deportation der Griechen aus dem Nordkaukasus], in: Pontijskie greki [Kleinasiatische Griechen]. Krasnodar 1997, S. 80-89.
- A.D. Kojčuev, Karačaevskaja avtonomnaja oblast' v gody Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 [Das Autonome Gebiet der Karatschaischen Republik in den Jahren des Vaterländischen Krieges 1941–1945].

- er während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945]. Rostov-na-Donu 1998 [483 S.].
- A.I. Kokurin, Specpereselency v SSSR v 1944 godu, ili God bol'shogo pereselenija [Sondersiedler in der UdSSR 1944 oder Das Jahr der großen Umsiedlung], in: Otečestvennye archivy 5 (1993), S. 98-111.
- A.I. Kokurin, GULAG v gody vojny: Doklad načal'nika GULAGa NKVD SSSR V.G. Nasedkina. Avgust 1944 g. [Der GULAG in den Kriegsjahren: Vortrag des Vorsitzenden des GULAG der NKVD der UdSSR V.G. Nasedkin. August 1944], in: Istoričeskij archiv 3 (1995), S. 60-86.
- V.B. Konasov, A.V. Terešuk, „Budut nemedlenno predany sudu voennogo tribunala...“ [„Sie werden unverzüglich dem Militärgericht übergeben...“], in: Russkoe prošloe 5 (1994), S. 318-337.
- G.I. Kondakov, Ostrov Olderni (Velikobritanija) i Francija [Die Insel Alderney (Großbritannien) und Frankreich], in: Sovetskie ljudi v evropejskom soprotivlenii: Vospominanija i dokumenty [Sowjetmenschen im europäischen Widerstand: Erinnerungen und Dokumente]. Č. II, Publ. G.A. Černakova, otv. red. N.P. Komolov. Moskva 1991, S. 256-361.
- G.V. Kostyrčenko, V plenu u krasnogo faraona: Političeskie presledovanie evreev v SSSR v poslednee stalinskoe desjatiletie [In Gefangenschaft des roten Pharaos. Die politische Verfolgung der Juden in der UdSSR im letzten Jahrzehnt der Stalinherrschaft]. Moskva 1994 [397 S.].
- G.V. Kostyrčenko, Tajnaja politika Stalina. Vlast' i antisemitizm [Die geheime Politik Stalins. Macht und Antisemitismus]. Moskva 2001 [784 S.].
- V.A. Kozlov, Massovye besporjadki v SSSR pri Chruščeve i Brežneve (1953 – načalo 1980-ch gg.) [Massenunruhen in der UdSSR unter Chruščev und Brežnev (1953 bis Anfang der 1980er Jahre)]. Novosibirsk 1999 (Archiv novejšej istorii Rossii: Issledovanija. 1) [416 S.].
- S.A. Krasil'nikov, „...Svobodnyj trud svobodno sobravšichsja ljudej“ [„...Die freiwillige Arbeit frei zusammengekommener Menschen“], in: ĖKO 8 (1991), S. 183-196.
- S.A. Krasil'nikov, Serp i molot: Krest'janskaja ssylka v Zapadnoj Sibiri v 1930-e gody [Hammer und Sichel: die Bauernverbannung in Westsibirien in den 1930er Jahren]. Moskva 2003 [288 S.].
- V. Kriger, V načale puti. Č. 3: Demografičeskie i migracionnye procesy sredi nemeckogo naselenija SSSR (SNG) [Am Beginn des Weges.

- Teil 3: Demografische und Migrationsprozesse in der deutschen Bevölkerung der UdSSR (GUS)], in: *Vostočnyj èkspress* (Alen) 8 (1997), S. 5.
- V.E. Kriger, Osobennosti kadrovoj politiki gosudarstva v otnošenii rossijskich nemcev v sovetskich period [Besonderheiten der staatlichen Kaderpolitik in Bezug auf die Russlanddeutschen in der Sowjetzeit], in: *Kul'tura nemcev v Kazachstana: istorija i sovremenost'*. Materialy meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii [Die Kultur der Deutschen in Kasachstan: Geschichte und Gegenwart. Materialien einer internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz]. Alma-Aty 9.–11. Oktober 1999, S. 68-94.
- D. Kritčlou, Repressirovannye narody Sovetskogo Sojuza: Nasledie stalinskich deportacij/Otčet chel'sinskoj gruppy po pravam čeloveka [Unterdrückte Völker der Sowjetunion: das Erbe der Deportationen unter Stalin/Bericht der Helsinki-Gruppe zum Schutz der Menschenrechte]. [o.O.] 1991 [98 S.].
- N.A. Krivošeina, Četyre treti našej žizni [Drei Viertel unseres Lebens]. Pariž 1984 (Vserossijskaja memuarnaja biblioteka. 2: Naše nedavnee) [282 S.].
- I.I. Krupnik, M.S. Kupoveckij, „Lachluchi“ – kurdistskie evrei v SSSR [„Lachluchi“ – kurdische Juden in der UdSSR], in: *Sovetskaja ètnografija* 2 (1988), S. 102-111.
- M.S. Kupoveckij, Evrei iz Mešcheda i Gerata v Srednej Azii [Juden aus Meschhed und Herat in Mittelasien], in: *Ètnografičeskoe obozrenie* 5 (1992), S. 54-63.
- M.R. Kurbanov, Ž.M. Kurbanov, Dagestan: deportacii i repressii. Tragedija i uroki [Dagestan: Deportationen und Repressionen. Tragödie und Lehren]. Machačkala 2001 [208 S.].
- Š.I. Kurbanova, Pereselenie: kak èto bylo [Umsiedlung: Wie es war]. Dušanbe 1993 [86 S.].
- A.N. Kurcev, Bežency Pervoj mirovoj vojny v Rossii v 1914–1917 gg. [Flüchtlinge des Ersten Weltkriegs in Russland von 1914 bis 1917], in: *Voprosy istorii* 8 (1999), S. 98-113.
- A. Kurkči, Krymskie tatarj [Krimtataren], in: *Otečestvo: Kraevedčeskij al'manach*. Moskva 1 (1991), S. 184-196.
- P.G. Kurlov, Gibel' imperatorskoj Rossii [Der Untergang des zarischen Russland]. Moskva 1992 [256 S.].
- Lubjanka. VČK – OGPU – NKVD – NKGB – MGB – MVD – KGB. 1917–1960: Spravočnik [Handbuch], sost. A.I. Kokurin, N.V. Petrov. Moskva 1997 (Rossija 20. vek. Dokumenty) [350 S.].



- Lubjanka. VČK – OGPU – NKVD – NKGB – MGB – MVD – KGB. 1917–1991: Spravočnik [Handbuch], sost. A.I. Kokurin, N.V. Petrov. Moskva 2003 (Rossija 20. vek. Dokumenty) [766 S.].
- Lubjanka. Stalin i VČK – GPU – OGPU – NKVD. Janvar' 1922 – dekabr' 1936 [Lubjanka. Stalin und die VČK – GPU – OGPU – NKVD. Januar 1922 bis Dezember 1936], sost. V.N. Chaustov, V.P. Naumov, N.S. Plotnikova. Moskva 2003 (Rossija 20. vek. Dokumenty) [912 S.].
- F. Ljass, Poslednij političeskij process Stalina, ili Nesostojavšijsja genocid [Der letzte politische Prozess Stalins oder Der Genozid, der nicht stattgefunden hat]. Ierusalim 1995 [232 S.].
- L. Ljuks, Evrejskij vopros v politike Stalina [Die jüdische Frage in der Politik Stalins], in: Voprosy istorii 7 (1999), S. 41-59.
- S. Madievskij, 1953: predstojala li sovetskim evrejam deportacija [1953: Drohte den sowjetischen Juden die Deportation?], in: Vestnik 17 (17. August 1999).
- S. Madievskij, 1953: predstojala li sovetskim evrejam deportacija? [1953: Drohte den sowjetischen Juden die Deportation?], in: Rossija XXI 2 (März–April 2000), S. 172-180.
- G. Malamud, Mobilizovannye sovetskie nemcy na Urale v 1942–1948 gg. [Mobilisierte Sowjetdeutsche im Ural von 1942 bis 1948], in: Repressii protiv rossijskich nemcev 1999, S. 128-145.
- A. Marian'skij, Sovremennye migracii naselenija [Bevölkerungsmigrationen heute]. Moskva 1966 [224 S.].
- Migracija i novye diaspory v postsovetskich gosudarstvach [Migration und Diaspora in den postsowjetischen Staaten], otv. red. V.A. Tiškov. Moskva 1996 [238 S.].
- E.N. Moskal', Sejатели vraždy: Po povodu odnoj provokacii „Literaturnoj Ukrainy“ [Hass säen: Aus Anlass einer Provokation der Zeitung „Literaturnaja Ukraina“], in: Voenno-istoričeskij žurnal 4-5 (1992), S. 38 ff.
- Š.S. Muduev, Vlijanie prinuditel'noj migracii na rasselenie lakcev (na primere Lakskogo, Kulinskogo i Novolakskogo rajonov) [Der Einfluss von Zwangsmigrationen auf die Siedlung der Lakcy (am Beispiel der Bezirke Laksk, Kulinsk und Novolaksk)], in: Novolunie (Machačkala) 2 (1993), S. 36-59.
- V.I. Mukomel', Deportirovannye narody v Srednej Azii: problemy i perspektivy social'no-demografičeskogo razvitija [Die deportierten Völker Mittelasiens: Probleme und Perspektiven ihrer sozialen und demografischen Entwicklung]. Aščabad 1991.

V.I. Mukomel', Vooružennye mežnacional'nye i regional'nye konflikty: ljudskie poteri, èkonomičeskij uščerb i social'nye posledstviya [Regionale bewaffnete Konflikte zwischen Ethnien: Folgen für Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft], in: Identičnost' i konflikt v postsovetskich gosudarstvach [Identität und Konflikt in postsovjetschen Gesellschaften]. Moskva 1997, S. 298-324.

Narodonaselenie: Ènciklopedičeskij slovar' [Landesbevölkerung. Enzyklopädisches Verzeichnis]. Moskva 1994 [640 S.].

Narody Rossii: Problemy deportacii i reabilitacii [Die Völker Russlands: Probleme der Deportation und Rehabilitation]. Majkop 1997 [197 S.].

Narody Rossii: Ènciklopedija [Enzyklopädie der Völker Russlands], otv. red. V.A. Tiškov. Moskva 1994 [479 S.].

Narymskaja chronika [Chronik von Narym], sost. B.N. Makšeev. Moskva 1997 (Issledovanija novejšej russkoj istorii. 3) [256 S.].

A. Nekrič, Nakazannye narody [Bestrafte Völker]. N'ju-Jork 1978 [170 S.].

S.G. Nelipovič, Repressii protiv poddannyh „central'nych deržav“ [Repressionen gegen die Untertanen der „Mittelmächte“], in: Voeno-istoričeskij žurnal 6 (1996), S. 32-43.

N. Ochotin, A. Roginskij, Iz istorii „nemeckoj operacii“ NKVD 1937–1938 gg. [Zur Geschichte der „deutschen Operation“ des NKVD 1937–1938], in: Repressii protiv rossijskich nemcev 1999, S. 35-74.

Organy gosudarstvennoj bezopasnosti v Belikoj Otečestvennoj vojne: Sbornik dokumentov. T. I, Kn. 1: Nakanune. Nojabr' 1938 – dekabr' 1940 g. [Die Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg: Dokumentensammlung. Bd. 1, Buch 1: Der Vorabend. November 1938 bis Dezember 1940]. Moskva 1995 [452 S.].

Organy gosudarstvennoj bezopasnosti v Belikoj Otečestvennoj vojne: Sbornik dokumentov. T. I, Kn. 2: Nakanune. 1 janvarja – 21 ijunja 1941 [Die Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg: Dokumentensammlung. Bd. 1, Buch 2: Der Vorabend. 1.1.–21.6.1941]. Moskva 1995 [398 S.].

Organy gosudarstvennoj bezopasnosti v Belikoj Otečestvennoj vojne: Sbornik dokumentov. T. II, Kn. 1: Načalo. 22 ijunja – 31 avgusta 1941 goda. [Die Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg: Dokumentensammlung. Bd. 2, Buch 1: Der Anfang. 22.6.–31.8.1941]. Moskva 2000 [718 S.].

- Organy gosudarstvennoj bezopasnosti v Belikoj Otečestvennoj vojne: Sbornik dokumentov. T. II, Kn. 2: Načalo. 1 sentjabrja – 31 dekabrja 1941 goda. [Die Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg: Dokumentensammlung. Bd.2, Buch 2: Der Anfang. 1.9.–31.12.1941]. Moskva 2000 [698 S.].
- Organy gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne: Sbornik dokumentov. T. III, Kn. 1: Krusenie „Blickriga“. 1 janvarja – 30 ijunja 1942 goda [Die Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg: Dokumentensammlung. Bd.3, Buch 1: Der Zusammenbruch des „Blitzkriegs“ 1.1.–30.6.1942]. Moskva 2003 [691 S.].
- Organy gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne: Sbornik dokumentov T. III, Kn. 2: Ot oborony k nastupeniju: 1 ijulja – 31 dekabrja 1942 goda [Die Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg: Dokumentensammlung. Bd.3, Buch 2: Von der Verteidigung zum Angriff 1.7.–31.12.1942]. Moskva 2003 [700 S.].
- A.G. Osipov, Oficial'nye ideologemy regulirovanija mežnacional'nych otnošenij kak faktor razvitija ètničeskoj konfliktnosti (regional'nyj aspekt) [Offizielle Ideologeme der Regulierung interethnischer Beziehungen als Faktor für die Entwicklung ethnischer Konflikthaftigkeit (regionaler Aspekt)], in: Identičnost' i konflikt v postsovetskich gosudarstvach [Identität und Konflikt in postsowjetischen Gesellschaften]. Moskva 1997, S.250-297.
- A.G. Osipov, Rossijskij opyt ètničeskoj diskriminacii: meschetincy v Krasnodarskom krae [Ethnische Diskriminierung in Russland: Die Mescheten in der Region Krasnodar]. Moskva 1999 [224 S.].
- A.G. Osipov, O.I. Čerepova, Narušenje prav vynuždennyh migrantov i ètničeskaja diskriminacija v Krasnodarskom krae: Položenie meschetinskich turok. [Rechtsverletzungen bei Zwangsmigranten und ethnische Diskriminierung in der Region Krasnodar: Die Situation der turkisierten Mescheten]. Moskva 1996 [112 S.].
- A.I. Osmanov, Agrarnye preobrazovanija v Dagestane i pereselenie gorcev na ravninu (20–70-e gody XX v.) [Agrarreformen in Dagestan und die Umsiedlung der Bergbewohner in das Flachland (1920er bis 1970er Jahre)]. Machačkala: Institut istorii, archeologii i ètnografii Dagestanskogo naučnogo centra RAN 2000 [328 S.].
- „Osobaja papka“ Berii: Iz materialov sekretariata NKVD-MVD SSSR 1946–1949 gg.: Katalog dokumentov [Die „Sonderakte“ Berija: Materialien des Sekretariats des NKVD-MVD der UdSSR 1946–1949: Dokumentenkatalog], otv. red. M.A. Kolerov; sost. E.D. Grin'ko,

- E.A. Danilina, O.K. Lokteva, K.G. Ljaščenko. Moskva 1996 (Archiv novejšej istorii Rossii. Katalogi. IV) [681 S.].
- E.A. Osokina, Žertvy goloda 1933 goda: skol'ko ich? Analis demografičeskoj statistiki CGANCH SSSR [Opfer der Hungersnot von 1933? Wie viele gab es? Analyse einer Bevölkerungsstatistik des Zentralen Staatsarchivs für Volkswirtschaft der UdSSR], in: Istorija SSSR 5 (1991), S. 18-26.
- T.F. Pavlova, Dokumenty CGAOR SSSR po istorii deportacii narodov v 40–50-e gody [Dokumente des Zentralen Staatsarchiv der Oktoberrevolution der UdSSR zur Geschichte der Völkerdeportation in den 1940er und 1950er Jahren], in: Deportacija narodov SSSR 1992, S. 7-28.
- Ė.Ch. Paneš, L.B. Ermolov, Meschetinskie turki [Meschetische Turken], in: Voprosy istorii 9-10 (1991), S. 212-217.
- V.S. Parsadanova, Sovetsko-pol'skie otnošenija v gody Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 [Sowjetisch-polnische Beziehungen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945]. Moskva 1982 [280 S.].
- V.S. Parsadanova, Deportacija naselenija iz Zapadnoj Ukrainy i Zapadnoj Belorussii v 1939–1941 gg. [Die Deportation der Bevölkerung der Westukraine und Westweißrusslands von 1939 bis 1941], in: Novaja i novejšaja istorija 2 (1989), S. 26-44.
- V.I. Pasat, Po rasporyženiju tovarišča Berii: Deportacii iz Moldavii 1940–1941 godov [Auf Anordnung des Genossen Berija: Die Deportationen aus Moldavien von 1940–1941], in: Nezavisimaja Moldova vom 25., 28. Januar 1992.
- V.I. Pasat, Deportacii iz Moldavii [Die Deportationen aus Moldavien], in: Svobodnaja mysl' 3 (1993).
- V.I. Pasat, Trudnye stranicy istorii Moldovy: 1940–1950e gg. [Schwere Stunden in der Geschichte Moldaus: die 1940er und 1950er Jahre]. Moskva 1994 [800 S.].
- A. Paškov, G. Dudarec, Deportacii na Sachaline [Deportationen auf Sachalin], in: Karta (Rjazan') 5 (1994), S. 14-17.
- N.V. Petrov, K.V. Skorkin, Kto rukovodil NKVD. 1934–1941: Spravočnik [Wer den NKVD leitete. 1934–1941. Ein Handbuch]. Moskva 1999 [504 S.].
- Pokajanie. Komi respublikanskij martirolog žertv massovyh političeskich repressij [Reue. Komi. Republikanischer Martyrolog von Opfern politischer Repressionen], sost. M.B. Rogačev. Syktyvkar 2002 [960 S.].

- Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b). Povestki dnja zasedanij. 1919–1952. Katalog. T. I: 1919–1929 [Das Politbüro des ZK der Russländischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Allunionspartei. Tagesordnungen der Sitzungen von 1919 bis 1952. Katalog. Bd. 1: 1919–1929]. Moskva 2000 [832 S.].
- Politbjuro CK RKP (b) – VKP(b). Povestki dnja zasedanij. 1919–1952. Katalog. T. II: 1930–1939 [Das Politbüro des ZK der Russländischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Allunionspartei. Tagesordnungen der Sitzungen von 1919 bis 1952. Katalog. Bd. 2: 1930–1939]. Moskva 2001 [1200 S.].
- Politbjuro CK RKP (b) – VKP(b). Povestki dnja zasedanij. 1919–1952. Katalog. T. III: 1940–1952 [Das Politbüro des ZK der Russländischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Allunionspartei. Tagesordnungen der Sitzungen von 1919 bis 1952. Katalog. Bd. 3: 1940–1952]. Moskva 2001 [1016 S.].
- Politika okkupacionnyh vlastej v Latvii. 1939–1991: Sb. dokumentov [Die Politik der Besatzungsmächte in Lettland. 1939–1991: Dokumentensammlung], otv. red. Ė. Pelkaus. Riga 1999 [645 S.].
- P.M. Poljan, K voprosu o planovom pereselenii s gor na ravninu [Zum Problem der planmäßigen Umsiedlung aus den Bergen ins Flachland], in: Problemy social'no-ekonomičeskogo razvitija gornych territorij Severnogo Kavkaza [Probleme sozialökonomischer Entwicklung in den Gebirgsregionen des nördlichen Kaukasus]. Rostov-na-Donu 1989, S. 58 ff.
- P.M. Poljan, Ne po svoej vole [Gegen ihren Willen], in: Graždanskoe dostoinstvo vom 16. (April 1990), S. 5.
- P.M. Poljan, Pobeda nad derevnej: cel' i rezultat: Predislovie [Der Sieg über die Dörfer: Ziel und Ergebnis: Vorwort], in: S. Maksudov, Načalo 37 goda: perepis' [Der Beginn des Jahres 1937: Volkszählung], in: Sel'skaja molodež' 9 (1990), S. 46-51.
- P.M. Poljan, Speckkontingent [Sonderkontingent], in: Migracija naselenija (Moskva) (1992), S. 48-60.
- P.M. Poljan, Žertvy dvuch diktatur. Voennoplennye i ostarbajtery v Tret'em rejche i ich repatriacija [Opfer von zwei Diktaturen. Die Kriegsgefangenen und Ostarbeiter im Deutschen Reich und ihre Repatriierung]. Moskva 1996 [440 S.].
- P.M. Poljan, Velikoe pereselenie nemcev [Die große Umsiedlung der Deutschen], in: Evropa-Centr (Berlin) 14 (18. Juni 1997), S. 6.
- P.M. Poljan, „Reparacii trudom“: motivy i predistorija poslevoenno-go trudoispol'zovanija „internirovannyh i mobilizovannyh“ – nemekich graždanskich lic v SSSR [„Reparationen durch Arbeit“: der

- Einsatz deutscher „internierter und mobilisierter“ Arbeitskräfte in der UdSSR nach dem Krieg. Motive und Vorgeschichte], in: Problemy voennogo plena: istorija i sovremennost'/Materialy Meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii 23-25 oktjabrja 1997 g., Vologda [Probleme der Kriegsgefangenschaft: Geschichte und Gegenwart/Materialien der internationalen wissenschaftlichen Konferenz 23.-25. Oktober 1997, Vologda]. Č. 2, Vologda 1997, S. 59-67.
- P.M. Poljan, Geografija prinuditel'nych migracij v SSSR [Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR]. Avtoref. diss. dokt. geogr. Nauk, Moskva 1998 [40 S.].
- P.M. Poljan, „Vestarbajtery“: internirovannye nemcy v SSSR (predistorija, istorija, geografija): Učebnoe posobie dlja speckursa [„Vestarbajtery“: internierte Deutsche in der UdSSR (Vorgeschichte, Geschichte, Geografie): Lehrmaterial für einen Spezialkurs]. Stavropol'/Moskva 1999 [48 S.].
- P.M. Poljan, Vestarbajtery. Internirovannye nemcy na sovetskich strojkach [„Vestarbajtery“: Internierte Deutsche auf sowjetischen Baustellen], in: Rodina 9 (1999), S. 21-25.
- P.M. Poljan, Geografija nasil'stvennyh migracij v SSSR [Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR], in: Naselenie i obščestvo: Informacionnyj bjulleten' Centra po demografii i èkologii čeloveka Instituta narodnochozjajstvennogo prognozirovanija RAN 37 (Juni 1999) [4 S.].
- P.M. Poljan, Geografija prinuditel'nych migracij v SSSR [Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR], in: Izv. Akademii nauk. Ser. geogr. 6 (1999), S. 55-62.
- P.M. Poljan, Deportacii evreev v Rossii [Die Deportation der Juden in Russland], in: Forward (New York) 206 (5.-11. November 1999), S. 9.
- P.M. Poljan, Nasil'stvennye migracii v byvšem SSSR [Zwangsmigrationen in der ehemaligen UdSSR], in: Migracionnaja situacija v stranach SNG [Migrationsverhältnisse in den Staaten der GUS]. Moskva 1999, S. 265-276.
- P.M. Poljan, Ostarbajtery i vestarbajtery [„Ostarbeiter“ und „Vestarbajtery“], in: Russkaja mysl' 4285 (23.-29. September 1999), S. 18.
- P.M. Poljan, Internirovannye nemcy v SSSR [Internierte Deutsche in der UdSSR], in: Voprosy istorii 8 (2001), S. 113-123.
- P.M. Poljan, Ne po svoej vole: Istorija i geografija prinuditel'nych migracij v SSSR [Gegen ihren Willen: Geschichte und Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR]. Moskva 2001 [326 S.].

- P.M. Poljan, *Žertvy dvuch diktatur: Žizn', trud, uniženie i smert' sovetskich voennoplennykh i ostarbajterov na čužbine i na rodine* [Opfer von zwei Diktaturen: Leben, Arbeit, Erniedrigung und Tod sowjetischer Kriegsgefangener und Ostarbeiter in der Fremde und in der Heimat]. Moskva 2002 [896 S.].
- Prezidium CK KPSS. 1954–1964: Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy, Postanovlenija: V 3 t. [Präsidium des ZK der KPdSU. 1954–1964: Protokollnotizen, Stenogramme, Beschlüsse: 3 Bde.], gl. red. A.A. Fursenko. T. 1: Černovye protokol'nye zapisi zasedanij [Protokollnotizen], Moskva 2003 [1344 S.].
- M. Prozumenščikov, „Nacionalističeskie èlementy postojanno provocirovali vystuplenija“: Kak nakaljalas' obstanovka v Čečeno-Ingušetii [„Nationalistische Elemente provozierten Aufstände“. Wie die Situation in der Republik der Tschetschenen und Inguschen aufgeheizt wurde], in: *Istočnik* 4 (1997), S. 48-64.
- Reabilitacija: kak èto bylo: V 3 t. T. I: Dokumenty prezidiuma CK KPSS i drugie materialy. Mart 1953 – fevral' 1956 [Rehabilitierung: Wie es war: 3 Bde. Bd. 1: Dokumente des Präsidiums des ZK der KPdSU und andere Materialien. März 1953 – Februar 1956], sost. A. Artizov, Ju. Sigačev, I. Ševčug, V. Chlopov. Moskva 2000 (Rossija XX vek. Dokumenty) [504 S.].
- Repressii protiv poljakov i pol'skich graždan [Repressionen gegen Polen und polnische Bürger], sost. A.È. Gur'janov, in: *Istoričeskie sborniki „Memoriala“*. Vyp. 1, Moskva 1997 [256 S.].
- Repressii protiv rossijskich nemcev: Nakazannyj narod/Po materialam konferencii „Repressii protiv sovetskich nemcev v Sovetskom Sojuze v kontekste sovetskoj nacional'noj politik“, provedennoj Nemeckim kul'turnym centrom im. Gete v Moskve sovместno s obščestvom „Memorial“ 18–20 nojabrja 1998 goda [Repressionen gegen Russlanddeutsche: Das bestrafte Volk/Nach Materialien der Konferenz „Repressionen gegen Sowjetdeutsche in der Sowjetunion im Kontext sowjetischer Nationalpolitik“, veranstaltet vom Goethe-Institut Moskau und der Gesellschaft Memorial vom 18. bis zum 20. November 1998], sost. I.L. Ščerbakova. Moskva 1999 [288 S.].
- Russkie na Severnom Kavkaze. 20–30-e gody./Predisl., komm. A.M. Gonova. [Russen im Nordkaukasus. 1920er und 1930er Jahre/Mit einem Vorwort und Kommentar von A.M. Gonov], sost. A. Gonov. [o.O.] 1995 [390 S.].

- D.V. Šabaev, Pravda o vyselenii balkarcev [Die Wahrheit über die Aussiedlung der Balkaren]. 2-e dop. izd., Ėlbrus 1994 [288 S.].
- G. Sabbo, Nevozmožno molčat'. V 2 t. [Es ist unmöglich zu schweigen, 2 Bde.]. Tallinn 1996 [1329 S.].
- I.M. Šamanov, B.A. Tambieva, L.O. Abrekova, Nakazany po nacional'nomu priznaku [Bestraft wegen ihrer Nationalität]. Čerkessk 1999 [49 S.].
- Sbornik osnovnykh zakonodatel'nykh i normativnykh aktov dlja voennogo prokurora pri osuščestvlenii nadzora za sledstviem v organach gosbezopasnosti i razrešeniem v porjadke nadzora žalob i del ob osobo opasnykh gosudarstvennykh prestuplenijach [Sammlung der wichtigsten Gesetze und Bestimmungen für den Militärstaatsanwalt bei der Überwachung von Ermittlungen der Staatssicherheitsorgane und Genehmigung von Klagen und Prozessen bei besonders gefährlicher Staatsverbrechen], sost. V.S. Šanturov, F.P. Volkov; otv. red. N.P. Kolesnikova. Moskva 1975 [1976, 246 S.].
- Sbornik zakonodatel'nykh i normativnykh aktov o repressijach i rehabilitacii žertv političeskich repressij [Sammlung von Gesetzen und Bestimmungen zu Repressionen und zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen], sost. E.A. Zajcev. Moskva 1993 [224 S.].
- Sbornik zakonodatel'nykh i normativnykh aktov o repressijach i rehabilitacii žertv političeskich repressij: V 2 č. [Sammlung von Gesetzen und Bestimmungen zu Repressionen und zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen: 2 Teile], pod red. G.F. Vesnovskaja. Kursk 1999 [511, 410 S.].
- Z. Šejnis, Grozila deportacija [Es drohte die Deportation]. Moskva 1991.
- Z. Šejnis, V duchovnom Osvencime [Im geistigen Auschwitz]. Moskva 1992, S. 81 f.
- Z. Šejnis, Provokacija veka [Die Provokation des Jahrhunderts]. Moskva 1994 [219 S.].
- M. Semirjaga, Prikazy, o kotorych my ne znali: Stalin chotel vyvesti iz Germanii v SSSR vseh trudosposobnykh nemcev [Befehle, von denen wir nicht wussten: Stalin wollte alle arbeitsfähigen Deutschen aus Deutschland zurück in die UdSSR holen], in: Novoe vremja 15 (1994), S. 56 f.
- Šestoj process Mustafy Džemileva: Materialy sledstvija i zapis' sudbnogo processa. 1983–1984 gg. [Der sechste Prozess des Mustafa Džemilev: Materialien der Untersuchung und Prozessmitschrift. 1983/84]. Taškent/Simferopol' 2001 (Krymskotatarskoe nacional'noe dviženie) [496 S.].



- V.P. Sidorenko, *Vojska NKVD na Kavkaze v gody Velikoj Otečestvennoj vojny* [Truppen des NKVD im Kaukasus während des Großen Vaterländischen Krieges]. Sankt-Peterburg 1999 [303 S.].
- V.P. Sidorenko, „Dlja vyselenija čečencev i ingušej napravit' časti NKVD“. Dokumenty o provedenii specoperacii po deportacii narodov ČI ASSR. 1943–1944 gg. [„Zur Aussiedlung der Tschetschenen und Inguschen sind Einheiten des NKVD zu entsenden“. Dokumente zur Deportation der Völker der Autonomen Republik der Tschetschenen und Inguschen im Rahmen einer Sonderoperation. 1943–1944.], in: *Istoričeskij archiv* 3 (2000), S. 66-81.
- B.I. Silkin, *Nasil'stvennoe pereselenie tadžikskich gorcev* [Die Zwangsumsiedlung der tadschikischen Bergbewohner], in: *Russkaja mysl'* (Paris) (20. April 1978).
- Sistema ispravitel'no-trudovych lagerej v SSSR. 1923–1960: Spravočnik* [Das System der Arbeitslager in der UdSSR. 1923–1960. Ein Handbuch], sost. M.B. Smirnov. Moskva 1998 [600 S.].
- T.I. Slavko, *Kulackaja ssylka na Urale 1930–1936* [Kulaken in der Verbannung im Ural. 1930–1936]. Moskva 1995 (Desjat' novych učebnikov po istoričeskim disciplinam) [175 S.].
- „Soveršenno sekretno“: Lubjanka – Staliny o položenii v strane (1922–1934 gg.) [„Streng vertraulich“: Lubjanka an Stalin über die Situation im Land (1922–1934)]. Moskva 2001–2002. T. 1, č. 1: 1922–1923; t. 1, č. 2: 1922–1923; t. 2: 1924; t. 3, č. 2: 1925; t. 3, č. 4: 1925; t. 4, č. 1: 1926; t. 4, č. 2: 1926 [489, 491, 510, 1002, 495, 703, 705 S.].
- Sovetskie nemcy: istorija i sovremennost'*/Materialy Vsesojuznoj naučno-praktičeskoj konferencii [Sowjetdeutsche: Geschichte und Gegenwart/Materialien einer wissenschaftlichen Allunionskonferenz]. Moskva 1990 [382 S.].
- B.V. Sokolov, *Narkomy stracha. Jagoda, Ežov, Berija, Abakumov* [Volkskommissare des Schreckens: Jagoda, Ežov, Berija, Abakumov]. Moskva 2001 [384 S.].
- A.I. Solženicyyn, *Archipelag GULAG. 1918–1956: opyt chudožestvennogo issledovanija: V 3 t. i 7 č.* [Archipel GULAG. 1918–1956: Versuch einer künstlerischen Bewältigung]. Pariž 1973–1975.
- Special'nye lagerja NKVD/MVD SSSR v Germanii: Sb. dokumentov i statej* [Sonderlager des NKVD/MVD in Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten und Aufsätzen], pod red. S.V. Mironenko; sost. Ju.G. Orlova. Moskva 2001 [376 S.].
- Specpereseleny v Zapadnoj Sibiri: 1930 – vesna 1931 goda* [Sondersiedler in Westsibirien: Von 1930 bis zum Frühjahr 1931], sost.

- S.A. Krasil'nikov, V.L. Kuznecova, T.N. Ostaško, T.F. Pavlova, L.S. Paščenko, R.K. Suchanova. Novosibirsk 1992 [286 S.].
- Specpereseleny v Zapadnoj Sibiri: vesna 1931 – načalo 1933 goda [Sondersiedler in Westsibirien: Vom Frühjahr 1931 bis Anfang 1933], sost. S.A. Krasil'nikov, V.L. Kuznecova, T.N. Ostaško, T.F. Pavlova, L.S. Paščenko, R.K. Suchanova. Novosibirsk 1993 [342 S.].
- Specpereseleny v Zapadnoj Sibiri: 1933–1938 [Sondersiedler in Westsibirien: 1933–1938], sost. S.A. Krasil'nikov, V.L. Kuznecova, T.N. Ostaško, T.F. Pavlova, L.S. Paščenko, R.K. Suchanova. Novosibirsk 1994 [310 S.].
- Specpereseleny v Zapadnoj Sibiri: 1939–1945 [Sondersiedler in Westsibirien: 1939–1945], sost. S.A. Krasil'nikov, V.L. Kuznecova, T.N. Ostaško, T.F. Pavlova, L.S. Paščenko, R.K. Suchanova. Novosibirsk 1996 [234 S.].
- Ssylka kalmykov: kak éto bylo: Sb. dokumentov i materialov. T. 1, kn. 1 [Die Verbannung der Kalmücken: Wie es war. Dokumente und Materialien]. Élisat 1993 [264 S.].
- Stalinskie deportacii [Stalinsche Deportationen], sost. P.M. Poljan, N.L. Pabol'. Moskva 2005 (Rossija XX vek) [902 S.].
- V. Streleckij, Énoterritorial'nye konflikty: suščnost', genesis, tipy [Ethnoterritoriale Konflikte: Kennzeichen, Entstehung, Typen], in: Identičnost' i konflikt v postsovetskich gosudarstvach [Identität und Konflikt in postsowjetischen Staaten]. Moskva 1997, S. 225–249.
- Ch.P. Strodc, Deportacija naselenija Pribaltijskich stran [Die Deportation der Bevölkerung der Baltischen Länder], in: Voprosy istorii 9 (1999), S. 130–136.
- I.I. Šul'ga, Sud'by krasnoarmejcev – nemcev Povolž'ja v germanskom plenu v 1941–1945 gg. [Das Schicksal wolgadeutscher Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft von 1941 bis 1945], in: Migracionnye processy sredi rossijskich nemcev: istoričeskij aspekt. Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii. Anapa, 26–30 sentjabrja 1997 g. [Migrationsprozesse unter den russländischen Deutschen: Historische Perspektiven. Materialien der internationalen wissenschaftlichen Konferenz, Anapa, 26.–30. September 1997]. Moskva 1998, S. 323–337.
- A.B. Suslov, Speckontingent v Permskoj oblasti (1929–1953) [Das Sonderkontingent im Gebiet Perm' (1929–1953)]. Ekaterinburg/Perm' 2003 [384 S.].

- Tak éto bylo: Nacional'nye repressii v SSSR 1919–1952 gody: Chu-  
dož.-dok. sb.: V 3 t. [So war es: Nationale Repressionen in der  
UdSSR von 1919 bis 1952: Eine künstlerisch-dokumentarischer  
Sammelband in 3 Bde.], sost. S.U. Alieva. Moskva 1993 [337, 336,  
352 S.].
- B.B. Temukuev, Specpereselency: V 4 t. [Sondersiedler. In 4 Bde.].  
Nal'čik 1997 [271, 452, 472, 436 S.].
- O. Timofeeva, „Naselenogo punkta Chajbach v Čečeno-Ingušskoj  
ASSR net“: Interv'ju s S. Kašurko [„Den Ort Chajbach in der  
Autonomen Sowjetrepublik der Tschetschenen und Inguschen gibt  
es nicht mehr“: Interview mit S. Kašurko], in: Izvestija (18. März  
2004), S. 5.
- N. Tolstoj, Žertvy Jal'ty/Per. s angl. E.S. Gessen [Die Opfer von  
Jalta. Übersetzung aus dem Englischen von E.S. Gessen]. Pariž  
1988 (Issledovanija novejšej ruskoj istorii. 7) [530 S.].
- Tragedija sovetskoj derevni: Kollektivizacija i raskulačivanie. Doku-  
menty i materialy. T. 4: 1934–1936 [Die Tragödie des sowjetischen  
Dorfs: Kollektivierung und Entkulakisierung. Dokumente und Ma-  
terialien. Bd. 4: 1934–1936], sost. V. Danilov, Ju. Moškov, M. Kud-  
jukina, T. Carevskaja (otv. sost.). Moskva 2002 [1056 S.].
- Tri vizita A.Ja. Vyšinskogo v Bucharest (1944–1946 gg): Doku-  
menty rossijskich archivov [Die drei Reisen von A.Ja. Vyšinskij nach  
Bukarest (1944–1946): Dokumente aus russländischen Archiven],  
sost. T.V. Volokitina, L.A. Ermakova, G.P. Muraško, A.F. Nosko-  
va, T.A. Pokivajlova, T.V. Carevskaja. Moskva 1998 [246 S.].
- V. Ubušae, Kalmyki: Vyselenie i vozvraščenie. 1943–1957 gg. [Kal-  
mücken: Aussiedlung und Rückkehr. 1943–1957]. Ėlista 1991  
[96 S.].
- A.S. Vašuk, E.N. Černoluckaja, V.A. Koroleva, G.B. Dudčenko,  
L.A. Gerasimova, Ėtnomigracionnye processy v Primor'je v XX ve-  
ke [Ethnische Migrationsprozesse im Primorje-Gebiet im 20. Jahr-  
hundert]. Vladivostok 2002 [228 S.].
- V.B. Veprincev, I.A. Močalin, „Bandity stremilis'... sochranit' fašistskij  
porjadok“ [„Die Banditen wollten ... die faschistische Ordnung auf-  
rechterhalten“], in: Voенno-istoričeskij žurnal 5 (1996), S. 83-89.
- S.G. Verigin, L.V. Sunin, Pereselenie ingermanlandcev v Kareliju v  
konce 1940-ch godov [Die Umsiedlung der Ingermanländer nach  
Kareljen Ende der 1940er Jahre], in: Karely. Finny [Karelrier. Fin-  
nen]. Moskva 1992 (Narody i kul'tura. 16), S. 200-216.

- S.S. Vermel', Moskovskoe izgnanie (1891–1892 gg.): Vpečatlenija, vospominanija [Die Vertreibung aus Moskau (1891–1892): Eindrücke, Erinnerungen]. Moskva 1924 [45 S.].
- L. Viola, OGPU, raskulačivanie i specpereselency [OGPU, Entkultisierung und Sondersiedlung], in: Krest'janovedenie: teorija, istorija, sovremennost' [Bäuerliche Führung: Theorie, Geschichte, Gegenwart]. Moskva 1999, S. 115-161.
- A.G. Višnevskij, Serp i rubl'. Konservativnaja modernizacija v SSSR [Sichel und Rubel. Konservative Modernisierung in der UdSSR]. Moskva 1998 [429 S.].
- E.Z. Volkov, Dinamika naselenija SSSR za vosem'desat let [Bevölkerungsentwicklung der UdSSR in 80 Jahren]. Moskva 1930 [272 S.].
- G. Vormsbecher, Nemcy v SSSR [Deutsche in der UdSSR], in: Znamja 11 (1988), S. 193-203.
- M.A. Vylcan, Deportacija narodov v gody Velikoj Otečestvennoj vojny [Völkerdeportation im Großen Vaterländischen Krieg], in: Ėtnografičeskoe obozrenie 3 (1995), S. 26-44.
- Zdes' život ljudi. Čečnja: chronika nasilija. Čast' 1: Ijul' – dekabr' 2000 goda [Hier leben Menschen. Tschetschenien: Chronik der Gewalt. Teil 1: Juli – Dezember 2000], sostaviteli: U. Bajsaeve, D. Gruškin. Moskva 2003 [544 S.].
- A.G. Zdravomyslov, Mežnacional'nye konflikty v postsovetskom prostranstve [Nationalitätenkonflikte im postsowjetischen Raum]. Moskva 1997 [286 S.].
- A.G. Zdravomyslov, Osetino-inguškij konflikt: perspektive vychoda iz tupikavoj cituacii [Der ossetisch-inguschetische Konflikt: mögliche Auswege aus einer verfahrenen Situation]. Moskva 1998 [128 S.].
- I.E. Zelenin, O nekotorych „belych pjatnach“ zaveršajuščego etapa splošnoj kollektivizacii [Einige „weiße Flecken“ in der Schlussphase der forcierten Kollektivierung], in: Istorija SSSR 2 (1989), S. 3-19.
- V.N. Zemskov, K voprosy o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951 gg. [Zur Frage der Repatriierung sowjetischer Bürger von 1944 bis 1955], in: Istorija SSSR 4 (1990), S. 26-41.
- V.N. Zemskov, „Kulackaja ssylka“ v 30-e gody [Die „Kulakenverbannung“ in den 1930er Jahren], in: Sociologičeskie issledovanija 10 (1990), S. 3-12.
- V.N. Zemskov, Specposelency (po dokumentam NKVD-MVD SSSR) [Sondersiedler (in Dokumenten des NKVD-MVD der UdSSR)], in: Sociologičeskie issledovanija 11 (1990), S. 3-17.

- V.N. Zemskov, „Černye dyry“ istorii [Die „schwarzen Löcher“ der Geschichte], in: Raduga 9 (1990), S. 56-62.
- V.N. Zemskov, Zaključennye, specposelency, ssyl'noposelency, ssyl'nye i vyslannye: Statistiko-geografičeskij aspekt [Strafgefangene, Sondersiedler, Zwangssiedler und Verbannte: Der statistisch-geografische Aspekt], in: Sociologičeskie issledovanija 5 (1991), S. 151-165.
- V.N. Zemskov, Massovoe osvoboždenie specposelencev i ssyl'nych (1954–1960) [Die Massenbefreiung von Sondersiedlern und Verbannten (1954–1969)], in: Sociologičeskie issledovanija 1 (1991), S. 5-26.
- V.N. Zemskov, Ob učete speckontingenta NKVD vo Vsesojuznych perepisjach naselenija 1937 i 1939 gg. [Zur Erfassung des Sonderkontingents des NKVD in den Unionszählungen 1937 und 1939], in: Sociologičeskie issledovanija 2 (1991), S. 74 f.
- V.N. Zemskov, „Kulackaja ssylka“ nakanune i v gody Velikoj Otečestvennoj vojny [Die „Kulakenverbannung“ am Vorabend und im Verlauf des Großen Vaterländischen Krieges], in: Sociologičeskie issledovanija 2 (1992), S. 3-26.
- V.N. Zemskov, Prinuditel'nye migracii iz Pribaltiki v 1940–1950-ch godach [Zwangsmigrationen aus dem Baltikum in den 1940er und 1950er Jahren], in: Otečestvennye archivy 1 (1993), S. 4-19.
- V.N. Zemskov, Repatriacija sovetskich graždan v 1945–1946 godach: Opirajas' na dokumenty [Die Repatriierung sowjetischer Bürger 1945 und 1946 in Dokumenten], in: Rossija XXI (1993), Nr. 5, S. 74-81.
- V.N. Zemskov, Specposelency (1930–1959 gg.) [Sondersiedler (1939–1959)], in: Naselenie Rossii v 1920–1950-e gody: čislennost', poteri, migracii: Sbornik naučnych trudov [Die Bevölkerung Russland von den 1920er bis 1950er Jahren: Zahlenmäßige Zusammensetzung, Verluste, Wanderungen. Sammelband wissenschaftlicher Arbeiten]. Moskva 1994, S. 145-194.
- V.N. Zemskov, Sud'ba „kulackoj ssylki“ (1930–1954 gg.) [Das Schicksal der „Kulakenverbannung“ (1930–1954)], in: Otečestvennaja istorija 1 (1994), S. 118-147.
- V.N. Zemskov, Nekotorye problemy repatriacii sovetskich peremeščennych lic [Probleme bei der Repatriierung von sowjetischer Zwangsverschleppten], in: Rossija XXI (1995), H. 5/6, S. 183-192.
- V.N. Zemskov, Repatriacija sovetskich graždan i ich dal'nejšaja sud'ba (1944–1956 gg.) [Die Repatriierung sowjetischer Bürger und ihr weiteres Schicksal (1944–1956)], in: Sociologičeskie issledovanija 5 (1995), S. 3-13.

- V.N. Zemskov, *Zaključennye v 30-e gody: Demografičeskij aspekt* [Strafgefangene in den 1930er Jahren: der demografische Aspekt], in: *Sociologičeskie issledovanija* 7 (1996), S. 3-14.
- V.N. Zemskov, *Specposelency v SSSR, 1930–1960* [Sondersiedler in der UdSSR, 1930–1960]. Moskva 2003 [2. izdanie: 2005, 306 S.].
- Žurnaly zasedanij Vremennogo pravitel'stva: V 4 tomach. Tom 1: Mart – oktjabr' 1917 goda [Sitzungsberichte der Provisorischen Regierung. In vier Bänden. Bd. 1: März – Oktober 1917]. Moskva 2001 (Archiv novejšej Rossii. 7) [448 S.].
- 1941 god: V 2-ch kn. [Das Jahr 1941. In zwei Bänden], pod. red. V.P. Naumova. Moskva 1998 (Rossija. XX vek. Dokumenty) [1832, 750 S.].

## MITTEILUNG

### **Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland. Seminar der Baltic Academy mit der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Malente und dem Honorarkonsulat der Republik Lettland in Schleswig-Holstein vom 24. bis 26. März 2006 in Malente**

Das Seminar in Malente war einer unbekannteren Seite der europäischen Migration gewidmet – Flüchtlingen aus den baltischen Ländern und ihrem Leben im Deutschland der Nachkriegszeit, so genannten Displaced Persons.<sup>1</sup> Im Jahr 1946 waren etwa 200 000 baltische DPs bei alliierten Stellen registriert, knapp die Hälfte von ihnen waren Letten, ein Drittel Litauer, der kleinste Teil Esten (etwa 30 000).

Es gibt nur wenige Historiker in Deutschland, die sich mit diesem Thema speziell beschäftigen, und kaum spezielle Forschungen über DPs.<sup>2</sup> In allen deutschen Regionalstudien wird, wie Tillmann Tegeler in seinem Vortrag bemerkte, die Problematik der Balten (Esten, Letten und Litauer) nur am Rande behandelt. Das Thema verdient jedoch nicht nur deswegen besondere Aufmerksamkeit, weil die postsozialistischen Präsidenten Lettlands, Vaira Vīķe-Freiberga, und Litauens, Valdas Adamkus, aus dem Kreis der baltischen DPs stammen, sondern weil noch ein großer Mangel an Kenntnissen über DP-Lager in Deutschland sowie den baltischen Ländern besteht. Neue Seiten der Geschichte der DPs können Archivmaterialien öffnen, die teilweise noch unübersetzt sind, sowie Berichte von Flüchtlingen aus dem Baltikum, die in den deutschen Lagern gelebt haben. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und baltischen Ländern und das Interesse der baltischen Länder an ihrer Geschichte seit dem Gewinn ihrer Unabhängigkeit ebnet Wege für eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Das Grußwort der lettischen Präsidentin an die Seminarteilnehmer,

---

<sup>1</sup> Der Terminus Displaced Persons (DPs) wurde von den Alliierten geprägt. Mit dem „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer“ vom 25. April 1951 wurde diese Bezeichnung aufgehoben.

<sup>2</sup> Zu ihnen gehört Wolfgang Jacobmeyer, der die Geschichte der DPs in Deutschland erforscht hat. Siehe: Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985.

die finanzielle Unterstützung der Veranstaltung<sup>3</sup> durch das lettische Okkupationsmuseum (Riga) und die Teilnahme einer Vertretung der litauischen Botschaft an dem Seminar beweisen das Interesse der baltischen Länder an der Thematik der DPs. Christian Pletzing (Lübeck), der Leiter der Academia Baltica, sprach in seinem Einführungswort die Aktualität des Seminarthemas aus deutscher Sicht an.

An dem internationalen Seminar nahmen Wissenschaftler, Journalisten, Archivmitarbeiter, Zeitzeugen sowie Studenten aus Deutschland, Lettland, Estland, Litauen und Russland teil. Im Rahmen des Seminars wurden neun Vorträge gehalten, die verschiedene Seiten des Lebens der DPs beleuchteten. Die zentralen Fragen, die in dem Seminar diskutiert wurden, waren folgende: Wie sah der Alltag der Displaced Persons in den Flüchtlingslagern aus? Welche Bedeutung hatte für sie die Pflege des kulturellen Erbes? Wie vollzog sich ihre Integration in die deutsche Gesellschaft?

Der Vortrag Tillmann Tegeler (München) verschaffte einen guten Überblick über die ganze Geschichte der baltischen Migranten vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die heutige Zeit. Der Referent konzentrierte sich vor allem auf DPs, die sich in der britischen Zone befanden. Er nannte vier Fluchtwellen und Zwangsumsiedlungen aus dem Baltikum, die in der Zeit von 1939 bis 1944 zur Entstehung eines Kontingents von Flüchtlingen aus den baltischen Ländern in Deutschland führten: 1) 1939/40: im Zuge der deutschbaltischen Umsiedlung, 2) 1940: 1. sowjetische Besetzung, 3) 1941–1944: deutsche Besetzung, 4) 1944: 2. sowjetische Besetzung. Nach Tegeler verdienen DPs aus baltischen Ländern eine besondere Betrachtung, da sie gegenüber anderen Flüchtlingen einen Sonderstatus besaßen: „Ihre Lage war auf Grund der Geschichte ihrer Länder, die zu dem Zeitpunkt, als das DPs-Problem auftauchte, nicht mehr existierten, einzigartig.“ Diese Tatsache erschwerte die Lage der Flüchtlinge, da die Sowjetunion nach dem Krieg formell darauf bestehen konnte, dass ihr „ihre“ Staatsbürger übergeben wurden. Die komplizierte Situation der baltischen Flüchtlinge in Deutschland manifestierte sich auch in ihrer offiziellen Bezeichnung als „heimatlose Ausländer“. Nach deutscher Jurisdiktion war in bestimmten Fällen das Recht des Herkunftslands der Flüchtlinge anzuwenden, was für die Esten, Letten und Litauer bedeutete, dass auf sie sowjetisches Recht Anwendung fand.

---

<sup>3</sup> Förderer des Seminars waren die Marga und Kurt Möllgaard Stiftung, die Lettische Gemeinschaft in Deutschland, die Bundeszentrale für politische Bildung und das Lettische Okkupationsmuseum (Riga).



Im Gegensatz zur baltischen Bevölkerung in der UdSSR pflegten Flüchtlinge aus baltischen Ländern in Deutschland ihre nationalen Bräuche und Sitten. Neben ihrer Kultur und ihren Bildungseinrichtungen sind Erinnerungen an die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in die Bundesrepublik geblieben. Kenntnisse über das Schicksal der baltischen DPs sind in der deutschen Gesellschaft allerdings nicht sehr verbreitet.

Dorothee M. Goeze (Marburg) sprach über den Alltag estnischer DPs in Deutschland. Quelle ihres Vortrages bildete die Sammlung Hitzer im Herder-Institut Marburg. Karl Nikolai Hitzer (geb. 1895 in Tartu, gest. 1967 in Lübeck) war Lehrer und nebenberuflich Fotograf bei der Tageszeitung „Postimees“. Die Motive der Sammlung Hitzer (insgesamt ca. 24 000 Negative) werden sukzessive digitalisiert. Teil I der Sammlung umfasst ca. 12 000 Negative aus der Zeit von 1941 bis 1944. Dazu gehören Bilder der Okkupationszeit in Estland, der offiziellen Berichterstattung, Theateraufnahmen, Landschaftsaufnahmen aus dem bäuerlichen Alltagsleben (z.B. in Südestland); Teil II enthält ca. 9 000 Negative aus der Zeit von 1944 bis zu den 1950er Jahren: Sie zeigen DP-Lager und das Leben der estnischen Volksgruppe. In Goezes Vortrag wurden ca. 150 Aufnahmen von Hitzer gezeigt, die historische Umstände dokumentieren: Flüchtlinge, Alliierte, UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), IRO (International Refugee Organization), Repatriierung, Emigration, Lage und Art der Lager, Selbstverwaltung, Versorgung der DPs, Arbeit/Fortbildung, Kinder/Ausbildung, Freizeit, Baltische Universität.

Zentrale Themen des Vortrages von Stefan Schröder (Greven) waren die Nachbarschaft von DPs und Deutschen und Konflikte zwischen ihnen. Sein Vortrag basierte auf Dokumenten aus dem Stadtarchiv Greven, wo sich ein DP-Lager befand und der Referent seit 1999 als Stadtarchivar arbeitet.

In seinem Vortrag erwähnte Stefan Schröder die neuesten Schätzungen der Zahl der überlebenden ausländischen Arbeitskräfte: Die Zahlen belaufen sich Mitte 1945 im Deutschen Reich (in den Grenzen von 1942) auf 3 425 000 ausländische Kriegsgefangene und 7 945 000 ausländische Zivilarbeiter, darunter auch 75 000 Balten. Er definierte drei Gruppen DPs: 1) Flüchtlinge, 2) befreite Zwangsarbeiter, 3) baltische DPs, die der deutschen Wehrmacht und SS-Einheiten angehört hatten. Forschungs- und Übersetzungsbedarf sah der Vortragende vor allem bei Fragen der baltischen Wanderungsbewegungen (es ist nicht erforscht, wie viele Balten zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden, bei Kriegsende in Richtung Baltikum wanderten

und möglicherweise erneut als Flüchtlinge zurückkamen) sowie bei der Ernährungssituation der Migranten.

Nach Schröders Forschung entstanden Kontakte zwischen DPs und Deutschen vor allem bei der Lebensmittelbeschaffung: beim Kauf in deutschen Geschäften, Tausch auf dem Schwarzmarkt. Es gab auch einige Eheschließungen von männlichen DPs mit deutschen Frauen. Wie Stefan Schröder betonte, wurden die Beziehungen durch die unterschiedlichen Lebensbereiche und Umstände bestimmt, in denen DPs auf Deutsche trafen. Dabei spielten Deutschkenntnisse und Bildungsniveau der baltischen Migranten sowie Lagertypen eine wichtige Rolle (Lager, die durch Mauern, Zäune, Stacheldraht abgeschottet waren, minimierten die Kontakte zwischen Deutschen und DPs).

Ablehnende Haltungen der Deutschen gegenüber baltischen Flüchtlingen wurden durch Straftaten wie einzelne Überfälle auf Bauernhöfe und Diebstahl, die bessere Versorgung der DPs (die Kalorienmenge war den DPs zugesichert und bis Mitte 1946 höher als bei den Deutschen) sowie fremdenfeindliche Einstellungen aus der NS-Zeit, die bei vielen Deutschen über 1945 hinaus fortwirkten, geweckt. Der Referent kam zu dem Ergebnis, dass die Beziehungen zwischen baltischen Migranten und Deutschen eher durch pragmatisches Miteinander als echte Nachbarschaft charakterisiert waren.

Hannes Harding (Schleswig) stellte die Ergebnisse seiner Forschung über Displaced Persons in Schleswig-Holstein vor.<sup>4</sup> Die Zahl der Balten war gerade in Schleswig-Holstein unverhältnismäßig hoch. Mit 28 374 Personen stellten sie im Dezember 1945 vermutlich etwa die Hälfte aller baltischen DPs in der britischen Zone. DP-Lager existierten auf Sylt, in Niebüll, Flensburg, Husum, Schleswig, Eckernförde, Rendsburg, Kiel, Plön, Neumünster, Neustadt, Haffkrug, Hamburg, Itzehoe, Pinneberg, Lübeck, Seeberg, Wentorf, Geesthacht und Bad Oldesloe. In einigen Orten gab es mehrere DP-Lager, z.B. in Lübeck 42 mit 24 446 Insassen, in Schleswig 10 (mit 1 145), in Kiel 9 (mit 4 179).

Der Referent schilderte die schwierige Lage der Flüchtlinge, die am Ende des Zweiten Weltkrieges unter Druck gesetzt wurden, Selbstmord begingen oder ihre Identitäten änderten. Die Privilegien, die DPs genossen, wurden später eingeschränkt. Es folgte die Einführung von Arbeitsprogrammen (Wachmänner, Forstwirtschaft) und Kürzung der Rationen (1947).

---

<sup>4</sup> Hannes Harding, *Displaced Persons (DPs) in Schleswig-Holstein 1945–1953*. Frankfurt a.M. (u.a.) 1997.

Viele DPs sahen in einer weiteren Migration den Weg zur Freiheit und wanderten nach Argentinien, Australien und in die USA aus. In den DP-Lagern blieb ein so genannter „hard core“ zurück – körperlich und geistig Kranke, geschwächte Menschen sowie kinderreiche Familien.

Hannes Harding betonte, dass die Geschichte der DPs nicht nur Besatzungs- und Migrationsgeschichte sei, sondern auch Sozial- und Individualgeschichte. Hinter der recht undifferenzierten Bezeichnung „DPs“ verbargen sich vor allem Menschen, die versuchten, sich unter schwierigen Umständen wieder aufzurichten.

Der Vortrag von Swetlana Czerwonnaja (Moskau/Toruń) war den Litauern in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet. Sie konzentrierte sich besonders auf die Situation der litauischen Kultur im Exil.

Die Referentin nannte neun Gruppen litauischer Emigranten, die vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis heute nach Deutschland auswanderten. Dazu zählen: 1) Flüchtlinge aus Vilnius (von Ende Oktober 1939 bis Juni 1940), 2) litauische Flüchtlinge aus der Zeit der ersten sowjetischen Okkupation (15. Juni 1940), 3) Umsiedler auf Grund des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 10. Januar 1941, 4) litauische Wehrmachtangehörige (eingezogen zwischen Juni 1941 und Juli 1944), 5) Litauer in Deutschland, die sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern befanden, 6) Evakuierte, 7) Litauer, die vor der nahenden Front und der drohenden zweiten sowjetischen Besatzung 1945 ihre Heimat verlassen hatten, 8) Emigranten nach 1957, 9) Migranten aus dem unabhängigen Litauen nach 1990.

Im Jahr 1946 (Stand von 31. Dezember) befanden sich 58 805 Litauer in der Betreuung der UNRRA. Die Referentin betonte, dass sich unter ihnen ein großer Teil Angehöriger der litauischen intellektuellen Elite befand: 227 Geistliche, 400 Angehörige des Hochschulkörpers, Professoren der litauischen Universitäten, 90 Schriftsteller und 76 Künstler. Sie gründeten in Deutschland verschiedene litauische Institutionen, u.a. die litauische Volksuniversität in Wiesbaden (Eröffnung 16. August 1945), das Institut für Angewandte Kunst in Freiburg (seit dem 11. Juli 1947), technische Kurse in Kempten (seit Juni 1946). In 20 Orten existierten litauische Gymnasien, es gab zahlreiche Kunstausstellungen. Ende 1945 erschienen 135 periodische litauische Presseorgane. 1946 und 1947 fanden in Tübingen und Augsburg Kongresse des Litauischen Schriftstellerverbandes statt. Mit zahlreichen Daten und Namen belegte Swetlana Czerwonnaja ein vielfältiges kulturelles Leben der litauischen Diaspora im Exil.

Ingo Hoddick (Duisburg) konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Schicksale zweier baltischer Musiker:<sup>5</sup> Vladas Jakubėnas aus Litauen und Jāzeps Vītols aus Lettland. Beide kamen 1944 nach Deutschland und lebten hier als DPs. Ihre musikalischen Wege sowie persönlichen Schicksale verliefen jedoch unterschiedlich. Jakubėnas (1904–1976) stand noch in der Vorkriegszeit unter dem Einfluss der deutschen Musiktradition: Bevor er Dozent für Musiktheorie und Klavier in Kaunas (1932–1944) wurde, hatte er 1928–1932 in Berlin Komposition bei Franz Schreker studiert. Jāzeps Vītols (1863–1948) studierte in St. Petersburg und war danach Dozent für Musiktheorie am Petersburger Konservatorium. Nach dem Krieg emigrierte Jakubėnas nach Amerika, Vītols blieb in Deutschland. Die Werke Jāzeps Vītols' wurden in Lettland weiter gespielt, Vladas Jakubėnas in seiner Heimat vollkommen vergessen. Wie der Referent erwähnte, wurde erst in den letzten Jahren eine CD mit der Musik von Vladas Jakubėnas in Litauen veröffentlicht. Am Rande des Vortrages blieb das Leben der baltischen Musiker in DP-Lagern, in denen sich Chöre bildeten und Konzerte stattfanden. Dieses Thema wäre eine eigene Untersuchung wert.

Andreas Fülberth (Kiel) sprach über einen anderen Angehörigen der baltischen intellektuellen Elite in Deutschland, den malenden Dichter Jānis Jaunsudrabiņš (1877–1962) und seinen Weg von Lettland ins westfälische Exil. Jānis Jaunsudrabiņš war ein bedeutender lettischer Maler und vielgelesener Schriftsteller in der Zwischenkriegszeit. Das Ehepaar Jaunsudrabiņš wohnte von 1948 an in einem Haus in Körbecke am Möhnesee, das von ihnen „Mondscheinhaus“ (lett. „mēnesnīca“) genannt wurde. Jānis Jaunsudrabiņš malte hier, lernte Künstler der Region kennen und beantwortete viele Briefe aus Lettland. Für ihn wurde dieses Haus, ein Wochenendhaus, das J. Ostermann ihm zur Verfügung stellte, zum Heimatort.

Wie der Referent in seinem Vortrag betonte, war für den Künstler nicht Deutschland, sondern Westfalen Exiland. Hier wurde er als Künstler anerkannt: Es existierten eine Ausstellung und Publikationen über ihn, außerdem wurden „Pilgerreisen“ zu seinen Aufenthaltsorten veranstaltet. Nach seinem Tod wurde für Jānis Jaunsudrabiņš ein Gedenkstein auf dem Friedhof in Körbecke errichtet. In Lettland erinnert an ihn ein kleines Museum auf dem Hof Riekstīņi bei Neretza (Nerft), auf dem Jaunsudrabiņš einen Großteil seiner Kindheit

---

<sup>5</sup> Siehe dazu: Longins Apkalns, *Lettische Musik*. Wiesbaden 1977, Vladas Jakubėnas. *Straipsniai ir recenzijos* [Aufsätze und Rezensionen], hrsg. v. Loreta Venclauskienė. Vilnius 1994.

verlebte. Fülberth referierte über eine aktuelle Initiative der Familie Ostermann, das Mondscheinhaus unter Denkmalschutz zu stellen. Diese Initiative scheiterte zunächst an den Behörden. Die Frage, wie man persönliche Erinnerungen und Erinnerungsorte vor dem Vergessen bewahrt, betrifft auch DP-Lager. In diesem Kontext wäre es wichtig zu überlegen, ob Überreste von DP-Lagern eines Denkmalschutzes bedürfen.

Zum Schluss berichtete Daina Zalāne (Riga) über eine private Initiative in Lettland, deren Ziel es ist, das Leben der DPs in digitaler Form zu dokumentieren. Als Ergebnis ihrer Arbeit entstand ein „DP“-Album ([www.dpalbums.lv](http://www.dpalbums.lv)), das das Leben der lettischen Displaced Persons von 1945 bis 1950 in Bildern illustriert. Das Album umfasst ca. 2 000 Fotos. Unter jedem Foto sind Informationen über Quelle, Fotograf, Ortsname, Zone und Entstehungsdatum vermerkt. Mit der Suchmaschine können ehemalige DPs sowie alle Interessenten schnell die benötigten Informationen leicht finden. Die Fotos können als wichtige Information für die Rekonstruktion vor allem des alltäglichen Lebens dienen. Das Album wird immer wieder mit neuen Fotos und Informationen ergänzt, die die Organisatoren von den DPs aus verschiedenen Ländern bekommen.

Wie schon erwähnt, nahmen an dem Seminar auch ehemalige DPs teil, die mit ihren Erinnerungen an das Leben in DP-Lagern die Beiträge der Referenten ergänzten und mit ihren Fragen die Diskussionen belebten. Das Zeitzeugengespräch (Moderation: Marianne Pletzing, Lübeck), an dem Irena M. Stoewer, geb. Cimdina (Lettland), Vilma Brinkmann (Estland) und Elena Baliuliene (Litauen) teilnahmen, machte deutlich, wie unterschiedlich die Erfahrungen der DPs sowie die Selbstwahrnehmungen in den baltischen Familien waren und sind. Elena Baliuliene berichtete, dass in ihrer Familie eine Bibel aus Litauen, eine Bernsteinkette und gewebte Bettdecke aufbewahrt wurden, die litauische Gemeinschaft eine große Rolle spielte und über eine Rückkehr nachgedacht wurde. In anderen Familien hatte die Gemeinschaft keine Bedeutung mehr, man lebte mit dem Gedanken, für immer nach Amerika oder Kanada auszuwandern. Die Frage nach ihrer Identität beantworteten Elena Baliuliene aus Litauen und Vilma Brinkmann aus Estland eindeutig: sie sind „Litauerin“ bzw. „Estin“. Irena M. Stoewer (Lettland) zweifelte: „Mal fühle ich mich als Lettin, mal als Deutsche.“

Das Seminar war ein Forum zum Thema „Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland“ für den Informations- und Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftlern, die die Geschichte der DPs

erforschen, und Zeitzeugen, die diese Zeit erlebten. Die Bedeutung des Seminars besteht darin, dass es die Aufmerksamkeit auf einen wichtigen Teil der europäischen Migrationgeschichte lenkte, der der Öffentlichkeit in Deutschland und im Baltikum weitgehend unbekannt ist.

Olga Kurilo, Berlin

## REZENSIONEN

**Auf der Flucht, hrsg. v. Erna Appelt u. Waltraud Heindl. H. 2 der Zeitschrift „L’Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft“ 15 (2004). Wiesbaden: Böhlau Verlag, 189 S.**

In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „L’Homme“ nähern sich die beiden Wiener Herausgeberinnen Erna Appelt und Waltraud Heindl einem aktuellen, politisch brisanten und zugleich wissenschaftlich jungen Forschungsgebiet: Migrationen von Frauen. Die Auswahl der Beiträge demonstriert, wie Fluchterfahrungen die Lebensentwürfe von Menschen in unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten verwerfen und Lebenswege neu gestalten können.

Die Zeitschrift „L’Homme“ und ihre Herausgeberinnen stehen für eine Forschungsperspektive, die v.a. den Genderblickwinkel in den Vordergrund rückt. Den vier Abhandlungen folgen denn auch in den Rubriken „Im Gespräch“ und „Aktuelles und Kommentare“ Beiträge, die sich mit Einzelfragen des Themenschwerpunkts unter Hervorhebung von Migrantinnen auseinandersetzen. Die Perspektive auf das „andere“, männliche Geschlecht wird in diesem Kontext gänzlich ausgespart.<sup>1</sup> Wie gewohnt wird anschließend „Im Forum“ ein aktuelles Forschungsvorhaben herausgestellt, hier „Der Einschluss und Ausschluss von Frauen in bulgarischen Geschichtsbüchern der 1990er-Jahre“ von Krassimira Daskalova. In „Aus den Archiven“ wird von Patrizia Gabrielli der umfangreiche autobiografische Schriftbestand von Frauen im Archivio Diastrico Nazionale in Pieve Santo Stefano vorgestellt. Einem Nachruf auf die (in Münster und nachfolgend Bochum) engagierte Historikerin für Geschlechtergeschichte Susanne Rouette folgen Rezensionen aktueller Veröffentlichungen.

Mit der Fokussierung auf weibliche Flüchtlinge stellen Appelt und Heindl eine Forschungslandschaft vor, in der erst in jüngster Zeit die spezielle Situation von Migrantinnen die einseitig von männlichen Migranten dominierte Migrations- und Fluchtforschung bereichert. Neben der Analyse historischer Fluchterfahrungen werden hierbei aktuelle asylopolitische Fragestellungen aufgegriffen.

---

<sup>1</sup> Diese Praxis wird von den Herausgeberinnen sehr wohl problematisiert.

In einem ersten Beitrag schildert Traude Bollauf die Erlebnisse von drei Jüdinnen, die in den späten 30er Jahren Wien verließen, um in England der nationalsozialistischen Verfolgung zu entkommen. Sie waren drei von etwa 20 000 Menschen, denen es mithilfe des so genannten *domestic permit* gelang, als Dienstboten in englischen Haushalten zu überleben. Traude Bollauf demonstriert anschaulich den Erfahrungshorizont dieser Frauen, der sich v.a. durch Erniedrigungen und Sprachprobleme auszeichnet. Sie verschweigt dabei nicht, dass das *domestic permit* für mittellose Frauen das einzige, gültige Fluchtdokument nach England bot, was dazu führte, dass zunächst nur die Arbeit in Privathaushalten als Beschäftigungsmöglichkeit für Flüchtlinge existierte.

Susanne Binder geht in ihrem Beitrag auf die zeitgenössische europäische Asylgesetzgebung ein und kommt zu dem Ergebnis, dass die Kategorie *gender* hier bis in die 1990er Jahre keinen nennenswerten Stellenwert einnahm. Im Rahmen ihrer Studie konzentriert sich die Autorin auf bosnische Flüchtlingsfrauen, die sie interviewte. Anhand eines Fallbeispiels beleuchtet Susanne Binder die Auswirkungen von Flucht und neuer Migrationsumgebung auf Familienstrukturen und geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen und -wahrnehmungen. Die Autorin veranschaulicht plausibel, dass das gängige Bild des „passiven Flüchtlings und der handlungsunfähigen Flüchtlingsfrauen“ keineswegs mit der Realität zu vereinbaren ist (S. 232).

Dem Problembereich Asyl und Integration in Österreich widmet sich auch Edith Hobsig. Vom UNHCR initiiert, legt sie die erste empirische Studie über die Situation weiblicher Konventionsflüchtlinge vor. Im qualitativen Interviewverfahren werden die Themen Flucht, Asylgewährung sowie die Integration in Österreich angesprochen. Anhand der individuellen Probleme und Erfahrungswelten gelingt es Hobsig, Mängel und Erfordernisse in der Flüchtlingsbetreuung aufzuzeigen und Neuerungen anzuregen.

Mit Annemarie Steidls Beitrag wird erneut die historische Migrationsforschung in den Vordergrund gerückt. Die Autorin befasst sich mit Auswanderinnen aus der Habsburgmonarchie in die USA. Auf der Grundlage von Passagierlisten erstellt sie erstmals Sozialprofile der Migrantinnen. Mit einer genauen Auflistung des weiblichen Anteils an den transatlantischen Wanderungen erweitert sie das Forschungsbild um die junge, weibliche Migrantin, die ebenso wie männliche Migranten bei der Suche nach Erwerbsarbeit große Distanzen zu überbrücken bereit war. Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen jedoch lag die Rückkehrquote der Frauen aus der neuen Welt nach



Europa niedriger, obgleich nicht jede Wanderung mit dem erhofften ökonomischen Erfolg verbunden war.

Die Gespräche mit den Wissenschaftlerinnen Alice Teichova und Ruth Wodak veranschaulichen am individuellen Beispiel, wie Flucht- und Exilerfahrungen den Lebensweg von Frauen maßgeblich prägen können. Ihre individuellen Erlebnisse von zwei Fluchterfahrungen schildert zunächst die britische und österreichische Staatsbürgerin und Historikerin Alice Teichova. Als Jüdin suchte die Wienerin in den 30er Jahren den Neuanfang in England, um dann in die Tschechoslowakei überzusiedeln, von wo sie nach dem „Prager Frühling“ nach Wien zurückkehren musste.

Das Gespräch der Wiener Sprachwissenschaftlerin und Spezialistin für Diskursanalyse Ruth Wodak mit der Mitherausgeberin von „L'Homme“, Edith Saurer, spiegelt den generativen Faktor von Fluchterfahrungen wider. In ihnen wird deutlich, wie unterschiedlich Fluchtmotive ausfallen können: die Zugehörigkeit zum Judentum bei der Elterngeneration sowie die eigenen Erfahrungen Wodaks, ihre wissenschaftliche Ausgrenzung als Soziologin und Mitstreiterin der feministischen Linguistik.

„Auf der Flucht“ bietet zahlreiche Einblicke in einen Zweig neuerer Migrationsforschung. Mit der bewussten Nuancierung von Forschungsansätzen mit Genderschwerpunkten gelingt die Komprimierung von unterschiedlichsten Forschungsvorhaben und -methoden. So tritt Flucht in den Erlebnis- und Erfahrungshorizonten von Migrantinnen als geschlechtsspezifische Erfahrungswelt auf und wird lebensweltlich fassbar. Zugleich wird durch die Bandbreite der gewählten Beiträge ersichtlich, in welchem Maße Flucht durch die Jahrhunderte das Leben von weiblichen Generationen prägte.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

**Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder. Ausstellungskatalog, hrsg. v. Dagmar Kift für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe/Westfälisches Industriemuseum. Essen: Klartext Verlag 2006, 287 S., zahlreiche Abbildungen.**

„Aufbau West“ ist der Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung des Westfälischen Industriemuseums, die vom 18. September 2005

bis zum 26. März 2006 in der Zeche Zollern II/IV in Dortmund zu sehen war. Das Buch hat zwei Funktionen: Zum einen handelt es sich hier um einen Ausstellungskatalog, der die Ausstellungsgegenstände dokumentiert, zum anderen um eine Einführung und Überblicksdarstellung zum Thema „Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Nachkriegszeit am Beispiel Nordrhein-Westfalens“. Neben festangestellten und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Westfälischen Industriemuseums konnten auch drei ausgewiesene Autoren mit einführenden Beiträgen für die Publikation gewonnen werden: Nach Vor-, Geleit- und Grußworten sowie einer Einleitung der Herausgeberin gibt Wolfgang Kessler, Direktor der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, einen knappen Forschungsüberblick zum Thema „Flüchtlinge und Vertriebene in Nordrhein-Westfalen“ (S. 22-25). Mehr Ausführlichkeit hätte dem Band sicher nicht geschadet.

Alexander von Plato, Leiter des Instituts für Geschichte und Biografie der FernUniversität Hagen, der mit Flüchtlingen und Vertriebenen lebensgeschichtliche Interviews geführt hatte, fasst in dem Beitrag „Integration und ‚Modernisierung‘“ seine bisherigen Forschungen zusammen. Zuvor liefert er die notwendigen statistischen Angaben und Hintergrundinformationen (S. 26-33).

Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer beschreibt den „Aufbau West“ als „Januskopf der nordrhein-westfälischen Nachkriegswirtschaft“, ebenfalls basierend auf seinen Forschungen. Die überkommene Wirtschaftsstruktur des neu gegründeten Landes und die vorrangigen Investitionen in den Montanbereich ermöglichten einen raschen Wiederaufbau und legten die Grundlagen für das „Wirtschaftswunder“; gleichzeitig verhinderten sie jedoch eine notwendige Umstrukturierung und Diversifizierung der Wirtschaft und legten somit den Grundstein für die spätere Strukturkrise des Ruhrgebiets (S. 34-39).

Nach diesem Einleitungs- und Überblicksteil folgt eine Führung durch die einzelnen Abteilungen der Ausstellung „Aufbau West“: 1. Aus dem Osten (S. 40-43), 2. Ankunft (S. 44-81), 3. Wirtschaft und Gesellschaft (S. 82-251), 4. Spuren (S. 252-269). Zum Abschluss beschreiben drei Museumspädagoginnen ihre Vermittlungsangebote für unterschiedliche Gruppen von Museumsbesuchern und -besucherinnen (S. 270-275). Abgeschlossen wird der Band durch einen Anhang mit Quellen-, Literatur- und Bildnachweisen, Leihgeberliste (sic!, obwohl zahlreiche Frauen darin zu finden sind) und einem Verzeichnis der Autorinnen und Autoren sowie der Vorstellung des Ausstellungsteams (S. 276-287).

Während die allgemeinen einleitenden Beiträge den Stand der Forschung zusammenfassen (erfreulich, dass die Herausgeberin auch die neueren Forschungen in Polen zur Kenntnis nimmt, wenn auch nur vermittelt durch Publikationen in deutscher Sprache), bringt der eigentliche Katalogteil neben allseits Bekanntem auch neue und überraschende Informationen, die zusätzlich zu den zahlreichen Abbildungen den eigentlichen Reiz des Buches ausmachen. Flucht und Vertreibung werden von Dagmar Kift skizziert: Die Herausgeberin stellt dabei das Schicksal der Deutschen in einen größeren historischen Zusammenhang. Sie verweist dabei nicht nur auf die nationalsozialistischen Gräueltaten in Polen und anderswo, sondern auch auf den Mord am armenischen Volk und die Vertreibung von Griechen und Griechinnen aus der Türkei. Nach der Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen in einem vom Krieg verwüsteten Land stießen diese bei der einheimischen Bevölkerung auf Ablehnung, da sie als Konkurrenten und Konkurrentinnen bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern (Lebensmittel, Wohnung, Arbeit) angesehen wurden. Zugangssperren hielten diese Menschen zunächst von den zerstörten Städten im Ruhrgebiet fern, sie wurden in die ländlichen Regionen Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Bayerns gelenkt. Trotz der Konkurrenzsituation erfuhren einige der Zugewanderten auch Hilfsbereitschaft von Seiten der Einheimischen.

Den Schwerpunkt von Ausstellung und Katalog bildet die dritte Abteilung „Wirtschaft und Gesellschaft“. Hier wird der eigentliche „Aufbau West“ vorgestellt und die These von der Integration von Einheimischen und Flüchtlingen in eine „neue Zeit“ (Plato) eindrucksvoll bewiesen. Der Integration über den Arbeitsplatz ist das Hauptaugenmerk gewidmet: „Industriegeschichten und Betriebsgeschichten“ bilden den Rahmen von Aufbau und Integration, beginnend mit der Schlüsselindustrie (sowohl für den Wiederaufbau als auch als erster und wichtigster Arbeitsplatz für Vertriebene und Flüchtlinge) des Bergbaus. Neben den bekannten Beispielen der Montanindustrie und dem für den Wiederaufbau wichtigen Bauwesen werden auch die weniger oder kaum bekannten Branchen wie Glasindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Maschinenbau berücksichtigt und hier liegt das eigentliche Verdienst von Ausstellung und Begleitband. Die abgebildeten Ausstellungsgegenstände werden ergänzt durch kurze Einführungen und Kurz-Biografien von Vertriebenen und Flüchtlingen. Wie interessant diese Biografien auch sind, es sind durchweg Erfolgsgeschichten. Beispiele von Scheitern und Desintegration, die es ebenfalls gegeben hat, fehlen. Dies mag dem Umstand

geschuldet sein, dass Personen, die Flucht und Vertreibung nicht verarbeiten und die Fremde nicht als „Neue Heimat“ akzeptieren konnten, kaum bereit sind, Interviews zu geben, aber die Verantwortlichen für die Ausstellung hätten dies deutlicher klarstellen müssen.

Aufgrund der Zuzugssperren konnten zunächst nur Personen ins Ruhrgebiet kommen, die sich verpflichteten, im Bergbau zu arbeiten. Der Bergbau garantierte nicht nur ein gesichertes Einkommen, sondern auch eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln durch Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen und sicherte eine Unterkunft. Auch wenn sich zahlreiche Neubergleute von der Branche abwandten, sobald sie eine bessere Beschäftigung fanden, war der Bergbau, anders als die von Demontagen bedrohte Stahlindustrie, zunächst der Hauptarbeitgeber und das Einstiegsstor nach Nordrhein-Westfalen. Die Bauindustrie erlebte einen besonderen Aufschwung, da Wohnungen und Siedlungen für Einheimische und Vertriebene gebaut werden mussten. Während die in der Montanindustrie beschäftigten Flüchtlinge und Vertriebene häufig einen sozialen Abstieg in Kauf nehmen mussten, konnten im Baugewerbe Tätige nach einer Übergangsphase als Selbstständige arbeiten. Die präsentierten Lebensgeschichten zeigen, in wie vielen Fällen der Bau des eigenen Hauses die Integration besiegelte. Somit war ausreichender Wohnraum (am besten als Eigentum) neben dem Arbeitsplatz der zweite integrationsfördernde Faktor.

Glasindustrie (Nordrhein-Westfalen war bei der Ansiedlung dieser Branche nicht so erfolgreich wie andere Bundesländer), Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Maschinenbau zeigen einen weniger bekannten und häufig vernachlässigten Aspekt der Integration von Flüchtlingen, Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen sowie deren Beitrag zum „Aufbau West“: Diese Beispiele belegen, wie viel diese Gruppen in die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens einbrachten: Humankapital und Know-how wurden der DDR regelrecht entzogen (z.B. Maschinen, Patente, Pläne, aber auch Facharbeiter und -arbeiterinnen) und trugen zur Diversifizierung der Industrie im Westen Deutschlands bei. Flüchtlinge und Vertriebene waren in diesen Branchen nicht nur Arbeitskräfte, sondern schufen durch ihre Neugründungen auch Arbeitsplätze für Einheimische. So mancher Firmenname, der allen vertraut ist, gehört zu einer Neugründung durch Vertriebene oder geflüchtete Unternehmer (z.B. Steilmann, Kunert, Ergee, Odol, Wella).

Weitere wichtige Integrationsfaktoren werden leider nicht deutlich benannt, sie werden jedoch anhand der Kurz-Biografien sichtbar: gewerkschaftliche und parteipolitische Aktivität. In Nordrhein-

Westfalen hatte der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) bei weitem nicht den Zulauf wie in den ländlichen Aufnahme-Regionen. So waren z.B. in Bochum bereits 1947 (also noch vor Gründung des BHE) die meisten der politisch aktiven Flüchtlinge parteipolitisch in den von den Alliierten zugelassenen Parteien organisiert. Die Flüchtlings- bzw. Vertriebenenbeiräte als Beratungs- und Vermittlungsorgan auf allen Verwaltungsebenen werden im vorliegenden Buch nur am Rande erwähnt.<sup>1</sup> Auch die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen retardierenden Faktoren wie die Vertriebenenverbände sind dem Ausstellungsteam nicht behandelenswert gewesen. „Aufbau West“ zeigt somit nur eine, wenn auch wichtige Seite des Lebens von Flüchtlingen und Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen.

Auch die Rolle der Frauen wird nur am Rande abgehandelt, obwohl sie die Last der Flucht am stärksten tragen mussten, da sie diese mit Kindern und Alten antraten. Die Männer, das zeigen auch die Kurz-Biografien, kamen aus der Kriegsgefangenschaft und hatten ganz andere Erfahrungen. Gerade mal 14 Seiten werden den geflüchteten und vertriebenen Frauen gewidmet: S. 74-81: „Frauenwege“ und S. 246-251 im Abschnitt „Vertriebene Frauen im Aufbau West“. Die Kurz-Biografien innerhalb der einzelnen Branchen-Kapitel zeigen bereits die Leistungen der vorgestellten Frauen. Eine stärker integrierte Behandlung des Gender-Aspektes wäre hier wünschenswert. Eine gesonderte Rubrik am Ende der Abteilungen „Ankunft“ und „Wirtschaft und Gesellschaft“ degradiert die Frauen zum Anhängsel dieser Gesellschaft. Ihre Bedeutung für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen bleibt verschwommen.

Der scientific community, die sich mit Fragen der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen beschäftigt, bietet der vorliegende Band zwar einige interessante und überraschende Aspekte, aber im Prinzip nur wenig Neues. Den interessierten Bürgern und Bürgerinnen sowie zum Einstieg ins Thema ist das Buch jedoch allemal zu empfehlen. Dennoch ist neben den bereits angeführten Monita einiges zu kritisieren.

Es ist nicht zu erkennen, nach welchen Prinzipien lediglich nur deutsche Bezeichnungen von Orten benutzt, weshalb in einigen Fällen neben die deutschen auch die aktuellen Bezeichnungen treten

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu Valentina Stefanski, Zuwanderungsbewegungen in das Ruhrgebiet von den „Ruhrpolen“ im späten 19. Jahrhundert bis zu den ausländischen Arbeitnehmern unserer Tage, in: Westfälische Forschungen 39 (1989), S. 408-429, hier S. 427 ff.

und warum manchmal nur die heutigen Ortsnamen angeführt werden (z.B. bei rumänischen Orten). Dass dann die Sonderzeichen der rumänischen und polnischen Sprache nicht verwendet werden, wäre noch zu verkraften, aber zahlreiche orthografische Fehler stoßen bitter auf, z.B. auf S. 154 f. Wojcieszzyze (richtig: Wojcieszzyce), S. 239: neben Wischtiten, Vystitis (richtig: Vistytis). Vollkommen falsch ist die Bezeichnung von Kulm als „Chelmo“ (S. 257): Es existiert in der Tat eine Ortschaft Chełmo (ein Dorf in der Nähe von Łódź), die polnische Bezeichnung für Kulm ist jedoch Chełmno. Aber den französischen Nachbarn ergeht es nicht besser; so wird auf S. 206 Saargemünd in Lothringen als Sarreguemin (richtig: Sarreguemines) wiedergegeben. Was aber nun wirklich nicht akzeptabel ist, steht auf S. 207: „Gotenhafen“, ohne jegliche Erklärung. Hier hätte sich das Ausstellungsteam tatsächlich erkundigen und die nationalsozialistische Bezeichnung der Stadt Gdingen (polnisch: Gdynia) streichen sollen, auch wenn der Interviewpartner diese benutzt haben sollte (es handelt sich nicht um ein Zitat aus dem Interview!). Die Bezeichnung „Litzmannstadt“ für Lodz (polnisch Łódź) wird doch auch nicht verwendet!

Auch beim Literaturverzeichnis hat das Lektorat versagt: Namen und Buchtitel sind nicht immer korrekt angeführt; so finden wir auf S. 277 Doris von Brellie-Lewin (richtig: Doris von der Brellie-Lewin) und der Titel des Buches von Lutz Niethammer auf S. 281 ist ebenfalls nicht korrekt: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht selbst aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“. Das Zitat von Rosa Luxemburg wurde zwar abgewandelt, aber nicht in der hier angeführten Form, sondern: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“.

Valentina Maria Stefanski, Bochum

**The Baltic Countries under Occupation. Soviet and Nazi Rule 1939–1991**, hrsg. v. Anu Mai Kõll. Stockholm: Almqvist & Wiksell 2003, 421 S. (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia, 23).

Um es vorweg zu nehmen – der spannendste Beitrag dieses Konferenzbandes findet sich ganz an seinem Ende. Doch der Reihe nach: Kein

Thema beschäftigt die Historikerinnen und Historiker der drei baltischen Staaten mehr als die Zeit der sowjetischen Okkupation. Man kann es fast eine erzieherische Maßnahme nennen, wenn hier einmal auch die freilich weitaus kürzere deutsche Okkupation 1941–1944 mit einbezogen wird.<sup>1</sup> Wie so oft sind die Beiträge des Bandes weder einheitlich in der Fragestellung noch im Umfang oder in der Qualität. Es finden sich konzise Quellenstudien, mehr oder weniger informative Erlebnisberichte, pathetische Opfergeschichten, aber auch analytische Forschungsarbeiten. Von den 32 Texten behandeln elf Estland, 13 Lettland und acht Litauen, eine vergleichende Perspektive findet sich leider nicht. Dafür lässt sich die interdisziplinäre Ausrichtung der 1999 durchgeführten Tagung leicht am Inhaltsverzeichnis ablesen: Historiker, Soziologen, Philologen, Bibliothekare, Filmwissenschaftler, Philosophen und eben Zeitzeugen bieten ein zuweilen recht spannungsarmes Flickwerk verschiedener möglicher Einblicke in ein halbes Jahrhundert baltischer Geschichte, das durch die gemeinsamen Kapitelüberschriften „Occupations 1940–1953“, „Cultural values“, „The Fate of Minorities“, „Soviet Mentalities“, „Everyday Resistance“ nur notdürftig zusammengehalten wird. In den Jahren zwischen der Konferenz und der Drucklegung des Buches hat sich zweifellos viel getan, aber es sei den Organisatoren trotzdem für diese Bestandsaufnahme eines recht frühen Forschungsstandes gedankt.

Die Migrationsströme der Nachkriegszeit aus dem ehemaligen Ostpreußen und dem Memelgebiet behandelt Arūne L. Arbušauskaitė aufgrund von russischem Archivmaterial (S. 17–46). Bis Ende der 1940er Jahre seien ca. 4 000 Bürger des ehemaligen Litauen aus der SBZ und 2 000 aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in die Heimat zurückgekehrt, wo sie jedoch keinen herzlichen Empfang erhielten und sofort vom NKVD observiert wurden. Von den Massendeportationen 1948 und 1949 waren 1 780 Familien aus Klaipėda betroffen, wobei 40% von ihnen wenigstens ein repatriiertes Mitglied hatten. Aigi Rahis konzentrierter Beitrag stellt – leider ohne jeglichen Anmerkungsapparat – die Forschung zu den Deportationen aus Estland 1941 und 1949 v.a. im generationsgeschichtlichen Zusammenhang vor (S. 47–54), woraus deutlich wird, dass Frauen, Kinder und ältere Menschen die Mehrheit der Deportierten stellten. Eini-

---

<sup>1</sup> Vgl. jetzt den vom Lettischen Geschichtsinstitut veröffentlichten Band: *The Hidden and Forbidden History of Latvia Under Soviet and Nazi Occupations, 1940–1991*, hrsg. v. V. Nollendorfs, E. Oberländer, Riga 2005, sowie *Estonia 1940–1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity*, hrsg. v. T. Hiio, M. Maripuu u. I. Paavle. Tallinn 2006.

ge Thesen über die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR, die gleichzeitig in den seit 1939 annektierten Gebieten am 12. Januar 1941 stattfanden, arbeitet Matthew Kott anhand von Materialien der Widerstandsgruppe „Nacionālā sardze“ (Nationalgarde) und den Erinnerungen von Eduards Berklavs heraus (S. 55-62). Seiner Ansicht nach dienten diese Wahlen nicht nur dem propagandistisch deklarierten Ziel, die Einverleibung der neuen Gebiete „zu vollenden“, sondern auch, um mithilfe des dichten NKVD-Netzes Widerstandszentren sichtbar werden zu lassen, um sie anschließend zu liquidieren.

Gerhard P. Bassler definiert „The Collaborationist Agenda in Latvia 1941–1943“ (S. 77-84) anhand der Biografie von Alfred Valdmanis, Finanzminister unter Ulmanis und Generaldirektor für Justiz während der deutschen Okkupation, als zuweilen einzige effektive Form des Widerstands. Andres Kasekamp untersucht die ideologischen Wurzeln der estnischen Kollaboration (S. 85-95) anhand der Aktivitäten des „Ersten Landesdirektors“ Hjalmar Mäe, der dem allgemeinen Urteil zufolge als letzter Führer des rechtsextremen Freiheitskriegerverbands zum Kollaborateur prädestiniert gewesen sei. Demgegenüber sei Mäe jedoch in erster Linie politischer Opportunist gewesen und hätte seit seiner Studienzeit in Österreich alles Deutsche bewundert. So sei er jedenfalls weitaus wertvoller für die Nazis gewesen.<sup>2</sup> Einen Einblick in die gesellschaftliche Organisation Estlands unter dem Hakenkreuz bietet Kari Alenius in seinem Beitrag über „Eesti noorus“ (Estnische Jugend), eine der HJ nachgebildete Struktur, der 1943 ca. 4% der estnischen Jugendlichen beigetreten waren (S. 97-107). Ob diese Zahl der freiwilligen Beitritte die tatsächlich geringe Begeisterung der Esten für die „neue Ordnung“ der Deutschen widerspiegelt, mag dahingestellt bleiben; in jedem Fall bemühte sich der Jugendführer Gustav Kalkun im Frühjahr 1944 darum, die Mitglieder in Estland zu halten, um „Estlands Freiheit“ zu sichern. Die Grenzen von Kollaboration und Widerstand verschwimmen auch in diesem Fall.

Mit der Judenvernichtung während der deutschen Okkupation befassen sich nur zwei Beiträge. Zum einen kritisiert Yves Plasseraud den Umgang der litauischen Gesellschaft mit der Shoah auf eigenem Boden (S. 153-160), und zum anderen liest Anton Weiss-Wendt (S. 161-166) die stets als positiv dargestellte jüdische Erfahrung in der estnischen Republik der Zwischenkriegszeit gegen den Strich: Denn

---

<sup>2</sup> Beinahe als nationalen Helden präsentiert ihn Rein Helme, Hjalmar Mäe und die deutsche Besatzungspolitik in Estland, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums LIV (2007), S. 140-153.



ihnen sei der Eintritt in den Staatsdienst verwehrt geblieben. In der Sowjetunion jedoch hätten sich gerade in diesem Bereich nach 1940 günstige Perspektiven geboten. Gleichzeitig sei in Estland die in erster Linie politisch, nicht rassistisch motivierte These auf fruchtbaren Boden gefallen, die Juden seien Träger des Bolschewismus. Ohne quantitative Daten zu präsentieren, steht dieser Zusammenhang für Weiss-Wendt als Motivation der estnischen Täter seit 1941 fest.

Der umfangreichste Beitrag des Bandes gilt der demografischen Entwicklung der nationalen Minderheiten Estlands im 20. Jahrhundert von Kalev Katus, Allan Puur und Luule Sakkeus (S. 167-212), auf dessen Ergebnisse im Einzelnen hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann. Interessant ist jedoch die Feststellung, dass vor dem Zweiten Weltkrieg gerade die Grenze zwischen Estland und der Sowjetunion einen der größten Unterschiede zwischen Nachbarländern europaweit in Fragen der demografischen Prozesse (Sterblichkeit, Lebenserwartung, Geburtenrate, Eheschließung) markierte. Während selbst Finnland der estnischen Entwicklung um ca. 20 Jahre hinterherlief, machte der Unterschied zu den sowjetischen Werten nahezu ein halbes Jahrhundert aus.

Sehr disparat sind die Beiträge, die der Band zur Sowjetzeit zu bieten hat, da die Forschung hierzu noch in den Kinderschuhen steckt. Daher überrascht es kaum, wenn wir hier in erster Linie Einzelstudien zu sehr begrenzten Themen finden, deren Synthese zu einer allgemein gültigen Darstellung sowjetischen Alltags in den baltischen Ländern noch auf sich warten lassen wird. Geprägt wurde dieser in jedem Fall von „double thinking“, dessen Untersuchung im estnischen Fall Aili Aarelaid-Tart zu dem Schluss kommen lässt (S. 215-228), dass die verschiedenen Generationen unterschiedlich auf die Transformation des Alltags reagierten. Für die Älteren, in der Unabhängigkeitszeit Sozialisierten, sei die Dichotomie „eigen“ vs. „fremd“ noch klar erkennbar gewesen, so dass die Sowjetisierung in eine Identitätskrise gemündet habe. Die mittlere Generation hingegen hätte durchaus bewusst die Spielregeln der „fremden“ Öffentlichkeit angenommen, ohne die „eigenen“ Werte zu vergessen. Die – offenbar für Aarelaid durchaus mögliche – vollkommene Sowjetisierung der jüngsten Generation sei in erster Linie durch den sowjetischen Einmarsch in die ČSSR 1968 und den latenten Protest dagegen verhindert worden. Kritisch geht Laimutė Jakavonytė mit der geistesgeschichtlichen Ebene der sowjetischen Zeit in Litauen um (S. 299-312). Die monologe Struktur der litauischen kulturellen Traditionen habe das Land nicht auf geistigen Widerstand gegen eine gefestigte Ideologie vorbereitet,

so dass der intellektuelle Untergrund es nicht mit dem religiös motivierten Widerstand der „Chronik der katholischen Kirche Litauens“ habe aufnehmen können. Intellektueller Widerstand habe sich daher nur auf die Sprache an sich sowie die nicht-verbale Symbole mit nationaler Bedeutung – „semiotic space“ genannt – gründen können. Hierfür sei Kreativität gefordert gewesen, die diese Form von Widerstand in eine vielschichtige, dialogartige Form verwandelt hätte. Eine Form voller Ironie und Humor, die Jakavonytė im heutigen Litauen offenbar fehlt.

Widerstand im Alltag wiederum ist das Thema des umfangreichen letzten Abschnitts, der „Alltag“ auch ganz handgreiflich versteht, indem hier z.B. die lettische Webtradition (Anete Karlson) oder das christliche estnische Lied (Steven J. Pierson) angesprochen werden. Es geht wohlgemerkt um den Widerstand gegen das „Sowjetische“, der Widerstand gegen die deutsche Besatzung wird nicht thematisiert. Egidija Ramanauskaitė beschäftigt sich in ihrem interessanten Beitrag mit der litauischen Jugendkultur in der Sowjetzeit anhand einer Fülle von Beispielen (S. 315-340). Hier hatte das sowjetische Experiment sich nicht nur mit westlichen Einflüssen zu messen, sondern auch mit einer Reihe von „erlaubten“ Formen der lokalen Kultur wie Musik, Festen, Religion, aber auch einer traditionellen Ethik, die sich der neuen Ideologie entzog. Im Überleben eines lokalen Kulturkonzepts sieht Ramanauskaitė dann auch eine der Quellen für das Überleben der individuellen Initiative, die der sowjetischen Kultur so fremd war.

Einen klugen Akzent setzt demgegenüber Mark Allen Svede in seinem kurzen Text über lettische Hippiekultur (S. 341-346). Mit Recht weist er darauf hin, dass die Forschung über die eigentliche, stark an vergleichbaren westlichen Konzepten ausgerichtete künstlerische Avantgarde heute eher unpopulär ist, da diese Formen des Protests sich eben nicht nur gegen die Fremdherrschaft gerichtet hätten, sondern auch gegen die Dominanz des Nationalen in der Kultur. Wie eng das Konzept eines kulturellen, auf eigenen nationalen Traditionen und vor allem der eigenen Sprache basierenden Widerstands tatsächlich ist, präsentiert eher unfreiwillig Jouzas A. Krikstopaitis in seinem Vortrag über „intellectual resistance“ in Litauen (S. 347-356). Zum einen bietet die Betonung der Kraft der Nationalsprache, in diesem Fall des Litauischen, nur eine Erklärung für den Widerstand der Muttersprachler, als ob Polen oder Russen in der Litauischen SSR dazu nicht in der Lage gewesen seien. Zum anderen wird gern übersehen, dass auch das Litauische zum Medium der Sowjetisierung werden konnte.

Aus all diesen mehr oder weniger fundierten Beiträgen ragt die Studie von Robert W. Smurr „Soviet Industrial Colonialism versus the Culture of Estonian Environmentalism“ (S. 385-418) heraus. Wir wissen, dass sich in allen drei baltischen Sowjetrepubliken politischer Widerstand gegen die Bevormundung aus Moskau zunächst in Umweltthemen artikuliert hat: AKW Ignalina, Dünastaufen, Phosphor- und Ölschieferabbau. Aber kaum einmal ist dieser Umstand für das Beispiel Estland auf historische Traditionen zurückgeführt worden, die auf eine fundamental unterschiedliche Beziehung zur Natur schließen lassen könnten, welche sich wiederum nicht in der offensichtlichen Gegenüberstellung eines kleinen mit einem großen Land und seinen Naturreserven erschöpft. Smurr holt weit aus und beginnt mit dem prägenden Einfluss, den deutschbaltische Wissenschaftler im 19. Jahrhundert auf den russischen Naturschutz hatten. Das estnische nationale Erwachen habe dann der Natur ein eigenes Leben eingehaucht, das fortan als eng mit der eigenen Nation verbunden gesehen wurde; nicht umsonst hätten die Geschichten in Carl Robert Jakobsons Schulbibel vornehmlich in der Natur gespielt, die zu schätzen und zu bewahren sei. Schließlich gründete der Leuchtturmwärter Arthur Toom 1910 mit eigenen Mitteln auf der Insel Vilsandi das erste Vogelschutzgebiet im Russischen Reich (und seit 1940 das erste in der Sowjetunion). Nach der Gründung des unabhängigen estnischen Staats 1918 seien Fragen des Naturschutzes im offiziellen Diskurs mit einer gehörigen Portion Patriotismus aufgeladen und die Natur des Landes symbolisch zu etwas exquisit Estnischem erklärt worden. Tatsächlich habe diese Einstellung zu einigen wegweisenden Fortschritten bereits in der Zwischenkriegszeit geführt. Aufgrund dieser Tradition wundert es schließlich auch nicht, dass die Estnische Naturschutzgesellschaft, 1966 gegründet, mehr als 15 000 Mitglieder hatte – und es ihr nur fünf Jahre später gelang, den ersten sowjetischen Nationalpark in Lahemaa zu gründen. Zwar genossen Fauna und Flora bereits seit 1957 staatlichen Schutz, doch wurde durch den Einbezug ihrer gesamten Umgebung der besondere kulturelle Kontext der Region aufgewertet – und damit eben auch die Esten und ihre Kultur. Die sowjetische Industrialisierungspolitik wurde so in der estnischen Perzeption zu einer Attacke auf die Nation. Diese Verbindung sei sowohl von den sowjetischen Machthabern als auch von den Nicht-Esten unterschätzt worden und diene schließlich während der Perestrojka als mächtige politische Motivation für Protest. Hier zeigt sich exemplarisch die Kraft historischer Analyse, wenn die besonderen Traditionen einer im imperialen Kontext peripheren Region sich

als resistent erweisen gegenüber einer in diesem Fall materialistischen Rhetorik vom „Bezwingen der Natur“.

Abschließend müssen diesem Band leider einige formale Mängel angekreidet werden. So sind die Anmerkungsapparate der einzelnen Beiträge offensichtlich nicht konsequent vereinheitlicht worden, die Formatierung der Texte ist weder schön noch einsichtig oder gar einheitlich, das Autorenverzeichnis nicht vollständig. Auch Nicht-Muttersprachlern des Englischen fallen stilistische Unterschiede der einzelnen Beiträge auf, die man hätte vermeiden können. Inhaltlich ist dies Buch zwar eine Fundgrube für all diejenigen, die sich mit diesem Thema und seiner wissenschaftlichen Behandlung auseinandersetzen. Als Standardwerk für den interessierten Leser, der mehr über die baltischen Staaten unter den beiden Fremdherrschaften seit dem Zweiten Weltkrieg erfahren will, ist er jedoch ungeeignet.

Karsten Brüggemann, Hamburg

**Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts, <http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigration/intro.html>.**

Seit Carl Wingenroths Aufsatz von 1959 wird das ‚kurze‘ 20. Jahrhundert in der (historischen) Migrationsforschung sowie auch in politischen Diskussionen um Flucht und Vertreibung zu Recht oft als „Jahrhundert der Flüchtlinge“ charakterisiert.<sup>1</sup> Der Erste Weltkrieg und die aus ihm folgende Neuordnung der politischen Landkarte Europas bilden eine Zäsur in der europäischen Wanderungsgeschichte.<sup>2</sup> Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Umsiedler in Europa lag in Folge der politischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg allein in der Mitte der 1920er Jahre bei annähernd

---

<sup>1</sup> Carl D. Wingenroth, Das Jahrhundert der Flüchtlinge, in: Außenpolitik 10 (1959), S. 491-499.

<sup>2</sup> Zu den migrationspolitischen Ursachen und Konsequenzen dieser Zäsur siehe Jochen Oltmer, Flucht, Vertreibung und Asyl im 19. und 20. Jahrhundert, in: Migration in der europäischen Geschichte seit dem späten Mittelalter. Vorträge auf dem Deutschen Historikertag in Halle a.d. Saale, 11. September 2003, hrsg. v. Klaus J. Bade. Osnabrück 2003 (IMIS-Beiträge. 20/2003), S. 107-134.

10 Millionen Menschen,<sup>3</sup> während für den Zweiten Weltkrieg insgesamt Zahlen von 50-60 Millionen Deportierten, Kriegsflüchtlingen und Vertriebenen anzugeben sind.<sup>4</sup> Das europäische 20. Jahrhundert schloss dann auf vermeintlich prädestinierte Weise: Im 1918 verkündeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1931 Königreich Jugoslawien), der dann 1945 gegründeten Volksrepublik Jugoslawien, hier, auf dem ‚Balkan‘, zerbrach ein Teil der politischen europäischen Ordnung des 20. Jahrhunderts in einem genozidalen Bürgerkrieg, der zu weiteren Massenfluchten führte.

Diesem Jahrhundert der Flüchtlinge widmet sich die von der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene und von Gesine Schwan mit einem Vorwort begleitete „Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“: Erzwungene Migrationen sollen als ein zentrales Element der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert vorgestellt werden. Verbindende Idee aller Themenportale der „FES-Netz-Quelle: Geschichte und Politik“ – es existieren bislang 18 – ist, Lehrern, Schülern, Studenten und Erwachsenenbildnern einführende Texte, aber insbesondere auch im Netz direkt abrufbare Quellen zu einem bestimmten historischen und gesellschaftspolitisch relevanten Thema zur Verfügung zu stellen und kommentierte Hinweise auf weiterführende und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung vorhandene Literatur zu geben. Das Kernstück der „Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ bilden dann auch die unter drei Hauptfragen gestellten Quellentexte, die von zumeist kurzen Einführungen diverser Autoren in den historischen Kontext gerückt werden: Zunächst soll der allgemeine Zusammenhang von Nationalismus und Zwangsmigrationen vom im Vertrag von Lausanne 1923 legitimierten griechisch-türkischen ‚Bevölkerungstausch‘ nach dem griechisch-türkischen Krieg 1921/22 bis zu den nationalistisch motivierten Vertreibungen und ‚ethnischen Säuberungen‘ im Kaukasus und Jugoslawien dargestellt werden. Es folgt die Behandlung der Zwangswanderungen im Bezugsrahmen des Zweiten Weltkriegs von der nationalsozialistischen ‚Heim ins Reich‘- und Bevölkerungspolitik bis zur Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa, bevor im letzten großen thematischen Block nach der Geschichte der Vertriebenen in Deutschland nach 1949 und der damit

<sup>3</sup> Michael R. Marrus, *Die Unerwünschten. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert*. Berlin 1999, S. 61.

<sup>4</sup> Klaus J. Bade, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München 2000, S. 285.

zusammenhängenden Geschichtspolitik, die letztlich in den aktuellen Debatten um ein Mahnmal gegen Vertreibungen gipfelt, gefragt wird. Alle Literaturangaben der Themenschwerpunkte werden am Ende noch einmal in einer Liste gebündelt. Hinweise auf andere themenbezogene Seiten im Netz, Informationen unter anderem mithilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründeten „Europäischen Netzwerk: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts“ und ein Autorenverzeichnis ergänzen die Netzseiten, deren Gesamthalt sich allerdings nur schwerlich und zeitraubend über die im Internet typischen, nach dem Schneeballprinzip funktionierenden Verknüpfungen erschließt – ein komplettes Inhaltsverzeichnis, das am besten auch die Zuordnungen zwischen einführenden Texten und dazugehörigen Quellen aufführen sollte, fehlt.

Grundsätzlich zu kritisieren ist die deutliche inhaltliche Zuspitzung auf die Geschichte und den politischen Umgang mit der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, die der aktuellen gesellschaftspolitischen Relevanz des Themas geschuldet ist, sich aber in einem Internetportal zur europäischen Geschichte zunächst versteckt um dann alles zu überwölben. Findet sich in der Einleitung der knappe Hinweis, dass die „Netz-Quelle“ als „zentrales Thema“ die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost-, Ostmittel und Südosteuropa hat, um diese in den „historischen Rahmen“ einzuordnen, wird allein schon durch den Lauf der Gliederung zweierlei impliziert: Zum einen erscheint das im Vordergrund stehende Thema als exemplarisch für das von Nationalismen geprägte Jahrhundert der Flüchtlinge, aus dessen Geschichte gelernt werden sollte, und zum anderen wird die Geschichte der Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg sehr deutlich als Konsequenz des im Nationalsozialismus kulminierenden Ethnonationalismus dargestellt. Für die geschichtspolitische Diskussion sowie eine Erklärung und Einordnung der Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg sind beide Lesarten treffliche Argumente. Europäische Geschichte von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert erfassen sie allerdings nicht, da vielfältige, zum Teil auch mit ganz anderen Ansätzen zu erklärende Zwangswanderungen, wie zum Beispiel die der armenischen Flüchtlinge im und nach dem Ersten Weltkrieg, der spanischen politischen Flüchtlinge seit dem Beginn des Bürgerkriegs 1936, der Flüchtlinge vor der griechischen Militärdiktatur, der Flüchtlinge aus dem Baltikum in Schweden während und nach dem Zweiten Weltkrieg oder auch der Gruppen, die als Minderheiten oder aber als politisch Verfolgte oder kulturell Ausgegrenzte aus dem nationalsozialistischen Deutschland vertrieben

wurden, nur am Rande oder gar nicht vorkommen. Hier sollte mit dem Titel des Portals kein ‚Etikettenschwindel‘ betrieben werden.

Eine zweite grundsätzliche Kritik richtet sich an die mangelhafte Verknüpfung der einführenden Texte mit spezifischen, die Argumentation dieser Einführungen belegenden Quellen und damit auch an die Ordnung der Quellentexte insgesamt: Im Themenblock „Nationalismus und ethnische Säuberungen“ beispielsweise bekommt der Leser zunächst eine wirklich überzeugende knappe historische Einführung von Gerrit Schäfer in die Vorstellungswelten des gleichzeitig einigenden und ausgrenzenden Nationalismus und den Zusammenhang von Nation und Nationalismus mit dem Hinweis auf die entsprechenden wissenschaftlichen Standardwerke zum Thema.<sup>5</sup> Spezifische, direkte Quellenverweise in der Einführung fehlen aber. Nur am Ende des Textes findet sich der Link zu allen im Netz direkt erreichbaren weiteren Ressourcen. Die Auswahl dieser ‚Quellentexte‘ ist ausbaufähig, aber sicherlich irritierend für das gewünschte Publikum des Internetportals, da sich im geschichtswissenschaftlichen Sinne wirkliche Quellen (zum Beispiel Georges Montandons Argumentationen zur Notwendigkeit von Bevölkerungsverschiebungen für eine Friedenssicherung in Europa von 1915) unsystematisch neben weiteren Internetportalen zum Thema (The Unwanted, <http://www.the-unwanted.com>) oder auch wissenschaftlichen Vorträgen (Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert) finden. In einem zweiten einführenden Text des Themenblocks gibt Schäfer dann einen viel zu kurzen und allgemeinen Überblick mit dem Titel „Von Lausanne bis Jugoslawien – Zwangsmigrationen und ethnische Säuberungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ mit gerade mal einem spezifischen Quellenhinweis. Auch hier gelangt der Leser am Ende zur Liste aller Quellentexte des Themenkomplexes, so dass er die Zuordnung zwischen den beiden einführenden Texten und den Internetressourcen selber treffen muss. Dieser Mangel ist nicht nur eine Frage der Bedienungsfreundlichkeit, sondern eine der wissenschaftlichen Genauigkeit, die gerade im Informations anhäufenden, positivistischen Internet von Bedeutung ist.

Denn hier bildet das Internetportal dann doch eine sehr gut ausbaufähige Alternative, an gesicherte Informationen und diskursive Argumentationen zu gelangen. Schon die Einleitung der „Netz-Quelle“

---

<sup>5</sup> Hier seien nur erwähnt: Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt a.M. 1988; Dieter Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa. München 2000.

bietet einen prinzipiell ideenreichen Zugang zum Thema, indem auch eine Diskussion um die Begriffe ‚Zwangswanderung‘, ‚Flucht‘, ‚Vertreibung‘, und ‚Genozid‘ angerissen wird. Das belegen aber auch die gut miteinander verknüpften Kopffartikel, die zumeist sehr forschungskundige und präzise Erklärungen z.B. zu den Beneš-Dekreten (Peter Haslinger), zu den Zwangsmigrationen im östlichen Polen am Ende des Zweiten Weltkriegs (Jerzy Kochanowski), zur Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Polen und Ostpreußen (Gerrit Schäfer) und aus der Tschechoslowakei (Adrian von Arburg) geben. Aber auch die Artikel zum europäischen (geschichts)politischen Umgang mit den Vertreibungen von Philipp Ther (Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945–1953), Claudia Kraft (Die Debatten über die Vertreibung der Deutschen in Polen seit 1945) und Hans Lemberg (Geschichten und Geschichte. Das Gedächtnis der Vertriebenen in Deutschland nach 1945) sind gerade im Zusammenhang des gebotenen Quellenmaterials sehr lesenswert. Wenn sich die „Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ sofort als Internetportal zur Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa, ihrer historischen Kontextualisierung im Jahrhundert der Flüchtlinge und ihrer geschichtspolitischen Bedeutung in Europa ausgabe, so könnte eine unbedingte Empfehlung ausgesprochen werden. So kann eine Empfehlung an die Zielgruppe ausgesprochen werden, diese Seite aufzusuchen und sich über die wertvollen Hinweise in das Thema einzuarbeiten, aber auch eine Empfehlung an die Herausgeber der Seite, diese durch bessere Verknüpfungen, mehr Quellenmaterial und die noch fehlenden Kopffartikel zu ergänzen und weiter zu pflegen.

Michael Schubert, Osnabrück



**Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945.** Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission hrsg. v. Christoph Cornelißen, Roman Holec u. Jiří Pešek. Essen: Klartext Verlag 2005, 500 S. (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission. 13; Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa. 26).

Spätestens seit den drei von Etienne François und Hagen Schulze 2001 herausgegebenen Bänden „Deutsche Erinnerungsorte“ sind Erinnerungskulturen auch in den der deutschen Geschichtswissenschaft ein zentrales Thema geworden. Die Tagung über „Erinnerungskulturen“ in Brünn im März 2001 die dieser Band dokumentiert, hat vor der damals ausgelösten Konjunktur der Beschäftigung mit dem Themenkomplex stattgefunden, auch vor den heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen um das vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV) geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen“. Nehmen wir die Literaturangaben als Indiz, sind die Beiträge 2002, spätestens 2003 abgeschlossen worden.

Am Anfang steht ein instruktiver Forschungsbericht von Christoph Cornelißen über Methoden und Fragestellungen der Erforschung von Erinnerungskulturen in West- und Osteuropa. Eine Schwierigkeit sieht er in der „Kluft zwischen dem weitgehend differenzierten Erkenntnisstand in der Geschichtswissenschaft auf der einen Seite und einer noch stark Kategorien des Nationalen verhafteten Öffentlichkeit auf der anderen Seite“ (S. 43). Vier Beiträge bilden den ersten Themenblock „Die Funktion der Geschichtswissenschaft für den Prozess der öffentlichen Erinnerungen“: Jiří Pešek ermittelt beim Vergleich der Darstellung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der tschechischen und der deutschen Historiografie trotz des radikal anderen Umfelds erstaunliche Analogien. Die Darstellung des Zweiten Weltkriegs in der slowakischen Historiografie und Publizistik nach 1989 ist, so Ivan Kamenec, wesentlich durch unterschiedliche Haltungen zur slowakischen „Unabhängigkeit“ während der Kriegszeit bestimmt. Die – von der älteren Historikergeneration erlebte – Zeitgeschichte steht im Mittelpunkt von Martin Sabrows Übersicht „Erinnerungskultur und Geschichtswissenschaft in der DDR“. Anhand der tschechischen Historiografie erarbeitet Detlef Brandes – mit 48 Druckseiten im Vergleich zu den

anderen Beiträgen ausführlich – das Bild der Kollaboration im „Protektorat Böhmen und Mähren“ in der tschechischen Historiografie seit 1968 zwischen „Attentismus, Aktivismus und Verrat“.

Politische Reden der ersten kommunistischen Präsidenten der Tschechoslowakei (Miroslav Kunštát), der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ/DDR 1945–1989 (Jürgen Danyel) und die Erinnerung an NS-Diktatur und Krieg in politischen Reden von Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei Sudetendeutschen Tagen 1950–1995 (K. Erik Frantzen zeigt, dass der Vertriebenen Diskurs als Opferdiskurs geführt wurde und wird) weisen auf spezifische öffentliche Formen des Gedenkens. Denkmäler und Gedenkstätten: Theresienstadt als Gedenkstätte (Vojtěch Blodig), Kriegsdenkmäler in Tschechien als *lieux de mémoire* oder „Kampfplätze der Erinnerungen“ (Zdeněk Hojda), Denkmäler des Zweiten Weltkriegs in der Slowakei nach 1989 (L'ubomír Lipták) sowie die deutsche Erinnerung an den Holocaust im Denkmal (Edgar Wolfrum) weisen auf eine andere Form öffentlichen Erinnerens. Die Visualisierung der Kriegszeit und der Besatzung im tschechischen (Blahoslav Hruška) und im slowakischen (Jelena Paštěková) Spielfilm sowie „Das Bild des Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsfilm“ (Sylvia Schraut weist auf die dort vorgeführten Möglichkeiten von Menschlichkeit) erweitern das mediale Spektrum.

Den Diskussionen über die Vertreibungen 1945 sind drei Beiträge gewidmet. Claudia Kraft resümiert grundlegend – eine Pflichtlektüre vor allen Aussprachen über das „Zentrum“ – den „Platz der Vertreibung der Deutschen im historischen Gedächtnis Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens“, zeigt die Unterschiede und weist darauf hin, „dass in einem Klima der Meinungsfreiheit und der wachsenden zwischenstaatlichen Kommunikation die Beschäftigung mit strittigen historischen Themen nicht unbedingt einfacher wird“ (S. 342). „Deckungsgleiche ‚historische Gedächtnisse‘“ werde es „bei der Betrachtung von Kriegs- und Nachkriegszeit zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn sicherlich nie geben“ (S. 348). Milán Drápala liefert mit seinem Bericht über die Aussiedlung der Deutschen und Deutschland in der tschechischen nichtsozialistischen Publizistik 1945–1948 tatsächlich eine „Glosse am Rande eines großen Themas“. Die westdeutsche politische Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung analysiert kenntnisreich Mathias Beer anhand der „Dokumentation der Vertreibung“ und des 1989, 15 Jahre nach der Fertigstellung, von der „Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen“ herausgegebenen Berichts „Vertreibung und Vertreibungs-

verbrechen 1945–1948“. Zur „Aufarbeitung von Kriegs- und Nachkriegserfahrungen“ nach 1989 berichten Andreas Langenohl zunächst über Russland und die Schwierigkeiten der Meinungspluralität im öffentlichen Raum, Rafał Stobicki über die öffentliche Debatte über die kommunistische Zeit in Polen und Bernd Faulenbach über „Deutsche Erinnerungsgesellschaft Ost und West seit 1989/90“. „Von der Erinnerung zur Identität und zurück“ überschreibt Peter Haslinger seine Übersicht über die durch die jugoslawischen Nachfolgekriege angestoßene „aktuelle Debatte über die Vertreibungen in Zentraleuropa“ vor allem in Deutschland bis 2003 mit weiter wirkenden nationalen Perspektiven.

Die Beiträge eröffnen – quellengestützt – zahlreiche neue Perspektiven auf den vor allem auf Tschechien und die Slowakei bezogenen Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg und die durch ihn ausgelösten Vertreibungen. Über den Vergleich der Gedächtniskulturen bringt Claudia Kraft Polen mit wesentlichen Aspekten in den Tagungszusammenhang ein. Der sorgfältig herausgegebene Band zeigt in der Summe wesentliche neue Aspekte bei der Erforschung der Gedächtniskulturen auf. Seine Fragestellungen sollten auch auf andere Regionen angewandt werden.

Wolfgang Kessler, Herne

**Axel Dornemann, *Flucht und Vertreibung in Prosaliteratur und Erlebnisbericht seit 1945. Eine annotierte Bibliographie.* Stuttgart: Verlag Anton Hiersemann 2005, 376 S. (Bibliographische Handbücher. 17).**

Axel Dornemann, studierter Germanist und Slawist und Sohn einer Schlesierin, hat sie vorgelegt – die erste Bibliografie zu „Flucht und Vertreibung in Prosaliteratur und Erlebnisbericht seit 1945“. Das Nachschlagewerk ist klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Die Einleitung bietet zunächst einen luziden Einblick in die Geschichte der Flucht- und Vertreibungsliteratur und in den literaturwissenschaftlichen Forschungsstand. Anschließend legt sie die Aufnahmekriterien der Bibliografie offen und erklärt deren Handhabung. Die eigentliche Bibliografie erstreckt sich auf den folgenden 266 Seiten. Sie ist in ein alphabetisches Gesamtverzeichnis nach Autoren so-

wie in eine Übersicht der Sammelwerke und Anthologien unterteilt. Die einzelnen Einträge weisen dann in der Regel folgende Struktur auf: Autorennamen, Geburts- und gegebenenfalls Sterbejahr, Buchtitel, Erzählform, Erscheinungsort und -jahr, Verlag, Umfangsangabe sowie das im Buch behandelte Vertreibungsgebiet. Die Mehrzahl der Lemmata ist mit einer Annotation versehen. Es handelt sich in der Regel um inhaltsbezogene Informationstexte wie Kurzbeschreibungen, Zitate von Autoren, Klappen- und Werbetexte etc. Schließlich schlüsselt das Register die verzeichneten Werke noch einmal kategorial nach Vertreibungsgebieten und Erzählformen auf. Hinzu kommen eine gesonderte Erfassung der in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR erschienenen Flucht- und Vertreibungsliteratur sowie Verlags- und Ortsregister.

Die längst fällige Bibliografie beweist – und das soll als deren wichtigste Leistung gleich am Anfang genannt sein –, dass das Erlebnis von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa gegen Ende des Zweiten Weltkrieges während der vergangenen 60 Jahre weder „unerzählt“ geblieben ist noch in irgendeiner Form einem Tabu unterlegen war, wie noch allenthalben um das Erscheinen der Novelle „Im Krebsgang“ (2002) von Günter Grass behauptet worden ist. Im Gegenteil. Ein genauerer Blick auf die deutsche Literaturlandschaft seit 1945 bis in die Gegenwart offenbart sehr schnell die Existenz des Themas über die Zeiten hinweg. Richtig ist hingegen, wie es der Autor auch im ersten Teil der Einleitung unternimmt, von mehreren Phasen des Schreibens über Flucht und Vertreibung auszugehen. Ist es doch maßgeblich durch die sozialen und politischen Kontexte bestimmt, in denen erinnert und erzählt wird.

So zählt die Bibliografie für die Jahre 1945 bis 1960 etwa 180 Einzelveröffentlichungen (v.a. Erlebnisberichte, Erzählungen und Romane), in denen die Erinnerung an Flucht und Vertreibung präsent ist. In den 60er und 70er Jahren änderte sich die Erinnerung der Westdeutschen an die Vertreibung gravierend. Der Holocaust wurde zum Dreh- und Angelpunkt des öffentlichen Gedenkens. Der Verlust des historischen deutschen Ostens galt unter den Angehörigen der 68er-Generation nunmehr als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Gewaltregimes. Auf diplomatischem Parkett näherte sich die westdeutsche Regierung mit der Neuen Ostpolitik außerdem den ostmitteleuropäischen Staaten an. Den Erfahrungen der Vertriebenen wurde in der Folge keine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Jedwede Beschäftigung mit dem Thema „Vertreibung“ stand vielmehr im Verdacht des Revanchismus. Dementsprechend konstatiert

Dornemann in diesen beiden Dekaden einen Abfall der Literaturproduktion. In den 80er Jahren und im wiedervereinten Deutschland hat schließlich abermals ein Wandel im öffentlichen Gedenken an Flucht und Vertreibung stattgefunden. Die Rede über deutsche Opfer ist in diesen Tagen wieder en vogue. Dabei scheint sich die Einsicht durchzusetzen, dass eine Thematisierung der deutschen Leiden keineswegs die deutsche Schuld relativieren oder die Leiden der Opfer des Holocaust sowie anderer Opfer des NS-Regimes marginalisieren muss. Die Aktualisierung des Themas hat dabei mehrere Gründe: Zum einen löste die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung einen Angleichungsprozess der ost- und westeuropäischen Erinnerungskulturen aus. Dies hat nicht nur zur Enttabuisierung der Vertreibung in Ostdeutschland, sondern auch in den östlichen Nachbarländern Deutschlands geführt. Ebenso haben sich durch die Öffnung der Grenzen neue Dialogmöglichkeiten für die Vertriebenen und die heute in ihrer Heimat lebenden Menschen eröffnet. Sie werden vielfach von Kulturschaffenden, Politikern oder Publizisten der betreffenden Länder begleitet. Zum anderen veranlassten die „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien zu Beginn der 90er Jahre einen bedeutenden Teil der politischen Linken zu einer Neubewertung der Leiderfahrung der deutschen Heimatvertriebenen. Schließlich hat die Rückbesinnung derjenigen Deutschen auf ihre Vertreibungsvergangenheit, die 1945 noch Kinder waren, den Vertreibungsdiskurs intensiviert. Bislang verdrängte oder unerwünschte, angesichts des Übergangs vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis aber biografisch wichtige Elemente der Erinnerung kehren gebunden an die eigenen Familiengeschichten zurück.<sup>1</sup> Dieser Perspektivenwechsel korrespondiert mit einem „exorbitanten“ Anstieg der Vertreibungsliteratur innerhalb der letzten 25 Jahre, die sich im Vergleich zu den 50er Jahren mehr als verdreifacht hat. Freilich sind für diese Entwicklung auch veränderte, d.h. verbesserte Publikationsmöglichkeiten mitverantwortlich. Als Stichworte sollen hier „Selbstverlag“ oder „Printing on Demand“ genügen.

Die vorliegende Bibliografie vermag also in der Tat, wie Dornemann im zweiten Teil der Einleitung als Zielsetzung anführt, zweierlei unter Beweis zu stellen: Erstens ist die Tragödie der Vertreibung immer schon erzählt worden. Zweitens – und das ist ebenso wichtig – wird sie noch immer bzw. immer wieder erzählt. Dabei war und ist

---

<sup>1</sup> Vgl. Madlen Benthin, *Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich*. Hannover 2007.

das Schreiben durchaus nicht nur an die Erlebnisgeneration, also an unmittelbar Betroffene und Zeitzeugen gebunden. Vielmehr wird das Thema noch heute von jüngeren wie älteren zeitgenössischen Schriftstellern – auch ohne Vertriebenenhintergrund – aufgegriffen und aktuell gehalten. Autoren wie der Württemberger Gerd Gaiser (1908–1976) mit der Erzählung „Die schlesische Gräfin“ (1956), der Oberbayer Hans Carossa (1878–1956) und seine „Frau vom guten Rat“ (1956) sowie die erst 1968 geborene Tanja Dückers mit ihrem Roman „Himmelskörper“ (2003) sollen hier exemplarisch genannt sein. Dornemann konstatiert zu Recht, dass die Schicksale von Flüchtlingen und Vertriebenen als „paradigmatische Gestalten unseres Jahrhunderts“ „archetypisch und biblisch sind und somit als grundsätzliche Lebensformen für Schriftsteller breiteste Betätigungsfelder bieten“. (S. X)

Die Erschließung des Themas „Flucht und Vertreibung“ in der deutschen Literatur seit 1945 bis heute könnte, geht man von der gegenwärtigen Hochkonjunktur der „Erinnerung“ an Flucht und Vertreibung aus, eines der am besten erforschten Themen der internationalen Germanistik sein. Doch lange Zeit war das Gegenteil der Fall. Die literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema, so sie überhaupt in Vorlesungen und Seminaren an Universitäten praktiziert wird, nimmt noch heute lediglich eine marginale Rolle ein. Forschungsbeiträge, die profunde Analysen anstrengen oder Publikationslisten zusammenstellen, sind spärlich und nehmen erst seit den 90er Jahren deutlich zu. Dornemann hat sie selektiv im dritten Teil der Einleitung angeführt. Aus ihnen ragt die bis heute maßgebliche Untersuchung des aus Schlesien stammenden Germanistikprofessors Louis Ferdinand Helbig (geb. 1935) mit dem Titel „Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit“ (1988) heraus. Sie liegt seit 1996 in dritter, um den aktuellen Forschungsstand sowie um ein Register erweiterter Auflage vor. Allerdings basiert Helbigs Monografie auf lediglich 270 Einzelwerken. Ferner sind so wichtigen Aufsatzsammlungen zu nennen wie die von Frank Lothar Kroll „Flucht und Vertreibung in der Literatur nach 1945“ (1997), Sascha Feuchert „Flucht und Vertreibung in der deutschen Literatur. Beiträge“ (2001) sowie von Elke Mehnert „Landschaften der Erinnerung. Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht“ (2001). Mehnerts Aufsatzsammlung umfasst zwar eine Bibliografie von über 100 Seiten, die nach Vertreibungsgebieten angelegt ist und auch originalsprachige tschechische und polnische literarische Werke berücksichtigt. Jedoch

ist sie aufgrund vieler Fehler und der „schwammigen“ Aufnahme-kriterien für wissenschaftliche Zwecke nicht sehr ergiebig. Insofern stellt die nun neu vorliegende Bibliografie von Dornemann mit etwa 2 000 verzeichneten Einzelwerken sowie Einzelbeiträgen aus Sammelwerken und Anthologien eine bisher beispiellose bibliografische Leistung dar. Der Erfassungszeitraum erstreckt sich mit den Eckdaten 1945/46 und Sommer 2005 immerhin auf sechs Dekaden. Wenngleich von einer lückenlosen Erschließung nicht die Rede sein kann – so fehlt etwa die Autobiografie „Unruhiges Gewissen“ (1994) von Herbert Hupka –, lassen sich doch selbst für Kenner der Materie eine Reihe von Erkundungen anstellen und Neuentdeckungen machen, zumal nicht nur die einschlägige Verlagsproduktion berücksichtigt wurde, sondern auch die kaum zu übersehende „graue Literatur“, d.h. Bücher, die im Selbstverlag, im „Printing on Demand“-Verfahren oder als Typoskripte veröffentlicht wurden. Ebenso Berücksichtigung fanden einzelne Übersetzungen aus dem Polnischen, Tschechischen und Russischen. Bohumil Hrabal (1914–1997) beispielsweise erzählt in seinem Schelmenroman „Ich habe den englischen König bedient“ (1988) von den nach 1945 durch tschechische Revolutionsgarden verwüsteten Dörfern im Sudetenland. Pavel Kohout (1928) und Ota Filip (1930), ebenfalls Tschechen, schreiben in ihren Reiseberichten und Romanen von der wechselvollen historischen Beziehung zwischen Tschechen und Deutschen, wobei sie die Vertreibung als negativen Höhepunkt verstehen.

Im vierten Abschnitt der Einleitung erklärt Dornemann schließlich die Auswahlkriterien. Zum Gegenstand der Bibliografie macht er in Anlehnung an Helbig all diejenigen selbstständigen und un-selbstständigen Texte literarischer oder erzählend berichtender Provenienz, „die thematisch vom Kriegserlebnis unmittelbar vor der Flucht bis zur Wiederbegegnung mit den verlorenen Heimatorten lange nach der Vertreibung reichen“ (S. XIV). Dabei müssen die Werke mit einem „einschlägigen Handlungsstrang ausgestattet“ sein oder „eine direkt oder indirekt betroffene Person in ihrem Figurenensemble“ aufweisen, „welche im Gesamttext eine zentrale Rolle spielt“ (S. XVI). Kurz: Die Thematisierung der vielfältigen Dimensionen von Vertreibung (wie Gewalt, Heimatverlust, auseinandergerissene Familien, materielle Not, Ankunft in der Fremde, Integration sowie spätere Zusammentreffen mit den neuen polnischen, tschechischen u.a. Hausbewohnern) muss strukturbildend sein. Freilich führt dies zu einer Reihe von Zweifels- und Grenzfällen, gibt es doch so viele Interpretationen wie Rezipienten. So wird der eine oder andere etwa im Fall

von Renate Feyls Roman „Ausharren im Paradies“ (1992) über das Schicksal der sudetendeutschen Familie Kogler, die 1951 in die DDR „umgesiedelt“ wurde und dort heimisch werden musste, zu einem anderen Ergebnis kommen als Dornemann, der dem keine Relevanz für den Fortgang der Handlung beimessen will.

Neben der Spätaussiedlung (seit 1950 bis heute anhaltend) als Motivstrang schließt das Nachschlagewerk explizit die so genannte „Vertreibungsliteratur ohne Vertreibung“, auch „indirekte Vertreibungsliteratur“ genannt, aus. – All jene Formen von Literatur also, „die von Vertriebenen wie Nichtvertriebenen ab 1945 an über die Vertreibungsgebiete geschrieben wurde, ohne auf Flucht und Vertreibung einzugehen“ (S. XV), aber die dennoch „aus dem Bewußtsein des Heimatverlustes heraus“ entstanden ist. Hierher gehören etwa solche Liebeserklärungen an die alte Heimat wie Siegfried Lenz' Erzählband „So zärtlich war Suleyken“ (1955) oder Gertrud Papendicks Königsberger Erinnerungen „Das war unsere Stadt“ (1972).

Als ausgesprochen sinnvoll erweist sich im folgenden Teilabschnitt die Nennung und historische Verortung der einzelnen Vertreibungsgebiete, namentlich Schlesien, Ostbrandenburg, Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen/Warthegeau und Sudetenland. Zum einen kann gegenwärtig ein solides Allgemeinwissen über den historischen deutschen Osten nicht mehr vorausgesetzt werden. Zum anderen gewährt diese Einteilungsstruktur (siehe „Register nach Vertreibungsgebieten“) dem Nutzer einen gezielten Zugriff auf die entsprechende Literatur der genannten Regionen. Unverständlich bleibt hingegen, warum sich Dornemann auf die Teile des ehemaligen Reiches beschränkt und die anderen historischen Siedlungsgebiete der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa vernachlässigt. So informiert die Bibliografie leider nicht über die Literaturproduktion der Russlanddeutschen, Deutschbalten bzw. der Deutschen aus der Slowakei, Ungarn, Rumänien oder Jugoslawien.

Ein besonderes Gewicht legt Dornemann auf die in der DDR erschienenen Titel. Er begründet dies sowohl mit dem „territorialen Aspekt“ als auch mit einer angeblich „politisch-ideologisch begründeten Ausgrenzung des Themas in der DDR-Literatur“ (S. XXI). Im Register lassen sich zur ostdeutschen Flucht- und Vertreibungsliteratur immerhin 43 Titel finden, was der obigen These in gewisser Weise widerspricht, zumal die Auflistung gravierende Lücken aufweist, da Autoren wie Boris Djacenko und Karl-Heinz Jakobs nicht verzeichnet worden sind. Tatsächlich war die Vertreibungsproblematik in der DDR-Öffentlichkeit spätestens ab Mitte der 50er Jahre ta-



buisiert. Nur einzelne Autoren wie Anna Seghers und Heiner Müller vermochten punktuell die traumatischen Vertreibungserfahrungen, den Heimatverlust und den Konflikt zwischen „Neubürgern“ und Alteingesessenen zu reflektieren. Erst ab 1975 zeigte sich die SED-Kulturpolitik dem Thema gegenüber offener. Dies ist durchaus als Reflex auf die westdeutsche Entspannungspolitik zu deuten. Dass es der Literatur überhaupt gelang, das Thema trotz Zensur immer wieder zur Sprache zu bringen, verweist auf die langfristig fortbestehenden Kommunikationsbedürfnisse der Erlebnisgeneration. Insbesondere die Romane der 70er und 80er Jahre wie Christa Wolfs „Kindheitsmuster“, welche die Verlusterfahrung der Heimat aus der Kinderperspektive reflektieren, sind hier zu nennen. Kurzum: Soweit der Verlust der deutschen Ostprovinzen als direkte Konsequenz des nationalsozialistischen Terrorregimes dargestellt wurde und einige weitere politisch-ideologische Rahmenbedingungen Beachtung fanden, war ein Schreiben über die „Umsiedlung“ – so die offizielle Bezeichnung für Vertreibung im Sprachgebrauch der DDR – möglich. Interessant ist hier zu verfolgen, wie die ostdeutschen Schriftsteller mit den Vorgaben der DDR-Kulturpolitik im Einzelnen umgegangen sind.

Die Differenzierung der bibliografierten Literatur nach Erzählformen ist ebenso nützlich wie problematisch. Der Autor unterscheidet 1. Prosaliteratur wie Roman, Erzählung, Novelle, Reiseprosa, literarisches Tagebuch, Briefe, Reden und Essays; 2. die Autobiografie, v.a. Lebenserinnerungen von Schriftstellern, Publizisten, Wissenschaftlern, Politikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens; 3. den Reisebericht, der das Wiedersehen mit der alten Heimat thematisiert, sowie 4. den Erlebnisbericht als eine Art „Schwellengattung“ (S. XXIII ff.). Auch hier ist ein gezielter Zugriff auf die bevorzugte Quellengattung ermöglicht worden, die sicher eher der weiteren wissenschaftlichen Forschung als dem interessierten Laien zugute kommen wird. Nicht nur für Literaturwissenschaftler wäre übrigens eine Absetzung der Prosaliteratur von lyrischer und dramatischer Literatur wünschenswert gewesen. Dornemann klammert beide in der Bibliografie aus. Eine sicher arbeitsökonomisch verständliche, aber doch schmerzliche Einschränkung. Zu denken wäre da beispielsweise an das Stück „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ (1961) von Heiner Müller und viele weitere, die so unerschlossen bleiben. Bei der Verwendung des Begriffs „Prosaliteratur“ muss sich der Autor schließlich dem Vorwurf des unpräzisen Gebrauchs stellen. Autobiografien, Reise- und Erlebnisberichte werden in der Regel

ebenfalls in Prosa gehalten. Die Opposition „fiktiv“ versus „nicht fiktiv“ bzw. „authentisch“ träfe den gemeinten Sachverhalt wohl eher.

Alles in allem erfüllt das Nachschlagewerk seine Intention, Literaturwissenschaftlern, Historikern und Sozialpsychologen eine Arbeitsgrundlage beiseite stellen zu wollen, sind doch die „schöne Literatur“ als auch die erstmalig bibliografierten, v.a. dokumentarisch bedeutenden Erlebnisberichte unerlässliche Forschungsquellen für das jeweilige Fach. Auf dem Wege des Erzählens werden hier die individuellen und kontingenten, von den nationalen Meistererzählungen „übersehenen“ Flucht- und Vertreibungserfahrungen zum Vorschein gebracht. Dieser „Erinnerungsschatz“ ist in Anbetracht der aussterbenden Erlebnisgeneration um so höher einzuschätzen. Als *opus magnum* kann die vorliegende Bibliografie indes nicht gelten, da es ihr v.a. an Vollständigkeit bei den berücksichtigten Vertreibungsgebieten fehlt. Dennoch erweitert sie den Titelkanon erheblich, zeigt Forschungslücken auf und erleichtert die Orientierung über den Forschungsstand. Ihre aufmerksame Durchsicht regt zu neuen Fragestellungen an und fördert bisher Unentdecktes zutage. Zu hoffen bleibt, dass in einem weiteren Projekt bzw. in einer überarbeiteten Auflage die ärgerliche regionale Einschränkung aufgehoben wird. Die eventuelle Aufnahme dramatischer und lyrischer Literatur zum Thema wäre dann der Meistertitel.

Madlen Benthin, Leipzig

**Exil Shanghai. Jüdisches Leben in der Emigration 1938–1947,** hrsg. v. Georg Armbrüster, Michael Kohlstruck u. Sonja Mühlberger. Teetz: Hentrich & Hentrich 2003, 272 S., 41 Abbildungen (Schriftenreihe des Aktiven Museums Berlin in Zusammenarbeit mit dem Leo-Baeck-Institute London, der Weichmann-Stiftung, Hamburg und dem Centrum Judaicum Berlin).

Die chinesische Hafenstadt Shanghai gehört zu den wohl exotischsten Exilorten, in die sich Flüchtlinge aus dem Dritten Reich retteten. In den Jahren 1938–1947 kamen insgesamt etwa 18 000 Flüchtlinge, überwiegend Deutsche und Österreicher, in die Millionenstadt. Die „offene Stadt“, die zunächst weder ein Affidavit noch ein Visum verlangte, war insbesondere nach dem „Anschluss“ Österreichs und den

Novemberpogromen 1938 für die überwiegend jüdischen Flüchtlinge der einzige Ausweg, der nationalsozialistischen Verfolgung zu entkommen. Neben London und New York entwickelte sich Shanghai nicht zuletzt aufgrund der restriktiven Einreisebestimmungen der klassischen Exilländer zu einem der wichtigsten Emigrationszentren für jüdische Flüchtlinge.

Nachdem „das ‚Exil Shanghai‘ von der deutsch-jüdischen Geschichtsforschung lange Jahre hindurch recht stiefmütterlich behandelt“ wurde (S.7), sind in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Arbeiten erschienen, die sich mit Shanghai und der Politik des Dritten Reiches sowie dem Leben und den Exilerfahrungen jüdischer Emigranten beschäftigen.<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang gibt der vorliegende Sammelband, der auf ein im August 1997 vom Aktiven Museum Berlin veranstaltetes Symposium anlässlich des 50. Jahrestages der Rückkehr von 295 NS-Flüchtlingen aus China nach Deutschland zurückgeht, einen guten Überblick über den Stand der Forschung und einzelne Forschungsprojekte, die jetzt zum Teil als eigenständige Monografien vorliegen.<sup>2</sup>

Der Sammelband umfasst 17 Beiträge, die den „am Rande“ liegenden Exilort (Alfred Dreifuß) und die „Shanghai-Erfahrung“ der Flüchtlinge aus unterschiedlichen Perspektiven beschreiben. Schwerpunkte sind die politischen und sozialen Lebensbedingungen, die interethnischen Beziehungen zwischen den überwiegend deutsch-jüdischen Exilanten und anderen Bevölkerungsgruppen in Shanghai sowie die nationalsozialistische Politik in Ostasien. Den Auftakt bilden das biografisch gefärbte Vorwort Arnold Pauckers und die Shanghai-Kindheitserlebnisse von Sonja Mühlberger. Nach Paucker sind die hier beschriebenen Einzelschicksale symptomatisch für die Exilerfahrungen der Gruppe der Shanghai-Flüchtlinge, da sie die „tragische Bindung an Deutschland“ und „die ständige Sorge um die dort und im übrigen Europa verbliebenen Angehörigen“ aufzeigen (S. 9).

Daran anschließend gibt die Einleitung der Herausgeber einen ersten Überblick zur Bedeutung Shanghais als eher unfreiwilliges Re-

---

<sup>1</sup> Stellvertretend seien hier genannt: Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrungen deutscher Juden in der Emigration, hrsg. v. Wolfgang Benz. München 1991; James R. Ross, *Escape to Shanghai. A Jewish community in China*. New York 1994, sowie Michael Philipp, *Nicht einmal einen Tespiskarren. Exiltheater in Shanghai 1938–1947*. Berlin 1997.

<sup>2</sup> So die Dissertationen von Astrid Frey Eisen, *Shanghai und die Politik des Dritten Reiches*. Würzburg 2000, und Barbara Geldermann, *Zwischen den Welten. Identitätskonstruktionen in außereuropäischen und multiethnischen Kulturräumen am Beispiel der bagdadisch-jüdischen Gemeinde von Shanghai. 1843–1949*. Mikrofiche-Ausg. 2005 (Exemplar in der Freien Universität Berlin).

fugium und die allgemeinen politischen Bedingungen des Exils, der durch die einführenden Beiträge von Steve Hochstadt und David Kranzler vervollständigt wird. Abgerundet wird dieser Überblick durch den Beitrag von Georg Armbrüster, der das Ende des „Leben[s] im Wartesaal“, das heißt die Rück- und Weiterwanderung nach 1945 in den Blick nimmt.

Mit der Beziehungsgeschichte der mitteleuropäischen Flüchtlinge und anderen Bevölkerungsgruppen beschäftigen sich insgesamt drei Aufsätze. So untersucht Barbara Geldermann die Beziehungen zwischen den alteingesessenen sephardischen Juden in Shanghai und den zuwandernden europäischen Flüchtlingen. Sie schildert die anfänglich positive Aufnahme und große private Hilfsbereitschaft, die sich jedoch mit der zunehmenden Anzahl der Flüchtlinge wandelte, und verweist auf die tiefgehenden sozialen und kulturellen Differenzen zwischen den der meist kolonialen Oberschicht zugehörigen bagdadischen Juden und den Flüchtlingen, die ohne Besitz in den zerbombten Gebieten in Hongkou um ihr Überleben kämpften. Pan Guang, Leiter des „Center of Jewish Studies Shanghai“, sieht das Verhältnis der chinesischen Bevölkerung zu den jüdischen Flüchtlingen durch „mutual respect, sympathy and support“ geprägt (S. 79). Die Gründe für die Freundschaft zwischen jüdischen Flüchtlingen und den in Shanghai lebenden Chinesen führt Guang unter anderem auf das Fehlen eines religiös geprägten Antisemitismus, Gemeinsamkeiten in der chinesischen und jüdischen Kultur sowie auf vergleichbare Verfolgungserfahrungen zurück (S. 79). Die interessante Frage des Verhältnisses zwischen alteingesessenen und vertriebenen jüdischen Deutschen wirft Astrid Freyeisen in ihrem gleichnamigen Artikel auf. Enttäuschend ist jedoch, dass sich ihr Beitrag auf eine Darstellung der Entwicklung der Auslandsorganisationen der NSDAP beschränkt, die hier vermutete Erforschung von Alltagskontakten wird dagegen auf einer halben Seite abgehandelt.

Die Beiträge von Christiane Hoss, Michael Philipp, Helga Embacher und Margit Reiter richten den Blick auf die Gruppe der Shanghai-Flüchtlinge und beschäftigen sich mit den Anpassungs- und Überlebensstrategien in der fremden Umwelt. Besonders aufschlussreich ist der Artikel von Embacher und Reiter, der sich mit den Geschlechterbeziehungen im Shanghaier Exil befasst. Überzeugend argumentieren die Autorinnen, dass es trotz der vielfachen Rollenumverteilungen in der ‚Extremsituation Shanghai‘ nicht – so eine These David Kranzlers – zu einer „Auflösung der mitteleuropäischen patriarchalischen Familienstruktur“ gekommen sei (S. 144). Die von

ihnen ausgewerteten autobiografischen Berichte und Interviews weisen dagegen darauf hin, dass „das Ende des Emigrantendaseins und die Rückkehr in ein bürgerliches Leben auch eine ‚Re-Normalisierung‘ der Geschlechterbeziehungen zur Folge hatten“ (ebenda).

Die übrigen Beiträge behandeln die Rolle Japans sowie den Einfluss des Dritten Reiches in Ostasien und deren Auswirkungen auf die Lage der Flüchtlinge in Shanghai. Gerhard Krebs kann zeigen, dass mit Beginn des Pazifischen Krieges im Dezember 1941 antisemitische Äußerungen zwar „ein integraler Bestandteil von Japans Kriegsideologie“ wurden (S. 71), sich diese jedoch stärker aus konkurrierenden Großmachtplänen speisten und weniger auf rassistischen Einstellungen beruhten. Obgleich sich die japanische Politik und Propaganda in der Folge unabhängig von deutscher „Aufklärungsarbeit“ verschärfte – nicht zuletzt mit der Errichtung einer Sonderzone im Februar 1943 für vorwiegend jüdische Flüchtlinge im Stadtteil Hongkou –, stand dem doch eine Praxis gegenüber, die trotz vielfältiger Überwachung, Schikanen und Quälereien das Überleben ermöglichte (S. 72).

Ebenso informativ, wenn auch von unterschiedlicher Qualität, sind die Beiträge von Christiane Hoss zur Ausbürgerung von deutsch-jüdischen Flüchtlingen in Shanghai, Christian Taaks über die NS-Zeitschrift „Der ostasiatische Beobachter“ und Michael Kohlstruck, der sich ausführlich mit der Rolle des später berühmt gewordenen Korrespondenten Klaus Mehnert und der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „The XXth Century“ beschäftigt. Daran anschließend zeigt Dagmar Yü-Dembski in einem Perspektivwechsel die Konsequenzen der nationalsozialistischen Rassepolitik für deutsch-chinesische Partnerschaften und so genannte „Mischehen“ in Deutschland auf.

Ergänzt wird dieser Sammelband durch einen dokumentarischen Anhang in Form einer CD-Rom, auf der wichtige Quellen zum Shanghaier Exil erstmals öffentlich zugänglich gemacht werden. Dazu zählt die Statistik der „Shanghai Ashkenazi Collaborating Relief Association“ vom 17. Mai 1943, die Aufschluss über Nationalität und Wohnorte der in Shanghai lebenden Emigranten gibt, sowie eine Namensliste der ausländischen Bewohner des Dee Lay Jao Polizeidistrikts vom 24. August 1944, die knapp 14 800 Shanghai-Emigranten umfasst. Die Aufbereitung dieser Datensätze ermöglicht umfassende statistische und soziostrukturelle Nachforschungen, die durch Suchfunktionen erleichtert werden. Der mit einem ausführlichen und sorgfältigen Kommentar versehene Bericht des deutschen General-

konsulats Shanghai vom 11. Januar 1940 gibt einen umfassenden und gut lesbaren Überblick zur Emigration in Shanghai und zur Politik des Dritten Reiches. Die Liste der Straßenumbenennungen im Oktober 1943 hilft nicht nur bei der Identifizierung der Adressen der Ausländerliste, sondern ist auch ein eindrückliches Beispiel für die Bemühungen um eine Re-Sinisierung von Orten kolonialer Fremdherrschaft.

Die Zusammenschau der hier vorgestellten Aufsätze ergibt insgesamt ein vielschichtiges Bild des jüdischen Lebens in der Shanghaier Emigration. So liegt die Stärke dieses Sammelbandes in der Fokussierung auf bislang vernachlässigten Aspekten des Shanghaier Exils und der benutzerfreundlichen Aufbereitung wesentlichen Quellenmaterials. Was die Lektüre des vorliegenden Buches jedoch erschwert, ist, dass das grundsätzliche Problem – das sich jedem Herausgeber von Sammelbänden stellt –, thematisch, methodisch und qualitativ divergierende Beiträge zu einem übersichtlichen und stringenten Ganzen zu formen, nur teilweise gelungen ist. Dies betrifft nicht allein die Anordnung der Beiträge, sondern insbesondere die Einleitung der Herausgeber, die zwar auf einzelne Facetten des Themas verweisen, die Entwicklung übergreifender Problem- und Fragestellungen aber vermeiden. Hinzu kommt, dass die Lesbarkeit einzelner Beiträge durch spezifische Formatierungsvorgaben in der Textgestaltung, wie extensive Kursivsetzung und Begrenzung auf eine Gliederungsebene eingeschränkt wird. Ungeachtet dieser Monita handelt es sich bei dem vorliegenden Sammelband um einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des „Exil Shanghai“, der nicht zuletzt durch das aufbereitete Karten- und Quellenmaterial eine eigene Qualität gewinnt.

Anne-Christin Saß, Berlin

**Geschichtsdeutungen auf alten Karten. Archäologie und Geschichte, hrsg. v. Dagmar Unverhau. Wiesbaden: Verlag Harrassowitz 2003, 496 S., zahlreiche Abbildungen (Wolfenbütteler Forschungen. 101).**

Es ist im wahrsten Sinne ein gewichtiges Werk, das Dagmar Unverhau hier vorgelegt hat. Der auf das im Oktober 1999 durchgeführte 46. Wolfenbütteler Symposium zurückgehende Band vereinigt 21 Aufsätze

ze und zahlreiche ganzseitige, meist farbige Abbildungen. Thematisch geht es in fünf Sektionen um „Signa und Imagines unterschiedlicher Weltsichten“, „Neue Weltbilder mit tradierten Weltdeutungen?“, „Geschichtskartographisches“, „Versunkene Welten“ sowie um „Welterfassung im Dienste herrschaftlicher Instrumentierung“. Der direkte Bezug zum Tagungsthema ist zwar nicht allen Beiträgen gemeinsam, doch zeigt sich an ihnen exemplarisch, wie umfassend das Thema angegangen werden muss, denn tatsächlich sind ja auch bereits die mittelalterlichen T-O-Weltkarten, fern jeglicher geografischer Exaktheit, Darstellungen der historischen Entwicklung der Ökumene. Es ist in diesem Sinne der Erweiterung des umgangssprachlich üblichen „Karten“-Begriffs nur zu begrüßen, dass ein Kunsthistoriker mit einem Beitrag über Landschaftsbilder den Abschluss des Bandes bildet. Schließlich wurden sie, wie Nils Büttner ausführt, in der Frühen Neuzeit, als es noch keine kartografischen Mittel etwa zur Darstellung von Höhenunterschieden gab, als präzise topografische Schilderung verstanden, mit deren Hilfe etwa Kriegszüge vorbereitet werden konnten.

Grundsätzlich dokumentiert der Band den Wandel, in dem sich die Erforschung unterschiedlichsten Kartenmaterials offenbar gerade genauso befindet wie etwa die Geschichtswissenschaft angesichts des so genannten „spatial turn“.<sup>1</sup> Denn nicht alle Autoren begreifen die Bilder und Texte, die ihre speziellen Quellen ausmachen, als Repräsentationen von Wissen, sondern es geht ihnen oft immer noch um Karten als „passive Widerspiegelung der Objektwelt“, wie es Rainer Vollmer ausdrückt (S. 382), und die Frage nach ihrer geografischen Exaktheit. So bleibt Johannes Dörflingers lesenswerter Beitrag über das geschichtskartografische Werk des Mathematikprofessors an der Universität Wittenberg, Johann Matthias Hase (1684–1742), an der Kartenoberfläche – der Paradigmenwechsel in der Darstellung von Geschichte auf Karten, der mit Hase eingesetzt habe, wird zwar thematisch, technisch und grafisch dargelegt, doch fehlt jegliche Verankerung der Neuerungen in der gesellschaftlichen Realität: die Territorialisierung von Macht und die damit einhergehenden veränderten Anforderungen an die Visualisierung von geschichtlichen Abläufen. Wenn Hase erstmals versucht hat, mit der Völkerwanderung einen dynamischen Prozess kartografisch darzustellen, sagt dies nicht nur etwas über das persönliche Genie des Professors aus, sondern

---

<sup>1</sup> Zuletzt hierzu Karl Schlögel, *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München/Wien 2003.

auch darüber, wie veränderte räumliche Denkweisen ein abstrakteres Verständnis von Geschichte bedingten.

Wie historische Abläufe kartografisch dokumentiert und schließlich instrumentalisiert wurden, zeigt z.B. Armin Wulf in seinem Beitrag über das Deutschland-Bild in Geschichtsatlantiden des 19. Jahrhunderts. Ihm zufolge habe das einflussreiche, aber erst 1877 im „Putzger“ nachweisbare Bild vom deutschen „Flickenteppich“ im Ergebnis des Dreißigjährigen Kriegs die Notwendigkeit der Reichsgründung von 1871 nachträglich legitimiert. Zuvor sei in Geschichtskarten des 19. Jahrhunderts mehr auf den kirchenrechtlichen denn auf den territorialen Zersplitterungsprozess eingegangen worden.

Karten bieten weitreichende Informationen über das Welt- bzw. Geschichtsbild der sie produzierenden Gesellschaften, wie beispielsweise Herbert Eisenstein anhand der „Mappae Arabica“ über den mittelalterlichen Islam ausführt. Indirekt wird in seinem Text auch deutlich, wie irreführend die Vorstellung ist, der berühmte arabische Kartograf al-Idrîsî habe auf seiner Karte aus der Mitte des 12. Jahrhunderts erstmals die heutige estnische Hauptstadt Tallinn erwähnt – ein Streit, der zuletzt 2004 aufkam.<sup>2</sup> Zu gering sei das Streben nach planmäßiger Vermehrung des Wissens gewesen und zu stark der Hang, „Wunderbares, Bemerkenswertes und Kurioses“ zu vermerken (S. 107), so dass der Verzeichnung von Städten, im Gegensatz zu Völkern und Ländern, auf Karten islamischer Herkunft nur geringe Bedeutung beigemessen wurde. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, dass die mittelalterlichen Karten im Okzident – wie ihre Schwestern im Orient – mehrere Zeitebenen integrierten, also gleichsam Legende, Geschichte und Gegenwart auf einem Blick boten. Wie Anna-Dorothee von den Brincken ausführt, lassen sich die auf den Ökumene-Karten verzeichneten Orte in drei Kategorien einteilen: alttestamentarische Orte, „weltliche“ Orte des Altertums und des Mittelalters sowie literarisch fortlebende Orte wie z.B. Troja.

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zeichnete sich schließlich eine Entwicklung in der Kartografie ab, durch welche die Diskontinuität der Zeit Ausdruck fand: die Geschichtskartografie (siehe den Beitrag von Gyula Pápay). Dass diese Form der Visualisierung von geschichtlichen Abläufen wiederum nicht nur aus geografischen Umrissen, Grenzlinien, verschiedenen Farben und Toponymen besteht,

---

<sup>2</sup> Enn Tarvel, Idrisi und Reval, in: *Aus der Geschichte Alt-Livlands. Festschrift für Heinz von zur Mühlen zum 90. Geburtstag*, hrsg. v. Bernhart Jähmig u. Klaus Militzer. Münster 2004 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission. 12), S. 1-9.



macht Joachim Neumann deutlich. Bei seiner Untersuchung der Titelermerke europäischer Geschichtsatlanten in Bezug auf Deutschland beobachtete er eine „Verdeutschung“ der Bezeichnungen des Reiches im Laufe der Zeit, indem die Epitheta „Heilig“ und „Römisch“ seltener werden – und in französischen bzw. englischen Karten ohnehin nicht auftauchen. Hier, im nicht-deutschen Bereich, wurde „ein universales Kaisertum mit Herrschaftsbefugnissen etwa auch in Frankreich und England (...) immer bestritten“ (S. 409). Interessanterweise führt Neumann als Beleg dafür, dass der Inhalt konkreter Bezeichnungen im Laufe der Zeit erheblich schwankt, ein Zitat des ehemaligen estnischen Außenministers Toomas Hendrik Ilves an, in dem jener erklärt, Estland sei nie ein Teil Deutschlands gewesen, ihm jedoch „seit dem 11. Jahrhundert“ durch gemeinsame Werte verbunden. Im Beiwerk einer 1612 in Amsterdam erstellten Karte unter dem Titel „Nova et accurata totius Germaniae tabula“ seien jedoch auch Est- und Lettland aufgrund der gemeinsamen Sprache und der Religion „Germania“ zugerechnet worden (S. 402).

Leider kommen der Ostseeraum oder Osteuropa überhaupt in diesem Kompendium kaum vor, abgesehen von einem deskriptiven Beitrag über die deutsche Militärkartografie von Klaus Lindner, in dem auch Preußen Erwähnung findet, und dem Hinweis von Gyula Pápay auf „die ersten richtigen Karten“, die „erstaunlicherweise“ nicht im Süden, sondern 1472 in Lübeck gedruckt worden seien; zuvor habe man nur die „kartographischen Piktogramme“ der T-O-Weltkarten mit Hilfe des Druckverfahrens reproduziert (S. 166 f.). Genauso interessant wie die von Armin Wolf vorgenommene Analyse der geschichtskartografischen Darstellung der französisch-deutschen Grenze könnte eine Analyse der jeweiligen Ansicht des Deutschordenstaates, der so genannten deutschen Ostkolonisation oder der russisch-baltischen Beziehungen in den jeweiligen nationalen Geschichtsatlanten sein.

Zu vermerken bleibt abschließend nur ein leichtes Erstaunen angesichts der zum Teil bemerkenswert schwachen sprachlichen Qualität einiger Beiträge des insgesamt so opulent aufgemachten Bandes. Dabei handelt es sich wohlgerne nicht etwa um Übersetzungen, denn englisch- und französischsprachige Vorträge sind im Original übernommen worden. Offenbar – man schaue sich nur die Zusammenfassung von Rainer Vollmars Text an (S. 388) – haben manche Autoren ihre Vortragsmanuskripte für die Drucklegung nicht mehr überarbeitet. Der richtende Eingriff einer sanften sprachlichen Redaktion hätte sich durchaus positiv auswirken können. Abgesehen

davon kann man der Herzog August Bibliothek zu diesem Sammelwerk aber nur gratulieren, das nicht nur für Spezialisten der Kartografiegeschichte, sondern auch für Historiker von größtem Interesse ist.

Karsten Brüggemann, Hamburg

**Thomas Göthel, Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik. Köln: SH-Verlag 2002, 448 S. (Kölner Beiträge zur Nationsforschung. 8).**

Die vorliegende Publikation stellt die gedruckte Fassung einer in München verteidigten Dissertation dar. Thomas Göthel untersucht in seiner Arbeit die Entwicklung der Weimarer Minderheitenpolitik insbesondere anhand der Umsetzung des Art. 113 der Reichsverfassung. Anhand der beiden größten im Reich lebenden nationalen Minderheiten – Dänen und Polen – exemplifiziert er die Weimarer Politik ebenso wie im Vergleich dazu die politischen und gesellschaftlichen Konzepte einer Nationalitätenpolitik in den verschiedenen Regionen und Ländern. Dass Preußen dabei eine zentrale Stellung einnimmt, verwundert anhand der gewählten beiden Beispiele nicht.

Der Quellenfundus, aus dem der Autor schöpft, ist umfangreich. Es fehlen allerdings die polnischen Akten bzw. die in polnischen Archiven verbliebenen und nach dem Krieg dorthin transferierten Bestände. Diese bieten weiteres Material, insbesondere Allenstein, Brieg und Warschau seien hier genannt.

Der Autor schreibt sehr gut lesbar, er versteht es, Fragen zu formulieren, griffig und z.T. durchaus provokant. Bereits die Einleitung zeigt dies, wenn er die Minderheitenfrage „trotz aller Fragmentierungen“ als „Trennlinie“ innerhalb der Binnenstruktur des Weimarer Selbstverständnisses“ (S. 11) charakterisiert. Demokratie und autokratische Systeme als historische Alternativen werden in ihrer Tauglichkeit zur Lösung von Minderheitenproblemen hinterfragt – eine Idee, die die Arbeit v.a. in ihrem letzten Drittel prägt. Der Ansatz, die Nation als „integrative und zugleich die Minderheiten verschärft integrierende Idee“ zu bewerten (S. 13), blendet dabei allerdings die das ganze östliche Mitteleuropa kennzeichnende Gemengelage von konkurrierenden Nationen resp. Nationsideen aus, die durch ihre Po-

litisierung im 19. Jahrhundert maßgeblich zu der Verschärfung der nationalen bzw. nationalistischen Frontstellungen beigetragen haben und an denen letztlich die demokratisch motivierten Konzepte eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker zur Festlegung neuer Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg auch mit gescheitert sind.

Folgt man Göthels These: „Stärker noch als im Kaiserreich sind in der Weimarer Republik Minderheitenpolitik und nationalstaatliche Kernprobleme miteinander verwoben“ (S. 15). Seine Marginalisierung der nationalen Bewegungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts als „nationale Protestbewegungen“ und der Minderheitenpolitik des Reiches als „Begleiterscheinung der allgemeinen oder auch provinziellen politischen ‚Konjunktur‘“ (ebenda) verkennt jedoch den Charakter z.B. der Posener Nationalbewegung, die mitnichten ausschließlich ein Reflex auf die preußischen Polenpolitik war oder auf die sich verschärfende Politik des Reiches nach 1890. Dass es sich im Kaiserreich nicht um die Abwehr bereits erfüllter Ansprüche handelte wie in Weimar, steht außer Frage – und dass die Aufnahme des Minderheitenschutzes in Art. 113 der Reichsverfassung als Teil der Bewältigung der Kriegsfolgen sowohl innenpolitischer Art als auch zur Erlangung eines außenpolitischen Spielraumes (zumindest seit Mitte der 1920er Jahre) zu interpretieren ist, auch – jedoch darf man die avisierten Ziele der polnischen und auch der dänischen nationalen Bewegungen im Hinblick auf eine Souveränität bzw. eine Überführung an den konnationalen Staat auf der anderen Seite der Grenze nicht unterschätzen.

In einem ausführlichen methodischen Kapitel erläutert Göthel Begriffe wie Nation, hier basierend auf einer Deklination der Begrifflichkeiten Volk, Volkstum, Nationalitäten, Nationalstaat und Nationalitätsprinzip. „Minderheitenpolitik“ und als deren mögliche Spielart „Nationalismus als Politik-Stil“ (S. 46 ff.) setzt er dem Begriff Minderheitenproblematik entgegen. Letztere sei Ursprung der Minderheitenpolitik und als solche ein normativer Konflikt und somit unlösbar (S. 46). Minderheitenpolitik könne somit lediglich entschärfend wirken, im besten Falle moderierende Funktionen einnehmen.

Der Einstieg über die preußische Nationalitätenpolitik seit den Teilungen legt Göthels Widerspruch zu seiner eigenen These von der „nationalen Protestbewegung“ der Polen in Posen offen. Wichtig ist seine konzise Darstellung der „Theorieentwicklung in der Weimarer Republik“ (S. 66 ff.). Allerdings beantwortet auch er die Frage nach der Herleitung jener völkischen Ideen nicht, die v.a. die sog. „konservativen Revolutionäre“ so prägen und weitreichenden Ein-

fluss auf die preußisch-deutsche Minderheitenpolitik der Weimarer Ära wie auf die gesellschaftliche Stimmung gegenüber andersnationalen Gruppen besaßen.

Im Verlauf des Buches dekliniert Göthel die Brennpunkte der preußisch-deutschen Nationalitätenpolitik – Südschleswig, Ostpreußen und Oberschlesien – durch. Eindrücklich ist dabei der Rückgriff auf die theoretischen Grundlagen der handelnden Personen und Organisationen. So kommt Göthel zu dem nicht überraschenden Schluss, dass in Weimar „Demokratie und Volkstum“ (...) zwar nicht grundsätzlich aufgesetzt, jedoch (...) außerordentlich stark den spezifischen außenpolitischen Bedürfnissen nach der Kriegsniederlage geschuldet“ waren (S. 408). Die „mangelnde innergesellschaftliche Verankerung“ galt damit für beide Ideen – für die Volkstumsidee aber vielleicht doch merkbar weniger, denn der auch von Göthel beschriebene Rückgriff auf korporative und der ständischen Organisation verhaftete Paradigmen scheint hier einen stabilisierenden Charakter besessen zu haben. Dass dieser Rückgriff für die Durchsetzung demokratischer Ideen in der Weimarer Gesellschaft extrem hinderlich gewesen sein dürfte und einen starken Widerstand dagegen die „von außen“ verlangte Demokratisierung von Staat und Gesellschaft nach der Kriegsniederlage mit beförderte, steht wohl außer Frage. Inwieweit der korporativen Elementen verhaftete Volkstumsbegriff der konservativen Eliten überhaupt dazu in der Lage gewesen wäre, eine Stabilisierung der Demokratie in Weimar mitzubefördern, muss in Zweifel gezogen werden. Inwieweit der deutsche Begriff des Volkstums in der zeitgenössischen Interpretation überhaupt anderen Spielarten zugänglich gewesen wäre, untersucht Göthel nicht, es führte wohl auch kaum zu anderen Befunden.

Göthel zieht als Fazit, das „Volkstum“ Weimars sei „trotz der problematischen Konnotationen (...) doch auch dasjenige einer Demokratie“ gewesen (S. 408). Um dieses Fazit zu ziehen, wäre die Innenpolitik Weimars sicher in Verbindung mit der außenpolitischen Unterstützung der deutschen Minderheiten im Ausland zu setzen. Und auch diejenigen Bereiche des Verwaltungshandelns, die weitgehend unberücksichtigt bleiben, wie die Politik des deutschen Städtetages und anderer Organisationen, die sekundär zur Bildung eines „lebenden“ Volkstumsbegriffes beigetragen haben, müssten zukünftig in Betracht gezogen werden.

Sabine Bamberger-Stemmann, Hamburg

**Handbuch der Geschichte Weißrußlands, hrsg. v. Dietrich Beyrau u. Rainer Lindner. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 2001, 543 S., Karten, Literaturverzeichnis, Register.**

Weißrussland, dessen Geschichte in der internationalen Forschung bis zum Ende der Sowjetunion nur wenig Aufmerksamkeit gefunden hatte, erfreut sich seit den 1990er Jahren eines vielleicht nicht großen, aber doch beachtlichen Interesses insbesondere in der deutschen Osteuropaforschung. Gleichsam eine Synthese dieses gestiegenen Interesses bildet das von Dietrich Beyrau und Rainer Lindner herausgegebene Handbuch. Es behandelt die Geschichte Weißrusslands vom Mittelalter bis in die Gegenwart und ist von einem vorwiegend deutsch-weißrussischen Autorenteam unter Einbeziehung einiger Beiträge von Wissenschaftlern aus Polen und anderen Ländern verfasst worden.

Eine Geschichte Weißrusslands steht vor besonderen Konstruktionsproblemen. Weder gibt es mittelalterliche oder frühneuzeitliche Staatsbildungen, auf die die Weißrussen einen exklusiven Anspruch als Teil ihrer Geschichte erheben könnten, noch eine dauerhafte, ungebrochene hochkulturelle Tradition. Die altweißrussisch-ruthenische Kanzleisprache, die sich im späten Mittelalter auf der Grundlage des Kirchenslawischen und der gesprochenen Sprache entwickelte, geriet seit dem Ende des 16. Jahrhunderts zunehmend außer Gebrauch. Das Weißrussische als Schriftsprache erfuhr erst im 19. Jahrhundert im Kontext der Entstehung einer weißrussischen Nationalbewegung eine gewisse Wiederbelebung (vgl. dazu den Beitrag von Jim Dingley, S. 437-450). Das Handbuch löst dieses Problem, indem es die weißrussische Geschichte im Wesentlichen als Geschichte des Territoriums des heutigen weißrussischen Staates präsentiert, dies aber mit einem besonderen Interesse an der nationalen Geschichte der Weißrussen und möglichen älteren Traditionen verbindet, auf denen sie aufbauen kann.

In einem einleitenden, historiografiegeschichtlichen Überblick skizziert Rainer Lindner die verschiedenen Entwürfe einer weißrussischen Nationalgeschichte sowie die polnischen und russischen Geschichtsdeutungen, die deren Berechtigung verneinten (S. 25-48). So entstand die weißrussische Nationalgeschichtsschreibung am Ende des 19. Jahrhunderts als Gegenentwurf zur Integration in polnische und russische Geschichtserzählungen, mit denen auch der Anspruch auf das Territorium und die Bevölkerung Weißrusslands verbunden

war. Die weißrussischen Nationalhistoriker postulierten dagegen die Existenz eines einheitlichen weißrussischen Volks mit einer lange in die Vergangenheit zurückreichenden Geschichte. Zudem deuteten sie Staatsbildungen auf weißrussischem Territorium, insbesondere das mittelalterliche Teilfürstentum Polock und das Großfürstentum Litauen, als Teil einer Geschichte weißrussischer Staatlichkeit.

Während die weißrussische Historiografie am Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere in Abgrenzung zur russischen Historiografie den Einfluss westeuropäischer Kultur und die Zugehörigkeit zum Westen betonte, setzte der Stalinismus eine Interpretation durch, die die Weißrussen als „blutsbrüderliches Volk“ der Russen und Ukrainer und ihre Zugehörigkeit zum polnisch-litauischen Staat nur als „Verzögerung“ der gleichsam natürlichen Vereinigung mit den anderen slawischen Völkern in der Sowjetunion sah. Von der sich in der Perestrojka-Zeit in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erneut artikulierenden weißrussischen Nationalbewegung wurden hingegen die Einflüsse größtenteils über Polen vermittelter westeuropäischer Kultur wieder gegen die russisch-sowjetische Integrationspolitik ins Feld geführt. Während insbesondere in den Geschichtsdarstellungen der stalinistischen Zeit Adel und Stadtbürgertum dem weißrussischen Volk als Unterdrücker und Ausbeuter entgegengesetzt worden waren, wurde nun die Geschichte des Großfürstentums Litauen wieder in positiverer Weise in die Geschichte Weißrusslands integriert. Fortan war die weißrussische Historikerschaft zwischen national orientierten Forschern, die unter Berufung auf die westeuropäischen Einflüsse die Differenz der Weißrussen von den Russen betonten, und solchen gespalten, die die historisch enge Bindung an Russland hervorhoben. Letztere erfuhren nach der Übernahme des Präsidentenamtes durch Alexander Lukašenka 1994 wieder eine verstärkte staatliche Förderung.

Das Handbuch ist in einen chronologischen und einen problemorientierten Abschnitt unterteilt. Der chronologische Teil bietet nach Epochen gegliederte Überblicksdarstellungen, während die Beiträge im zweiten Teil bestimmte Themenkomplexe vertieft behandeln. Dieser zweite Teil ist in die folgenden Abschnitte untergliedert: „Sozialverfassung und Ökonomie“, „Funktion und Kultur der Stadt“, „Ethnizität und Konfession“ (hier wird in zwei Beiträgen auch die Geschichte der Juden behandelt), „Krieg und Überleben im 20. Jahrhundert“ sowie „Sprache und Literatur“.

Die Beiträge präsentieren ihren Gegenstand weitgehend durchgängig auf hohem Niveau. Dabei tendieren manche Autoren allerdings in

stärkerer Weise als andere dazu, eine ins Mittelalter zurückreichende Kontinuität weißrussischer Nationalgeschichte explizit oder implizit nahelegen oder das weißrussische Element in der Geschichte der Region besonders hervorzuheben. So meint Ihar Tschakwin beispielsweise, dass die Bevölkerung des östlichen Teils der weißrussischen Territorien schon in der Zeit des 14.–16. Jahrhunderts „eine homogene ethnische Einheit mit gemeinsamer Religion, ethnischer Identität, einheitlicher Selbstbezeichnung und einer gemeinsamen Sprache (...), die Ähnlichkeiten mit der der benachbarten Ukrainer und Großrussen aufwies“, dargestellt habe (S. 337). Keine der hier von ihm angeführten Merkmale erlaubt aber tatsächlich eine klare Abgrenzung gegenüber Weißrussland benachbarten Territorien und dortigen Bevölkerungsgruppen und damit die Begründung einer solchen weißrussischen „Volksgeschichte“ als Nationalgeschichte. Insbesondere hatte der Begriff der „Rus“, auf den er sich vor allem bezieht, eine größere Reichweite und schloss auch große Teile der heutigen Ukraine ein. Wie Tschakwin selbst feststellt, erfolgte die Ethnisierung des Begriffs *belorusy* erst gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (S. 339).

Differenziert und auf instruktive Weise diskutiert Pawel Zeraschkowitsch den „ethnischen Wandel“ im 19. Jahrhundert in den weißrussischen Territorien. Er führt die unterschiedlichen Selbstbezeichnungen, die im 19. Jahrhundert von den Bewohnern Weißrusslands verwendet wurden, sowie die religiösen, territorialen, sprachlichen und sozialen Kontexte und Bezüge ihrer Verwendung an und zeigt, dass es kein einheitliches Ethnonym unter der bäuerlichen Bevölkerung Weißrusslands gab. Er geht gleichwohl davon aus, dass eine geteilte Wahrnehmung der Differenz von „anderen“ bestand, die die Weißrussen als eigene Gruppe konstituierte (S. 362 f.). Zeraschkowitsch skizziert hier weiterhin die Entstehung von Vorstellungen unter der Intelligenz über die Weißrussen als eigenständige Nation. Sie ging im Wesentlichen zunächst von einem romantisch inspirierten, auf Weißrussland bezogenen Landespatriotismus und einer romantischen Verehrung polnischsprachiger Eliten für die regionale Volkskultur aus. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde daraus dann eine nationale Eigenständigkeit anstrebende politische Bewegung, deren tatsächliche gesellschaftliche Reichweite allerdings weiterhin vergleichsweise gering blieb.

Das weißrussische Selbstverständnis im 20. Jahrhundert wurde, wie die Beiträge von Bernhard Chiari, Mykola Iwanou und Astrid Sahn zeigen, in hohem Maße durch die Leiden unter der und den Wi-

derstandskampf gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg, durch die stalinistische Unterdrückungs- und Repressionspolitik und schließlich durch die Katastrophe des Reaktorunglücks von Černobyl 1986 geprägt. Während aber die Erinnerung an das Leiden unter der deutschen Okkupation und den Partisanenkrieg die weißrussische eng an die russisch-sowjetische Identität und ihren zentralen Erinnerungsort des „Großen Vaterländischen Krieges“ band, wurden die in der Perestrojka-Zeit hervortretende Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus und die Atomkatastrophe von Černobyl zu den zentralen Bezugspunkten der sich seit Ende der 1980er Jahre wieder stärker artikulierenden nationalen Bestrebungen.

Insgesamt bilden die Beiträge des Bandes eine gute Einführung und eine wertvolle Ergänzung der in westlichen Sprachen nur vergleichsweise knappen Forschungsliteratur über die Geschichte Weißrusslands.

Kai Struve, Leipzig

**Martin Holz, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2003, XIII, 677 S. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern. Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte. 39).**

Es ist ein umfangreiches Werk, das Martin Holz als Dissertation 2001 an der Ernst-Moritz-Arndt Universität in Greifswald zur Geschichte der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen auf der Insel Rügen von 1943 bis 1961 vorgelegt hat. Mit detaillierten Materialien verfolgt er sein Ziel, „die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen in einem ausgewählten Kreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen“ (S. 20). Rügen bietet sich für solch eine lokal eingegrenzte Studie einerseits durch die Insellage an, andererseits trafen hier in zeitlicher Abfolge Gruppen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund ein. Holz erweitert den Blickwinkel, indem er seine Studie im Jahr 1943 beginnt, also deutlich vor Kriegsende und dem Eintreffen der großen Flüchtlings- und Vertriebenenströme. Damit ist es ihm möglich, nicht nur Flüchtlinge und Vertriebene, sondern auch die vor dem Bombenkrieg evakuierten Städte in die Untersuchung mit einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der The-



se, dass die „in den letzten Kriegsjahren beginnenden Evakuierungen sowie die Bevölkerungsverschiebungen durch Flucht und Vertreibung die bisherige konfessionelle, soziale und kulturelle Separierung aufbrechen und eine nivellierte ‚Notstandsgesellschaft‘ entstehen ließen“ (ebenda), erscheint die inhaltliche Erweiterung gerechtfertigt. Den Endpunkt seiner Studie setzt Holz mit dem Bau der Berliner Mauer und der damit verbundenen zweistaatlichen Konsolidierung.

Ein Problem bei der Analyse der Vertriebenenproblematik ist der in Ost und West unterschiedliche Sprachgebrauch. Zur Vermeidung von Satzungeheuern ist es sicherlich notwendig zu vereinfachen, gleichwohl sollte auf die damit verbundene Vernachlässigung der Unterschiede hingewiesen werden. Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, die politischen Implikationen der Begriffe von Vertriebenen oder Umsiedlern, wie sie in der Bundesrepublik und der DDR gebraucht wurden, deutlicher zu machen. Im Begriff der Umsiedler werden der Zwangscharakter der Anordnungen sowie die gewalttätigen Übergriffe nicht deutlich. Der Vertreibungsbegriff ignoriert die Flucht und freiwillige Ausreise, um die sich seit dem offiziellen Ende der Vertreibungen viele Einwohner Ostpreußens und Schlesiens bemühten. Die politische Implikation des Begriffs der Umsiedler in der DDR zeigt ein anschauliches Dokument von 1946, in dem darauf verwiesen wird, dass man nicht von „Flüchtlingen“ reden sollte, da keine Veranlassung bestehe, vor der Roten Armee zu flüchten, die schließlich als Befreier gekommen sei (S. 35 f.). Vielleicht sollte man darauf hinweisen, dass spiegelbildlich im Wort „Vertreibung“ der als unrechtmäßig angesehene Verlust der ostdeutschen Gebiete betont wurde. Beide Begriffe instrumentalisieren das Schicksal der Betroffenen für politische Ziele. An diesem Punkt setzt die Arbeit von Martin Holz ein, der mit einer Vielzahl von Dokumenten und Berichten die Alltagssituation der Flüchtlinge und Vertriebenen sichtbar macht.

Während administrative Entscheidungen auf staatlicher und regionaler Ebene den Rahmen vorgeben, fokussiert Holz in Einzelaspekten das Zusammentreffen von Einheimischen und Umsiedlern. Entlang der zeitlichen Abfolge ordnet er die Materialien in der Perspektive der Umsiedler bzw. Vertriebenen. So kommen zunächst die Formen der Evakuierungen und der Flucht in den Blick, die vergeblichen Rückkehrversuche und die Probleme bei der Beschaffung von Wohnraum und Arbeit. Weiterhin werden die karitativen Hilfen untersucht sowie die religiöse Betreuung durch die evangelische und katholische Kirche. Ergänzt wird das Buch durch ein ausführliches Quellen- und

Literaturverzeichnis, ein Orts- und Personenregister sowie durch Karten und Tabellen.

Als Fremdenverkehrsregion verfügte Rügen über eine Vielzahl von Unterkunftsmöglichkeiten in Pensionen und Hotels, die in Friedenszeiten für den Fremdenverkehr bereit standen und bei Kriegsende mit Flüchtlingen und Vertriebenen belegt wurden. Zusätzlich boten die umfangreichen Militäranlagen der Insel Raum für die Unterbringung. Diese zunächst einfach zu nutzenden Möglichkeiten erwiesen sich in der Folge als konfliktreich, da die Pensionsbesitzer den Ferienbetrieb aufnehmen wollten und Kasernen vom sowjetischen Militär beansprucht wurden. Auf anschauliche Weise arbeitet Martin Holz die Vielschichtigkeit dieser Konflikte zwischen privaten Interessen, politischer Ideologie und administrativen Handlungen heraus.

Unter der Perspektive des Zusammenlebens von Einheimischen und Zugezogenen erscheint die zeitliche Erweiterung der Flucht- und Vertreibungsperspektive bis 1961 nachvollziehbar. Weniger evident ist die Relevanz der kriegsbedingten Umsiedlungen, Verschickungen und zeitlich befristeten Einquartierungen seit 1938 für den Themenkontext. Es ist ein sehr heterogenes Konglomerat unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, deren gemeinsamer Nenner sich auf die zeitweise Anwesenheit auf Rügen reduziert: Sudetendeutsche, die 1938 vor ethnisch-nationalen Konflikten geflüchtet sind; Deutschbalten, die aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes ausgereist sind; Kinderlandverschickung und einquartierte Familien aus Luftangriffsgebieten sowie Flüchtlinge aus dem Osten. Vergebens sucht denn auch der Leser eine Analyse der Differenzen und Parallelen in der Lebenssituation der verschiedenen Gruppen. Festzuhalten ist vielmehr ein substanzieller Unterschied zwischen der (propagandistischen) Begrüßung von sudetendeutschen Flüchtlingen 1938 mit der „Marienkapelle des Standortes Stralsund“ (S. 59) und der „für die Jahre 1945 und 1946 festgestellte[n] sechs- bis achtfach höheren Sterblichkeit“ (S. 138) unter den Flüchtlingen und Vertriebenen. Welche Verbindungen zwischen beiden Ereignissen bestehen, die über die reine Anwesenheit von geflüchteten Gruppen auf Aspekte des Zusammenlebens verweisen könnten, bleibt unklar.

Die geschilderte Erweiterung der Perspektive erweist sich im Gesamtkontext des Werkes als wenig überzeugend. Zugleich wird damit ein grundsätzliches Problem deutlich. Die Materialfülle des Buches droht das Thema zu ersticken. Immer wieder wird der Leser detailliert über Ankunft, Abfahrt, Verteilung von Flüchtlingen informiert, ohne dass ersichtlich würde, welcher Erkenntnisgewinn sich

daraus ergibt (z.B. S. 524 die Verteilung der Memelländer). Zusätzlich kommt es in der Menge der Dokumente zu Redundanzen. So wird mit Bezugnahme auf zwei unterschiedlich datierte, inhaltlich identische Dokumente zweimal der Verteilungsschlüssel von Vertriebenen auf landwirtschaftliche Betriebe erläutert (S. 133 u. 147). Auch mag sich der Leser fragen, warum am Ende des Buches am Beispiel des Ortes Sassnitz noch einmal die Frage der Wohnungsnot erörtert wird, nachdem dies schon vorher an anderen Beispielen ausführlich geschehen war. Bezogen auf die Ausgangsthese des Buches, einer Darstellung der Probleme im Zusammenleben von Einheimischen und Vertriebenen, wünschte man sich an einigen Stellen eine Straffung des Materials. Zugleich muss man aber betonen, dass der Umfang des gut dokumentierten Materials eine willkommene Informationsquelle bietet.

In erster Linie stützt sich die Untersuchung von Martin Holz auf offizielle Dokumente aus staatlichen und kirchlichen Archiven der Gemeinden, Städte und Bundesländer. Ergänzt werden diese Daten durch Zeitungsmeldungen, Tagebücher, Erlebnisberichte und Interviews mit Betroffenen. Obwohl letztere Daten nur eine Ergänzung der offiziellen Archivalien darstellen, bieten sie doch einen Einblick in den Alltag. Eindrucksvoll schildert er die Probleme der aus dem Osten kommenden Trecks und deren Versuche, bei Kriegsende in die Heimat zurückzukehren. Deutlich wird dabei ein Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Flüchtlingen. Während sich die Städter allein auf die Flucht begaben oder während der Flucht den Kontakt zu anderen Flüchtlingen verloren, kamen die Dorf- oder Gutsgemeinschaften häufig als Gruppen auf Rügen an. „Diese alten Dorf- und Fluchtgemeinschaften blieben nach dem Ende des Krieges auf Rügen zumindest teilweise erhalten, wie in Schaprode, Udars, Streu und Poggenhof, und ermöglichten bessere Startbedingungen aufgrund fortwirkender Sozialkontakte“ (S. 83). Die Ankunft der Flüchtlinge stellte nicht nur eine Herausforderung für die Versorgung und Unterbringung dar, sondern eröffnete zunächst auch die Hoffnung, den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft auszugleichen. Im Frühsommer 1945 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage, nachdem vor allem die jüngsten und kräftigsten Flüchtlinge versuchten in die Heimat zurückzukehren. Jedoch trafen sie auf ihrem Weg nach Osten schon bald auf die Opfer der ersten „wildern Vertreibungen“ und wurden zur Umkehr gezwungen. Im Gegensatz zu den ersten Flüchtlingen, die in vergleichsweise guter Verfassung und mit umfangreichem Hausrat ihre Flucht überstanden hatten, ka-

men seit dem Sommer 1945 ausgeraubte Vertriebene über die Oder (S. 119). Häufig endeten auch die Rückkehrversuche mit dem Verlust des letzten Hab und Gut. Es entwickelte sich eine problematische Versorgungslage, die auch in den folgenden Jahren zu Konflikten führte.

Als eine beständige Quelle von Auseinandersetzungen erwies sich die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Pensionen und Hotels der Ferienorte. Für viele Einwohner Rügens war die Vermietung von Zimmern an Feriengästen die wichtigste Einkommensquelle. Daher suchten die Besitzer der Ferienunterkünfte Mittel und Wege, sich der eingewiesenen Familien zu entledigen. Aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation von Einheimischen und Vertriebenen entwickelten sich Interessengegensätze. So beklagten die Vertriebenen, dass ihnen in den Läden höhere Preise abverlangt würden. Auf der Seite der Einheimischen wird der Fall einer Pensionsvermieterin geschildert, die sich im Sommer 1947 an die Landesregierung wandte. Sie bat darum, keine Flüchtlinge mehr zugewiesen zu bekommen, „da wir keinen anderen Verdienst haben, als dass wir uns durch die Kurgäste ernährt haben, und wenn Flüchtlinge da sind, können wir keine Gäste haben, da doch nur eine Feuerstelle ist“ (S. 227). Leider geht der Autor nicht darauf ein, dass sich die Pensionsbesitzerin darauf berief, ihr Haus sei „seit 4,5 Jahren dauernd mit Flüchtlingen belegt“. Es ist eines der wenigen Dokumente, die auf Konflikte bei der Unterbringung von Flüchtlingen noch vor 1944 hinweisen. Es wäre sicherlich lohnenswert, diese Quellen in Bezug auf die offiziellen Darstellungen aus der NS-Zeit zu analysieren.

Der eingeschränkte Ferienbetrieb blieb in den Nachkriegsjahren das Feld, auf dem sich die Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen entwickelten. Obwohl es zunächst für die Hotel- und Pensionsbesitzer schwierig war, ihre Ziele gegenüber der Gemeindeadministration durchzusetzen, gelang es ihnen in den folgenden Jahren, die politischen Ziele des Staates für ihre privaten Interessen zu nutzen. Eine weitere Unterbringung von Vertriebenen konnte vermieden werden, indem die Ferienzimmer für den Staatsbetrieb Wismut und den FDGB bereitgestellt wurden (S. 240 ff.). Offensichtlich erkannten auch die Behörden, dass sich damit eine „Hintertür“ geöffnet hatte, durch die man sich der ungeliebten Mitbewohner entledigen konnte (S. 249). Dass andererseits die staatlichen Stellen der DDR zur Durchsetzung ihrer Interessen vor einer Instrumentalisierung der Vertriebenen nicht zurückschreckten, zeigte sich 1953, als in der so genannten „Aktion Rose“ gegen Schieber und Speku-

lantem vorgegangen wurde. Sie wurden für die anhaltende Not der Flüchtlinge und Vertriebenen verantwortlich gemacht, während der Staat die Anschuldigungen als Vorwand zur Enteignung von Hotel- und Pensionsbesitzern nutzte (S. 254).

Während die mit gewissenhafter Sachkenntnis zusammengetragenen Dokumente einen umfassenden Einblick in die Lebensbedingungen auf Rügen geben, wird die kritische Analyse der Dokumente, bei der sie sozusagen „gegen den Strich gelesen“ werden, vernachlässigt. Dies ist umso bedauerlicher, als viele Dokumente Fragen zum Zusammenleben von Einheimischen und Flüchtlingen aufwerfen. Als Beispiel seien hier die rigiden Lagerordnungen erwähnt (S. 185 f.). Wenn darin das Kinderspiel, Drachen steigen zu lassen, verboten wird und man im Übertretungsfall mit dem Entzug der Brotration für eine Woche droht, so sollte sich die Interpretation nicht auf die „gänzlich inadäquate Strafandrohung“ (S. 185) beschränken. Vielmehr bietet sich ja gerade hier die Möglichkeit zu vielfältigen Fragen: Warum griff die Lagerleitung auf diese inadäquate Strafe zurück? Welche Auswirkungen hatte die Unterordnung unter die rigide Lagerverwaltung auf das Zusammenleben mit den Einheimischen? Wie reagierten beide Seiten, wenn „Armut und Hunger (...) zum Motiv für Übergriffe auf das Eigentum der wenig kriegsgeschädigten Einheimischen“ wurden (S. 186)? Wie gestaltete sich der Alltag, wenn Flüchtlinge und Vertriebene 90% der Gottesdienstbesucher stellten (S. 340)?

Gleichwohl in diesen Fällen eine kritische Aufarbeitung der Dokumente weitere Erkenntnisse erwarten ließe, vertieft die Arbeit von Martin Holz das Verständnis für die Lebensbedingungen von Einheimischen und Vertriebenen. In der regionalgeschichtlichen Perspektive ist es möglich, die Situation der Vertriebenen an dem Schnittpunkt zwischen politischen Vorgaben, administrativer Umsetzung und alltäglichem Handeln zu erfassen. Hierfür bietet die Studie eine Fülle von Materialien.

Mathias Wagner, Hannover

**International Obligations and National Debates: Minorities Around the Baltic Sea, Editor-in-Chief Sia Spiliopoulou Akermark, Co-editors Leena Huss, Stefan Oeter, Alastair Walker. Marrihamm: The Aland Islands Peace Institute 2006, 603 S.**

Thema des vorliegenden Sammelbandes ist die Situation von Minderheiten in den zehn Anrainerstaaten der Ostsee. Nachgegangen wird der Frage nach der sozialen Exklusion bzw. Unterdrückung von Gruppen, die in der Vergangenheit marginalisiert wurden und weiter marginalisiert bzw. von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, weil sie sich – aus welchen Gründen auch immer – von der Mehrheitsbevölkerung ihrer Länder unterscheiden. Dies soll, wie die Hauptherausgeberin in ihrer Einleitung hervorhebt, vor allem vor dem Hintergrund der öffentlich geführten Debatten über Identität und Minderheitenschutz in den ins Visier genommenen Ländern geschehen. Als Richtschnur und Gradmesser werden dabei die beiden wichtigsten internationalen Vereinbarungen betrachtet, die seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ein Mindestmaß an Minderheitenschutz in Europa garantieren sollen. Die Rede ist von der in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten *Framework Convention for the Protection of National Minorities* und der *European Charter for Regional or Minority Languages*, die der Europarat zu Beginn der 1990er Jahre beschlossen und auf den Weg der Ratifizierung gebracht hat. Während die *Framework Convention* von allen genannten Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden ist, steht im Falle Polens, Russlands und der baltischen Republiken die Ratifizierung der *European Charter* noch aus. Inwieweit diese beiden Konventionen Einfluss auf die nationalen Debatten, Diskurse, die Minderheitenpolitik und die Gesetzgebung in den genannten Ländern genommen haben, ist ein Hauptziel der in vorliegendem Buch unternommenen Untersuchungen und Darstellungen. Ein weiteres Augenmerk gilt der Frage, ob bzw. inwieweit die Ost-West-Spaltung der Vergangenheit fortwirkt und Einfluss auf die Entwicklungen genommen hat.

Wer immer sich mit Minderheiten- und Nationalitätenfragen beschäftigt, weiß um die Problematik der dabei gebrauchten Terminologie. Es existieren keine allgemein gültigen und uneingeschränkt akzeptierten Definitionen von Begriffen wie Minderheiten, nationale Minderheiten, Nationalitäten, ethnischen Gruppen, Volksgruppen etc.; sie stehen außerdem in einem gewissen Spannungsverhältnis mit Bezeichnungen wie Migranten, Immigranten, indigene Bevölkerung

u.a.m., weshalb verbindliche Definitionen auch in den Konventionen des Europarats vermieden werden. Betont wird dagegen die hinter den Vertragswerken steckende Philosophie, d.h. eine Art Konsensus, dass der Schutz nationaler Minderheiten sowie der Rechte und Freiheiten von Personen, die zu solchen Minderheiten gehören, „an integral part of the international protection of human rights [bildet] and as such falls within the scope of international co-operation“, wie es in der *Framework Convention* heißt. Sie will wie auch die Sprachen-Charta den Signataren Wege und Möglichkeiten zeigen, um einen minimalen Schutz zu garantieren. Er bezieht sich dabei auf die wesentlichen Elemente der Identität von Minderheitenangehörigen, zu der vor allem die jeweilige Sprache, aber auch Religion, Tradition und das kulturelle Erbe gehören bzw. gehören können. So wird vor allem die *European Charter* auch als ein Instrument zur Wahrung der sprachlichen Vielfalt Europas verstanden.

Die Untersuchungen zu den einzelnen Staaten folgen keinem starren Schema, gehen aber in der Regel auf den historischen Hintergrund der Minderheiten und der ihnen gegenüber verfolgten Politik mit ihren Spezifika ein. Die Einzeldarstellungen beginnen mit der Situation der Deutschen in Dänemark, die schon lange vor den genannten Konventionen weitgehende Schutzrechte genossen haben, sich aber erst in neuester Zeit offener und freier zu ihrer deutschen Identität bekennen. Ob in diesem Zusammenhang die Sprachen-Charta eine Rolle gespielt hat, bezweifeln die Autoren des Beitrages allerdings. Als sehr problematisch wird in der nachfolgenden Untersuchung die Situation in Estland dargestellt, da vor allem die estnische Nationalisierungspolitik, eine für Russen nur schwer erreichbare Staatsbürgerschaft und eine sehr restriktive Sprachenpolitik zu einer ungleichen Verteilung von kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Ressourcen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung geführt haben. Eine künftige Lösung des Problems könnte sich in der Beobachtung andeuten, dass die Minderheitenrechte nicht mehr so sehr als Gruppenrechte, sondern als Menschenrechte für Mitglieder der Gruppe eingefordert werden. In Finnland sind es zunächst die Roma und Sami, deren Rechte und Möglichkeiten gewisser Verbesserungen bedürfen. Schwierigkeiten machen mit Blick auf erstere neben rassistischen Vorurteilen die Beschulung der weit verstreut lebenden Bevölkerung, während es im Falle der Sami vor allem um ökonomische Probleme wie Land- und Herderechte, Rechte auf Naturressourcen etc. geht. Als ein Problem identifiziert wird zudem die Tatsache, dass die meisten Finnen kein Schwedisch sprechen und

so die schwedisch sprechende Minderheit in ihren von der Verfassung garantierten Rechten beschnitten wird. Für Deutschland wird festgestellt, dass durch die europäischen Konventionen der Minderheitenschutz viel stärker als zuvor auch eine Bundesangelegenheit wurde, das Selbstbewusstsein und die Selbstwahrnehmung als Minderheit vor allem unter Sinti, Roma und Friesen genauso gewachsen ist wie deren Akzeptanz bei der Mehrheit. Dass auch die Wiederbelebung des Niederdeutschen einen wichtigen Impuls empfangen hat, wird hier ebenfalls ausführlich behandelt. Die Autoren werten dies auch als einen wichtigen Beitrag zur Restituierung der multilingualen und multikulturellen Gesellschaften Europas.

Als ein Kardinalproblem der Minderheitenpolitik Lettlands wird zu Recht deren fehlende Systematik und absolute Unterordnung unter das wichtigste politische Ziel, nämlich der Stärkung und Konsolidierung der nationalen Staatlichkeit betrachtet. Es existiert bis heute weder ein umfassendes Minderheitengesetz mit eindeutigen Definitionen und Regelungen noch ein gesellschaftlicher Konsens über Wege und Modi der Integration von Minderheiten. Lettland hat bisher vor allem auf die unter den Minderheiten zunehmenden Kenntnisse des Lettischen gesetzt, eine Politik, die die komplexen Probleme der Minderheiten nicht wirklich lösen und letztendlich nur zu einer weiteren Entfremdung der Minderheiten vom Staat und zu ihrer Radikalisierung führen wird, wie die Autoren des Beitrages fürchten. Ganz anders dagegen die Situation in Litauen, wo mit der Unabhängigkeit alle im Lande lebenden Einwohner die Staatsbürgerschaft ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit erhielten. Darüber hinaus existiert landesweit ein Bildungssystem mit speziellen Schulen und Unterricht in den Minderheitensprachen. Probleme gibt es allerdings auf lokaler Ebene, wo die Minderheitensprachen im Verkehr und Kommunikation mit den Behörden hinter dem Litauischen zurückstehen müssen. Im Unterschied zu den übrigen Minderheiten sind die Russen mit ihrer Lage am wenigsten zufrieden, wobei offenkundig deren prekäre soziale und ökonomische Situation den Hintergrund bildet.

Der Beitrag zu Norwegen macht besonders deutlich, wie sehr Termini wie Immigranten, nationale Minderheit, „indigenous people“ usw. semantischen Wandlungen unterliegen bzw. wie Minderheiten zu wechselnden Zeiten unterschiedlichen Kategorien zugeordnet werden. Dies gilt für die Geschichte der finnischsprachigen Gruppen in Norwegen genauso wie für Roma und andere fahrende Volksgruppen. Vor allem am Beispiel Polen wird klar, wie sehr die Wen-



de Ende der 80er Jahre und Warschauer Bemühungen, sich in die europäischen Strukturen zu integrieren, die Minderheitensituation grundlegend verändert haben. Die Vertretung von Deutschen, Ukrainern und Weißrussen im Sejm gehört hier ebenso dazu wie Schulen mit Unterrichtsangeboten, Presse, Funk und TV-Programme in den jeweiligen Muttersprachen oder auch die Restituierung von Rechten zur freien Religionsausübung früher unterdrückter kirchlicher Gemeinschaften. Natürlich gibt es auch hier noch Defizite und manchen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Entscheidend ist jedoch der Wille von Staat und Gesellschaft, adäquate Lösungen zu finden.

Wie wenig tauglich der Begriff Minderheit für die Situation in Russland ist, geht aus einem Beitrag über Gebrauch und Missbrauch dieses Terminus hervor. Wie schon in der UdSSR existieren auch in der Russländischen Föderation keine klaren Regelungen über Anerkennung von ethnischen Gruppen und den ihnen jeweils zustehenden Sonderrechten. Die Einteilung der Bevölkerung nach ethnischen Zuordnungen war und ist eher eine rein äußerliche Form der territorialen Organisation des Landes. Weder Wirtschaft noch die Sphären von Bildung und Kultur seien wirklich nach ethnischen oder linguistischen Merkmalen segmentiert. Von Nationalitäten, Ethnien und (nur in Ausnahmefällen) auch von Minderheiten sei zwar oft die Rede; dies schließe die Gesetzgebung ein, bestimme so auch den öffentlichen Diskurs, korrespondiere aber nicht mit der Alltagspraxis. Daher erscheint „Ethnicity (...) as just one of many modes for describing, representing, and organizing social interactions“ (S. 532). Kein Wunder also, dass Russlands Umgang mit den europäischen Instrumenten des Minderheitenschutzes als von eher symbolischer Natur rein deklarativen Charakters beschrieben wird. Schweden ist die letzte Studie gewidmet. Hier haben vor allem die finnischsprachigen Gruppen sowie Jiddischsprechende und Roma von der Umsetzung der in den europäischen Konventionen angebotenen Schutzmaßnahmen profitiert – materiell und institutionell. Auch dass das Interesse für die Minderheiten in der Öffentlichkeit gewachsen zu sein scheint, ist eine positive Folge der europäischen Initiativen. Defizite in Form einer ausreichenden Versorgung mit biligualen Schulen werden allerdings im Bildungssystem moniert.

Welche Schlüsse liefern nun die angestellten Länderstudien zur Minderheitensituation im Ostseeraum? Zunächst wohl die Erkenntnis, dass so unterschiedlich, wie sich Geschichte, politische Kultur, Territorialstruktur und regionale Besonderheiten ausnehmen, auch

Bedarf, Ausmaß und Grad der Implementierung europäischer Minderheitenschutzmaßnahmen in den einzelnen Staaten sich differenziert darstellen. Dessen ungeachtet gibt es Ähnlichkeiten, die unter anderem erkennen lassen, dass auch in diesem Politikfeld die Ost-West-Teilung Europas ihre Spuren hinterlassen hat. Schon die nationalen Ratifizierungsprozesse verdeutlichen Unterschiede: etwa bei der jeweiligen Vorgehensweise, wo Russland und Finnland die extremen Pole bilden. Während Moskau die *Framework Convention* ohne große Umstände durch Entscheidungen im Zentrum der Macht durchsetzte, erfolgte die Ratifizierung in Finnland, aber auch in Norwegen, Schweden und Deutschland auf dem Wege der Anhörung von Minderheitenorganisationen und begleitet von gesellschaftlichen Debatten. Jedoch hat Russland, was in vorliegender Untersuchung übergangen wird, die Europäische Sprachencharta durchaus im Dialog mit zahlreichen Nationalitätenvertretern und in enger Kooperation mit dem Europarat der Ratifizierung zugeführt.

Generell zu konstatieren ist jedoch, dass alle zehn untersuchten Länder Defizite bei der Implementierung zeigen. In allen gibt es nur schwer zu lösende Probleme mit Sinti, Roma und anderen nichtsesshaften Gruppen, weil diese kaum einen Platz in den existierenden Schul- und Bildungssystemen finden und in politische Planungsprozesse mit einbezogen werden können und sie nach wie vor vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt bleiben. Andere Schwierigkeiten resultieren aus unterschiedlichen Regelungen für die eingesessenen Minderheiten und Immigranten, was etwa in Schweden zu gegenseitigen Spannungen und Konkurrenzsituationen führt.

Was die Untersuchungen auch offenbaren, ist die Tatsache, dass viele Momente und Faktoren, die im Minderheitenschutz von Bedeutung sind bzw. sein können, in ihrer tatsächlichen Brisanz und Wirkmächtigkeit bis dato nur ungenügend untersucht worden sind. Dazu gehört die Frage, inwieweit die wirtschaftliche Situation tatsächlich Intensität und Stabilität von Identitäten bestimmt oder das Phänomen, dass in Finnland die Zahl der Schwedisch Sprechenden trotz einer vorbildlichen Gesetzeslage und erheblicher Bemühungen seitens der Regierung zurückgeht. Zu den positiven Beobachtungen zählen die Rückkehr bzw. Revitalisierung vernachlässigter und vergessener Sprachen sowie die Restituierung und Konsolidierung von Minderheitenkulturen, Dialekten, Lokal- und Regionalsprachen, wofür vor allem die skandinavischen Staaten, aber auch Deutschland anschauliche Beispiele liefern. Als ein ebenfalls erfreulicher Befund wird zudem im Resümee des Buches hervorgehoben, dass die beiden

Europarat-Konventionen in allen Ländern Foren für die politische und gesellschaftliche Diskussion über alle mit dem Minderheitenschutz zusammenhängenden Themen und Fragen geschaffen haben. Die hier geführten Debatten, so eine im Buch geäußerte Vermutung, könnten dabei in Norwegen und Lettland zu einer Radikalisierung der Fronten geführt haben. Gleichzeitig scheint jedoch die Institutionalisierung des Diskurses mittels der *Framework Convention* in Estland einen eher mäßigenden Einfluss gezeitigt haben. Die Komplexität und Ambiguität der beobachteten Verhältnisse zwingt daher die Herausgeber des Bandes zum Bekenntnis, dass es vorläufig nicht möglich sei, „to give a clear answer to the question about the advances and setbacks linked to the intensified discourses on minorities and the Council of Europe“ (S. 595).

Dessen ungeachtet ist die Publikation ein wichtiger und nützlicher Beitrag zum Minderheitenschutz und zur Minderheitenproblematik. Angesichts der systematischen Aufarbeitung und Darstellung der Thematik in den meisten der hier versammelten Aufsätze, die mit ausführlichen Anmerkungen versehen sind, kann man den Band auch als eine Art Handbuch benutzen. Zu monieren sind allerdings fehlende Karten sowie ein Sachregister, das sehr zu wünschen übrig lässt.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

**Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien,** hrsg. v. Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004, 284 S. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart. 2).

Wer hätte in den 70er Jahren, als die vielen Kritiker der Geschichtswissenschaft nicht zuletzt biografische Fragestellungen als ‚überholt‘ und ‚veraltet‘ abqualifizierten, gedacht, dass eben dieses Genre in vielfältiger Form, angefangen von Zeitzeugenaussagen in fragwürdigen Fernsehsendungen bis zu einer Flutwelle autobiografisch geprägter Familiengeschichten, ein unerwartetes Comeback feiern würde. Im Bereich des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft existieren inzwischen reichlich biografische Sammlungen

zu Militärs<sup>1</sup>, NSDAP-Funktionären<sup>2</sup> oder SS-Führern<sup>3</sup>. So war eigentlich zu erwarten, dass man sich auch den Tätern unter biographischen Gesichtspunkten zuwenden würde.<sup>4</sup> Die ‚Karrieren der Gewalt‘, die Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul jetzt vorlegen, sind dabei nicht die erste Veröffentlichung, die das Herausgeberduo zusammen betreut hat.<sup>5</sup>

Dabei ist die so genannte Täterforschung in den letzten Jahren verstärkt in den Mittelpunkt der Holocaust-Forschung gerückt; eine Entwicklung, zu der die Herausgeber dankenswerter Weise in ihrer Einleitung ausführlich Stellung beziehen (S. 1-32). So überzeugend die Begründung für den Ansatz ist, so unnötig ist die zwischen den Zeilen spürbare Absolutsetzung der eigenen These, die leicht zu Hybris wird, wenn z.B. soziologische Ansätze als „sozialpsychologische(s) Schwadronieren“ (S. 3) bezeichnet werden oder „Vertreter(n) der älteren Täterforschung“ attestiert wird, sie hätten „mit den neuen Ansätzen ihre Schwierigkeiten“ (S. 3). Wenn etwa Hans Mommsen darauf hinweist, dass man die weltanschaulichen Eliten nicht aus den Blick verlieren dürfe, wird diese Bemerkung den Herausgebern zum Beleg für „zwei traditionelle Deutungsmuster(n) der älteren NS-Forschung...: zum einen das überholte Exkulpationsbild, mit dem die Direkttäter als letztlich willenlose Objekte einer bei Hitler beginnenden Befehlskette ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen versuchten; zum anderen die Vorstellung, der Völkermord an den Juden lasse sich ausschließlich als Reflex der ‚oben‘ gefassten Beschlüsse verstehen“ (S. 4). Weswegen die Herausgeber glaubten, diese irritierende Überlegenheitspose gegenüber der ‚älteren‘ NS-Forschung einnehmen zu müssen, ist unverständlich; sie schwächt aber die ansonsten hochinteressante Einleitung („Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung“) in deutlicher Weise.

<sup>1</sup> Vgl. etwa: Die Militärelite des Dritten Reiches, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Berlin 1995; Hitlers militärische Elite. Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär. Darmstadt 1998; Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, hrsg. v. d. d. Darmstadt 1998.

<sup>2</sup> Vgl. etwa: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, hrsg. v. Ronald Smelser u. Rainer Zitelmann. Darmstadt 1989; Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, hrsg. v. Ronald Smelser, Enrico Syring u. Rainer Zitelmann. Darmstadt 1993.

<sup>3</sup> Vgl. etwa: Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Paderborn (u.a.) 2000.

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, hrsg. v. Gerhard Paul. Göttingen 2002.

<sup>5</sup> Vgl. u.a.: Die Gestapo. Mythos und Realität. Darmstadt 1995; Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa. Darmstadt 2000.

Bei aller Verschiedenheit der vitae, der Funktionen und des Ausmaßes der Beteiligung an Verbrechen versuchen die Herausgeber gewisse Typika der Karrieren aufzuzeigen. Auffällig ist in der Tat, dass viele Lebensgeschichten neben der Erfahrung des Ersten Weltkrieges (bei den älteren Jahrgängen) Bezugspunkte zu drei Erfahrungshorizonten aufweisen. „(...) die gewalttätigen und gewaltbereiten völkisch-nationalistischen Milieus der 1920er Jahre, das nationalsozialistische Binnenmilieu nach 1933 sowie das besondere terroristische Milieu im Generalgouvernement und den Reichskommissariaten im deutschen Osten“ (S. 10) bilden Schnittpunkte der Gewaltsozialisation vieler der vorgestellten Täter.

Insgesamt werden 23 Lebensläufe präsentiert, wobei natürlich die verschiedenen Sicherheitsorgane des ‚Dritten Reiches‘ prominent vertreten sind, doch finden auch zwei Wehrmachtsangehörige Erwähnung. Der Schwerpunkt der Tatorte liegt, wie nicht anders zu erwarten, in Osteuropa (Sowjetunion und Polen).

Die relativ knappen Beiträge (ca. sechs bis acht Seiten) decken den gesamten Lebenslauf ab, wobei die chronologisch-deskriptive Darstellung zwar dem einheitlichen Erscheinungsbild der einzelnen Abhandlungen dient, manchmal aber auch für den Leser ermüdend wirkt. Da fast alle Protagonisten den Krieg überlebten und meist nach 1945 zum Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wurden (was bei einer Veröffentlichung der Forschungsstelle Ludwigsburg nicht überraschen kann), lässt der Ansatz, die gesamte Lebensgeschichte auf wenigen Seiten vorzustellen, manchmal nur Raum zu reiner Deskription, ohne tiefergehende Überlegungen zu Persönlichkeit und Motivation anstellen zu können. Das ist schade, und manche Biografie endet gerade dort, wo für den Leser die Fragen eigentlich erst beginnen.

Der gleichförmige Aufbau macht es schwer, einzelne Beiträge besonders herauszuheben, weswegen die folgenden Beispiele als durchaus subjektive Auswahl verstanden werden sollten. Hannes Heer gelingt eine plastische Darstellung des Gustav Freiherr von Mauchenheim, gen. Bechtolsheim, der als Chef der im rückwärtigen Gebiet eingesetzten 707. Infanteriedivision durch seine Befehle zum Judenmord anstachelte und deswegen zu Recht als ein „Organisator des Holocaust“ bezeichnet wird (S. 33-46). Gegenüber dem antisemitischen Überzeugungstäter von Bechtolsheim repräsentiert der von Ruth Bettina Birn porträtierte Heinrich Bergmann den Typus des ‚gewissenhaften‘ deutschen Beamten, der auch nach 1945 keine Schuld zu erkennen vermochte, obwohl er es in Riga zum Leiter der

Gestapo gebracht hatte (S. 47-55). Im Gegensatz zu Bergmann ist Oskar Dirlewanger, dessen SS-Karriere auch durch Alkoholmissbrauch und sexuellen Sadismus nicht gestoppt wurde, als Exzesstäter anzusehen, der seine Verbrechen auch aus persönlicher Lust verübte, wie Knut Stang aufzeigt (S. 66-75). Ähnlich wie Dirlewanger bekam auch Curt von Gottberg, der mit fragwürdigen Transaktionen als Chef des Siedlungsamtes im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS seine Unfähigkeit als Verwaltungschef unter Beweis gestellt hatte, im Rahmen des Osteinsatzes eine zweite Chance, die ihn schließlich nicht nur zum Höheren SS- und Polizeiführer Mitte und Generalkommissar in Minsk, sondern auch zu einem Massenmörder werden ließ (Peter Klein, S. 95-103). Neben eher unbekanntem Tätern wie Walter Nord (Martin Hölz, S. 166-175), der als Angehöriger eines Polizeibataillons in der Sowjetunion mordete, finden sich mit Christian Wirth, dem ‚Inspekteur der Vernichtungslager‘ (Volker Rieß, S. 239-251), oder Heinz Seetzen, dem Chef des Sonderkommandos 10a der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD (Lawrence D. Stokes, S. 196-206), der Zeitgeschichte seit langem bekannte Täter in den Lebensläufen.

Die Bandbreite der hier nur angedeuteten verschiedenen Motivationen und Lebensgeschichten macht den Wert des Bandes aus: „(...) wird sich die Einschätzung des gesamten Vernichtungsvorgangs verändern, wird er noch weit stärker als offener Prozeß wahrgenommen werden, als von der Peripherie her sich radikalisiertes Projekt, als Summe situativ begründeter Einzelgeschehen und als Resultat völlig verschiedener Tätergruppen (...) Die breite Streuung der Verantwortung, nicht die einlinige Befehlskette von ‚oben‘ nach ‚unten‘ wird darum zum Signum des Vernichtungsprozesses werden.“ (S. 23)

Dennoch bleibt fraglich, weswegen die Herausgeber meinen, den einzigen archimedischen Punkt zur Erklärung und zum Verständnis des Holocaust gefunden zu haben. Ihre Selbstgewissheit wird immer wieder deutlich: „Es wird nichts übrigbleiben von jener klinischen, gewaltminimierenden Perspektive, die jahrzehntelang als Passepartout des Vernichtungsprozesses diente, ihn als bürokratisch, industriell und anonym erscheinen lassen wollte. Neben der Derealisation der Tat wird auch die Depersonalisierung der Täter beendet werden...“ (S. 23). Diesen Formulierungen, die der ‚älteren‘ Forschung fast schon eine apologetischen Tendenz unterstellen, vermag sich der Rezensent nicht anzuschließen. Der Holocaust war sowohl bürokratisch-industriell organisierter, anonymisierter Genozid, wofür Auschwitz als Symbol steht, als auch brutaler, unmenschlicher direkter Mord

durch eine zahlenmäßig durchaus nicht geringe Zahl von Tätern. Warum sollte die eine Art der ‚Endlösung‘ die andere ausschließen, zumal die ‚Morderfahrungen‘ in der Sowjetunion ja erst den Weg zu den Vernichtungslagern und dem Massenmord durch Gas eröffneten?

Insofern hätte der Verzicht auf die völlig unnötige Selbstanpreisung dem vorliegenden Band sicherlich gut getan. Und schließlich ist, nachdem in den letzten Jahren sehr viele biografisch ausgerichtete Publikationen zum ‚Dritten Reich‘ erschienen sind, auch die grundsätzliche Frage zu stellen, ob das Genre nicht inzwischen weitgehend abgedeckt ist.

Joachim Tauber, Lüneburg

**Klaus Kellmann, Stalin. Eine Biographie. Darmstadt: Primus Verlag 2005, 351 S.**

Auch die dem biografischen Zugang zur Geschichte derzeit so gewogenen Zeitläufte rechtfertigen eine neue Biografie über den sowjetischen Diktator nicht von selbst: seit Isaac Deutscher<sup>1</sup> haben sich viele Autoren des Georgiers angenommen. Weswegen also noch einmal das Leben von ‚Koba‘ für den deutschen Leser? Dem Autor geht es darum, „Politik, Person und Verbrechen des georgischen Diktators auf der Basis der seit der Zeitenwende von 1990/91 publizierten, analysierten und interpretierten jüngeren und jüngsten Quellenzeugnisse aus Moskauer Archiven im Gesamtzusammenhang der russischen, sowjetrussischen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts in der Form und im Stil des biographischen Essays griffig und lesbar darzustellen“ (S. 7). Kellmann sieht den Leserkreis seines ‚Stalin‘ daher auch vor allem im Bereich der politischen Bildung und bei historisch interessierten Menschen jeden Alters.

Der Autor folgt den geläufigen Vorgaben einer klassischen Biografie, die sich vor allem in der chronologischen Ordnung und den thematischen Schwerpunkten ‚Leben und Werk‘ abzeichnen. Insofern ist das erste Kapitel wie zu erwarten mit „Priesterzögling“ (S. 9-12) überschrieben und bietet den klassischen Kanon jeder Stalinbiografie. Weiter geht es in der Vita, in der erstmals eine Schilderung des Ausse-

---

<sup>1</sup> Vgl. etwa Isaac Deutscher, Stalin – a Political Biography. New York (u.a.) 1949.

hens der kleingewachsenen Hauptfigur (1,65 m) folgt: „Die wuchtige, pechschwarze Mähne, der dicht gewachsene Schnauzer, die ebenso hellwachen wie hinterlistigen Augen konnten die ‚Mängel‘ in seiner äußeren Erscheinung freilich kaum korrigieren.“ (S. 17) Spätestens bei dieser Passage fragt man sich, ob es zum Prinzip einer ‚griffigen‘ und ‚lesbaren‘ Darstellung oder gar zum ‚Stil des biographischen Essays‘ zwingend gehört, die ‚hinterlistigen‘ Augen des Protagonisten zu erwähnen. Und so überrascht es auch nicht, dass die berühmte Reise Lenins nach Russland wieder einmal in einem verplombten Waggon stattfindet, wobei auf deutscher Seite zudem fälschlicherweise Wilhelm II. als eigentlicher Akteur der Aktion bezeichnet wird (S. 35).

So schreibt sich Kellmann durch das Leben von Stalin: immer fixiert auf individuelle Details, Anekdoten (meist unbelegt oder unbelegbar) und bekannte Ereignisse. Nirgends wird auch nur versucht, den Diktator in sein Umfeld und die Strukturen der Sowjetunion einzuordnen; nirgends auch nur der Ansatz, über das als Stalinismus bekannt gewordene Herrschaftssystem unter sozialgeschichtlichen oder generationsspezifischen Fragestellungen zu schreiben, die Trägerschichten zu benennen oder die soziale Dynamik anzusprechen. Dagegen wird kein Klischee ausgelassen, das man in der ein oder anderen Form bereits gehört hat: das Double auf den Fahrten zur Datscha (S. 249) zählt ebenso dazu wie eine angebliche Bemerkung Stalins nach dem Tod seiner ersten Frau im Jahre 1907: „Dieses Geschöpf hat mein steinernes Herz erweichen können. Nun ist sie tot, und mit ihr sind meine letzten warmen Gefühle für alle menschlichen Wesen gestorben.“ (S. 23)

Nach dem Tod des Diktators (S. 260-263), bei dessen Schilderung Kellmann noch einmal ein Beispiel bietet, was er unter einer ‚griffigen und lesbaren‘ Darstellung versteht, widmet sich der Autor der sowjetischen Geschichte bis zum Ende der Sowjetunion unter Gorbatschow (S. 269-286), ohne den Bezug zu seinem Thema wirklich klarmachen zu können. Spätestens die Passagen über die 90er Jahre und den heutigen russischen Präsidenten haben mit dem eigentlichen Thema überhaupt nichts mehr oder nur am Rande zu tun und lesen sich, als ob sie aus einem anderen Buch stammen würden (S. 287-303).

Dazu mangelt es an handwerklicher Präzision: Großbritannien garantierte, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, 1939 eben nicht, wie Kellmann meint, die Grenzen Polens, sondern die Existenz eines souveränen polnischen Staates, was vor dem Hintergrund der deutschen Forderungen einen entscheidenden Unterschied bedeutet (S. 223).



Abschließend bleibt festzuhalten, dass das Vorhaben von Kellmann umfassend gescheitert ist: Von einer modernen Biografie im Stile etwa der von Ian Kershaw zu Stalins Gegenspieler<sup>2</sup> ist nichts zu erkennen. Insofern erscheint es besonders bedenklich, dass Kellmann ausgerechnet im politischen Bildungsbereich seine Leserschaft sucht.

Joachim Tauber, Lüneburg

**Litauen 1941 und 2001. Auf den Spuren des SS-Massenmörders Karl Jäger. Erlebnisberichte von Freiburger Schülern und Studenten, hrsg. v. Wolfram Wette u. Detlev Hoffmann. Bremen: Donat Verlag 2002, 178 S.**

Im Sommer 2001 begibt sich eine Gruppe von Studentinnen und Studenten des Historischen Seminars der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie Schülerinnen und Schüler eines Seminarkurses des Freiburger Rotteck-Gymnasiums gemeinsam auf den Weg nach Litauen. Im vorangegangenen Schul- und Studienjahr haben sie sich mit der Biografie des SS-Standartenführers Karl Jäger auseinandergesetzt, der im Jahr 1941 in Litauen die Verantwortung für die Ermordung von 130 000 Juden trug. Während einer neuntägigen Exkursion durch Litauen sprechen die Teilnehmer mit Überlebenden des Holocausts, mit litauischen Historikern und mit Schülern. Sie besuchen die Orte, an denen sich in Wilna und Kaunas die Ghettos der NS-Zeit befanden, sie suchen die Gedenkstätten in Paneriai und im IX. Fort in Kaunas auf. Die anschließend verfassten Erlebnisberichte der 30 Schüler und Studenten bilden den Hauptteil des Bandes. Ergänzt werden sie durch Fotos und Dokumente der Reise und deren inhaltlicher Vorbereitung.

Vorausgeschickt sei, dass solche Exkursionen generell einen hohen Wert für die Beteiligten haben. Es wäre wünschenswert, dass sich noch mehr Gruppen auf eine derart fundierte Reise in die neuen Staaten der Europäischen Union begeben würden. Doch sind Unternehmen dieser Art vielerlei Schwierigkeiten (vor allem in Verständ-

---

<sup>2</sup> Ian Kershaw, Hitler. 1889–1936: Hybris. London/New York 1998; ders., Hitler. 1936–1945: Nemesis. London (u.a.) 2000.

nisfragen nicht nur sprachlicher Art) ausgesetzt. Einige davon lassen sich anhand der vorliegenden Publikation aufzeigen:

Die Veröffentlichung ist augenscheinlich aus den internen Berichten der Teilnehmer für die Stiftung „Erinnerung“, die Robert Bosch Stiftung und die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung entstanden, die durch ihre Zuwendungen die Exkursion ermöglicht haben. Einerseits bietet der Band ein interessantes Projekt, das durchaus von anderen Jugendlichen (vielleicht auch in etwas anderem Rahmen und mit einem anderen Bezugsland) adaptiert werden könnte. Andererseits muss man mit vielen Informationen vorsichtig umgehen. Die Berichte stellen eine gewisse „Momentaufnahme“ dar, bilden die Konfrontation ab, die auf der Basis des erworbenen Wissens mit Zeitzeugen und Tatorten erfolgt, sie geben aber keine gesicherten historischen Erkenntnisse wieder und sind höchstwahrscheinlich in erster Linie auch nicht für eine Buchpublikation verfasst, sondern nur „weiterverwendet“ worden.

Die sehr heterogene Sammlung von zum Teil äußerst emotionalen Berichten sperrt sich geradezu gegen eine Rezension. Die Präsentation von Gefühlen und Befindlichkeiten, diese Sammlung von Schilderungen, die von äußeren Umständen der Fahrt (z.B. der gestohlenen Klimaanlage) bis hin zu den Fragen an die Zeitzeugen reichen, sollte eher für sich sprechen als besprochen zu werden. Diskussionsstoff bietet jedoch das dargestellte Projekt – die Exkursion sowie einige Aspekte ihrer Darstellung in dem vorliegenden Band. Entgegen dem selbst gestellten Programm, dass „für die deutschen Teilnehmer der Bezug zur Gegenwart nicht nur durch die Rezeption des Holocausts in Deutschland und Litauen, sondern auch durch die Aufnahme aktueller Informationen hergestellt werden“ sollte (S. 24), geht das Reiseprogramm selten über die Illustration des in der Vorbereitung erworbenen Wissens hinaus, sondern bleibt vielfach in der Abbildung der behandelten Seminar- und Kursthemen stecken. Das lässt sich u.a. an folgenden Fakten feststellen:

Zu den Kernpunkten des Reiseprogramms gehören die Begegnungen mit den Zeitzeugen Tobias Jafetas (Vorsitzender des Bundes der ehemaligen Ghetto- und KZ-Häftlinge in Litauen), Fania Brancovskaja (Überlebende des Wilnaer Ghettos, Partisanin), Fruma Kučinskienė und weiteren. Frau Brancovskaja ist für viele der Exkursionsteilnehmer *die* Schlüsselfigur des Reiseprogramms, und wer sie einmal in Wilna erlebt hat, weiß um ihre Authentizität und Ausstrahlungskraft. Interessant ist aber, dass in den vorliegenden Berichten der Schüler und Studenten Frau Brancovskajas Leben als Jüdin nach dem

Holocaust in Sowjetlitauen und ihre spezielle Motivation, jetzt im hohen Alter als Zeitzeugin im Museum zu arbeiten, nicht thematisiert werden, vielleicht auch gar nicht nachgefragt wurden. Dabei würden gerade diese Aspekte viel zum Begreifen des gesamten komplexen Problems „Litauen und der Judenmord“ beitragen. Die Darstellung einer jüdischen Biografie *nach* dem Holocaust in Litauen würde zahlreiche Hinweise darauf geben, warum dieses Thema heute noch so wenig aufgearbeitet ist.

Es wird von den deutschen Besuchern festgestellt, dass der Holocaust „ein breites gesellschaftliches Tabu“ ist (S. 150), doch die weitergehende Frage, wie es zu dieser Tabuisierung kommen konnte, fehlt in dem Band völlig, da die Frage der Interdependenzen von nationalsozialistischen Verbrechen und deren einseitiger, stark politisierter Erinnerung in der sowjetischen Besatzungszeit augenscheinlich in der Vorbereitung nicht problematisiert wurde.

Kompetente Gesprächspartner finden die Exkursionsteilnehmer u. a. in den Historikern Liudas Truska und Arūnas Bubnys (beide Mitglieder der Internationalen Kommission zur Erforschung nationalsozialistischer und sowjetischer Verbrechen in Litauen) sowie in dem Schriftsteller Markas Zingeris (leitend in der Kommission tätig). Letzterer wird mit der Forderung zitiert: „Unsere Kommissionsarbeit muss (...) über die akademische Auseinandersetzung hinaus gehen“ (S. 150). Die Arbeit geht auch darüber hinaus, aber zu diesem Thema hat die Besuchergruppe anscheinend nichts erfahren (oder auch nicht nachgefragt). Bereits zu dem Zeitpunkt der Exkursion läuft das litauische Bildungsprojekt, „Die jüdischen Nachbarn meiner Groß- und Urgroßeltern“, u. a. initiiert von der Kommission sowie der litauischen Stiftung „Švietimo kaitos fondas“ (Foundation for Educational Change), an dem sich bis Ende 2005 über 100 Schulen erfolgreich beteiligt haben und deren Ergebnisse inzwischen in zwei Publikationen vorliegen.<sup>1</sup>

Ein anberaumtes Treffen mit litauischen Schülern in Šiauliai, das für die Gruppe eher unbefriedigend verläuft (siehe S. 67: „Wer ein offenes Gespräch mit den Schülern sowie mit ebenfalls anwesenden ehemaligen litauischen Partisanen erwartet hatte, wurde enttäuscht. Geboten wurde ein straff durchorganisiertes Programm, ähnlich einer ‚FDJ‘-Veranstaltung.“), hätte mit anderen Gesprächspartnern aus dem erwähnten Projekt wohl andere Perspektiven gehabt.

---

<sup>1</sup> <http://www.shoah.smm.lt/Pub/default.aspx?Page=EN>.

Mehrfach wird in Berichten „der Ausschluss der litauischen Öffentlichkeit“ (S. 64 u. 65) an Veranstaltungen der deutschen Gruppe mit litauischen Vertretern bzw. jüdischen Zeitzeugen beklagt. Welche Erwartungshaltung lag hier vor und wie hat man versucht, sie zu erfüllen? Wenn Deutsche gerade in den 90er Jahren in Litauen mit Litauern über deren Verhältnis zum Judenmord und den Anteil der Kollaboration diskutieren wollten, schlug ihnen häufig das Argument entgegen, dass man ja nur den Anteil der eigenen Täterschaft verringern wolle, wenn man die Litauer in die Diskussion und die Verantwortung miteinbeziehe.<sup>2</sup> Insofern ist das Thema sensibel, aber nicht unmöglich, wie andere Veranstaltungen mit deutschen Institutionen vor Ort zeigen.

Es gibt in Litauen (und gab sie auch schon 2001) Initiativen zur Aufarbeitung des jüdisch-litauischen Verhältnisses wie z.B. „Atminties namai“ (Häuser der Erinnerung) und auch zahlreiche lokale Aktivitäten. Auch im Jahr 2001 waren Angehörige jüdischer Institutionen und Zeitzeugen (u.a. der in dem Band erwähnte Leiba Lipšic), mit denen auch die Gruppe auf ihrer Exkursion zusammentraf, innerhalb solcher Aufarbeitungsprojekte engagiert. Gespräche mit einem Vertreter dieser NGO oder mit jungen litauischen Historikern, die sich in ihren Qualifikationsarbeiten mit dem Holocaust in ihrer Region beschäftigt haben, wie Ruta Puišytė,<sup>3</sup> hätten viele weitergehende Fragen beantworten können. Natürlich ist die Zeit einer Exkursion äußerst beschränkt und kann nie alle gesteckten Ziele in Gänze erfüllen, insofern ist der gesetzte Schwerpunkt auf der Begegnung mit den Zeitzeugen völlig richtig. Doch sollte auch reflektiert werden, dass es Nuancen gibt, wie sich Litauer und litauische Staatsbürger, Zeitzeugen verschiedener Epochen gegenüber einem ausländischen oder inländischen Publikum präsentieren.

Es stellt sich die Frage, für welche Zielgruppe die vorliegende Publikation bestimmt ist? Zur Vervollständigung des Geschichtsbildes von Litauen kann sie aufgrund des Mangels an gesicherten Fakten kaum dienen, als Muster für ähnliche Vorhaben müsste sie weitergehende Diskussionsansätze deutlicher ausformulieren: Welchen Wissensstand haben Litauer verschiedener Schichten – Schüler, Studenten bis hin zur Rentnergeneration – heute über den Holocaust in ihrem Land?

---

<sup>2</sup> Die Rezensentin hat mehrere unterschiedliche Exkursionsgruppen (deutsche und deutsch-litauisch-polnische) in den Jahren 1992–2001 zum Thema jüdische Geschichte durch Litauen und Lettland begleitet.

<sup>3</sup> Die englische Fassung ihrer Arbeit ist abrufbar: <http://www.shtetlinks.jewishgen.org/Yurburg/bathesis.html>.

Welche jüdischen Stereotype behindern in Litauen die Aufarbeitung des Holocausts? Wie kam es zu deren Ausformung? Was haben litauische Institutionen bis heute zur Aufarbeitung geleistet?

Die Lektüre wird zusätzlich durch diverse Äußerlichkeiten erschwert. Die Schreibung der litauischen Namen ist sehr uneinheitlich. Schreibweisen nach dem Gehör stehen neben Namen, mal mit, mal ohne diakritische Zeichen. Aber auch Zahlen und Fakten, die sich eindeutig hätten überprüfen lassen, werden schludrig dargeboten. Ist die Internationale Kommission zur Aufarbeitung der Verbrechen während der nationalsozialistischen und sowjetischen Besatzungszeit in Litauen 1997 (S. 94) eingesetzt worden oder 1998 (S. 65)? Welcher litauische Staatsbesuch in Israel rief so viel Unmut in Litauen hervor? War es der des Präsidenten Adamkus 1999 (S. 149) oder der des Ministerpräsidenten Brazauskas 2000 (S. 164)?<sup>4</sup>

Das Projekt gilt in der Eigenbeschreibung als ambitioniert (S. 63), der Publikation hätten etwas mehr Ambitionen durchaus gut zu Gesicht gestanden.

Ruth Leiserowitz, Berlin

---

<sup>4</sup> Es war der Besuch des damaligen Präsidenten Brazauskas im März 1995!

**Mažosios Lietuvos enciklopedija. Bd. II: Kas – Maž [Kleinlitauische Enzyklopädie, MLE]. Vilnius: Mokslo ir Enciklopedijų Institutas 2003, 843 S., ill.**

Zentrale Themenkomplexe des zweiten Bandes der Enzyklopädie sind für deutsche Historiker die Stadt Klaipėda/Memel, das Memelgebiet (MG) – weiter gefasst: die im litauischen Sprachgebrauch als „Kleinlitauen“ bezeichnete Region von Nimmersatt bis Königsberg bzw. den Pregel, Gumbinnen und Tilsit (S. 761 ff.) ehemals preußischer, 1871–1945 deutscher Staatlichkeit, evangelischer Prägung sowie die spezifische Lebenswelt des baltischstämmigen Bevölkerungsteils in dieser Region. Das größte Verdienst (insbesondere des Autors und Redakteurs Martynas Purvinas) liegt in der Sammlung ethnografischer Information und über die Literatur mehrerer Länder weit verstreuter Miscellen, dokumentarischer Kultur-Konservierung von Ortsge-

schichte, Gemeinschafts- und Wirtschaftsformen, Lebensart,<sup>1</sup> speziell auch Kirchengeschichte, von spezifischen Biografie-Typen (z.B. der kleinlitauisch-evangelischen Prediger, Missionare usw.). Der Band ist grafisch ansprechend und reich bebildert; einige deutsche Autoren waren beteiligt. Die eindrucksvolle enzyklopädische Leistung würde eine Übersetzung rechtfertigen; zumal ein vergleichbar umfassendes Werk deutscherseits kaum noch zu erwarten ist.

Um welche Kultur geht es und welcher Hintergrund verbindet sich damit? Der ethnische Interessenschwerpunkt der Enzyklopädie bedeutet entsprechend der ostpreußischen Sozialstruktur des 18./19. Jahrhunderts die Dokumentation dörflicher Lebensformen, plus staatspolitisch-administrativer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenfakten („offizielle Kultur“), welche die Entfaltungsbedingungen der thematisierten Bevölkerung in Kontrast zu anderen Ethnien prägten und welche auf Grundlage dieser Wechselbeziehung bewertet werden. Die deutsch geprägten Städte – Königsberg, Tilsit, Memel – und ihr dominantes Bürgertum, ihre Intelligenzschicht, ihre Institutionen usw. erscheinen nun einerseits aus der Perspektive baltisch- und litauischstämmiger Landbevölkerung als Entfaltungsraum für kleinlitauische Kulturleistung (Bildung, Bücherwesen S. 243 ff. nehmen viel Raum in der MLE ein), andererseits als Assimilationsbedrohung. Dieses Spannungsverhältnis prägt die Darstellung.

In die sehr informativen Einträge wird überdies konsequent eine politische und kulturelle Unterdrückungsgeschichte des Balten- bzw. Kleinlitauertums eingewoben, welche sich in akquisitiver Identitäts-Gleichsetzung in Legitimität des politischen Nationallitauertums vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute verwandelt.<sup>2</sup> Die Kolonisation nach der „Großen Pest“ des frühen 18. Jahrhunderts bzw. die Reichseinigung 1871 hätten als Anomalien den als urlitauisch beanspruchten Charakter Nord-Ostpreußens abgelöst, könnten aber die Legitimitäten der als Proto-Kleinlitauer verstandenen Urbevölkerung nicht berühren. Zum Rollenmodell heroisiert wird als authentisch-exklusiver Legitimitätsträger der ethno-politisch ‚bewusste‘ (susipratęs lietuvinkas), nach litauischer Staatlichkeit strebende Kleinlitauer:

<sup>1</sup> Etwa die Dünenbewohner (S. 289), den Schmuggel (S. 283). Über die wissenschaftlich-planmäßige Aufforstung der Kurischen Nehrung (S. 290) noch im 19. Jahrhundert existieren in Litauen gründlichere Kenntnisse, als die MLE verzeichnet: Jurgis Bučas, Kuršių Nerijos nacionalinis parkas [Der Nationalpark Kurische Nehrung]. Vilnius 2001.

<sup>2</sup> Hier zeigt sich besonders die Handschrift des Autors A. Matulevičius. Kritische Perioden verschärften ethnischen Konflikts sind für die MLE die Ordenszeit, die Reichsgründung 1871 und das frühe 20. Jahrhundert.

Dieser interessiert. Die kleinlitauische Perspektive prägt und gibt Teilen des Werkes eine deutliche Tendenz. Die Implikationen sind interessant, denn die Beiträge identifizieren sich eng mit der litauischen Zwischenkriegspolitik und deren ideologischen Konstrukten. Es entsteht durch freie Lituanisierung baltischer Orts- und Personennamen der Eindruck öffentlich vorherrschender litauischer Kultur in den Landstädten bis an den Pregel, welche thematisiert und mit der – eigentlich ein anderes Thema – „kleinlitauischen“ politischen Richtung verknüpft wird, welcher im Umfeld der Versailler Territorialverfügungen (1919) breiterer Rückhalt fehlte.

Diese Darstellungs-Brüche bezeugen kontroverse Anforderungen an die MLE, erzeugen inhaltliche Spannung zwischen dokumentarischem Anliegen und geschichtspolitischen Intentionen. Einem Feindbild sowjetischer Kulturzerstörung (De-Legitimation) wird „Kulturbewahrung“ gegenübergestellt; der historische Kulturzusammenhang wird nun amorph (das „Alte“ wird „das Eigene“) für das Litauertum vereinnahmt – die deutsche öffentliche Prägung löst sich in Unkenntlichkeit auf. Akribisch werden auf mehreren Ebenen (ethnografisch – historisch – moralisch) Legitimitätsketten kompiliert.

So dokumentiert die MLE vorwiegend litauisches Kulturleben; die Würdigung der enormen Kompilationsleistung kann hier nur verkürzt erfolgen. Für die Zwischenkriegszeit des Memelgebiets füllen die Statistiken, meist aus offizieller Quelle, eine in Fachbibliotheken spürbare Lücke, welcher deutsche Veröffentlichungen nicht gerecht werden können. Sie schaffen das Faktengerüst eines oft beschriebenen Lebensgefühls. Wichtig ist auch die Geschichte der Umsiedlungen und der sowjetischen Neubesiedlung sowohl des Memelgebiets (S. 197 ff.) als auch Ostpreußens. Kontrovers an dem wegen seiner ethnokulturellen Sammeltätigkeit, der Beifügung von Übersichten, Amtsdaten, Beiträgen zu Presse, Schule (Autor Juška), Wirtschaft (Autor Žukas, ferner S. 215-226), Landwirtschaft (S. 501-508, Güterliste S. 215), aber auch zu Details wie der zwischenstaatlichen Pensionsregelung (S. 285), der Tätigkeit des Litauischen Konsulats in Königsberg (S. 279 f.), statistischen Beiträgen und Datenmaterial gerade über das Memelgebiet der Zwischenkriegszeit<sup>3</sup> (S. 172-181, 190 f.)

---

<sup>3</sup> Die für die Zwischenkriegszeit angeführten Memeler demografischen Daten stammen überwiegend aus R. Valsonokas, *Klaipėdos problema* [Das Memelproblem]. Kaunas 1932; Nachdruck Vilnius 1989, welches mit dem problematischen „ethnografischen Prinzip“ der Tautininkai-Doktrin operiert. Aus (Zensus 1925) 26,6% bekennenden Litauern und 24,2% ‚Memelländern‘ wird der ‚korrigierte‘ Wert von 50,8% Litauern – eine die zentralstaatliche Lituanisierungspolitik legitimierende Mehrheit. Mit größter Wahrscheinlichkeit

unentbehrlichen Werk bleibt aber die Verquickung von neutraler Informationspräsentation mit dem „kleinlitauischen“ historisch-politischen Gegenentwurf, welcher besonders in historischen Beiträgen zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchschlägt.

Dem enzyklopädischen Kulturdenkmal wächst eine monoethnische Interpretation der polyethnischen Vergangenheit in einem Raum und eine nachträgliche Hermetisierung problematischer Geschichtsversionen zu – plus der originelle Versuch, in dem Gegner abgesprochene Legitimitäten hineinzuwachsen. Das Werk ist, wie Arthur Hermann formulierte, ein Zwitter, nämlich von höchst eindrucksvoller ethnografisch-kultureller Systematisierungsleistung einerseits und Gedächtnis-Fixierung von aus Historikersicht bedenklich panlitauisch politisierten Deutungen andererseits.<sup>4</sup> Es dient zwei ideellen Herren und reflektiert in seinen Inkonsistenzen den Generationenübergang über die Erlebnis- und Aktivistengeneration hinaus. Diese Verbindung macht Teile des Werks nicht leicht verdaulich.

In der ethno-historischen Präsentation litauisch-deutscher Vergangenheit, was territorial-politische Aspirationen in Richtung Kalinin-grader Gebiet implizit einschließt, reflektiert die MLE in zentralen Beiträgen eine „kleinlitauische Fraktion“, welche dem „Rat für die Angelegenheiten Kleinlitauens“ in Vilnius (S. 816) nahesteht und deren Sichtweise in der transatlantischen Emigration Fürsprecher findet. Organ der Emigration ist der „Mažosios Lietuvos Fondas“ (Kleinlitauische Fonds) der Kleinlitauer aus Ostpreußen und dem Memelgebiet, welcher das „Denkmal dieser praktisch untergegangenen Kultur und Volksgruppe“ herausgibt und finanziert (plus geringere Zuschüsse des litauischen Staates).

Ein solches Denkmal war überfällig, erscheint die litauische Bevölkerungsgruppe in Ostpreußen in deutschen Darstellungen eher als Marginalie. Folglich muss das Werk am Anspruch abschließender Kulturdokumentation gemessen werden, und dieser eigene kleinlitauische Anspruch wird weitgehend überzeugend eingelöst, ungeachtet ideologisch bedingter Qualitätsunterschiede zwischen einzelnen Beiträgen. Für den transatlantischen Hintergrund steht der Hauptherausgeber Vilius Pėteraitis, dessen Veröffentlichungen auch das „klein-

---

war Valsonokas' Werk eine politische Auftragsarbeit; es wurde 1989 im Umfeld litauisch-sowjetischer Dispute um die Zugehörigkeit des früheren Memelgebiets in einer Auflage von 100 000 Exemplaren nachgedruckt. Valsonokas und Žostautaitė (1982, 1992) bilden die populärsten Darstellungen in Litauen zum Memelgebiet der Zwischenkriegszeit.

<sup>4</sup> Rezension von A. Hermann in: *Annaberger Annalen* (2004), Nr. 12, S. 236 f.



litauische Anliegen“ umreißen.<sup>5</sup> Die spezifisch politisierte Sichtweise dieses Anliegens beherrscht bei weitem nicht das gesamte, thematisch weiter und ideell offener gefasste Werk, doch hinterlässt sie eine klare Prägung (z.B. Beiträge von A. Gliožaitis zur politischen Entwicklung des Memelgebiets im 20. Jahrhundert, S. 181-199).

Damit sind einige ideelle Leitlinien und Frontstellungen plus eine inkorporative Unschärfe, was nun kleinlitauisch sei, klar erkennbar. Es handelt sich um eine romantisierende Legitimierung gegen die herkömmlichen Staatlichkeits-Traditionen der jeweiligen „Aggressoren-Okkupanten“, welche sich politisch auf die ‚Tilsiter Akte‘ des Jahres 1918, historisch aber auf eine baltische Urbevölkerung der Vor-Ordenszeit zurückführen will, deren Überreste und moralische Widerstands-Legitimitäten letztendlich im litauischen Volkstum als einer Art baltischer Fürsorge-Macht aufgegangen seien.

Erwartungsgemäß wird der Ost-Expansionsdrang des Deutschen Ordens (hochinformativ, S. 337-345) verurteilt, die Ausdehnungsbestrebungen des Großfürstentums Litauen in preußisch-baltische Stammeslande aber als Befreiungsmision dargestellt; mit Respekt betrachtet wird die Organisationsleistung des Ordens, Preußens und des Kaiserreichs. In dieser Argumentation schält sich eine behauptete Identität altpreußischer und litauischer politischer Ziele seit dem Mittelalter heraus. Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Tradition überzeitlich denkt sowie institutionalisierten und verrechtlichten Legitimitäten anderer Gruppen und Staaten mindere Bedeutung beimisst.

Der geografische Terminus „Mažoji Lietuva“ (Kleinlitauen) wird als Kulturraum gelegentlich mit staatsrechtlichem Bedeutungs-Beiklang verwandt, wobei der litauischstämmigen Bevölkerungsgruppe herausgehobene politische Legitimität gegenüber anderen Gruppen zugesprochen wird, welche in rigide Interpretationsmuster führt. Die im Zusammenhang Kleinlitauens stets wichtige Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird nicht nach demokratischen Grundsätzen ausgelegt.<sup>6</sup> So wird (Autor Gliožaitis) z.B. der „Tilsiter Akte“ von

<sup>5</sup> Vgl. auch Vilius Pėteraitis, Jurgis Reisgys, Jonas Stiklorius, *Mažosios Lietuvos garbinga praeitis, liūdna dabartis ir neaiški praeitis. Lietuvininkai kalbėjo. Tekalba, bet nebekalbės. Antroji knyga* [Die ehrenvolle Vergangenheit Kleinlitauens, seine traurige Gegenwart und unklare Zukunft. Die Lietuvininkai sprachen, sprechen noch, doch werden sie nicht mehr sprechen]. Romuna 2003.

<sup>6</sup> Beispielsweise wird in den Einträgen zur Zwischenkriegszeit im Memelgebiet die Idee eines Volksentscheids der betroffenen Bevölkerung (Freistaat-Bestrebungen etc.) nicht erwähnt: Relevant sind den Autoren die ‚Akte von Tilsit‘ (1918) und die ‚Erklärung von Šilutė‘ (1923). Legitimiert wird der ‚Memelaufstand‘ durch den Umstand, dass die damalige li-

1918, welche den staatlichen Zusammenschluss aller ethnisch litauischen Gebiete forderte, der Status einer Unabhängigkeitserklärung zugesprochen – und diese implizit als staatsrechtlich relevantes Dokument behandelt, dessen Verwirklichung in Nordostpreußen 1919 nur in Teilen gelungen sei und ein Imperativ bleibe. Dies ist insofern problematisch, als a) weder von einem exklusiv mehrheitlichen (1919) litauischen Kulturraum gesprochen werden kann noch b) die überwiegende politische Orientierung der Litauischstämmigen mit der Muttersprache zusammenfiel.

Diese Wertungen sind in weiten Teilen den ideologischen Konstrukten der Tautininkai-Zeit analog. Die Qualität der Versailler Ordnung als neue alliierte Ordnung kommt nicht zur Geltung; diese Zäsur wird in auf das Litauertum bezogenen idealistisch-moralischen Kategorien bewertet. Es resultiert z.B. eine teils voreingenommene Bewertung politischer Vorgänge im Memelgebiet 1923–1939, welche von litauischer Seite (V. Zalys 1993, V. Vareikis über den „Memelaufstand“) belegten Sachverhalten widerspricht (S. 181 ff.). Immerhin wird eine realistischere Sichtweise dem Leser inzwischen zur Wahl angeboten.<sup>7</sup> Diese ausgeprägte Hermetik steht unter einem politisierten Primat, welcher die Idee der Selbstbestimmung der aktuellen Mehrheit (nach 1919) systematisch umgeht und bagatellisiert, wo sie Willensäußerungen des „falschen“ Ethnos betrifft.

Diese Defizite geben dem bedeutenden Werk bisweilen den Beigeschmack von retrospektiver Ersatz-Satisfaktion. Eine kritische Distanz zum autoritären Smetona-Staat bleibt aus; dessen Legitimitätskonstrukte und national-moralische Wertungen werden häufig übernommen. So fehlt z.B. eine objektive Würdigung der Politik des Gouverneurs Navakas (1934) (S. 191); die Auswirkungen des Kriegrechts und der Militärzensur auf das Autonomieregime fehlen. Ein fundierter Überblicks-Eintrag zur europäischen Politik der 30er Jahre könnte die Perspektive auf den Memelkomplex positiv ergänzen – das traditionelle Interpretationsmuster aber ggf. sprengen. Folglich wird z.B. der facettenreiche Prozess von Kaunas (1934/35) zu einer Art Vor-Nürnberg, ein bewaffnetes NS-Aufstandsvorhaben (1934) gilt als unzweifelhaft erwiesen usw.

---

tauische Propaganda 60% Zustimmung beanspruchte und „es keinen massenhaften Widerstand“ im Gebiet gegeben habe.

<sup>7</sup> Häufig findet sich z.B. die tatsachenwidrige Formulierung: „Nachdem sich das Memelgebiet mit der Republik Litauen vereinigte (prisijungus)...“ (1923), ja die Region sogar „wiederbekommen“ [!] (Kl. kr. atgavus) habe, während andererseits 1939 „Deutschland das Gebiet raubte (užgrobus) / entriss (atplėšus) / okkupierte.“

Es gibt aber auch Ermutigung: Dass Differenzierung möglich ist, zeigen z.B. die knappen, um Objektivität bemühten biografischen Einträge zu den ‚Heimatbund/Kulturbund‘-Gründern J. Kraus und H. Conrad und dem (1934) Memeler SOVOG-(NS)Stadtleiter Paul Kwauka (S. 277, 313 bzw. 425), welcher sich zu des Lesers Überraschung nicht nur als Nationalsozialist, sondern eben auch als Autor eines Kurischen Wörterbuches erweist.

Die Tendenz zu Stilisierung und konfrontativ-monoethnischer Wahrheitsfindung ist der Versuch einer Strömung, der Nachwelt ihr *right or wrong – my country* als Retro-Norm und bleibendes Vermächtnis zu diktieren, und sie trübt merklich den Eindruck eines höchst bedeutenden Sammelwerkes. Objektivere Ansätze in diesem zweiten Band der auf vier Bände angelegten Enzyklopädie machen Hoffnung; und vielleicht gelingt es der Redaktion, die störenden Brüche zu glätten. Die Wertungen der MLE rund um das Memelthema sind nicht das letzte Wort. Die Aussicht auf Fortsetzung der gewohnt detaillierten enzyklopädischen Leistung berechtigt jedoch zu Freude und Optimismus.

Klaus Fuchs, Remchingen

**Jan Mlynarik [Ján Mlynárik], Fortgesetzte Vertreibung. Vorgänge im tschechischen Grenzgebiet 1945–1953. Mit einem Vorwort von Otfried Pustejovsky. München: Herbig 2003, 480 S., 44 Tabellen, Karten.**

Ján Mlynáriks Monografie ist eine Fallstudie über das Weitra-Gebiet (Vitorazsko) in Südböhmen, gelegen zwischen der Kreisstadt Wittingau (Třeboň) auf tschechischer und Gmünd auf österreichischer Seite. Dieses Territorium war Ende des 13. Jahrhunderts zu einem Bestandteil Niederösterreichs geworden. Dennoch hatten sich seine Einwohner vor allem vermittels der katholischen Geistlichkeit ihre tschechische Muttersprache bewahrt. Bei den Friedensverhandlungen 1919 warb die tschechoslowakische Delegation deshalb für seinen Anschluss an die Erste Republik. Dennoch verblieben vier Fünftel des Territoriums bei Österreich, nur der kleinere nordwestliche Teil mit 118 km<sup>2</sup> Fläche und knapp 12 000 Einwohnern in zwölf Ortschaften nebst zugehörigen Weilern wurde der ČSR zugesprochen. Die neue

Staatszugehörigkeit bedeutete für die Einwohner wirtschaftliche Einbußen. Denn die staatlichen Subventionen flossen nicht mehr, die in österreichischer Zeit den auf kargen Sandböden kaum ihren Lebensunterhalt erwirtschaftenden Kättern zugekommen waren. Außerdem durchschnitt die neue Grenze familiäre Bindungen ebenso wie das regionale infrastrukturelle Netzwerk und nahm den Bewohnern die Möglichkeit, bei den Eisenbahnbetrieben ein Zubrot zu verdienen. So wurden Grenzschnuggel und Brandschatzung von überversicherten Höfen zum wichtigsten Nebenerwerb der Weitra-Einwohner.

Das Münchener Abkommen von 1938 brachte eine erneute Teilung des Gebiets mit sich. Viele Einwohner versprachen sich von der Annexion durch das Deutsche Reich – die manche laut Mlynárik mit einer Rückkehr nach Österreich verwechselten – eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Deshalb versuchten einige Einwohner in dem nicht annektierten Teilgebiet sogar, nach dem Einmarsch der Wehrmacht im März 1939 den Anschluss auch ihres Heimatortes an das Reich zu erwirken. Die im Oktober 1938 festgelegte Grenze blieb jedoch zeit des Bestehens des Reichsprotectorats unverändert. Mit der Einberufung zum Kriegsdienst in der Wehrmacht besannen sich viele erneut auf ihre tschechische Nationalität, um freigestellt zu werden. Mlynáriks Ausführungen über die NS-Zeit (S. 66-88) fallen innerhalb des umfangreichen Einleitungskapitels relativ knapp aus. Dabei hätte man sich gerade hier eine eingehendere Darstellung der sozial korrumpierenden Wirkungen von Annexion und Okkupation, von Kriegswirtschaft, „Arisierung“ und NS-Terror gewünscht, die allesamt von grundlegender Bedeutung für die Einschätzung der Nachkriegsereignisse sind. So muss man dem Autor weitgehend einfach Glauben schenken, dass die Haltung der Einwohner keineswegs durch nationales Bewusstsein, sondern durch lokale und regionale Bindungen und wirtschaftlichen Überlebenswillen geprägt war, ein Befund, der allerdings für viele mitteleuropäische Grenzlandbevölkerungen der Zeit gilt.

Die Schreckenszeit des Weitra-Gebietes setzte im Mai 1945 mit dem Einfall einer Partisaneneinheit (der „Revolutionsgarden“) ein, die unter dem Kommando eines zweifelhaft beleumundeten Berufsoffiziers namens Vladimír Hobza standen. Hobza war der Hauptakteur der Vertreibungen, bei denen alle, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hatten oder die denunziert wurden, in irgendeiner Form Verrat am tschechoslowakischen Staat begangen zu haben, mit Waffengewalt über die österreichische Grenze gejagt wurden. Zugleich befahl Hobza die Einberufung der „Volksgerichte“, die in Schnell-

verfahren angebliche Volksverräter aburteilten und erschießen ließen. An zwei Orten des Weitra-Gebietes, Schwarzbach (Tušt') und Suchenthal an der Lainsitz (Suchdol nad Lužnicí), fielen 18 Menschen diesen jedem rechtsstaatlichen Verfahren Hohn sprechenden Hinrichtungen zum Opfer. Weitere entgingen nur durch die Flucht demselben Schicksal, während ein dritter Massenmord in Rottenschachen (Rapšachy) durch das beherzte Eingreifen eines Gendarmerieoffiziers namens Josef Bártil verhindert wurde, der die Verurteilten über Nacht per LKW fortschaffen ließ. Mlynárik beschreibt die beiden Haupttäter der Weitra-Morde, den Kommunisten Václav Maxa und František Říha, als opportunistische und skrupellose Männer, die nicht zuletzt Rachegeleüste an unschuldigen Opfern auslebten; Maxas jüdische Ehefrau war von den Nazis ermordet worden, und beide Männer hatten im Lager gesessen.

Die im Frühjahr aus dem Weitra-Gebiet Vertriebenen sammelten sich im österreichischen Grenzwald und begannen, seit dem Herbst 1945 wieder an ihre Heimatorte zurückzukehren. Trotz der Proteste der zuvor mit ihrem Eigentum ausgestatteten „Volksverwalter“, zu denen nicht zufällig auch die Mörder und Angehörigen der Volksgenrichte zählten, ließ die Prager Regierung diese Rückwanderung zu. Dabei war die Befürchtung ausschlaggebend, die Grenzziehung von 1919 könne zugunsten Österreichs revidiert werden, wenn Prag auf der Aussiedlung einer „deutschen“ Mehrheitsbevölkerung beharre. Seit 1946 wurde die vorher nicht getroffene Unterscheidung zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität im Weitra-Gebiet zur offiziellen Politik. Das Kriterium der politischen Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat ersetzte nunmehr dasjenige der allerdings ebenso willkürlich zugeschriebenen nationalen Zugehörigkeit. Spätestens mit der offiziellen Einstellung der Aussiedlungstransporte der Sudetendeutschen Ende Oktober 1946 war die Option einer erneuten Vertreibung der Weitra-Bewohner über die Landesgrenzen endgültig vom Tisch, nicht jedoch Pläne, Umsiedlungen in das Landesinnere durchzuführen, um eine als national unzuverlässig stigmatisierte Bevölkerung aus der grenznahen Region zu entfernen. Dabei blieben diejenigen Listen in Gebrauch, die seit dem Mai 1945 über die angeblichen Deutschen und Volksverräter geführt wurden und die bis in die 1950er Jahre in den zuständigen Behörden in immer neuen Varianten kursierten, obwohl sie auf nichts weiter als böswilliger Nachrede und haltlosen Anschuldigungen beruhten.

Die „fortgesetzte Vertreibung“ fand schließlich nicht mehr als flächendeckende Umsiedlung statt, sondern betraf einzelne Familien

oder kleine Gruppen. Dennoch gelang es den Grenzlandbewohnern bis zum Anfang der 1950er Jahre, sich durch solidarische Widerstandsleistungen bis hin zu Selbstmorddrohungen ihrer erneuten Vertreibung zu widersetzen, als weiter verschärfte Bestimmungen über das Grenzregime die staatlichen Maßnahmen zur Einrichtung einer grenznahen Sicherheitszone eskalieren ließen. Der Widerstand der Bewohner wurde endgültig erst 1952/53 gebrochen; bis zum Juli 1953 wurden 313 Familien (ca. 1 500 Personen) in das Landesinnere umgesiedelt.

Die Darstellung wird durch einen Anhang mit 25 Quellentexten (S. 408-469) ergänzt, von denen einige die Massenmorde von Schwarzbach und Suchenthal und die Rettungsaktion von Rottenschachen dokumentieren.

Mlynárik, seit den ausgehenden 1970er Jahren unter dem Pseudonym „Danubius“ immer wieder als kritischer Historiker der Vertreibungen in der Nachkriegs-ČSR hervorgetreten, wählt mit seiner Fallstudie über das Weitra-Gebiet einen durchaus innovativen Ansatz, insofern die Geschichte der Vertreibungen bislang nur selten aus mikrogeschichtlicher Perspektive erzählt wurde. Leider verschenkt er weitgehend die Chancen, die ein solcher Ansatz bietet. Vor allem fehlt der Darstellung die Kraft der anschaulichen Narration, vieles bleibt unklar und konturenlos – der Rezensent ist geneigt, von „dichter Aufzählung“ anstelle von „dichter Beschreibung“ zu sprechen. Besonders zwei Dinge stehen dem Gelingen des Buches entgegen: zum einen ein ausgeprägter Aktenpositivismus, der den Autor dazu verführt, nicht nur auch noch das letzte belegte, aber völlig unerhebliche Detail aufzuführen, sondern unablässig Angaben über die Dokumente selbst in die Darstellung aufzunehmen. Das führt zu endlosen Redundanzen – eine Kürzung um mindestens ein Drittel hätte dem Buch mehr als gut getan. Zum andern steht sich der Autor selbst im Wege, wenn er seine prinzipiell verständliche moralische Entrüstung die Oberhand über seine Professionalität als Historiker gewinnen lässt. So muss seine etwas versteckte Äußerung (S. 378, Anm. 71) doch sehr verwundern, nach der Wende von 1989 habe der „antideutsche gesellschaftliche und Regierungskonsens“ die Historiker und Schriftsteller in Tschechien „zum Schweigen gebracht“. Im Gestus des moralischen Mahners, der gegen den gesamtnationalen Mainstream anschwimmt, übersieht er glatt den Ertrag der kritischen Forschung der letzten Jahre.<sup>1</sup> Das hat für Mlynáriks Fallstu-

---

<sup>1</sup> Davon überzeugt eine Durchsicht der Endnoten (ein Quellen- und Literaturverzeichnis

die die Konsequenz, dass sie sich niemals von der Froschperspektive löst. So bekommen wir keine Einschätzung, inwieweit die Vorgänge des Weitra-Gebiets spezifisch waren oder doch zahlreichen anderen Fällen ähnelten, beispielsweise im Hinblick auf die Volksgerichte,<sup>2</sup> das Grenzregime und die damit begründeten Binnenumsiedlungen.

Der aufklärerische Impetus des Autors und sein moralisierend-exklamativer Stil verhindern zudem jede analytische Durchdringung des Gegenstands. Es reicht nicht aus, der damaligen tschechischen Gesellschaft „sozialen Hyänismus“ zu attestieren, der durch moralische Korruption, Dummheit und Habgier geprägt gewesen sei. Auch Mlynárik's Schlagwort des „tschechischen Gestapismus“ ordnet die Nachkriegsvorgänge der Vertreibung lediglich einem unreflektierten Totalitarismus zu und lässt die gebotene Differenzierung vermissen. Denn die Gestapo-Methoden und die NS-Herrschaft insgesamt waren ja dadurch charakterisiert, dass sie der deutschen Gesellschaft moralisch-psychologische Schlupflöcher ließen, die es dem einzelnen ermöglichten, sich als Unbeteiligter und gar Unwissender zu betrachten. Die Morde und Vertreibungen des Weitra-Gebietes und viele ähnlich gelagerte Fälle waren aber gerade durch einen anscheinend anarchischen Ausbruch von Hass und Gewalt bestimmt. Sie machten alle Anwesenden entweder zu Opfern oder zu Tätern, Mitläufern und Nutznießern. Die in diesem historischen Augenblick begründete Komplizenschaft mit einem Regime, das die Täter deckte und das Ergebnis der Gewalttaten guthieß, sollte in den Mittelpunkt der Analyse gestellt werden. Mlynárik bietet uns dagegen lediglich die Metapher einer essentialistisch aufgefassten Gewalt, die schicksalhaft über die Menschen hereinbricht und Randfiguren der Gesellschaft zu ihren Werkzeugen macht.

Andreas R. Hofmann, Leipzig

---

fehlt leider): Der einzige einschlägige Titel aus der neueren Vertreibungsforschung, auf den sich Mlynárik (kritisch) bezieht, ist Tomáš Staněk, *Odsun Němců z Československa 1945–1947* [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947]. Praha 1991. Ein Hinweis auf die zahlreichen weiteren Publikationen dieses Autors fehlt ebenso wie auf den doch nicht unerheblichen Forschungsertrag anderer tschechischer und deutscher Historiker. Immerhin gibt zu denken, dass Mlynárik's Buch aus dem tschechischen Manuskript übersetzt und das Original erst zwei Jahre nach der Übersetzung veröffentlicht wurde: *Tragédie Vitorazska 1945–1953. Poprava v Tušti* [Die Tragödie des Weitra-Gebiets 1945–1953. Die Hinrichtung von Schwarzbach]. Třeboň 2005.

<sup>2</sup> Ein Exkurs über die Vorgänge in Nordböhmen, besonders das berühmte Volksgericht von Landskron (Lanškroun, S. 114–128), ist nicht organisch in die Darstellung eingebunden und ersetzt keinen systematischen Vergleich.

**Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945–1949. Aus dem Polnischen übersetzt von Stephan Niedermeier. München: R. Oldenbourg 2003, 392 S. (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 20).**

Es ist selten genug, dass Arbeiten polnischer Historiker/innen ins Deutsche übersetzt werden. Wenn dies doch einmal geschieht, handelt es sich oft um Forschungen, die diversen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet sind und bei denen ein besonderes Interesse daran besteht, „polnische“ Ergebnisse nicht nur einem erweiterten Kreis deutscher Fachkundiger, sondern im Idealfall auch einer breiteren Öffentlichkeit jenseits der vergleichsweise engen Fachgrenzen zur Kenntnis zu bringen.

Ein solcher Fall ist gewiss die Übersetzung der in Polen schon 1999 veröffentlichten Habilitationsschrift von Bernadetta Nitschke<sup>1</sup> über Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung vom Gebiet der entstehenden Volksrepublik Polen. Nachdem Detlef Brandes das Thema für die Tschechoslowakei im breiteren Kontext alliierter Kriegs- bzw. Nachkriegspolitik abgehandelt und auch Polen mitberücksichtigt hat,<sup>2</sup> war die 2003 vorgelegte Übersetzung von Nitschkes Untersuchung überfällig. Zugleich kam sie gerade rechtzeitig, als die international geführte Debatte um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ große publizistische Aufmerksamkeit beiderseits der Oder-Neiße-Grenze erfuhr. Berechtigt erscheint der Hinweis, dass Nitschkes Publikation Behauptungen widerlegen kann, denen zufolge das emotional noch immer stark aufgeladene Thema von polnischer Seite nicht die gebührende Aufmerksamkeit erfährt.<sup>3</sup>

Zutreffend ist, und darauf weist die Autorin in ihrer Erörterung des Forschungsstandes selbst hin, dass eine kritische Behandlung des Themas bis 1989/90 zumindest außerordentlich schwierig, wenn nicht

---

<sup>1</sup> Bernadetta Nitschke, *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945–1949*. Zielona Góra 1999.

<sup>2</sup> Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*. München 2001 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. 94).

<sup>3</sup> Claudia Kraft, Rezension zu: Bernadetta Nitschke, *Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945–1949*. Aus dem Polnischen von Stephan Niedermeier. München: Oldenbourg 2003 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa; Bd. 20), in: *sehepunkte* 3 (2003), Nr. 11 [15.11.2003], URL: <http://www.sehepunkte.historicum.net/2003/11/4338.html>.



unmöglich war, da die Volksrepublik Polen erhebliche Energien aufwendete, um ihr Dasein in der nach 1945 gegebenen Form zu legitimieren. Hinzu kommt, dass die öffentliche Meinung in Polen nach der Besatzerfahrung mit Argwohn auf ein Vokabular reagierte – und reagiert –, das „den Deutschen“ in den hier behandelten Gebieten eine Art Opferstatus zuweist. Nitschkes Gegenüberstellung polnischer und deutscher Publikationen seit den späten 1940er Jahren zeigt die Unvereinbarkeit der Standpunkte in beiden Historiografien. Sie lassen im Grunde erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten langsam Raum für differenziertere Stellungnahmen (S. 20 f.). Eine inzwischen vorliegende mehrbändige Quellenedition dürfte einer Entwicklung in dieser Richtung zuträglich sein.<sup>4</sup> In jedem Falle bestand Anlass genug für die Autorin, sich dieser Aufgabe zuzuwenden, die sie, dem Umfang der ausgewerteten Materialien aus deutschen und polnischen Archivmaterialien nach zu urteilen (vgl. S. 341 ff.), nur über Jahre hinweg gelöst haben kann.

Vorgelegt hat Nitschke schließlich ein Werk, das territorial Polen in den Nachkriegsgrenzen von 1945 erfasst (S. 27), aus deutscher Perspektive also Ostpreußen, den Küstenstreifen mit Stettin und Danzig sowie Ober- und Niederschlesien, aber auch die zwischen 1939 und Anfang 1945 deutsch besetzte polnische Zentralregion um Łódź. Dabei strebt sie eine „möglichst sachliche Beschreibung und Analyse der damaligen Ereignisse“ an, „so daß sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann“ (S. 29). Nitschke kann nicht umhin, sich mit umstrittenen Begrifflichkeiten auseinanderzusetzen, die angesichts der kriegerischen Ereignisse zwischen dem Vordringen der Roten Armee in der Weichseloffensive ab Januar 1945 und der sukzessiven, teilweise konkurrierenden Einführung sowjetischer bzw. polnischer Administration zwischen den Worten Evakuierung, Flucht, (Zwangs-)Um- und Aussiedlung und Vertreibung oszillieren. Dass hierüber einmal das letzte Wort gesprochen sein wird, darf bezweifelt werden. Nitschkes Darstellung zeigt indessen deutlich, dass jede dieser Bezeichnungen für einen spezifischen Abschnitt des beschriebenen Geschehens ihre besondere Berechtigung hat. Ganz sicher ist ihr nicht der Vorwurf zu machen, beschönigende Geschichtsschreibung betrieben zu haben: Die von ihr ausgewählten Quellenexzerpte sind apokalyptisch

---

<sup>4</sup> Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950: Dokumente aus polnischen Archiven. „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. 4 Bde., Marburg 2000–2004.

genug, um hier keine Unklarheiten aufkommen zu lassen (vgl. nur S. 78 f., 118, 174).

Als historischen Hintergrund schildert Nitschke die Popularität, die Vorstellungen von Bevölkerungsumsiedlungen im Gefolge des Ersten Weltkrieges und angesichts der international massiv krisenträchtigen Minderheitenprobleme in Ostmitteleuropa während der 1920er und 1930er Jahren erlangten. Sie lässt insbesondere Winston Churchill als Vertreter der späteren Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu Wort kommen, dessen Äußerungen illustrieren, dass insbesondere der Blick auf den Balkan manchen maßgeblichen Zeitgenossen auf den Gedanken verfallen ließ, Umsiedlungen selbst großer Bevölkerungsgruppen seien nationalistisch motivierter Gewalt und endlosen Querelen um Minderheiten als das kleinere Übel vorzuziehen (S. 41). Ebenso deutlich wird aber auch das Unbehagen, das gegenüber dieser Form der Konfliktlösung mehrfach formuliert wurde; auch Stimmen aus Polen, neben der Tschechoslowakei der am stärksten von der Minderheitenproblematik betroffene Nachfolgestaat zwischen den Kriegen, äußerten sich in den 1920er Jahren dahingehend, dass jegliche Form von Bevölkerungsaustausch nur in eng begrenzten Ausnahmefällen erfolgen dürfe (S. 46 f.).

Nitschke verfolgt diese von dem Krakauer Rechtsgelehrten Stanisław Kutrzeba vorgetragene Überlegungen nicht weiter. Dabei wäre es vielleicht lohnend gewesen, die Entwicklung zu verfolgen, die in Polen in dieser Frage bis 1939 stattfand. Denn die Autorin lässt die polnische Seite späterhin als selbstständig agierenden Faktor bei Um- und Aussiedlungen bzw. Vertreibungen in Erscheinung treten und sie keineswegs als bloßen Spielball oder lediglich ausführendes Organ alliierter Beschlüsse erscheinen. Vielmehr präsentiert Nitschke mitten im Krieg vorgetragene Äußerungen von alliierter und polnischer Seite, die zeigen, dass die Erfahrung der deutschen Besatzung und die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam beschlossene Westverschiebung Polens ausreichten, um die Beteiligten das Eintreten des von Kutrzeba angemahnten „Ausnahmefalles“ annehmen zu lassen: Stimmen des gesamten polnischen politischen Spektrums von der extremen Rechten in Gestalt des sog. National-radikalen Lagers bis hin zur äußersten Linken mit der Polnischen Arbeiterpartei lassen keinen Zweifel daran, dass 1945 ein Nebeneinander von deutscher und polnischer Bevölkerung für ausgeschlossen gehalten wurde. Dementsprechend waren auch die nachfolgenden radikalen Trennungsmaßnahmen gewollt (S. 57 ff.). In diesem Punkt bestand auch kein grundlegender Gegensatz zwischen den Entscheidungsträgern

der alliierten Siegermächte und maßgeblichen polnischen politischen Kräften, gleichviel, ob diese sich im Londoner Exil oder auf polnischem Gebiet aufhielten.

Freilich waren es zunächst nicht so sehr diese politischen Erwägungen, die das Los der hier untersuchten deutschen Bevölkerung entschieden, sondern schlicht der Vormarsch der Roten Armee an der Ostfront. Hierauf reagierten die deutschen Behörden in Gestalt der zuständigen Gau- und Kreisleiter mit mehr oder weniger verspäteten Evakuierungsmaßnahmen und Durchhalteparolen. Evakuierung und Flucht vor der Front und vor den Racheexzessen der Roten Armee prägten die ersten Monate des letzten Kriegsjahres 1945, während der Waffenstillstand einen weiteren Abschnitt mit mehr oder weniger planvoll durchgeführten Aussiedlungen und Vertreibungen durch das Militär und die neue polnische Administration einleitete. Verdienstvoll ist dabei Nitschkes Darstellung des Verhältnisses zwischen der sowjetischen Militäradministration, der sich gerade einrichtenden polnischen Verwaltung und den noch verbliebenen Deutschen, die sich nach dem Durchzug der Front in der Situation befanden, vor den Vertretern der polnischen Behörden Schutz suchen zu müssen und bei den Sowjets mitunter auch fanden. Diese Abschnitte gehören ebenso zu den Stärken der Arbeit wie die Passagen über das Verhalten der lokalen Geistlichkeit in diesem Zusammenhang.

Einige Mühe verwendet Nitschke darauf, die Zahl der trotz Evakuierung und Flucht Mitte 1945 in den ehemaligen Ostgebieten noch verbliebenen Deutschen zu ermitteln. Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen bereits die Zeitgenossen in dieser Frage zu ringen hatten, und auch wegen spezifischer Formen einer interessengeleiteten Datenerhebung am Ende des Zweiten Weltkriegs konnte die Autorin hier zwangsläufig nur eine Vorstellung von Größenordnungen vermitteln. Allerdings wäre hier und da ein erklärender Nebensatz wünschenswert gewesen, warum dieser oder jener Zahlenangabe mehr Glaubwürdigkeit attestiert wird als anderen.

Deutlich wird, dass die polnische Verwaltung nicht nur dazu neigte, die Zahl der trotz allem auf dem künftigen polnischen Staatsgebiet Verbliebenen zu unterschätzen, sondern insbesondere nicht darauf eingestellt war, auf jene Menschen adäquat zu reagieren, die in den Grenzregionen der Vorkriegszeit verwurzelt waren. Diese hatten dort eigentümliche Mischidentitäten entwickelt und reagierten – diesen Eindruck vermittelt Nitschkes Darstellung an verschiedenen Punkten mit einiger Durchschlagskraft – geradezu verstört auf das Ansinnen, sich mit weit reichenden Folgen zur deutschen oder zur polnischen

Nation bekennen zu müssen. Das Aufeinandertreffen von Alteingesessenen und Neusiedlern, die ihrerseits aus den *kresy*, den östlichen Grenzregionen Vorkriegspolens, nach Westen verpflanzt wurden, verursachte hier zusätzliche Konflikte. Kriterien und Verfahren der von den neuen Behörden ins Werk gesetzten „Verifizierung“, die auf die Konsolidierung des „polnischen“ Bevölkerungsbestandes in den „wiedergewonnenen Gebieten“ abzielte, hatten durch ihr Abstellen auf Merkmale wie Sprache, Religion und nachweisbar zur Schau getragenes Nationalbewusstsein zwangsläufig diskriminierende Wirkung.

Nitschke hat ihre selbst gestellte Aufgabe der Sammlung und Präsentation des Materials durchaus gelöst, und was diesen vorgegebenen Rahmen angeht, erscheint allenfalls maßvolle Kritik an Details angebracht. Solche Kritikpunkte, die überdies teilweise der – insgesamt gelungenen – Übersetzung anzulasten sind, reichen von verunstalteten Eigennamen solcher Nebenakteure wie dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos über das Fehlen einer hilfreichen Karte, die wenigstens grob die Operationen der Roten Armee und die Evakuierten- bzw. Flüchtlingsströme bis zur Etablierung der sowjetischen und polnischen Administration darstellt, bis hin zu einer manchmal ärgerlichen Neigung zu Passiv-Formulierungen und unpersönlichen Wendungen, die stellenweise Urheberchaften und Verantwortlichkeiten verschleiern. Schwerwiegender ist die an anderer Stelle schon geäußerte Kritik, dass die Autorin eine gewisse Scheu vor einem eigenen abschließenden Urteil an den Tag legt, indem sie nach der Ausbreitung ihres Materials auf eine zusammenfassende Schlussbetrachtung verzichtet.<sup>5</sup> So ist es dem Leser anheimgestellt, etwa Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den für ganz unterschiedliche Regionen geschilderten Abläufen herauszuarbeiten oder gar weiterführende Überlegungen zu Vorgängen anzustellen, die in ähnlichen Kontexten stattgefunden haben oder stattfinden. Es ist der Autorin jedoch zugute zu halten, dass es zur Zeit ihrer Forschungen in den 1990er Jahren vielleicht sinnvoll war, zunächst nicht mehr als eine Bestandsaufnahme aus polnischer Perspektive vorzulegen. Als Grundlage für weitere Arbeiten ist dies aller Ehren wert.

Pascal Trees, Bonn

---

<sup>5</sup> Sabine Voßkamp, Rezension zu: Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung (wie Anm. 3), in: H-Net Reviews in the Humanities & Social Studies (January, 2004), URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.cgi?path=233741076624387>.

**Franz Nuscheler, Internationale Migration. Flucht und Asyl. 2., vollst. überarb. u. akt. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, 232 S. (Grundwissen Politik. 14).**

Die zweite Auflage des Buches „Internationale Migration“ von Franz Nuscheler, Politikwissenschaftler und emeritierter Professor der Universität Duisburg-Essen, stellt eine umfangreiche Einführung in den Themenkomplex – so der Untertitel – „Flucht und Asyl“ dar. Als Lehrbuch wurde eine übersichtliche Darstellung gewählt, Stichwörter am Rande des Textes ermöglichen eine schnelle Themenerfassung. Schwerpunkt der zweiten Auflage ist nach Darstellung des Autors nicht mehr die große Fluchtbewegung von Afrika und Asien der 80er und 90er Jahre, „statt dessen verlagerte sich die Problemrezeption auf die ‚irreguläre Migration‘“ (S. 13).

Die Gliederung des Buches in die drei großen Teile „Internationale Migration“ (I), „Ausländer- und Asylpolitik, Zuwanderung und Integration in Deutschland“ (II) und „Europäische und globale Problemlösungsstrategien“ (III) zeigt zugleich die Bandbreite des Ansatzes von Nuscheler, der einen Überblick über mit Migration verbundene Themenfelder bietet. Im Unterschied zu anderen Einführungen wird Migration geschichtlich und aktuell, für Deutschland und im internationalen Vergleich, empirisch wie theoretisch sowohl hinsichtlich der Ursachen, aber auch Auswirkungen behandelt.

In Teil I vertritt Nuscheler die These, dass die öffentliche Debatte um internationale Migration von verschiedenen, nicht empirisch belegten Bedrohungsszenarien und Begriffsverwirrungen geprägt sei. In den 1990er Jahren sei es zu reißerischen Artikeln, zu „Horrorszenarien“ (S. 21) gekommen, die auch von Wissenschaftlern vertreten wurden (S. 22). Insbesondere nach dem 11. September 2001 sei Migration als Problem der inneren Sicherheit diskutiert worden (S. 23), wohingegen Nuscheler das Problem der „menschlichen Sicherheit“, die Befreiung von Furcht und Not (S. 25) betont. Der kurze Rückblick auf die Geschichte der Migration erfolgt gegen die „Panikmache“ (S. 28), streift das „Jahrhundert der Flüchtlinge“ (S. 31), die Rolle Europas als Auswanderungs- und Einwanderungskontinent (S. 33 ff.), und die Wirkungszusammenhänge von Globalisierung und Migration (S. 35 ff.). Obgleich Bedrohungsszenarien kritisiert werden, sei Migration als „Weltordnungsproblem ersten Ranges“ (S. 28) zu sehen. Weitere Aspekte des Themas werden durchaus ungewöhnlich mit literarischen Anleihen behandelt, wie die Frage der Heimat (S. 42 ff.) und des Exils (S. 46 ff.).

Insbesondere stellt Nuscheler gegen die kritisierten Szenarien empirisches Material und gibt einen Überblick der geschätzten Größenordnungen. So erreichen nur 5% der registrierten Flüchtlinge Europa (S. 21), und nur 2,5% der Weltbevölkerung befinden sich außerhalb ihres Geburtslandes (S. 27). Die Grauzone irregulärer Migration stelle einen besonderen Komplex (S. 53) innerhalb des generellen Problems einer statistischen Erfassung des Migrationsgeschehens dar. „Alle Statistiken der IOM oder des UNHCR (...) lassen nur annäherungsweise die Realität des Weltflüchtlingsproblems erkennen, die sich eher in den vielen inzwischen vorliegenden Fallstudien erschließt“ (S. 55). Kritisiert wird neben der Zahlen- auch die Begriffsverwirrung, weshalb Nuscheler eine Typologie von verschiedenen Formen der Migration vorschlägt, wie z.B. freiwillige, illegale und zeitlich begrenzte (S. 52 f.).

Die Süd-Nord- (S. 61 ff.), Ost-West- (S. 73 ff.) und Süd-Süd-Migration (S. 83 ff.) wird insbesondere unter dem Aspekt einer Widerlegung der öffentlichen „Angstmache“ (S. 61) vor einer Invasion der Armen beschrieben. Das Migrationsgeschehen spiele sich vornehmlich innerhalb und zwischen den Ländern der Dritten Welt ab, und es seien nicht die Ärmsten, die wandern (S. 68 f.).

Die Darstellung wird ergänzt durch eine Diskussion von Theorien zu Ursachen von Flucht und Migration, wobei Forschung zur Migration generell als interdisziplinäre Aufgabe (S. 26 ff.) zu betrachten sei. Verschiedene Ansätze werden referiert, das Push-Pull-Modell liefere trotz seiner Begrenztheit „immer noch ein erklärungsfähiges Grundmuster“ (S. 102). Armut sei weiterhin ein wichtiger Faktor, obgleich Nuscheler die verkürzte Wahrnehmung des homo migrans als homo oeconomicus in der Migrationsökonomie (S. 106) kritisiert. Desgleichen stellt Nuscheler verschiedene Fluchtursachen wie Kriege, Diktaturen, Minderheitenkonflikte (S. 107 ff.) und insbesondere die Umweltflucht (S. 110 ff.) dar. Er folgert aus der Ursachenanalyse, dass Migration unaufhaltsam sei, neues Kernproblem ist nicht das Weltflüchtlingsproblem, sondern die „irreguläre Migration“, die „durch die Verengung der legalen Zugangswege und durch die Verschärfung des Asylrechts vergrößert wurde“ (S. 113). Abschließend betont Nuscheler die Bedeutung empirischer Bodenhaftung der Migrationstheorien sowie eine „Bescheidung mit Theorien mittlerer Reichweite“ (S. 115). Bestimmte Formen der Entwicklungspolitik seien für eine Trendwende im internationalen Migrationsgeschehen weiterhin sinnvoll (S. 114).

Teil II untersucht die Rolle Deutschlands im internationalen Mi-

gration geschehen. Angesichts der faktischen Zuwanderung, die von Nuscheler ebenso wie die Auswanderung aus Deutschland diskutiert wird, sei der Streit um Deutschland als Einwanderungsland eine „Scheindebatte“ (S. 121). Verschiedene Aspekte der Migration vor allem nach Deutschland werden dargestellt, wie die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter und der Anwerbestopp (S. 124 ff.). Die Debatte um Asyl wird ausführlich behandelt (S. 132 ff.). Die Einschätzung des Asylkompromisses von 1992 fällt ambivalent aus. So wurde „der Problemstau nach der staatlichen Vereinigung vom ‚Asylproblem‘ entlastet (...). Verloren hat das älteste Menschenrecht und verloren haben Menschen, die in Deutschland Zuflucht vor Verfolgung suchen wollten“ (S. 151). Zugleich betont Nuscheler, dass die vor 1992 vermeintliche Sonderrolle der BRD in der EU beim Asylrecht „mehr Anspruch als asylpolitische Realität war“ (S. 152).

Nuscheler referiert die von Karl-Heinz Meier-Braun übernommenen Phasen der Ausländerpolitik Deutschlands, die Phasen 1-3 (Anwerbung, Konsolidierung und Integrationskonzepte) relativ kurz, die Phasen 4-6 (Zuwanderungsbegrenzung, Asylrecht sowie die Initiative der seinerzeit rot-grünen Koalitionsregierung) ausführlicher. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht stelle einen wichtigen Schritt dar, die Annahme der neuen Staatsbürgerschaft bilde „weit mehr als einen juristischen Akt“ (S. 173). Die Integration der Zuwanderer sei ein bestehendes Problem, allerdings kein einseitiges. Insbesondere anhand der Diskriminierung von Ausländern werde deutlich, „dass das Ziel Integration nicht nur den Zuwanderern, sondern auch der Aufnahmegesellschaft Integrationsleistungen abverlangt“ (S. 169).

Der Teil III kann als eine Zusammenführung der ersten beiden Teile begriffen werden, stellt dieser doch internationale „Lösungen“ sowohl in ihrer bestehenden (europäisches Recht, Völkerrecht) wie auch möglichen alternativen Form (*global governance*) vor. Nuscheler hat nicht die Befürchtung, dass eine „vergemeinschaftete Einwanderungs- und Asylpolitik nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erreicht werden kann und sich an den niedrigsten Standards orientieren würde“ (S. 182). Demgegenüber könne die deutsche Einwanderungspolitik von Überlegungen auf europäischer Ebene einiges lernen (S. 182). Desgleichen formuliert Nuscheler Thesen, welche Rolle die sich erweiternde EU bei der Eindämmung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration spielen könnte (S. 184 ff.). Anhand von Stichworten wie z.B. „Prävention“, wobei es um – wenn auch umstrittene – entwicklungspolitische Maßnahmen, aber auch die Rolle der EU in der *global governance* Architektur geht, zeigt er, welche

Herausforderungen die EU-Politik annehmen sollte. Deren Zukunft läge nicht hinter „den Mauern und Gräben einer ‚Festung Europa‘“ (S. 184).

Als Grundproblem des Völkerrechts benennt Nuscheler dieses als eine „zwischenstaatliche Rechtsordnung zur Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen: es ist ein Staatenrecht. Seine Rechtssubjekte sind allein souveräne Staaten (...), nicht aber Völker, Gruppen oder Einzelmenschen“ (S. 196). Auch die Menschenrechte haben „noch nicht Einzelmenschen oder gar Flüchtlinge zu Völkerrechtssubjekten aufgewertet“ (S. 196), ebenso habe die Genfer Flüchtlingskonvention den hergebrachten Souveränitätsgrundsatz nicht aufgehoben. Gerade hinsichtlich von Flüchtlings- und Asylfragen seien Staaten nicht gewillt, „ihre letztinstanzliche Souveränität der Idee einer menschenrechtlichen und humanen Lösung des Flüchtlingsproblems zu opfern“ (S. 197).

Desgleichen sei es ein Kernproblem zu definieren, was Verfolgung sei. Nuscheler widmet sich in einem Kapitel auch der frauenspezifischen Verfolgung. Hier werden die Grenzen fester Definitionen von Verfolgung besonders deutlich, z.B. hinsichtlich der engen Auslegung des Begriffs der politischen Verfolgung in der Anerkennungspraxis von Flüchtlingen. „Menschenrechtsverletzungen und schwere Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit (wie Genitalverstümmelungen oder Zwangsabtreibungen) und persönliche Freiheit waren asylrechtlich nicht relevant“ (S. 193).

Eng verbunden mit Fragen des Völkerrechts ist auch die Diskussion zu so genannten humanitären Interventionen (S. 208 ff.) sowie „kurativ-humanitäre“ Hilfe z.B. des UNHCR, die dem Vorwurf politischer Vereinnahmung ausgesetzt ist (S. 204 f.). Auch hier bestehe das Problem, dass „der UNHCR nur im Rahmen von Rechtsgrundlagen tätig werden kann, die ihm von der Staatengemeinschaft auferlegt werden“ (S. 205). Nicht das Konzept der Krisen- und Gewaltprävention sei gescheitert, „sondern die Politik hat ihren eigenen Erkenntnissen, die sich in den Konzepten der OECD und EU niederschlugen, nur halbherzige Taten folgen lassen. Sie betreiben eher mit hohem Mitteleinsatz kurative Nachsorge denn Vorbeugung, auch in der Flüchtlingspolitik“ (S. 215). Demgegenüber müsse sich Entwicklungspolitik z.B. weit mehr als globale Strukturpolitik, *global governance* verstehen (S. 216).

Das Buch bietet eine Fülle von Informationen an, der Leserin oder dem Leser wird ein Einblick in den Forschungsstand ebenso geboten wie eine Diskussion medialer Debatten, empirischer und theoretischer



scher Fragen, z.B. auch jener von Integration und Menschenrechten. Die Stärke hinsichtlich der Reichhaltigkeit der Informationen stellt zugleich eine gewisse Schwäche des Buches dar – zu leicht passiert es, sich in der Fülle der Darstellungen und Fragen zu verlieren. Dass das Buch auf eine Einleitung verzichtet und stattdessen zu Anfang Literaturempfehlungen gibt (S. 11 f.), erschwert zusätzlich die Orientierung für die Leserin oder den Leser, der rote Faden ergibt sich oft erst über viele Umwege.

Der Schwerpunkt der irregulären Migration (S. 13) durchzieht das Buch, und Nuscheler behandelt einige wichtige Aspekte (insb. Teil 1, Kapitel 4.4) wie die Verengung legaler Migrationspfade, die Theorie des dualen Arbeitsmarktes und den problematischen Umgang der Politik, die „toleriert, was sie offiziell verbietet“ (S. 58). Es fällt jedoch auf, dass die bei Nuscheler sonst wichtige Kritik verkürzter Darstellungen und dramatisierender Bilder von Migration im Bereich der irregulären Migration etwas kurz ausfällt, und er diese m.E. selber dramatisiert. So thematisiert Nuscheler mehrfach Menschenschmuggel als lukratives Geschäft. „Die Menschenhändler sind häufig mit modernster Logistik, großer Skrupellosigkeit und krimineller Energie ausgestattet“ (S. 58, vgl. auch z.B. S. 77). So wichtig es ist, dieses Problem zu thematisieren, so richtig ist es, dass zahlreiche Menschen legal einreisen, und sich erst anschließend irregulär in Europa oder Deutschland aufhalten. Irreguläre Migration sollte nicht nur als menschenrechtliches Problem im Kontext des internationalen Menschenhandels wahrgenommen werden, auch in Deutschland sind zahlreiche menschenrechtlich relevante Fragen ungelöst – sei es die medizinische Versorgung oder der Schulbesuch von Kindern ohne gültigen Aufenthaltsstatus.

Insa Breyer, Berlin

**Jan M. Piskorski, Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift. Aus dem Polnischen von Andreas Warnecke. Osnabrück: fibre Verlag 2005, 180 S.**

Der Versuch des Stettiner Mediävisten Jan Maria Piskorski beginnt – anstelle einer Hinführung zu seinem Thema – mit einer launischen Anekdote aus dem Göttingen unserer Tage und setzt damit den

Ton für das, was folgt: eine im Aufbau eher inkohärente persönliche Stellungnahme zu den seit Beginn dieses Jahrhunderts aufgetretenen Misshelligkeiten im deutsch-polnischen zeitgeschichtlichen Dialog.<sup>1</sup> Dabei liegt der Schwerpunkt auf den schmerzlichen Geschehnissen um die Grenzänderungen und den daraus folgenden Bevölkerungsumsiedlungen, deren Urgrund in der nationalsozialistischen Aggression zu suchen ist. Insofern ist der Titel der deutschen Ausgabe treffender als jener der polnischen (Piskorskis Essay ist ein Jahr zuvor unter anderem Titel – Polen und Deutsche. Muss die Vergangenheit zwischen ihnen eine Barriere bilden? [Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą?] – auf Polnisch erschienen).

Andererseits jedoch ist der inhaltliche Zuschnitt der selbstgestellten Aufgabe, das Vertreibungsgeschehen in die deutsch-polnische Geschichte einzubetten, seltsam einseitig geraten. Und das liegt zum einen an dem – unter Intellektuellen in Polen modischen – Generalverdacht, die Deutschen wollten sich eine leichter erträgliche Vergangenheit zurechtbiegen; der Argwohn wiederum beruht – wie zu vermuten ist – auf einer Renaissance rechtsnationaler Einstellungen jenseits der Oder. Zum anderen rührt die verengte Sichtweise offenbar aus der Ursprungsabsicht dieses Essays her: dem *polnischen* Leser den Standpunkt in Deutschland näher zu bringen, wobei der Verfasser aus nationalem Blickwinkel argumentiert. Daher die Konzentration seiner Polemik auf den Bund der Vertriebenen und auf dessen Bemühungen um eine angemessenere öffentliche Darstellung der spezifischen (Leidens-)Erfahrungen der deutschen Flüchtlinge, Zwangsausgesiedelten und Heimatvertriebenen im zeitgeschichtlichen Kontext. Piskorski hält sie für bloß rückwärtsgewandte Äußerungen einer nach wie vor unversöhnlichen oder gar revanchistischen (S. 41) Grundeinstellung.

Das Einleitungskapitel transportiert also einmal mehr an der Weichsel vorherrschende erinnerungspolitische Grundüberzeugungen – darunter auch jene von der gleichwertigen Bedrohung von Juden und Polen unter der NS-Besatzung, wobei dem „nationalsozialistischen Terror“ angeblich „sechs Millionen Menschen, d.h. 20% der Bevölkerung, zum Opfer“ gefallen seien (S. 17, 19) –, und zugleich wird suggeriert, die Zahl der polnischen Todesopfer liege gleich hoch wie jene der jüdischen.

---

<sup>1</sup> Siehe auch die kürzere Darlegung vom gleichen Verfasser: Über den polnisch-deutschen Historikerdiskurs und das Bild Polens in der Welt, in: *Inter Finitimos* 1 (2003), S. 41-51.

Neue Einsichten in den polnischen Anteil an der Planung, Propagierung, Vorbereitung und ideellen Absicherung der „Entdeutschung“ der Gebiete östlich von Oder und Neiße vermag der Verfasser nicht zu vermitteln. Die These von der „Rache der Opfer“ wird verworfen oder schlicht verharmlosend dem Vergeltungsbedürfnis einiger „hemmungloser Verbrecher, häufig jüdischer oder polnisch-jüdischer Herkunft“, angelastet und somit als Randerscheinung abgetan. Doch wozu hätte man es dann 1945 nötig gehabt – wie Piskorski den Behörden zugute hält –, „überall [!] Bekanntmachungen“ anzubringen, „die den menschlichen Umgang mit der deutschen Bevölkerung anmahnten“ (S. 25 f.)? Die offizielle, von Seiten der Regierung und ihrer Organe gewollte und geförderte antideutsche Hasspropaganda scheint ihm völlig unbekannt zu sein. In der Tagespresse wurde (um hier nur *ein* anschauliches Beispiel zu nennen) die angestrebte Austreibung aller Deutschen „hinter die Oder (za Odre)“ Mitte Juli 1945 mit einer Karikatur Karol Baranieckis flankiert, welche die Vertreibungsopfer als Kakerlaken darstellte, denen der Insektenvertilgungsmittel versprühende polnische Soldat bis zum Grenzpfahl auf den Fersen war, denn – so der Untertitel – solches Ungeziefer „brauchen wir bei uns nicht (Prusaki w naszym domu niepotrzebne)“ (Polska Zbrojna, Nr. 142 vom 15. Juli 1945). Offenbar sind also nicht nur Deutsche (und ein paar jüdische KZ-Überlebende) – um es mit Detlef Brandes zu formulieren – „bei Hitler in die Schule gegangen“<sup>2</sup>! Im heutigen Polen möchte man sich daran freilich nicht mehr erinnern – und auch nicht erinnert werden.

Ebensowenig wird hier deutlich (S. 29), dass es Einzelpersonen und Gruppen aus West- und Mittelpolen – und nicht die Umsiedler aus dem der UdSSR zugeschlagenen Ostpolen – waren, die durch Raub und Plünderung 1945/46 von der Abschiebung der Deutschen am meisten profitierten.

Piskorski verkennt zudem, dass aus Polen kommende Überlebende des Judenmordes ihren Hass nicht allein gegen Deutsche richteten. Man denke hier beispielsweise an die Aussagen des jüdischen Überlebenden Benjamin P., der sich bei Aussig unter der angenommenen Identität eines SS-Mannes zunächst an dort festgehaltenen polnischen Zwangsarbeitern rächte „[b]ecause they are big anti-Semites (...)“, und im Mai 1945 seinen Hass auf die Deutschen auslebte, indem er meh-

---

<sup>2</sup> Detlef Brandes, „Bei Hitler in die Schule gegangen? Die Planung der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und ihre Vorbilder“. Öffentlicher Vortrag im Herder-Institut, Marburg, am 10. Oktober 2002.

rere umbrachte.<sup>3</sup> Außerdem ist nicht nur die Rache an den Tätern bzw. deren Angehörigen, sondern teilweise auch der – vom Verfasser ausgeblendete – hausgemachte und genuin polnische Beitrag bei der Anbahnung der Vertreibung von Millionen Menschen eng mit Namen von Politikern „polnisch-jüdischer Herkunft“ verbunden.<sup>4</sup> Alfred Lampe etwa war seit 1918 zunächst in der Jugendorganisation der jüdischen Arbeiterpartei Poale Zion aktiv, ehe er Mitglied des Jugendverbandes der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens und später des Zentralkomitees der verbotenen Kommunistischen Partei Polens wurde. „Das ewig polnische Schlesien soll mit dem Mutterland verbunden werden, die Weichselmündung (...) muss wieder in polnische Hände gelangen. Über Ostpreußen und Pommern muss unser Zugang zum Meer verbreitert werden“,<sup>5</sup> forderte und propagierte er 1943 aus dem Moskauer Exil. Bekanntermaßen machten sich damit die Kommunisten noch während des Krieges das nach Westen ausgreifend expansionistische Programm der polnischen – antideutsch und antisemitisch eingestellten – Nationaldemokraten dauerhaft zu Eigen.<sup>6</sup>

Das manipulative nationalkommunistische Erbe ‚Volkspolens‘ wird schließlich weder thematisiert noch gar analysiert, als wäre dessen Vergangenheitspolitik heute (immer noch) selbstverständlich. Die sowjetischen Kommunisten, die in den 1930er Jahren in Sachen Zwangsumsiedlungen bereits über einen großen Erfahrungsschatz verfügten, unterstützten ihre polnischen Genossen bei dem Ziel, Polen zu einem Staat ohne Minderheiten zu machen, nach Kräften.<sup>7</sup> Sie befriedigten damit zugleich den überbordenden Nationalismus im Land.

Am Ende bleibt festzuhalten, dass es anderthalb Jahrzehnte nach dem offiziellen Zusammenbruch des Kommunismus Historikern in

<sup>3</sup> Fresh Wounds. Early Narratives of Holocaust Survival, hrsg. v. Donald L. Niewyk. Chapel Hill (u.a.) 1998, S. 126-137, hier S. 133.

<sup>4</sup> Siehe Joan S. Skurnowicz, Soviet Polonia, the Polish State, and the New Mythology of National Origins, 1943-1945, in: Nationalities Papers 22 (1994), Ergänzungsband Nr. 1: Ethnopolitics in Poland, hrsg. v. Henry R. Huttenbach u. Gabriele Simoncini, S. 93-110.

<sup>5</sup> Antoni Przygoński, Alfred Lampe, Współczesne życiorysy Polaków [Zeitgenössische polnische Lebensläufe]. Warszawa 1976, S. 76: „Odwiecznie polski Śląsk winien być połączony z Macierzą, ujście Wisły (...) musi wrócić w polskie ręce. Poprzez Prusy Wschodnie i Pomorze musi być rozszerzony nasz dostęp do morza. Niebezpieczeństwo niemieckie nawisłe od północy musi być zlikwidowane.“

<sup>6</sup> Zur Rezeption der Gedanken des Chefideologen der Nationaldemokratie, Roman Dmowski, siehe T. David Curp, „Roman Dmowski Understood“: Ethnic Cleansing as Permanent Revolution, in: European History Quarterly 35 (2005), H. 3, S. 405-427.

<sup>7</sup> John J. Kulczycki, The Soviet Union, Polish Communists, and the Creation of a Polish Nation-State, in: Russian History 29 (2002), H. 2-4, S. 251-276.

Polen weiterhin schwer fällt, das manipulative nationalkommunistische Erbe Volkspolens hinter sich zu lassen. Daher mündet ihr Ansatz in Verharmlosung und (Selbst-)Idealisierung. Die Stärken der Streitschrift liegen dort, wo Piskorski dem deutschen Leser die polnisch-nationale Sicht zu vermitteln vermag. Doch wenngleich er seinem polnischen Lesepublikum über die unter Deutschen auftretenden Haltungen manches erläutern kann, ist der Band wegen zahlreicher Ausklammerungen und einer weitgehend unkritischen Haltung in Bezug auf den polnischen Anteil an der Vertreibungsgeschichte insgesamt wenig informativ und innovativ. Hinter dem internationalen Forschungsstand zur polnischen Zeitgeschichte bleibt der Polemiker Piskorski weit zurück.

Klaus-Peter Friedrich, Marburg

**È.G. Plesskaja-Zebol'd, Odesskie nemcy 1803–1920 [Die Deutschen in Odessa 1803–1920]. Odessa: Izdatelel'stvo „TÈS“ 1999, 520 S.**

Den Deutschen in der multiethnischen und multikulturellen Schwarzmeer-Metropole Odessa ist die vorliegende Publikation gewidmet, deren Erscheinen der Förderung und Unterstützung durch das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises zu verdanken ist. Wie die Verfasserin in ihrer Einleitung hervorhebt, gibt es bereits eine beachtliche Zahl von Arbeiten zum Thema, allerdings auch genügend Aspekte, die einer Bearbeitung harren. Sie wollte mit ihrem Buch vor allem versuchen, den Beitrag der deutschen Bevölkerung zur Entwicklung Odessas und ihre Rolle im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt zu beleuchten sowie Art und Umfang ihrer Integration in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen zu untersuchen. Dazu konnte Plesskaja-Zebol'd neben einer umfangreichen, aber überschaubaren Sekundärliteratur die zahlreich zur Verfügung stehenden lokalen und regionalen Archive und Repositorien nutzen, amtliche Dokumente, aber auch Zeitungsbestände, Memoiren und museale Sammlungen auswerten. So ist ein Buch entstanden, das dem Leser vielfältige Aufschlüsse über Handel und Wandel der Deutschen in Odessa liefert.

In weit über einem Dutzend Kapiteln fächert die Autorin sozus-

gen Lebenswelten, Institutionen, Tätigkeitsbereiche und Aktionsfelder auf, die in chronologischer Ordnung ab *urbe condita* und bis zur Etablierung der Sowjetmacht nach Krieg und Bürgerkrieg untersucht und dargestellt werden. Nur kurz werden Gründung und Ansiedlung behandelt und einige Grunddaten genannt. Dazu gehören Angaben über den Anteil der Deutschen, die von Anbeginn an eine numerisch unbedeutende Gruppe stellten, Ende des 19. Jahrhunderts rund 10 000 Seelen zählten und damit lediglich 2,5 % der Gesamteinwohnerschaft Odessas stellten. Ganz anders dagegen lag deren Bedeutung für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im weitesten Sinn, weil hier die Deutschen, von denen zuletzt rund ein Drittel ausländische Untertanen waren, die auffälligsten und anhaltendsten Spuren hinterlassen haben. Im industriellen und gewerblichen Sektor waren deutsche Unternehmer vor allem im Landwirtschaftsmaschinen- und Gerätebau, bei der Produktion gehobener Verbrauchsgüter, im Druckerei- und Brauereiwesen, aber auch im Instrumentenhandel, Hotelgewerbe und der Gastronomie tätig. Außerdem existierte eine große Anzahl handwerklicher und kleingewerblicher Betriebe, die sich eines guten Rufes bei der Kundschaft erfreuten. Während auch darauf verwiesen wird, dass für Odessa als Handelsstadt der wichtigste Außenhandelspartner des Zarenreiches – Deutschland und seine Wirtschaft – eine dominierende Rolle spielte, wird von Plesskaja-Zebol'd die starke Vertretung von Deutschen an der Börse im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts kaum erwähnt. Ihr prominentester Repräsentant und langjähriger Vorsitzender des Börsenkomitees, Eugen Schulz, wird eher als Musterbeispiel für Korrektheit und Untadeligkeit sowie als Sponsor und Wohltäter dem Leser vor Augen geführt. Da sich die Verfasserin weitgehend auf die Darstellung der Entwicklung einzelner Unternehmen und Betriebe beschränkt, aber darauf verzichtet, eine Synthese und Einordnung des deutschen Anteils in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu liefern, haben diese Abschnitte einen etwas fragmentarischen und disparaten Charakter. Sie bieten aber einen wichtigen und materialreichen Einstieg in das Thema.

Konfessionell verteilten sich die Deutschen auf die evangelisch-lutherische, die reformierte und die römisch-katholische Kirche, die jeweils eigene Gemeinden bildeten. Deren Gründung, die Abhängigkeit von Qualität und Engagement der Geistlichen, Probleme des Kirchenbaus und des Unterhalts von Schulen und karitativen Einrichtungen werden skizziert, teilweise auch exemplarisch beleuchtet. Interessante Informationen erhält man hier etwa auch über die Struktur der katholischen Gemeinde, deren Probleme der Kirchenorganisation

sowie die auch sonst im Russischen Reich prekäre Lage der römischen Kirche mit ungeklärten Bischofssitzen und Anfeindungen seitens der russischen Orthodoxie. Dass nicht wenige der katholischen Priester, aber auch die meisten Gemeindemitglieder Polen waren, hat dabei auch eine Rolle gespielt.

Deutsche Bildungseinrichtungen entstanden relativ rasch in den und um die kirchlichen Gemeinden, wobei zunächst die religiöse Unterweisung den Unterricht bestimmte. Allerdings öffneten sich vor allem die lutherischen Schulen rasch für Andersgläubige und Nichtdeutsche, die die modernen Curricula in den sich zu Realschulen und Gymnasien wandelnden Bildungseinrichtungen schätzten. Ihnen folgten private Anstalten, darunter auch gewerblich ausgerichtete, so dass das Schulangebot nach Art und Umfang schließlich eine beeindruckende Vielfalt und entsprechende Chancen für die Absolventen bot. Auch in anderen Regionen des Russischen Reiches gehörten die Deutschen dank des hohen Stellenwerts, den Schulwesen und Erziehungseinrichtungen in ihren Reihen genossen, zu den Gruppen mit den niedrigsten Analphabetenraten und der besten Ausbildung. Im Unterschied zu den evangelischen scheinen katholische Schulen im städtischen Bildungssystem nur eine marginale Rolle gespielt zu haben. Jedenfalls konnte die Verfasserin lediglich die Existenz einer einzigen nachweisen, die zunächst streng konfessionell orientiert, schließlich zu einer der üblichen Dreiklassenschulen wurde.

Im weiteren skizziert Plesskaja-Zebol'd die Entstehung der *Novorossijskij* Universität, die sich aus einem einst vom Stadtgründer Richelieu angeregten und dem Bankier Stieglitz geförderten Lyzeum entwickelte, an der wie auch in der renommierten Kaiserlichen *Odesaer* Gesellschaft für Geschichte und Altertümer zahlreiche deutsche und deutschstämmige Wissenschaftler tätig waren und mit zum guten Ruf der Wissenschaften im „südlichen Russland“ beitrugen. Unter den bekanntesten werden u.a. die Historiker und Archäologen Philipp K. Brun und Ernst von Stern, der Altphilologe Paul Becker, der Zoologe Alexander Brauner oder auch der in Finnland geborene Alexander Nordmann genannt.

Meist in Form kurzer Skizzen und Überblicke wird in den übrigen Kapiteln dem gesellschaftlichen und politischen Leben der Deutschen in Odessa nachgegangen. Diese beginnen mit einer Darstellung der Presselandschaft, in der die seit den 1860er Jahren erscheinende „*Odesaer Zeitung*“ das wichtigste Blatt war, nicht zuletzt auch deshalb, weil die meisten übrigen Druckerzeugnisse einen akzentierteren konfessionellen Hintergrund hatten, Fachzeitschriften oder eher

Kalender- und Erbauungsschriften waren. Auch zahlreiche Klubs und Vereine bestimmten das gesellschaftlichen Lebens der Deutschen, wobei man hierzu aber nicht allzu viel erfährt, weil, wie die Verfasserin öfter betont, entsprechende Materialien und Informationen nicht zu finden oder zu erreichen waren. Mit einem kurzen Beitrag A. Eisfelds über die erfolglosen Versuche der Deutschen, 1917 Repräsentanten in die verfassunggebende Versammlung zu schicken, schließt der Abschnitt. Diesem folgen zwei Abhandlungen über die Rolle der Deutschen in der Architektur sowie im Musikleben der Stadt. In letzterem war nach Art und Umfang der deutsche Beitrag bescheidener als im Bauwesen, da ein gutes Dutzend deutscher und deutschstämmiger Architekten mit den von ihnen errichteten Stadtpalästen, öffentlichen Gebäuden, Wohnhäusern und Fabriken das Stadtbild Odessas nachhaltig prägten, wie auch in der Gegenwart noch eindrucksvoll zu erkennen ist.

Im abschließenden Kapitel stellt die Autorin in knappen Biografien namhafte Persönlichkeiten deutscher Herkunft vor, die wie E. Wobst, N. Lenz, W. Sanzenbacher, E. Schulz, Baron Mahs und P. Kotzebue für erfolgreiche Integration und Karriere in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Kommerz, Militär und Staatsverwaltung stehen, bevor die Autorin ein knappes Resümee ihrer Einsichten über die Deutschen in der Gesellschaft Odessas zieht.

Auch unter Berufung auf zeitgenössische Beobachter hebt sie den besonderen Charakter dieser Hafenstadt hervor. Ihn prägten die unterschiedlichen nationalen Bevölkerungsgruppen mit ihren Besonderheiten. Die Metropole habe ihnen sowohl die Möglichkeit zu Integration und Anpassung wie auch zu Abschottung und Isolation geboten. Offenkundig haben sich die Deutschen schwerer getan als andere, sich anzupassen und sich anderethnischen Kreisen und Gewohnheiten zu öffnen. Dies sei dann aber für die zweite und dritte Generation schon leichter gewesen. Vor allem die höchste Bildungsschicht der Deutschen habe sich internationalisiert bzw. sich ohne Druck Russland, seiner Kultur und Sprache assimiliert, nicht zuletzt auch deshalb, weil ihnen andernfalls in vielen Bereichen der Erfolg verwehrt geblieben wäre. Im Übrigen unterstreicht die Autorin immer wieder, dass sich die Deutschen für ihre neue Heimat entschieden hätten, sie Russland geliebt und ihm in guten wie in schlechten Zeiten gedient hätten. Sie verschweigt aber auch nicht, dass antideutsche Tendenzen und Stimmungsmache das Zusammenleben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trübten. Zu Ende kamen dann Assimilation und Symbiose mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als trotz zahl-



reicher Loyalitätsbekenntnisse auch die Odessa-Deutschen ihre Freiheiten verloren, Anschuldigungen und administrativen Zwangsmaßnahmen unterlagen. Mit Revolution, Bürgerkrieg und Sowjetmacht setzte schließlich eine neue Ära ein, die nicht nur für die Deutschen eine weitere schwere Prüfung bedeutete.

Die Textbeiträge des Buches werden durch einige Grafiken sowie zahlreiche, auch farbige Abbildungen unterschiedlicher Qualität aufgelockert und illustriert. Der umfangreiche Anhang besteht nicht nur aus einer Zeittafel, einem Quellen- und Literaturverzeichnis, man findet auch eine nach Sparten gegliederte Auflistung deutscher Unternehmen, Gewerbebetriebe und Handelshäuser sowie einen Namensindex, mit dessen Hilfe die lateinische Schreibweise der deutschen Namen eruiert werden kann.

Plesskaja-Zebol'd hat auf einer breiten Quellenbasis Leben und Wirken der Deutschen in Odessa nachgezeichnet und für einen breiten Leserkreis anschaulich gemacht. Da sie sich weitgehend auf die Kompilation von Fakten und die deskriptive Darstellung beschränkt, ist es mitunter schwer, ein Gesamtbild deutscher Repräsentanz in Odessa und deren Spezifika zu gewinnen. Dessen ungeachtet ist das Buch ein gewichtiger Beitrag zum Thema; zum einen weil es auf Forschungslücken hinweist, die trotz einiger inzwischen erschienen Untersuchungen noch nicht geschlossen worden sind, vor allem aber, weil es für Fachleute wie Nichtfachleute einen soliden Einstieg ins Thema bietet.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

**Post-Cold War Identity Politics. Northern and Baltic Experiences,** hrsg. v. Marko Lehti u. David J. Smith. London/Portland, Or.: Frank Cass 2003, 320 S. (Nationalism and Ethnicity).

Dieses Sammelwerk mit zwölf umfangreichen Beiträgen ist aus einer Reihe von Seminaren hervorgegangen, die von einer internationalen Forschergruppe zum Thema „Mapping the Baltic Sea Area: the Meaning of Political Space in the European North“ in den Jahren 1999–2001 organisiert worden sind. Zentrales Thema ist dabei der Ostseeraum, der, zumindest aus der westlichen Perspektive, nach dem Ende des Kalten Kriegs plötzlich eine Süd- und eine Ostküste

hinzugewann, die zuvor hinter dem Eisernen Vorhang gleichsam nur virtuell existent war. Das Auseinanderbrechen der nur vermeintlich stabilen geopolitischen Ost-West-Metaphorik hat dabei jedoch einer Vielfalt von miteinander konkurrierenden Bildern Raum gegeben, die wiederum ihrerseits die ältere Vorstellung des skandinavischen „Nordens“ herausfordern. Die einstmals periphere, geteilte Ostsee wurde zu einem neuen Zentrum, einem „Mittelmeer des Nordens“, das sich plötzlich ungeteilter Aufmerksamkeit sicher sein konnte. Die *eine* Identifikation mit dem durch die Ostsee charakterisierten Raum hat sich dabei nicht herauskristallisiert, schon weil die Ausgangspositionen der beteiligten Staaten zu unterschiedlich waren.

Mit Recht erinnern mehrere Autoren dieses Bandes an Schleswig-Holsteins ehemaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm, der zu Beginn der 1990er Jahre die naheliegende historische Parallele der Hanse nutzte, um zu einem neuen regionalen Verständnis des Ostseeraums zu gelangen, und darüber hinaus die Chance sah, seinem im deutschen und europäischen Maßstab peripheren Bundesland einen neuen, traditionellen Wirkungsbereich zu erschließen. Auch wenn diese rhetorische Reanimation des nördlichen „Vorläufers der EU“ nicht zuletzt aufgrund des ihr inhärenten, nicht allen Anrainern willkommenen Hinweises auf deutsche Dominanz Episode blieb, gab Engholm den Startschuss für einen diskursiven Prozess, den Marko Lehti pointiert „Possessing a Baltic Europe“ nennt („Possessing a Baltic Europe: Retold National Narratives in the European North“, S. 11-49). Hierbei geht es Lehti freilich nicht um expansionistische Gelüste der einen oder anderen Macht, sondern eher um die Dominanz bestimmter neuer historisch untermauerter Narrative, die eben zumeist einem nationalen Publikum vermittelt zu werden hatten und dementsprechend „national“ auszuschnücken waren. Die Neuentdeckung der Ostsee in den 1990er Jahren bietet dafür prominente Beispiele. So wie Engholms Hanse-Rhetorik eine „Rückkehr der Geschichte“ postulierte, so begann man auch in Schweden, sich wieder der Ostsee als einem „natürlichen“ Raum zuzuwenden und das eigene Imperium im 17. Jahrhundert als „Goldenes Zeitalter“ zu reinterpretieren.

Deutlich wird hier wie in einigen anderen Beiträgen die entscheidende Rolle der Geschichte für die Kompatibilität dieser Konzeptionen von Raum (und Zeit). Während der Gedanke an die Hanse dem dänischen oder schwedischen historischen Gedächtnis nicht zu verkaufen war, aber – wie bei den deutschen „Hansen“ – die Ostsee hier durchaus positiv besetzt war, musste für Finnland jede Idee eines „Ostseeraums“ zunächst einmal fremd bleiben.

Aber auch die Finnen beteiligten sich schließlich mit einer eigenen Idee an diesem „re-mapping“ des „Nordens“: Nachdem die EU an der finnisch-russischen Grenze angekommen war, fanden sie schnell eine Möglichkeit, ihre Furcht vor einer Marginalisierung innerhalb Europas dadurch zu überwinden, dass sie sich eine spezifische Rolle in einem eigenen Raum zudachten: Die finnische Initiative der „Nördlichen Dimension“ ist konsequenterweise ohne Bezug auf die Ostsee in erster Linie auf einen Einbezug der Russischen Föderation in die Zusammenarbeit mit EU-Strukturen gerichtet. In seiner Fallstudie über den Identitätswandel in Finnland arbeitet Christopher S. Browning („From Modern to Post-Modern Region-Building: Emancipation of the Finnish Nation from the State“, S. 101-127) heraus, dass die Finnen das „postmoderne“, übernationale regionale Konstrukt der „Nördlichen Dimension“ und das Heranführen des östlichen „Other“ Russland an das Europa der EU geradezu als „nationale“ Aufgabe sehen – so formulierte es jedenfalls seinerzeit Ministerpräsident Paavo Lipponen.

Für die drei baltischen Staaten, die einen regionalen Schwerpunkt des Bandes darstellen, ist in Bezug auf den östlichen Nachbarn von einer größeren Portion Skepsis auszugehen als bei den Finnen. Vor dem Hintergrund des dominierenden Sicherheitsdiskurses in der estnischen, lettischen und litauischen Politik war es für sie zu Beginn der 1990er Jahre keineswegs aktuell, ihr historisches Verhältnis zur Ostsee zu klären. Wie David J. Smith mit Recht hervorhebt („Nordic Near Abroad or New Northern Europe? Perspectives on Post-Cold War Regional Co-operation in the Baltic Sea Area“, S. 50-77), wäre das einem Umweg gleichgekommen, da es für die drei neuen Staaten nur darum ging, auf dem schnellsten Weg nach Europa zu gelangen. Der Blick nach Skandinavien konnte in dieser Phase – im Gegensatz zu heute – also noch nicht als Selbstzweck dienen. Während für die Esten zunächst die Integration in die europäischen Strukturen Vorbedingung für eine Normalisierung ihrer Beziehungen mit Moskau darstellte, sahen es allerdings europäische Institutionen umgekehrt, und das durchaus mit Distanz zu Russland. Denn Mitte der 1990er Jahre hatte man im Westen gelernt, Russlands ständige und zum Teil in der Wortwahl drastisch überzogene Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen im Baltikum nicht mehr ernst zu nehmen.

Russlands ambivalentem Verhältnis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken an der Ostsee ist ein aufschlussreicher Beitrag von Viatcheslav Morozov („The Baltic States in Russian Foreign Policy Discourse: Can Russia become a Baltic Country?“, S. 219-252) gewidmet. Ihm zufolge

ist die rituelle russische Kritik an der Situation der russischsprachigen Minderheit in Lettland und Estland in erster Linie wichtig für Russlands Selbstbild als europäisches Land: Indem Riga und Tallinn als „falsches Europa“ (Ivar Neuman) an den Pranger gestellt werden, kann sich Moskau als Verteidiger des „wahren Europa“ präsentieren. Diese Rhetorik aufzugeben hieße wiederum im Umkehrschluss, Russlands europäische Identität in Frage zu stellen. Angesichts der Zweischneidigkeit des Maßstabs „Europa“ für Moskau – man muss ja nicht gleich an Tschetschenien denken – ist Morozovs Verweis auf die Dominanz des Großmachtdenkens und den Diskurs der Kontinuität des Staates vielleicht noch bedeutsamer. Beide Komponenten absolut genommen – als historisches Kontinuum von den Zaren über Stalin zu Putin – bedeuten für das russische außenpolitische Denken letztlich nichts anderes, als dass die Minderheitenfragen der baltischen Staaten eine innere Angelegenheit Russlands darstellen können. Unter diesen Voraussetzungen sei es für Moskau ein weiter Weg, ein „Baltic country“ zu werden. Als „normaler“ Anrainerstaat der Ostsee müsste Moskau schließlich nicht nur lernen, auf gleicher Höhe mit kleinen Staaten wie Schweden oder gar Estland zu sprechen, sondern auch die Relevanz übernationaler Organisationen zu akzeptieren – und dürfte sich zudem selbst in Fragen der Menschenrechte keine Blöße geben. In diesem Punkt allerdings, so schließt Morozov mit Recht, sei auch der Westen gefragt, denn sein stereotypes Insistieren auf „Stabilität“ in Russland reiche in diesem Zusammenhang nicht aus.<sup>1</sup>

Wie die Finnen, so kennen auch die Esten Vahur Made zufolge („Estonia and Europe: A Common Identity or a Common Crisis?“, S. 183-198) keinerlei positiven Diskurs über die Ostsee, schließlich habe die Hanse zum deutschen Erbe gezählt, das im prägenden estnischen nationalen Narrativ der 1930er Jahre ausgeblendet wurde. Erst heute wieder gehört die Hanse zu den eigenen „guten“ Traditionen, man denke nur an das florierende Restaurant „Olde Hansa“ im Herzen der Tallinner Altstadt. Zwar ist es zweifellos richtig, dass die vom Lande kommende nationale Bewegung stets den estnischen Bauern, nicht den Fischer in den Mittelpunkt gestellt hat, doch sind die in-

---

<sup>1</sup> Vgl. zu diesem Komplex unter Einbezug der neueren Entwicklungen Viatcheslav Morozov, *The Baltic States and Russia in the New Europe: A Neo-Gramscian Perspective on the Global and the Local*, in: *The Baltic States and Their Region: New Europe or Old?*, hrsg. v. David J. Smith. Amsterdam/New York 2005, S. 275-292; Karsten Brüggemann, *Estonia and her Escape from the East: The Relevance of the Past in Russian-Estonian Relations*, in: *Representations on the Margins of Europe. Cultural and Historical Identities in the Baltic and South Caucasian States*, hrsg. v. Tsypylma Darieva u. Wolfgang Kaschuba. Frankfurt a.M./New York 2007) (Das Fremde und das Eigene. 3) (im Druck).

sularen Traditionen, die nur vom Land aus isolationistisch wirkten, nicht so einfach auszublenden, wie Made es zu versuchen scheint: Der Verweis auf die einstmals die Ostsee beherrschenden estnischen Piraten war vor 1940 durchaus prominentes Element der historischen Selbstdarstellung unter dem Regime Päts.<sup>2</sup> Aber die Ostsee – das ist noch nicht Europa, denn, und hier ist Made durchaus zuzustimmen, es waren erst die Jungsten von „Noor-Eesti“, die ein positives Europabild in der estnischen Kultur etabliert haben. Gleichzeitig kann Made freilich nur wenig Begeisterung für die EU verzeichnen – die positiven Ergebnisse des Referendums im September 2003 waren zur Zeit der Abfassung des Beitrags noch nicht bekannt. Am Schluss bleibt ein durchaus ambivalentes Bild der estnischen Beziehung zu Europa, das nicht zu Unrecht der populären Gleichung Estland = Europa widerspricht.

Verglichen mit den 1920er und 1930er Jahren hat sich die lettische Rhetorik in Bezug auf den Norden inzwischen geändert. Valters Ščerbinskis zeigt in seinem Text („Looking for Neighbours: Origins and Developments of Latvian Rhetoric on Nordic ‚Closeness‘“, S. 157-172), dass man sich abgesehen von einer Sympathie für Schweden in Folge des populären Mythos der „guten alten Schwedenzeit“ im 17. Jahrhundert und für Finnland als vierter baltischer Staat politisch in der Zwischenkriegszeit wenig engagierte. Erst nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit sei das Interesse an den skandinavischen Ländern nicht zuletzt deshalb angewachsen, weil man sich durch die „natürlichen“ Kontakte mit ihnen enger an Europa binden wollte. Und Litauen? Inga Pavlovaite zufolge („Paradise Regained: The Conceptualization of Europe in the Lithuanian Debate“, S. 199-218) ist nicht nur das nach französischen Berechnungen hier liegende geografische „Zentrum Europas“ zu einem touristischen Höhepunkt geworden, sondern Litauen insgesamt höchst europafreundlich. „Europa“ biete zum einen die Parameter, um sich von Russland abzuheben, wie es in Bezug auf die *Kaliningradskaja oblast* erfolgreich praktiziert werde, und gelte zum anderen als Orientierung dafür, wie sich das Land zu verhalten habe. Diese Projektionen sind vor dem Hintergrund der Metapher von der „Rückkehr nach Europa“ fraglos auch bei den beiden nördlichen Nachbarn bestimmend. Pavlovaite scheut zwar einen Blick hinter die dominanten Diskurse der Dekade, doch war sicher-

---

<sup>2</sup> Karsten Brüggemann, The Eastern Sea is a Western Sea: Some Reflections on Estonia as a Baltic Sea Country, in: The Baltic as a Multicultural World. Sea, Region and Peoples, hrsg. v. Marko Lehti. Berlin 2005 (The Baltic Sea Region: Nordic Dimensions – European Perspectives. 4), S. 59-79.

lich von ihr keine Hellseherei in Hinblick darauf zu erwarten, dass Kommentatoren wie Leonidas Donskis in Folge der Paksas-Krise der litauischen Politik mittlerweile das europäische Reifezeugnis verweigern.<sup>3</sup>

Wie Jörg Hackmanns aus historischer Sicht verfasster Beitrag („Past Politics in North-Eastern Europe: The Role of History in Post-Cold War Identity Politics“, S. 77-100) zeigt, stehen die diversen nationalen Überlieferungen einem einheitlichen Bild der „Ostseewelt“ einstweilen noch entgegen. Außerdem macht sein Text deutlich, dass mit Deutschland und Polen zwei zumindest historisch am Bau dieser Ostseewelt beteiligte Elemente in diesem Band kaum vorkommen. Trotzdem zeigt dieser Band, wie fruchtbar die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Politologen und Spezialisten auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen mit Historikern sein kann. Natürlich sind – wie bei derart aktuellen Fragestellungen stets zu befürchten – manche der hier geäußerten Vermutungen aufgrund der Ereignisse längst passé. Für die meisten Beiträge war zwar der Beitritt der baltischen Staaten zur EU durchaus absehbar, doch gab es noch manche Zweifel an ihrer Aufnahme in die NATO. Zuweilen konnte das mittlerweile beinahe schon mystische Datum 11. September 2001 in die Texte hineinredigiert und zu Recht auf die leichte Akzentverschiebung in der Rhetorik Vladimir Putins bereits unmittelbar zuvor hingewiesen werden. Aber gerade im Hinblick auf Aussagen russischer Machthaber ist zu konstatieren, dass ihre Halbwertszeit zum Teil recht kurz zu sein pflegt. Pami Aalto z.B. war in seinem Beitrag über „Post-Soviet Geopolitics in the North of Europe“ (S. 253-276) doch zu wenig vorsichtig, als er vermutete, dass ja selbst Vladimir Žirinovskij Estland bereits als souveränen und freundlichen Nachbarstaat ansehe. Spätestens im Vorwege der russischen Parlamentswahl Ende 2003 konnte dieser Eindruck korrigiert werden: Die Esten könnten ja Pärnu und Tallinn behalten, so der Vorsitzende der Liberaldemokraten. Aber Narva und Tartu – Rugodiv und Jur’ev – seien eben russische Städte und folglich russischer Besitz.<sup>4</sup> Expansionistische Gelüste, so heißt es, gehörten einfach zum Kolorit russischer Wahlkämpfe dazu. Aber müssen diese Kampagnen immer gleich verlaufen?

Karsten Brüggemann, Hamburg

---

<sup>3</sup> Leonidas Donskis, The Winter of Lithuanian Discontent, in: The Baltic Times Nr. 390 vom 15. Januar 2004.

<sup>4</sup> Ilja Smirnov, Vladimir Žirinovski vôtaks Eestilt ära Narva ja Tartu [Vladimir Žirinovskij würde Estland Narva und Tartu wegnehmen], in: Postimees vom 28. Oktober 2003.

**Riga im Prozeß der Modernisierung. Studien zum Wandel einer Ostseemetropole im 19. und frühen 20. Jahrhundert, hrsg. v. Eduard Mühle u. Norbert Angermann. Marburg: Verlag Herder-Institut 2004, 296 S. (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung. 21).**

21 Beiträge umfasst der vorliegende Band des Herder-Instituts, die sich mehrheitlich mit der heutigen Hauptstadt Lettlands in der Phase ihres wahrscheinlich größten Umbruchs von der deutsch geprägten Handelsstadt zum baltischen Industriezentrum befassen. Die Studien zu Riga als „ein besonders lohnendes und interessantes Fallbeispiel zum Studium des Wandels von einer vormodernen zu einer modernen Metropole“, wie es die Herausgeber Eduard Mühle und Norbert Angermann in ihrer Einleitung vorgeben, stellen das Ergebnis einer internationalen Tagung zum 800-jährigen Stadtjubiläum dar, veranstaltet von der Universität Lettlands, der Universität Greifswald, der Baltischen Historischen Kommission und dem Herder-Institut in Marburg. Geplant ist ein zweiter Band, in dem die mittelalterliche und frühneuzeitliche Entwicklung Rigas im Vordergrund stehen wird.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde Riga mit politischen und ökonomischen Strömungen konfrontiert, die das Gesicht der Stadt mit seiner bis dahin über 700 Jahre währenden Geschichte in kürzester Zeit nachhaltig veränderten. Die Ausmaße dieser Entwicklungen zeigten sich im demografischen Wandel, in der Bevölkerungszusammensetzung und damit im kulturellen Leben der Stadt. Innerhalb dieser Veränderungen durchzieht der Prozess des nation-building zum unabhängigen Staat Lettland mit dem auf seine Hauptstadt Riga gerichteten Fokus die Mehrzahl der gedruckten Beiträge. Einige Autoren setzten sich direkt mit ihm auseinander, indem sie Aspekte der lettischen Bevölkerung in den Vordergrund stellen, wie „Das bürgerliche Riga“ aus der Sicht der lettischen bürgerlichen Presse von Denis Hanovs, „Der Rigaer Lettenverein und die lettische Nationalbewegung“ von Kristine Wohlfart oder auch „Riga in the Period of the Formation of the Latvian State“, worin Kārlis Počs das „nationale Erwachen“ der Letten anspricht. Währenddessen betrachtet Jörg Hackmann in „Architektur als Symbol“ die architektonische Entwicklung Rigas unter nationalen Aspekten und stellt diese in den nordosteuropäischen Vergleich.

Auf kunstgeschichtliche Fragen gehen auch Gerd-Helge Vogel („Die Anfänge der Zeichenausbildung an der Universität Dorpat und ih-

re Bedeutung für die Herausbildung der bildenden Kunst in Riga“) sowie Irina Osnitskaia in ihrem Beitrag „Riga in 1825 in Drawings and Pictures of the Rigische Ingenieur Kommando“ ein, dessen Verfasserin die von Nikolaj I. in Auftrag gegebenen Stadt- und Gebäudeansichten Rigas vorstellt.

Dem einleitenden Artikel von Klaus Meyer, in dem der Autor das noch junge St. Petersburg mit dem 500 Jahre älteren Riga in der Phase ihrer „Modernisierung“ vergleicht, folgt der Blick zu einzelnen Bevölkerungsgruppen der Stadt an der Daugava. Das jüdische Gemeindeleben und seine politische Partizipation mit dem Russischen Reich skizziert Verena Dohrn in ihrem Beitrag „Das jüdische Riga im Prozeß der Moderne“, der sich um die Bedeutung und Funktion des staatlich anerkannten Rabbinats am Beispiel von Aron Pumpjanskij bewegt. Gustav Gangnus untersucht „Die Hirschenhöfer in Riga“, deren Präsenz in der lettischen Metropole bislang unbekannt geblieben war. Agnius Urbanavičius beleuchtet die große Anziehungskraft der litauischen Stadt Vilnius in „Immigration to Vilnius from the Cities around the Baltic 1663–1795“, von der sich die Bevölkerung Rigas jedoch wenig angesprochen fühlte. „Die polnischen Studenten am Rigaer Polytechnikum in den Jahren 1863–1915“ analysiert Arkadiusz Janicki, der einen verblüffend hohen Anteil im studentischen Gefüge offenbart. In „Non-Latvian Catholics in the Public Life of Riga“ entwirft Ēriks Jēkabsons ein Bild über das Zusammenleben der doch so ungleichen Bevölkerungsgruppen der Polen, Litauer und katholischen Weißrussen, die 1913 immerhin gemeinsam 20% der Stadtbevölkerung ausmachten.

In den Beiträgen mit der zeitlichen Schwerpunktsetzung nach 1918 kommt dem deutschen Faktor eine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Als ein Charakteristikum deutschbaltischer Lebensweise stellt Raimonds Cerūzis das korporative Leben unter deutschbaltischen Akademikern vor. In „Die deutsche Minderheit in Riga und ihr Verhältnis zum Staat 1918–1939“ verweist Cerūzis zugleich auf die politische Bedeutung der Studentenverbindungen für die Entfremdung zweier, d.h. deutscher und lettischer Bevölkerungsgruppen. Noch genauer betrachtet diesen Aspekt Inesis Feldmanis in „Die Deutschen in Riga und die lettisch-deutschen Beziehungen 1918–1939“. Hier wird v.a. die vorsichtige Hinwendung zum jungen lettischen Staat bis hin zur teilweisen Abkehr nach 1930 deutlich. Norbert Friedrich beleuchtet in „Der evangelische Gustav-Adolf-Verein und das Baltikum“ eine reichsdeutsche Hilfsorganisation, die sich nach 1918 im Baltikum für die Belange der deutschen Protestanten stark machte. Er sieht das



Spezifikum der Diasporaarbeit in Lettland in ihrem ausgesprochen völkischen Interesse.

Die Zäsur 1939 wird in zwei Abhandlungen thematisiert: Lutz Oberdörfer greift in „Die Umsiedlung der Deutschbalten im Herbst 1939 aus britischer Perspektive“ die kaum rezipierte britische Sicht auf, wohingegen Rasa Pārpuce die Verhandlungen des Paritätischen Ausschusses über das „Rigaer deutschbaltische Kulturgut im Schatten des Molotov-Ribbentrop-Paktes“ beschreibt.

Die deutsche Besatzungszeit wird von Edvīns Evarts „Riga als Zentrum des ‚Reichskommissariats Ostland‘. Die deutsche Okkupationsmacht und die lettische Landesselbstverwaltung 1941–1945“ bearbeitet und von Uwe Danker mit „Hinrich Lohses Riga: Die Zentrale der ‚Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland‘ und der Holocaust – eine besondere Nähe“ um die Frage der Täterschaft beim Judenmord erweitert. In diesem Zusammenhang konkretisiert Danker seine Ausführungen um das Beispiel Hinrich Lohses als unzureichende justitielle Aufarbeitung und Verurteilung von führenden Köpfen in der Zivilverwaltung des NS-Regimes nach 1945. Uldis Neiburgs „Two Resistance Movements – Two Enemies: Riga 1940–1945“ schließlich führt mit seinem Beitrag von der deutschen in die sowjetische Besatzungszeit unter Berücksichtigung des nationalen und kommunistischen Widerstands.

Mit „Riga im Prozeß der Modernisierung“ liegt eine aufschluss- und facettenreiche Publikation zum politischen und kulturellen Leben der späteren Hauptstadt Lettlands vor. Wichtige Stränge im Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden deutlich und ihre Entwicklung innerhalb einer Phase der Industrialisierung, Modernisierung und politischer Umwälzungen klar erkennbar. Gerade die Kürze der einzelnen Artikel ermöglicht den Blick auf zahlreiche neue Forschungsansätze und -ergebnisse und weckt zugleich das Interesse nach weiteren Ausführungen.

Für den noch ausstehenden zweiten Tagungsband bliebe nur noch zu wünschen, dass kurze biografische Notizen zu den Autoren Aufnahme fänden.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

Michael Schwartz, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“ Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*. München: R. Oldenbourg Verlag 2004, XIV, 1247 S. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. 61); *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente*, hrsg. u. eingel. v. Manfred Wille unter Mitarb. v. Steffi Kaltenborn. Bd. III: *Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953*. Wiesbaden: Harrasowitz Verlag 2003, 471 S. (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. 19,3).

In den Jahren 1996–2003 erschienen die von Manfred Wille und seiner Forschungsgruppe „Integration der Vertriebenen“ erarbeiteten drei Dokumentationsbände „Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente“ mit einem Umfang von insgesamt 1 442 Seiten. Wille und seine Mitarbeiter haben nicht nur das Bundesarchiv in Berlin, Koblenz und Potsdam durchforscht, sondern auch die Landes- und Staatsarchive sowie mehrere Stadtarchive der fünf neuen Bundesländer. Darüber hinaus wurden auch Auszüge aus der Presse und anderen Druckerzeugnissen aufgenommen. Insgesamt werden 1 338 Dokumente in den drei Bänden wiedergegeben. Ein „wichtigstes Anliegen“ der Sammlung sei es, den „wissenschaftlichen Zugriff auf den Untersuchungsgegenstand zu erleichtern und der auf das Territorium der SBZ/DDR ausgerichteten Vertriebenenforschung Impulse zu geben“. Dank der Forschungsstelle Ostmitteleuropa unter Leitung von Johannes Hoffmann sind die drei Bände in ihre wissenschaftliche Reihe aufgenommen worden.

In Band III wird an Beispielen zeitgenössischer Dokumente vorgeführt, wie die Parteien und Organisationen in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1953 auf die Ankunft der Deutschen aus dem Osten reagiert haben. Die Dokumente geben Aufschluss über das Verhalten der Parteien gegenüber den Interessen der Vertriebenen: zum Begehren nach Heimkehr und ihrer Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze. Sie verdeutlichen das Vorgehen der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die Ansätze zur Bildung von Vertriebenenorganisationen und Landsmannschaften. Anschaulich treten die Schwierigkeiten in der Bewertung der Situation auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen von SED und den einzelnen SMA-Kommandanturen zu Tage. Das Lavieren zwischen politisch gewollten und politisch durchsetzbaren Möglichkeiten offenbart sich u.a. in den Schriftstücken um

das plötzliche Zustandekommen des „Gesetzes zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ im September 1950.

Auch für Nichtfachleute auf diesem Gebiet ist der dritte Band spannend und teilweise überraschend, erfahren sie doch, dass die deutschen Kommunisten damals nur von einer Teilabtretung der ostdeutschen Provinzen ausgingen. Hatte man mit der Abtrennung Oberschlesiens und Ostpreußens gerechnet, so waren aber Pommern, Ost-Brandenburg und Niederschlesien schon in die Planungen für einen kommunistischen deutschen Nachkriegsstaat einbezogen worden. Die damalige Diskussion war trotz des Potsdamer Protokolls erstaunlich offen; im Gegensatz zu Walter Ulbricht hielten selbst Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck Grenzkorrekturen für möglich – allerdings nur bis zu den Wahlen 1946.

Nach der Erklärung Ulbrichts in Warschau im Juni 1948, „die Oder-Neiße-Grenze ist die endgültige Friedensgrenze“, hatte auch der letzte Vertriebene erkannt, dass die SED sein Verlangen nach Heimkehr nicht akzeptierte geschweige denn unterstützen würde. Die SED distanzierte sich mit der Proklamation der „Friedensgrenze“ von den Vertriebenen und verstärkte ab 1949 im Rahmen des einsetzenden „verschärfen Klassenkampfes“ die Repressionen gegen alle Andersdenkenden, insbesondere auch gegen Andersdenkende in der Grenzfrage.

Der allmähliche Abbau der sozialpolitischen Maßnahmen zur Unterstützung der Vertriebenen in der SBZ seit 1948 gipfelte in der propagandistischen Beseitigung des Problems der „Umsiedlung“. Seit Anfang des Jahres 1950 verschwanden die „Umsiedler“ aus dem DDR-Wortschatz und den Statistiken. Der Propaganda zum Trotz waren deren Lebensbedingungen keineswegs denen der Einheimischen gleich. Die Missstimmung unter den Vertriebenen stieg. Sie machten die Sowjetunion und damit indirekt die SED-„Russenpartei“ (S. 16) für ihr Schicksal verantwortlich. Die Forderung der SED nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Friedensgrenze stieß auf fast einhellige Ablehnung. Um die Zustimmung der Vertriebenen für die SED-Diktatur zu gewinnen, drängten die sowjetischen Statthalter auf die Verbesserung der Lage der „Umsiedler“. Im September 1950 folgte eine überraschende Wende in der Politik gegenüber den Vertriebenen: Mit dem „Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ wurden ein Maßnahmenkatalog zur Förderung von vertriebenen Arbeitern, Handwerkern und Landwirten sowie Hilfsprogramme für „Umsiedler-Neubauern“ und Wohnkredite verabschiedet.

Die Schwierigkeiten einer historischen Betrachtung der untersuchten Quellen liegen im methodischen Ansatz von Wille: Wird eine radikale Fokussierung auf das Verhältnis der Parteien, Organisationen und Institutionen zu den „Umsiedlern“ vorgenommen, um die beabsichtigte Problemstellung nicht aus den Augen zu verlieren, dann läuft dieser Ansatz Gefahr, notwendige Klärungen nicht zu verfolgen, um sich nicht in der Breite zu verlieren. Das Dilemma: Eine leidenschaftliche Vertiefung verhindert häufig breite Erklärungsverknüpfungen und umgekehrt. So wird beispielsweise eine erstaunliche Schilderung der Situation an der Neiße in Görlitz im Januar 1946 nicht erläutert und hinterfragt. Am 30. Januar 1946 berichtete der Ausschuss der antifaschistischen Parteien in Stadt und Land Görlitz an die Landesverwaltung Sachsen: „Durch die Sperrung der Grenze auf Seiten der russischen Administration haben sich in Görlitz (Ostseite) 2 000-3 000 Menschen angesammelt, die auf dem Wege von ihrer bisherigen Heimat nach anderen Gebieten Deutschlands sind. Es besteht keinerlei Organisation, die sich der Menschen annimmt. Nach glaubhaften Informationen, die allen vier Parteien bekannt sind, gehen diese Menschen jenseits der Neiße körperlich und seelisch zugrunde. Sie erhalten wenig oder gar keine Ernährung. Es gibt keine sanitären Einrichtungen, es werden keinerlei fürsorgerische Maßnahmen durchgeführt.“ (S. 34) Tatsache ist, dass die Deutschen von den Polen aus ihrer Heimat seit Juni 1945 systematisch vertrieben wurden, aber die andere Tatsache, dass die sowjetische Administration die Vertriebenen 1946 nicht über die Grenze ziehen ließ, bleibt ungeklärt. Immerhin war im Potsdamer Abkommen von Juli/August 1945 festgelegt worden, sie aus diesen Gebieten „human zu transferieren“, und der Kontrollrat hatte sich im November 1945 endlich auf einen Verteilungsschlüssel für diesen menschenunwürdigen ‚Transfer‘ in die Besatzungszonen verständigt.

Das letzte Dokument im dritten Band stammt vom 14. April 1953. Es ist ein Schreiben des Rates des Bezirkes Schwerin an die Räte der Kreise, in dem Erleichterungen bei der Tilgung von Krediten für „Umsiedler-Neubauern“ angekündigt werden. Acht Wochen später kommt es zum Juniaufstand 1953, dessen politische Forderungen in Görlitz mit stärkstem Nachdruck gestellt wurden. Die Stadt war seit den letzten Kriegswochen 1945 eine Endstation der auf Rückkehr hoffenden, meist schlesischen Vertriebenen, deren Zahl ein Mehrfaches der ansässigen Bevölkerung von Görlitz erreichte. Diese Dokumentenauswahl führt auf eine noch zu untersuchende Frage hin, die jedoch nicht von Wille formuliert wird: Zu bearbeiten bleibt die Fra-

ge, welchen Einfluss die Vertreibung und Entwurzelung eines Viertels der DDR-Bevölkerung auf die politische Radikalisierung hatten.

Dennoch lassen die veröffentlichten Dokumente des III. sowie der vorangegangenen zwei Bände Willes erkennen, dass die „Umsiedler“ in der DDR die emotional und materiell Leidtragenden der Vertreibung waren. Sie zahlten den größten Teil der Strafe für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges stellvertretend für alle Deutschen ohne einen Lastenausgleich und ohne die Möglichkeit, über ihren Verlust in der Öffentlichkeit zu reden. Diese Ergebnisse korrespondieren mit den Aussagen von Zeitzeugen in anderen biografischen Untersuchungen in den Jahren 1992–2000, in denen die Vertriebenen das Umsiedlergesetz von 1950 als das „Schweigegesetz“ bezeichneten – so wie sie die nach der Wende zugesprochenen 4 000 Mark „Schweigegehd“ nannten.

In den drei Bänden sind nun gewichtige Dokumente zusammengestellt und gut handhabbar, um wichtige Aspekte der Geschichte der Vertriebenen in der SBZ/DDR zu untersuchen. Wille wird seinem Anspruch gerecht und bietet mit dieser Dokumentation eine „dienende wissenschaftliche Handreichung“ nicht nur für Berufshistoriker, sondern für alle, die an der Geschichte der Vertriebenen in der SBZ/DDR Interesse haben.

Dagegen verfolgt Michael Schwartz mit seinem Werk ein duales Anliegen: „Wissenschaft muss nicht nur aufbauen, sondern zugleich zerstören.“ Und das „gilt auch für eine Arbeit zum Vertriebenenproblem im geteilten Nachkriegsdeutschland, die sich auf die politischen Integrationsstrategien und gesellschaftliche Entwicklungen in der SBZ/DDR konzentriert.“ (S. 1) Und das auf 1247 Seiten in einem Band.

Das opulente Werk ist nicht nur ein Beitrag zur Vertriebenenforschung, sondern soll auch ein Stück Gesellschaftsgeschichte im geteilten Nachkriegsdeutschland sein, das allerdings keine leichte Kost ist. Unproblematisch ist die kampfbetonte Sicht des Autors auf die bundesdeutsche Vertriebenenpolitik. Seine Kritik an der Vertriebenenforschung ist schneidend und spitz. Die Fülle des verarbeiteten Materials wirkt streckenweise erfrischend, wenn er seinem Historikerkollegen Philipp Ther handwerkliche Mängel nachweist (S. 40 u. 59). Doch ist es bisweilen ermüdend, wenn er seine Schadenfreude in Wiederholungen auslebt (S. 533). Erdrückend wirkt sich seine Kampfmethode auf den Leser aus, wenn er zwar mit Fug und Recht einen politikwissenschaftlichen Dilettantismus bei Ther feststellt, indem „man (...) jenseits nichtssagender Chiffren von ‚der‘

SMAD oder ‚der‘ SED – die grundlegende politikwissenschaftliche Einsicht vergebens (sucht), dass Politik ‚immer Koalitionsgeschehen‘ sei und daher hinter monolithisch wirkenden Fassaden mit ‚widersprüchlichen Aktionseinheiten‘ gerechnet werden müsse.“ (S. 40) Die seitenlange Beschwörung dieser „grundlegenden Einsicht“ – von der Einleitung bis in die Schlussbilanz – zermürbt den Leser jedoch. Schwartz will den „Erfolgsmythos“ von der Integration der Vertriebenen zerstören, „das Tabu der nachkriegsgesellschaftlichen Integrationskonflikte“ zum Bersten bringen, und das gelingt ihm auch. Nehmen wir nur den Mythos der SBZ/DDR-Propaganda von der 1945 durchgeführten Bodenreform, die „von größter Bedeutung für die Behebung der Not der Umsiedler“ gewesen sei, wie Wilhelm Pieck in den 1950er Jahren behauptete, und den Historiker Ther 1998 als „größte angestrebte Integration von Vertriebenen“ wiederholte, welchen Schwartz mit ein paar Zahlen und mehreren Worten (S. 1144) restlos entlarvt.

Schwartz vermittelt jedoch den Eindruck, dass die Vertreibung der Deutschen und ihre Integration im Restdeutschland vorwiegend ein materielles Problem dargestellt habe und die fehlende Solidarität der Einheimischen mit den zuströmenden Habenichtsen ein Konflikt zwischen Haben und Haben-Wollen gewesen sei. Hier werden von Schwartz eine wesentliche politische Triebkraft und ideologisches Motiv der Vertreibung verwischt: Bei der Vertreibung wurde die deutsche Bevölkerung zum Opfer einer nationalistisch geschürten Vergeltung für die Verbrechen, die im Namen der deutschen Nation begangen worden waren. Sie mussten anstelle der Nation leiden und für die wahren Schuldigen büßen. Der Einzelne wurde für schuldig erklärt – und das unabhängig von seinen Straftaten. Für sie gab es kein Entrinnen aus der nationalen Schicksalsgemeinschaft, denn das Unrecht, das sie erlitt, beruhte auf etwas, was sie nicht im geringsten verantworten konnten – Angehörige einer Nation zu sein. Ein jeder, der zum Opfer eines Nationalismus wird, bleibt immer unschuldig. Doch wenn Schwartz von der „doppelten Katastrophe von Vertreibung und Ankunft“ (S. 9, 1173, 1189) spricht, bagatellisiert er mit dieser Gleichsetzung nicht nur die Vertreibung, sondern er vernebelt den politisch bewusst herbeigeführten Untergang im Drama der Austreibung von Menschen mit der individuellen Ablehnung und Ausgrenzung, die sie bei der Ankunft erfahren haben.

Das umfangreiche Werk kann leider nicht als Nachschlagewerk betrachtet werden, nicht allein deshalb, da es weder ein Sachregister von „Ausweisung“ bis „Zwang“ besitzt noch ein Ortsregister von

„Angermünde“ bis „Zittau“ vorzuweisen hat, sondern weil auf eine historische Aufarbeitung von Zeitzeugenberichten verzichtet wurde. Schwartz lehnt biografische Untersuchungen ab, weil er „ein methodologisches Grundmisstrauen“ gegen den „beschönigenden Filter der Erinnerung“ hegt. „Individuelle Erinnerung taugt nur bedingt zur Korrektur vorherrschender gesellschaftlicher Deutungen“, denn – hier bezieht er sich auf Albrecht Lehmann („Im Fremden ungewollt zuhaus“) – „durch diese gesellschaftlich formulierte Vorstellung wird die Wahrnehmung der eigenen Geschichte geprägt.“ (S. 1189) Mit anderen Worten: Die Gesellschaft formuliert das, was ich erlebt haben muss. Doch haben die Widersprüche in der Vertriebenenpolitik der DDR und der BRD ihre Spuren in den Biografien der Menschen hinterlassen – und die sind es wert, verfolgt zu werden.

Aber auch die Frage nach der Integration der jungen Vertriebenen, also jene, die bis 1945 in der Hitlerjugend mitgewirkt haben und dann die Ulbrichtsche These von der Abtretung deutscher Gebiete als Wiedergutmachungsleistung verinnerlichten sowie den Wechsel zur FDJ mit Freuden vollzogen, kann nicht allein mit Verdrängung und Anpassungsdruck beantwortet werden. Die Vertriebenen in der SBZ/DDR wurden nicht nur offiziell zum Schweigen gebracht, sie selbst verstummten nach einiger Zeit. Nicht für alle stand das Erlebte im Widerspruch zur offiziellen Geschichtsinterpretation, viele machten sich diese zu Eigen, und aus ihrer Vertreibung wurde eine Umsiedlung. Viele akzeptierten die offiziell verkündete Geschichtsauslegung, wonach die Abtretung der durch den „Nazismus verspielten Ostgebiete“ an Polen eine kollektive Wiedergutmachung und Buße sei, und fühlten sich moralisch geläutert. Sie verinnerlichten dies, obwohl viele von ihnen gar nicht schuldhaft verstrickt waren in die Verbrechen der Nationalsozialisten. Sie identifizierten sich mit den propagierten Zielen des neuen Systems, beteiligten sich aktiv an seinem Funktionieren und waren von der Richtigkeit ihres Tuns fest überzeugt. Aber war das tatsächlich die Einsicht in die Notwendigkeit? Haben sie sich als Deutsche verantwortlich gefühlt? Und betrachteten sie das Kriegsende als Befreiung? Oder war es der erste Schritt auf dem langen Weg der kollektiven Selbstverleugnung?

Nach dem Kriege glaubten sie, zur Erkenntnis gelangt zu sein, dass sie von den Nationalsozialisten verführt worden seien. Nun lebten sie in einem Staat, der auf seine Fahne „Nie wieder Faschismus!“, „Nie wieder Krieg!“ geschrieben hatte und eine gerechte Gesellschaft aufbauen wollte, somit ihnen die Chance gab, an etwas Gutem und Positivem teilzuhaben. Darum sind viele von ihnen überzeugt, dass sie

in der DDR einer gerechten Sache gedient haben. Wenn ihnen nach 1989 die Auflösung dieses Systems als das Scheitern der Idee erklärt wird, ihnen also die über 40 gelebten Jahre getilgt werden, da es kein richtiges Leben im Falschen gebe, so empfinden sie das nicht nur als einen Biografieverlust, sondern als eine persönliche Schuldzuschreibung. Schuldig für eine Sache, die sie im Leben positiv besetzt hatte.

Am Ende noch ein Exkurs zur Verwendung von Begriffen: Schwartz propagiert „einen pragmatischen Umgang mit der komplizierten Terminologie“ von Flucht, Vertreibung, Umsiedlung und entscheidet, in seiner Studie „muss und wird von ‚Umsiedlerpolitik‘ gesprochen“, denn „die Politik der Sowjets und der SED konstruierte nun einmal ‚Umsiedler‘ und keine ‚Vertriebenen‘ (S. 5 f.). Im Sprachgebrauch gibt es viele Begriffe über historische Vorgänge, die zur Vertuschung oder Verharmlosung von Verbrechen führen und das geschichtliche Denken prägen. Hinter „Endlösung der Juden“ verbergen die Nazis den Mord an Juden. Der „Polenfeldzug“ bedeutete in Wirklichkeit den Überfall auf Polen und die mörderische deutsche Besatzung. Können Flucht und Vertreibung als „erzwungene Wanderschaft“ (Richard von Weizsäcker) oder als „eine der größten Völkerwanderungen“ (Guido Knopp) beschrieben werden? Niemandem der Betroffenen käme es in den Sinn, wenn er mit Gewalt aus Haus und Hof getrieben wurde, von einer Wanderung zu sprechen. Vertreibung ist nie freiwilliges Weggehen, sie ist immer erzwungen. Angesichts von Mord und Totschlag, Freiheitsberaubung, Vergewaltigungen und Raub an Hab und Gut, die mit der Vertreibung einhergegangen sind, wäre eine „Wanderung“ nicht allein Verhöhnung der Opfer, sondern ihre Negierung.

Verräterisch sind die „Rückwanderer“ (Wille S. 11): Die von der SPD in der SBZ verwendete Bezeichnung für die Vertriebenen ist keineswegs „unbeabsichtigt“, wie Wille meint (S. 11). Sie entspricht der in Polen propagierten Ideologie von den „wiedergewonnenen Gebieten“. Danach galt der ehemals deutsche Osten als urpolnisches Land, weil die Piastzeit in der Geschichte dieses Landstrichs als alleiniges und einzig würdiges Erbe zu gelten habe und die deutschen Kolonisatoren dorthin sollten, woher sie gekommen waren. Die verballhornte Gleichung „piastisch“ gleich „polnisch“ ging zwar nicht auf, wird aber von bestimmten patriotischen Kreisen stets noch präsentiert.

Der Begriff „Vertreibung“ ging nicht von der „Selbstbezeichnung organisierter Betroffener“ aus, wie Schwartz behauptet (S. 3), sondern von einem, der sich vornahm, im deutschen Osten „reinen Tisch“ zu machen: „Expulsion is the method which, in so far as we have been



able to see, will be the most satisfactory and lasting. There will be no mixture of populations to cause endless trouble... A clean sweep will be made. I am not alarmed by these transferences, which are more possible in modern conditions...<sup>1</sup> Diese Auszüge aus einer Rede Winston Churchills im House of Commons im Jahre 1944 müssen nicht kommentiert werden.

Wanja W. Ronge, Görlitz

**Tillmann Tegeler, Der litauische Partisanenkampf im Lichte sowjetischer Akten. München 2001, 88 S. (Mitteilungen des Osteuropa-Instituts. 44).**

Der Kampf litauischer Partisanen gegen die Sowjetmacht zwischen 1944 und ca. 1953 stellt verständlicherweise einen der Schwerpunkte der litauischen Historiografie nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit dar. Die Zahl der wissenschaftlichen Monografien, Dokumentenbände und Erinnerungen ist inzwischen nur noch schwer zu überschauen; mehrere Periodika widmen sich vor allem oder ausschließlich der Thematik. Die intensive historiografische Debatte wird jedoch fast ausschließlich in litauischer Sprache geführt, so dass die wenigen Veröffentlichungen in westlichen Sprachen besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Dementsprechend nimmt man den in der Reihe der Mitteilungen des Osteuropa-Instituts München erschienenen Band von Tillmann Tegeler mit großer Erwartung in die Hände, verspricht der Autor doch im Titel einen Blick auf den „litauischen Partisanenkampf im Lichte sowjetischer Akten“.

Überraschenderweise beschäftigt sich fast ein Drittel der 88 Seiten umfassenden Darstellung mit der Geschichte Litauens zwischen 1918 und 1944; wobei die Behauptung des Autors, diese Passage sei für das Verständnis des Partisanenkampfes nötig, wenig überzeugend ist und von der Darstellung nicht unterstützt wird. Leider ist diese lange Einleitung mit vielen Fehlern, Ungenauigkeiten und überholten Interpretationen durchsetzt, von denen hier nur einige – besonders ärgerliche – Erwähnung finden sollen.

---

<sup>1</sup> Zit. nach Alfred M. de Zayas, *Nemesis at Potsdam. The Expulsion of the Germans from the East*. 3. Aufl., Lincoln/London 1989, S. 1.

Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Beistandsvertrages mit der Sowjetunion im Herbst 1939, dessen Zwangscharakter Tegeleer nicht klar aufzeigt, sondern durch die überraschende Behauptung, die baltischen Staaten hätten in den 30er Jahren eine Annäherung an die Sowjetunion gesucht, sogar eine gewisse Freiwilligkeit Litauens suggeriert (S. 12), meint der Autor, niemand in der litauischen Delegation habe etwa von den geheimen Absprachen des Hitler-Stalin-Paktes gewusst und Litauen habe wegen der Unkenntnis der deutsch-sowjetischen Abmachungen noch geglaubt, aus dem Abkommen wegen der Rückkehr des Vilniusgebietes „Profit (...) geschlagen zu haben“ (S. 13). Jedoch hatte niemand anderes als Molotov in Anwesenheit Stalins der litauischen Delegation in Moskau in eindeutiger Weise erklärt, dass die Sowjetunion mit Deutschland einen Vertrag habe, nach dem Litauen politisch zu 100% der Sowjetunion gehöre und Deutschland gegen Abmachungen der Sowjetunion mit Litauen keinen Widerspruch einlegen werde. Und dann wurde der sowjetische Außenminister, wie die litauischen Akten belegen, noch deutlicher: „Deutschland hat zugestimmt, dass Litauen, wie Lettland und Estland, in die Interessensphäre der UdSSR eingeht.“<sup>1</sup>

Im Zusammenhang mit dem litauischen Aufstand gegen die sowjetische Besatzung im Juni 1941 vertritt der Autor alte, durch die neuere Forschung längst widerlegte Apologien und Legenden. Es ist schlicht falsch, dass sich bis zu 100 000 Litauer gegen die Sowjetmacht erhoben hätten oder bis zu 4 000 Aufständische fielen; und im Gegensatz zu der vom Autor mit Verve abgelehnten Interpretation handelte es sich – sieht man einmal von Kaunas ab – in der Tat um ein spontanes, regional unterschiedlich ablaufendes Aufbegehren. All das hat der junge litauische Historiker Valentinas Brandišauskas in seiner bahnbrechenden Monografie zu den Ereignissen im Sommer 1941 bereits Mitte der 90er Jahre klar erarbeitet.<sup>2</sup>

Der Hintergrund für diese Mängel liegt in der verwendeten Sekundärliteratur, die großteils aus Publikationen des litauischen Exils bis 1990 besteht. Die Exilschriftsteller besaßen keinen Quellenzugang, sie waren auf Erinnerungen der in den USA und Westeuropa lebenden Zeitzeugen angewiesen, und sie standen im Zeichen des so-

<sup>1</sup> Lietuvos ocupacija ir aneksija [Die Okkupation und Annexion Litauens] 1939–1940, hrsg. v. Lietuvos Valstybinis Archivas/Lietuvos Istorijos Institutas. Vilnius 1993, Nr. 22, Pro-Memoria des litauischen Gesandten in Moskau vom 4. Oktober 1939, S. 71: „Vokietija sutiko, kad Lietuva, kaip Latvija ir Estija įeity į SSSR įtakos zoną.“

<sup>2</sup> Valentinas Brandišauskas, Siekiai atkurti Lietuvos valstybingumą [Bestrebungen, die litauische Staatlichkeit wiederherzustellen] (1940 06–1941 09). Vilnius 1996.

wjetisch besetzten Litauens und des Kalten Krieges. Obwohl Tegeler an anderer Stelle zu Recht darauf hinweist, dass viele dieser Arbeiten den „Zeitgeist“ (S.76) widerspiegeln, baut er seine Darstellung auf ihnen auf: So wird die provisorische Regierung, deren antisemitische Gesetzgebung inzwischen nicht mehr zu bezweifeln ist und die von sich aus vorschlug, die litauischen Juden in Konzentrationslager zu verfrachten, plötzlich zum Protestorgan gegen den Judenmord (S.24). Auch die Front der litauischen Aktivisten (*Lietuvių aktyvistų frontas*, LAF) und ihr – wie neuere Forschungen eindeutig belegen – antisemitisches Programm wird nicht adäquat geschildert, denn der Autor folgt den Rationalisierungen nach 1945, die LAF habe analog zu 1918 auf einen deutschen Sieg im Osten und eine Niederlage im Westen gehofft, um die Unabhängigkeit quasi in Übereinstimmung mit den Westmächten wiederherzustellen (S.19 f.). In Wirklichkeit ist die ideologische Nähe der LAF zum Nationalsozialismus 1941 nicht zu bestreiten, man erhoffte sich einen ‚völkischen‘ litauischen Staat im nationalsozialistischen Europa, denn wie viele andere waren auch die Führer der LAF davon überzeugt, dass das Dritte Reich die Sowjetunion in wenigen Wochen vernichtend schlagen würde.

Der eigentliche Hauptteil stützt sich vor allem auf einige Quellen der Abteilung zur Bekämpfung des Banditentums des NKVD, die einen Einblick in den litauischen Partisanenkampf aus Sicht der höheren und höchsten (*Berija*) sowjetischen Sicherheitsorgane vermitteln. Die stärkere Koordinierung der Aktivitäten der sowjetischen Organe gegen die Opposition steht im Mittelpunkt dieser Quellen, die ein Schlaglicht auf die Einschätzung der Lage durch die Sowjets in den Jahren 1945/46 werfen.

Die Quellenbasis reicht allerdings nicht aus, um die daran anknüpfenden weitreichenden Schlussfolgerungen des Autors hinreichend abzusichern. Ob allein die Befehle und Anordnungen *Berijas* aus dem Sommer 1945 die entscheidende Zäsur im Kampf gegen die ‚Banditen‘ darstellten, bleibt eine These, die empirisch abgesichert werden müsste. Vollends spekulativ ist die Kritik an der gängigen Periodisierung des Partisanenkampfes in drei Abschnitte (Juli 1944 – Mai 1946; Mai 1946 – November 1948; November 1948 – Mai 1953), die allein darauf fußt, dass den Sowjets entscheidende Schläge bereits im Mai 1946 gelangen (S.86). Doch ist eben bei den sowjetischen Erfolgswahlen und -meldungen quellenkritische Akribie gefordert, der Druck auf den Apparat, ‚Erfolge‘ zu melden und möglichst bald ein Ende der ‚Banditengefahr‘ zu erreichen, sollte besonders vor dem Hintergrund der im Text vorgestellten Anweisungen *Berijas* nicht ge-

ring geschätzt werden. Hinzu kommt, dass die litauischen Partisanen ihre Taktik änderten: Die direkte Konfrontation mit den Sowjets, die teilweise in regelrechte militärische Kämpfe führte, war – hier hat Tegeler ja durchaus Recht – nicht mehr durchzuhalten, so dass die Waldbrüder mehr und mehr auf ‚klassische‘ Partisanenaktivitäten zurückgriffen (Sabotage, Überfälle auf Funktionsträger des Regimes, Boykottaufrufe usw.). Insofern geht die Feststellung des Autors, der Kampf sei „bereits im Jahre 1946 militärisch verloren“ (S. 72) gewesen, am eigentlichen Typikum eines Partisanenkampfes vorbei, den die litauischen Waldbrüder – wenn auch mit immer geringerer Wirkung – bis 1953 führten.

Die Gefahr der Heroisierung eines – auch von Seiten der Partisanen geführten – ‚schmutzigen Krieges‘ war vor allem zu Beginn der 1990er Jahre nicht von der Hand zu weisen, doch ist die litauische Forschung, die Tegeler in toto unter den Verdacht der einseitigen Verherrlichung<sup>3</sup> stellt (S. 80 f.), inzwischen zu einem weit differenzierteren Bild gelangt. Bereits 1995 stellte Liudas Truska in einer für eine breitere Öffentlichkeit sowie für Geschichtsstudenten und -lehrer gedachten, vom litauischen Bildungs- und Wissenschaftsministerium empfohlenen litauischen Geschichte die andere Seite des Partisanenkampfes (persönliche Rache, Plünderungen, Ermordung unschuldiger Menschen) unverblümt dar.<sup>4</sup>

So bleibt abschließend nur ein enttäuschendes Fazit zu ziehen, zu viele Unzulänglichkeiten mindern den Wert des Bandes in massiver Weise. „Dadurch, daß man sich von unvoreingenommener Seite – hier kommt diese Aufgabe vor allem nichtlitauischen und -russischen Forschern zu – diesem Problem widmet, kann es einerseits zu einer Entheroisierung, andererseits aber zu einer objektiven Beurteilung der baltischen Vorgänge in der Nachkriegszeit kommen.“ (S. 87) Sieht man einmal von der nur schwer nachvollziehbaren nationalen ‚Zuständigkeit‘ historischer Forschung ab, so spricht zumindest bei der vorliegenden Arbeit nichts dafür, dass eine Bearbeitung des

---

<sup>3</sup> Eine besondere Ironie verbirgt sich in der Behauptung des Autors, nach 1990 habe sich die Identitätssuche vor allem auf den Sieg der litauisch-polnischen Truppen über den Deutschen Orden bei Tannenberg 1410 konzentriert, was zu einer Flut von Namensgebungen im öffentlichen und privaten Bereich mit der litauischen Bezeichnung der Schlacht (Žalgiris) geführt habe (S. 80). Žalgiris war jedoch einer der wenigen Erinnerungspunkte, der aus der Sowjetzeit übernommen werden konnte, denn 1410 wurde wie 1941–1944 dem ‚Deutschen Drang nach Osten‘ im Bund mit dem russischen Volk entschiedener Widerstand geleistet.

<sup>4</sup> Liudas Truska, *Lietuva 1938–1953 metais* [Litauen in den Jahren 1938–1953]. Kaunas 1995, S. 158 f.

Themas ‚von unvoreingenommener Seite‘ einen erhöhten Erkenntnisgewinn versprache.

Joachim Tauber, Lüneburg

**Robert Traba, Wschodniopruskość. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec [Ostpreeßentum. Regionale und nationale Identität in der politischen Kultur Deutschlands]. Poznań/Warszawa: Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Instytut Studiów Polityvznych Polskiej Akademii Nauk 2005, 470 S.**

Im modernen deutsch-polnischen Versöhnungsdiskurs ist der Slogan „Polens Westen – Deutschlands Osten“ oder auch umgekehrt „Deutschlands Osten – Polens Westen“ im vergangenen Jahrzehnt in Mode gekommen, ja es sind sogar Bücher unter diesem Titel in den letzten Jahren erschienen.<sup>1</sup> So versöhnlich dieser Slogan auch klingt, so wirft er doch mehr Fragen auf, als er auf den ersten Blick beantwortet – zumindest wird er in seiner publizistischen Benutzung oft genug als „the easy way out“, also als vereinfachender Ausweg aus einer komplexen Problematik missbraucht. Letztlich geht es dabei um eine gleichzeitig historische wie politische Grundsatzfrage, nämlich um diejenige nach der historischen Kontinuität: Welche Faktoren bewirken eigentlich historische Kontinuität – ein Raum? eine Großgruppe wie z.B. eine Nation? das Bewusstsein einer nationalen oder regionalen Großgruppe? ihr Identitätsverhalten? Obwohl historische Kontinuität oft genug als „Stabilität“ bzw. stabilisierend missverstanden wird, muss allein das Konzept Kontinuität immer auch das Element des Wandels mit einkalkulieren, ob man dabei auf den Raum oder die soziale Gruppe fokussiert.

Diese Grundproblematik ist unausgesprochen der Ausgangspunkt für Robert Trabas Untersuchung des regionalen und nationalen Identitätsdiskurses in Ostpreußen während des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik. Mit ‚unausgesprochen‘ soll dem Autor nicht der

---

<sup>1</sup> Vgl. Deutschlands Osten – Polens Westen. Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde, hrsg. v. Matthias Weber. Frankfurt a.M. (u.a.) 2001 (Mitteleuropa – Osteuropa. Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas. 2).

Vorwurf gemacht werden, er habe diese Grundproblematik nicht gesehen – im Gegenteil: die Frage der *Kontinuität* scheint im Zentrum sowohl der publizistischen als auch der wissenschaftlichen Tätigkeit des Autors zu stehen, und der Begriff ‚Kontinuität‘ fällt in dem Buch immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen, ja es gelingt dem Autor, hier die Konstruktion von Kontinuität als ein Diskursgeschehen zu beschreiben. Mit anderen Worten: Die Kontinuität ist in ihrem ‚Wesen‘ weder am Raum noch an der Nation festzumachen, sondern vollzieht sich in den Köpfen der Menschen und findet ihren Ausdruck in der Sprache, im interaktiven Diskursgeschehen. Wenn der Ausspruch von Ernest Renan, die Nation sei „le plebiscite de tout les jours“, stimmt, dann vollzieht sich die Konstruktion einer Nation tagtäglich in der sprachlichen interaktiven Konstruktion einer nationalen Gesellschaft, und in diesem Identitätsdiskurs konstruiert sich auch historische Kontinuität – nicht die Geschichte konstituiert die Nation, sondern das Reden von der Geschichte, also der Diskurs. Dies ist ein eminent politischer Vorgang, und insofern sind Identitätsdiskurse ein Untersuchungsgegenstand sowohl für die Politikwissenschaft als auch für die Geschichtswissenschaft sowie für andere Kulturwissenschaften. Der Gegenstand selbst, der Identitätsdiskurs, entzieht sich also nach modernen Wissenschaftsbegriffen einer eindeutigen hermetischen Zuweisung nur einer Wissenschaft, sondern ist ein – man ist versucht zu sagen natürlicher – interdisziplinärer Untersuchungsgegenstand, findet er doch, was auch immer das Objekt und Thema des Diskurses ist, stets zu Nutz und Frommen der jeweiligen Gegenwart statt und ist daher von erheblicher politischer Relevanz.

Robert Traba hat kein geringes Wagnis unternommen, seinem Buch den Titel „Ostpreußentum“ zu geben, einen Begriff, von dem er selbst zugibt, dass er ihn in den Quellen nicht gefunden hat, sondern dass es sich um seine eigene Formulierung a posteriori handelt. Wir haben es also nicht mit der Benutzung eines Begriffs *avant la lettre*, sondern sogar *sans la lettre* zu tun. Es stellt sich die Frage, ob ein solches Vorgehen legitim ist. Nach außen liest sich das Buch zunächst wie eine kenntnisreiche und interessant geschriebene Landesgeschichte bzw. Regionalgeschichte Ostpreußens mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Kulturgeschichte, also praktisch um eine Kulturgeschichte Ostpreußens in den Jahren 1914–1933. Blicke man bei diesem oberflächlichen Eindruck, dann würde man allerdings Intention und Zielrichtung des Buches verkennen. Der Untertitel „Regionale und nationale Identität in der politischen Kultur Deutschlands“

weist schon darauf hin, dass hier eine exemplarische Untersuchung über die politische Kultur Deutschlands angestellt wird, und zwar am Beispiel des Identitätsdiskurses in Ostpreußen. Das deutsche Selbstverständnis, dass Deutschland immer ein politisch, historisch, kulturell und auch mental föderales Land gewesen sei, wird hier nicht als – in Deutschland nicht selten mythisierter, als ob sich darin ‚Deutschtum‘ bewiese – Tatbestand hingenommen, sondern untersucht wird das Gegen-, Mit- und Nebeneinander von regionaler und nationaler Identität in Deutschland. Vorweggenommen sei: Da es dem Autor glänzend gelingt, die Bedeutung des nationalen für den regionalen und des regionalen für den nationalen Identitätsdiskurs deutlich zu machen und deren wechselseitige Bedingtheit und Ineinandergreifen detailliert zu beschreiben, erweist in diesem Fall das Ergebnis die Legitimität der Begriffsschöpfung „wschodniopruskość“.

Robert Traba behandelt den Zeitraum 1914–1933, also die Epoche des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik. Die Zäsuren erklären sich sowohl aus der Ereignisgeschichte als auch aus der Geschichte des ostpreußischen Identitätsdiskurses. Letzterer setzt für Traba mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs und der Invasion der zaristischen Armee ein – dieses Ereignis stellte einen derartig gewichtigen Erinnerungsort für die ostpreußische Bevölkerung (wohl aller Nationalitäten) dar, dass ihm diese Zäsur gerechtfertigt erscheint. Für die Zäsur 1933 lassen sich speziell für den Identitätsdiskurs als Grund anführen, dass unter der nationalsozialistischen Diktatur ein Diskurs im Sinne einer Debatte praktisch nicht möglich war, Diskurs im Sinne von Michel Foucault als „verfestigte Redeweise“ aber zu einem monolithischen Block degenerierte (dieser Problematik widmet Traba sein Schlusskapitel S. 387 ff.). Die Entscheidung für den genannten Zeitraum, über die der Autor vielleicht etwas ausführlicher hätte Auskunft geben können, rechtfertigt sich vor allem daraus, dass zwischen einem regionalen Heimatdiskurs und einem nationalen und in diesem Fall völkischen Heimatdiskurs ein Spannungsverhältnis besteht, und dass es eine besonders reizvolle Thematik darstellt, wenn diese Diskurse in einem republikanischen Staatswesen vor sich gehen. Letztlich stellt sich damit nämlich die Frage, wie völkisch die republikanische Gesellschaft der Weimarer Republik eigentlich war. Hier sei eine kritische Anmerkung erlaubt: Den Begriff „völkisch“ übersetzt Traba gelegentlich mit „volkistowski“, meist allerdings, vor allem bei Organisationsbezeichnungen u.ä., mit „narodowy“; letztere Übersetzung erscheint mir irreführend, denn völkisch hat inhaltlich wenig bis gar nichts mit national zu tun.

Robert Traba hält sich nicht sklavisch an seinen Zeitrahmen: Mehrfach kehrt er zu der Vorgeschichte zurück, so z.B. bei den Wurzeln der Heimatbewegung, und das Abschlusskapitel ist fast gänzlich dem Ausblick in das Dritte Reich gewidmet. Allerdings ist hier doch eine kritische Bemerkung angebracht. Es ergibt sich nämlich bei der Geschichte des ostpreußischen Identitätsdiskurses in gewissem Sinn eine Lücke. Ostpreußen gehörte, trotz der langen Existenz unter hohenzollernscher bzw. preußischer Herrschaft, politisch erst seit 1871 zu Deutschland bzw. zum Deutschen Reich. Vorher war es weder ein Teil des Alten Reiches noch des Deutschen Bundes gewesen. Diese Tatsache ist nicht unbedeutend für den ostpreußischen Identitätsdiskurs, bildet sie doch den Hintergrund für das ständige Bemühen der deutschsprachigen Ostpreußen, ihr Deutschtum zu beweisen, bzw. für ihre Angst, von den übrigen Deutschen nicht als echte Deutsche anerkannt oder gar aufgegeben zu werden. Gerade daraus ergibt sich ja die wichtige mentale Bedeutung des Erlebnisses der russischen Besatzung 1914. Die Bollwerk-Ideologie war daher nicht nur wichtig für die Integration der Ostpreußen in ihre Provinz, sondern vor allem auch für die Integration in das Reich und für die Bedeutung Ostpreußens für das Reich und somit für das ostpreußische Selbstwertgefühl. Insofern wäre ein Abriss der Geschichte des ostpreußischen Identitätsdiskurses 1871–1914 in einem eigenen Einleitungskapitel von großem Interesse gewesen.

Die Struktur der Darstellung folgt den Fragestellungen. Die Einteilung nach dem „Wer?“ (wer waren die kollektiven Akteure, die Träger des Identitätsdiskurses in Ostpreußen), nach dem „Was?“ (was wird in dem Identitätsdiskurs verhandelt – Heimat/Volk, Bollwerk, Krieg/Feind) und „Wie?“ (die Inszenierung der Identität über Symbole und politische Riten) erweist sich als sinnvoll. Gerade bei den politischen Symbolen und Ritualen beweist der Autor seinen Sinn für das Wesentliche: der politische Totenkult, die Konstruktion des Tannenberg-Mythos und die Plebiszite von 1920 als moderne nationale Integrationserinnerung sind gut ausgewählt sowie überzeugend recherchiert und dargestellt – jedes dieser Kapitel stellt ein kleines Meisterstück dar. Es gelingt dem Autor auf diese Weise, eine Fülle von Material, Ideen und Aspekten, die dem Nichtspezialisten zunächst verwirrend erscheinen müssen, übersichtlich zu organisieren und dem Leser eine Lektüre entlang einem roten Faden zu ermöglichen – eine nicht gering zu schätzende darstellerische Leistung.

Hier können schon aus Platzgründen nicht die einzelnen Kapitel nacherzählt werden, weil der Rezensent Gefahr liefe, sich dann an



den vielen erstaunlichen und gut belegten Details, die der Autor mit bewundernswerter Akribie recherchiert hat, festzubeißen. Stattdessen soll im Folgenden näher auf das methodische Vorgehen eingegangen werden.

Robert Traba nutzt geschickt die neuesten methodischen und theoretischen Debatten in den Kulturwissenschaften für sein Thema. In seiner recht knapp geratenen methodischen Einleitung (Kap. 1.2) klärt er die wichtigsten Begriffe: Diskurs, politische Kultur, Erinnerung („pamięć“) (hier sich auf Barbara Szacka und vor allem Jan Assmann stützend), vor allem aber den Begriff der kollektiven Identität, hier stark unter dem Einfluss Leszek Kołakowskis. Dabei skizziert er diese methodischen Ansätze nur so weit, um seine Begrifflichkeit einleuchtend zu machen, verliert sich also nicht in einer ausführlichen wissenschaftsgeschichtlichen Darstellung. So sehr man das bedauern mag, verraten doch die wenigen Seiten eine profunde Kenntnis der internationalen wissenschaftlichen Diskussion, so reicht es doch für das Anliegen des Buches völlig aus; denn es geht ja dem Autor nicht darum zu beweisen, dass diese modernen wissenschaftlichen Ansätze generell zu neuen Erkenntnissen führen, und sie damit zu legitimieren, sondern darum, Diskursgeschichte, Gedächtnistheorie und Identitätsgeschichte (und damit auch Mentalitätsgeschichte) für sein Thema, das *Ostpreußentum*, mit Erkenntnisgewinn anzuwenden.

Eine so angelegte Arbeit steht und fällt vor allem damit, dass mehreren Erfordernissen Genüge getan sein muss:

- Die Begrifflichkeit muss in sich stimmig sein, präzise, aber nicht steif. Traba gelingt das in hervorragender Weise dadurch, dass er eine dynamische Begrifflichkeit benutzt, ohne dabei in eine Beliebigkeit zu verfallen – so werden Identität und kollektives Bewusstsein nicht als inhaltlich feste Größen behandelt, sondern als Prozess, und damit spielt ihre ständige Konstruktion eine wichtige Rolle. Sowohl die bezeichneten Phänomene werden als Prozesse geschildert als auch die Begriffe selbst prozessartig entwickelt und benutzt. Untersuchungen, deren Erkenntniswert unter anderem auf einer stringenten Begrifflichkeit beruht, laufen oft Gefahr, normativ zu argumentieren. Gerade die dynamische Begrifflichkeit, die sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch zieht, bewirkt, dass nirgends ein Hauch von Normativität auftaucht. An einer Stelle allerdings benutzt der Autor zwei Begriffe, die er nicht überzeugend voneinander abgrenzt: In der Zusammenfassung nennt er (S. 390) als wichtigste Punkte der spezifischen mentalen Landkarte des Ostpreußentums (*specyficzna mapa mentalna*

- „wschodniopruskości“) zum einen historiosophische Konstruktionen (konstrukcje historiozoficzne), zum anderen Mythen (mity). Die angegebenen Beispiele begründen in meinen Augen nicht überzeugend, wo der Unterschied liegen soll. Denn dass Wissenschaftler und damit auch Historiker de facto Mythen konstruieren und legitimieren, davon zeugt die Geschichte der Historiografie wohl in genügendem Ausmaß.
- Gerade damit sich beim Leser nicht der Eindruck einer textuellen Beliebigkeit einstellt, ist es notwendig, dass in der Darstellung ein ausgewogenes Verhältnis von Texten, gesellschaftlicher Praxis und der Welt der Symbole und Rituale hergestellt wird. Es geht darum, dass der Autor nicht den Boden der Realität unter den Füßen verliert und dann in der Folge den Leser diesen Realitätsbezug verlieren lässt. Voraussetzung ist (bzw. sollte für beide sein), dass Texte auch als Realität verstanden werden – d.h. auch die imaginierte Realität (wyobrazona rzeczywistość) ist Realität. Der Rezensent gesteht, dass er selten eine diskursanalytisch angelegte Untersuchung gelesen hat, die so deutlich beide Füße auf dem Boden der Realität behält, und zwar eben dadurch, dass es dem Autor gelingt, die Realität der Texte, Symbole und Rituale als ebenso gültige Realität erfahrbar zu machen wie die Realität, von der wir in der Regel ausgehen. Dies in der Sprache der Wissenschaft mit Erfolg zu bewerkstelligen, ist keine kleine Leistung. Die Schilderung der Rahmenbedingungen in Kap. 2 (Krieg, dann republikanischer Staat) und der institutionellen Strukturen (u.a. politische Parteien und Kirchen) sowie ausgewählter Verbände als kollektive Akteure des öffentlichen Lebens führt in die politische Realität ein und macht gleichzeitig verständlich, warum eine Untersuchung des ostpreußischen Identitätsdiskurses ein sinnvolles Desiderat ist. Die Konstruktion von Wirklichkeit in Kap. 3 anhand einer diskursanalytischen Untersuchung der Begriffspaare Heimat und Volk, Bollwerk und Bastion des Deutschtums sowie Krieg und Feind lässt eine imaginierte Realität entstehen, die von unbezweifelbarer politischer Wirkungsmächtigkeit ist und deshalb Realität darstellt. Die Inszenierung des Ostpreußentums durch politische Symbole und Rituale wird in Kap. 4 recht konkret geschildert und am politischen Totenkult, dem Tannenberg- und Hindenburg-Mythos sowie an der Mythisierung der Plebiszite festgemacht. Das Verhältnis der Behandlung gesellschaftlicher Strukturen und Praxis, von Texten und der Welt der Symbole und politischen Rituale ist zum einen ständig aufeinander bezo-

- gen und zum anderen in begrüßenswertem Ausmaß ausgewogen, so dass sowohl politikgeschichtlich interessierte wie kultur- und mentalitätsgeschichtlich orientierte Leser das Buch mit Gewinn lesen werden.
- Die diskursanalytische Untersuchung in Kap. 3 bietet dem Mentalitäts- und Kulturhistoriker einige ‚Leckerbissen‘, die gleichzeitig von der methodischen Flexibilität des Autors zeugen:
    - a. Zum einen kann er zeigen, warum die Identitätsdiskurse der nationalen Minderheiten, also der Polen und Litauer, sowie eines großen Teils der Sozialdemokraten und der Kommunisten hier keine Berücksichtigung finden können, fand doch hier die für das Ostpreußentum so charakteristische Verbindung von nationalem und regionalem Identitätsdiskurs nicht statt; die Verbindung Heimat-Vaterland spielte in deren Diskursen keine vergleichbare Rolle.
    - b. Die Selbstmythisierung bzw. Selbststilisierung als Bollwerk und Bastion des Deutschtums als ein gegen slawische und andere Völker gerichtetes deutsch-ostpreußisches Autostereotyp enthält eine hochinteressante Ambivalenz: Zum einen konstruiert es sich als Antemurale gegen die Barbarei, also als ein Bollwerk der Zivilisation gegen die Unkultur – hier ist es mit anderen Antemurale-Vorstellungen (z.B. den polnischen der frühen Neuzeit) strukturell vergleichbar; zum anderen aber bewirken die zunehmend antimodernen Inhalte (hier folgt der Autor S. 243 Hinweisen von Hubert Orłowski) eine Frontstellung gegen die literarische und künstlerische, aber auch soziale Entwicklung Europas. Dadurch wechselt dieses Autostereotyp mit der Zeit hin zur Bedeutung: ‚Bollwerk der Antizivilisation‘. Das Feindbild markiert immer noch die anderen als Barbaren, man selbst aber verfolgt Inhalte, die die moderne Zivilisation ablehnen – und damit landet eigentlich dieser Diskurs in einer argumentativen Sackgasse, die nur über eine noch stärkere emotionale Aufladung zu überwinden ist. Diese Ambivalenz findet sich meines Wissens nicht in vergleichbaren anderen Antemurale-Vorstellungen, auch die konservativen Utopien über den amerikanischen Westen (z.B. des Filmregisseurs John Ford) sind hier nicht vergleichbar. Ich würde dies als eine spezifisch deutsch-völkische Variante einer Antemurale-Konzeption bezeichnen.
    - c. In Verbindung damit ist Feindbild-Konstruktion von großem Interesse, zeigt sich hier doch die wechselseitige Abhängigkeit,

- ja das dialektische Verhältnis von Heterostereotyp und Auto-  
stereotyp. Der Autor zeigt dabei (Kap. 3.3.5), dass er das Instru-  
mentarium der historischen Stereotypenforschung beherrscht.
- d. War der „ostdeutsche Mensch“ oder der „ostpreußische  
Mensch“ ein Mann oder eine Frau? In Kap 3.2.5 wird der Zu-  
sammenhang zwischen der kollektiven Selbst- und Fremdkon-  
struktion und der Konstruktion von Weiblichkeit bzw. Männ-  
lichkeit recht scharfsinnig, wenn auch etwas knapp untersucht.  
Hier wird die *gender*-Thematik nur angetippt, es bleibt zu hof-  
fen, dass sich der Autor später einmal dieser Frage ausführlicher  
widmen wird, denn auf die Rolle von Geschlechterbildern im  
völkischen deutschen Diskurs hat schon vor über 30 Jahren  
Klaus Theweleit in seinen „Männerphantasien“ hingewiesen.
- Für die Inszenierung einer kollektiven Identität, so auch des Ost-  
preußentums, ist die kollektive Erinnerung von ausschlaggebender  
Bedeutung. Traba nutzt hier die Ergebnisse der neueren Debatten  
zur Erinnerungstheorie. Interessant ist, dass immer dann, wenn  
das Wort „pamięć“ (Erinnerung) fällt, das Funktionsgedächtnis  
im Sinne von Aleida Assmann<sup>2</sup> gemeint ist und nicht das Spei-  
chergedächtnis. Es geht also nicht um alles Erinnerte, sondern um  
den Bereich des kollektiven Gedächtnisses, der identitätsprägend  
ist bzw. für den kollektiven Identitätsdiskurs relevant ist.
  - Eine methodisch so angelegte Arbeit muss auf einer sicheren Quel-  
lenbasis beruhen, d.h. der Textkorpus muss überzeugend und nicht  
zufällig ausgewählt sein. Das ist umso wichtiger, als es bei einer  
diskursanalytischen Arbeit in der Regel nicht um Vollständigkeit,  
ja nicht einmal um die Breite des Quellenmaterials geht. Da Dis-  
kursgeschichte nicht primär nach dem Gesagten fragt, sondern  
nach dem Sagbaren (auch wenn in der Regel eine historische Dis-  
kursanalyse das Sagbare nur durch Gesagtes belegen kann), ist je-  
der relevante Text passend und hinreichend. Umso wichtiger ist es,  
dass die Auswahl des Textkorpus überzeugend ist. Der Autor stützt  
seine Arbeit auf während des Untersuchungszeitraums öffentlich  
zugängliches Schrifttum wie Broschüren, schöne Literatur, Erinne-  
rungen, Zeitschriften und Zeitungen, die er in üppiger Menge aus-  
breitet. Darüber hinaus hat er Archive in Polen und Deutschland  
konsultiert. Ich kann nicht beurteilen, ob diese Quellenauswahl

---

<sup>2</sup> Die diesbezüglich bahnbrechende Arbeit von Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. For-  
men und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München 1999, wird allerdings nicht  
genannt.

vollständig ist. Jedenfalls ist sie in jeder Hinsicht überzeugend, zeigt sie doch, dass sowohl der interne Behördendiskurs als auch der öffentliche Diskurs in die gleiche Richtung liefen. Dass der Leser bei dieser üppigen Fülle von Quellenmaterial nicht darin ertrinkt, ist nur den darstellerischen Fähigkeiten des Autors zuzuschreiben.

Trabas Buch stellt zweifellos eine erstaunlich reife wissenschaftliche Leistung dar, und das nicht nur deshalb, weil dieses Forschungsfeld bisher in der polnischen ebenso wie in der deutschen Forschung weitgehend brach lag. Seine Ergebnisse werden die Forschung zur Problematik der Konstruktion des „deutschen Ostens“ bedeutend vorwärts bringen. Dabei empfindet es der Rezensent als sehr erfrischend, die detaillierte Beschreibung eines Identitätsdiskurses in der Vergangenheit ohne ständigen Betroffenheitsgestus zu lesen – und damit ohne ständige Hinweise auf den Zweiten Weltkrieg und die Vertreibung. Es ist zu begrüßen, dass der Arbeit weitgehend der teleologische Aspekt fehlt, also die übliche Schlussfolgerung, dass sich aus dem zunehmend völkischen Identitätsdiskurs der ostpreußischen Region der Nationalsozialismus und daraus der Zweite Weltkrieg und daraus die Vertreibung ergeben habe. Vielmehr gelingt es Robert Traba in seinem Buch, dieses schwierige Thema als einen offenen Prozess zu beschreiben. Und das ist – neben der Feststellung, dass es sich sehr spannend liest – vielleicht das höchste Lob, das man diesem Buch ausstellen kann.

Hans Henning Hahn, Oldenburg

**Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, hrsg. v. Carsten Goehrke u. Seraina Gilly. Bern (u.a.): Peter Lang 2000, 741 S. (Geist und Werk der Zeiten. Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich. 93).**

Das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Ostblocksystems, der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens haben die politische Landschaft Osteuropas von Grund auf verändert. Zwischen Baltikum und Balkan haben die einstigen Sowjetrepubliken und die Satellitenstaaten Moskaus ihre Souveränität und Unabhängigkeit wiederherstellen bzw. zum ersten Mal in ihrer Geschichte erreichen können.

Damit einher gingen der Übergang zu Marktwirtschaft und demokratischer Herrschaftsorganisation, die Auflösung der überkommenen Strukturen und der Versuch, Staat und Gesellschaft in einem vielfachen Transformationsprozess zu erneuern. Diese im gesamten östlichen Europa vonstatten gehenden Anpassungs- und Modernisierungsbemühungen wie auch deren Erfolge unterscheiden sich jedoch nach Art, Intensität und Umfang in einem erheblichen Maße. Sie veranlassten die Herausgeber, durch eine Vergleichsstudie der einzelnen Länder und vor dem Hintergrund ihrer Geschichte Erklärungsansätze für die Frage zu liefern, warum die Transformationsprozesse in den einzelnen Staaten einen so unterschiedlich Verlauf nahmen. Wie Herausgeberin und Herausgeber S. Gilly und C. Goehrke in ihrer Einleitung hervorheben, wollten sie dabei vor allem die historische Tiefendimension der beobachteten Prozesse verdeutlichen, da die Dynamik der aktuellen Entwicklungen jede Gegenwartsanalyse rasch veralten lasse. Festgehalten in den Beiträgen ist die Entwicklung bis 1998, da die Publikation den Ertrag einer Seminarveranstaltung des Historischen Seminars der Universität Zürich im Wintersemester 1997/98 darstellt.

Der Sammelband gliedert sich in mehrere Teile. Einem einführenden theoretischen Beitrag folgen die eigentlichen Länderanalysen. Dem schließen sich zwei Studien zu den Besonderheiten der politischen Kultur in Polen und Serbien an, bevor im Schlussteil eine historische Bilanz versucht wird.

Im einführenden Beitrag versucht S. Gilly Terminus und Phänomen der Transformationsprozesse mit ihren vielfältigen Facetten aus der Sicht der Betroffenen wie von außen her zu erfassen und zu identifizieren. Sie diskutiert die unterschiedlichen Erklärungsansätze, zeigt die osteuropäische Transformation in einem Spannungsbogen zwischen Desintegration der alten Verhältnisse und Integration nach neuen Paradigmen, die sie mit den Kategorien von Nationalismus, Modernisierung, Globalisierung und Zivilgesellschaft beschreibt und auf Wirkmächtigkeit im osteuropäischen Kontext untersucht. Sie kommt schließlich zu dem Schluss, dass für Europäisierung und transnationale Integration die Stabilität auf nationaler Ebene eine wichtige Voraussetzung bildet.

Das „Legitimitätsdefizit des politischen Systems als Hindernis der ökonomischen Transformation“ verdeutlicht Stefan Wiederkehr am Beispiel Russland. Seine Studie zeigt, wie das historische Erbe aus vorrevolutionärer Zeit, die Defizite des Sowjetsystems, strukturelle und mentale Kontinuitäten sowie die Unzulänglichkeiten der Perestrojka

und ihre Folgen die Entwicklung Russlands unter El'cin bestimmten und die Transformation behinderten. In seiner Analyse mittels des Merkelschen Mehrebenenmodells der demokratischem Konsolidierung gelangt der Autor zu dem Schluss, dass lediglich auf institutioneller Ebene der Übergang zur Demokratie vollzogen sei, während im Falle der Eliten, bezüglich der Einstellung der Bevölkerung sowie auf der Ebene von Parteien- und Verbandswesen davon keine Rede sein könne. Die „Reformen“ Putins vor Augen, ist man allerdings geneigt, dies inzwischen auch für die erste Ebene wieder in Frage zu stellen. Gleiches gilt *mutatis mutandis* für Wiederkehrens positives Fazit über die Zentrum-Peripherie-Beziehungen in der Russländischen Föderation, da hier von Verrechtlichung und Dezentralisierung kaum noch die Rede sein kann. Hier heißt Moskaus Losung seit Jahren: Stabilisierung und Ausbau der präsidentialen Machtvertikalen.

Die Situation in Ostmitteleuropa wird an den Beispielen Ungarn, Tschechoslowakei und Lettland untersucht. Marcel Hilzinger und Viviane Niederegger führen die raschen Fortschritte der Transformation in Ungarn auf die historisch verwurzelte Westbindung des Landes, die Entstehung einer westlich orientierten neuen Elite im Kádár-System und auf den von allen postkommunistischen Regierungen am zielstrebigsten betriebenen Systemwandel zurück. Für die Tschechoslowakei sehen Daniel Jetel und Mirjam Schram die frühen zivilgesellschaftlichen Ansätze aus der Zwischenkriegszeit und die starke Verankerung des geistigen Vermächtnisses der ersten Republik in der Gesellschaft als ein positive Kraft, die sich immer wieder dem kommunistischen Regime widersetzt und die politische Kultur des unabhängigen Staates mitgeprägt habe. Historisch bedingt von geringerer Bedeutung sei dieses Vermächtnis dagegen für die Slowakei gewesen, deren Entwicklung leider nur mit wenigen Sätzen bedacht wird. Auch für Lettland werden die Erfahrungen und vielfältigen Errungenschaften der Zwischenkriegszeit als wichtigste Voraussetzung für den Erfolg der Transformationsprozesse identifiziert. Ihre Wirksamkeit blieb jedoch durch retardierende Momente eingeschränkt, für die K. Nāf u.a. nicht nur die repressive Politik St. Petersburgs und Moskaus, sondern auch regionale Besonderheiten, angefangen von den Defiziten einer maroden Landwirtschaft bis hin zu den Problemen der Verkehrsinfrastruktur und der restriktiven Politik des Landes gegenüber den ostslavischen Minderheiten, verantwortlich macht.

Unter der Überschrift „Übergangszonen zwischen lateinischem und orthodoxem Europa“ werden von Stefanie Jud die Ukraine und von Christophe v. Werdt Weißrussland behandelt. Während sich der Bei-

trag zur Ukraine auf eine eher deskriptive Skizze der Entwicklung seit den 1970er Jahren beschränkt, liefert Werdt unter dem Titel „Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion“ eine faktendichte Darstellung über Belarus' seit der Perestrojka. Hier werden auf luzide Weise Hintergründe, historische Strukturen, Faktoren und Entwicklungselemente herausgearbeitet, die konstitutiv für die „Resowjetisierung“ des Landes unter Lukašenkas Regiment waren. Dessen Qualifizierung durch Werdt als autoritär-populistisch und konservativ-sowjetnostalgisch ist allerdings fast eine Untertreibung, wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat. Werdt ist auch mit einer zweiten Studie vertreten, in der er einen Vergleich der nationalen Identitätsentwicklung in der Ukraine und in Weißrussland anstellt, zwischen zwei Staaten, die erst durch die Sowjetherrschaft mit den „Attributen einer quasi-Nation und eines quasi-Staates ausgestattet“ (S. 333) worden seien. Der Autor kommt dabei erwartungsgemäß zu dem Ergebnis, dass – anders als in Weißrussland – in der Ukraine die Voraussetzungen für ein modernes nation-building eher gegeben gewesen seien, weil schon in vorsowjetischer Zeit Ansätze einer modernen, vernetzten nationalen Gesellschaft existiert hätten und in der Zwischenkriegszeit zentrale Elemente der nationalen Mythologie in das sowjetukrainische Bewusstsein integriert worden seien.

Der Südosteuropa gewidmete Abschnitt beginnt mit einer Darstellung der wichtigsten Etappen des Wandlungsprozesses in Bulgarien. Zdravko Ružičić und Igor Spaček heben dabei die vielfältigen Traditionen und historisch bedingten Besonderheiten, Struktur- und Modernisierungsdefizite, die mangelnde Demokratieerfahrung, aber auch die rigorose Machtausübung der Moskauer besonders treuen bulgarischen KP als entwicklungsbestimmende Faktoren hervor. Auch die traditionell sehr konservative Landbevölkerung betrachten sie als ein Element, das sich bis weit in die 90er Jahre hinein radikalen Transformationsbestrebungen widersetzt habe.

Mit einer Charakterisierung der Ceaușescu-Periode und dem Dezember-Umsturz 1989 beginnt D. Ursprungs Darstellung über Rumänien, bevor dessen Transformationsprobleme im historischen Kontext beschrieben werden. Neben dem kommunistischen Erbe und dessen unmittelbaren Folgen wirkte die mit der Wende wieder deutlicher zu Tage tretende regionale Fragmentierung des Landes als ein Modernisierungshemmnis, das sich auch in Form von Zentrum-Peripherie-Konflikten und einem deutlichen Stadt-Land-Gefälle offenbarte. Die Mischung und Überlagerung von alten und neuen Strukturen sowie fehlende Modernisierungsressourcen hätten schließlich zu Krise und



Stagnation des Transformationsprozesses geführt. In Makedonien, so zeigt N. Boškova's Beitrag, setzte die politische und wirtschaftliche Transformation verspätet ein, weil sich das neue Staatswesen erst konsolidieren musste. Entwicklungshemmend erwies sich mit UN-Sanktionen, griechischer Blockadepolitik und NATO-Intervention im Kosovo die schwierige außenpolitische Situation. Auch dadurch bedingte ethnische Spannungen kamen hinzu und brachten das Land immer wieder in krisenhafte Situationen. Die Autorin beendet ihre Darstellung mit einer recht einseitigen Beschreibung der – sicherlich nicht immer konsistenten – Balkanpolitik der EU und der Verabschiedung des Balkan-Stabilitätspaktes. Differenzierter in Analyse und Urteil sind N. Ammann und L. Sguitamanti in ihrem Beitrag zu Albanien. In einem informativen Überblick zeichnen sie die Entwicklung seit der Endphase des Enver-Hoxha-Regimes bis über das „Chaos-Jahr 1997“ hinaus nach. Sie berühren dabei die Spezifika der Wirtschaftsverfassung des Landes, skizzieren die (damals gerade virulent werdende) albanische Frage und gehen auf die konfessionellen Aspekte sowie die von vormodernen Verhältnissen geprägte, tribal bestimmte Gesellschaftsstruktur ein. Während sie die traditionelle religiöse Toleranz der Albaner als ein stabilisierendes Element des Transformationsprozesses hervorheben, dient den Autoren der wiederholte Zusammenbruch der staatlichen Strukturen nach 1990 als Beleg dafür, dass die „Akzeptanz des Staates bei der Bevölkerung über eine wirtschaftliche ‚Zweckinstitution‘ nicht hinausgeh[e]“ (S. 526) und der Staat als Institution durch Gruppen- und Sippeninteressen sich stets in Frage gestellt sehe.

Im Abschnitt Kontraste untersucht zunächst L. Imhof das „Phänomen Solidarność“ in Polen. Er betrachtet und beschreibt die Gewerkschaftsbewegung nicht als Ergebnis einer politisch-ideologischen Debatte, sondern als Ausdruck eines gesellschaftlichen Lernprozesses, durch den die Arbeiterschaft mobilisiert werden konnte. Dabei verweist er zu Recht auf Adam Krzemińskis Beobachtung, dass etwa im Unterschied zur DDR, die ein Zustand gewesen sei, Volkspolen eine Bewegung, ein Prozess, die kontinuierliche Auseinandersetzung zwischen Partei und sich widersetzender Bevölkerung dargestellt habe. Auch die enge Kooperation zwischen Intellektuellen und Arbeitern habe bei der Entfaltung der Streikbewegungen eine ganz wesentliche Rolle gespielt. Im weiteren wird der Einfluss von Solidarność auf den Systemwechsel sowie die Wandlungen untersucht, die durch Kriegsrecht, Untergrund und programmatische Diversifizierung die Bewegung veränderten und schließlich zu einer Trennung der Idee

und des Symbols *Solidarność* von der Organisation im engeren Sinn geführt haben. Seither waren Spaltungen, Fraktionsbildungen und grundlegende Auseinandersetzungen kennzeichnend. Sie seien Ausdruck zweier gegensätzlicher Auffassungen gewesen: einmal der Perception von Gesellschaft als einem Raum freier Selbstorganisation, in dem der Staat zurückgedrängt und die Nation als „*ideelle* Kulturgemeinschaft“ nur eine sekundäre Rolle spielen sollte, und einer nationalen Auffassung, der zufolge eine „konkret vorgestellte (nationale) *Gemeinschaft* Trägerin der Grundrechte und Freiheiten“ (S. 581) dargestellt habe. Den Erfolg seiner Transformation, so Imhof, verdanke Polen schließlich der Tatsache, dass es sich nach 1990 von den „einst so wichtigen historisch-nationalen Mythen“ (S. 597) abgewendet habe.

Als einen europäischen Sonderfall beschreibt D. Venutti Aufstieg und Regime Miloševićs in Serbien. Der Autor skizziert zunächst dessen politischen Werdegang vom kommunistischen jugoslawischen Funktionär zum „Führer des serbischen Volkes“ (S. 601). Als Schlüsselereignis, das Venutti in einem etwas schiefen Vergleich als „Paulus-Erlebnis“ apostrophiert, deutet er wohl zu Recht dessen Auftritt im April 1987 im Kosovo, wo der Belgrader Politiker zum serbischen Nationalisten und Chauvinisten geworden sei. Miloševićs Aufstieg wird dabei im Kontext der sich zuspitzenden Probleme und Konflikte Jugoslawiens nach Tito nachgezeichnet, der eine „Modernisierungsrune“ hinterlassen habe. Die Hintergründe werden sehr einleuchtend anhand der zahlreichen strukturellen Defizite und Probleme des jugoslawischen Staatswesens seit dessen Gründung und im Kontext der Besonderheiten der serbischen Geschichte dargestellt. Sie haben sich lange als nur schwer zu überwindende Modernisierungshindernisse erwiesen und in der von oben gesteuerten und vom Staat durchdrungenen Gesellschaft keinen Raum für zivilgesellschaftliche Autonomie, politischen Pluralismus und demokratischen Interessenausgleich entstehen lassen. Nur in einer solchen Situation konnte ein skrupelloser, von Pragmatismus und Opportunismus beherrschter Machtmensch nach oben kommen.

Den Abschluss des Bandes bildet unter der Überschrift „Transformationschancen und historisches Erbe: Versuch einer vergleichenden Erklärung auf dem Hintergrund europäischer Geschichtslandschaften“ ein umfangreicher Beitrag des Herausgebers C. Goehrke. Er geht zunächst von der Beobachtung aus, dass das für die westliche Welt stehende Europa der EU den Transformationsländern des östlichen Europas als politisches, ökonomisches und gesellschaftliches Modell gedient und als Ausgangspunkt und Zentrum die dynamische Ent-

wicklung Europas seit dem Mittelalter bestimmt hat. Daraus ergibt sich seine zweite Prämisse, die in dem vorliegenden Sammelband vorgestellten Staaten und Völker hätten sich im Laufe ihrer Geschichte in unterschiedlichem Maße im „Ausstrahlungsbereich“ dieses ‚dynamischen Zentrums‘ befunden und seien von ihm mitgeprägt worden. Daher geht er der Frage nach, inwieweit die unterschiedlichen Transformationsergebnisse in den Ländergruppen mit Dauer und Intensität ihrer historischen Beziehungen zu jenem Zentrum innerhalb des lateinisch geprägten Europa zusammenhängen. In einer so konzisen wie fundierten Analyse der sozialökonomischen Entwicklung, der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, der Rolle der Eliten im Modernisierungsprozess sowie der Wirkmächtigkeit von Traditionen und Mentalitäten als Ergebnis über lange Zeiträume gewachsener Sozialisationsvorgänge lässt er die Unterschiede zwischen vier Ländergruppen und Geschichtslandschaften deutlich werden. Die Staaten der in der Transformation am weitesten fortgeschrittenen Gruppen (Tschechien, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland sowie Lettland, Litauen, Slowakei) zählen demnach ausschließlich zum westlich-lateinischen, die beiden nachfolgenden (Russland, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Makedonien sowie Ukraine, Belarus, Serbien, Albanien) mit der Ausnahme Kroatiens zum östlich-orthodoxen Europa. Damit werden, wie Goehrke als Befund seiner Untersuchung hervorhebt, die „historisch gewachsenen Zusammenhänge zwischen Transformationserfolg und soziokultureller Prägung“ offenkundig (S. 738). Geografische Nähe zum dynamischen Zentrum, die Herausbildung einer „societas civilis“ sowie die Orientierungsrichtung der Eliten sind dafür weitere wichtige Voraussetzungen. Dass auch der Nationalismus ein zwar ambivalentes, aber aufgrund seiner die gesellschaftliche Kohärenz fördernden und die politische Dynamik unterstützenden Eigenschaften ein wesentliches Steuerelement der Transformation darstellt, ist eine weitere Erkenntnis der angestellten Untersuchungen. Weißrussland einerseits, Serbien und Kroatien andererseits werden hier zu Recht als anschauliche Beispiele angeführt. Goehrkes Bilanz und Fazit, dass „erst dann, wenn man tief in die Geschichte zurückgreift, sich die Kausalitäten voll erschließen, welche die Gegenwart bestimmen“ (S. 741), kann man uneingeschränkt zustimmen; nicht zuletzt auch deshalb, weil seine Erkenntnisse auf einer sehr anregenden, soliden, informationsdichten wie kritischen Analyse beruhen.

Auch wenn die Entwicklung in den hier vorgestellten Staaten vielfach vorangeschritten ist, wird der Sammelband seinen Wert behalten.

Naturgemäß sind nicht alle Beiträge von gleicher Qualität. Tatsächlich zu monieren gibt es aber nur Lässliches: An der einen oder anderen Stelle ein vielleicht zu apodiktisches Urteil, etwa dass in Weißrussland „a priori“ jegliches Interesse am Westen gefehlt habe bzw. fehle. Dass der Europäische Rat mit dem Europarat verwechselt wird, geschieht auch anderswo, und dass die Kirchenunion von Brest in der Westukraine, in den galizischen Bistümern, erst 1700 tatsächlich vollzogen wurde, kann man als Insiderwissen durchaus übersehen.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

**„Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“: Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. Bd. 2: Zentralpolen, bearb. v. Jerzy Kochanowski; Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien), bearb. v. Ingo Eser; Bd. 3: Wojewodschaft Posen, bearb. v. Stanisław Jankowiak; Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern), bearb. v. Katrin Steffen; Bd. 4: Wojewodschaften Pommerellen und Danzig (Westpreußen), bearb. v. Ingo Eser u. Witold Stankowski; Wojewodschaft Breslau (Niederschlesien), bearb. v. Claudia Kraft u. Stanisław Jankowiak. Marburg 2003/04, 768, 701, 805 S. (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas. 4/II-IV).**

Die Ergebnisse des gemeinsamen deutsch-polnischen Editionsprojektes polnischer amtlicher Akten zur Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen 1945–1950 liegen nun auch in einer umfangreichen, vom Marburger Herder-Institut besorgten und fast 3 000 Seiten umfassenden deutschen Fassung vor. Die Fertigstellung der Übersetzung bietet Gelegenheit zu einer Diskussion der Ergebnisse dieses mit Abstand größten zeithistorischen deutsch-polnischen Projektes, in dem 1997–2000 jeweils vier deutsche und polnische Historiker beschäftigt waren. Bereits aus zeitlicher Distanz kann wohl gesagt werden, dass dieses Projekt die umfangreichste Frucht der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zum Thema Zwangsmigrationen in einer Periode war, die noch nicht wie der Beginn des 21. Jahrhunderts von politischen Auseinandersetzungen um das Thema instrumenta-

liert und beeinträchtigt war. Es ist fraglich, ob ein solches Projekt heute noch, getragen vom Wohlwollen der staatlichen Archivverwaltungen auf beiden Seiten und einer nicht durch äußere Einflüsse gestörten deutsch-polnischen Zusammenarbeit agieren könnte.

Durchgesehen wurde von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern ein erheblicher Teil der staatlichen Überlieferung in den polnischen zentralen und regionalen Archiven (zu einzelnen Ausnahmen siehe unten). Aus internen Gründen nur begrenzt zugänglich war die Überlieferung des polnischen Innenministeriums und der Behörden für staatliche Sicherheit – wobei diese Lücke angesichts der benutzten 20 Archive nur für spezifische Fragen schwerer ins Gewicht fällt. Die polnische Fassung erschien 2000/01,<sup>1</sup> die deutsche Fassung drei Jahre später, was angesichts des Umfangs der Übersetzung auch eine erhebliche logistische Leistung darstellt. Die Übersetzung ins Deutsche erreicht trotz der nicht einfachen Materie (Übersetzungen von Verwaltungsquellen aus einem anders organisierten Staatsapparat) eine gute Qualität; sicher kann man über Details streiten, aber der Rezensent fand keinerlei sinnentstellende Fehler. Gegenüber der polnischsprachigen Originalfassung weist die deutsche Ausgabe in Band 4 sogar noch ca. 30 Dokumente auf, die im Original fehlten, während einige Doppelungen der polnischen Vorlage in der deutschen Ausgabe nur in Regestenform geboten wurden (vgl. Bd. 4, S. VII mit Hinweis auf die Kennzeichnung der zusätzlichen bzw. entfallenen Dokumente). So ist insbesondere für Band 4 über weite Strecken die deutsche Ausgabe gegenüber der polnischen Vorlage vorzuziehen.

Der Aufbau der Edition bietet nach zentralen Dokumenten (Bd. 1) in den Bänden 2-4 eine sinnvolle regionale Anordnung entlang der in Polen nach 1945 gültigen Verwaltungsgliederung. Innerhalb dieser Gliederung werden die Dokumente chronologisch gegeben und jeweils von einem Kurzregest und dem Provenienznachweis eingeleitet.

Vorangestellt werden für jede Region umfangreiche Einleitungen, in denen zumeist Probleme der Quellenlage, die Spezifika der Region und der einheimischen Bevölkerung, ein – teilweise weit zurückreichender – Abriss der Geschichte der Region vor und im Zweiten Weltkrieg sowie der Ablauf von Zwangsaussiedlung, Strafmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung, Zwangsarbeit sowie Rehabilitation und Verifizierung beschrieben werden. Fraglich ist, ob die teilweise bis ins Mittelalter zurückreichenden Einführungen in die-

---

<sup>1</sup> „Nasza ojczyzna stała się dla nas obcym państwem...“. Niemcy w Polsce 1945–1950. Wybór dokumentów, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. 4 Bde., Warszawa 2000/01.

ser ausführlichen und weit zurückreichenden Form immer zwingend sind (etwa Bd. 3, S. 3-10, Bd. 4, S. 6-10); überzeugender erscheinen die Einleitungen, die nur knapp die Ausgangslage vor und die Ereignisse im Zweiten Weltkrieg skizzieren.

Fachhistorisch problematisch ist nur die Einleitung zum ersten Teil von Band 3 (Wojewodschaft Posen), die einen im Detail nicht überzeugenden Abriss großpolnischer Geschichte liefert und insbesondere die ostbrandenburgischen und neumärkischen Territorien, die im Nachkriegspolen zum Lebuser Land (*Ziemia lebuska*) zusammengefasst und an Großpolen angegliedert wurden, nicht angemessen berücksichtigt. Diese Lücke fällt ins Gewicht, denn die deutsche Bevölkerung wurde in der Region mehrheitlich gerade aus diesen Gebieten ausgesiedelt.

Dauerhaften Wert besitzen – zumal für das deutschsprachige Publikum – Einführungen in Quellensituation und -bestände, wie sie mustergültig zu Zentralpolen und Oberschlesien geliefert werden (Bd. 2, S. 4-7, 356-360). Leider fehlen vergleichbare Einführungen zu den beiden letzten Bänden. Insgesamt leisten die Einleitungen der Bearbeiterinnen und Bearbeiter erheblich mehr als bloße „Einführungen“, sondern bieten auf breiter Quellenkenntnis aufbauende „Minimonografien“ über die Politik gegenüber den Deutschen in der betreffenden Region sowie die Etappen und den Ablauf der Zwangsmigrationen. Zu wünschen wäre, dass diese regionalen Abrisse umfangreicher rezipiert würden, denn sie gehen vielfach über den bisherigen Forschungsstand erheblich hinaus und liefern insbesondere für die deutschsprachige Forschung eine Fülle von bisher nicht oder nur unzureichend bekannten Fakten. Aktuelle Darstellungen greifen zu selten auf diese Einführungen zurück, möglicherweise weil sie in dieser Qualität in einer Edition nicht vermutet werden.

Auch die vorgelegte Auswahl der Dokumente überzeugt fast durchweg. Geboten wird ein chronologisch angeordneter Querschnitt aus den zentralen Warschauer Archiven (vor allem Staatsarchiv Neuer Akten, Zentrales Militärarchiv und Zentralarchiv des Innenministeriums) und den Regionalarchiven. Ausdrücklich vermerkt wird die Nichtberücksichtigung des Oppelner Regionalarchivs (Bd. 2, S. 356), tendenziell schwächer vertreten sind auch die niederschlesischen Archive (*Zielona Góra* mit Abteilungen). Imponierend ist angesichts der auf vier Jahre begrenzten Laufzeit des Projekts die logistische Leistung der Zusammenführung von verstreuten und sich teilweise ergänzenden Aktenbeständen aus 20 Archiven. Eine Erläuterung und Einordnung der vorgelegten Dokumente ist naturgemäß nur ansatz-

weise möglich, zumal es sich vielfach um nur bruchstückhaft überliefertes improvisiertes Staatshandeln aus den Nachkriegsmonaten und schwer kontextualisierbare Einzelvorgänge handelt.

Zugleich macht eine Durchsicht der gesamten Quellenauswahl auch die bestehenden Editions-lücken zu Zwangsmigrationen deutscher Bevölkerung aus dem 1945 neu konstituierten polnischen Staat deutlich.

1. Offensichtlich sind die Lücken im Bereich der Arbeitslager für Deutsche: Diese Lager wurden weitgehend vom „Amt für öffentliche Sicherheit“ (Urząd Bezpieczeństwa Publicznego) verwaltet, dessen Akten für die Edition mehrheitlich nicht zugänglich waren. Inzwischen liegen in polnischer Sprache Überblicke und Editionen zu solchen Arbeitslagern vor, so dass diese Lücke teilweise geschlossen wurde.<sup>2</sup> Grundsätzlich erhalten bleibt das Desiderat einer Edition von Akten aus dem Bereich des „Amtes für öffentliche Sicherheit“ zur Politik gegenüber Deutschen 1945–1950 und zur Rolle des Amtes bei den Zwangsaussiedlungen.
2. Die fehlende Zugänglichkeit kirchlicher (katholischer) Archive ist in der Edition spürbar, stellt aber eher eine Entlastung dar und trägt zu der sinnvollen Profilierung auf staatliche Quellen bei. Es ist nur zu hoffen, dass mittelfristig eine Aktenedition zur Politik der polnischen katholischen Hierarchie und der Kirchenvertreter vor Ort gegenüber den Deutschen möglich wird.
3. Die wohl empfindlichste Lücke der Edition liegt jedoch in dem Fehlen sowjetischer Akten, denn die sowjetischen Militärbehörden gestalteten insbesondere in einigen Regionen (Pommern, Niederschlesien) über Jahre das Vorgehen gegenüber der verbliebenen deutschen Bevölkerung. Auch hier wäre ein gesondertes Editionsprojekt sowjetischer Akten zur Politik gegenüber den Deutschen in Polen 1945–1950 wünschenswert.

Insgesamt bietet die vierbändige Edition ein detailliertes und facettenreiches Bild der „offiziellen“ staatlichen Politik gegenüber der verbliebenen deutschen Bevölkerung. Offen muss auf der Basis der staatlichen Archivüberlieferung bleiben, inwieweit diese Akten die tatsächliche Politik vor Ort normieren und widerspiegeln, oder ob

---

<sup>2</sup> Bogusław Kopka, *Obozy pracy w Polsce 1944–1950. Przewodnik encyklopedyczny [Arbeitslager in Polen 1944–1950. Enzyklopädischer Führer]*. Warszawa 2002; Einzelstudien: *Obozowe dzieje Świętochłowic, Eintrachtshütte-Zgoda [Lagergeschichte von Schwientochlowitz]*, hrsg. v. Adam Dziurok. Katowice 2002 (Konferencje IPN. 5); *Obóz pracy w Świętochłowicach w 1945 roku. Dokumenty, zeznania, relacje, listy [Das Arbeitslager in Schwientochlowitz 1945. Dokumente, Aussagen, Berichte, Briefe]*, hrsg. v. Adam Dziurok. Warszawa 2002 (Dokumenty. 7).

hier erhebliche Abweichungen zu verzeichnen sind. Solch ein regionaler oder lokaler Blick „von unten“ könnte neben dezidiert regional angelegten Monografien den nächsten Schritt in der Erforschung der Zwangsmigrationen darstellen.

Hans-Jürgen Bömelburg, Lüneburg

**Thomas Urban, Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck Verlag 2004 [Rezensioniert nach der Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005, 223 S.].**

Es ist gar nicht so lange her, da wurde die Verschwörungstheorie verbreitet, über die Vertreibung der Deutschen sei 50 Jahre mehr oder weniger geschwiegen worden, jetzt sei aber die Zeit gekommen, das Tabu zu brechen und die Opferrolle der Deutschen im Zweiten Weltkrieg stärker als bisher zu betonen. Abgesehen davon, dass diese These schon zum damaligen Zeitpunkt weit hergeholt war und mit der historischen Realität auch nicht das Geringste zu tun hatte – kaum ein Thema vielleicht außer dem Holocaust wurde in den 40 Jahren Bonner Republik so gründlich untersucht wie die Vertreibung –, haben die letzten zehn Jahre eine Fülle neuer Publikationen zu diesem Thema hervorgebracht, die quantitativ alles in den Schatten stellten, was die Dönhoffs und Krockows in den Jahrzehnten zuvor publiziert hatten. Dabei entstand auch eine Reihe gelungener und weiterführender Arbeiten. An vorderster Stelle ist sicherlich die vierbändige Quellenedition über die Deutschen in Polen zwischen 1945 und 1950 zu nennen, die in Deutschland das Marburger Herder-Institut herausgegeben hat.<sup>1</sup>

Der Warschauer Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ Thomas Urban engagiert sich schon seit vielen Jahren in der Diskussion um Vertreibung und das vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV) angestrebte „Zentrum gegen Vertreibungen“. In dieser Debatte gehört er zu den vorsichtigen Befürwortern einer solchen Einrichtung, der je-

---

<sup>1</sup> „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. Marburg 2000–2004.



doch immer wieder den historischen Kontext der Vertreibung und das Schicksal der Polen im 20. Jahrhundert betont hat.

In dem vorliegenden Buch unternimmt Urban den löblichen Versuch, die Vertreibung der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen und den der gegenseitigen Vertreibungen im Besonderen einzubetten. Leider entzieht er sich jedoch gleich im Vorwort, ohne es zu begründen, der Verpflichtung, genauer zu definieren, was er unter „Vertreibung“ eigentlich versteht (S. 10).

Ansonsten spannt Urban einen historischen Bogen von der Abschiebung polnischer Staatsbürger, den so genannten *rugi pruskie*, Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Die Bemühungen des Autors, komplexe Sachverhalte für ein breiteres Publikum verständlich zu machen und auf weiterführende Literatur zu verweisen, sind angesichts der Neigung deutscher Historiker, möglichst schwer verständliche Werke zu verfassen, zu würdigen. Sie stoßen aber da an ihre Grenzen, wo Urban historische Sachverhalte falsch darstellt oder zu Interpretationen von Ereignissen gelangt, die nur durch eine äußerst selektive Literaturlauswahl zu erklären sind.

Besonders auffallend sind die Fehler und Falschbewertungen im ersten Drittel des Buches. Einen inhaltlich bewanderten Lektor scheint das Buch jedenfalls nicht gehabt zu haben. Umso unverantwortlicher ist es, wenn eine Einrichtung wie die Bundeszentrale für politische Bildung den Text des Beck-Verlags ungeprüft übernimmt und in hoher Stückzahl weiter verbreitet.

Gleich zu Beginn, wenn Urban von „Dritter Polnischer Teilung“ anstatt des korrekten „Dritte Teilung Polens“ spricht (schließlich haben sich die Polen nicht selber geteilt), bedient er sich – vermutlich unbewusst – des Duktus der deutschen Ostforschung, der im Buch immer wieder aufscheint. Es folgt die Bewertung, dass Fürst Bismarck „in der polnischen Geschichtsschreibung eine absolut negative Figur (ist)“ (S. 18). Diese Einschätzung lässt sich bereits seit einigen Jahren nicht mehr so explizit bestätigen, wie man u.a. einem Literaturbericht von Lech Trzeciakowski aus dem Jahre 1999 entnehmen kann.<sup>2</sup> Die Einführung in das Kapitel zur deutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit (S. 25) vereinfacht die historische Entwicklung über die Maßen. Weder wollten alle polnischen Natio-

---

<sup>2</sup> Lech Trzeciakowski, Otto von Bismarck in der polnischen Historiographie, in: *Studia Germanica Posnaniensia* 24 (1999), S. 91-102.

nalisten gleich ihr Land bis zur Oder ausdehnen noch führte der polnische politische Druck zur Emigration von einer Million Deutschen. Hier waren die Ereignisse doch wesentlich komplexer und es bedingten sich polnischer Druck, deutscher Druck (auf die Beamten, Polen zu verlassen) und die Ausreisewünsche vieler Einwohner, die sich mit der neuen Rolle als Minderheit nicht abfinden wollten. Eine pauschale Repressionspolitik in den Jahren 1934–1939 gab es nicht, vielmehr waren dies Jahre, in denen die polnische Regierung sogar gegen Organisationen wie den Polnischen Verband zur Verteidigung der Westmarken (ZOKZ) vorging, die gegen die Deutschen im Lande operierten. Genauso falsch ist es, dass allein durch eine wie auch immer geartete Politik, „ein Großteil der Angehörigen der deutschen Minderheit“ den Nazis in die Arme getrieben wurde. Getrieben musste hier kaum jemand werden... Für seine Bemerkung, die Nationaldemokraten hätten schon vor Versailles für eine massive Zwangsausiedlung der deutschen Bevölkerung plädiert (S. 27), bleibt Urban einen Quellenbeleg schuldig. Gleiches gilt für den Satz, ein Teil der polnischen Publizisten vertrete die Meinung, die Plebiszitergebnisse nach dem Ersten Weltkrieg seien nur aufgrund massiver Fälschungen zustande gekommen (S. 30). Generalstabschef Hans von Seeckt erscheint im Text wie im Register als „Hans von Seeckt“. Für die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen beruft sich Urban auf die materialreichen, aber politisch mehr als einseitigen Arbeiten von Theodor Bierschenk und Hermann Rauschnig, ohne deren Quellenwert in irgendeiner Weise zu hinterfragen (u.a. S. 35). Ähnliches gilt für das unkritische Heranziehen der Publikationen des wegen seiner rechtspopulistischen Neigungen berüchtigten Ingolstädter Publizisten Alfred Schickel (S. 41). Die Bewertung der innenpolitischen Lage Polens nach dem Tode Piłsudskis ist nicht zutreffend. Keineswegs übernahmen Politiker die Macht, die aus dem nationaldemokratischen Lager hervorgegangen waren (S. 40), es fand lediglich eine Annäherung statt. Wie Urban auf die Idee kommt, die Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland 1938 sei der Auftakt zum Holocaust gewesen (S. 44), wird angesichts der in den letzten Jahren zahlreichen neuen Arbeiten zu diesem Thema sein Geheimnis bleiben.

Die Darstellung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist zum Glück fundierter, auch wenn man selbst da Ungenauigkeiten finden kann, wie in der fehlenden Differenzierung der Volkslistenpolitik in den verschiedenen Gauen. Die Haltung der deutschen Geistlichkeit gegenüber polnischen Priestern und Gläubigen wird in Anlehnung an Hilarius Breitingen zu positiv dargestellt (S. 60 f.). Sehr gelungen

ist dagegen das Kapitel zum SS-Sonderlaboratorium Zamość. Hier hätte man sich nur gewünscht, dass Urban die weitgehende unbekannte Tatsache des massenhaften Raubs polnischer Kinder (S. 77) etwas mehr ausführt. Die folgende Darstellung von Warschauer Ghettoaufstand und Aufstand ist solide und entspricht dem Stand der Forschungen. Im folgenden Teil über die Konferenzen der Alliierten übernimmt Urban bei der Darstellung des polnisch-sowjetischen Krieges von 1920 implizit die in rechten Kreisen häufig anzutreffende Behauptung, die polnischen Truppen hätten fremdes Territorium besetzt, ohne darauf hinzuweisen, dass es sich um Gebiete handelte, die vor 1772 größtenteils zur polnisch-litauischen Rzeczpospolita gehört hatten (S. 98).

Bei der Schilderung der Übernahme der deutschen Ostprovinzen beschränkt sich Urban auf die Erwähnung der nach Sibirien verschleppten Deutschen, ohne die ebenfalls in größerer Anzahl deportierten „autochthonen“ Oberschlesier zu erwähnen (S. 112). Die Feststellung, die neue polnische Verwaltung sei von den sowjetischen Militärkommandeuren abhängig gewesen und habe sich in Streitfällen nicht gegen diese durchsetzen können, ist doch etwas pauschal geraten. Dass sich Urban bei der Übernahme von Zitaten in der Regel nicht die Mühe gemacht hat, die Originalquellen zu suchen, sondern sich auf Sekundärliteratur stützt, ist für eine publizistische Arbeit sicherlich legitim, schwächt aber deren Aussagekraft, weil er auch aus inhaltlich zweifelhafter Literatur zitiert. So stützt er seine Darstellung des Internierungslagers in Lamsdorf (Łambinowice) auf den umstrittenen Bericht des ehemaligen Lagerarztes Heinz Esser, den er fälschlicherweise (siehe dazu die Darstellung Edmund Nowaks in seinem Buch „Cien Łambinowic“) gegen den Vorwurf der NSDAP-Mitgliedschaft in Schutz nimmt.

Ärgerlich ist es, wenn unbelegte Behauptungen auftauchen wie bei der Schilderung der Zwangsmaßnahmen gegen die Deutschen (S. 121) oder dem staatlichen Umgang mit in Polen gebliebenen Masuren und Kaschuben (S. 140). Demgegenüber ist die Skizzierung des deutschen, sowjetischen, polnischen und ukrainischen Terrors in den ehemaligen polnischen Ostgebieten ausgewogener und angemessener, vielleicht weil Urban hier nicht so sehr von Publikationen der deutschen Berufsvertriebenenschaft beeinflusst sein kann.

Die Behauptung, der Kreml habe dem polnischen Parteichef Władysław Gomułka mit der Abtretung Pommerns und Niederschlesiens an die DDR gedroht, falls er einen Sonderweg gehe, taucht zweimal im Buch auf; Urban nennt jedoch keine Quellen hierfür, was ange-

sichts ihrer fehlenden Plausibilität – es war dies nur eines von einer Unzahl in den Jahren der kommunistischen Herrschaft kolportierter Gerüchte – auch schwierig gewesen wäre.

Im „Polen und Vertreibung“ überschriebenen Kapitel beschränkt sich Urban – ohne Gründe anzugeben – auf die Vertreibung der Deutschen, obwohl doch gerade der polnische Umgang mit den eigenen Vertriebenen aus dem Osten ein interessantes Thema gewesen wäre. Hier finden sich auch einige Redundanzen zu den früheren Kapiteln. Dass der Verfasser die polnische katholische Kirche besonders für ihr Verhalten kritisiert, überrascht nicht und ist sicher auch berechtigt, wenngleich etwas einseitig. Auf S. 179 verwechselt Urban Chełm mit Chełmno. Der letzte Abschnitt ist – sehr kurz – den Entwicklungen der letzten Jahre gewidmet.

Alles in allem sind Urbans Bemühungen anzuerkennen, die Vertreibung der Deutschen nicht als einzelnes Ereignis, sondern im Rahmen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu behandeln, und vielleicht erreicht er mit dem vorliegenden Buch auch eine eher wissenschaftsferne Leserschaft. Gerade deshalb wäre es jedoch zu wünschen gewesen, dass er sich gründlicher auf ein so heikles Thema vorbereitet hätte und auf mehr Distanz zum organisierten Vertriebenenlager und dessen apologetischer Literatur gegangen wäre.

Markus Krzoska, Mainz

**The Vanished World of Lithuanian Jews**, ed. by Alvydas Nikžentaitis, Stefan Schreiner and Darius Staliūnas. Amsterdam/New York: Editions Rodopi 2004, XV, 323 pp.; **Estonia. Identity and Independence**, ed. by Jean-Jacques Subrenat. Amsterdam/New York: Editions Rodopi 2004, IX, 310 pp.

The two books under review are the first volumes in a new and welcome series on the Baltic region published by the Amsterdam-based Editions Rodopi, B.V. The series, which carries the title “On the Boundary of Two Worlds: Identity, Freedom, and Moral Imagination in the Baltics,” is edited by Leonidas Donskis, a philosopher and social critic at Vytautas Magnus University in Kaunas, Lithuania.

The first volume, “The Vanished World of Lithuanians Jews,” constitutes on the whole a useful contribution not only to the historiog-

raphy of the Baltic region, but also to Jewish studies and the growing historiography of non-Russian regions of the Russian empire and Soviet Union. The book is a collection of articles on Lithuanian Jewry in the nineteenth and twentieth centuries by scholars from Lithuania, North America, Israel, Germany, Great Britain, and Belarus; the contributions were originally presented at two conferences on anti-Semitism and the Holocaust held in Lithuania in 1997 and 2001.

Given the volume's title, potential readers might expect the book to address the physical and cultural environment of Lithuanian Jews, but in fact the articles' subjects cluster around three major themes: anti-Semitism in the region, the political activity of the region's Jewish population, and the destruction of Lithuanian Jews in the Holocaust. Partly for this reason, this collection cannot serve as a one-volume history of Lithuanian Jewry, though individual articles will be of interest to specialists. Another problem is that some articles examine the Lithuanian Jewish experience, while others focus on views and policies of tsarist state officials and of Lithuanians and the Lithuanian state. Thus, there is a certain lack of thematic clarity in the volume. In addition, poor editing of the book's text is often a significant distraction.

The articles in the first half of the volume discuss developments before the murder of Lithuania's Jews in Nazi-Occupied Lithuania. (Only some of the articles are mentioned here.) Overall, the authors argue that violent anti-Semitism was not a necessary outcome of the Lithuanian-Jewish relationship. In his contribution Theodore R. Weeks concludes that "antisemitism remained a minor factor among Lithuanians before 1914" and that "the Lithuanian national movement (...) had much more to fear from the Poles than the Jews" (p. 45 and 53). In his article, John D. Klier gives a welcome corrective to the stereotype of Jewish powerlessness in Eastern Europe, showing that there was great sophistication and organization among nineteenth-century activists in the Jewish communities of the Northwest provinces of the Russian Empire. Saulius Sužiedėlis finds that there was much promise in the ethnic Lithuanian-Jewish relationship in interwar Lithuania, evident in the Jewish communal autonomy of the 1920s and the "gradual reorientation of Lithuanian Jews towards the dominant Lithuanian cultural paradigm" (p. 130); it was only in the environment of heightened tensions in the late 1930s and in 1940 that anti-Semitism spread widely.

The articles examining the Holocaust in Lithuania differ very much in tone from the articles in the first half of the volume. In his dev-

astating overview of the murder of Lithuania's Jews Yitzhak Arad summarizes: "Out of the 203-207 000 Jews who had remained in Lithuania under German occupation, less than 5 percent survived; among them, less than 1 percent within Lithuania and in the forests of Belarus. This number (or percentage) of surviving Jews was one of the lowest in comparison to other countries in Europe under German occupation. The explanation lies in the wide-scale collaboration with the Germans on the part of the local people and the large numbers among them who enlisted voluntarily into the police units that carried out most of the murder actions against the Lithuanian Jews and participated in the killings of Jews in Belarus, the Ukraine, and the *Generalgouvernement* of Poland" (p. 198).

In his article on Lithuanian participation in the killing of Jews in Belarus and Ukraine, Martin C. Dean adds that Lithuanian police units "earned their countrymen an unfortunate reputation through their willing and brutal participation in atrocities" (p. 293). In his brief contribution, Joachim Tauber points out that work remains to be done in the study of Lithuanian collaboration and complicity in the Holocaust; he directs attention to Lithuanians' half a century-long experience as victims of Soviet aggression and control, which has made their own process of "overcoming the past" that much more difficult.

The second book here under review, "Estonia: Identity and Independence," is a collection of articles by Estonian scholars, writers, and politicians. The volume was originally published in Estonian, French, and German in 2001. In his introduction, editor Jean-Jacques Subrenat (French ambassador to Estonia from 1998 to 2002) explains that the purpose of the volume is to examine "how [Estonia's] inhabitants preserved their identity throughout the vicissitudes of history" and to "contribute to debate" on Estonian identity (p. 1). The bulk of the volume consists of articles from leading Estonian scholars on the history of the lands that in the twentieth century became modern Estonia, beginning with the thirteenth century and ending in the 1990s, with an emphasis on tracing the history of ethnic Estonians through the centuries.

It is unclear who the partner (or partners) in this "debate" on Estonian identity are intended to be; that is, it is uncertain who the intended audience of this book is. The history of the lands of Estonian settlement, which takes up the bulk of this book, is treated extensively elsewhere. A more serious objection could be lodged against the ahistorical nature of the very task of exploring "Estonian iden-

tity” in past centuries as if this phenomenon were not a product of modern nationalism. Although in his introduction Subrenat presents an overview of competing aspects of identity (Herderian “objective criteria” vs. the universalist “subjective criteria” of Renan), the volume overall lacks such nuance, focusing on the nature and profile of the Estonian *ethnos*, or nation, as understood in the late twentieth century. Only two of the volume’s contributions directly address the issue of multiethnicity and non-Estonians in the lands comprising Estonia. Baltic Germans, who comprised the area’s elite for seven centuries, are largely ignored (an exception is mentioned below), while the post-World War II Estonian émigré experience is examined in six contributions (one article and five of the briefer “Opinions”). Also problematic is the total absence of bibliographic footnotes and the fact that only two of the articles supply bibliographies. Even a list of suggested readings from the authors would have given a context to the views expressed and thus made this book more useful.

These objections aside, the book does include a number of interesting contributions. Of particular value among the historical articles are those from leading Estonian scholars whose work is not yet widely known or available in English. In her excellent contribution, Tiina Kala discusses the consolidation of political, economic, and ecclesiastic power by Danes and Germans in the period from the arrival of foreign conquerors and missionaries in the thirteenth century until the Reformation in the sixteenth century. She cautions that information about the lives led by ethnic Estonians (primarily peasants) in these centuries is scanty and emphasizes that much of what is popularly believed by Estonians about the distant past “has been heavily influenced by the imagery of national romanticism created in the 19th century” (p. 48). The late Ea Jansen writes on the Estonian public sphere that developed in the nineteenth century, within which the Estonian “national awakening” took place. Mart Laar, a trained historian as well as leading Estonian politician (he was Prime Minister from 1992–1994 and 1999–2002) provides a personal perspective on the process of national renewal in the late 1980s, which culminated in the restoration of Estonia’s independence in 1991.

Of perhaps greatest value in this volume are the several roundtable-style discussions, with multiple participants. These are transcribed and included as separate contributions. Though sometimes marred by problems in translation, the discussion between Laar and Andrei Hvastov, an Estonian historian and journalist of Russian descent, on the topic “Historical Myth in National Identity” is fascinating as it

brings head-to-head the primordialist views of Estonian nationalism and the non-teleological approach of a constructed national identity. Laar is convinced that the “nation simply emerges from the growing awareness of itself” (p. 35) and seeks to “write history as it really was” (38). Hvostov, on the other hand, speaks of the numerous contingencies of interpretations of the past and concludes: “The identity of every nation is based on myth” (p. 42). Estonia’s two most distinguished living writers, poet Jaan Kaplinski and novelist Jaan Kross, team with poet and politician Paul-Eerik Rummo to discuss their own experiences under the Nazi occupation and the long decades of Soviet rule. Rummo expresses an idea that comes up repeatedly in the book: the centrality of the Estonian language to Estonian identity: “The kernel of Estonian identity has always been our language, and whatever is written in it strengthens that identity” (p. 163). Kross responds with a telling anecdote: “I remember how in 1941 I entered a bank in Town Hall Square in Tartu, which was then known as ‘Adolf-Hitler Platz,’ later known as Soviet Square. Next to me, on the customers’ side of the counter stood a German in uniform who asked me, pointing at a portrait on the wall: ‘Aber was heisst – Hitler Bestia?’ Under the portrait was written – in Estonian – ‘Hitler – päästja’ – ‘saviour’ in the Estonian language. We have always derived strength from making ideologies look ridiculous” (p. 165).

In two valuable final interchanges, Kaplinski discusses the position of Estonia’s Russian minority with an ethnic Estonian politician and two Russian Estonian politicians, and Subrenat converses with Estonian diplomat Jüri Luik about the future of Estonian identity in a world increasingly influenced by globalization.

Bradley D. Woodworth, New Haven

**Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen, hrsg. v. Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej u. Stefan Troebst. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2003, 328 S. (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts. 18)**

Der vorliegende Band fasst die Ergebnisse einer Tagung zusammen, die im Dezember 2002 auf Initiative des Deutschen Polen-Instituts



(Darmstadt), des Geisteswissenschaftlichen Zentrums für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (Leipzig) und des Historischen Instituts der Universität Warschau in Darmstadt stattfand. Anlass waren die nach anfänglicher breiter Zustimmung teilweise heftigen innerdeutschen, aber auch bis nach Polen und die Tschechische Republik ausstrahlenden Auseinandersetzungen um die 1999 vom Bund der Vertriebenen (BdV) angeregte Gründung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin. Herausgeber und Autoren haben sich zum Ziel gesetzt, der Politik Argumente für eine europäisch ausgerichtete Konzeption der systematischen Erforschung, Dokumentation sowie des Gedenkens an das „Jahrhundert der Vertreibung“ (Hans Lemberg) an die Hand zu geben. Damit ist ein tragfähiger zeitlicher und geografischer Rahmen vorgegeben, auch wenn in dem Sammelband etwa im Hinblick auf die türkische Armenienpolitik bzw. die ethnische „Entmischung“ auf dem Balkan außereuropäische Ereignisse aufgegriffen bzw. Vorgänge des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts mitbehandelt werden. Für ein derartig flexibles Vorgehen gibt es gute Gründe: Zum einen war bekanntlich die Geschichte des Osmanischen Reiches eng mit der Europas verflochten, zum anderen wurzeln die in den Vertreibungen des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt findenden zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen überwiegend in den allmählich eskalierenden ethnisch-nationalistischen Konflikten des 19. Jahrhunderts.

Den Spezialbeiträgen vorangestellt sind zwei in die Gesamtthematik kompetent und sachlich einführende Beiträge von Karl Schlögel (Frankfurt/Oder: Nach der Rechthaberei. Umsiedlung und Vertreibung als europäisches Problem) und Hans Lemberg (Marburg: Das Jahrhundert der Vertreibungen). Schlögel betont hierbei insbesondere, dass mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Europas nach 1989 ein neuer, gesamteuropäischer Diskursraum entstanden sei, der es ermögliche, ein lange verdrängtes Thema wieder in den Blick zu nehmen und speziell im Hinblick auf den früheren „Deutschen Osten“ eine Wiederaneignung einer „verschwundenen Geschichte“ (S. 22) möglich werde. Als Gründe für jahrzehntelange Nichtbeachtung von Flucht und Vertreibung benennt Schlögel zum einen die Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg, die derartige Themen gleichsam eingefroren habe, zum anderen aber auch – gerade für die 1970er und 1980er Jahre – „ideologisch verbrämte Ignoranz, (...) Mitläufertum mit dem Zeitgeist, Opportunismus und mangelnde Zivilcourage“ (S. 22); drittens verweist er nicht ganz zu Unrecht, wenn auch in unnötig polemischer Sprache, auf die ambiva-

lente Rolle der deutschen Vertriebenenverbände, deren heimatpolitische Forderungen einer Historisierung des Vertreibungsgeschehens im Weg standen und deren „offizielles“ Engagement für die verlorenen deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa stark interessegeleitet war im Sinne von deren Wiedergewinnung. Nachdrücklich betont Schlögel, dass es keine europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts ohne die „Erzählung von Flucht, Umsiedlung und Vertreibung“ (S. 23) geben könne. Hans Lemberg untersucht in seinem Beitrag den von ihm grundsätzlich bejahten Begriff „Jahrhundert der Vertreibungen“ sehr differenziert und setzt sich in diesem Zusammenhang v.a. kritisch auseinander mit dem seit dem frühen 20. Jahrhundert immer mehr an Bedeutung gewinnenden Ideologem, dass ethnische „Entmischungen“ eine gleichsam friedensstiftende Funktion hätten. Derartige Überlegungen, mit denen auch Vorstellungen von negativ konnotierten instabilen bzw. positiv konnotierten stabilen Epochen der europäischen Zeitgeschichte korrelieren, wirken bis heute in gewisser Weise nach: So verweist Lemberg etwa auf den Umstand, dass, anders als in der Zwischenkriegszeit, von der UNO Minderheitenschutzpolitik nur sehr zögerlich in Angriff genommen wurde, während der internationale Flüchtlingsschutz stetig ausgebaut wurde. Zusammenfassend plädiert Lemberg, auch vor dem Hintergrund, dass Zwangsmigration im 20. Jahrhundert ein weltweites Phänomen war, für einen weit gefassten, „Komparation zulassenden, ja erheischenden“ (S. 52) Vertreibungsbegriff und eine globale Definition des Flüchtlings.

Die insgesamt 30 Spezialbeiträge sind sechs thematisch zusammenhängenden Podien zugeordnet. In einem ersten chronologisch angelegten Teil („Das Jahrhundert der Vertreibungen. Massenfluchtbewegungen, Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen im Europa des 20. Jahrhunderts“) spannt sich der Bogen fallbeispielartig vom Ersten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens in den 1990er Jahren. Berücksichtigung findet hierbei, wie erwähnt, mit zwei Beiträgen (Fikret Adanir, Bochum: Die Aufarbeitung der osmanischen Armenierpolitik in der Republik Türkei und Richard G. Hovanisian, Los Angeles: Expulsion and Genocide: The Armenian Case) auch der türkische Genozid an den Armeniern (1915), der zutreffend nicht als „asiatische Tat“, sondern als Ausdruck modernen, westlich-europäisch geprägten Nationalstaatsverständnisses interpretiert wird, das sich von einer „Entmischung“ der Ethnien mehr gesellschaftliche und politische Stabilität versprach. Bedauerlich ist, dass in diesem Zusammenhang nicht auch der griechisch-türkische „Bevölkerungsaustausch“ nach 1923/24 eigens thematisiert wurde, besitzt die-

ser doch, gerade auch was die Fernwirkung des Ereignisses anbelangt, eine noch deutlichere europäische Dimension als die Ereignisse in Ostanatolien. Breiten Raum nehmen auch Vertreibungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg ein, wobei indes auffällig ist, dass die Shoa nur am Rande erwähnt wird. Die sehr lesenswerten Ausführungen Schlögels zum „Zusammenhang von Holocaust und Bevölkerungsverschiebungen“ (S. 30 f.) hätten die Herausgeber eigentlich geradezu dazu auffordern müssen, dieses wichtige Thema ausführlicher zu berücksichtigen.

In einem zweiten Teil („Gedächtniskultur, Erinnerungspolitik und gemeinsame europäische Zukunft“) werden stärker konzeptionelle Fragen im Hinblick auf die Frage „Zentrum gegen Vertreibungen“ beleuchtet. Die Mehrzahl der Tagungsteilnehmer übte hierbei Kritik an der von ihnen als zu national orientiert angesehenen Konzeption des BdV, als Befürworter traten lediglich Arnulf Baring (Berlin: Plädoyer für ein deutsches, ein deutsch-polnisches Zentrum – als ersten Schritt) und Helga Hirsch – in Diskussionsbeiträgen – auf. Dass letztere ausführlich dokumentiert werden, zählt zu den besonderen Stärken des Bandes, wird doch dadurch der damalige Stand der Debatte – gerade auch im Hinblick auf die historische Forschung in der Zukunft – plastisch festgehalten. Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, die zum Teil erheblich divergierenden Meinungen nachzuzeichnen. Auffällig ist jedenfalls, dass ein wie immer gearteter Grundkonsens im Hinblick auf Konzepte für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ jenseits abstrakter wissenschaftstheoretischer Überlegungen zu Gedächtniskultur bzw. Erinnerungspolitik eigentlich nicht zu erkennen ist. Insofern kann das oben beschriebene Anliegen des Bandes nur teilweise eingelöst werden. Angesichts des breiten Spektrums der Vortragenden ist es zudem bedauerlich, dass die Organisatoren nicht auch einem offiziellen Vertreter der Vertriebenenverbände die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben haben. Bisweilen erscheint es, dass für die Kritiker das eigentliche Skandalon des vom BdV propagierten „Zentrums gegen Vertreibungen“ die prominente Beteiligung der Vertriebenenverbände ist. Insofern wäre es durchaus sinnvoll gewesen, einmal mit diesen statt über diese zu sprechen. Die Beteiligung von Baring und Hirsch mit ihrer grundsätzlich BdV-gewogenen Position vermag eine derartige Lücke nicht zu schließen. Die Vielfalt der vorgebrachten Aspekte wird von den Herausgebern abschließend in so genannten „Denkanstößen“ zusammengefasst. Darin distanzieren sie sich von Versuchen der politischen Instrumentalisierung und „ethnozentrische[r] Nabelschau“ und plädieren für eine „transnational

vergleichende, multidisziplinäre sowie von kurzfristigen politischen Verwertungsinteressen freie wissenschaftliche Aufarbeitung in einem der europäischen Erinnerungskultur verpflichteten Diskurs“ (S. 316).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die in dem Sammelband vereinten Aufsätze, Statements, Thesen, Essays und Diskussionsbeiträge, gerade auch angesichts der inzwischen ja weiter fortgeschrittenen und immer noch nicht abgeschlossenen Debatte, eine wichtige Zusammenfassung von Zwischenergebnissen im besten Sinne des Wortes darstellen. Sie bietet für alle, die sich für derartige Fragen interessieren, eine unverzichtbare Ausgangsposition für die weitere, sich hoffentlich immer mehr versachlichende Diskussion.

Matthias Stickler, Würzburg

**Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Günther Schulz. München: Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag 2001, 292 S. (Büdingen Forschungen zur Sozialgeschichte 1999; Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. 24).**

Unter dem Titel „Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert“ vereinigt der von Günther Schulz herausgegebene Sammelband Beiträge einer Tagung der „Büdingen Forschungen zur Sozialgeschichte“ von 1999. Es ist der Anspruch der Herausgeber, das Spezifische der Vertreibung von Eliten sowohl auf der gesellschaftlichen Ebene als auch im individuellen Erleben Betroffener zu untersuchen. Indem das Thema nur durch den zeitlichen Rahmen des 20. Jahrhunderts und die nationale Perspektive eingefasst wird, eröffnet sich ein weites Feld historischer Ereignisse. Dementsprechend heterogen sind die Beiträge des Sammelbandes, die von den nationalen Auseinandersetzungen in Westpreußen und Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (Wolfgang Kessler) über die Vertreibung von kulturellen Eliten aus Deutschland ab 1933 (Claus-Dieter Krohn, Hiltrud Häntzschel) und deren Rückkehr (Marita Krauss) bis zur Vertreibung und Integration nach dem Zweiten Weltkrieg (Michael Schwartz, Mathias Beer, Hans-Werner Rautenberg) aus Ostmitteleuropa reichen und auch die Migration aus der SBZ/DDR (Arnd Bauerkämper, Reinhard Buthmann) einschließen.

In einem einleitenden Aufsatz bemüht sich Hans Hecker, das Thema in dem historischen Kontext zu verorten und begriffliche Definitionen vorzunehmen.

Aus der Breite der Themenstellung erwächst das Problem einer Definition der unscharfen Begriffe von „Elite“ und „Vertreibung und Verfolgung“. Hecker weist auf die seit den 50er Jahren verwischte Unterscheidung von „Flucht, Vertreibung, Austreibung, Ausweisung, Aussiedlung, Zwangsaussiedlung“ (S. 20) hin. Problematisch ist auch die begriffliche Eingrenzung von Eliten. Hecker definiert Eliten als „den Personenkreis, der innerhalb des Landes oder Gesellschaft seiner Herkunft und seines Lebens eine politische, soziale, wirtschaftliche, wissenschaftliche, geistig-moralische (z.B. religiöse) Position einnimmt, von der aus er tatsächlich oder potenziell eine leitende oder Orientierung gebende Funktion gegenüber der Masse der Bevölkerung bzw. einem maßgeblichen Teil der Gesellschaft ausübt“ (S. 25). Damit wird der Begriff einer Elite zwar eingeschränkt auf den sozialen Kontext der Herkunftsgesellschaft, bleibt aber mit der Formulierung „tatsächlich oder potentiell“ unscharf gegenüber dem real ausgeübten Einfluss innerhalb dieser Gesellschaft. Schulz fasst den Begriff der Elite enger, wenn er als unverzichtbar „die Zugehörigkeit zu einer Führungsgruppe oder -schicht“ und „die Verfügung über Macht bzw. Einfluss und damit über – im weitesten Sinne politischen – Gestaltungsspielraum“ definiert. Im weiteren Verlauf bleibt es jedoch den einzelnen Autoren überlassen, welche Gruppen jeweils zu den Eliten gerechnet werden: Lehrer, Beamte (von der Bahnverwaltung bis zum Staatssekretär), agrarische Großgrundbesitzer, Wissenschaftler, Künstler, Industrielle, Aufsichtsräte und Direktoren von Firmen, Ingenieure, Juristen, Politiker. Vor allem bei Personen aus dem wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich stellt sich die Frage, ob sie zum Zeitpunkt ihrer Entrechtung in Deutschland zur Elite gehörten oder ob ihnen diese Position nicht vielmehr später, und sei es posthum, zuerkannt wurde? Auch wenn wir heute zweifellos zu Recht z.B. Walter Benjamin zur wissenschaftlichen Elite des 20. Jahrhunderts zählen, so ist damit noch nicht die Zugehörigkeit zur Elite Anfang der 30er Jahre, entsprechend den Definitionen von Hecker und Schulz, beantwortet. Gehörte er nicht vielmehr einer gesellschaftskritischen Opposition an, die von den herrschenden Eliten zur Emigration gezwungen wurde?

Zu diskutieren wäre auch die Frage, ob es eine Vereinfachung historischer Spezifika ist, wenn sowohl die Vertreibung der intellektuellen Eliten aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Claus-

Dieter Krohn) als auch die Abwanderung und Flucht der wissenschaftlichen Intelligenz aus der SBZ/DDR (Reinhard Buthmann) unter dem Stichwort „vertriebene Eliten“ behandelt werden. Sicherlich kann man beide Ereignisse unter dem Aspekt von Auswirkungen totalitärer Herrschaft betrachten, nur ist zu fragen, ob damit nicht die Unterschiede aus dem Blickfeld geraten. Auf welcher Ebene lässt sich die Emigration von Lehrern und Beamten des deutschen Reiches aus der Region Posen während der Jahre 1920–1922 mit der Flucht aus Deutschland ab 1933 und weiter mit der Flucht, Vertreibung und Emigration aus Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen? Kommt es hierbei nicht (unter Umständen) zu der Situation, dass Teile der staatstragenden Eliten, die für die Vertreibungen seit 1933 mitverantwortlich sind, sich ab 1945 als Vertriebene an die Seite derjenigen stellen, an deren Ausgrenzung sie vorher beteiligt waren? Hiltrud Häntzschel ist es zu verdanken, auf den, wie sie schreibt „grundsätzlichen Unterschied“ hinzuweisen, der zwischen der Verfolgung und Entrechtung Deutscher durch Deutsche seit 1933 und der Vertreibung Deutscher im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg besteht. „Heimatvertriebene“ waren immer nur die letzteren. „Die aus dem nationalsozialistischen Deutschland Fliehenden wurden allermeist in die Fremde vertrieben, in der sie keine Bürgerrechte besaßen, sondern allenfalls geduldet waren, in eine fremde Kultur, in eine fremde Sprache. Die aus den deutschen Ostgebieten und aus Osteuropa Vertriebenen wurden (wenn auch gewiss nicht immer nur freundlich) im ‚Mutterland‘ aufgenommen, und sie konnten ihre kulturelle Tradition mitnehmen“ (S. 85). Gleichwohl ist festzustellen, wie Krohn erläutert, dass Personen mit wissenschaftlicher Ausbildung oder renommierte Künstler sich gegenüber vielen anderen in einer vergleichsweise privilegierten Position befanden (S. 73). Dies gilt, sicherlich mit Einschränkungen, für die verschiedenen Zeiten und Gründe der erzwungenen Emigration.

Herausragend ist in dem Sammelband der Aufsatz von Mathias Beer: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Einen Problemaufriss hat Beer seinen Beitrag im Untertitel genannt. Neben der guten Lesbarkeit zeichnet sich der Artikel durch eine kenntnisreiche Diskussion der methodischen Probleme aus. Grundsätzliche Probleme bestehen in der geringen Datenlage und in der Frage welche Kriterien die ostmitteleuropäische Herkunft kennzeichnen? An den Biografien von zwei Personen der bundesrepublikanischen Geschichte verdeutlicht er das Problem. Karl Schiller wurde in Breslau geboren, wuchs

aber in Kiel auf und hatte keine Verbindungen zu seinem Geburtsort. Hingegen wurde Theodor Oberländer in Thüringen geboren, aber in Königsberg promoviert, und hier begann seine Karriere. Versucht man nun anhand einfach zugänglicher Daten, wie sie der Geburtsort darstellt, eine Definition von ostmitteleuropäischen Eliten herzustellen, so wird man beiden Personen nicht gerecht. Andererseits ermöglichen die verfügbaren Unterlagen häufig keine Einbeziehung detaillierter Daten.

Nachdem Beer zunächst die historische Situation und die Entwicklung der Forschung darstellt, analysiert er den „Einfluss der Vertriebenen auf die Herausbildung des neuen Staatswesens“ (S. 200) der Bundesrepublik. Dabei zeigt sich für 1950 ein über-durchschnittlicher Anteil von Vertriebenen in den Bundesministerien. Leider lässt die Datenlage keine Angaben für die folgenden Jahre zu, doch sieht Beer keinen Grund zur Annahme einer Veränderung. Während die Vertriebenen 1950 einen Anteil von 16,5% der Bevölkerung der Bundesrepublik stellten, lag ihr Anteil bei 10 von 14 Bundesministerien incl. Kanzleramt zum Teil weit darüber. „Im Schnitt ergibt das einen Anteil der Heimatvertriebenen in allen Bundesministerien von 26% bei den Beamten und sogar von 32% bei den Angestellten“ (S. 218). Im politisch-administrativen Bereich der Bundesrepublik konnten demnach die Vertriebenen eine einflussreiche Stellung einnehmen. Damit war auch die Durchsetzung von Interessen verbunden, zumal die „Interessenidentität von nicht vertriebenen und vertriebenen Beamten“ (S. 226) den „vergangenheitspolitischen Konsens“ beim Aufbau der Bundesrepublik unterstützte.

Über die Integration von Vertriebenen in die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik sollten aber nicht die Probleme vergessen werden, die „bei anderen Berufsgruppen zu einer Frontstellung zwischen Nichtvertriebenen und Vertriebenen führte“ (S. 227). In besonderer Härte traf die Vertreibung Bauern, die nach dem Verlust ihrer Landwirtschaft häufig nur unter großen Anstrengungen in Handwerk und Industrie neue Arbeitsbereiche fanden. In der SBZ/DDR versuchte man das Problem, wie Arnd Bauerkämper in seinem Beitrag aufzeigt, durch die Enteignung landwirtschaftlicher Güter und die Landvergabe an Neubauern zu lösen. Unter dem plakativen Motto „Junkerland in Bauernhand“ führten die Enteignungen zur Verdrängung agrarischer Eliten aus den Dörfern. Während diese Landverteilung in der SBZ/DDR ideologisch begründet war, weist Michael Schwartz auf die Integration von Vertriebenen in die politische Führungselite der DDR hin, die durchaus Parallelen zur bundesrepu-

blikanischen Situation hat. Bei einem Bevölkerungsanteil von 24,2% stellten die Vertriebenen 1950 einen Anteil von 30% der politisch-administrativen Führungskräfte von Gemeindegemeindeführern bis zu Ministern (S. 169).

Es stellt sich die Frage, ob die Zusammenfassung unterschiedlicher historischer Ereignisse unter dem Thema der Verfolgung und Vertreibung von Eliten analytisch tragfähig ist oder es nicht vielmehr notwendig ist, die konkreten historischen Zusammenhänge und damit die Unterschiede zu erfassen? Ist es tatsächlich möglich, die Abwanderung deutscher Beamter und Geschäftsleute aus Posen-Westpreußen nach 1920 mit der Diskriminierung und Entrechtung jüdischer und linker Intellektueller in Deutschland zu vergleichen? Verwischen wir nicht substantielle Differenzen, wenn wir den politischen und ökonomischen Kontext vernachlässigen? Führt der Versuch, die Verdrängung von Großgrundbesitzern in der DDR mit „eschatologischen Heilsvisionen“ zu erklären, über einen oberflächlichen Konsens hinaus und kann damit die Vertreibung aus Ostmitteleuropa seit 1945 erklärt werden? Sicherlich ist Bauerkämper zuzustimmen, wenn er schreibt, dass „seit dem 19. Jahrhundert der radikale Nationalismus, die Volkstumsideologie und die Utopie ethnischer Homogenität eine neue, radikale Form der Vertreibung hervorgebracht (hat)“ (S. 159). Darüber hinausgehend ist zu überlegen, in welchem Umfang in der Ideologie ethnisch-nationaler Homogenität der Januskopf von Nationalstaatlichkeit sichtbar wird.

Bis ins 18. Jahrhundert bedeutete der Wechsel des Machtbereiches einer Herrschaft, dass automatisch von den Untertanen die Loyalität gegenüber dem neuen Herrscher verlangt wurde. Die Differenz zwischen Untertanen, die der gottgegebenen Herrschaft zu gehorchen hatten, und den Schichten mit herrschaftlicher Macht, denen die Verfügungsgewalt zukam, erschien als naturgegebene Gesellschaftsordnung. Mit der Etablierung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert veränderte sich die Begründung von Herrschaftsausübung. Einerseits legitimiert sich Herrschaft über die Zustimmung der Untertanen und andererseits werden die Untertanen mit den quasi biologischen Konstanten, einer über Abstammung hergestellten Zugehörigkeit zu einem Volk, definiert. Gerät unter diesen Voraussetzungen eine Region in die staatliche Zugehörigkeit eines anderen Volkes, dann impliziert das die fehlende Loyalität derjenigen, die definitionsgemäß nicht zu dem Volk gehören. Da innerhalb der Logik einer auf Abstammung beruhenden Gemeinschaft keine überzeugende Lösung des Problems von Loyalität des Volkes gegenüber der Herrschaft besteht, erscheint



die Vertreibung der Bevölkerung als (inhumaner) Ausweg. Im Kontext der in dem Sammelband vereinigten Artikel trifft diese Argumentation auf die zwangsweise durchgeführten ethnisch-nationalen Homogenisierungen im Anschluss an die beiden Weltkriege zu. Dagegen finden die ideologisch begründeten Vertreibungen in jeweils anderen Kontexten statt, deren Vergleichbarkeit zu diskutieren wäre.

Als fruchtbarer Ansatz zur Analyse der Auswirkungen von Vertreibung und Verfolgung auf Eliten im Sinne einer sozialen Gruppe könnte sich die Theorie sozialer, kultureller und ökonomischer Kapitalien von Bourdieu erweisen. Mit dem konkreten Rückbezug auf die den Eliten zur Verfügung stehenden Ressourcen kann die „Historizität in der Bewertung historischer Leistungen und damit die Problematik der Zuordnung zu einer politischen Elite“, so Häntzschel (S. 94), vermieden werden. Zum einen könnte die Analyse dahingehend ansetzen zu fragen, in welchem Umfang die Verfügungsmacht über soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital kennzeichnend für die Zugehörigkeit zu einer Elite ist. Darauf aufbauend ist zum anderen nach dem Einfluss der sozialen, kulturellen und ökonomischen Kapitalien auf die individuellen Chancen einer Verarbeitung von erzwungener Migration zu fragen.

Mathias Wagner, Hannover

**Mathias Wagner, „Wir waren alle Fremde“. Die Neuformierung dörflicher Gesellschaft in Masuren seit 1945. Münster: LIT Verlag 2001, 371 S. (Bielefelder Geographische Arbeiten. 3); Richard Blanke, Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2001, 372 S. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 24).**

Die Masurenproblematik hat seit den 1990er Jahren in den Sozial- und Kulturwissenschaften, darunter auch in der Geschichtswissenschaft eine große Karriere durchgemacht. Dies gilt sowohl für die polnische als auch für die nichtpolnische, vor allem die deutsche Forschung. Dieses Interesse wurde in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene politische, kulturelle und wissenschaftliche Voraussetzungen vorprogrammiert: Es gehörten dazu neue methodische und

thematische Ansätze der Kulturwissenschaft, neue Perspektiven und Begriffsauffassungen in der Identitäts- und Geschichtsreflexion ebenso wie nicht zuletzt die politischen Umwandlungen der 1980er und 1990er Jahre. Die offizielle Leugnung der Existenz einer besonderen ethnischen Gruppe von Masuren in der Zwischenkriegszeit und Nachkriegszeit, die für (Ost)Mitteleuropa typische Implizierung der ethnischen Nationalität durch Sprachzugehörigkeit und schließlich auch das faktische beinahe Verschwinden der masurischen Gruppe in Nordpolen durch Flucht, Vertreibung und spätere Auswanderung nach Deutschland waren Ursachen, warum man lange sehr wenig Aufmerksamkeit für die masurische Gesellschaft fand.

Doch zeigten sich gerade durch ihre „Außerordentlichkeit“ in vielen Perspektiven die Masuren als besonders anziehendes Forschungsobjekt in der Soziologie, Ethnologie und Historiografie: Sie stellen – typologisch gesehen – einen Grenzfall in den mitteleuropäischen Identifikationsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts dar, sie stellen Modelle und Vorstellungen gewissermaßen in Frage, die für Ostmitteleuropa als selbstverständlich angenommen werden. Die Beschäftigung mit den kollektiven Identitäten und anderen Bewusstseinsformen zeigt die Notwendigkeit und Möglichkeiten, die sonst überwiegenden Modelle der modernen Nationsbildung, der gruppenspezifischen, ethnisch und sprachlich bedingten Prozesse zu hinterfragen. Sie ist nicht zuletzt, aber bei weitem nicht nur eine Herausforderung für die bisherige Nationalismusforschung, sondern auch für die Thematisierung des Geschichtsgedächtnisses sowie der gesellschaftlichen Inklusions- und Exklusionsprozesse.

Es ist daher kein Wunder, dass gerade in der Zeit, in der die nationale Identität in Ostmitteleuropa an ihrer Verbindlichkeit zumindest teilweise verliert und im kulturellen Bereich immer mehr Interesse für alternative Gruppenidentifikationen entsteht, nicht nur *das* Masuren, sondern auch *die* Masuren viel stärker die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Es zeigte sich unter anderem auch an der neuen Mode des masurischen Gebiets, das in den 1990er Jahren wieder viel stärker, jedoch unter veränderten Bedingungen zum Objekt regionaler Identifikationsprozesse wurde, deren Träger im Unterschied zur ehemaligen Betonung des „polnischen Charakters“ des Landes jetzt seine „Multikulturalität“, seine vielperspektivische Grenzlage betonten, wobei die masurische Kultur (oder besser gesagt: das masurische „kulturelle Erbe“) als symbolischer Ansatzpunkt zur identitätsstiftenden Darstellung dieser Regionalität benutzt wird.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Dies gilt vor allem für die regionale Kulturbewegung in Masuren und Ermland, die sich

So sind schon in den 1990er Jahren Masuren Gegenstand von neuen wissenschaftlichen Abhandlungen geworden, unter anderem auch in der polnischen Soziologie.<sup>2</sup> Wenn es also 2001 zu einer bemerkenswerten Anhäufung von wichtigen Arbeiten zu diesem Thema gekommen war,<sup>3</sup> kann der Zufall höchstens in diesem gemeinsamen Erscheinungsjahr gesehen werden, denn sonst handelte es sich um die Fortsetzung des Trends von vorherigen Jahren und Jahrzehnten.

Die zwei hier besprochenen Monografien verbinden traditionelle und neue thematische Perspektiven mit zwei verschiedenen, jedoch gegenseitig komplementären und sich ergänzenden Herangehensweisen. Beide interessieren sich für die politischen und gesellschaftlichen Umgestaltungen in Masuren, wobei die schon in der früheren polnischen Literatur thematisierte Volksabstimmung von 1920 und/oder der „Neubeginn“ der masurischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und der Angliederung an Polen im Mittelpunkt stehen. Vor diesem Hintergrund wird jedoch der Blick auf die Frage der (subjektiven) Identität der masurischen Bevölkerung gerichtet. Während bei Richard Blanke vor allem die ethnisch-sprachliche Gruppe der Masuren der Gegenstand seiner Darstellung ist, analysiert Mathias Wagner insbesondere jene Bevölkerungsgruppen, die zum Teil eben nach den Masuren in die Region kamen – die polnischen Neusiedler sowie die im Rahmen der Aktion Weichsel umgesiedelten Ukrainer/Ruthenen aus Südostpolen. Dies schlug sich logischerweise auch im hintergründigen narrativen Leitmotiv der Darstellung der Nachkriegsgeschichte in beiden Arbeiten nieder: Während Blanke eigentlich das Verschwinden der *ethnisch* masurischen Gesellschaft in den 1940er bis 1980er Jahren schildert, analysiert Wagner die langwierige Formierung der regional masurischen Gesellschaft in denselben Jahrzehnten.

Beide Arbeiten unterscheiden sich im chronologischen Zeitraum sowie im methodischen Ansatz. Das Buch „Polish-speaking Germans“ von Richard Blanke geht der Entwicklung der kollektiven Identifikationen der Masuren von der deutschen Reichsgründung bis in die 1980er Jahre nach (mit sehr kurzer Darstellung der 1960er bis 1980er

---

um den Verein und die Zeitschrift Borussia konzentriert. Vgl. u.a. als Beispiel Robert Traba, *Kraina tysiąca granic. Szkice o historii i pamięci* [Landschaft der tausend Grenzen. Skizzen über Geschichte und Gedächtnis]. Olsztyn 2003.

<sup>2</sup> Vgl. v.a. Andrzej Sakson, *Mazurzy – społeczność pogranicza* [Die Masuren – Gesellschaft im Grenzland]. Poznań 1990; ders., *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945–1997* [Nationalitätenverhältnisse in Ermland und Masuren 1945–1997]. Poznań 1998.

<sup>3</sup> Außer den hier besprochenen Monografien vor allem Andreas Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*. Berlin 2001; ders., *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956*. Wiesbaden 2001.

Jahre), wobei die Hauptaufmerksamkeit auf der Lage der Masuren zwischen Preußen, Deutschland und Polen liegt. Wie der Buchtitel pointiert, wird der masurische Fall in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein für Mitteleuropa einzigartiges Beispiel einer Identität interpretiert, bei der die polnische Mundart des Volkes keineswegs eine polnische nationale Zugehörigkeit implizierte. Ganz im Gegenteil: Die jahrhundertelange Zugehörigkeit zur preußischen Monarchie, das evangelische Glaubensbekenntnis und schließlich auch das vermeintliche oder tatsächliche Wohlstandsgefälle zwischen beiden Staaten in der Zwischenkriegszeit führten dazu, dass sich die Masuren – im Unterschied zu vielen katholischen Ermländern und vor allem den (ebenso katholischen) westpreußischen Kaschuben – für das polnische Nationalbewusstsein nicht gewinnen ließen, trotz vieler Bemühungen der polnischen Nationalaktivisten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sowie des polnischen Staates seit 1919. In diesem Zusammenhang dekonstruiert Blanke zwei Vorstellungen: erstens die Meinung, die misslungene polnische nationale Agitation unter den Masuren sei auf das relativ schwache, wenig konsequente und verspätete Interesse der polnischen Nationalbewegung zurückzuführen, zweitens die Auslegung, das polnische Fiasko bei der Volksabstimmung im Juli 1920 sei von den deutschen Manipulationen und Schikanen verursacht worden. Blanke zeigt, dass bei den Masuren die polnischen Nationalgedanken wenig Anziehungskraft besaßen und dass hier die traditionelle preußische Staatstreue der lokalen Agrargesellschaft und vor allem die konfessionellen Unterschiede mit der althergebrachten Gegenüberstellung des Katholizismus und der evangelischen Konfession entscheidend waren, um so mehr, als sich die polnische Agitation in Masuren nur in Ausnahmefällen von einer deutlichen Bindung an den Katholizismus zu trennen vermochte. Dies führte dazu, dass der preußische Staatspatriotismus der polnischsprachigen Masuren nicht durch den polnischen Nationalismus ersetzt wurde: Sie identifizierten sich weiterhin mit dem preußischen Staat und nach 1920 zunehmend mit der deutschen Nationalität, was auch mit dem Übergang zur deutschen Umgangssprache verbunden war.

Den entscheidenden und symptomatischen Punkt in der Geschichte der masurischen kollektiven Identitäten findet Richard Blanke bei der Volksabstimmung von 1920, die er als Äußerung des kollektiven Bewusstseins der masurischen Bevölkerung versteht, die hinsichtlich der klaren Ergebnisse kaum als Folge von Manipulationen oder Beeinflussung interpretiert werden könne. Der Volksabstimmung ist auch der umfangreichste Abschnitt des ganzen Buches gewidmet, nach-

dem die polnischen Agitationsbemühungen seit den 1870er Jahren (allerdings größtenteils mit einseitiger Konzentrierung auf das polnisch nationale Pressewesen) sowie die preußische Masurenpolitik bis zum Ersten Weltkrieg behandelt werden. Anschließend widmet sich der Autor der sprachlichen (Selbst)Germanisierung der Masuren und der staatlichen Sprachpolitik im Gebiet während der Weimarer Republik. Die Entwicklung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs werden dann stärker in den Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen gestellt, wobei sich insbesondere in den ersten Jahren verschiedene Ansätze zur Schlichtung der Minderheitenfragen zwischen Nazi-Deutschland und Sanacja-Polen zeigten. Während der Zweite Weltkrieg als Genese der „Zurückerwerbung“ des Landes durch Polen dargestellt wird, richtet sich der Blick auf die Vertreibung, Übernahme durch Polen und „Repolonisierungsmaßnahmen“ des polnischen Staates in Masuren. Wo sich die Arbeit nicht auf bisherige Forschungen stützt, werden vor allem amtliche Quellen ausgewertet.

Richard Blanke versucht, die Identitätsproblematik bei den Masuren größtenteils aus dem Blickwinkel der politischen Geschichte zu beleuchten, wobei jedoch Exkurse in die Entwicklung der Sozialstruktur der masurischen Gesellschaft oder in die lokale und regionale Kultur gemacht werden. Ganz anders geht Mathias Wagner in seinem Buch vor: Hier wird die politische Geschichte des Landes im Nachkriegspolen zwar in Ansätzen geschildert und bei einigen konkreten Problemen auch ausführlicher behandelt (Aktion Weichsel), bleibt aber prinzipiell im Hintergrund. Im Mittelpunkt dieser ethnologisch und soziologisch angelegten Studie steht die soziale Struktur der lokalen Gesellschaft in der als Beispiel gewählten Mikroregion des Dorfes Orłowo, vor allem aber alle wichtigen Ebenen und Probleme des individuellen und kollektiven Bewusstseins der dortigen Bevölkerung einschließlich der Inklusions- und Exklusionsprozesse im Wandel der Nachkriegszeit, der gruppenspezifischen Grenzziehungen, des historischen Gedächtnisses, sozialer Rituale und symbolischer Aushandlungsstrategien, dies alles mit Bezug auf die soziale, konfessionelle, ethnische und demografische Struktur. So tief der Rückgriff auf die ganzen Nachkriegsjahrzehnte, ja sogar die Zwischenkriegszeit ist, so eindeutig wird die „gegenwärtige“ (in der Zeit der Realisierung des zugrunde liegenden Forschungsprojektes – d.h. in der Mitte der 1990er Jahre) Dorfgesellschaft als Gegenstand der Arbeit definiert, eine Dorfgesellschaft, die das Erbe früherer Entwicklungen stets mit sich trägt (oder aber in bestimmten Fällen eben nicht), gleichzeitig

aber von langwierigen Prozessen des gesellschaftlichen Wandels im Nach-Wende-Polen stark erfasst und mit den für die strukturschwachen Regionen problematischen Folgen konfrontiert wurde – ein Dorf in einer Phase, in der die Kategorien wie sozialer Zusammenhalt, Solidarität, Kollektivität, Individualität, Differenz und Integration neu ausgehandelt werden müssen.

Zur Analyse dieser Probleme greift Wagner auf das Instrumentarium der modernen Sozialwissenschaft zurück: Umfragen (darunter auch Fotoumfragen), Erzählungen, teilnehmende Beobachtung usw. bilden die methodische Basis der ganzen Arbeit. Dies führt bei ihm dazu, dass die „realhistorischen“ Hintergründe nur in Einzelfällen und ansatzweise erklärt werden (z.B. Aktion Weichsel oder die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der VRP) und der Blick auf die kollektive und individuelle Aufarbeitung der historischen Ereignisse und Probleme gerichtet wird. In der Arbeit von Blanke ist das nur zum Teil anders, denn auch hier ist die diskursive Perspektive des kollektiven Bewusstseins, der Kollektivsubjektbildung entscheidend, allerdings mit der vordergründigen Darstellung der politischen Entwicklung und mit weniger Aufmerksamkeit für die individuelle Seite des sozialen und kulturellen Bewusstseins.

Etwas anders werden in beiden Monografien die methodologischen und theoretischen Abschnitte eingebaut. Das Buch über die „Polish-speaking Germans“ versucht, sich im Einführungsteil ausführlicher mit den sozialwissenschaftlichen und historiografischen Konzepten auseinanderzusetzen, und stellt auf diese Weise sehr übersichtlich die konzeptionellen Grundlagen der ganzen Arbeit vor, auch wenn man einige – allerdings gewissermaßen immer notwendige – Vereinfachungen oder Unklarheiten vermuten kann; beispielsweise scheint hier in der Unterscheidung der „objektiven“ und „subjektiven“ Auffassung von nationalen und anderen kollektiven Identitäten (schon diese typologischen Bezeichnungen müssten allerdings mehr diskutiert oder argumentiert werden) stellenweise Unklarheit zu herrschen, ob im konkreten Kontext die Weise der kollektiven „Kodierung“ einer Identität oder aber die wissenschaftlichen Konzepte gemeint sind. Im weiteren Text orientieren sich die theoretischen und methodischen Passagen auf die Interpretation oder frühere historiografische bzw. politische Betrachtungen konkreter Themen und Probleme (Volksabstimmung, „Repolonisierung“, Verifikation usw.). Dies macht das Buch sehr übersichtlich, klar strukturiert und leserfreundlich. Auch hier verdienen jedoch einige Argumente kritische Aufmerksamkeit, z.B. bei der Behauptung, der masurische Fall sei in Ostmitteleuro-

pa das einzige Beispiel der Inkongruenz zwischen Sprachlichkeit und Nationalität, müsste auf die früheren Nationsbildungsprozesse des 19. Jahrhunderts mehr Rücksicht genommen werden. Dabei würde sich wohl zeigen, dass diese Übereinstimmung von Sprache und ethnischer Nationalität erst Ergebnis dieser Prozesse waren. Vor allem überrascht jedoch, dass hier der Vergleich mit den Kaschuben in der Zeit der jungkaschubischen und der modernen kaschubisch-pommerellischen Bewegung nicht gewählt wurde: Denn dieses Fast-Nachbarvolk der Masuren ist ein weiteres Beispiel für die erwähnte Inkongruenz, allerdings im umgekehrten Sinne: Das Beharren auf der kaschubischen Eigensprachigkeit hat ja die kaschubischen Aktivisten nicht gehindert, ihre Gruppe schließlich als Bestandteil der polnischen Nation zu sehen.

Eine andere Vorgehensweise beobachtet man im Buch von Mathias Wagner. Außer dem umfangreichen theoretischen und methodologischen Einführungsteil werden in einzelnen, thematisch verschiedenartig orientierten Abschnitten immer wieder spezifische methodologische und theoretische Fragen aufgenommen und ausführlich behandelt, manchmal sogar in einem Maße, wie das für den folgenden Teil nicht nötig wäre, denn manche Ansätze und Probleme werden im Weiteren kaum ausgeführt. Dies macht die Struktur der Arbeit nicht ganz übersichtlich und die Lektüre nicht immer zum Vergnügen. Andererseits kann man sich an anderen Stellen von der Erzählfähigkeit des Autors überzeugen. In der Argumentation wird man ab und zu in Zweifel geraten, ob manche Aussagen nicht zu schnell generalisiert oder sogar überinterpretiert werden – ein Risiko, das allerdings jede Arbeit mit ähnlichem Anspruch eingehen muss. Ein Manko des Werkes, das offensichtlich auch literarische Ambitionen verfolgte, stellt die Tatsache dar, dass es unnötig viele Formalia einer Dissertation auch bei der Buchveröffentlichung beibehielt.

Mit beiden Büchern wurden Arbeiten vorgelegt, die wesentlich zur Thematisierung und Diskussion über die sozialen und kulturellen Aspekte der masurischen Gesellschaft im 20. Jahrhunderts beitragen und zusammen mit anderen Werken der polnischen und deutschen Kultur-, Sozial- und Geschichtswissenschaft (W. Wrzesiński, A. Sakson, A. Kossert, R. Traba u.a.) einen Forschungskorpus darstellen, den jede weitere Beschäftigung mit der neueren und neuesten Geschichte von Masuren (sowohl im geografischen als auch vor allem im sozialen, kulturellen und ethnischen Sinne) reflektieren muss.

Miloš Řezník, Chemnitz

**Henning von Wistinghausen, Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991–1995. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2004, 694 Seiten, 68 s/w-Abbildungen auf 40 Tafeln.**

Das hier zu besprechende wichtige und gewichtige – im doppelten Wortsinne – Buch ist weit mehr, als dies der zwar treffende, aber eher bescheidene Titel erkennen lässt: ein wesentlicher Beitrag zur europäischen Zeitgeschichte. Es werden sehr anschaulich, ja spannend, wichtige Phasen der großen politischen Wende in Ostmitteleuropa am Ende des 20. Jahrhunderts geschildert. Das geschieht aus der Sicht eines scharfsichtigen und gut informierten Zeitzeugen, der an einigen Punkten auch Mithandelnder war. Henning von Wistinghausen ist Jurist und entstammt einer estländischen Familie, deren Geschichte er in Monografien und anderen Beiträgen zu Papier gebracht hat. 36 Jahre gehörte er dem Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland an. Von 1991 bis 1995 vertrat er Deutschland als erster Botschafter eben „im freien Estland“, danach in Almaty/Kasachstan und bis zum Eintritt in den Ruhestand in Helsinki/Finnland. Er war und ist nie „nur“ Jurist und/oder Diplomat, sondern immer auch Historiker; seit 1963 gehört er der Baltischen Historischen Kommission an. Die vorliegenden Erinnerungen an seinen wohl wichtigsten und interessantesten Posten sind also von einem Fachmann verfasst, und das hebt sie aus der Masse der doch recht zahlreichen und mitunter langweiligen Diplomatenmemoiren heraus.

Nachdem Henning von Wistinghausen von 1984 bis 1990 das Grundsatzreferat für Außenwirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Europaabteilung des Auswärtigen Amtes geleitet hatte, wurde er auf eigenen Wunsch als Leiter des Generalkonsulats nach Leningrad versetzt. Im September 1990, kurz vor der Vereinigung Deutschlands, trat er seinen Posten in der Stadt an der Neva an, die etwa ein Jahr später, am 6. September 1991 ihren alten Namen St. Petersburg zurückerhielt. Zu dem Amtsbezirk des Generalkonsulats – der Verfasser war 1970/71 an der Botschaft Moskau mit den Verhandlungen mit dessen Errichtung befasst – gehörten auch die Städte Tallinn (Reval) und Riga, nicht aber die Gebiete der Staaten Estland, Lettland und Litauen. Deren Annexion durch die Sowjetunion nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 nämlich hatte die Bundesrepublik Deutschland wie andere westliche Staaten nie völkerrechtlich anerkannt, was sich später noch als sehr nützlich erweisen sollte. Der Generalkonsul besuchte eifrig die Heimat seiner Vorfahren und



nahm intensive Kontakte zu führenden estnischen Persönlichkeiten auf, etwa zu dem Schriftsteller Jaan Kross und seiner Frau Ellen Niit oder mit Lennart Meri, dem Außenminister (1990–1992) und späteren Staatspräsidenten Estlands (1992–2002), „ein im besten Sinn alteuropäisch gebildeter Mann“ (S. 62), der fließend Deutsch sprach, hatte er doch als Sohn eines estnischen Diplomaten einen Teil seiner Kindheit in Berlin verbracht. Meri war ein Glücksfall für sein Land, was in Wistinghausens Darstellung an vielen Stellen deutlich zum Ausdruck kommt. Das schließt hier und da, wo es angebracht ist, sachliche Kritik an dem Staatsmann nicht aus (S. 632 ff., 636).

Aus dem politischen Bewusstsein der westlichen Welt waren die so genannten baltischen Staaten fast völlig verschwunden, was sicherlich mit ein Grund für die zunächst etwas zögerliche und zurückhaltende Politik der Bundesregierung ihnen gegenüber war, die sich erst vom Januar 1991 an von Grund auf zum Positiven hin änderte. „In dem Vertrag vom 12. Januar 1991 erkannten sich Estland und Rußland gegenseitig als ‚souveräne Staaten und Subjekte des Völkerrechts‘ an“ (S. 57). Die „Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit der estnischen Republik“ durch Russland bzw. seinen Präsidenten Boris El'cin folgte freilich erst am 24. August 1991 (S. 118). An der Wende in der deutschen Baltikumspolitik hatten Persönlichkeiten wie Henning von Wistinghausen und andere aktive und im Ruhestand befindliche deutsche Diplomaten mit deutschbaltischem Hintergrund einen nicht unwesentlichen Anteil. Das klingt in dem Buch nur sehr diskret und zwischen den Zeilen an. Nach dem missglückten Putsch in Russland bzw. Moskau vom 19. August 1991, auf den ausführlich eingegangen wird (S. 90–116), gewannen die Ereignisse eine starke Eigendynamik.

Am 28. August 1991 beschloss die Bundesregierung, damals noch in Bonn, wo die drei baltischen Außenminister einen Tag zuvor zum Besuch eingetroffen waren, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den drei baltischen Republiken. Henning von Wistinghausen ging als Botschafter nach Tallinn. Hagen Graf Lambsdorff, ein zweiter deutscher Spitzendiplomat deutschbaltischer Herkunft, wurde als Botschafter nach Riga entsandt. Das waren zwei sehr glückliche, aber keineswegs selbstverständliche Personalentscheidungen der Bundesregierung bzw. des Auswärtigen Amtes. Die Entwicklung Estlands zu einem stabilen demokratischen Gemeinwesen mit einer freien, marktwirtschaftlichen Ordnung, die auf einer harten Währung (Währungsreform vom 20. Juni 1992) ruht, nimmt den zweiten Teil des Buches ein und ist nach den Jahren 1991 bis 1995 gegliedert (S. 124–645).

Wohl alle politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen dieser Zeit werden dargeboten, etwa die Entstehung der Verfassung oder die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die Formierung einer eigenständigen, eindeutig westlich-europäisch orientierten Außen- und Sicherheitspolitik, die Bildungen der diversen Koalitionsregierungen, die höchst schwierigen estnisch-russischen Beziehungen einschließlich des Abzugs der russischen Truppen (z.B. S. 213 f., 251-258, 363-376, 455-465, 552-559) und natürlich die Entwicklung der deutsch-estnischen Beziehungen auf allen Gebieten. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, dass es dem Botschafter höchstpersönlich zu verdanken ist, dass er und seine Nachfolger auf dem Domberg, dem alten Regierungszentrum der Hansestadt Tallinn oder Reval – beide Namen sind estnischen Ursprungs –, mit dem dortigen ehemaligen Ungernschen Palais, dem Elternhaus der Urgroßmutter des Verfassers, Isabella von Ungern-Sternberg geb. von Pahlen, eine würdige Bleibe gefunden haben (S. 89 f., 169 f., 355 f.), die am 25. Mai 1994 in Gegenwart von Staatspräsident Meri und des Bundesministers des Auswärtigen Klaus Kinkel eingeweiht wurde (S. 503-506 und Abb. 47-51). Am 14. November 1995 übergab von Wistinghausen die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger. Er tat dies in der Gewissheit, dass Estland „seit langem – und vor allem dank der Deutschbalten – ein in Europa eingebundenes Land“ ist, „das als solches wiederentdeckt und Europa zurückgewonnen werden muß“ (S. 644).

Dem Verfasser standen für das Buch neben dem ihm eigenen phänomenalen Gedächtnis umfangreiche Unterlagen zur Verfügung, insbesondere eigene Aufzeichnungen und Sammlungen sowie seine umfangreiche Privatbibliothek. Das verleiht der stets flüssigen Darstellung ihren Wert, so dass sie selbst zu einer Art Quelle für die Geschichte der ersten Jahre des wieder souveränen Estlands wird, zumindest zu einer Sekundärquelle. Anmerkungen, ein kleiner Quellenanhang, eine sehr nützliche Zeittafel, der Nachweis der Abbildungen und Dokumente und die Personen-, Orts- und Sachindices tragen zum Wert des Buches und seiner Benutzbarkeit nicht unwesentlich bei.

Unbedingt erwähnt werden muss noch, dass die zahlreichen biografischen Studien dem Buch einen ganz besonderen Reiz verleihen. Sie sind meist nicht in einem geschlossenen Block zu finden, sondern verteilen sich über den gesamten Text. So werden Persönlichkeiten wie der Oberbürgermeister von Leningrad/St. Petersburg Anatoli Sobčak und sein damaliger Mitarbeiter Vladimir Putin oder Arnold Rüütel, Vorgänger und Nachfolger Meris als Staatsoberhaupt, lebendig und anschaulich charakterisiert. Da aber, wo Wistinghausen meist eher

zurückhaltend seine Begegnungen mit seinen eigenen Wurzeln schildert, merkt man, dass er nicht nur ein erstklassiger Kenner Estlands und ein scharf urteilender Beobachter etwa der politischen Entwicklungen in Europa ist, sondern auch ein warmherziger, mitfühlender Mensch. Erwähnt sei hier nur seine erste Begegnung mit seinem Vetter William oder Willy Baron Fersen, einem der wenigen Deutschbalten, die unter bescheidenen und oftmals äußerst schwierigen Bedingungen in ihrer Heimat verblieben waren (z.B. S. 39 f.). Und bewundernswert einfühlsam und anrührend schildert der Diplomat den Abschied von seinem todkranken Freund Patrick von Glasenapp (gest. 9. August 1992; S. 244-251), dem er dieses Buch gewidmet hat.

Ludwig Biewer, Berlin



## Die Autoren der Abhandlungen

**Dr. Arvydas Anušauskas, Genocide and Resistance Research Centre of Lithuania, Didžioji g. 17/1, LT-01128 Vilnius, e-mail: arvydas@genocid.lt**

Geboren 1963 in Vilnius, nach dem Studium 1989–2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut, Promotion 1995, seit 2001 Privatdozent, seit 2002 Arbeit an der Historischen Fakultät und am Institut für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaften der Universität Vilnius. Seit 1997 Leitung des litauischen Departements für Genozid- und Widerstandsforschung. Schwerpunkt der Forschung ist die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Neben über 100 Artikeln in Presse und wissenschaftlichen Schriftenreihen Litauens, Lettlands, Frankreichs und Deutschlands Tätigkeit als Autor, Co-Autor und Verleger, u.a.: *Lietuvos slaptosios tarnybos (1918–1940)* [Geheimdienste Litauens (1918–1940)]. 1993, 2. Aufl., 1998; *Lietuvių tautos sovietinis naikinimas 1940–1958 m.* [Vernichtung des litauischen Volkes durch die Sowjets 1940–1958]. 1996; *Baltijos šalių pasipriešinimas* [Widerstand der Baltischen Staaten], auf Engl. 1999, 2000, 2001; Drehbuchautor und Co-Autor von Dokumentarfilmen, u.a.: *Lietūkio garažas* [Die Garage von Lietukis]. 2006.

**Dr. Karsten Brüggemann, Chemnitzstr. 17, 22767 Hamburg, e-mail: kbruegge@snaflu.de**

Geboren 1965, Studium der Geschichte und Slavistik in Hamburg, Promotion 1999 zum Dr. phil., seit 1994 Lehrbeauftragter an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg (Finno-ugristik und Geschichte), 1994–1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Geschichtswissenschaften der Universität der Bundeswehr Hamburg, 1998–2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv des Instituts Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg, 2002–2005 Lektor, seit 2004 Dozent für Allgemeine Geschichte am Narva Kolleg der Universität Tartu (Estland), seit 2005 DFG-Stipendiat am Nordost-Institut Lüneburg für ein Projekt zu den russischen Baltikumvorstellungen, -bildern, -diskursen im 19. und 20. Jahrhundert. Buchpublikationen: *Die Gründung der Republik Estland und das Ende des „Einen und Unteilbaren Russland“*. Die Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918–1920. Wiesbaden 2002; *Von Sieg zu Sieg, von Krieg zu Krieg. Motive des sowjetischen Mythos im Massenlied der 1930er Jahre*. Hamburg 2002; darüber hinaus zahlrei-

che Artikel zur Geschichte des Baltikums und Russlands bzw. der Sowjetunion.

**Prof. Dr. Vėjas Gabriel Liulevičius, College of Arts and Sciences, History Department, University of Tennessee, 915 Volunteer Boulevard, 6th Floor, Dunford Hall, Knoxville, Tenn. 37996-4065, USA, e-mail: vliulevi@utk.edu**

Professor Vėjas Gabriel Liulevičius spezializes in modern German history, with a special focus on German relations with Eastern Europe. A native of Chicago, he completed his Ph.D. at the University of Pennsylvania in 1994 and has taught at the University of Tennessee since 1995. His book, "War Land on the Eastern Front: Culture, National Identity and German Occupation in World War I", was published in 2000 by Cambridge University Press and also appeared in 2002 in German translation as "Kriegsland im Osten" (Hamburger Edition). He has published articles on current international affairs in the Baltic region, military occupations, and national identity in northeastern Europe. Other articles of his on World War I have also appeared in Italian, French, and German, including an article in "Der Spiegel" (March 2004), entitled "Der vergiftete Sieg: Wie der erste Krieg im Osten Hitlers mörderisches Weltbild prägte".

**Prof. Dr. Pavel Polian, Laufener Str. 11, 79114 Freiburg, e-mail: polian@aha.ru**

Geboren 1952 in Moskau, Absolvent der Geografischen Fakultät der Moskauer Lomonossov-Universität, Bevölkerungsgeograf und Zeithistoriker, Mitarbeiter am Institut für Geografie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Stipendiat der A. v. Humboldt- und der Fulbright-Stiftungen, Teilnahme an mehreren Gemeinschaftsprojekten mit deutschen, französischen und amerikanischen Universitäten und Museen. Forschungsschwerpunkte: Bevölkerungsgeografie und Migrationsforschung, Zwangsmigrationen und Zwangsarbeit, sowjetische Kriegsgefangene, Holocaust in der UdSSR, Displaced Persons, Entschädigungsgeschichte. Zahlreiche Publikationen, u.a.: (zusammen mit G. Lappo) Transformationen der geschlossenen Städte Rußlands. Köln 1997 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Nr. 6); Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung. München 2001 (Kriegsfolgen-Forschung. 2); Ne po svoej vole... Istorija i geografija prinydutel'nych migracij v SSSR [Nicht aus eigenem Willen... Die Geografie und Geschichte der Zwangsmigra-

tionen in der UdSSR]. Moskva 2001; *Žertvy dvuch diktatur. Žizn', trud, uniženie i smert' sovetskich voennoplennykh i ostarbajterov na čužbine i na rodine* [Opfer zweier Diktaturen. Leben, Arbeitseinsatz, Erniedrigung und Tod der sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter in der Fremde und in der Heimat]. 2., überarb. u. erw. Aufl., Moskva 2002; *Against Their Will. The History and Geography of Forced Migrations in the USSR*. Budapest/New York 2004.

**Dr. Małgorzata Ruchniewicz, e-mail: [ruchniew@hist.uni.wroc.pl](mailto:ruchniew@hist.uni.wroc.pl)**  
Geboren 1970 in Bystrzyca Kłodzka. Historikerin, Adjunkt am Historischen Institut der Universität Wrocław. Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit sind die Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, insbesondere die Schicksale der Polen in den Kresy Wschodnie/Ostgebieten und in der UdSSR, die Geschichte Weißrusslands im 20. Jahrhundert sowie die Geschichte Niederschlesiens. Mehrere Veröffentlichungen, u.a.: *Repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955–59* [Die Repatriierung polnischer Bevölkerung aus der UdSSR 1955–1959]. Warszawa 2000 (Broschüre. 6); zusammen mit Arno Herzig: *Geschichte des Glatzer Landes*. Hamburg/Wrocław 2006.

**Dr. phil. Matthias Schröder, Diepenbrockstr. 4, 48145 Münster, e-mail: [schroeder@pindakaas.de](mailto:schroeder@pindakaas.de)**

Geboren 1969, Studium der Geschichte, Publizistik und Osteuropäischen Geschichte in Bochum und Münster. 2000 Promotion an der Universität Münster mit einer Studie zu deutschbaltischen SS-Führern und der russischen Befreiungsbewegung um General Vlasov. 2002 Lehrauftrag am Historischen Seminar der Universität Münster; seither freier Autor und Kulturmanager. Forschungsschwerpunkte: deutschbaltische NS-Bewegung, Umsiedlung der Deutschbalten sowie biografische Studien zu Gunter d'Alquen und General August Ernst Köstring. Zahlreiche Publikationen, u.a.: *Deutschbaltische SS-Führer und Andrej Vlasov 1942–45. ‚Russland kann nur von Russen besiegt werden‘ – Erhard Kroeger, Friedrich Buchardt und die „Russische Befreiungsarmee“*. 2. Aufl., Paderborn 2003; *Die Umsiedlung der Deutschbalten in den ‚Warthegau‘ 1939/40 im Kontext nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik*, in: *Kontrapunkt. Vergangenheitsdiskurse und Gegenwartsverständnis*, hrsg. v. Sabine Mecking u. Stefan Schröder. Essen 2005, S. 57-71; *„Denkmal Vlasov“ – Zur politischen Instrumentalisierung des russischen Kollaborateurs General Vlasov im Zweiten Weltkrieg und zur Rezeptionsgeschichte nach 1945*, in: *„Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und*

Deutungen im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Joachim Tauber. Wiesbaden 2006, S. 434-443; Ost-Kalkül ohne Bruch. Deutschbaltische SS-Führer nach 1945 im Fokus von Justiz und im Schutz von Geheimdiensten, in: Krieg und Verbrechen. Situation und Intention: Fallbeispiele, hrsg. v. Timm C. Richter. München 2006 (Villa ten Hompel Aktuell. 9), S. 243-253.

**Prof. Dr. hab. Marek Stazewski, ul. Dąbrowszczaków 36G/9, PL-80-364 Gdańsk, e-mail: m26stazewski@wp.pl**

Geboren 1952 in Sopot, Studium der Geschichte an der Universität in Gdańsk, 1976 Erlangung des Magistergrades, seit 1976 wissenschaftlich-didaktischer Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Universität Gdańsk, 1986 Doktorgrad, 1998 Doktor habil., seit 2003 außerordentlicher Professor der Universität Gdańsk, Leiter der Lehranstalt für Archivistik am Institut für Geschichte der Universität Gdańsk. 1992 und 1999 Stipendiat des DAAD. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der polnischen Archive, polnisch-deutsche Beziehungen zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, Regionalgeschichte Pommerns im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wichtigste Publikationen: Deutsche Archivpolitik in den polnischen, in das Dritte Reich eingegliederten Gebieten 1939–1945. Warszawa/Łódź 1991; Exodus. Die Migration der deutschen Bevölkerung aus Pommern ins Reich nach dem Ersten Weltkrieg. Gdańsk 1998.

**Prof. Dr. Stefan Troebst, Universität Leipzig, GWZO, Luppenstr. 1b, 04177 Leipzig, e-mail: stefan.troebst@snafu.de**

Geboren 1955, Osteuropahistoriker und Slavist, seit 1999 Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Philologischen Fakultät der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des außeruniversitären Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO). Forschungsgebiete: Vergleichende Kulturgeschichte Europas, die neuere Geschichte Ost(mittel)europas sowie die Geschichte der internationalen Beziehungen in der Neuzeit. Aktuelle Buchprojekte behandeln das Forschungsparadigma geschichtsregionaler Konzeptionen sowie die widerstreitenden Erinnerungskulturen im sich erweiternden Europa. Neuere Veröffentlichungen: Das makedonische Jahrhundert. Von den Anfängen der nationalrevolutionären Bewegung zum Abkommen von Ohrid 1893–2001. München 2007; Vertreibungsdebatte und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung seit 2002. Eine Dokumentation. Osnabrück



2006; Kulturstudien Ostmitteleuropas. Aufsätze und Essays. Frankfurt a.M. 2006; Postkommunistische Erinnerungskulturen im östlichen Europa. Wrocław 2005.

**Anna Tutaj, ul. Jaworowa 13/16, PL-58-306 Wałbrzych, e-mail: tutaj@wb.home.pl**

Geboren 1968, Absolventin des Institutes der Politikwissenschaft und Geschichte der Universität Gdańsk, Magisterarbeit zum Thema „Deutsche Minderheit in Polen in den Jahren 1945–1990“, Doktorat am Institut für Geschichte der Universität Opole mit dem Thema „Schulwesen für die nationalen Minderheiten in Niederschlesien in den Jahren 1945–1970“. Forschungsschwerpunkte: Erziehungsgeschichte und Geschichte der pädagogischen Ideen, Problematik der nationalen Minderheiten in Polen (jüdische, deutsche, ukrainische), Geschichte Niederschlesiens nach 1945, Geschichte des Schulwesens der nationalen Minderheiten in Polen. Mehrere Publikationen, u.a.: Erziehungssystem und pädagogische Tätigkeit im Privaten Lyzeum der unbefleckten Schwestern namens Marcelina Darowska in Wałbrzych; Verwurzelung und Bildung einer neuen jüdischen Identität in Niederschlesien; Aus den Randstaaten nach Niederschlesien. Integration polnischer Aussiedler.

**Prof. Dr. Theodore R. Weeks, History Dept., Southern Illinois University, 1000 Faner Drive, Room 3374, Carbondale/Ill. 62901-4519, USA, e-mail: tadeusz@siu.edu**

Theodore R. Weeks is Associate Professor of History at Southern Illinois University in Carbondale. He completed his Ph.D. at the University of California, Berkeley, and is author of two books (“Nation and State in Late Imperial Russia”. 1996; “From Assimilation to Antisemitism: the ‘Jewish Question’ in Poland, 1850–1914”. 2006) and many articles on tsarist nationality policy, relations between national groups in the Russian Empire, and Polish-Jewish relations. At present he is engaged in a research project entitled “Vilna – Wilno – Vilnius: History of a Multiethnic City, 1795–2000” in which he aims to portray the importance of the city in the national rhetoric of several national groups: Jews, Poles, Russians, Lithuanians, and Belarusians.